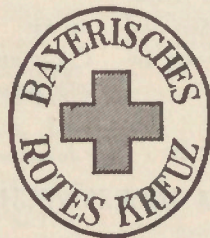


MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 1

15. Januar 1972

B 21 345 E

Inhalt des Blattes 1:

Zum neuen Jahr — Neujahrswunsch des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky.

Dank an die Helfer im Katastrophenschutz — Innenminister Dr. Bruno Merk.

Der Mensch als Maß und Mitte aller Gesellschaftspolitik — Staatsminister Dr. Fritz Pirkel.

Mit einiger Zuversicht ins neue Jahr — Landesvorstand tagte in München.

Die Bilanz der guten Taten kann sich sehen lassen — Hauptversammlung des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken.

Vielversprechender Jahresausklang 1971 — Drei Rettungswagen für das Rote Kreuz.

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben und Eilmitteilungen des Landesverbandes.

Ausbildungswesen: 2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 28. 2.—30. 3. 1972.

Personalfragen: 3. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen.

Krankentransport: 4. Änderung im Krankentransport-Rahmenvertrag.

Sozialarbeit: 5. Schwaiger Kurplan 1972.

Bayern 3

die Service-Welle des Bayerischen Rundfunks

bot sensationellen Jahresabschluß

Die beste Nachricht, die wir je nach Redaktionsschluß erhielten, übermittelte uns der Bayerische Rundfunk mit seiner großartigen Silvesteraktion für den Rettungsdienst Bayern. Nach 5 Stunden Sendung, durch die J. O. Zöller führte, hatten die Hörer des BR dem Kuratorium „Rettungsdienst Bayern“ den sensationellen Betrag von

DM 129 418,54

als Neujahrsspende zugesagt bzw. sofort überwiesen. Wir werden in der Februar-Ausgabe ausführlich darüber berichten!

ZUM NEUEN JAHR

Das Deutsche Rote Kreuz wird auch 1972 fortfahren, den Flüchtlingen in Indien und Pakistan sowie allen sonstigen Opfern des Krieges auf dem indischen Subkontinent zu helfen. Das versicherte der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, in einem Aufruf zum neuen Jahr. Der DRK-Präsident erklärte:

Wir empfinden nicht Ohnmacht, wenn wir auf das verflossene Jahr 1971 zurückblicken; aber es war auch nicht frei von Enttäuschungen und Bitternis, von Katastrophen, kriegerischen Auseinandersetzungen, menschlicher Not allerorten! In Pakistan, in Indien und in der Türkei standen Ärzte, Schwestern und Helfer des Deutschen Roten Kreuzes im Einsatz. Rettungssanitäter des DRK leisteten tausendfach Erste Hilfe, bargen Unfallopfer und kämpften verzweifelt gegen den Moloch Verkehr. Schwere Eisenbahnunglücke, ungezählte Unfälle auf unseren Straßen machten ihren Einsatz bitter notwendig.

Hier und dort waren diese Bemühungen bereits von Erfolg gekrönt. Eine immer größer werdende Zahl von Rettungswagen und Notrufsäulen beweist, daß unsere Appelle an Bund, Länder und Kommunen vielerorts verstanden wurden. Ein wachsendes Verständnis scheint auch die lebenswichtige Arbeit der DRK-Blutspendedienste zu begleiten. Mehr als eine Million Spenden im verflossenen Jahr bedeuten eine weitere Steigerung der Bereitschaft, durch Blutspenden Menschenleben zu retten. Das Deutsche Rote Kreuz ist all denen zu herzlichem Dank verpflichtet, die diese Bereitschaft bekunden.

Am Ende eines einzigartigen humanitären Einsatzes steht das DRK-Hospitalschiff „Helgoland“, auf dem in mehr als fünf Jahren rund 12 000 Personen stationär behandelt wurden. In der Ambulanz konnten bei 40 000 Erstkonsultationen in 200 000 Fällen Hilfe geleistet werden. 10 000 Operationen sagen aus, welcher unermüdbare Einsatz von den Männern und Frauen des DRK zuerst in Saigon, später in Da Nang, verlangt wurde.

Die Bevölkerung in unserem Lande, ja in der ganzen Welt, erwartet den Einsatz des Roten Kreuzes an Schauplätzen schwerer Katastrophen. Für die Hilfe, die an Hunderttausenden zu leisten war, hat das DRK mehr als 100 000 Spendern aus allen Schichten unserer Bevölkerung zu danken. Ohne sie wäre unser Tun vergebens gewesen.

Die größte Sorge in den zurückliegenden Monaten galt und gilt den ostpakistani- schen Flüchtlingen in Indien sowie den ungezählten Opfern des beklagenswerten Krieges auf dem indischen Subkontinent. Die Hilfsgüter, die für diese Menschen gesammelt, verschickt und an Ort und Stelle verteilt wurden, haben einen Wert von mehreren Millionen Mark. Zwei Lazarettinrichtungen des DRK dienten dem ärztlichen Beistand in den Flüchtlingslagern, außerdem mehrere Ambulanzen und andere Spezialfahrzeuge sowie klinische Einrichtungsgegenstände — neben zahlreichen Hilfsgütern aller Art. Noch sind die Maßnahmen zur Unterstützung der Flüchtlinge nicht beendet. Vieles bleibt zu tun. Das Überleben von hunderttausenden von Kindern, Alten und Schwachen in Indien, Ostpakistan und in anderen Teilen der Erde muß gesichert, die Gesundheit der Überlebenden verbessert werden.

Auf einem anderen Arbeitsfeld des Roten Kreuzes waren im vergangenen Jahr die Auswirkungen zähen Verhandels und die Anzeichen guten Willens nicht zu übersehen: Der Suchdienst des DRK meldet ein erfreuliches Ansteigen der Zahl von Umsiedlern, die aus Polen, der Sowjetunion und anderen Staaten des Ostblocks in die Bundesrepublik kamen. Nahezu 30 000 Männer, Frauen und Kinder wurden im vergangenen Jahr mit ihren Familienangehörigen und Freunden zusammengeführt.

Das eben begonnene neue Jahr, das uns mit mehr als zwei Millionen aktiven und fördernden Mitgliedern weiterhin bemüht sehen wird, die Not der Menschen zu lindern, mag diese Zeichen von Verständigungsbereitschaft und Vertrauen aufnehmen als Ansporn zu noch größeren Leistungen.

Die Erfolge im Schutz bei Katastrophen, Kriegen und Notfällen, in der Bekämpfung der sozialen Not, der Vereinigung getrennter Familien sind kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Sie verpflichten das Rote Kreuz, mit unverminderter Kraft in seinem humanitären Werke fortzufahren.

DANK AN DIE HELFER IM KATASTROPHENSCHUTZ

Der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Bruno Merk, hat anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes und Jahreswechsels beiliegendes Dankschreiben an alle Helferinnen und Helfer gerichtet, die sich dem Freistaat Bayern bei Katastrophen und Unglücksfällen im Jahr 1971 uneigennützig zur Verfügung gestellt haben.

Bayer. Staatsministerium des Innern
München, den 16. Dezember 1971
Nr. ID 3 — 3041/8 — 7

An das
Präsidium des Bayer. Roten Kreuzes
8000 München 22, Wagnmüllerstraße 16

ZUM JAHRESWECHSEL

Am Ende eines für die bayerische innere Verwaltung bewegten Jahres drängt es mich, all denen zu danken, die dafür verantwortlich waren, daß die uns gestellten umfassenden Verwaltungsaufgaben ohne wesentliche Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Angriff genommen und zum Teil auch schon verwirklicht werden konnten. Anerkennung gebührt hier nicht nur unseren Polizeibeamten, die oft genug schwierigste Situationen meistern mußten, sondern auch denen, die auf dem weiten Gebiet des Brand-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie des Rettungsdienstes und der Verkehrssicherheit tätig waren.

In einer Zeit, in der oft der Glaube an Organisationsformen den Glauben an die verantwortliche Persönlichkeit übertrifft, ist es besonders wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß gerade auf diesem Sektor weitgehend Freiwillige tätig sind, die ihre Einsätze und ihre Ausbildung

neben ihrer eigenen Berufsausübung durchstehen müssen. Daß diese Einsätze Jahr für Jahr härter werden, ist mir und meinen Mitarbeitern eine echte Sorge. Gleichwohl bleibt mir nur, Sie zu bitten, trotz zunehmender Mühsal auch in Zukunft Ihren Organisationen die Treue zu halten. Ich werde mich bemühen, Ihnen für Ihre Arbeit möglichst brauchbare gesetzliche Grundlagen an die Hand zu geben, damit Sie dem Nächsten in der Not helfen können. Hier darf ich auf das zu Jahresbeginn in Kraft getretene Bayerische Katastrophenschutzgesetz und das in Vorbereitung befindliche Gesetz über den Rettungsdienst verweisen.

Ihnen allen nochmals herzlichen Dank für Ihre aufopferungsvolle Tätigkeit und alles Gute für das Jahr 1972.

Dr. Bruno Merk
Staatsminister

DER MENSCH ALS MASS UND MITTE ALLER GESELLSCHAFTSPOLITIK

Dank und Glückwunsch des Bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, an die Wohlfahrtsverbände in Bayern

Im Bestreben, die Sozialpolitik in Bayern den Bedürfnissen unserer Gesellschaft entsprechend zu gestalten und weiterzuentwickeln, sind wir in diesem Jahr wiederum ein gutes Stück vorangekommen. Neben die elementare Schutz- und Hilfsfunktion der klassischen Sozialpolitik ist mehr und mehr die ordnende und vorsorgende, schadenverhütende Aufgabe der modernen Gesellschaftspolitik getreten. Sie nimmt heute eine zentrale Stellung innerhalb der gesamten Politik ein und muß ständig bereit sein, die gestiegenen Ansprüche an Staat und Gesellschaft zu realisieren.

Der Staat hat dabei insbesondere die Pflicht, die Schwachen in unserer Gesellschaft zu schützen. Deshalb nahm die Sorge um unsere alten Menschen, um die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner, die gefährdeten Jugendlichen, um die geistig und körperlich Behinderten und unsere kranken Mitbürger auch in diesem Jahr einen vorrangigen Platz in der bayerischen Sozialpolitik ein. Schutz und Hilfe brauchen vor allem unsere deutschen Spätaussiedler. Sie, die gewiß nicht leichten Herzens ihre Heimat verlassen haben, um bei uns den ihrem Wesen, ihrer Sprache und Art entsprechenden Lebensbereich zu finden, benötigen mehr als bloßes Verständnis: sie brauchen unsere brüderliche Gemeinschaft.

In unserer schnelllebigen Zeit droht mehr denn je durch eine rasante technische Entwicklung, aber auch infolge der Ballung menschlichen Zusammenlebens die Gefahr der Vermassung. Ihr Einhalt zu gebieten, den Menschen als Maß und Mitte in unserer Gesellschaftspolitik gelten zu lassen, dem Kollektivismus den verantwortungsgebundenen Geist der Freiheit entgegenzustellen, betrachte ich als vorrangige Aufgabe. Die Gesetzgebung im sozialen Bereich muß deshalb — wo immer nur möglich — in der Weise konkretisiert werden, daß der einzelne den Impuls zu verstärkter Eigeninitiative erhält und letztlich die Bedeutung seiner eigenen

Persönlichkeit für unsere Gemeinschaft erkennt. Er ist aufgerufen, sich gerade im sozial-politischen Bereich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Gewiß setzt dies ein großes Maß an Opferbereitschaft voraus. Nur im Dienst am Mitmenschen und an der Gemeinschaft wächst aber schließlich der einzelne und eine tragfähige Gemeinschaft des Volkes.

Die gesundheitliche Vorsorge und eine gute medizinische Versorgung unserer Bevölkerung stellen große Aufgaben dar, die nur gemeinsam gelöst werden können.

Das gesundheitspolitische Schwerpunktprogramm wird daher im kommenden Jahr die Aktivierung aller Verantwortung tragenden Kräfte verlangen. Eine Intensivierung der Gesundheitserziehung, die Abwehr des Drogenmißbrauchs, die bei zunehmender Freizeit sich ergebenden Fragen sind Probleme, die uns alle angehen und mit denen jeder einzelne Mitbürger konfrontiert wird.

Allen, die 1971 mitgeholfen haben, den sozialen Fortschritt in unserem Lande zu fördern, möchte ich zum Jahreswechsel von Herzen danken. Dies gilt für unsere Arbeitnehmer, die Sozialpartner, die kommunalen und sozialen Selbstverwaltungskörperschaften, die zahlreichen karitativen Verbände, die mitwirkten, unseren sozialen Rechtsstaat zu festigen.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Familien wünsche ich ein gesundes und glückliches 1972.

München, Jahreswende 1971/1972

Dr. Fritz Pirkl
Staatsminister

MIT EINIGER ZUVERSICHT INS NEUE JAHR

Landesvorstand tagte in München

Eine erfreuliche Mitteilung kennzeichnete den Beginn der Landesvorstandssitzung am 26. 11. 1971 im Hotel „Platzl“ in München. Frau Vizepräsidentin, Baronin Leonore v. Tucher, konnte die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an Frau Generaloberin Helmine Held und Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer bekanntgeben. Die gleiche Ehrung war einige Monate zuvor Herrn Gymnasialprofessor a. D. Fritz Lense, Landesausschußvorsitzender der Bergwacht, und Herrn Ludwig Gramminger, langjähriger Referent und Ausbildungsleiter der Bergwacht, zuteil geworden. Die Vorstandsmitglieder quittierten die Nachricht mit herzlichem Applaus für die verdiente Auszeichnung. Gleichzeitig gab Frau v. Tucher bekannt, daß als Nachfolger Wiggerl Grammingers, der im Herbst 1971 in den Ruhestand getreten war, Helmuth Adelsberger zum neuen Bergwachtreferenten bestellt worden sei und in dieser Eigenschaft als ständiger Vertreter Prof. Lense's dem Landesvorstand angehöre.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer einen kurzen Abriss über die Themenstellung und Ergebnisse der Landesarbeitstagung vom 8.—12. November in Dinkelscherben. Besondere Bedeutung komme dabei den gesetzlichen Entwicklungen im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes und des Rettungswesens zu. Daneben habe die Gebietsreform, die erweiterte Einführung der Datenverarbeitung usw. die Gesprächsführung beherrscht. In fünf Arbeitsgruppen seien die jeweiligen Themen erarbeitet worden. Die Ergebnisse sollten als Arbeitsgrundlage in einer ergänzenden Nacharbeit schriftlich zusammengetragen werden, um sie dann einer späteren Behandlung im Landesvorstand zu unterziehen und daraus Folgerungen für die praktische Arbeit abzuleiten, die u. U. eine Satzungsänderung erforderlich machten. Der Landesvorstand nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Eine breitere Diskussion, die indes nicht befriedigend abgeschlossen werden konnte, brachte Punkt 2: „Änderung der Richtlinien für die Reserve-Schwesternhelferinnen.“ Dazu berichtete Frau Koschuda, daß mit der Verabschiedung der Rahmendienstordnung durch die DRK-Bunderversammlung vom 19. 6. 1970 in Hannover und infolge der zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Roten Kreuz im Juni des Jahres 1971 getroffenen Vereinbarung über den Einsatz von Schwesternhelferinnen eine Änderung der vor zehn Jahren erlassenen „Richtlinien für den Pflegehilfsdienst“ erforderlich geworden sei. Angelpunkt der Diskussion bildete einmal die künftige Einsetzung der Reserve-Schwesternhelferinnen im Katastrophenfall durch die Arbeitsverwaltung, also nicht durch das Rote Kreuz selbst, sowie der Status der obligatorischen Mitgliedschaft der Reserve-Schwesternhelferin im Roten Kreuz. Waren die Mitglieder des Landesvorstandes zur ersteren Frage einstimmig der Meinung, daß die geplante Handhabung einen schwerwiegenden Eingriff in die eigene Verfügbarkeit darstelle und daher abzulehnen sei, so konnte die zweite Frage keiner generellen Klärung zugeführt werden, zumal der Status der Freiwilligkeit durch die vorgeschlagene Neuformulierung gefährdet werde. Nach der Meinung des Ministerpräsidenten und Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Dr. h. c. Alfons Goppel, sollte hier jede Präjudizierung einer gewissen „Pflichtmitgliedschaft“ vermieden werden. Der Bedeutung des ganzen Komplexes wegen bat der Präsident um Zurückstellung des Tagesord-

nungspunktes und nochmalige gründliche Erörterung in den einschlägigen Gremien und erklärte sich bereit, persönlich daran teilzunehmen.

DRK-Ehrenzeichen für Landesschatzmeister Heinz Kerkmann und stellv. Landesschatzmeister Wernher Dünnbier

Eine kurze Unterbrechung der strengen Tagesordnung mit ihren nüchternen Sachthemen bedeutete die Auszeichnung des Landesschatzmeisters des BRK, Direktor Heinz Kerkmann, Vorstandsmitglied des Direktoriums der Bayerischen Gemeindebank, sowie des stellv. Landesschatzmeisters und Vorstandsmitglieds der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, Direktor Wernher Dünnbier. Für ihre Verdienste um das Rote Kreuz überreichte ihnen Ministerpräsident Dr. Goppel das ihnen vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, verliehene DRK-Ehrenzeichen.

Bei über 1 Million Transfusionen kein einziger Zwischenfall

Aus dem Bericht des Landesarztes

Seinem Bericht über die ärztlichen Angelegenheiten im Bayerischen Roten Kreuz stellte Landesarzt Oberregierungsmedizinalkommissar Dr. Kammermeier den Dank des Bundesarztes für die in München erwiesene Gastfreundschaft anlässlich der Landesärztetagung vom 20. 11. 1971 mit einer Fahrt zum Olympiagelände voran. Im einzelnen referierte Dr. Kammermeier über die Aus- und Fortbildung, den Hubschraubereinsatz aus medizinischer Sicht und Fragen des Blutspendedienstes. Das Ausbildungsprogramm der Sanitätskolonnen, die II. Stufe des Leistungsvergleichs, wie wir es bereits im Mitteilungsblatt Nr. 11 vom 15. November veröffentlicht hatten, befasse sich insbesondere mit der Theorie und Praxis der Herz-Lungen-Wiederbelebung, sowohl manuell wie mit Gerät, den Verbrennungskrankheiten, dem Schock und seiner Bekämpfung, Fragen der Sterilisation und Desinfektion wie dem Umgang mit der Trage. Zum Leistungsvergleich der Stufe I seien von den fünf Bezirksverbänden rd. 24 000 Arbeitsbogen, aber nur 7780 Urkunden angefordert worden. Die dazu gehörigen Abzeichen seien inzwischen in der Auslieferung begriffen. Zusätzlich zu dem Winterarbeitsprogramm hätten sich die Frauenbereitschaften das Thema „Drogen- und Rauschmittelmißbrauch“ als Aufgabe interner Orientierung gestellt. Der Chefarzt des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz, Dr. Hermann, habe dazu einen Rahmenvertrag für BRK-Ärzte erarbeitet, der den Kreisverbänden zur Verfügung stehe. Im Schwesternhelferinnen-Programm seien erstmalig in einem Ausbildungsjahr 2000 Schwesternhelferinnen ausgebildet worden. Dieses Potential an Hilfskräften sollte von den Kreisverbänden noch besser aufgefangen werden. Dank der Vermittlung des Präsidiums hätten 40 Lehrschwestern aus dem ganzen Bundesgebiet an einem viertägigen Informationslehrgang an der ABC-Schule der Bundeswehr teilnehmen können. Zur Frage der Ausbildung der Sanitäter im Krankentransport und Unfallrettungsdienst verwies Dr. Kammermeier auf die derzeit noch geübte Praxis des Klinikpraktikums von vier Wochen,

dessen erster Abschnitt die Probleme der Reanimation und Chirurgie, der zweite die Fragen der inneren Medizin, Kinderheilkunde, Geburtshilfe und Psychiatrie beinhalte. Ein länger dauerndes Praktikum könne erst mit Verabschiedung des Berufsbildes und damit ausreichender finanzieller Ausstattung verwirklicht werden. Hier sei allerdings damit zu rechnen, daß dieses Berufsbild nicht vor 1973 auf dem Tisch liegen werde. Auf Bundesebene, so ergänzte der Landesarzt, bestreite das DRK derzeit 76% aller Rettungsdienst-Einsätze, die Feuerwehr 19%, während sich die restlichen 5% auf die übrigen Verbände (MHD, JUH, ASB usw.) verteilen. Besondere Bedeutung komme der Feststellung des Bundesarztes zu, daß etwa 30% der zur Spezialausbildung entsandten Männer sich den Ausbildungsanforderungen nicht gewachsen zeigten. Zu dem guten Willen müsse auch ein entsprechendes Können hinzukommen; eine gewisse Selektion sei also nicht zu vermeiden, wenn wir einen qualifizierten Stamm von Rettungssanitätern heranzubilden wollten. Auch die ehrenamtlichen Sanitäter, so meinte Dr. Kammermeier in Übereinstimmung mit dem Landesauschuß der Sanitätskolonnen, sollten die Chance einer gleichgearteten Qualifizierung erhalten, wie sie für die hauptberuflichen Mitarbeiter gedacht sei. Für die Ausbildung der Erste-Hilfe-Ausbilder nach dem neuen Leitfaden solle in Zukunft ein längerer Zeitraum angesetzt werden als bisher, da er doch insgesamt wesentliche Neuerungen biete. Zu den im Raum Mündien geflogenen Hubschraubereinsätzen mit dem ADAC-Hubschrauber seien vom 1. 11. 1970 bis 1. 11. 1971 insgesamt 829 Einsätze geflogen worden, davon 441 Unfall-, 69 Blutkonserven- und 46 Sekundärtransporte. Von den 38 Einsätzen des Bundeswehrrettungshubschraubers des Leichten Heeresfliegerregiments 20, Roth bei Nürnberg, mit einer Bell UH 1D seien 19 Verletztentransporte gewesen. Als absolute Indikation für den Hubschraubereinsatz hätten aus ärztlicher Sicht zu gelten: 1. Extreme Transportsituation (Gebirge, Verkehrsstau), 2. Ärztliche Indikation aufgrund der Schwere der Verletzung, 3. Ärztliche Indikation für Hinflog eines OP-Teams zum Unfallort und 4. Eiltransport von lebensrettenden Medikamenten und besonderer Blutpräparate.

Auf dem Blutspendesektor sei auch im vergangenen Jahr die Hereinholung von Blutkonserven gesteigert worden. Als Besonderheit dürfe festgestellt werden, daß das Tiefgefrierverfahren von Erythrozytenkonzentraten als Versuch ohne jeden Zwischenfall mit etwa 400 Transfusionen erfolgreich abgeschlossen worden sei. In Zukunft solle in Wiesentheid die Masse der besonders bedeutsamen Erythrozytenkonzentrate eingefroren, diese dann in geeigneten Behältern in gefrorenem Zustand möglichst nahe an den Patienten herangebracht und dort zum Auftauen in großen Lagerbehältern aufbewahrt werden. Die Amsterdamer Blutbank habe auch hier wieder vorbildliche Hilfe geleistet. Die Bedeutung des Einfrierens von Erythrozytenkonzentraten liege einerseits darin, daß seltene Blutgruppenkombinationen über längere Zeit gehortet werden könnten, wichtiger aber noch, daß das Blut im Stadium seiner besten Sauerstoffbildungsfähigkeit erhalten bleibe. Bei der normalen Konserve gehe diese Bildungsfähigkeit nach sechs Tagen verloren, werde nach der Transfusion im Laufe von vier Tagen zwar wieder regeneriert, doch sei dieser Zeitraum bei manchen Patienten zu lang. Der Bedarf an gefrorenen Erythrozyten-Konzentraten werde also ansteigen. Zur gesamten Arbeit des Blutspendedienstes des Bayerischen Roten Kreuzes dürfe die stolze Bilanz gezogen werden, daß bei über einer Million Transfusionen es zu keinem einzigen echten Zwischenfall gekommen sei, der dem BRK-Blutspendedienst anzulasten gewesen wäre.

Liquidität verbessert — Bericht des Landesschatzmeisters

Auch Landesschatzmeister Direktor Kerkmann konnte seinen Finanzbericht mit einer erfreulichen Nachricht einleiten, nämlich, daß sich die allgemeine Liquiditätslage des Landesverbandes gebessert habe, nachdem die Belastungen aus dem RK II weggefallen seien. Auch die Haushaltsübersicht für die ersten drei Quartale des Jahres lasse erkennen, daß die Ansätze bisher im wesentlichen hätten eingehalten werden können. Eine empfindliche Einschränkung des Ausbauprogramms für den Rettungsdienst müsse jedoch hingenommen werden, wenn die Kürzung der Staatszuschüsse im Rahmen der allgemeinen Ausgabensperre aufrechterhalten bliebe. Ein entsprechender Antrag sei dem Innenministerium sofort zugeleitet worden. Insbesondere im Hinblick auf den größeren Einsatz anlässlich der Olympischen Spiele sei das BRK auf weitere Zuwendungen angewiesen. Auch der Allgemeine Staatszuschuß sei gegenüber dem Ansatz von DM 380 000,— auf DM 345 000,— gekürzt worden, was für die Gesamtarbeit des Roten Kreuzes eine erhebliche Einbuße bedeute. Auch hier sei Antrag auf Zuweisung weiterer Mittel gestellt worden, um nicht bei wichtigen Aufgaben Kürzungen vornehmen zu müssen. Nach Abgabe des RK II sei der Landesverband bemüht, für das Jahr 1972 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Bedauerlich sei die sinkende Tendenz der Abführungen der Bezirksverbände an das Präsidium. So liege der Anteil der Abführungen z. T. unter 40%, im Durchschnitt bei etwa 45%. Der Finanzausschuß habe konstatiert, daß das Präsidium seine mannigfachen Aufgaben aber nur bei einer Quote von mindestens 50—55% ordnungsgemäß erfüllen könne.

Sobald die Auswirkungen der Gebietsreform und der Gesetzgebung im Rettungsdienst bekannt seien, solle unverzüglich eine alle Stufen umfassende Organisationsprüfung im BRK durchgeführt werden mit dem Ziel einer Personalkosteneinsparung. In vielen Fällen liege dieser Anteil über 50%, so daß sich aus dieser Entwicklung steigende Schwierigkeiten für den Gesamtverband ergäben.

In diesem Zusammenhang werde es auch notwendig sein, noch mehr in die Elektronische Datenverarbeitung einzusteigen, um dadurch zu einer rationelleren Arbeitsweise zu kommen.

Der Einstieg scheine vor allem bei der Gehalts- und Lohnbuchhaltung zweckmäßig, wofür sich auch die überwiegende Anzahl der Kreisverbände ausgesprochen hätte. Zug um Zug sei dann auch das KTP/URD-Abrechnungswesen wie die Mitgliederbetreuung einzubeziehen. Der Landesvorstand gab sein einstimmiges Votum für einen entsprechenden Beschluß, in diesem Sinne zu verfahren. Bezüglich des Abführungssystems der Kreisverbände an den Gesamtverband sollte nach Meinung des Finanzausschusses nach Möglichkeit ein gerechteres System gefunden werden, das die Lasten im Verhältnis zur Leistungskraft der einzelnen Kreisverbände besser verteile. Ein Arbeitskreis, dem die Herren Bankdirektoren Dr. Sirch, Lehmann, Merz, sämtliche stellv. oder Schatzmeister in einschlägigen Gremien, und der Referent für Haushaltsfragen im BRK-Präsidium, Dipl.-Kfm. Frank, angehörten, solle die vielschichtige und sehr schwierige Materie prüfen und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten. Eine Modellberechnung im Bezirksverband Schwaben solle entsprechende Anhaltspunkte geben. Erfreulich seien die Zuwachsraten aus der Mitgliederwerbung durch die Werbeteams der RK-Werbe-GmbH. Allein aus dieser Aktivität im Jahre 1971 sei

ein Mehraufkommen an Mitgliederbeiträgen von über 400 000,— DM zu verzeichnen gewesen.

Zu den Tarifverhandlungen mit den Kassen über eine Anhebung der Tarife aufgrund der gestiegenen Unkosten im Krankentransport und Unfallrettungsdienst erstattete stellv. Landesschatzmeister Wernher Dünnbier Bericht. Die bestehende Vereinbarung sei zum 31. 12. 1971 gekündigt worden. Die neuen Forderungen des BRK basierten wiederum auf einem System differenzierter Mindestgebühren bzw. Ortspauschalen für verschieden große Gemeinden. Neu aufgenommen in den Katalog der Forderungen sei eine Zusatzgebühr von DM 60,— je Transport von Notarswagen worden. Die vom BRK geforderten Tarifierhöhungen bewegten sich zwischen 15—20% der bisherigen Sätze. Die Kassen hätten jedoch vor Bewilligung neuer Sätze eingehende und detaillierte Kostennachweise über die wirtschaftliche Lage im URD/KTP gefordert. Hier seien die Kassen nach wie vor der Auffassung, daß die Abdeckung der Vorhaltekosten als Kosten der Daseinsvorsorge Aufgabe der öffentlichen Hand sei.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erläuterte stellv. Landesschatzmeister Dünnbier die grundsätzliche Haltung des BRK zu künftigen Hubschraubereinsätzen des BRK aus finanzieller Sicht. Hier sei mit den Kassen eine klare Vereinbarung zu treffen, die die Lasten nicht einseitig dem Roten Kreuz aufbürde. Auch hier gälten 50% der Gesamtkosten als Vorhaltekosten, die die Kassen nicht zu übernehmen bereit seien. Schon jetzt sei für 1972 ein Fixkostenanteil in Höhe von 130—150 000,— DM zu erwarten, denen Erträge in Höhe von 60—80 000,— DM gegenüberstünden. Der bisherige Abrechnungsmodus mit dem ADAC sei unannehmbar und biete keine befriedigende Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Für die Zukunft erwarte man eine loyale Haltung, die eine gedeihliche Fortführung der Hubschrauberrettung ermögliche. Der Landesvorstand stimmte den grundsätzlichen Ausführungen zu und befürwortete einstimmig das künftige Vorgehen in dieser Frage.

Stellv. Landesschatzmeister Wernher Dünnbier gab zugleich einen umfassenden Überblick über die in der Zeit vom 16. 3.—2. 11. 1971 gefaßten 22 Beschlüsse des Grundstücksausschusses, die im Zuge von Baumaßnahmen für Krankenhäuser, Kur- und Altenheime wie Rotkreuzhäuser notwendig geworden waren. Bei gleicher Gelegenheit berief der Landesvorstand an Stelle des aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Syndikus, Herrn Dr. Becher, den stellv. Landesgeschäftsführer, Herrn Schmidt, in den Grundstücksausschuß. Ebenfalls einstimmig beschloß der Landesvorstand, Herrn Vizepräsidenten Senator Dr. Kläß und Herrn Regierungspräsidenten Dr. Meixner, Würzburg, in den Verwaltungsrat der Blutspendedienst Gem. GmbH zu berufen. Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer war von der Gesellschafterversammlung in der Sitzung vom 16. 9. 1971 zum weiteren Geschäftsführer des Blutspendedienstes bestellt worden.

BRK-Sozialausschuß gebildet

Aufgrund einer Empfehlung des Präsidiums und Präsidialrates des DRK beschloß der Landesvorstand ferner einstimmig die Bildung eines Fachausschusses für Sozialarbeit im BRK, der zu einer wesentlichen Förderung der gesamten Sozialarbeit führen solle. Unter dem Vorsitz der Vizepräsidentin werden ihm angehören: die Referentin für Frauenarbeit, der Referent für Liegenschaften und Bauwesen, der Referent für Sozialarbeit, sämtliche BRK-Prä-

sidium, sowie je ein Vertreter der Bezirks- und Kreisverbände und bis zu drei Persönlichkeiten, die für diese Tätigkeit besondere fachliche Qualifikationen nachweisen. Hier ist daran gedacht, auch Persönlichkeiten von außen in den Fachausschuß hereinzuholen, um so eine breitere Basis zu finden.

Noch nicht abgeschlossen werden konnte die Berufung eines neuen Vorsitzenden und Stellvertreters für das Landesschiedsgericht. Beide Positionen waren durch den Tod von Regierungspräsident i.R. Dr. Mang und Landgerichtspräsident a. D. Reiß vakant geworden. Die Bezirksverhandsvorsitzenden wurden gebeten, entsprechende Vorschläge einzureichen, um bei der nächsten Landeskomiteesitzung die Wahl durchführen zu können.

Einführung einer weißen Schutzbekleidung

Einstimmig — ohne Stimmenthaltung — billigte der Landesvorstand die Einführung einer weißen Schutzbekleidung für das Personal im Unfallrettungsdienst und Krankentransport, nachdem Großversuche in den Kreisverbänden Ansbach, Coburg und Nürnberg/Stadt die Zweckmäßigkeit dieser Bekleidungsart bewiesen haben. Damit folgte der Landesausschuß einem Antrag des Fachausschusses URD/KTP wie des Landesausschusses der Sanitätskolonnen. Die Schutzbekleidung besteht aus weißer Jacke, weißer Hose, weißen Strümpfen und weißen Schuhen — ohne Kopfbedeckung. Für Sondereinsätze soll hierzu im Wagen ein weißer Schutzhelm mitgeführt werden.

Ferner bewilligte der Landesvorstand im Vorgriff auf das neue Haushaltsjahr die Bestellung von zehn Rettungswagen mit Funk und zusätzlichen zehn Sprechfunkanlagen, da entsprechende Lieferfristen der Firmen einkalkuliert, andererseits diese Fahrzeuge dringend für den Einsatz während der Olympischen Sommerspiele benötigt werden. Dessen ungeachtet solle jedoch angesichts der außerordentlichen Dringlichkeit des Ausbaus des gesamten Rettungsdienstes in Bayern in Verhandlungen mit dem Finanzministerium eine vorzeitige Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel erreicht werden.

Bezüglich des „Erweiterten Katastrophenschutzes“ berichtete Abt.-Leiter Karl Berger zum Kapitel „Allgemeine Verwaltungsvorschrift Kostenerstattung“ über den Stand der Dinge. Für das BRK sei hier noch keine günstige Regelung erzielt worden, zumal der Bund nicht bereit sei, Kosten für K-Beauftragte, Ausbilder und Instrukteure zu übernehmen. Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer regte daher an, nach Vorlage der Verwaltungsvorschriften einen schriftlichen Antrag an das Bayerische Staatsministerium des Innern auf Übernahme von Kostenanteilen zu stellen. Die von Ministerpräsident Dr. Goppel angeforderte Stellungnahme des Innenministeriums zu diesem Fragenkomplex, solle nach Eingang in der Bayerischen Staatskanzlei den Mitgliedern des Landesvorstandes zugeleitet werden.

Der Tagesordnungspunkt „Auszeichnungen und Ehrenzeichen der aktiven Gemeinschaften“ mußte aus Zeitgründen bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden. Desgleichen drei Anträge der Wasserwacht, die erst nach Ablauf der festgesetzten Fristen eingegangen waren.

Mit herzlichen Segenswünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest und ein glückliches gesundes neues Jahr schloß Frau Vizepräsidentin Leonore v. Tucher die Sitzung.

Dr. R.

DIE BILANZ DER GUTEN TATEN KANN SICH SEHEN LASSEN

Hauptversammlung des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken in Nürnberg

Am 30. Oktober 1971 trafen sich die Delegierten des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken in Nürnberg zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung, in deren Mittelpunkt — wie zuvor in Unterfranken — ein Festvortrag des Generalsekretärs des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Anton Schlögel, über das Wirken des Roten Kreuzes in der Welt, stand. Hatte der Bezirksverband die leichte Befürchtung, daß wegen der bevorstehenden Festtage (Allerheiligen und Allerseelen) mit einem verlängerten Wochenende der Besuch geringer als sonst sein könnte, so sah er sich angenehm enttäuscht. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Ministerialrat Senator Bernhard Kläß, Vizepräsident des Bayerischen Roten Kreuzes, konnte in seiner Begrüßungsansprache denn auch zahlreiche Ehrengäste willkommen heißen, unter ihnen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, Frau Liselotte Seibel, Herrn Bertold Kamm, Rolf Langenberger und Karl Schäfer sowie die Senatoren Kirchenrat Balthasar Dyroff, zugleich als Vertreter der Inneren Mission, Herrn Stadtschulrat Karl Hauptmann, Nürnberg, den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Nürnberg, Otto Kraus, und Fabrikant Jean Mandel, Fürth, den Bezirkstagspräsidenten von Mittelfranken, Dr. J. Greiner, Hilpoltstein, sowie die Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken, die Vorstandsmitglieder Dr. Fritz Stahler, Bayreuth, und Dr. Karl Burkhart, Ansbach. Ein besonderer Gruß galt Herrn Dekan Kirchenrat Kelber, Nürnberg, sowie den Vertretern der Bundeswehr und Polizeidienststellen, vorab aber der „Patroneß“ und großen Förderin des Kreisverbandes Fürth, Frau Liesl Kießling, aus der engeren Rotkreuzfamilie der Vizepräsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, Baronin Leonore v. Tucher, dem Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer, dem gastgebenden Kreisverbandsvorsitzenden Stadtrat Dr. Thoma und als Gast aus Oberbayern dem Vorsitzenden des dortigen Bezirksverbandes, Apotheker Herbert Geißendörfer, nicht zuletzt aber dem Festredner des Tages, Herrn Generalsekretär Dr. Anton Schlögel, Bonn.

Ehrend gedachte der Vorsitzende der Toten der vergangenen beiden Jahre. Stellvertretend für sie alle, die sie im Jahresbericht aufgeführt sind, nannte Dr. Kläß zwei Persönlichkeiten, die sich um die Rotkreuzarbeit besonders verdient gemacht hatten, nämlich Frau Irene Neugebauer, langjährige Geschäftsführerin des Kreisverbandes Kulmbach, und Landgerichtspräsident a. D. Dr. Thomas Reiß, Vorsitzender des BRK-Landesschiedsgerichts. In dieser Minute gelte es, von allen, deren Wirken in diesem Augenblick lebendig werde, etwas in die Zukunft hinein mitzunehmen, eine ihrer Eigenschaften, eine ihrer guten Taten, eines ihrer Verdienste, und so das Erbe ihrer Arbeit zu wahren und zu mehren.

Der Vorsitzende erinnerte in diesem Zusammenhang an die Frauen und Männer der ersten Stunde, als es gegolten habe, das Rote Kreuz in Ober- und Mittelfranken neu aufzubauen, ohne daß es dafür gesetzliche Regelungen und Hilfen gegeben habe. Es sei die Zeit der großen Improvisation gewesen, in der sich Männer und Frauen aller Stände, aller Altersgruppen zusammengefunden hätten, um auf einzeltem Posten oder in der Gemeinschaft der Aktiven bahnbrechende Arbeit zu leisten. Erinnerungen an Frauen wie Ada von Sandersleben, Lilly Biegi, Helene Fichte, an Männer wie Dr. Steichele, Herrn Enßner, Peter Schöner, Schauer und Ulsamer, Steingruber und Mühlbauer, Altbürgermeister Bornkessel, die Hofer und Kulmbacher

Oberbürgermeister Högn und Hagen, Staatssekretär Staudinger, die Landräte Dr. Jüngling, Lowig und Roiger und viele andere mehr, die den ersten entscheidenden Wiederaufbau gemeistert haben, wurden wach, als Kläß von den Schwierigkeiten sprach, mit denen man zurechtkommen mußte. Zu den erfahrenen Frauen und Männern hätten sich auch junge Idealisten gesellt, die eben vom Krieg heimgekehrt waren und gewillt gewesen seien, aus ihrem Kriegserleben heraus nach soviel Zerstörung etwas Sinnvolles und Aufbauendes zu leisten. Walter Engelmann, der heutige Bezirksgeschäftsführer, sei damals 26, Dr. Schlögel 34 Jahre alt gewesen. Diese Zeit, mit dem Hinzukommen von Berg- und Wasserwacht, sei wohl eine der schönsten Entwicklungsphasen im Roten Kreuz gewesen, betonte Dr. Kläß, als es gegolten habe, den Rettungsdienst neu zu organisieren, einen sinnvollen Katastrophenschutz aufzubauen und die Grundlagen für eine moderne Sozialarbeit zu legen.

Grußworte der Stadt und der Regierung von Mittelfranken

Für die Stadt Nürnberg übermittelte in Stellvertretung von Oberbürgermeister Dr. Urschlechter der Vorsitzende des Kreisverbandes Nürnberg/Stadt, Berufsmäßiger Stadtrat Dr. Max Thoma, herzliche Grußworte an die Hauptversammlung und dankte für die Bereitschaft, sich dazu in Nürnberg — zum Ausgang des Dürer-Jahres — eingefunden zu haben.

Für den Regierungsbezirk Mittelfranken überbrachte Regierungspräsident Dr. Karl Burkhart Grüße enger Verbundenheit — in seiner eigenen Familie schon seit Generationen verbürgt — und versicherte das Rote Kreuz auch der zukünftigen wohlwollenden Unterstützung.

Grüße des Präsidiums —

Der Bundesministerin Käte Strobel und Staatsminister Pirkel

Für den Landesvorstand und das Präsidium übermittelte im Auftrag von Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. e. Alfons Goppel Vizepräsidentin Baronin Leonore v. Tucher herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung für die geleistete Arbeit im Bezirksverband Ober-/Mittelfranken. Sie wünschte, daß diese Arbeit im gleichen Zuge und mit dem gleichen Elan auch in der Zukunft fortgeführt werde.

Frau Käte Strobel, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, hatte ihr Fernbleiben wegen dringender Regierungstermine entschuldigt und der Versammlung herzliche Erfolgswünsche zugehen lassen. Auch der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkel, sah sich wegen unaufschiebbarer Termine gehindert, zur Hauptversammlung nach Nürnberg zu kommen und bekundete telegraphisch seine enge Verbundenheit mit der Arbeit des Roten Kreuzes und dankte den Rotkreuz-Frauen und -Männern für den „selbstlosen Einsatz im Dienste der leidenden und hilfsbedürftigen Menschheit“.

GENERALSEKRETÄR DR. SCHLÖGEL: DAS WIRKEN DES ROTEN KREUZES IN DER WELT

In einem weitgespannten Vortrag umriß der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes und frühere Bezirksverbandsvorsitzende von Ober-/Mittelfranken, Dr. Anton

Schlögel, Bonn, das vielseitige Wirken des Roten Kreuzes in aller Welt. (Da seine Ausführungen in wesentlichen Teilen mit dem Inhalt der Festansprache bei der Hauptversammlung Unterfranken in Würzburg — wir berichteten in der Dezemberausgabe des Mitteilungsblattes vom 15. 12. 1971 ausführlich darüber — übereinstimmen, dürfen wir uns hier auf einige wenige Aspekte beschränken.) Auf seine eigene frühere Nürnberger Tätigkeit zurückblickend, würdigte Dr. Schlögel das Zusammenwirken alter und bewährter Rotkreuz-Männer mit den hinzustoßenden jungen Frauen und Männern der heimkehrenden Kriegsgeneration als eines der wesentlichen Elemente der fruchtbaren „Blütezeit des Roten Kreuzes, nicht nur bei uns, sondern überall in deutschen Landen“. Die breite Anerkennung des DRK und seiner erfolgreichen Arbeit durch das In- und Ausland habe wesentlich die Aufbauarbeit gefördert und beflügelt. Heute sei es unsere Aufgabe selbst, nüchtern die Grenzen und Möglichkeiten des Roten Kreuzes zu erkennen und daraus zu handeln. Nur aus solcher objektiver Betrachtung werde ein gerechtes Urteil möglich, — ein Urteil, das in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck komme. Dazu aber betonte Dr. Schlögel wörtlich: „Es ist eine große Gefahr unserer Gegenwart, daß sie entweder in einer völlig übertriebenen und manchmal alle Grenzen sprengenden Weise dem Roten Kreuz Dinge zutraut und vielleicht auch zumutet, die im Grunde genommen weit über seine Möglichkeiten hinausgehen, — oder aber, daß sie andererseits in einem ungeredtfertigten Pessimismus und in einer manchmal geradezu zynischen Verachtung dessen, was in der Welt auch Gutes getan wird, dies dem Roten Kreuz nicht zutraut und glaubt, daß die Tätigkeit darin vergeblich ist.“ Dr. Schlögel verwies hierbei auf die Grundprinzipien des Roten Kreuzes, die nicht preisgegeben werden dürften, wenn die Basis für das „was wir tatsächlich tun können“, nicht verloren gehen sollte. Gerade das Wirken des Roten Kreuzes in den zurückliegenden Bürgerkriegen, für das es in den Genfer Konventionen nur eine minimale Rechtsbasis in Artikel 3 gebe, bleibe ein Ruhmesblatt des Roten Kreuzes, wie es seiner Meinung nach in der ganzen Geschichte noch nicht zu verzeichnen gewesen sei, meinte Dr. Schlögel, stellte aber zugleich angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen das Rote Kreuz in solcher Tätigkeit zu kämpfen hat, die klare Forderung:

„Die Tatsache, daß das rechtliche Fundament gerade für solche Konflikte so überaus schwach und gebrechlich ist, zwingt uns dazu, immer wieder den dringenden Appell an alle Regierungen zu richten und dafür zu sorgen, daß die rechtlichen Grundlagen verbessert werden.“

Dr. Schlögel erinnerte in diesem Zusammenhang an die beiden Expertenkonferenzen des Jahres 1971 in Den Haag und Genf, denen eine dritte voraussichtlich im Jahre 1972 folgen werde, die sich ausschließlich um eine Verbesserung des humanitären Völkerrechts bemüht hätten. Erfreulicherweise habe sich die Bundesregierung voll hinter die Forderungen des IKRK gestellt. Generell gesehen sei eine der tragischsten Situationen der Gegenwart, daß derjenige, der sich bemühe, auch mit sehr schwachen Kräften und unter unzureichenden Voraussetzungen Hilfe zu bringen, dafür verantwortlich gemacht werde, daß dieses Unheil überhaupt habe geschehen können. Im Blick auf die Vereinten Nationen stellte Dr. Schlögel fest, daß es hier keine Konkurrenz gebe, weil die Aufgaben der UNO als einer großen überstaatlichen Gemeinschaft völlig anders lägen als die Aufgaben des Roten Kreuzes. Bezüglich der Hilfe bei Naturkatastrophen habe der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in seinem jüngsten Bericht die ganz besondere Bedeutung der Liga der Rotkreuz-

Gesellschaften und der ihr angeschlossenen nationalen Gliederungen als einer „Freiwilligen-Institution“ unterstrichen. Der Bruch strikter Neutralität indes würde auch den Verlust des Vertrauens, das das Rote Kreuz in aller Welt genieße, nach sich ziehen und letzten Endes die ungebrochene Einheit des Roten Kreuzes auf's Schwerste gefährden. Gerade diese ungebrochene Einheit, sprich Universalität des Roten Kreuzes, sei in höchstem Maße verletzlich. Die Fragen der Familienzusammenführung und des Suchdienstes z. B. hätten niemals in einer so vertrauensvollen Zusammenarbeit gelöst werden können, wenn es diese Universalität nicht gegeben hätte.

Noch seien viele Fragen zu lösen und so habe die Gouverneurstagung in Mexico eine einmütige Resolution für eine bevorzugte Behandlung von Kleinkindern gefaßt, um immerwiederkehrende Schwierigkeiten auszuschalten. Eine etwaige punktuelle Durchlöcherung dieser Universalität aber würde Gefahrenpunkte für eine vollständige Aufspaltung heraufbeschwören. Darum müsse alles vermieden werden, was diese Universalität beeinträchtigen könnte. Trotz zahlreicher Appelle von dieser oder jener Seite, das Rote Kreuz möge im Verein mit anderen seine Stimme erheben und gegen den oder jenen Mißstand in der Welt protestieren, sei festzuhalten, daß das Deutsche Rote Kreuz wie alle Rotkreuz-Gesellschaften der Welt eine Gemeinschaft der Hilfe sei, nicht aber eine Institution, die geeignet wäre, Proteste herauszubringen und sich mit solchen Protesten selbst zu befassen. Hier stellte Dr. Schlögel noch einmal mit Nachdruck fest:

„Das Rote Kreuz bemüht sich immer, den Opfern zu helfen. Aber das Rote Kreuz ist keine Institution der Deklamationen, es ist keine Institution der Proteste, es assoziiert sich nicht mit anderen Institutionen, um an dieser oder jener Stelle gegen etwas vorzugehen. Und wenn wir letzten Endes fragen, warum es das nicht tut, so deshalb nicht, weil es nur so lange wirken kann, als es das allgemeine Vertrauen der Völker besitzt, das allgemeine Vertrauen aller Länder, auch jener, gegen die es u. U. zum Protest aufgerufen wird. Denn wenn heute irgendwo an dieser Stelle ein Konflikt ausbricht, müssen wir in der Lage sein, dort zu wirken. Es ist vielleicht eine der größten Segnungen unserer Zeit, daß dieses Rote Kreuz bisher dieses allgemeine Vertrauen in allen Ländern der Welt genossen hat und auch heute noch genießt. Dieses Vertrauen fordert vom Roten Kreuz die Begrenzung, die Beschränkung auf die helfende Tat. Für diese helfende Tat muß das Rote Kreuz jedermann gegenüber in jeder Situation, auch in der schwersten und kritischsten Situation zur Verfügung stehen.“

Für die Zukunft gelte die Hoffnung, daß das Rote Kreuz den Geist, von dem es in der Vergangenheit immer wieder geprägt worden sei, auch weiterhin hochhalte. Nur so werde es möglich sein, die Aufgaben der Zukunft zu meistern.

BEZIRKSVERBAND OBER-/MITTELFRANKEN SCHRITTMACHER AUF DEM GEBIET DES RETTUNGSDIENSTES FÜR DAS GESAMTROT Kreuz

*Aus dem Bericht des
Bezirksgeschäftsführers Walter Engelmann*

Nach dem Vortrag von Dr. Schlögel erstattete Bezirksgeschäftsführer Walter Engelmann Bericht über die Arbeit der zurückliegenden Jahre. Wir dürfen auch hier aus dem bunten Zahlenspiegel und eindrucksvollen Leistungsbericht die wesentlichen Passagen wiedergeben und im Wortlaut zitieren:

„Das Jahr 1970 war, wie heute schon mehrfach festgestellt wurde, ein Jubiläumsjahr unseres Bezirksverbandes. Glücklicherweise war es trotzdem ein ganz normales Arbeitsjahr. Besondere Erfolge und herausragende Leistungen bedeuten in der Rotkreuz-Geschichte nicht immer glückliche Zeiten. Leider sind viele unserer Leistungen ursächlich durch Not, Leid und Katastrophen bedingt.

Weniger Not, weniger Unfälle und möglichst keine Katastrophen verringern unsere Leistungsbilanz und niemand wäre glücklicher als wir, wenn hier ein Rückgang zu verzeichnen wäre.

Ein typisches Beispiel dafür ist der Rettungsdienst. Die statistischen Zahlen, die offenbar niemand mehr erschüttern, ergeben, daß sich die Zahl der Toten nach Verkehrsunfällen im Bundesgebiet 1970 um 15% auf 19123 und in Bayern um 25% auf 3850 erhöht hat. Es ist somit nicht erstaunlich, wenn sich die Zahl unserer Unfälleinsätze von 22893 auf 24075, um etwa 6%, erhöht hat. Diese Steigerungsraten haben aber auch zum Teil dazu beigetragen, daß das Defizit im Rettungsdienst und Krankentransport von DM 438000,— auf DM 807000,—, um fast 90%, angestiegen ist. Die Zunahme der Unfälle bedingt einen stärkeren hauptamtlichen Personaleinsatz und eine verbesserte technische Ausrüstung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den 2. Rettungskongreß des Deutschen Roten Kreuzes im Jahr 1970 in Göttingen. Es sind dort zahlreiche konstruktive und realisierbare Vorschläge zur Verbesserung des Rettungsdienstes gemacht worden.

Den meisten unter Ihnen wird bekannt sein, daß gerade unser Bezirksverband wesentlich an der Entwicklung dieser Vorschläge beteiligt war. Allerdings haben wir diese Forderungen nicht erst 1970, sondern schon seit etwa 10 Jahren eindringlich und deutlich erhoben.

Es sind dies vor allem folgende 9 Punkte:

1. Gesetzliche Regelung des Rettungsdienstes.
2. Einheitliche Notrufnummer in der Bundesrepublik und Schaffung eines einheitlichen Notrufsystems an allen Straßen und in allen Orten.
3. Staatlich anerkanntes Berufsbild für den Rettungssanitäter.
4. Organisierter Einsatz von Ärzten am Unfallort.
5. Verstärkter Einsatz von hauptberuflichen Rettungssanitätern.
6. 40% aller Krankenwagen sollen Rettungswagen sein, die bei Bedarf auch als Notarztwagen verwendet werden können.
7. Schaffung von überörtlichen Rettungsregionen mit je einer Funkleitstelle.
8. Ausbildung der Bevölkerung in ‚Erster Hilfe‘ und ‚Sofortmaßnahmen am Unfallort‘.
9. Ausreichende Finanzierung aller Investitionen und Betriebskosten des Rettungsdienstes durch öffentliche Kassen und nicht mehr durch Spenden und Sammlungen.

Fast alle diese Forderungen sind bisher unerfüllt geblieben. Lediglich der Punkt ‚Ausbildung der Bevölkerung‘, den wir aus eigener Kraft erfüllen können, ist einigermaßen verwirklicht worden.

Im Jahr 1970 haben wir

39116 Personen in Erster Hilfe und

38051 Personen in Sofortmaßnahmen am Unfallort

ausgebildet. Das sind zusammen mehr als 3% der Bevölkerung in einem Jahr.

Dort aber, wo es um die Finanzierung und um gesetzliche Fragen geht, sind wir nicht viel weiter gekommen. In den zuständigen politischen Gremien und in den verantwortlichen Behörden glaubt man offenbar immer noch, daß das Rote Kreuz das geforderte Geld und die gewünschten gesetzlichen Regelungen für sich selbst bzw. für seine eigenen Interessen benötigt. Sie, meine RK-Freunde, wissen, daß dies nicht der Fall ist. Es geht hier nicht um uns. Wir sind vielmehr in der Fortführung der Rotkreuz-Grundsätze seit Solferino der ‚Anwalt der Verletzten und der Notfallpatienten‘.

Es gibt in Deutschland leider keine einflußreiche Interessenvertretung der Unfallopfer, und die Toten können nicht reden.

Die Opfer von morgen ahnen leider nicht, daß unsere verzweifelten Bemühungen ihrer eigenen Rettung dienen. Jeder zwölfte Bundesbürger stirbt eines gewaltsamen Todes. Jeder fünfte unter uns erleidet einen Herztod.

Es muß anerkannt werden, daß Ansätze für Hilfsmaßnahmen sichtbar werden. Der Bayerische Staat bereitet z. Zt. ein Gesetz über den Rettungsdienst vor. Wir sind nicht über alle Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes glücklich, aber wir sind froh, daß sich endlich etwas tut und daß wir hoffen dürfen, daß eine wichtige, ja lebenswichtige öffentliche Aufgabe gesetzlich geregelt wird. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes aber muß eine Überbrückung erreicht werden, damit wenigstens vorläufig die dringendsten Verbesserungsmaßnahmen an den Schwerpunkten des Unfallgeschehens eingeleitet werden können.

Die derzeitigen geringen staatlichen und kommunalen Zuschüsse reichen dafür nicht aus, wenn auch einzelne Verbesserungen dadurch erreicht wurden. Aber die hohen Substanzverluste haben insgesamt per Saldo eine Verschlechterung verursacht.

Wir können uns nicht vorstellen, daß eine Einrichtung, die in Bayern im Jahr 1970 113778 Unfallverletzten und etwa der gleichen Zahl lebensbedrohlich erkrankten Notfallpatienten Hilfe leistete, noch auf Jahre hinaus ohne ausreichende und gesetzlich geregelte Unterstützung bleiben soll.

Nach Artikel 122 der bayerischen Verfassung sind ‚bei Unglücksfällen, Notständen und Naturkatastrophen alle nach Maßgabe des Gesetzes zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet‘.

Was für alle und für jeden einzelnen gilt, muß auch für die Gemeinschaft gelten. Der Staat, der seine Bürger zu Hilfeleistungen verpflichtet, muß insbesondere dort, wo die Hilfeleistung des Einzelnen oder die von Organisationen nicht mehr ausreicht, auch bereit sein, eigene Hilfe ausreichend zu leisten.

Die Hauptsorge ‚Rettungsdienst‘ überschattet unsere ganze übrige Arbeit im Bereich der Sozialarbeit und des allgemeinen Sanitäts- und Pflegedienstes. Wir könnten auf diesen Gebieten, zum Wohle der ganzen Bevölkerung, wesentlich mehr leisten, wenn wir auf dem Rettungssektor endlich finanziell entlastet werden könnten.

Unsere Sozialarbeit entwickelt sich entsprechend den sozialen Gegebenheiten zu Gunsten der

Körperbehindertenhilfe
Altenbetreuung und
Gesundheitsfürsorge.

Diese Schwerpunktprogramme werden von den meisten Kreisverbänden wahrgenommen und in vielseitiger Weise

verwirklicht. Durch persönliche Betreuung, durch Ausflugsfahrten mit dem Körperbehinderten-Omnibus des Kreisverbandes Nürnberg-Land sowie durch Erholungs- und Kurmaßnahmen konnte zahlreichen Körperbehinderten geholfen werden.

Ähnliches gilt für die Altenbetreuung. Wir haben nicht jede einzelne Hilfeleistung gezählt, aber wir wissen, daß unter den 82 952 durch den Sozialdienst betreuten Personen etwa die Hälfte ältere Menschen waren.

Außerdem wurden 143 000 Rentner in den Interzonenzügen mit kleinen Gaben und mit Sanitätshilfe betreut und 1648 Personen in unseren Altenklubs regelmäßig unterstützt. 103 Altersrentner haben an Erholungsmaßnahmen teilgenommen.

Im Jahr 1970 wurde in Hof ein neues großes BRK-Altenheim gebaut, das vor wenigen Wochen eröffnet wurde. Ein weiteres BRK-Altenheim entsteht z. Zt. in Forchheim.

Die Kinder- und Müttererholung konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Es wurden 683 Kinder und 78 Mütter in Erholungsheimen untergebracht.

Die Hilfs- und Ausbildungstätigkeit der Rotkreuz-Gemeinschaften, der Sanitätskolonnen, Frauenbereitschaften, Berg- und Wasserwacht sowie des Jugendrotkreuzes, war wiederum von einer großen Opferbereitschaft und von einem starken Leistungswillen gekennzeichnet.

Es wurden ca. 500 000 Personen in irgendeiner Form (Erste Hilfe, Soziale Beratung oder Hilfe, Ausbildung, Pflege oder Gesundheitsfürsorge) betreut. Dafür leisteten die Sanitätskolonnen

667 000 Einsatzstunden

und die Frauenbereitschaften

341 000 Einsatzstunden.

Zusammen mit den Hilfeleistungen der Berg- und Wasserwacht und des Jugendrotkreuzes wurden damit ca. 1,2 Millionen Einsatzstunden geleistet.

Allein die Bergwacht verzeichnet

569 Hilfeleistungen

9 Bergungen

467 Ski-Unfall-Einsätze

2 Vermißtensuchen.

Die Wasserwacht bewahrte

26 Jugendliche und 14 Erwachsene vor dem Ertrinkungstod;

12 Wiederbelebungen waren erfolgreich.

Es gab leider auch 10 Totenbergungen.

Während die Mitgliederzahl der Aktiven in den Erwachsenengemeinschaften nur geringfügig zunahm, hat erfreulicherweise das Jugendrotkreuz seine Schar der jungen Helfer von

1478 im Jahr 1968

1699 im Jahr 1969

auf 1902 im Jahr 1970 verstärken können.

Besonders erwähnen möchte ich auch die Jugendzeltlager in Steinwiesen und auf dem Nagelberg, die insbesondere der internationalen Begegnung und Verständigung gedient haben.

Im Rahmen der *Katastrophenhilfe* hat der Bezirksverband Ober-/Mittelfranken im Jahr 1969 eine Hilfsmannschaft nach Banja-Luka in Jugoslawien entsandt. Sie versorgte zunächst unter der Leitung des techn. Beauftragten, Herrn

Eichenseer, die Obdachlosen mit warmer Verpflegung und half bei einem zweiten Einsatz bei der Errichtung eines Hilfskrankenhauses, das vom DRK gespendet worden war.

Im Jahr 1970 entsandten Ober-/Mittelfranken zwei Einsatzgruppen in die Überschwemmungsgebiete nach Rumänien mit Trinkwasserfilteranlagen. Die Geräte und Fahrzeuge wurden anschließend dem Rumänischen Roten Kreuz übergeben.

Für Katastropheneinsätze in Peru und Jordanien wurde aus den Beständen des Bezirksverbandes ein Großzelt und ein Feldkochherd entnommen und den dortigen Rotkreuz-Gesellschaften übergeben.

Die *Ausbildung der Bevölkerung* in Erster Hilfe, Sofortmaßnahmen, häusliche Krankenpflege und die Fachausbildung unserer Helferinnen und Helfer wurde ebenfalls vorwiegend von unseren Rotkreuz-Gemeinschaften durchgeführt. Daß 39 116 Personen in Erster Hilfe und 38 051 Personen in Sofortmaßnahmen am Unfallort ausgebildet wurden, wurde bereits erwähnt. Darüber hinaus konnten

795 Personen in häuslicher Krankenpflege

971 Personen für die Pflege von Mutter und Kind

2496 Rettungsschwimmer (Grundschein)

848 Rettungsschwimmer (Leistungsschein)

ausgebildet werden.

12 437 Freischwimmer-, 9460 Fahrtenschwimmer- und 5231 Leistungsschwimmer-Prüfungen wurden abgenommen.

Rund 2800 aktive Helferinnen und Helfer der Gemeinschaften nahmen an Ausbildungsmaßnahmen der verschiedensten Fachdienste teil.

Die beiden *Rotkreuzschwwesternschaften* in Nürnberg und Coburg, deren unermüdete Bemühungen um die Ausbildung von Krankenschwestern Anerkennung und großen Dank verdienen, haben 1970

57 Schwestern erfolgreich bis zum Abschluß des Staatsexamens

geführt. Hinzu kommt noch eine sehr umfangreiche Fort- und Fachausbildung für die eingesetzten Schwestern.

Nicht unerheblich war unser Aufwand an Dienstleistungen für den *Blutspendedienst*.

Die Zahl der Blutspenden konnte gegenüber dem Vorjahr um 4045 auf 46 164 = 2% der Bevölkerung erhöht werden.

Wir glauben, daß damit einigen tausend Menschen das Leben gerettet wurde und vielen teilweise oder ganz die Gesundheit wiedergegeben werden konnte.

Der *Suchdienst* war vorwiegend mit Aufgaben der Familienzusammenführung befaßt, die leider auch heute noch, 26 Jahre nach Kriegsende, aktuell sind. Neuerdings hat die Zahl der Aussiedler aus Polen besonders stark zugenommen.

Die *finanzielle Situation* der 36 Kreisverbände und des Bezirksverbandes war im vergangenen Jahr im ganzen gesehen zwar gesund und geordnet, in Einzelfällen und in der Entwicklung einzelner Kosten jedoch auch schwierig.

Die Spendeneinnahmen waren erstmals seit der Währungsreform 1948 rückläufig. Sie verminderten sich von

DM 1 576 000,— auf DM 1 514 000,—.

Hauptursache war ein Rückgang der früher von den Gerichten dem Roten Kreuz zugewiesenen Geldbußen um

41,4%, bedingt durch die neue Bußgeldverordnung für Verkehrssünder. Dabei wären gerade diese Beträge am sinnvollsten im Rettungsdienst zu verwenden.

Die Beiträge der fördernden Mitglieder, deren Zahl mit 108 595 fast gleich geblieben ist, konnten um

16,7% auf DM 1 027 000,—

erhöht werden.

Das Aufkommen aus Glückshäfen und Altkleidersammlungen hat sich von DM 643 000,— auf DM 695 000 erhöht.

Auch die Zuschüsse aus öffentlichen Kassen sind erfreulicherweise auf

DM 2 055 000,—

angestiegen.

Jedoch muß berücksichtigt werden, daß in diesem Betrag für das Rehabilitationszentrum in Schwaig und für das neue Rotkreuzhaus in Bayreuth zusammen etwa 1,4 Millionen zweckgebundene Sonderzuschüsse enthalten sind. Dieser Betrag, den wir dankbar anerkennen, verfälscht jedoch die Situation der übrigen 34 Kreisverbände, die in Wirklichkeit eine teilweise ungünstige Entwicklung aufweisen.

Sie ergibt sich aus den erhöhten Aufwendungen für den Rettungsdienst und aus den Personalkosten, die durchschnittlich um 15,1% gestiegen sind.

Insgesamt gesehen ist jedoch der Erfolg maßgebend. Wir stellen fest, daß mit einem Spenden- und Zuschußaufkommen von ca. 5,3 Millionen eine Menge geleistet wurde. Mit diesem Geld allein hätten wir jedoch nur wenig erreichen können, wenn nicht die 1,2 Millionen Dienststunden unserer Helferinnen und Helfer dazu gekommen wären. Erst dadurch ist jener hohe Leistungsstand erreicht worden, der die Rotkreuzarbeit in Ober- und Mittelfranken auszeichnet. Allen, die dazu beigetragen haben, gilt unser herzlichster Dank.“

Dank an verdiente Mitarbeiter

Vizepräsident Dr. Kläß dankte für die vor allem kritische Berichterstattung des Bezirksgeschäftsführers und ergänzte den Hinweis auf die finanzielle Notlage auf dem Rettungsdienstsektor mit der Nachricht, daß vom bayerischen Staatshaushalt her erst im Jahre 1973 wirksam geholfen werden könne, da die Zuschußraten für das Doppelhaushaltsjahr 1971/72 bereits festgelegt seien. Das in Vorbereitung befindliche Rettungsdienstgesetz dürfe nicht dazu führen, daß die öffentlichen Kassen sich jetzt in der Zuschußgewährung zurückhaltend zeigten.

Ein gegenteiliges Beispiel habe der Kreistag Schwabach gegeben und den Zuschuß für den Rettungsdienst von bisher jährlich 20 000,— auf DM 56 250,— = 75 Pf pro Kopf der Bevölkerung erhöht, anerkannte Dr. Kläß und empfahl das Beispiel nachhaltiger Nachahmung mit der herzlichen Aufforderung: *vivant sequentes!* Er dankte dem Bezirksgeschäftsführer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Nach dem Revisionsbericht durch Herrn Direktor Hofmann wurde der Vorstandschaft einstimmige Entlastung ausgesprochen.

Anschließend hatte der Vorsitzende die Freude, einige ehrenvolle Auszeichnungen aussprechen und überreichen zu können. Mit der höchsten Auszeichnung, die das Bayerische Rote Kreuz zu vergeben hat, der Ehrenmitgliedschaft, wur-

den drei um die Rotkreuzsache hochverdiente Persönlichkeiten bedacht, zwei davon noch im aktiven Rotkreuzdienst stehend, nämlich Frau Helene Fichte, Coburg, stellv. Vorsitzende des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken, und der langjährige Schatzmeister des BV, Bankdirektor a. D. Dr. Wilhelm Köhler, Nürnberg. Seit 57 Jahren im aktiven Rotkreuzdienst, habe Frau Fichte vor allem nach 1945 entscheidend am Wiederaufbau des Roten Kreuzes in Coburg mitgewirkt. Seit 10 Jahren sei sie stellv. Vorsitzende des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken. Herr Dr. Köhler, ebenfalls schon vor dem letzten Weltkrieg Mitglied des Roten Kreuzes, habe als Schatzmeister des Kreis- und Bezirksverbandes in Nürnberg seine hervorragenden fachlichen Kenntnisse in den Dienst des Roten Kreuzes gestellt, und wesentlich zur Konsolidierung des Roten Kreuzes in den genannten Verbänden, insbesondere in der schwierigen Aufbauphase nach 1945, beigetragen. Als nicht mehr aktiver, aber nicht minder verdienter Rotkreuz-Mann wurde Landrat a. D. Roiger, Hersbruck, mit der höchsten Rotkreuz-Auszeichnung bedacht. 23 Jahre, von 1946 bis 1969 stand der Jubilar dem Kreisverband vor. Sein besonderes Engagement über die Rotkreuz-Sache hinaus galt dem Natur- und Landschaftsschutz, in dem der Geehrte noch heute aktiv tätig ist. Auch ihm dankte Vizepräsident Dr. Kläß für die jahrelange treue Mitarbeit. Eine Frau und fünf Männer schließlich durften aus der Hand des Bezirksverbandsvorsitzenden das von DRK-Präsident Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky verliehene DRK-Ehrenzeichen entgegennehmen. Es waren dies Frau Anita Schneider, seit sechs Jahren Leiterin der Lehrgänge in Häuslicher Krankenpflege und Pflege von Mutter und Kind mit nahezu 100 Kursen und insgesamt 1500 Teilnehmerinnen, Dr. med. Franz Ernst, Facharzt für Chirurgie und Kolonnenarzt im KV Nürnberg, der sich besonders um den Notarzteininsatz verdient gemacht hat, Landrat Franz Josef Kaiser, Ebermannstadt, der sich vor allem des BRK-Altenheims in Gößweinstein annahm, Rudolf Nüssinger, Ortsgruppenleiter der Wasserwachtabteilung Nürnberg, seit 1947 aktives Mitglied der Wasserwacht und mehr als 15 Jahre Vorsitzender der Ortsgruppe, dessen besonderes Anliegen die Leistungswettbewerbe der Wasserwacht waren, ferner der Chefarzt des Kreiskrankenhauses Gunzenhausen und Vorsitzende des dortigen BRK-Kreisverbandes, Dr. med. Schneider, der seit vielen Jahren die Rotkreuzarbeit mitgetragen hat und mitträgt, und schließlich der Vorsitzende des Bezirksausschusses der Sanitätskolonnen, Richard Strobel, Hersbruck, seit mehr als 20 Jahren aktiv in der Kolonne tätig, dem die Förderung des Unfallrettungsdienstes ganz besonders am Herzen liegt und seit Jahren gerade auf diesem Gebiet für eine Verbesserung kämpft. Ihnen allen dankte Dr. Kläß für die vorbildliche Pflichterfüllung im Roten Kreuz und erbat ihr weiteres Wirken im Dienste unserer humanitären Organisation.

Eine Ehrung besonderer Art durfte schließlich Hauptmann Bäder vom Leichten Heeresfliegertransportregiment 20, Roth, mit der Überreichung der Ehrenplakette in Gold für die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hubschrauberrettung entgegennehmen.

ABC-Ausbildung und -Ausrüstung ist nicht überholt

Unter „Verschiedenes“ hatte der Leiter des Arbeitskreises „ABC-Dienst“ im Bezirksverband Ober-/Mittelfranken, Dr. med. Kimberger, die Delegierten dringend ermahnt, die Ausbildung und Ausrüstung der Krankentransport-Sanitäter nicht zu vernachlässigen. Gerade im Zeichen der Um-

weltschutzbestrebungen komme diesem Dienst eine besondere Bedeutung zu. Dabei sei er primär immer als Schutz des eigenen Einsatzpersonals anzusehen und von daher eine verantwortliche Aufgabe aller zuständigen Stellen im Kreisverband. Wo noch nicht geschehen, sollte daher umgehend die einschlägige Schutzbekleidung bestellt werden, forderte der Sprecher und verwies in diesem Zusammenhang auf den Beschluß des Landesvorstandes vom 10. 7. 1968, der zu diesem Fragenkomplex ausführlich Stellung genommen hatte. Dr. Kläß dankte für den sachdienlichen Hinweis und bat nachhaltig, die von Herrn Dr. Kimberger geäußerten Empfehlungen zu beachten.

Dank an alle Helferinnen und Helfer

Abschließend dankte Vizepräsident Dr. Kläß allen Mitarbeitern in den Kreisverbänden, vor allem den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die dazu beigetragen hätten, die Aufgaben erfolgreich zu meistern und das Vertrauen, das das Rote Kreuz in der breiten Öffentlichkeit genieße, immer wieder zu rechtfertigen. Der schwer erkrankten Frau Koller, Fürth, langjähriges Vorstands- und Landeskomiteemitglied, übermittelte die Versammlung herzliche Genesungswünsche ans Krankenbett.

Dr. Ro.

VIELVERSPRECHENDER JAHRESAUSKLANG 1971

3 neue Rettungswagen für das Rote Kreuz

Die AZ, Münchens populäre Abendzeitung, setzte zweifellos den Höhepunkt. Sie übergab als Ergebnis einer großangelegten Weihnachtsaktion unter dem Motto „Rette Dich und Deinen Nächsten“ am 22. Dezember 1971 einen Scheck in Höhe von nahezu 108 000,— DM an das Rote Kreuz. Wie die Herausgeberin, Anneliese Friedmann, bei der Übergabe betonte, solle der Betrag der Anschaffung von zwei komplett ausgestatteten Rettungswagen zugute kommen, die dort eingesetzt werden sollten, wo sie am dringendsten zur Lebensrettung benötigt würden. (Diesem Votum entsprechend soll einer der Wagen im Ballungszentrum München, der andere im Großraum Nürnberg—Würzburg eingesetzt werden.) Ministerpräsident Dr. Goppel, der mit Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer und Direktor Rieger vom KV München die Spende entgegennahm, dankte für ein in dieser Form überaus selten gewordenes Christkindl, — „dazu aus so charmanter Hand geboten“ — und anerkannte: „Sie haben nicht bloß einer guten Sache, sondern der guten Sache auch mit erheblichem Einsatz gedient.“ Der Erfolg lasse selbst erfahrene Sammler und „professionelle“ Bettler vor Neid erblassen, ergänzte der BRK-Präsident im Blick auf die eigenen Anstrengungen, die für den Rettungsdienst notwendigen Mittel aufzubringen, und dankte allen Mitarbeitern und Lesern der AZ für die bewiesene Hilfsbereitschaft. Als Zeichen der Anerkennung überreichte er Frau Friedmann „für diesen großartigen Einsatz“ die Ehrenplakette des Bayerischen Roten Kreuzes in Gold mit Urkunde, dem Chefredakteur, Chefreporter und Verlagsleiter Udo Flade, Erwin Meyer und Kurt Felder, die offizielle Goldmedaille zur 100-Jahrfeier des BRK. Vorausgegangen waren zwei andere hochherzige und beispielgebende Stiftungen. Die deutsche Hauptniederlassung der Hilti-Gruppe, ein Unternehmen der Befestigungstechnik, das in der ganzen Welt tätig und u. a. auch bei Erstellung der Olympiabauten maßgeblich beteiligt ist, übergab durch ihren Präsidenten, Dipl.-Ing. Martin Hilti, Schaan, Fürstentum Liechtenstein, am 3. Dezember in München an das Kuratorium „Rettungsdienst Bayern“ eine Spende in Höhe von DM 35 000,— zur Beschaffung eines Rettungswagens. Wie der Geschäftsführer der Deutschen Hilti-GmbH, Karl-Rudolf Prätorius, ergänzte, solle die Spende mithelfen, die Zahl der Verkehrstoten auf deutschen Straßen zu verringern. Insbesondere die über 50 Firmenfahrer, die täglich unterwegs seien, wüßten den Wert eines mo-

dernen Rettungswesens zu schätzen. (Das Bayerische Rote Kreuz hatte ihnen bei dieser Gelegenheit die aktuelle Notrufkarte überreichen lassen.) In Vertretung von Herrn Ministerpräsident Goppel dankte im Namen des Kuratoriums „Rettungsdienst Bayern“ der stellv. Vorsitzende, Generaldirektor Hans Dürmeier vom Süddeutschen Verlag, für die beispielgebende Initiative. Für Ministerpräsident Dr. Goppel ergänzte Regierungsdirektor Hiedl von der Bayerischen Staatskanzlei die Bedeutung einer solchen Hilfe über Grenzen hinweg. Der Sprecher des BRK-Präsidiums, Dr. Rohrer, konnte den Gästen und Spendern bestätigen, daß bayerische Sanitätskraftwagen heute in allen europäischen Staaten unterwegs seien, von wo sie verletzte oder erkrankte Urlauber und Geschäftsreisende in die Heimat zurückbrächten. Hier habe sich also bereits eine internationale Rettungskette, die keine Landesgrenzen kenne, etabliert und bewährt.

Eine Rallye besonderer Art startete die Björn-Steiger-Stiftung e. V. am 6. 12. 1971 in Zusammenarbeit mit der Ariola-Schallplattenfirma, deren Benefizschallplatte „Stunde der Stars“ mit einem Erlös von über 1 Million DM die Beschaffung von elf Rettungswagen im Werte von 517 000,— DM, sowie die Bestückung von Bundesstraßen mit Unfallmeldern ermöglichte. Siegfried Steiger und seine Gattin übergaben gemeinsam mit Topstar Rex Gildo im Hof der Bayerischen Staatskanzlei den für Bayern bestimmten Rettungswagen an den Vorsitzenden des Kuratoriums „Rettungsdienst Bayern“, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, der ihn, der Zweckbestimmung gemäß, an das Bayerische Rote Kreuz weiterreichte. Goppel dankte im Namen aller bayerischen Mitbürger den Initiatoren wie den zahlreichen Käufern der Schallplatte für ihren engagierten Beitrag zur Lösung eines der brennendsten Probleme der Zeit. Im Namen aller Stars, die an der Platte mitgewirkt hatten, — unter ihnen Mireille Mathieu, Peter Alexander, Udo Jürgens, Heintje, Michael Holm und Ricky Shayne — betonte Rex Gildo, daß sich die Künstler, die jahraus jahrein unterwegs seien, sich gerne in den Dienst dieser guten Sache gestellt hätten. Die übrigen zehn Fahrzeuge nahmen nach ihrer Verabschiedung auf dem Rathausplatz in Stuttgart den Weg nach Berlin, Hannover, Hamburg, Kiel, Bremen, Düsseldorf, Wiesbaden, Mainz und Saarbrücken.

Dr. R.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 68 vom 2. 12. 1971: Kindererholungsmaßnahmen
Nr. 69 vom 2. 12. 1971: Jahresabschluß 1971
Nr. 70 vom 3. 12. 1971: Erste-Hilfe-Ausbildung; hier: Übungsmaterial für Erste-Hilfe-Lehrgänge
Nr. 71 vom 6. 12. 1971: Frauenbereitschaften; hier: Zusatzprogramm 1970/71 „Das Drogen-Problem“ — Suchtstoffe —
Nr. 72 vom 8. 12. 1971: DRK-Taschenjahrbuch 1972
Nr. 73 vom 8. 12. 1971: Statistik 1971
Nr. 74 vom 9. 12. 1971: Sicherung von Sprechfunkgeräten gegen Diebstahl, Beschädigung und unbefugte Benutzung
Nr. 75 vom 15. 12. 1971: Lehrgangsabrechnungen 1971 — Erste Hilfe, San.-Ausbildung, Ausbilderlehrgänge
Nr. 76 vom 17. 12. 1971: Radioaktive Prüfstrahler
Nr. 77 vom 16. 12. 1971: Sozialarbeit — hier: Koordinierungskreise „Ausländische Arbeitnehmer“
Nr. 78 vom 16. 12. 1971: „Aktion Sorgenkind“ — Anträge auf Beschaffung von Fahrzeugen
Nr. 79 vom 20. 12. 1971: Drogenmißbrauch
Nr. 80 vom 20. 12. 1971: Drogenmißbrauch — hier: Mittelbedarf für Einrichtungen zur Beratung Drogenabhängiger für das Jahr 1972

Eilmitteilung

- vom 9. 12. 1971: Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung
vom 14. 12. 1971: Erhöhung der Gesamtvergütung für BAT-Angestellte unter 18 Jahren

AUSBILDUNGSWESEN

2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 28. 2.—30. 3. 1972

- Nr. 7 vom 28. 2.—3. 3. 1972: Altenbetreuung — offene Altenhilfe
Nr. 8 vom 6.—10. 3. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Ober- und Mittelfranken
Nr. 9 vom 13.—17. 3. 1972: Kurslehrerinnen „Häusliche Krankenpflege“. Fortbildungslehrgang mit Lehrscheinerneuerung
Nr. 10 vom 20.—24. 3. 1972: Kurslehrerinnen „Pflege von Mutter und Kind“. Fortbildungslehrgang mit Lehrscheinerneuerung
Nr. 11 vom 27.—30. 3. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe für Realschulen und Gymnasien

PERSONALFRAGEN

3. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Nachstehendes Dienstbuch ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt:

BRK-Kreisverband Aschaffenburg, Dienstbuch Nr. 137, ausgestellt auf den Namen Silvia Beck, geb. 13. 9. 1959, Aschaffenburg, Schillerstr. 61.

KRANKENTRANSPORT

4. Änderung im Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Betriebskrankenkasse Johann Benker A.G., Marktredwitz, wird nach dem Beschluß des Oberversicherungsamtes bei der Regierung von Mittelfranken, Ansbach, zum 31. 12. 1971 aufgelöst, nachdem die Firma zu diesem Zeitpunkt ihre Produktion einstellen wird.

Das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner bitten wir auf Seite 16 entsprechend zu berichtigen.

SOZIALARBEIT

5. Schwaiger Kurplan 1972

„Haus Wieseneck“, Kurheim für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder und Jugendlicher in 8501 Schwaig, Wieseneckstr. 24, Tel.: 57 62 65, Heimleiter: Gerhard Gebuhr, führt 1972 nachstehende Kuren durch.

Neben den folgend aufgeführten Kuren werden Behandlungsfälle laufend aufgenommen. Die Verweildauer richtet sich nach der Schwere der Erkrankung.

1. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder vom 24. 1.—20. 2.
2. Sonderkur für Jugendliche vom 21. 2.—19. 3.
3. Sonderkur des Bayer. Mütterdienstes für Bluterkinder. Mütter sind während dieser Zeit im Müttergenesungsheim Stein untergebracht vom 20. 3.—17. 4.
4. Sonderkur für Kinder und Jugendliche Begegnungswochen für behinderte Jugendliche mit Nichtbehinderten (Pfungst-woche) vom 18. 4.—15. 5.
5. Sonderkur für Jugendliche und Heranwachsende vom 16. 5.—29. 5.
6. Sonderkur für Schulpflichtige aus dem gesamten Bundesgebiet vom 30. 5.—26. 6.
7. Sonderkur für Schulpflichtige aus dem gesamten Bundesgebiet vom 27. 6.—24. 7.
8. Sonderkur für Schulpflichtige aus dem gesamten Bundesgebiet vom 25. 7.—21. 8.
9. Sonderkur für schulpflichtige Kinder aus Bayern vom 22. 8.—18. 9.
10. Sonderkur für Familien mit körperbehinderten Kindern. An der Kur können Eltern oder Elternteile mit Behinderten teilnehmen vom 19. 9.— 5. 10.
11. Sonderkur des Bayer. Mütterdienstes für Mütter mit behinderten Kindern. Die Mütter sind während dieser Zeit im Müttergenesungsheim Stein untergebracht vom 6. 10.— 1. 11.
12. Sonderkur für behinderte Jugendliche vom 31. 10.—20. 11.
12. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder vom 21. 11.—18. 12.

Die Aufnahme für die Sonderkuren erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. (Datum des Eingangsstempels.)

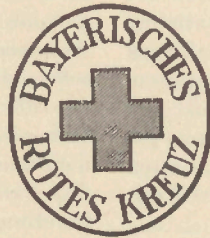
Der Tagessatz für Kinder und Jugendliche beträgt einheitlich DM 31,—. Für Pflegefälle, damit sind Kinder und Jugendliche gemeint, die eine ständige Hilfe benötigen, beträgt der Tagessatz DM 45,—.

Für Entsendestellen, die laufend oder zu mehreren Kuren körperbehinderte Kinder und Jugendliche schicken, können Sondervereinbarungen getroffen werden.

Die Anmeldungen sind direkt an das „Haus Wieseneck“ zu richten.

MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 2

15. Februar 1972

B 21 345 E

Inhalt des Blattes 2:

Jetzt 130 Staaten Partner der Genfer Rotkreuzabkommen.

Dank an die „Helgoland“.

Polnische Rotkreuz-Delegierte beim Suchdienst Hamburg.

Vorbereitung der Zweiten Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz.

Konferenz über die Achtung der biologischen, chemischen und nuklearen Waffen.

DRK schickt Hubschrauber nach Bangla Desh.

Sie waren dabei, als es galt, das Rote Kreuz wieder aufzubauen.

Zu Ehrenmitgliedern der Frauenbereitschaften ernannt.

BRK-Massageschule in Bad Abbach eröffnet.

Zuckerkrankte als Fahrer ungeeignet.

Silvesteraktion des Bayerischen Rundfunks brachte neuen Rettungswagen.

Verkehrsunfallstatistik für Gemeinden über 20 000 Einwohner. Von ORR Walter Hillgärtner, Würzburg.

Bund Naturschutz in Bayern e. V. legt Entwurf für ein bayerisches Gesetz über Natur- und Umweltschutz vor.

Internationales Zentrum für Krebsforschung.

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben und Eilmitteilungen des Landesverbandes.

2. Anschriftenänderung

Ausbildungswesen: 3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 5.-28. 4. 1972.

Krankentransport: 4. Änderung im Krankentransport-Rahmenvertrag.

Sozialarbeit: 5. Betreuer und Betreuerinnen für die Altenerholungsmaßnahmen gesucht. 6. Altenerholung 1972.

Nachrichtenteil

Sanitätskolonnen: 7. Herbstsitzung des Landesauschusses. 8. Partnerschaftsbesuch in Frankreich.

Bergwacht: 9. Bergwachtmäner müssen up to date sein.

Wasserwacht: 10. Internationales Langstreckenschwimmen.

11. Medau-Schülerinnen als Lehrscheininhaber.

12. Wasserwacht gibt Resozialisierungshilfen.

Jugendrotkreuz: 13. Sängertwettstreit in München.

Sozialarbeit: 14. Aufbaulehrgang für Behindertenhilfe.

Aus den Bezirksverbänden: 15. Oberbayern: BRK-Außenstelle des KV München in Ismaning. – Ihr Sold für den Rotkreuz-Krankenwagen. – Statt Werbegeschenke Funkgerät gestiftet.

16. Niederbayern/Oberpfalz: Neumarkt: Rettungswagen- und Motorboot-Spende. – LVA spendete Vakuum-Matratzen. – Eine nachahmenswerte Initiative.

17. Ober- und Mittelfranken: Stadtsteinach erhielt Rotkreuzhaus. – Fabrikant stiftet Krankentransportwagen.

18. Unterfranken: Mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Totenhrentafel: Bürgermeister Franz Hübl, Ebern; Robert Ulsamer, Nürnberg.

Jetzt 130 Staaten Partner der Genfer Rotkreuzabkommen

Die Regierung des Staates Bahrain übermittelte dem Schweizerischen Bundesrat mit Schreiben vom 30. November 1971 ihre Beitrittserklärung zu den vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949.

Dieser Beitritt wird am 31. Mai 1972 rechtsgültig. Damit steigt die Zahl der an die Genfer Abkommen von 1949 gebundenen Staaten auf 130.

Dank an die „Helgoland“

Das Hospitalschiff kehrt nach Deutschland zurück

Der mehr als fünfjährige humanitäre Einsatz an Bord des DRK-Hospitalschiffes „Helgoland“ ist zu Ende. Aus Anlaß der Ablösung des Hospitalschiffes durch ein Landkrankenhaus in Da Nang schickte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Käte Strobel, ein Grußtelegramm an das Personal der „Helgoland“ in Da Nang. Frau Strobel erklärte darin, die humanitäre Hilfe durch die Entsendung des Schiffes habe weltweite Anerkennung gefunden. Niemand habe 1966 ahnen können, „daß sich der Einsatz des Schiffes bis jetzt ausdehnen würde.“

Wörtlich hieß es in der Grußbotschaft: „Das Schiff kehrt jetzt in die Heimat zurück, Anlaß für mich, allen Beteiligten für diesen Einsatz zu danken. Mein Dank gilt besonders dem auf dem Schiff tätig gewesenem Personal, sowohl den vom Deutschen Roten Kreuz entsandten Ärzten und Schwestern, den Pflegern und dem Hilfspersonal, als auch den Seeleuten und den vietnamesischen Mitarbeitern. Hier wurde in beengten räumlichen Verhältnissen unter schwierigen klimatischen Bedingungen in vorbildlicher Zusammenarbeit aller aufopferungsvolle Arbeit geleistet. Mein Dank gilt auch dem Deutschen Roten Kreuz, seinem Präsidium, seinem Generalsekretariat, das den Einsatz mit seinen schwierigen Personal-, Material- und Nachschubfragen reibungslos und in beispielhafter Zusammenarbeit mit den beteiligten Bundesdienststellen durchgeführt hat, sowie dem Verband Deutscher Mutterhäuser vom Roten Kreuz, der trotz eigenem Personalmangel immer die notwendige Zahl von Krankenschwestern für diese Aufgabe freigestellt hat.“

Polnische Rotkreuz-Delegierte beim Suchdienst Hamburg

Zu erneuten Gesprächen über eine zügigere Familienzusammenführung trafen sich Vertreter des Polnischen und des Deutschen Roten Kreuzes vom 24. bis 31. Januar beim Suchdienst in Hamburg und erörterten dabei vor allem technisch-organisatorische Fragen, so u. a. wie die für die Bewilligung von Ausreisen notwendigen Anträge schneller bearbeitet werden können. Die deutsche Seite vertrat dabei der DRK-Suchdienstleiter und Stellvertretende Generalsekretär Dr. Kurt Wagner.

VORBEREITUNG DER ZWEITEN SITZUNGSPERIODE DER REGIERUNGSEXPERTENKONFERENZ

Wie bereits angekündigt (siehe Mitt.-Blatt 5/71), plant das IKRK, im Frühjahr 1972 eine zweite Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und die Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts zu veranstalten. In der ersten Sitzungsperiode konnten nämlich nicht alle Themen erschöpfend behandelt werden, einige waren sogar überhaupt nicht angeschnitten worden. Daher hatten die Experten einstimmig empfohlen, das begonnene Werk in einer zweiten Konferenz fortzusetzen.

In diesem Sinne schrieb der Präsident des IKRK am 27. September 1970 an die Regierungen aller Staaten, die gegenwärtig ausdrücklich an die Genfer Abkommen von 1949 gebunden sind, und schickte ihnen den Bericht über die Arbeiten der ersten Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz; er forderte sie gleichzeitig auf, Experten zu einer zweiten Sitzungsperiode zu entsenden, die vom 3. Mai 1972 an für die Dauer von etwa einem Monat in Genf stattfinden soll. Da zahlreiche Experten bei der ersten Tagung darauf hingewiesen hatten, wie nützlich es wäre, den Teilnehmerkreis der Konferenz zu erweitern, beschränkte sich diese Einladung nicht auf jene Regierungen, die seinerzeit vom IKRK aufgefordert worden waren, Sachverständige zur ersten Tagung zu entsenden, sondern erging an nahezu 130 Regierungen.

Wie in dem erwähnten Einladungsschreiben angegeben, bereitet die Rechtsabteilung des IKRK bereits eine Reihe von Entwürfen für Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkom-

men von 1949 vor. Diese Entwürfe setzen sich aus kommentierten Artikeln zusammen. Das für die erste Sitzungsperiode verfaßte Unterlagenmaterial, der Bericht über die Arbeiten dieser Konferenz sowie die neuen Protokollentwürfe bilden den Hauptbestandteil der Dokumentation für die zweite Sitzungsperiode. Das IKRK hofft, diese Texte den Regierungen im Januar 1972 zustellen zu können, damit die nach Genf kommenden Experten genügend Zeit haben, sie zu prüfen und sich für die Debatten vorzubereiten.

Das IKRK hegt den Wunsch, daß sich die Teilnehmer dieser zweiten Sitzungsperiode über die verfaßten Texte einigen können, damit die Debatten einer künftigen diplomatischen Konferenz dadurch erleichtert werden. Diese zweite Sitzungsperiode wird indessen den Charakter einer Expertentagung wahren. Die auf ihr vorgebrachten Ansichten werden die Regierungen nicht verpflichten. In dem obenerwähnten Schreiben des Präsidenten heißt es nämlich: „Wie bei der ersten Sitzungsperiode, werden sich die Diskussionen auf humanitäre Fragen beschränken. Die besonderen Situationen der Vergangenheit oder der Gegenwart werden daher nur erwähnt, um das künftige Völkerrecht zu verbessern. Das ist übrigens das Hauptmerkmal der unter dem Schirm des Roten Kreuzes veranstalteten Tagungen.“

Entnommen aus *Revue internationale de la croix-rouge*, Dezember 1971.

KONFERENZ ÜBER DIE ÄCHTUNG DER BIOLOGISCHEN, CHEMISCHEN UND NUKLEAREN WAFFEN

Auf Einladung des Schwedischen Roten Kreuzes nahm das IKRK als Beobachter an dieser vom Internationalen Friedensamt veranstalteten Konferenz teil. Sie fand am 26. und 27. August 1971 in Runö bei Stockholm statt und hatte sich das Ziel gesteckt, eine Bilanz der von den betreffenden Staaten unternommenen Arbeiten und Bemühungen im Hinblick auf das Verbot der ABC-Waffen zu ziehen. Es war eine Art vorbereitende Konferenz für die große Weltabrüstungskonferenz, welche die dem ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat) angeschlossenen nichtstaatlichen Organisationen im kommenden Jahr einberufen werden.

Vertreter von über 40 nichtstaatlichen internationalen Organisationen nahmen an der Konferenz teil, auf der höchst interessante Vorträge gehalten wurden, besonders von Vertretern des „Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)“, das seine Anstrengungen auf die Probleme betreffend die biologischen und chemischen Waffen konzentriert hat. Auch wurden Informationen über den gegenwärtigen Stand der Gespräche unter den Großmächten für die Beschränkung gewisser strategischer Waffen (SALT-Verhandlungen) erteilt. Der Konferenzvorsitzende Sean MacBride behandelte einen der Hauptpunkte der Tagesordnung: „The Environment of Death.“ Der

Vorsitzende des Internationalen Friedensamtes betonte die Notwendigkeit, nicht nur die Herstellung, sondern auch den Einsatz der Massenzerstörungswaffen zu verbieten. Er erinnerte an die von den nichtstaatlichen Organisationen gefaßte Entschliebung über die Schaffung eines Untersuchungsausschusses betreffend die Verletzungen des humanitären Völkerrechts.

Vizedirektor R.-J. Wilhelm, der das IKRK vertrat, hielt ein Kurzreferat über die Ergebnisse der im Mai 1971 vom IKRK veranstalteten Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Er wies darauf hin, inwieweit die Konferenz die Frage des Waffeneinsatzes im Falle eines bewaffneten Konflikts behandelt hat und gab die von einigen Delegationen vorgebrachten diesbezüglichen Vorschläge bekannt. Olof Stroh, der das Schwedische Rote Kreuz vertrat, dessen Generalsekretär er ist, unterbreitete der Konferenz eine Reihe von Erwägungen über die praktische Mitwirkung der nichtstaatlichen Organisationen an der obenerwähnten Aufgabe sowie über ihren Beitrag zum Frieden.

Entnommen aus *Revue internationale de la croix-rouge*, Dezember 1971.

DRK schickt Hubschrauber nach Bangla Desh

Das Deutsche Rote Kreuz unterstützt intensiv die humanitäre Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Bangla Desh. Um den Einsatz der Delegierten und Rotkreuz-Helfer in Bangla Desh zu erleichtern, schickt

das DRK für die Dauer von drei Monaten zwei Hubschrauber, Typ Hughes 500, nach Dacca, wo sie für Verbindungs- und Führungsaufgaben eingesetzt werden.

SIE WAREN DABEI

als es galt, das Rote Kreuz wieder aufzubauen.

Ministerpräsident Goppel empfing langjährige Mitarbeiter in der Schackgalerie.

Es ging ihnen einfach darum, zu helfen, als in ganz Bayern Frauen und Männer sich dem Roten Kreuz zur Verfügung stellten. Das war vor 25 Jahren. Ihre Treue und ihr Einsatz fanden am 13. Dezember mit einer Einladung des Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel in der Schackgalerie in München ihre öffentliche Anerkennung. In dem festlich geschmückten Saal nahmen 68 hauptberuflich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes aus der Hand des Ministerpräsidenten für ihre 25jährige Diensttreue die Ehrenurkunde des Bayerischen Roten Kreuzes und die Ehrenurkunde des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung entgegen. In seiner Ansprache würdigte der Präsident die Verdienste der Mitarbeiter und betonte:

„Ich habe Sie hierher gebeten, um Sie gemeinsam im Saal des Bayerischen Kabinetts und der Staatskanzlei nicht bloß zu ehren, sondern Ihnen vor allen Dingen für die Mitarbeit im Bayerischen Roten Kreuz in den letzten 25 Jahren zu danken. Wenn Sie sich an den Anfang Ihres eigenen Einsatzes erinnern: in den zerbombten Städten, in der mit Flüchtlingen und Vertriebenen überfüllten Landschaft, an die Not der Heimkehrer und der noch auf die Heimkehr Wartenden, an das gesamte Darniederliegen unseres Volkes und Vaterlandes, dann gewinnt dieser Dank sein besonderes Gewicht. Sie haben unentwegt und aus den alten Antrieben heraus, die Sie vielfach schon vorher zum Roten Kreuz geführt hatten, nämlich der Idee des Helfens ohne Rücksicht auf irgendwelche Zugehörigkeit zu Völkern, zu Nationen, zu Rassen, zu Religionen, zu Weltanschauungen, — sich einfach eingesetzt für den notleidenden Menschen, um ihm dort zu helfen, wo er am dringendsten der Hilfe bedurfte. Dieser Antrieb ist ein menschlicher Antrieb, der dem Wissen um den Menschen entspricht. Aber damit allein ist es sicher nicht abgetan. Es gehört mehr dazu. Es gehört dazu, sich persönlich dessen bewußt zu werden und dieses Bewußtsein umzusetzen in die Tat. Dieses Wissen war in der menschlichen Gemeinschaft und war vor allem in der Nachkriegsgesellschaft durchaus nicht selbstverständlich. Das „Selbstverständliche“ schien immer — und ist heute mehr denn je — der Neid und das Schauen dorthin, wo es einem anderen besser geht. Diese „Selbstverständlichkeit“ haben Sie mit Ihrem Bild vom Menschen, seiner Bestimmung und seiner Aufgabe überwunden. Dafür möchte ich Ihnen als der jetzige Präsident, auch im Namen all meiner verehrten Herren Vorgänger wie als Ministerpräsident herzlich danken. Auch Dank wird heute nicht mehr groß geschrieben. Dieses Wort kommt vom Denken, also auch vom Erinnern, kommt davon, daß wir mit der besten Gabe, die wir haben, mit unserem Geist, aus dem Gewesenen und Gewordenen uns dem Zukünftigen zuwenden. In diesem Sinne sage ich von ganzem Herzen Dank. Ich darf es in unserer bayerischen Landschaft mit dem eigentlich landauf, landab gängigen „Vergelt's Gott“ umschreiben, — für Sie persönlich, für Ihre Arbeit, für das, was Sie entbehrt haben, für das, was Sie, wenn auch nicht materiell, in dieser Arbeit an persönlicher Erfahrung gewonnen haben. Meine Damen und Herren, wie sollte ich anders, als an Dank und Glückwunsch auch gleich eine Bitte anzuhängen. Die Bitte, nach Ihrem Können und nach Ihren Kräften auch weiterhin den Menschen Ihre Hilfe zu leihen. Wenn wir es im Zeichen des Roten Kreuzes tun, dann geschieht dies in einer großen

Tradition der Menschlichkeit über die ganze Welt hinweg, in der Unmittelbarkeit von Mensch zu Mensch.

Unsere Entwicklung zielt immer mehr darauf ab, alles zu „organisieren“. Das aber zwingt uns auch in unserem persönlichsten Bereich immer mehr in eine bürokratische Maschinerie und schon genügt diese allein nicht mehr. So kommt allzu leicht die Gefahr auf, daß die Bürokratie sich zur Technokratie entwickelt, daß der Sachzwang aus dem technisch richtigen Einsatz der Mittel auch zur entsprechenden „Verwendung“ des Menschen usw. führt. Deshalb freue ich mich mit Ihnen, daß Sie Ihre Arbeit und unsere eigene Organisation unter ein Werk der Menschlichkeit, eben das Rote Kreuz gestellt haben. Wenn Sie nicht mehr sein sollten, wenn wir keine Mitbürger mehr hätten, die sich persönlich für den anderen einsetzen und alles dem Apparat und der Organisation überließe, dann würde diese Welt trotz allem äußeren Reichtum, aller Zunahme technischer Mittel verarmen. Sie würde arm werden, weil die zweite große Gabe, die wir neben dem Verstande erhalten haben, nämlich das Herz, ausgeschaltet würde. Und so knüpfe ich an die Bitte um Ihre weitere Mithilfe den Wunsch, daß Sie diese Hilfe auch weiterhin in Unmittelbarkeit der menschlichen Begegnung und in der Freiwilligkeit des eigenen Einsatzes leisten. Erst dann werden wir in der Lage sein, so große Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz weiterhin aufrecht zu erhalten und dem Menschen unmittelbar zu helfen. Dann erst wäre auch das Zusammenleben mit Armen und mit Notleidenden wieder in die rechte menschliche Ebene gehoben. So darf ich Ihnen mit diesem Glückwunsch und der Bitte noch einmal von ganzem Herzen danken und meiner Freude Ausdruck geben, daß so viele nunmehr diese Ehrung entgegennehmen können.“

Unter dem herzlichen Beifall der Anwesenden nahmen die Jubilare die Urkunden des Roten Kreuzes und Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung aus der Hand des Ministerpräsidenten entgegen.

Im Anschluß an die Urkundenverteilung bedankte sich im Namen aller Jubilare der Geschäftsführer des BV Unterfranken Heinz Schwartz:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für den, der sich für alle hier Geehrten zum Sprecher machen darf, ist es leicht, in einem so schönen Rahmen, den Sie uns schenken, in einer so festlichen Stunde zu antworten. Wir, die wir 25 Jahre im Dienste des Roten Kreuzes stehen, der den ganzen Mann und die ganze Frau erfordert, dürfen heute einmal Pause machen. Eine kleine Pause des Denkens, eine kleine Pause, die dem Dank gewidmet ist. Herr Präsident, Sie haben uns gedankt. Diesen Dank darf die große Schar der Jubilare, die im Jahre 1971 das 25jährige Jubiläum feiert, an Sie zurückgeben. Wir sind Ihnen, Herr Präsident, zu Dank verbunden, daß Sie die Arbeit, die in den letzten 25 Jahren geleistet wurde, in Worten, die Ihnen gemäß sind, gewürdigt haben. Wir freuen uns darüber und wir sind dankbar dafür. Dank zeichnet den Menschen aus. Darum ist es auch uns eine Verpflichtung, die aus dem Herzen kommt, dem Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes in aller Namen einen sehr herzlichen und warmempfundenen Dank zu sagen. Dank möchten wir sagen, Herr Präsident, daß Sie als der Ministerpräsident des Freistaates Bayern diese

mühevoll Aufgabe übernommen haben, zusätzlich der Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes zu sein. Wir wissen um die Bürde dieses Amtes, die Fülle der Aufgaben und das Gewicht der Verantwortung, die Sie damit übernommen haben. Ich darf eine Bitte anfügen, eine Bitte, die ganz kurz gefaßt sein soll: Wir bitten Sie und darüber hinaus den ganzen Landesvorstand, das Wohlwollen, das Sie uns gezeigt haben und das Vertrauen, das Sie in uns gesetzt haben, auch weiterhin zu erhalten. Wir wissen sehr wohl, daß wir in der Vertikale als auch in der Horizontale unserer Organisation und unserer Tätigkeit auf eine Zusammenarbeit aller gutwilligen Herzen und Menschen im Roten Kreuz angewiesen sind, von dem Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes angefangen bis hinunter in den Krankentransport, in die Kreisver-

bände, in die Heime und Anstalten, in die Stufe der Bezirksverbände und in das hohe Präsidium hinein. Wir sind auf das Wohlwollen und Vertrauen, das gegenseitige Vertrauen untereinander angewiesen. Denn wir sind eine Familie. „Eine große Familie“, einen Ausschnitt der großen Familie, Herr Präsident, sehen Sie heute vor sich: die Geburtstagskinder der Rotkreuzfamilie, und aus der Mitte dieser großen Familie heraus, aus dieser frohen Stunde lassen Sie mich für uns alle einen Spruch an den Schluß setzen, der da lautet: „So sah ich denn, daß nichts Besseres ist, denn daß ein Mensch fröhlich sei in seiner Arbeit, denn das ist sein Teil.“ Diese Fröhlichkeit wünsche ich unserem Herrn Präsidenten in seinem hohen Rotkreuzamt, wünsche ich uns allen für den Fortgang unserer Arbeit.“

Ihr 25jähriges Arbeitsjubiläum 1971 begingen:

Aumüller Alfred, KV Mühldorf
 Bäuml Engelbert, KV Vohenstrauß
 Dr. Becher Helmut, Präsidium
 Berger Karl, Präsidium
 Biallas Margot, BV Unterfranken, Khs. Würzburg
 Blinzler Thomas, KV Bamberg
 Datter Karl, Präsidium
 Daxberger Grete, Präsidium
 Dichtl Rudolf, BV Niederbayern/Oberpfalz
 Dimmling Emil, KV Nürnberg-Stadt
 Dirnhöfer Heinrich, Präsidium
 Dohner Georg, KV Vohenstrauß
 Döll Edmund, KV Erlangen
 Doll Marianne, Präsidium
 Ehrnsperger Walburga, KV Ingolstadt
 Fischer Hans, KV Ebern
 Franz Johanna, KV Wolfstein
 Fröhlich, Bertajosa, Präsidium
 Fromm Waldemar, KV Wertingen
 Glötzl Ludwig, Präsidium
 Götzfried, BV Niederbayern/Oberpfalz
 Haar Hans, KV Staffelstein
 Haas Rudolf, Präsidium
 Habecker Ludwig, KV München
 Hammer Ernst, KV Dachau
 Heim Lotte, KV Münchberg
 Heinrich Georg, KV Regensburg
 Hinterholzer Xaver, KV München
 Hirschberg Brigitte, Präsidium
 Höhn Loni, BV Unterfranken/Hafenpreppach
 Hoffarth Jakob, BV Unterfranken/Hafenpreppach
 Hofmeier Hans, KV Lauf
 Irmer Rudolf, KV Altötting
 Jeetz Gertrud, Präsidium
 Kamitz Josef, Präsidium
 Karl Alfons, KV Griesbach
 Lampersberger Centa, KV München
 Liebs Günther, KV Forchheim

Linthaler Erhard, KV Regensburg
 Lukas Georg, KV Weiden
 Meindl Franz, KV Rottenburg
 Menzler Susanne, Präsidium
 Michel Helga, Präsidium
 Mittermeier Alois, KV Landau
 Muggenthaler Hans, KV Kempten
 Naumann Ernst, KV Fürth
 Nebauer Anton, Präsidium
 Neumeier Peter, KV Starnberg
 Nöth Emma, BV Unterfranken, Bad Neustadt/Sa.
 Reichelt Franz, KV Nürnberg-Stadt
 Röhrer Martha, Präsidium
 Rösch Josef, KV Nürnberg-Stadt
 Rogowsky Heinz, BV Niederbayern
 Rückauf Helga, Präsidium
 Sedlmeier Stefan, KV Starnberg
 Seher Kurt, Präsidium
 Seibl Hans, KV München
 Söllner Betty, KV Stadtsteinach
 Spring Josef, KV Mindelheim
 Schielke Eugen, KV Kulmbach
 Schmid Alois, KV Kempten
 Schönberger Franz, BV Niederb./Opf.
 Schuster Ferdinand, BV Schwaben
 Schuster Karolus, BV Oberbayern
 Schwartz Heinz, BV Unterfranken
 Schweighofer Josef, KV Grafenau
 Stiegler Elisabeth, KV Starnberg
 Strasser Jakob, KV Rosenheim
 Thoss Herbert, BV Schwaben
 Troppmann Albert, KV Oberviechtach
 Vehlow Walter, KV München
 Weber Johann, KV München
 Weghaupt Ruth, Präsidium
 Werdath Sebastian, KV Rosenheim
 Witter Rudolf, KV München
 Wittmann Otmar, KV Hilpoltstein

ZU EHRENMITGLIEDERN DER FRAUENBEREITSCHAFTEN ERNANNT

Der Herr Präsident, Ministerpräsident Dr. h. e. A. Goppel, hat folgende aktive Mitarbeiterinnen
 Käser Veronika, Erding,
 Reichart Anni, Freising,
 Hingerl Maria, Fürstenfeldbruck,

Wolf Therese, Fürstenfeldbruck,
 Zeitler Katharina, Fürstenfeldbruck,
 Däscher Therese, Wasserburg, und
 Reder Veronika, Bad Neustadt/Sa.
 zu Ehrenmitgliedern der Frauenbereitschaften ernannt.

BRK-Massageschule in Bad Abbach eröffnet

Im Rheumazentrum des BRK-Präsidiums in Bad Abbach wurde am 2. 11. 1971 eine staatlich anerkannte Lehranstalt für Massage eröffnet. Als Mitglied des Engeren Landesvorstandes und Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz sowie als stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums für das Rheumazentrum Bad Abbach begrüßte Regierungspräsident Dr. Ernst Emmerig die zahlreichen Gäste, unter ihnen Ärzte, Kommunalpolitiker, Vertreter von Behörden und Kirche. Dr. Emmerig bezeichnete die Eröffnung der neuen Schule als ein Ereignis von ganz besonderer Bedeutung vor allem auch für den Regierungsbezirk und begrüßte herzlich die 20 Teilnehmer des einjährigen Lehrganges, 11 Damen und 9 Herren. Sein Dank galt den Ärzten, dem Lehrpersonal und der Verwaltung des Rheumazentrums, die alle zusätzlich zu ihrer Arbeit sich bereit erklärt hätten, bei der verantwortungsvollen Aufgabe, eine neue Schule ins Leben zu rufen, mitzuarbeiten. Dr. Emmerig betonte, daß mit 25 500,— DM Zuschuß für die Erstausrüstung und weiteren 15 000 DM für Baumaßnahmen hier durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen, vor allem auch des Arbeitsamtes Regensburg, eine moderne Ausbildungsstätte erstanden sei, die eine Lücke fülle. Diese neue Einrichtung diene dazu, in guter menschlicher Atmosphäre tüchtige, mit entsprechender Sachkenntnis ausgestattete Masseure und medizinische Bademeister auszubilden. Von dieser Art Ausbildungsstätten gäbe es in der Bundesrepublik derzeit 33 Schulen, von denen 6 in Bayern lägen. Dr. Emmerig wies ferner auf die Bedeutung dieser Berufsgruppe hin. Der Bedarf an Fachkräften sei sehr groß, da die Aufbrauchs- und Verschleißkrankheiten der modernen Zivilisation ständig am Zunehmen seien. Masseure und medizinische Bademeister würden heute als willkommene Helfer der Ärzte in Krankenhäusern und Kliniken oder in freiberuflicher Praxis nach ärztlich verordneter Anwendung für die Wiederherstellung der Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft tätig sein. Ihre festumrissenen Aufgaben, die eine differenzierte Spezialausbildung erforderten, setzten in hohem Maße Selbständigkeit und Verantwortung voraus. Nur unter verantwortlicher Mitwirkung dieser Berufsgruppe könne die Medizin heute im Bereich der Rehabilitation den an sie gerichteten Anforderungen gerecht werden.

Als Leiter der Lehranstalt stellte Professor Dr. med. Otto Boos, Chefarzt der Orthopädischen Klinik des BRK-Rheumazentrums Bad Abbach, anschließend die Ärzte und das Lehrpersonal vor, in deren Händen die Ausbildung liegt. Er wies auf die großen Anforderungen hin, die dieses Jahr an jeden Schüler stellen werde. Der Lehrplan umfaßt 1540 Unterrichtsstunden und 300 Stunden

Praktikum im vierten Quartal der Ausbildung. Zu den Fächern gehören u. a. Bäderanwendung, Bindegewebs-Unterwasser-Massage, Erste Hilfe, Verbandskurs, Packungen, allgemeine Hygiene, Berufslehre, Anatomie und Physiologie, Krankheitslehre, Elektro-Therapie, medizinische Fußpflege und verschiedene Spezialbehandlungen, wie z. B. Wirbelsäulenbehandlung, Widerstands- und Dehnübungen, Schwimmgymnastik usw.

Den Abschluß der Eröffnungsfeier bildete die Besichtigung der Schule und ein kleiner Imbiß, zu dem der Direktor des BRK-Rheumazentrums, Josef Schwarz, eingeladen hatte. —

Die Bedeutung dieses Berufszweiges und einer auf den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden qualifizierten Ausbildung unterstreicht eine Notiz, die wir der Januar-Presseinformation des Kneipp-Bundes e.V. entnommen haben:

Sebastian-Kneipp-Schule

Fachschule für Physiotherapeuten — staatl. anerkannte Massageschule — Bad Wörishofen

Im Mai 1971 wurde die einzige im Regierungsbezirk Schwaben staatlich anerkannte Fachschule für Physiotherapeuten — Massageschule, die der bereits bestehenden Sebastian-Kneipp-Schule angegliedert wurde, eröffnet. Die künftigen Masseure, Masseure und med. Bademeister werden in einem einjährigen Lehrgang mit den Grundzügen der Anatomie und Physiologie, Pathologie und Hygiene, mit der Lehre von der allgemeinen und speziellen Massage, in den Grundlagen und Technik der Wärme- und Lichtbehandlung (Elektrotherapie, Grundbegriffe Strahlenheilkunde) Hydrotherapie, Balneologie einschl. der Kneipp'schen Verfahren, med. Fußpflege und Verbandslehre, vertraut gemacht. Modernste Geräte stehen zur Verfügung, angefangen bei einer Lehrsauna mit Tauchbecken, hydroelektrisches Vollbad, subaquales Darmbad, Kohlensäurebad bis hin zu Inhalationsapparaten und den verschiedenen Strahlungsgeräten. Außer zwei großen Lehrsälen stehen noch ein eigener Raum zur praktischen Vorführung und Ausübung der Massage mit entsprechendem Inventar, wie auch ein Unterrichtsraum für Fußpflege mit den neuesten Geräten zur Verfügung.

Neben dem erwähnten Lehrgang werden noch Sonderkurse für Fußpflege, Elektrotherapie und Bindegewebsmassage, Kneipp-Bademeisterlehrgänge, ärztliche Fortbildungsseminare und Hausfrauenkurse (Unterweisung in häuslicher Gesundheitspflege) durchgeführt.

Die vielen Anmeldungen und Voranmeldungen für 1972 und 1973 unterstreichen die Anziehungskraft dieser Lehrstätte. Sa.

ZUCKERKRANKE ALS FAHRER UNGEEIGNET

Eine interessante Notiz, die auch für das Rote Kreuz von Bedeutung sein dürfte, veröffentlichte der „Informed Pressedienst“, München, in seiner Ausgabe vom 15. Januar 1972. Unter der Überschrift „Zuckerkrankte als Fahrer ungeeignet“ schreibt Informed:

(i-med) — Personen, die an einer Zuckerkrankheit leiden, sollten nicht öffentliche Verkehrsmittel lenken. Dazu äußerte sich vor kurzem Professor Hellmut Mehnert aus München. Bewerber für einen Beruf als Omnibus- oder Straßenbahnfahrer müssen abgelehnt werden, wenn sie zuckerkrank sind. Durch Medikamente, die der Zuckerkrankte einnehmen muß, kann der Blutzucker ganz plötzlich

absinken und ein Anfall kann eintreten. Dazu kommt noch eine durch die Krankheit bedingte Sehuntüchtigkeit. Diese Gefahren stellen Risiken für die Fahrgäste dar, die nicht verantwortet werden können.

Übergewichtige, die nur unter Belastung erhöhte Blutzuckerwerte aufweisen, sind bedingt tauglich für den Fahrerberuf, schreibt die Ärztezeitung Praxis-Kurier. Mit normalen Werten ist zu rechnen, sobald sie ihr Gewicht spürbar reduziert haben. Vom Ergebnis der Kontrolle nach einer Abmagerungskur hängt es ab, ob sie als fahrtüchtig betrachtet und für einen solchen Beruf zugelassen werden können.

Silvesteraktion des Bayerischen Rundfunks brachte neuen Rettungswagen

Beim Erscheinen der Februarausgabe des Mitteilungsblattes wird der Bayerische Rundfunk den Erfolg seiner Silvesteraktion „Rette Dein eigenes Leben“ schon sichtbar demonstriert haben. Hauptabteilungsleiter J. O. Zöllner übergab am 31. Januar im Anschluß an die Sitzung des Kuratoriums „Rettungsdienst Bayern“ im Hof der Staatskanzlei einen neuen Rettungswagen an den Vorsitzenden dieses Gremiums, Ministerpräsident Dr. h.c. Alfons Goppel.

Hunderte und Aberhunderte von Hörern der Service-Welle des Bayerischen Rundfunks hatten das schier Unmögliche ermöglicht. Im Laufe von 5 Stunden hatten diese Hörer ihren persönlichen Beitrag — oft als spontanen Dank für eine einmal erfahrene Hilfeleistung durch die Sanitäter des Roten Kreuzes — zugesagt. Und fast alle haben ihre Zusage gehalten, d. h. ihren Scheck oder ihre Überweisung sofort oder wenige Tage danach, als letzte gute Tat des alten, oder erste gute Tat des neuen Jahres ins Rundfunkhaus gebracht oder auf das genannte Postscheckkonto 44444 überwiesen. Noch steht die Endabrechnung aus, noch läßt sich nicht übersehen, ob die Hunderttausendergrenze wirklich überschritten wurde, aber der erste Rettungswagen ist schon gesichert und rollt schon durch die Lande. Er ist nicht nur ein schlagender, sondern „fahrender“ Beweis des guten Willens und der Aufgeschlossenheit unserer bayerischen Bevölkerung für die schweren Aufgaben des Rettungsdienstes, Anerkennung und Lob zugleich für den unermüdlichen Einsatz unserer Männer und Frauen im grauen Rock und Helferkleid. Er ist aber zuerst und vor allem ein neues Hilfsmittel im Kampf gegen den Unfalltod auf den Straßen und andere lebensbedrohliche Zustände, ein Helfer im Dienst der Lebensrettung.

Man weiß nicht, wer mehr zu beglückwünschen ist: der Bayerische Rundfunk, der, einer Anregung Fritz Buschmanns folgend, die Aktion gestartet hat, während J. O. Zöllner selbst die Leitung der Sendung übernahm, immer wieder zu Spenden aufforderte, von den „Top-Ansagerinnen“ Anneliese Fleyenschmidt, Brigitte März, Lotte Ohnesorge und Annemarie Sprotte mit viel persönlichem Engagement an den Hörertelefonen unterstützt, bis zu den zahlreichen stummen Helferinnen und Helfern am

Sendetisch, an den Schreibmaschinen usw. — oder die Kuratoriums- und Arbeitsausschußmitglieder der Aktion „Rette Dein eigenes Leben“, die über jede eingegangene und eingehende Mark glücklich sind, ihnen voran Geschäftsführer Horst Popp, — die zahlreichen Sanitäter des Roten Kreuzes und der übrigen Hilfsorganisationen, die sich in ihrem Kampf um ein leistungsfähiges Rettungswesen in Bayern gestärkt fühlen, — oder nicht zuletzt und zu allererst die zahlreichen Spender selbst, die mit ihrer Aufgeschlossenheit und Gebefreudigkeit das Schlagwort einer generellen materialistischen Denkweise der breiten Bevölkerung wohltuend ad absurdum geführt haben?

Fest steht, daß diese breite Öffentlichkeit ein Ohr und eine offene Hand für eine gezielte Verbesserung des gesamten Rettungssystems hat und nur überzeugend angesprochen werden muß. Das hat der Bayerische Rundfunk mit seiner Aktion getan und dieser Bevölkerung damit selbst einen unmittelbar menschlichen Dienst erwiesen. Wir, die wir seit vielen Jahren uns in diesem Bemühen um den Menschen mit dem Bayerischen Rundfunk in einer Front wissen und daraus schon viele gemeinsame Aktionen, die größte während der Hochwasserflut im Po-Delta, die letzte anlässlich der Wirbelsturmkatastrophe in Ca' Savio, fruchtbar werden ließen, danken allen Verantwortlichen und Beteiligten von Herzen. Wir danken aber auch allen großen und kleinen Spendern, und hier nicht nur auf die Spendensumme gemünzt, sondern auch auf das Lebensalter der ungezählten Rundfunkhörer. Viele, viele Kinder haben an diesem Silvesterabend ihre zu Weihnachten neu gefüllten Sparkassen geplündert, auf Feuerwerkskörper oder andere Annehmlichkeiten bis zu einem Urlaub u. dgl. mehr verzichtet, um ihren eigenen Beitrag zu der großen Spendenaktion zu leisten. Wir danken den „großen“ Gebern, die gezielt ihren Dank für eine einmal erfahrene Lebensrettung aussprechen wollten, stehen aber mit nicht geringerer Hochachtung und menschlicher Anteilnahme vor jener Spende, die gegeben wurde, obwohl der Rettungswagen zu spät kam und der Schwerverletzte, in diesem Falle der Vater, nicht mehr gerettet werden konnte. Daß der Toten weniger würden, war der Sinn dieser Spende, der Sinn der gesamten Aktion. Dr. Ro.

Verkehrsunfallstatistik für Gemeinden über 20000 Einwohner

Von ORR Walter Hillgärtner, Würzburg

Das vom Deutschen Städtetag herausgegebene „Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden“ enthält im 58. Jahrgang 1971 Zahlenmaterial über Verkehrsunfälle im Jahre 1969 in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern. Da diese Erhebungen auch für den Unfallrettungsdienst aufschlußreich sind, werden sie nachfolgend kurz zusammengefaßt:

Bei 173000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden wurden 5470 Menschen getötet, 64000 schwer und 165000 leicht verletzt. Daneben ereigneten sich weitere 74000 Verkehrsunfälle mit nur Sachschäden in Höhe von mindestens 1000 DM bei einem der Beteiligten. Wohlgemerkt, es geht hier nur um Verkehrsunfälle in Gemeinden über 20000 Einwohner, die Gesamtzahl in der Bundesrepublik liegt also wesentlich höher.

Von den getöteten Personen waren 46% Fußgänger, 35% Pkw-Fahrer, 10% Radfahrer und 5% Mopedfahrer, Rest sonstige.

Von den verletzten Personen dagegen 58% Pkw-Fahrer, 20% Fußgänger, 10% Radfahrer, Rest sonstige.

11% der getöteten Unfallopfer waren Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren; bei den verletzten Personen waren es 15%.

Von 100 Unfällen mit Personenschaden ereigneten sich 25 zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger, 41 durch Zusammenstoß zwischen fahrenden Kraftfahrzeugen und 13 durch Auffahrunfälle.

Mit dieser Verkehrsunfallstatistik hängt eine Ermittlung der gewerblichen Berufsgenossenschaften zusammen, wonach die Wegeunfälle 1970 gegenüber 1969 um 9340 (= 4,5%) auf insgesamt 215692 anstiegen.

BUND NATURSCHUTZ IN BAYERN e. V. LEGTE ENTWURF FÜR EIN BAYERISCHES GESETZ ÜBER NATUR- UND UMWELTSCHUTZ VOR

In Anwesenheit von Staatsminister Max Streibl vom Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und Landtagspräsident Rudolf Hanauer, letzterer zugleich als Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“, legte der Vorsitzende des „Bundes Naturschutz in Bayern e. V.“, Dipl.-Forstwirt Hubert Weinzierl, am 20. Januar in München seinen Entwurf für ein neues Bayerisches Natur- und Umweltschutzgesetz vor. Weinzierl erläuterte vor der Zitierung der einzelnen Artikel die Dringlichkeit der baldigen Verabschiedung dieses Gesetzes und betonte, daß die Notwendigkeit eines neuen Umweltschutzrechts heute allgemein anerkannt sei. Sei es das Anliegen des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 gewesen, einzelne Flächen oder Bestandteile der Natur zu bewahren, so gelte es heute darüber hinaus, die Landschaft als Lebensraum in einem gesunden und leistungsfähigen Zustand zu erhalten und dem Menschen als Erholungsraum zu öffnen (vgl. Mang, BayVBl. 1970, 317/318). Dieser Erkenntnis folgend, hätten bereits in der vergangenen Legislaturperiode die beiden großen Fraktionen im Bayerischen Landtag je einen Entwurf für ein Bayerisches Naturschutzgesetz vorgelegt. In fast allen westdeutschen Bundesländern liefen ähnliche Initiativen. Die Bundesregierung sei bestrebt, die gegenwärtige Rahmenkompetenz für das Naturschutzrecht (Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) zu einer konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit zu erweitern; ein Bundesnaturschutzgesetz werde bereits vorbereitet. Da aber eine bundesrechtliche Regelung allzu lange auf sich warten lasse und — jedenfalls nach den bisher vorliegenden Entwürfen — in entscheidenden Punkten in mehr oder weniger Unverbindlichen stecken bleibe, fordere der BUND NATURSCHUTZ mit Nachdruck eine baldige landesrechtliche Regelung. Dagegen könne nicht eingewandt werden, daß die Initiative eines einzelnen Landesgesetzgebers die Rechtseinheit im Bund gefährde. Denn die ständig wachsende Bedrohung unserer natürlichen Umwelt zwingt zum Handeln, und die auf den Stand von 1935 gegründete Rechtseinheit müsse zunächst irgendwann und irgendwo einmal gebrochen werden, wenn ein leistungsfähiges Umweltschutzrecht nicht gleich auf Bundesebene erreicht werden könne. Der BUND NATURSCHUTZ verstehe — unabhängig von der offenen Problematik der Gesetzgebungskompetenz — ein modernes Bayerisches Umweltschutzgesetz zugleich als ein Modell, an dem sich die Bundesgesetzgebung zum Nutzen der Sache orientieren könne.

Da die gewaltigen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes nur auf einer breiten gesellschaftspolitischen Basis gelöst werden könnten, sei dieser Entwurf des BUND NATURSCHUTZ mit zahlreichen befreundeten Organisationen abgestimmt worden. Besonders dankbar seien die Mitarbeiter des Bundes Naturschutz für eine sachlich völlig gleichgerichtete Initiative des Bayerischen Senates gewesen.

Als Kernpunkte stellte Weinzierl, z. T. in Abweichung zum Vorentwurf des Bayer. Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Forderungen des Bundes Naturschutz heraus:

I. Abschnitt (Art. 1, 2: Grundsätze): In Art. 1 wird im Gegensatz zum bisherigen bewahrenden Naturschutz für Einzelobjekte eine ökologische Betrachtung in den Vordergrund gestellt.

Art. 2 geht mit seiner alle Träger öffentlicher Gewalt bindenden Grundsatzverpflichtung zum Schutz unseres natürlichen Lebensraumes weit über die in der Praxis weithin wirkungslose bloße Anhörungspflicht nach § 20 des Reichsnaturschutzgesetzes hinaus.

II. Abschnitt (Art. 3-6: Landschaftspflege): Art. 3 beruht auf der Erkenntnis, daß ohne vorausschauende Planung eine Landschaftspflege heute nicht mehr möglich ist. Das Bayerische Landesplanungsgesetz vom 6. Februar 1970 bietet das nötige rechtliche Rüstzeug. Von besonderer Bedeutung ist wegen des bundesrechtlichen Grundsatzes „Bebauungsplan bricht Landschaftsschutz“ (§ 5 Abs. 6 Satz 2 Bundesbaugesetz) die Bestimmung des Abs. 2 Satz 2 über die Einbeziehung der Landschaftspläne in die gemeindlichen Bauleitpläne. Die notwendige organisatorische Ergänzung bildet die Einrichtung eines Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz mit den diesem unterstellten Naturschutzämtern (Art. 41, 42). Art. 6 als die für den Alltag der Naturschutzbehörden wohl bedeutsamste Bestimmung enthält die nach dem Grundsatz der Spezialdelegation (VGH n. F. 4, 19) notwendige umfassende Befugnis zu Einzeleingriffen, die den „Notbehelf“ des Art. 5 Abs. 1 Ausführungsgesetz zur Strafprozeßordnung, Neufassung vom 31. Juli 1970 (GVBl. S. 360) endlich entbehrlieh macht.

III. Abschnitt (Art. 7-13): Schutz von Flächen und Einzelerscheinungen:

Neben den schon im bisherigen Naturschutzrecht vorgesehenen Natur- und Landschaftsschutzgebieten (Art. 7, 8) sowie Naturdenkmälern (Art. 12) sind nunmehr *Nationalparke* (Art. 9), besondere Schutzbereiche nach dem Bayer. Landesplanungsgesetz (Art. 10), *Naturparke* (Art. 11) sowie geschützte Landschaftsbestandteile und *innerörtliche Grünbestände* (Art. 13) vorgesehen. Die Frage, ob neben der weitreichenden Vorschrift des Art. 6 für die Einrichtung besonderer Landschaftsschutzgebiete überhaupt noch Raum ist, wurde vom BUND NATURSCHUTZ in Art. 8 des Gesetzentwurfes bewußt bejaht. Da mit Art. 6 nicht gewissermaßen ganz Bayern unter Landschaftsschutz gestellt werden kann oder soll, muß es möglich sein, bestimmte bevorzugte Landschaften, die die Qualifikation zum Naturschutzgebiet noch nicht erfüllen, gezielt intensiver zu schützen.

IV. Abschnitt (Art. 14-29: Schutz von Pflanzen und Tieren): Art. 27 und 28 enthalten keinen Vorbehalt mehr zugunsten der gewerblichen Verwertung importierter geschützter Pflanzen und Tiere, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß die Herkunft nicht ausreichend kontrolliert werden kann. Der Geschäftemacherei mit bedrohten Tieren und Pflanzen soll dadurch ein Riegel vorgeschoben werden; ähnliches gilt für Wildfreigehege (Art. 26).

V. Abschnitt (Art. 30-39: Umweltvermittlung): Art. 141 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern gewährleistet ein Grundrecht auf den Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur. Bautätigkeit, Industrialisierung, Verkehr und deren Folgelasten haben indessen ein Ausmaß erreicht, das den Blick weg vom Naturgenuß auf das Überleben in einer lebenswerten, „heilen“ Umwelt lenken muß. Der BUND NATURSCHUTZ hat deshalb in Übereinstimmung mit maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften ein verfassungsmäßig gewährleitetes „Grundrecht auf heile Umwelt“ gefordert. Solange dieses Grundrecht nicht verwirklicht ist, soll wenigstens

ein gesetzlicher „Anspruch auf heile Umwelt“ festgelegt sein (Art. 30 ff.), mit dem eine Verpflichtung eines jeden Einzelnen zum Umweltschutz einhergeht (Art. 32). Die Statuierung bestimmter Enteignungsbefugnisse — z. B. zur Schaffung freier Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen usw. — ist dabei unvermeidbar (Art. 38 f.).

VI. Abschnitt (Art. 40—54: Organisation, Zuständigkeit und Verfahren):

Das Bayer. Landesamt für Umweltschutz (Art. 41) ist bereits errichtet. *Naturschutzämter* (Art. 42) sind notwendig, weil der bisherige ehrenamtliche Landschaftspfleger gegenüber dem Heer der die Landschaft beanspruchenden Techniker zeitlich und fachlich völlig überfordert ist. Eine wirksame Umweltschutzarbeit ist heute ohne entsprechende personelle Ausstattung auf die Dauer nicht mehr möglich. Der BUND NATURSCHUTZ sieht deshalb in Art. 42 eine der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzesentwurfes. Neu sind auch die Bestimmungen über Naturschutzbeiräte (Art. 44), Akademie (Art. 45), Naturschutzwacht (Art. 46) und Natur- und Umweltschutzvereinigungen (Art. 47). In Art. 44 wurde berücksichtigt, daß die Anliegen des Natur- und Umweltschutzes zu ihrer Verwirklichung künftig einer breiten gesellschaftlichen Basis bedürfen; daher sollen in den Beiräten nicht nur Sachverständige, sondern auch Vertreter von Organisationen wie Bauernverband, Waldbesitzer, Gewerkschaften, Industrie etc. mitwirken können. Art. 47 Abs. 3 sieht ein *Klage- und Antragsrecht des BUNDES NATURSCHUTZ vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit* vor. Diese auf ein Schweizer Vorbild zurückgehende Regelung ermöglicht es, auch Genehmigungen umweltbeeinträchtigender Vorhaben vor das Verwaltungsgericht zu bringen, um sie im öffentlichen Interesse auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Die Klagefrist beginnt mit der Zustellung des Bescheides (§ 74 Abs. 1 Verwaltungsgerichtsordnung); wird der Bescheid dem BUND NATURSCHUTZ nicht zugestellt, so ist die Klage jedenfalls so lange zulässig, als sie alsbald nach Baubeginn erhoben wird (vgl. Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. 6. 1968 — BVerwG IV B 221.67, BayVBl. 1969, 26). Art. 47 Abs. 3 ermöglicht ferner *Normenkontrollanträge* gegen umweltbeeinträchtigende Bebauungspläne (§ 47 Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit Art. 10 Bayer. Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung).

Internationales Zentrum für Krebsforschung

(dGK) Hunderte von chemischen Substanzen, die reichlich in die Umwelt ausgestoßen werden, rufen bei Versuchs-tieren im Labor Krebs hervor. Hunderte von ihnen könnten auch beim Menschen den gleichen Effekt hervorrufen. 25 dieser Substanzen stehen auf der Tagesordnung einer Sitzung, die nach Genf von dem Internationalen Zentrum für Krebsforschung einberufen worden ist.

Unter dem Vorsitz von Dr. P. Shubik vom Eppley-Institut für Krebsforschung an der Universität von Nebraska in Omaha sind 15 Wissenschaftler im Begriff, jede dieser Substanzen zu erforschen, um die Risiken zu bestimmen, die sie für den Menschen beinhalten. Die Steigerung der Anzahl und der Menge der chemischen Produkte in der Umwelt ist so groß, daß ausschließlich eine unabhängige wissenschaftliche Meinung den Ausschlag für die Gesichtspunkte der Beurteilung geben kann. Bevor eine Regierung oder irgendeine internationale Einrichtung handeln könnte, ist es notwendig, alle bekannten Fakten zu prüfen und dann die Konsequenzen daraus zu ziehen.

VII. Abschnitt (Art. 55): Haushaltsplanung: Art. 55 Satz 1 gewährleistet die *notwendige finanzielle Deckung* des Umweltschutzprogramms. Dies hebt den Entwurf entscheidend über die bisher bekanntgewordenen Gesetzentwürfe hinaus, die eine klare Festlegung des Ranges der Umweltbedürfnisse vermissen lassen.

Staatsminister Max Streibl bekannte sich nachdrücklich zum grundsätzlichen Inhalt des Gesetzesentwurfes und unterstrich die Bedeutung des Grundrechts auf eine heile Umwelt wie die Forderungen nach einem technischen Umweltschutz, plädierte aber im einzelnen, in diesem Falle über die Vorstellungen des Bundes Naturschutz hinausgehend, die unteren Naturschutzbehörden dem Landratsamt, nicht den Regionen anzugliedern, um eine noch größere Bürgernähe zu erwirken. Die generelle Dringlichkeit des Natur- und Umweltschutzes als einen unmittelbaren und unverzichtbaren Dienst am Menschen unterstrich der Minister mit der Feststellung, daß in Ballungsgebieten, wie in München z. B., 60% der Bevölkerung an den Wochenenden zur Erholung ins Grüne strömten. Dem müsse in jeder erdenklichen Hinsicht Rechnung getragen werden. Einig mit Landtagspräsident Hanauer war Minister Streibl in der schwierigen Frage, das vom Bund Naturschutz erstrebte Klagerrecht durchzusetzen, da in diesem Falle zahlreiche andere Verbände mit gleichgearteten Forderungen auf den Plan treten würden. Zum Zeitplan gab Hanauer der Hoffnung Ausdruck, daß der Landtag gegebenenfalls noch in diesem Jahre in die Beratung des Gesetzesentwurfes eintreten werde. Weinzierl wie Streibl hoben bei dieser Gelegenheit hervor, daß die Durchsetzung der „Sozialbindung des Eigentums“ nicht mit einer kalten Enteignung gleichgesetzt werden dürfe. Daran sei weder das Ministerium noch der Bund Naturschutz interessiert. Die Tatsache eines solchen Mißverständnisses aber machte deutlich — und darin waren sich alle Beteiligten, auch die Vertreter anderer Berufsverbände wie etwa des Bauernverbandes oder die angesprochenen Pressevertreter einig —, daß einige Passagen des Gesetzesentwurfes wohl noch griffiger und unmißverständlicher gefaßt werden sollten, um dem geplanten Gesetz zu einer größtmöglichen Wirksamkeit zu verhelfen. Last not least sind auch Berg- und Wasserwacht als aktive Naturschützer an diesem Gesetz und seiner baldigen Verabschiedung außerordentlich interessiert.

Dr. R.

Deutsche Gesundheits-Korrespondenz
Nachrichten der Weltgesundheitsorganisation

NACHRICHTENTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 1 vom 3. 1. 1972: Krankentransport-Tarif
Nr. 2 vom 4. 1. 1972: „Haus Wiesened“, Kurheim für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder und Jugendlicher in Schwaig
Nr. 3 vom 15. 1. 1972: Neubesetzung des Referats Jugendrotkreuz im Präsidium
Nr. 4 vom 14. 1. 1972: Frühjahrs- und Herbstsammlung 1972 Erfassung und Abrechnung der Sammelergebnisse
Nr. 5 vom 18. 1. 1972: Einführung einer weißen Schutzbekleidung für das Personal im Unfallrettungsdienst/Krankentransport
Nr. 6 vom 20. 1. 1972: Abzeichen für Patienten mit blutgerinnungshemmenden Mitteln.
Nr. 7 vom 20. 1. 1972: Altenerholung 1972; hier: Zuschüsse aus dem Unterstützungsverein „Die Hilfe“ für Erholungsaufenthalte
Nr. 8 vom 20. 1. 1972: Zuschüsse für die Errichtung und Ausstattung von Altenclubs und Altentagesstätten
Nr. 9 vom 25. 1. 1972: Altstoffsammlungen — hier: Angebot der Firma Frithjof W. Schepke, Bremen

Eilmittelungen

- vom 27. 12. 1971: Tarifverträge über die Gewährung vermögenswirksamer Leistungen
vom 13. 1. 1972: Neufestsetzung der Sachbezugswerte ab 1. Januar 1972
vom 14. 1. 1972: Zusatzaltersversorgung

2. Anschriftenänderung

Die neue Anschrift des Kreisverbandes Marktoberdorf lautet: 8952 Marktoberdorf, Beethovenstr. 2;
die neue Anschrift des Kreisverbandes Mindelheim lautet: 8948 Mindelheim, Mühlweg 3

AUSBILDUNGSWESEN

3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 5.—28. 4. 1972

- Nr. 12 vom 5.—7. 4. 1972: Führungskräfte — Sudendienst im K-Fall und Außenstellen des Amtlichen Auskunftsbüros (A/AAB)
Nr. 13 vom 10.—14. 4. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Unterfranken
Nr. 14 vom 17.—21. 4. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Oberbayern
Nr. 15 vom 24.—28. 4. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Schwaben

KRANKENTRANSPORT

4. Änderung im Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Betriebskrankenkasse der Firma Seifert & Klöber, Naila, wurde mit Wirkung vom 31. 12. 71 aufgelöst. Das Verzeichnis

der KTP-Rahmenvertragspartner ist auf Seite 16 entsprechend zu ändern.

Die Betriebskrankenkasse der Spaten-Franziskaner-Bräu A. G., München, wurde mit Wirkung vom 31. 12. 1971 aufgelöst. Das Verzeichnis der KTP-Rahmenvertragspartner ist auf Seite 11 entsprechend zu berichtigen.

Die Betriebskrankenkasse der Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther, Hohenberg (Verzeichnis Seite 16), und die Porzellanfabrik Tirschenreuth, Tirschenreuth (Verzeichnis Seite 14), wurde mit Wirkung ab 1. 1. 1972 mit der Betriebskrankenkasse der Porzellanfabriken Lorenz Hutschenreuther AG, Selb (Verzeichnis Seite 17), vereinigt. Der Name der Kasse lautet ab diesem Zeitpunkt: Betriebskrankenkasse Hutschenreuther AG, 8672 Selb.

Mit Wirkung ab 1. 1. 1972 wurde die Betriebskrankenkasse der Haunstetten Textil-AG, Haunstetten (Verzeichnis Seite 13), und die Betriebskrankenkasse der Christian Dierig AG, Augsburg (Verzeichnis Seite 12), vereinigt in Betriebskrankenkasse der Christian Dierig AG, Augsburg, Kirchbergstr. 23.

Wir bitten das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner entsprechend zu berichtigen.

SOZIALARBEIT

5. Betreuer und Betreuerinnen für die Altenerholungsmaßnahmen gesucht

Für die Altenerholungsmaßnahmen sucht das BRK geeignete Betreuer und Betreuerinnen, die durch einen Lehrgang in Birkenreuth, Fränk. Schweiz, vom 20. 3.—25. 3. 1972 auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Voraussetzung ist die Bereitschaft, eine dreiwöchige Maßnahme zu übernehmen und die Mitgliedschaft im Roten Kreuz. Kosten trägt das Präsidium, Anmeldungen über KV und BV an Referat Sozialarbeit; Termin: 15. 2. 1972.

6. Altenerholung 1972

Im Jahre 1972 kann das Bayerische Rote Kreuz Erholungsaufenthalte für betagte Menschen in folgenden Häusern durchführen:

1. BRK-Altenheim Murnau-Seehausen, 811 Murnau-Seehausen, Seewaldweg 73 a

ca. 650—700 m ü.d.M., am Staffelsee; Ausflugsmöglichkeiten nach Linderhof, Ettal, Oberammergau, Tirol.

Unterbringung: Zweibettzimmer, Tagessatz DM 15,—, 22 Betten.

Termine:

- | | |
|--------------------|------------------------|
| 3) 24. 2. — 16. 3. | 10) 8. 3. — 29. 3. |
| 4) 21. 3. — 11. 4. | 11) 30. 3. — 20. 9. |
| 5) 12. 4. — 3. 5. | 12) 21. 9. — 12. 10. |
| 6) 4. 5. — 25. 5. | 13) 17. 10. — 7. 11. |
| 7) 30. 5. — 20. 6. | 14) 8. 11. — 29. 11. |
| 8) 21. 6. — 12. 7. | 15) 30. 11. — 21. 12. |
| *9) 13. 7. — 3. 8. | 16) 22. 12. — 8. 1. 73 |

* Kur Nr. 9 ist bis 2. 5. 1972 zunächst für verdiente, ehemalige aktive Rotkreuzmitglieder reserviert (siehe Rundschreiben 7/72).

2. BRK-Altenheim Bad Neustadt/Saale, 874 Bad Neustadt/Saale, Hedwig-Fichtel-Str. 8

ca. 240 m ü.d.M., an der fränkischen Saale, Ausflugsmöglichkeiten in die Rhön und in das Zonengrenzgebiet.

Unterbringung: Einzelzimmer, Tagessatz DM 16,—, 5 Betten.

Termine:

wie unter 1. in Murnau.

3. BRK-Altenerholungsmaßnahme „Fremdenheim Schalchenhof“ 8211 Schalchen/Post Gstadt

ca. 520 m ü.d.M. am Chiemsee; Ausflugsmöglichkeiten zur Fraueninsel, Herrendiemsee, bequeme Waldwege; eigener Strand.

Unterbringung: Zweibettzimmer, Tagessatz DM 17,—, 35 Betten.

Termine:

- 1) 6. 4.—27. 4. 72
- 2) 23. 4.—19. 5. 72
- 3) 26. 9.—17. 10. 72

4. BRK-Altenerholungsmaßnahme „Harterhof“ A-6263 Hart/Post Fügen

ca. 600 m ü.d.M., unteres Zillertal, bequeme Spazierwege, leichte wie anstrengendere Höhenwanderungen.

Unterkunft: 12 Zweibettzimmer, 5 Einbettzimmer (einfach, keine Aussicht!) Tagessatz: DM 15,—, 29 Betten.

Termine:

- | | |
|------------------|-------------------|
| 1) 12. 4.—3. 5. | 6) 2. 8.—23. 8. |
| 2) 4. 5.—25. 5. | 7) 24. 8.—14. 9. |
| 3) 26. 5.—16. 6. | 8) 15. 9.—6. 10. |
| 4) 19. 6.—10. 7. | 9) 9. 10.—30. 10. |
| 5) 11. 7.—1. 8. | |

Nähere Auskünfte bei Ihrem Kreisverband; für das — Fremdenheim Schalchenhof und den — Harterhof

bitten wir um Platzvormerkungen über KV und BV bis einschließlich 17. 3. 1972.

Jede Erholungsmaßnahme wird von besonders vorbereiteten Mitarbeiterinnen des BRK betreut.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

SANITÄTSKOLONNEN

Infolge der ausführlichen Berichterstattung über die Hauptversammlungen der Bezirksverbände und der Sitzung des Landesvorstandes Ende vergangenen Jahres ist es uns erst jetzt möglich, in diesem wie auch in nachfolgenden Ausgaben des Mitteilungsblattes über die Arbeit der Gemeinschaften und andere wichtige Ereignisse zu berichten. Wir bitten hierfür um Verständnis.

7. Herbstsitzung des Landesausschusses

In Würzburg fand am 16./17. Oktober 1971 die Sitzung des Landesausschusses der Sanitätskolonnen statt. Es wurde u.a. eingehend über die Probleme des Rettungsdienstes und Krankentransportes diskutiert. Vor allem ging es um die Bezeichnung „Rettungssanitäter“ für das berufliche Personal im URD/KTP und die damit zusammenhängende Frage, inwieweit diese zur Zeit noch rotkreuzinterne Dienstbezeichnung auch auf die freiwilligen Helfer angewandt werden kann. Ein entsprechender Antrag soll dem Landesvorstand vorgelegt werden. Der Stand des erweiterten K-Schutzes, die Fachausbildung der Sanitätskolonnen und die Pflichtfortbildung der Führer bildeten weitere Diskussionspunkte der Tagesordnung. Die nächste Führerfortbildung soll am 16.—17. Oktober 1972 in München zentral durchgeführt werden. Auch die LAS-Mitglieder werden auf der Berghütte des Kreisverbandes Traunstein im Frühjahr zu einer Arbeitstagung zusammenkommen. Weitere Themen der Sitzung waren die Vorbereitung auf den Leistungsvergleich der Stufe II und die Vorstellung des Plancllogramms. Die Vorführung der weißen Schutzbekleidung für das Personal im URD und KTP gab Anlaß zu lebhafter Diskussion. Einstimmig wurde empfohlen, die Schutzbekleidung im Einvernehmen mit dem KTP-Ausschuß einzuführen. Die Gerätekommission soll eine Variation der weißen Bekleidung für Sommer, Winter und bei Regen prüfen und vorschlagen, einen Schutzhelm für den Rotkreuzdienst in Verbindung mit der Berufsgenossenschaft auswählen und die gesamte K-Ausrüstung überprüfen. Auf den Vorschlag, eine „Pflegerische vom Roten Kreuz“ zu gründen mit einem Dachverband der Krankenpfleger, Fortbildungsinstitutionen usw. — eine Art standespolitische Vertretung der Krankenpfleger (ähnlich wie Schwesternschaft) kam der LAS zu der Auffassung, daß die Krankenpfleger auf BV-Ebene organisiert werden sollten und organisatorisch als Arbeitskreis der Sanitätskolonne geführt werden könnten.

Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer war der Auffassung, daß sich die Sanitätskolonnen nicht mit den Berufsproblemen der Krankenpfleger befassen, sondern das Pflegepersonal im freiwilligen Bereich organisieren sollte.

8. Partnerschaftsbesuch in Frankreich

Neben München und Schweinfurt pflegt auch die Sanitätskolonne Schwabmünchen den Freundschaftsgedanken mit französischen Sanitätskolonnen. Ihre Partnerstadt ist Giromagny in Frankreich. 1967 wurden die ersten Kontakte aufgenommen.

Zwei Jahre später fand der erste Besuch der französischen Abordnung in Schwabmünchen statt. Im September vorigen Jahres fuhr dann eine dreizehnköpfige Delegation für drei Tage nach Giromagny. Der herzliche Empfang fand im Heim der dortigen Rotkreuz-Kolonnen statt. Ihm folgte als Höhepunkt die offizielle Begrüßung durch den Kreisverband von Belfort. Mit Besichtigungen und regem Gedankenaustausch konnten die Schwabmünchener einen ausgiebigen Einblick in die Arbeit des Französischen Roten Kreuzes tun, wobei ihnen besonders der sehr große Idealismus, mit dem die Männer des Französischen Roten Kreuzes tätig sind, auffiel. Im Frühjahr beabsichtigt die Kolonne von Giromagny, Schwabmünchen, einen Gegenbesuch abzustatten.

BERGWACHT

9. Bergwachtmänner müssen up to date sein

Informationen über die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der Lawinengefahr holten sich 180 Bergwachtmänner aus zwölf Bereitschaften des Werdenfeller Landes, als sie in Garmisch-Partenkirchen tagten. Dr. Gottfried Neureuther und Karl Eitzenberger berichteten über die internationale Lawinenunfallkonferenz in Bled (Jugoslawien) und über die internationale Bergwacht-Ärzte-Tagung in Innsbruck. Zu den Referenten gehörte auch ein Experte vom Lawinenforschungs-Institut Weißfluhjoch. Wie ein roter Faden kam bei allen Referaten deutlich zum Ausdruck, daß die Vorbeugung und Aufklärung über Lawinengefahr bereits bei Schulkindern und bei Skifahrern in bergfernen Städten beginnen müsse. Sie müßten über das Verhalten in lawinengefährdeten Gebieten unterrichtet werden, aber auch über notwendige Hilfeleistungen. Aus Unfällen, die 1969 und 1970 294 Lawinopfer forderten, müßten Erfahrungen gesammelt werden und Ratschläge zur Verhütung beitragen. Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen das Für und Wider bei den technischen Suchgeräten ein. Die noch 1966 in Garmisch-Partenkirchen benutzte „Förstersonde“ und der „Stöxmagnet“ seien heute nicht mehr verwendungsfähig. In Deutschland, Österreich und der Schweiz werde ein Sender-Empfänger-Gerät erprobt, auf das man einige Hoffnung setze. Es hätte jedoch einen beachtlichen Nachteil: der in lawinengefährdeten Gebieten laufende Skifahrer müsse das Gerät eingeschaltet bei sich tragen. Also auch hier eine außerordentlich begrenzte Einsatzfähigkeit. Dr. Neureuther zeigte an Hand von eindrucksvollen Dias die Behandlung von Erfrierungen und allgemeiner Auskühlung, sprach über die Lagerung von Verletzten, Versorgung und Abtransport und über die Atemspende. Den Tod eines Verunglückten auf dem Lawinenfeld festzustellen, sei für den Arzt und besonders für den Bergwachtmann sehr schwierig. Der Bergwachtler dürfe das rechtlich gesehen gar nicht. Man könne von ihm aber auch nicht verlangen, daß er stundenlang Atemspende gebe. Folglich gelte folgende Faustregel: Wenn nicht einandfrei zu erkennen sei, daß das Opfer tot ist, müsse Beatmung und Herzmassage durchgeführt werden. Erst nach einer Stunde könnten — sollte der Erfolg

sich nicht einstellen — die Wiederbelebungsversuche eingestellt werden, wobei nicht versäumt werden dürfe, vorher noch zu prüfen, ob bei Lichteinfall beide Pupillen weit, keine Atmung und kein Herzschlag vorhanden sei. Die interessante Tagung mit den Berichten von internationalen Begegnungen der Bergwachtexperten gaben den Werdenfeller Bergwachtmännern ein gute Rüstzeug für die kommenden Monate, in denen sie ihren freiwilligen Dienst zum Schutz der Skifahrer ausüben werden.

WASSERWACHT

10. Internationales Langstreckenschwimmen

Die Wassertemperatur war plus vier Grad, die Lufttemperatur fast minus vier Grad. Schwimmer und Taucher, Bootsführer, alle Helfer und der Organisationsstab waren einer außerordentlichen psychischen und physischen Belastung ausgesetzt, als das 6. Internationale Langstreckenschnorchelschwimmen bei Plattling durchgeführt wurde. Aber es hatte sich gelohnt. Mit 235 Teilnehmern war es eine Superveranstaltung geworden. 231 Schwimmer kamen ans Ziel, zum Teil in 90 Minuten. Auch sechs Mädchen scheuten weder die Kälte noch die Strapazen der langen Strecke. Die Bootsbesatzungen hatten es nicht leicht. Durch Untiefen, Hindernisse, geringe Flußbreiten und Stromschnellen war die Isar schwer befahrbar. Aus Österreich, Berlin, Zweibrücken und aus allen Teilen Bayerns waren die Mannschaften zu dem jährlich stattfindenden Langstreckenschwimmen angetreten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des LAS Wasserwacht begrüßte Staatssekretär Franz Sackmann die zahlreichen Teilnehmer, Gäste und Zuschauer. Vor der Urkundenverteilung gab es ein schmackhaftes und kräftigendes Mittagessen, für das die Sozialdienstgruppe Plattling verantwortlich war. Zwei Sozialdienstleiterinnen, eine Leiterin der Küche und 12 Helferinnen hatten für das leibliche Wohl der Veranstaltungsteilnehmer gesorgt. Neben 426 Essensportionen wurde laufend Tee mit Rum ausgeschenkt. Die Organisation des reibungslosen Ablaufes der Großveranstaltung leitete mit viel Umsicht wieder Bezirksleiter Karl Gansbühler aus Regensburg. Dieses Plattlinger Langstreckenschwimmen des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz war wieder eine großartige Sache.

11. Medau-Schülerinnen als Lehrscheininhaber

Sieben Absolventinnen der Medau-Gymnastikschule in Coburg werden im neuen Jahr nicht nur als Gymnastiklehrerinnen ihr Können unter Beweis stellen, sondern auch als Lehrscheininhaber der Wasserwacht. In einem über sechs Monate dauernden Ausbildungslehrgang machten sie den Lehrschein und können jetzt selber Rettungsschwimmer ausbilden.

12. Wasserwacht gibt Resozialisierungshilfen

Nach drei Jahren kann man mit Recht sagen, diese Idee hat gut eingeschlagen. Anfangs gab es Schwierigkeiten, als die Strafgefangenen der Strafvollzugsanstalt Straubing nicht nur zu Schwimmern, sondern zu Rettungsschwimmern ausgebildet werden sollten. Es galt, die Regierung in Regensburg von dem Vorhaben zu überzeugen. Die zwei Initiatoren, Bezirksleiter Karl Gansbühler und Lehrscheininhaber Siegfried Kraus, schafften es schließlich doch. Und seit 1969 lernen Strafgefangene anderen zu helfen und dadurch sich selbst. Diese Aktion ist für viele Strafgefangene ein wichtiger Schritt auf dem oft langen, mühevollen Weg zur Resozialisierung. In den drei Jahren ihrer Arbeit mit Strafgefangenen hat die Wasserwacht Straubing 401 Schwimmprüfungen abgenommen, 132 Männer wurden als Rettungsschwimmer ausgebildet und 48 Nichtschwimmern vorgeordneten Alters das Schwimmen beigebracht. Bei einer Art „Volksschwimmen“ — erstmals 1971 durchgeführt — erhielten 72 Anstaltsinsassen Urkunden und Medaillen ausgehändigt. Das Gruppengespräch mit den Lebensrettern der Straubinger Strafvollzugsanstalt bewies, daß sich die Gefangenen bewußt waren, zu dem großen Heer der Lebensretter zu gehören, die sich freiwillig zur Aufgabe gemacht haben, notfalls unter Einsatz ihres Lebens bei Wasserunfällen zu helfen. Über die Motive dieser Arbeit sagte Karl Gansbühler: „Ich sehe hier eine echte Rot-Kreuz-Aufgabe — die sich seit über 100 Jahren in der Gefangenenbetreuung und Gefangenenhilfe begründet. Menschlichkeit wird gegeben — von uns aus — und sie wird von den Strafgefangenen-Gruppen auch angenommen.“

JUGENDROTKREUZ

13. Sängertwettstreit in München

73 Mitglieder des JRK aus fünf oberbayerischen Kreisverbänden stellten sich bei einem Sängertwettstreit dem Schiedsgericht. Im Casino des KV-München sangen sie Volks- und Wanderlieder, Songs und Protestlieder mit und ohne Instrumentalbegleitung. Zu den großen „Knüllern“ gehörte ein griechisches Wanderlied, das 22 Mädchen und Jungen aus Landsberg vortrugen.

Um den 1. Platz mußte bei so guten Leistungen tatsächlich „gestochen“ werden. Ins Stechen gingen mit je 32 Punkten die JRK-Gruppe „Moosburg“ und „Penzing“. „Moosburg“ erhielt schließlich den 1. Platz. An dritter Stelle folgte „Landsberg“, knapp gefolgt von „Freising“. Auf den fünften Platz kam „Waldkraiburg“.

SOZIALARBEIT

14. Aufbaulehrgang für Behindertenhilfe

Vom 8. 11.—11. 11. 71 fand in Deisenhofen ein Aufbaulehrgang für Behindertenhilfe statt, an dem 22 Damen und Herren der Kreisverbände teilnahmen. Aus dem Katalog von Aufgaben, mit denen sie bereits in der Praxis konfrontiert wurden, brachten die Lehrgangsteilnehmer ein beachtliches Rüstzeug mit, vor allem aber die Kenntnis und das Wissen, das ihnen durch den vorangegangenen Grundkurs vermittelt worden war.

Frau Cornelia Altnoeder vom BRK-Präsidium hatte als Lehrgangsteilnehmerin diesesmal Themen anzubieten, die für die Arbeit in der Behindertenhilfe von ausschlaggebender Bedeutung sind. Der Themenkreis führte von der heutigen Situation des Behinderten und der bestehenden Lücken in seiner Versorgung (Referent Gaudenzi vom VdK) bis zu den Möglichkeiten der Altenhilfe, besonders für behinderte Alte (Amtmann Geiselhart vom Sozialreferat der Stadt München). Über den Personenkreis und die Situation der geistig Behinderten gab Herr Ruf vom Verein „Lebenshilfe“ einen interessanten Überblick und Herr Schnaitter vom Arbeitsamt München sprach über die Möglichkeiten der beruflichen Rehabilitation für Behinderte im Rahmen der Arbeitsverwaltung. Nach den verschiedenen theoretischen Ausführungen zu dem vielseitigen Problem Behindertenhilfe wurde am dritten Tagungstag die Sonderschule an der Klenzestraße besichtigt. In seinem Einführungsreferat gab Rektor Pöhl einen Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen der schulischen Förderung der geistig Behinderten. Besonders beeindruckt waren die Lehrgangsteilnehmer von dem Schuldirektor der mongoloiden Kinder, die mit berechtigtem Stolz vor den Gästen ihrer Schule fröhlich musizierten und viel Beifall erhielten. Frau Vollmar, Geschäftsführerin der „Pfennigparade“, sprach über die Einrichtung und Ziele der Pfennigparade, berichtete über die Arbeit an den von ihr betreuten Kindern in dem neuerbauten Haus in München, in welchem diese zum Teil im Kreise ihrer Familie oder in Gruppen leben und in völliger Selbstverständlichkeit mit gesunden Kindern aufwachsen. Ein Film ergänzte das Referat. Über die Aufgaben und Sorgen des Sozialwerkes der „Multiple Sklerose-Gesellschaft“ unterrichtete Oberschwester Wirsing die Lehrgangsteilnehmer. Bei der abschließenden Besichtigung der Landesschule für Gehörlose wurde den in der Sozialarbeit der Kreisverbände aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gelegenheit geboten, die Probleme, die technischen Neuerungen und die Methode des Unterrichts besonders gut kennenzulernen. Sie konnten in drei verschiedenen Klassen der Schule hospitieren.

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

15. Oberbayern

BRK-Außenstelle des KV München in Ismaning

In Ismaning bei München wurde im Dezember 1971 ein Neubau bezogen, in dem die Rotkreuz-Arbeit mit einem „Tag der offenen Tür“ begann. 1000 Schaulustige fanden sich ein, ließen sich in-

formieren und interessierten sich für Filmvorführungen und Darbietungen des Musikkorps. Spontan meldeten sich — beeindruckt von dem Gedanken, Mitmenschen helfen zu können — 50 Teilnehmer für Kurse an: 30 für den Erste-Hilfe-Kurs und je 10 Teilnehmer für „Häusliche Krankenpflege“ und „Sofortmaßnahmen am Unfallort“. Das ist ein vielversprechender Anfang für die neue Außenstelle.

Ihr Sold für den Rotkreuz-Krankenwagen

Genau 10 000,— DM sammelten die Wehrpflichtigen des Fernmelde-Lehrbataillons 990 der Starnberger Maxhofkaserne von ihrem Sold. Der Scheck, überreicht durch den Kommandeur der Kaserne, Oberstleutnant Folko von Freytag-Löringhoff, an den KV Starnberg sollte unter anderem Ausdruck dafür sein, daß „die Soldaten ein Bestandteil des gemeindlichen Lebens im Kreis Starnberg sein wollen“. Die Opferbereitschaft der Wehrpflichtigen lobte der Oberstleutnant besonders, da, wie er sagte, heutzutage der tätige Gemeinschaftssinn junger Menschen nicht zu den alltäglichen Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft gehörten.

Statt Werbegeschenke Funkgerät gestiftet

Etwas Besonderes hatten sich die Herren des Vorstandes der Kreissparkasse Dachau zum Weltspartag ausgedacht. Es gab diesmal nicht die üblichen Werbegeschenke für die Kunden. Die für diesen Zweck vorgesehenen Mittel wurden für ein modernes Funkgerät „umgebucht“, das dem BRK-Kreisvorsitzenden Dr. Baumüller für die Ausstattung eines Rettungswagens übergeben wurde. Sparkassendirektor Brand hoffte, daß die Sparkassenkunden für die Entscheidung Verständnis haben und Vorstandsmittglied Niebauer meinte dazu, daß man mit einem Kugelschreiber zwar eine kleine Freude bereiten, aber ein Funkgerät für das Bayerische Rote Kreuz einem Menschen einmal das Leben retten könnte. Die Kunden der Sparkassen, Filialen und Zweigstellen wurden durch große Schautafeln von der Bedeutung eines Funkgerätes, das für den Dienst der Lebensrettung als wichtiger Nachrichtenvermittler notwendig ist, anschaulich unterrichtet.

16. Niederbayern — Oberpfalz

Neumarkt: Rettungswagen und Motorboot-Spende

Sparkassendirektor Hans Rieder nannte die Spende der Sparkasse Neumarkt eine moralische Verpflichtung zugunsten des Roten Kreuzes im Interesse aller Kraftfahrer. Gleichzeitig gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der für 62 000 DM gekaufte und voll ausgestattete Rettungswagen möglichst wenig gebraucht werden möge. Vor dem Rathaus fand am 26. September nicht nur die feierliche Übergabe des neuen Rettungsfahrzeuges statt. Gleichzeitig erteilten die Vertretungen beider Kirchen auch dem von Oberbürgermeister Theo Beck an die Wasserwacht anlässlich ihres 25jährigen Bestehens übergebenen Motor-Rettungsboot mit Transportanhänger ihren Segen. Sie nannten die Spenden in einer lieblosen Zeit wie der unseren eine wahrhaft christliche Tat und betonten, daß jedes selbstlose Helfen dem zum Segen werde, der helfe. Die kurze Feierstunde wurde auch durch die Musik der Werkvolkkapelle zu einem festlichen Ereignis, das neben den Ehrengästen zahlreiche Schaulustige anlockte.

LVA spendete Vakuum-Matratzen

Um das Schwerpunktprogramm zu verwirklichen, sollen möglichst viele Krankentransportwagen mit den für die Praxis sehr wertvollen Vakuum-Matratzen zur Lagerung Schwerverletzter ausgerüstet werden. Die erste der für den Bezirksverband vorgesehenen 32 Matratzen wurde von der Landesversicherungsanstalt Niederbayern/Oberpfalz Ende des vergangenen Jahres im Beisein des BRK-Bezirksvorsitzenden, Regierungspräsident Dr. Ernst Emmerig, durch LVA-Direktor Helmut Gerber an den Kreisvorsitzenden, Bürgermeister Dr. Sigmund Silbereisen, übergeben.

Eine nachahmenswerte Initiative

Mit Unterstützung der zuständigen Sparkassen des Landkreises hat der Kreisverband Griesbach die für die Notrufkarten an allen Sparkassenschaltern aufgestellten Kartenständer in Form

eines Sankas umfunktioniert. Sie enthalten jetzt Beitrittserklärungen zum Erwerb der Mitgliedschaft beim Bayerischen Roten Kreuz und einen Hinweis, daß der Jahresmindestbeitrag nur 6,— DM beträgt. Gleich am Sparkassenschalter kann die Beitrittserklärung unterschrieben werden. Damit hat der Sanka mit der Aufschrift „Auch für Sie kann das Rote Kreuz eines Tages Lebensrettung bedeuten“, eine neue Aufgabe und wurde zum echten Werbeträger, der vielseitig verwendbar ist.

17. Ober-/Mittelfranken

Stadtsteinach erhielt Rotkreuzhaus

Als ein Haus der Besinnung, Ausbildung und Aufgabendurchführung bezeichnete Vizepräsident Senator Dr. Bernhard Kläß in seiner Festansprache das neuerbaute Rot-Kreuz-Haus in Stadtsteinach. Zwei Jahrzehnte Geduld der Rotkreuzler und der freiwillige Arbeitseinsatz der Kolonnenmitglieder führten jetzt zu dem auch von Landrat und BRK-Kreisverbandsvorsitzenden Hans Köstner lange angestrebten Ziel, dem eigenen Rot-Kreuz-Haus. Nach der feierlichen Einweihung am 13. November erfolgte die Schlüsselübergabe durch Architekt Emil Schomberg. Das neue Haus — ursprünglich ein kleines schlichtes Bauernhäuschen — wurde hauptsächlich mit Hilfe von Spenden finanziert. Eines Mannes gedachte der Vorsitzende besonders: des gebürtigen Stadtsteinachers, Universitätsprofessor Dr. Dr. Konrad Schubel aus Erlangen. Er erhielt für die großzügige Unterstützung und wegen seiner Verdienste um den Bau die Bürgermedaille, die der Landrat für den erkrankten Professor entgegennahm. Nach der Besichtigung des Gebäudes und einem wohlschmeckenden Erbsencintopf wurde das neue Rot-Kreuz-Haus dem Kreisverband mit besten Wünschen für seine Arbeit übergeben.

Fabrikant stiftet Krankentransportwagen

Einen kompletten VW-Krankentransportwagen stifteten die Drahtgewebefabriken Weiss & Eschrich in Ludwigstadt der Sanitätskolonne. Der Firmenchef Bernd Weiss übergab — zugleich auch im Namen seiner Mutter, die früher jahrelang selbst als Rotkreuz-Helferin Dienst gemacht hatte — das von ihm persönlich vergeführte Sanitätsauto. Er hatte es vor der offiziellen Übergabe durch Zufall selber benötigt. Er fuhr einen beim Holzfällen schwer verletzten Arbeiter zum Arzt und rettete ihn dadurch vor schwerwiegenden Unfallfolgen. Landrat Dr. Emmert und Bürgermeister Welsch betonten bei ihren Dankesworten, daß bei der derzeitigen Finanzlage des Kreisverbandes das in Ludwigstadt stationierte alte Sanitätsfahrzeug nicht so bald durch ein neues, gut ausgestattetes Fahrzeug hätte ersetzt werden können.

18. Unterfranken

Mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Staatssekretär Reinhold Vöth überreichte im Auftrag des Staatsapparates und des Ministers für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkel, das Bundesverdienstkreuz I. Klasse an den ersten Direktor der Landesversicherungsanstalt Unterfranken, Herrn Max Haas. Mit der Auszeichnung fanden die besonderen Verdienste, die sich Dir. Haas im sozialen Bereich, besonders durch sein Interesse am Bau von Sanatorien erworben hat, Anerkennung. Max Haas ist seit 1968 stellvertretender Vorsitzender des BRK-Bezirksverbandes Unterfranken.

TOTENEHRENTAFEL

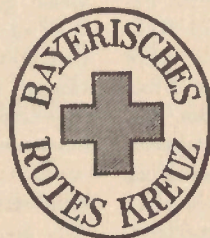
Wir gedenken in Ehrfurcht und Dankbarkeit unserer Verstorbenen

Herrn Bürgermeister Franz Hübl
Vorsitzender des Kreisverbandes Ebern

Herrn Robert Ulsamer
ehemaliger Verwaltungsreferent des
BRK-Bezirksverbandes Ober- und Mittelfranken

MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 3

15. März 1972

B 21 345 E

Inhalt des Blattes 3:

Bundesminister Käte Strobel zum Weltgesundheitstag 1972.

Botschaft zum Weltgesundheitstag von Dr. M. Candau, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation.

Risikofaktoren für Herz-Kreislaufkrankheiten weitgehend beeinflussbar – Der Herzinfarkt – Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankheiten – Ernährung und Herz – Herz und Sport.

„Haus International“ – Jugendgästehaus des Jugendsozialwerks in München eröffnet – Bundesministerin Käte Strobel: Ein Beitrag praktizierter Friedenspolitik.

Unser Weg und unser Wirken heute – Zur Arbeit des Internationalen Bundes für Sozialarbeit – Jugendsozialarbeit – Jugendsozialwerk e. V. – Angeschlossener Verband des Deutschen Roten Kreuzes, von Heinrich Hartmann, Stellv. Vorsitzender des IB-JSW.

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes. 2. Verleihung des Steckkreuzes zum Ehrenzeichen für Verdienste um das BRK.

Ausbildungswesen: 3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geißler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 3. 5.–31. 5. 72.

Personalfragen: 4. Krankenschwester und Krankenpfleger für Alten- und Pflegeheim St. Albert in Haunstetten gesucht.

Krankentransport: 5. Beitritt zum Krankentransport-Rahmenvertrag. 6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht.

Nachrichtenteil

Schwesternschaften: 7. 100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern.

Frauenbereitschaften: 8. Mit 89 noch aktiv. 9. Schwesternhelferinnen-Jahrestagung. 10. Auch Basare bringen Geld.

Bergwacht: 11. Russische Bergsteiger in Oberstdorf. 12. Mit tragbarem Quarzlicht auf der Alpspitze.

Wasserwacht: 13. Nachtübung im Eismeer.

Jugendrotkreuz: 14. Wer will mit nach Griechenland? 15. JRK-Fotowettbewerb.

Aus den Bezirksverbänden

16. Oberbayern: Eishockey zugunsten eines Rettungswagens – Auch in Garmisch lag das Geld auf dem Eis.

17. Niederbayern/Oberpfalz: Leseraktion ermöglichte Kauf des 2. Rettungswagens für Regensburg.

18. Ober-/Mittelfranken: Seminar „Gesundes Leben – erfülltes Alter“.

Unsere Buchbesprechung:

Dr. med. J. Kretz, Die Wege der Krebsverhütung, Sanitas-Verlag Bad Wörishofen; Dr. W. Knierheim: „Haltungsschäden und Bandscheibenerkrankungen“, ebenda.

BUNDESMINISTER KÄTE STROBEL ZUM WELTGESUNDHEITSTAG 1972

(GPD) Zum Weltgesundheitstag am 7. April 1972 erklärt Frau Käte Strobel, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, daß fast die Hälfte aller Todesfälle in der Bundesrepublik Deutschland von Erkrankungen des Herzens und des Kreislaufs verschuldet werden. Weiter sagt sie u. a.: „Mit großangelegten, auch internationalen Forschungen bemühen wir uns, dieses Problem weiter aufzuklären und wirksame Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Moderne Therapieformen, insbesondere die Behandlung der vormals unbeachteten Frühformen in Vorsorgekuren, die Verbesserung der ärztlichen Soforthilfe und die Errichtung eines engen Netzes von Intensivpflegestationen durch den Ausbau des Krankenhauswesens sind Beiträge dazu, die zeigen, daß wir diese Aufgaben ernst nehmen. Wir bemühen uns auch, Gefährdungstatbestände zu erkennen und, soweit es möglich ist, durch Gesetze und Verordnungen auszuschalten. Das allein aber genügt nicht, um die Gesundheit des einzelnen sicherzustellen. Ihm kann nicht gesetzlich vorgeschrieben werden, wie er sich gesundheitsgerecht zu verhalten hat. Wir können es ihm sagen, ihn auffordern, entsprechend zu handeln und ein breites Angebot wirksamer Hilfen bereitstellen. Dann aber bleibt es einzig und allein ihm überlassen, ob und wie er es nutzt.“

Der Weltgesundheitstag ist ein Appell zum gesundheitsgerechten Verhalten. Er kann nur Erfolg haben, wenn der einzelne anerkennt, daß mit dem Recht auf Gesundheit eine Pflicht zur Gesundheit verbunden ist, die er zu erfüllen hat. Hier treffen sich gesundheitliche Aufklärung und staatsbürgerliche Erziehung in einem gesellschaftlichen Auftrag. Gerade die Dramatik des Herzinfarktes, der bekanntesten Erkrankungsform dieser Zivilisationskrankheiten, legt solche Gedanken nahe, weil viele der wirksamen Hilfen bislang noch allzu oft unbekannt und ungenutzt bleiben. Wir müssen dieses Problem bewußt machen und auf die Verantwortung hinweisen, die jeder für sich selbst zu tragen hat. Der frühe Herztod ist nur zu häufig keine Verkettung schicksalhafter Momente, sondern Folge von Unwissenheit, von überholten Verhaltensmustern und modernen Fehlverhaltensformen wie Bewegungsmangel, Zigarettenrauchen, Übergewicht sowie einer insgesamt falschen Lebensplanung und einem gehetzten, der seelischen Gesundheit abträglichen Alltag.“

Der Weltgesundheitstag, der am 7. April, dem Jahrestag des Inkrafttretens der Satzung der Weltgesundheitsorganisation, in aller Welt begangen wird, steht 1972 unter dem Motto

„Denk an Dein Herz — Motor des Lebens“.

Durch dieses Thema soll die Öffentlichkeit mehr als bisher von der Notwendigkeit der verstärkten Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankheiten und deren Früherkennung überzeugt werden.

Im Bundesgebiet führt wiederum die Bundesvereinigung für Gesundheits-erziehung e. V., 53 Bonn-Bad Godesberg, Bachstraße 3–5, den Weltgesundheitstag durch. Sie stellt u. a. eine Informationsbroschüre mit allgemeinverständlichen Beiträgen namhafter Wissenschaftler und Fachleute zusammen, aus der wir nachstehend Auszüge veröffentlichen. Diese Schrift wird zu einem Preise von DM 2,— plus Versandkosten abgegeben. Wir bitten die Kreisverbände, sich dieses Materials zu bedienen.

BOTSCHAFT ZUM WELTGESUNDHEITSTAG 1972

von Dr. M. G. Candau, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

(GPD) Jedermann kennt und versteht die Abwehrmaßnahmen gegen Infektionskrankheiten. Was jedoch heute daneben und darüber hinaus erforderlich ist, das sind Maßnahmen gegen Herz-Kreislaufkrankungen, die häufigste Todesursache in vielen Ländern der Welt. Hoher Blutdruck, Gefäßveränderungen im Zentralnervensystem, angeborene Mißbildung – um nur einige von den wichtigeren Herz-Kreislaufkrankungen zu nennen – sind überall zu finden. Durchblutungsstörungen des Herzens sind häufige Begleiterscheinungen des Wohlstandes, rheumatische Herzkrankungen und Herzkrankungen auf infektiöser Grundlage mehr eine Begleiterscheinung der Armut. Einige Arten von Herzkrankungen wie die Chagas-Krankheit, eine Trypanosomenerkrankung, finden sich gehäuft in bestimmten Teilen der Welt. Obwohl die Zunahme arteriosklerotischer Herz-Kreislaufkrankungen zu einem gewissen Umfange eine Folge der höheren Lebenserwartung ist, finden sich Durchblutungsstörungen des Herzens zunehmend mehr in jungen Altersgruppen.

Der wissenschaftliche und der technische Fortschritt, die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften sind atemberaubend. Und trotzdem werden wir immer wieder darauf hingewiesen, daß unsere Zivilisation nicht ohne Probleme ist, und daß ihre harmonische Entwicklung zu einem nicht geringen Maße von der Lösung wesentlicher Gesundheitsfragen abhängt, nicht zuletzt von der Frage der Herz-Kreislaufkrankungen – ein überraschendes Bild. Die Verhütung dieser Erkrankungen erfordert weitreichende und einschneidende Änderungen in unserer Lebensführung. Dies wiederum erfordert den Einsatz aller wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen.

Die Gesundheit unseres Herzens liegt zu einem viel grö-

ßeren Maße in unseren eigenen Händen, als wir üblicherweise glauben. Die Zeit für organisierte Maßnahmen ist gekommen, um zu hohem Blutdruck zu kontrollieren; um rheumatische Herzkrankungen zu verhüten; um Patienten mit einem Herzinfarkt oder einem Schlaganfall optimal zu versorgen; um Erkrankungen des Atemapparates so zu behandeln, daß chronische Herzkrankungen vermieden werden; und um angeborene Herzfehler so früh wie möglich zu erkennen und zu behandeln.

Wir brauchen eine gesunde Ernährung und gesündere Lebensgewohnheiten. Wir brauchen mehr Forschung zur Klärung unbekannter Ursachen der Arteriosklerose und von Durchblutungsstörungen des Herzens. Wir wissen, daß einige ursächliche Faktoren bereits bei jungen Menschen zu finden sind. Präventive Maßnahmen müssen daher beim jungen Menschen, beim Jugendlichen und beim Kind beginnen, um ihre Entwicklung optimal zu gestalten.

Wir brauchen bessere Hilfe für alle, die einen Herzschaden haben. Vielerorts finden sich moderne Krankenhäuser mit moderner Ausstattung und erfahrener Personal. Aber überall in der Welt begegnen wir den gleichen Schwierigkeiten, wenn es darum geht, die bestmögliche Versorgung für jeden einzelnen zu gewähren, der ihrer bedarf.

Die Maßnahmen, die ich hier angeführt habe, erfordern verstärkte internationale Zusammenarbeit, staatliche Hilfe, aktive Teilnahme aller Mitarbeiter im Gesundheitswesen und die Unterstützung der gesamten Öffentlichkeit. Wenn es gelingt, alle diese Kräfte zu vereinen, werden wir bald in der Lage sein, ein besseres, gesünderes und längeres erfülltes Leben zu führen.

Ich hoffe, daß der Weltgesundheitstag 1972 – der Tag des Herzens – die weltweite Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Herz-Kreislaufkrankungen nachhaltig fördert.

Risikofaktoren für Herz-Kreislaufkrankheiten weitgehend beeinflussbar

(GPD) Dr. med. Gerhard Jungmann, MdB, Vorsitzender der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e. V., stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, betont anlässlich des diesjährigen Weltgesundheitstages, daß wir nicht schicksalhaft den Herz- und Kreislaufkrankheiten, dem Herzinfarkt, der Blutdruckerhöhung, der Herzkranzgefäßverkalkung und der vegetativen Dystonie, ausgeliefert sind. Eine wachsende Zahl von Menschen verhalte sich von Jugend an geradezu herz-feindlich. So sei es der Medizin nicht un-

erklärlich, warum heute die Herz-Kreislaufkrankheiten an der Spitze der Ursachen für Krankheit, Frühinvalidität, vorzeitiger Berufsunfähigkeit und frühem Tod ständen. Dr. Jungmann meint, daß dies nicht so sein müßte, weil die Risikofaktoren dieser Krankheiten weitgehend beeinflussbar sind. Wenn die Menschen wüßten, was sie ihrem Herzen heutzutage antun, müßte man viel häufiger im Hinblick auf die vielen Herz-Kreislaufschäden von selbstverschuldeten Krankheiten reden.

Der Herzinfarkt

(GPD) Jährlich gibt es in der Bundesrepublik Deutschland etwa 250 000 neue Herzinfarkt-Patienten. Männer sind offenbar dreimal anfälliger als Frauen. Die Todesfälle in den Altersgruppen zwischen 45 und 54 Jahren haben innerhalb der letzten 15 Jahre bei den Männern bis über 50% zugenommen, in den Niederlanden sogar bis zu 66%.

Die wissenschaftlich belegbare Verbindung zwischen zunehmendem Zigarettenkonsum bis zum Kettenrauchen und parallel dazu ansteigende Erkrankungen und Sterbefälle an Herzinfarkt ist durch nichts zu widerlegen. Daneben spielen noch eine Reihe anderer Risikofaktoren eine Rolle, die aber in der ärztlichen Praxis leicht festzustellen und im Rahmen der Vorbeugung und Rehabilitation leicht zu überwachen und oft gar zu regulieren sind.

Sobald die akute Phase des Infarktes überstanden ist, sollte mit einem gut überwachten Rehabilitations-Programm begonnen werden, innerhalb dem man die Leistungen steigert und den verängstigten Patienten ermutigt. Wegen der Arbeitsunfähigkeit des Patienten klaffte bisher eine große Lücke in den Anschauungen. Nach den Beobachtungen in mehreren ärztlichen Rehabilitationszentren ist es aber durchaus möglich, die meisten Patienten ohne Schaden innerhalb von 10 Wochen wieder ganztätig arbeiten zu lassen.

(Nach einem Beitrag von Dr. med. H. Mahr, Bad Nauheim, in der von der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e. V. herausgegebenen Broschüre „Denk an Dein Herz – Motor des Lebens“.)

Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankheiten

(GPD) Die Tatsache, daß fast jeder zweite Bürger an einer Herz-Kreislaufkrankheit stirbt (diese Krankheiten haben in der Todesursachenstatistik von 1924/1926 von 14,8% auf 41,1% im Jahre 1961 zugenommen) unterstreicht die Bedeutung von vorbeugenden Maßnahmen. Prof. Dr. med. Mellerowicz, Leiter des Instituts für Leistungsmedizin in Berlin, hält nachfolgende Mittel und Methoden zur Vorbeugung von Herz-Kreislaufkrankheiten für besonders wichtig:

1. Eine Ernährung, die quantitativ und qualitativ dem nicht mehr körperlich arbeitenden Menschen angepaßt ist.

Ernährung und Herz

(GPD) Bei einer großen Zahl lebensgefährdender Herz-Kreislaufkrankheiten, wie z. B. Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Herzinfarkt usw., spielt als Risikofaktor die Ernährung, insbesondere das Übergewicht, eine wichtige Rolle. Die Ernährung des Menschen sollte daher im Hinblick auf Vorbeugung und Behandlung von Herz-Kreislaufkrankheiten zwei wichtige Faktoren beachten:

1. Die Regeln gesunder Ernährung sollten bereits in jüngeren Jahren berücksichtigt werden, um dem Auftreten lebensgefährdender, ernährungsabhängiger Krankheiten im Alter vorzubeugen.
2. Den geänderten Nährstoffbedarf im höheren Alter (Um-

2. Ein tägliches, minimal 6 Minuten dauerndes körperliches Training in Dauer- oder Intervallform.
3. Erhaltung des körperlichen und seelisch-geistigen Gleichgewichts, was einige philosophische Gelassenheit, mancher Weise Beschränkung und rechte Lebenskunst erfordert.
4. Eine tägliche Entspannung, ferner Erholung und richtig verwandter Urlaub.
5. Reduzierung mancher Süchte, besonders des Rauschens, auf ein erträgliches Maß.

Jede vorbeugende Maßnahme zur Verhütung von Herz-Kreislaufkrankheiten kann nicht wirksam werden ohne aktive Selbstbeteiligung des einzelnen.

stellung der Ernährung zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr).

Wichtig ist auch, daß ca. 70% unserer Bevölkerung heute nur noch Leichtarbeit leisten und so nicht mehr als 2400 Kalorien am Tag benötigen. Der Kalorienbedarf älterer Leute ohne besondere körperliche Betätigung liegt zwischen 1800 bis 2000 Kalorien. 2200 Kalorien pro Tag sollten keinesfalls überschritten werden.

(Nach einem Beitrag von Priv.-Dozent Dr. med. H. J. Holtmeier, Stuttgart-Hohenheim, in der von der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e. V. herausgegebenen Broschüre „Denk an Dein Herz – Motor des Lebens“.)

Herz und Sport

(GPD) Über die Zusammenhänge von Herz, Sport und Gesundheit kann folgendes gesagt werden:

1. Sportliches Ausdauertraining führt zu einer verbesserten Herzleistungsfähigkeit.
2. Sport und Spiel in der richtigen Anwendung führen in jungen Jahren zur vollen Herz-Kreislaufentwicklung.
3. Ein schwaches Herz läßt sich auch bis ins hohe Alter trainieren.
4. Angeborene Herzfehler lassen ein vorsichtiges Training zur Leistungssteigerung zu.
5. Nach Herzerkrankungen können im Anschluß an die klinische Behandlung durch Bewegungsübungen – besonders geeignet ist das Schwimmen – Verbesserungen der Herzmuskulatur erreicht werden.

6. Ein regelmäßiges Ausdauertraining, dem Alter entsprechend individuell angepaßt, ist das beste Vorbeugungsmittel gegen ein vorzeitiges Nachlassen der Herz-Kreislaufleistung. Es ist auch das beste aktive Mittel zur Vorbeugung eines Herzinfarktes.

Zu beachten ist allerdings, daß nicht jeder plötzlich anfangen kann, Sport zu treiben. Voraussetzung dafür ist ein normaler ärztlicher Untersuchungsbefund.

(Nach einem Beitrag von Prof. Dr. med. A. Koch, Münster/Westf., in der von der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e. V. herausgegebenen Broschüre „Denk an Dein Herz – Motor des Lebens“.)

„Haus International“ – Jugendgästehaus des Jugendsozialwerks in München eröffnet – Bundesministerin Käte Strobel: Ein Beitrag praktizierter Friedenspolitik

„Dieser Tag ist für den Internationalen Bund für Sozialarbeit ein großes Fest.“ Mit diesen Worten gab Staatsrat Prof. Dr. Carlo Schmid am 18. Februar 1972 in Anwesenheit zahlreicher Prominenz im „Haus International“ die Zustimmung zur Einweihung des neuen Jugendgästehauses in München-Schwabing – in unmittelbarer örtlicher Nachbarschaft zu den Olympischen Stätten, die in wenigen Monaten zum Treffpunkt der Jugend der Welt werden sollen. Aus einem vorhandenen Lagerhaus mit Verwaltungsgebäude, das bisher der pharmazeutischen Industrie gedient hatte, war nach 15monatiger Bauzeit und einem Gesamtkostenaufwand von 9,5 Mio DM ein modernes Jugendhotel mit 400 Betten, Konferenz- und Seminarräumen, mit Clubzimmern und Kellerbar, Restaurant und Biergarten erstanden, das der Jugend der Welt nicht nur

Obdach während ihres München-Aufenthaltes bieten, sondern zur Begegnungsstätte zwischen Jugendlichen aller Völker werden soll. Diesem Zweck wurde denn auch die gesamte architektonische Funktion untergeordnet – für einen Architekten zwar eine sehr reizvolle, aber auch schwierige Aufgabe. Wie die zahlreichen Festgäste bei der Einweihungsfeier feststellen konnten, ist dies dem verantwortlichen Architekten, Prof. Kresse, Stuttgart, und seinen Mitplanern Bertsch und Pretzer, nicht zuletzt der als Generalunternehmer fungierenden Firma Harry Hüttig, Bad Aibling, in vorbildlicher Weise gelungen. Unter der Devise „mit sehr wenig Geld sehr viel bauen“ konnte aus dem ursprünglichen Kostenvoranschlag sogar noch eine runde Million herausgestrichen werden, ohne daß das Gesamtobjekt in seiner Bestimmung beeinträchtigt worden

wäre. Daß es einem dringenden Bedürfnis der Jugend entgegenkommt, bestätigt allein schon die Tatsache, daß noch während der Bautätigkeiten 55 000 Gäste aus 81 Ländern der Welt in diesem Haus Aufnahme gesucht und gefunden haben. Nach seiner Fertigstellung wird es Mühe verursachen, all die Unterbringungsanfragen für Einzelreisende oder ganze Gruppen von Schülern und Studenten, von Praktikanten und Lehrgangsteilnehmern zu befriedigen. Die Prognose darf sicher gewagt werden: „Haus International“ wird seinen Zweck erfüllen.

Damit schienen auch die Sorgen aufgewogen, die sich die Initiatoren mit dem Bau des Hauses auf die Schultern geladen hatten. Professor Carlo Schmid, der Vorsitzende des Internationalen Bundes für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk e. V., bekannte denn auch: „Es war ein langer Weg, bis wir dieses Projekt in Angriff nehmen konnten.“ Es ist mit dem gleichen Optimismus ins Werk gesetzt worden, mit dem das Jugendsozialwerk seit nahezu 25 Jahren seine aus der Situation der Nachkriegszeit erwachsenen Aufgaben in die Hand genommen hatte. Carlo Schmid sagte von ihr: „Es war eine Zeit, in der Verzweiflung oft näher stand als die Hoffnung.“ Basis der Aufbauarbeit sei das Motto gewesen: „Vertraue jedem, um Vertrauen zu erwarten.“ Das habe für die Betreuung der Zonenflüchtlinge ebenso gegolten, wie es heute auf die Situation der Gastarbeiter zutrefte. Sie seien ein Stück unserer Gesellschaft, mit dem gleichen Anrecht und Anspruch auf Freiheit, Gleichheit, vor allem aber Brüderlichkeit. Auch in diesem Sinne verdiene das „Haus International“, Anziehungspunkt für die Jugend der Welt zu werden. Sie solle in partnerschaftlichem Geben und Nehmen voneinander lernen. „Niemand aber wird gezwungen sein, etwas zu nehmen, was er nicht sucht“, betonte Carlo Schmid. Was er aber suche, das solle er hier finden. So könne das Haus seiner bildungspolitischen, persönlichkeitsbildenden Funktion und Bestimmung zuwachsen, mehr zu sein als eine Beherbergungsstätte, nämlich eine „Pädagogische Provinz“ Goethescher Prägung, aufgebaut auf dem Gedanken der Gemeinschaft und ihrer ihr innewohnenden geistigen Ordnung, in der der Einzelne seine persönliche Entfaltung findet.

Carlo Schmid dankte der Bundesregierung für die Förderung des Vorhabens, was wiederum die Zustimmung aller Parteien zur Voraussetzung gehabt habe, ferner dem Land Bayern und der Stadt München für die Unterstützung des Projektes. Sein Dank galt allen verantwortlichen Mitarbeitern, voran seinem Stellvertreter, Heinrich Hartmann, und dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, Dr. Georg Ebersbach, „dem großen Alten vom Berge“, wie ihn Schmid scherzhaft charakterisierte, sowie den Mitarbeitern auf Bundes- und Landesebene.

Nach der Übergabe durch den Architekten und der Premiere des „haus international song“ – von den Luxemburg-Singers und der Ambros-Seelos-Show-Band uraufgeführt (beide Ensembles hatten sich, wie Carlo Schmid anerkennend feststellte, zum Null-Tarif zur Verfügung gestellt) –, überbrachte Staatssekretär Erwin Lauerbach vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus Grüße und Glückwünsche der Staatsregierung. Ausgehend von der Erfahrung, daß „viele Probleme nur daraus entstehen, weil wir zu wenig voneinander wissen“, wünschte er dem Haus und seinen Mitarbeitern viel Erfolg in ihrer Arbeit. Sein Glückwunsch gelte den Gästen aus aller Welt, die in diesem Hause Einzug halten dürften. Für die Stadt München sprach Stadtschulrat Prof. Dr. Anton Fingerle die Genugtuung darüber aus, daß das Jugendsozialwerk die Stadt München als Standort für sein erstes Jugendgä-

haus dieser Art gewählt habe. Die enge Verbundenheit mit dem BRK bekundete Frau Vizepräsidentin Leonore von Tucher. Über die satzungsgemäße, juristische Feststellung hinaus, daß das Jugendsozialwerk ein dem DRK angeschlossener Verband sei, könne festgestellt werden, daß das BRK mit den Mitarbeitern des Jugendsozialwerks in Bayern eine gute Zusammenarbeit pflege.

Bevor Frau Bundesminister Käte Strobel das Wort ergriff, hatten die Mitglieder des Ambros-Seelos-Orchesters und die Luxemburg-Singers, insbesondere aber der Schlagerstar Joe Curtis die Stimmung im Festsaal aus allem Schablonenhaften einer sonst üblichen „Einweihungszeremonie“ herausgerissen und das anwesende Publikum zu wiederholtem Beifall animiert. Ihr Programm „Lieder aus aller Welt“, in heiterer Pose geboten, wie die nachfolgende „Kleine internationale Musik-Show“, mit herausgeforderten Zugaben gewürzt, entsprachen in jeder Weise dem angestrebten Stil des Hauses, unkonventionell und vorurteilsfrei zur vielseitigen, farbigen Begegnung der Jugend aus aller Welt beizutragen.

Frau Käte Strobel, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, brauchte an dieser Stelle nicht erst für den Gedanken der Völkerverständigung zu werben. Sie verstaute ihr mitgebrachtes Manuskript einer „Festansprache“ wieder in ihrer Handtasche und beschränkte sich auf einige zusammenfassende Feststellungen. Die beste Friedenspolitik, der jeder Politiker verpflichtet sei, so meinte Käte Strobel, habe nur einen Sinn, wenn die Jugend der Welt selbst die internationalen Brücken in der Praxis, in der unmittelbaren Begegnung von Mensch zu Mensch baue. Dazu habe das „Haus International“ mit der Inangriffnahme dieses Projektes eine glückliche Voraussetzung geschaffen. Die Jugend besitze den Hang zu einer internationalen Brüderlichkeit, er müsse ihr nicht erst gewiesen, sondern ihr müßten die Mittel in die Hand gegeben werden, um das Bekenntnis durch die Tat zu realisieren. Aus diesem Grunde habe das Bundesministerium das Vorhaben mit einem Zuschuß von 2 Millionen gerne unterstützt. Das freigewählte Engagement der Jugend sollte durch solche Hilfen immer wieder ermutigt werden, betonte die Ministerin und versprach auch künftige wohlwollende Förderung der internationalen Jugendbegegnung. Daß sie im „Haus International“ über den Touristik- und Freizeitsektor hinaus Gestalt finden soll, war schon in der vorausgehenden Pressekonferenz durch den Hauptgeschäftsführer des Internationalen Bundes für Sozialarbeit, Dr. Franz Schade, und die Mitarbeiter des „Hauses International“ erläutert worden. So führen neben dem Leiter des Hauses, Dr. F. Peter Schade, Prof. Edelwald Hüttl und Dieter Lenkeit seit Jahren berufsbegleitende Seminare für Jugendliche in Anlehnung, aber auch außerhalb des „Hauses International“ durch, die sich eines großen Zuspruchs erfreuen. Neugeplant und verwirklicht werden soll noch im Frühjahr dieses Jahres ein „Deutsch-italienisches Modell“ zur Berufsfindung und Berufsvorbereitung für 40 schulentlassene italienische Gastarbeiterkinder, das später auch auf andere Volksgruppen ausgedehnt werden soll. Gerade hier ist ein akuter Mangel geeigneter Einrichtungen spürbar, der einer dringenden Abhilfe bedarf. Auch daraus wird sich die Prognose ableiten lassen, daß das „Haus International“ seiner Zweckbestimmung genügen wird. Einer ehrenvollen Sonderaufgabe darf es schon in wenigen Monaten dienen und wir dürfen damit auf die eingangs erwähnte Olympia-Nachbarschaft zurückkommen: Während der Olympischen Sommerspiele werden 200 ehemalige Goldmedaillengewinner Gäste des „Hauses International“ sein!

Dr. Rohrer

UNSER WEG UND UNSER WIRKEN HEUTE

Zur Arbeit des Internationalen Bundes für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk e.V. Angeschlossener Verband des Deutschen Roten Kreuzes

von Heinrich Hartmann, Stellvertretender Vorsitzender des IB – JSW

Im Anschluß an unseren obigen Bericht scheint es geboten, unseren Lesern, d. h. unseren Mitarbeitern in den Vorständen, den aktiven Gliederungen wie den übrigen Bereichen unserer Rotkreuzarbeit einmal in einem großen Aufriß die Arbeit des IB/JSW vorzustellen. Wir tun es mit einem Vortrag, den der stellv. Vorsitzende des Internationalen Bundes für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk e. V., Heinrich Hartmann, Reutlingen, anläßlich der letzten Generalversammlung im Juni des vergangenen Jahres in Kiel gehalten hat und der nicht nur statistische Zahlen, sondern vor allem die Motivierung für das breite Engagement des JSW auf dem Sozial-, Bildungs- und Freizeitsektor offenlegt.

Die Anfänge unserer Arbeit gehen zurück bis in die Trümmerwelt der Nachkriegsjahre, als die Überlebenden der Kriegsgeneration zunächst im dumpfen Schweigen der Resignation verharren und die meisten sich dann auf den Aufbau ihrer persönlichen Existenz warfen, um in bewußter Abkehr vom eben erlebten und erlittenen Kollektivismus nur noch für sich zu arbeiten. Es gab aber in dieser Generation auch einzelne, die den bitteren Prozeß einer gründlichen Revision in sich und vor sich selbst durchstanden und unter dem immer drückender werdenden Bewußtsein der Verantwortung nur einen Weg sahen: Dankbar und demütig die Chance des Überlebens zu nutzen, zu handeln und zu helfen, das Notwendige und das Nächstliegende zu tun.

Die Nächsten im buchstäblichen Sinn aber waren damals die Angehörigen jener anderen Generation, 10 bis 15 Jahre jünger, denen sie auf dem Rückweg aus Krieg und Gefangenschaft begegnet waren, auf den Landstraßen, in den Bunkern, auf den Bahnhöfen – als heimatlose, elternlose, berufslose Jugendliche. Und das Notwendige war nicht, Pläne zu machen, sondern hier und jetzt zu beginnen mit einer geteilten Ration, einer Aussprache, mit dem Zureden, wieder seßhaft zu werden, vielleicht mit der Vermittlung von Unterkunft und Arbeit. Die so auf der Landstraße bar aller äußeren Sicherheit wirkten, ohne Mandat, skeptisch gegenüber dem eigenen Tun und in der fast sicheren Voraussicht zu scheitern, wurden die Initiatoren und ersten Mitarbeiter des Jugendsozialwerks. Sie hatten in diesen Jahren einen unschätzbaren Rückhalt in den klärenden, lösenden Gesprächen mit Carlo Schmid, bis es 1948 gelang, die Genehmigung der Besatzungsmacht für ein erstes organisiertes Tun zu erwirken, für einen *Freiwilligen Hilfsdienst*, der die zerstörte Straße zwischen Teinach und Zavelstein instandsetzte.

Mehr als materielle Hilfeleistung

Mit dem, was wir uns in Teinach erarbeitet hatten, begannen wir vier Monate nach der Gründung unseres Bundes im Januar 1949 die praktische Arbeit. Wir fanden ein Aufforstungsprojekt im Schwarzwald, besorgten eine erste Unterkunft und boten so die zwei wichtigsten Hilfen: bezahlte Arbeit und ein Dach über dem Kopf – dazu den Gruppenleiter als Freund, Wegbereiter und Erzieher. Und wir erfuhren bei diesem ersten Anfang in *Kälberbronn*, daß es mit relativ geringen materiellen Hilfeleistungen,

aber mit einer unendlich mühevollen Arbeit von Mensch zu Mensch möglich war, die Mauer der Abschließung, des Trotzes, des Mißtrauens, der Hoffnungslosigkeit und der Selbstaufgabe zu durchbrechen. Wir fanden dahinter eine solche Fülle von Bereitschaft mitzutragen und mitzuverantworten, daß es uns bald kein aussichtsloses Beginnen mehr schien, die Not dieser Jugend zu wenden.

Das Charakteristikum dieser *Jugendgemeinschaftswerke* lag darin, daß in ihnen eine erste Sammlung und eine erste Gemeinschaftsbildung nicht um eine Ideologie, sondern um ein der Gesamtheit dienendes Werk geschah und daß dieses Werk gemeinsam geschaffen wurde. Auf Kälberbronn folgten Ulm, Einsiedel und Tübingen. Wir bauten Straßen, zogen Wasserleitungen und erstellten schließlich mit Baugruppen, die sich aus den vagabundierenden Jugendlichen gebildet hatten, auch eigene Heime.

Als Ziel setzten wir uns von Anfang an die dauerhafte berufliche und menschliche Eingliederung. Deswegen war es eine wichtige Aufgabe des Gruppenleiters, im Zusammenwirken mit der Arbeitsverwaltung für jeden einzelnen Jugendlichen ganz individuell den richtigen Weg zu finden, sei es in Vollendung seiner Schulausbildung oder seiner Lehrzeit, sei es – bei abgeschlossener Ausbildung – durch eine Vermittlung in den erlernten Beruf.

Es verdient auch festgehalten zu werden, daß dieser Anfang ohne jede finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite erfolgte. Unterkunft und Verpflegung, Sparraten für Kleidung und Schuhwerk, Taschengelder und ein geringes Gehalt für den halbtags mitarbeitenden Gruppenleiter wurden aus den von den Teilnehmern selbst verwalteten Arbeitslöhnen gezahlt. Bis zur Verankerung des Begriffes „Jugendgemeinschaftswerk“ im Bundesjugendplan war es noch ein langer Weg.

Hilfen zur Eingliederung

Als wir dann feststellten, daß viele dieser labilen Jugendlichen nach ihrer beruflichen Eingliederung noch nicht fähig waren, mit den Existenzproblemen, ganz auf sich gestellt, fertigzuwerden und insbesondere die Wohnungsnot den Erfolg unserer erzieherischen Arbeit zunichtemachen drohte, ergab sich aus den Grundgedanken unseres Werkes als zweite Stufe die Einrichtung von *Jugendwohnheimen* für Lehrlinge, Jungarbeiter und Studenten, schließlich als dritte Stufe unser *Siedlungswerk*, das jungen Familien den Weg zu einem eigenen Heim ermöglichte.

Als die Zahl der Jugendlichen auf der Landstraße abnahm, dafür aber der Strom der illegalen Grenzgänger aus der SBZ answoll, befähigte uns diese Beweglichkeit und Bereitschaft, den staatlichen Stellen eine entscheidende Hilfe bei der Bewältigung der großen Fluchtwellen in den Jahren 1953, 55, 57 und 61 zu leisten. Der Anteil der jugendlichen Flüchtlinge ohne Eltern lag ziemlich konstant bei ca. 50%. Allein aus der ersten Fluchtwelle 1953 durchliefen über 60 000 unsere Jugendgemeinschaftswerke. Da zur gleichen Zeit die Landwirtschaft unter immer größerem Mangel an Arbeitskräften litt, führten wir die Jugendgemeinschaftswerke in der Form *offener Landgruppen* ein. In der Mädchenarbeit wurden nach gleichem Prinzip offene

Haushaltgruppen entwickelt, und als die Wirtschaftskonjunktur es zuließ, die jugendlichen Flüchtlinge aus dem Auffanglager sofort an geeignete Arbeitsplätze zu vermitteln, schufen wir die *offenen Stadtgruppen*, die den Vermittelten am Arbeitsort ein erstes Zuhause gaben und ersten menschlichen Beistand leisteten. Die zunehmende Flucht von Abiturienten und Studenten stellte uns vor das schwerwiegende Problem, ihnen den Anschluß an das Hochschulstudium zu ermöglichen. *Sonderlehrgänge für Abiturienten und Studenten* aus der SBZ zur Vorbereitung auf die Zulassungsprüfung wurden erstmalig 1956 durchgeführt, 1957 liefen 20, 1962 noch 13 Kurse. Wie schnell wir auf akute Notstände zu reagieren vermochten, zeigte sich zum Beispiel 1957 nach dem Aufstand in Ungarn. Für 1200 junge Ungarn wurden Sprachkurse, acht Studenten- und elf Betreuungsgruppen an Universitäten, elf Betreuungsgruppen in Industriezentren und eine Internats-Oberschule geschaffen. Schwerpunkte unserer sozialpädagogischen Arbeit waren auch in dieser zweiten Phase die Jugendwohnheime. Den Behelfsheimen und Pachtobjekten folgten 1951 die ersten Ankäufe und Ausbauten, schließlich Neubauten mit Raumprogrammen, die den pädagogischen Anforderungen und Erfahrungen entsprachen. 1957 waren 26 Projekte im Bau, 1964 waren es schon 43 *eigene Jugendwohnheime*, mit der Arbeitsverwaltung sorgfältig geplant, um auch dem Ausgleich zwischen bevölkerungsstarken, aber wirtschaftsarmen Bezirken und den Schwerpunkten der Industrie zu dienen. Analysieren wir diese ersten zwei Phasen unserer Arbeit, so ist festzustellen, daß es dabei nicht im Sinne der Jugendfürsorge um einzelne junge Menschen ging, die inmitten einer intakten bürgerlichen Welt durch individuelle Schuld in Not geraten oder gescheitert waren, sondern um große Gruppen von Jugendlichen, die durch ein unverschuldetes allgemeines Schicksal der Heimat- und Beziehungslosigkeit ausgeliefert worden waren. Es galt, zunächst ganz konkrete Voraussetzungen der Existenz zu schaffen: Zuzugsgenehmigung, Wohnung, Arbeit. Es ging dann um Einführungshilfe im Betrieb, um Fortsetzung der Berufs- und Schulbildung. Aber unsere Mitarbeiter sahen ihre Aufgaben nicht allein im Sozialtechnischen, sondern auch im persönlichen Bereich: da zu sein und Zeit zu haben für den anderen, Vertrauen zu schaffen in Gesprächen von Mensch zu Mensch, persönlichen Beistand zu leisten bei der Auseinandersetzung mit unserer kompliziert gewordenen Arbeits- und Lebenswelt, hinzuführen zu einem aktiven Mitverantworten und Mitgestalten.

Förderungsmaßnahmen für Spätaussiedler

Zwei Arbeitsbereiche der zweiten Phase sind nach wie vor aktuell: Noch immer kommen jugendliche Flüchtlinge zu uns. 1970 waren es noch über 3000, denen wir in 29 *Jugendgemeinschaftswerken*, zwei *Lagerbetreuungsgruppen*, *Beratungs- und Betreuungsstellen* helfen konnten. Seit dem Warschauer Vertrag wächst auch die Zahl der *Spätaussiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten*. Schon 1957/58 hatten wir für diese Gruppe 20 Internate und Förderschulen geschaffen. Heute ist diese Arbeit wieder notwendig, denn unter den ersten 4600 Aussiedlern, die in diesem Jahr aus Polen kamen, waren 35% Kinder unter 15 Jahren und 15% Jugendliche bis zu 25 Jahren. Vier neue Jugendgemeinschaftswerke sind im Aufbau, um diesen Jugendlichen Sprachunterricht und Nachhilfekurse, Orientierungshilfen und Berufsförderung zuteil werden zu lassen. Darüber hinaus bedarf es hier einer äußerst behutsamen Pflege dessen, was diese jungen Menschen in unserem Land innerlich zu beheimaten vermag.

Aber die *dritte Phase* unserer Arbeit, gekennzeichnet durch eine außerordentliche Differenzierung der Einrichtungen und Maßnahmen, ist nicht nur durch die Kontinuität der Flüchtlings- und Aussiedlerprobleme mit der zweiten verbunden, sie ist auch direkt aus ihr hervorgegangen. Denn die Nöte, Schwächen und Benachteiligungen, von der heute große Teile der lernenden, studierenden, arbeitenden Jugend, aber auch der Erwachsenen, betroffen sind, wurden uns in der Flüchtlingsarbeit deutlich.

Die Jugendlichen aus der DDR kamen und kommen zu uns aus dem totalen Anspruch von Staat und Partei, belastet mit einer Erziehung, in der die individuelle Sphäre, oft durch Mißtrauen und Angst abgekapselt, unterentwickelt blieb, und sie erleben dann hier einen westlichen Materialismus, der den Wert eines Menschen an seinem Lebensstandard mißt, ihn schutzlos der Stimulierung immer neuer Bedürfnisse aussetzt, nur um mehr zu produzieren, mehr zu verkaufen, mehr profitieren zu können. Wenn dann ein solcher Flüchtling im Betrieb ein Fremder bleibt, weil die Einheimischen nur an sich denken, wenn ihm niemand zur Seite steht, kein Kontakt vom Ich zum Du zustandekommt, dann wird er sich allmählich nach außen arrangieren, sein Inneres aber abkapseln und vielleicht die schlimmste Konsequenz ziehen, enttäuscht zurückzugehen. Ich habe vorhin auch von jenem Teil der Kriegsgeneration gesprochen, der sich ganz auf seine persönliche Existenz konzentrierte. Ohne Zweifel, der Wiederaufbau wurde glänzend geschafft, aber um welchen Preis, so müssen wir heute fragen. Diese Väter haben ihren Kindern materiell oft mehr gegeben, als erwartet wurde, und ihnen doch das Wesentliche vorbehalten, nämlich sich selbst. Sie haben keine Zeit gehabt für die Probleme ihrer Söhne und Töchter, keine Zeit zum Zuhören, keine Zeit mit ihnen zu sprechen. Sie haben nicht erkannt, daß auch diese junge Generation wie jede einen untrüglichen Instinkt für Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit hat, dazu die Begeisterungsfähigkeit und die Bereitschaft, sich für eine Sache, die über das liebe Ich hinausweist, voll einzusetzen und Opfer zu bringen. Sie haben nicht erkannt, daß die großen Probleme der Zeit sie bedrücken – Atomkrieg, Rassenhaß und der Hunger in der Welt, daß sie hier ansetzt mit ihrem Wunsch, etwas zu bewegen – aus dem gleichen Geist, mit dem die Väter einmal die Probleme des armen Deutschlands der Arbeitslosen angingen. Und sie haben nicht erkannt, daß diese Jugend unter den Schäden und der Scheinheiligkeit unserer Zeit leidet, unter der Diskrepanz zwischen den großen Worten und den Taten ihrer Eltern, leidet auch darunter, daß sie ihren bohrenden Fragen nach der Vergangenheit ausweichen. Sie haben nicht erkannt, daß dieser Jugend die Leistungsgesellschaft, in die sie hineinwächst, fragwürdig geworden ist, weil sie offensichtlich keine anderen Ziele dieser Leistungen und keinen anderen Maßstab kennt als den materiellen Erwerb, als Besitz und Vermögen, Zuwachsraten, Produktions- und Konsumsteigerung. Hier liegen die Ursachen dafür, daß die junge Generation sich dieser Welt bewußt oder unbewußt versagt und dann in ihr zu versagen beginnt.

Bildung als Lebenshilfe

So wurden uns in der Konfrontation mit der extremen persönlichen Situation der jugendlichen Flüchtlinge die schwachen Punkte unserer Gesellschaft klar, aus denen die generelle Bildungs- und Lebensnot der jungen Generation resultiert, die viele sehr unterschiedliche Aspekte und Erscheinungsformen hat. Und auch hier wächst aus Erkennen Verantwortung und die Pflicht, zu helfen. So ist die dritte

Phase unserer Arbeit bis heute in zunehmendem Maße bestimmt durch Einrichtungen, Modelle und Dienste, in denen wir versuchen, *Berufs-, Bildungs- und Lebenshilfen* zu geben.

Hier ist zunächst zu nennen die Nahtstelle „*Übergang von der Schule zum Beruf*“, an der es darum geht, den Berufsanfänger einzuführen in die zunächst undurchschaubare Arbeitswelt des Betriebes, die einen anderen Rhythmus hat als die Schule, größeres Stehvermögen und größere Verantwortungsbereitschaft verlangt. Mehr als 100 *Wochenseminare für Schulabgänger* des 8. und 9. Schuljahres verzeichnet der Jahresbericht 1970. Schwieriger ist die Arbeit in den *Förderlehrgängen zur Erlangung der Berufs- und Arbeitsreife*, in denen Jugendliche, die den Abschluß der Hauptschule nicht erreicht oder eine Sonderschule besucht haben, ein Jahr lang ganztägig durch Werkstattarbeit und eine oft sozialtherapeutisch orientierte Gruppenpädagogik so weit gefördert werden, daß sie den Schulabschluß nachholen und eine Lehre beginnen können. Unsere Mitarbeiter, die 1970 fünf solcher Lehrgänge durchführten, haben dabei Ansätze zu einer Arbeitslehre erprobt, die weiter entwickelt werden sollen.

Hierher gehört auch die Arbeit unserer *Sozialpädagogischen Beratungsstellen in Köln*, die sich nicht nur in Beratungsgesprächen, Betriebs- und Hausbesuchen der Berufsanfänger und der Lernbehinderten annehmen, in ihrer Gruppenarbeit Berufs- und Freizeithilfen geben, sondern auch umweltgeschädigte und neurotische junge Menschen betreuen und neuerdings eine *Anonyme Informations- und Beratungsstelle für Drogenfragen* eingerichtet haben, um Einzelhilfe zu leisten, aber auch in Diskussionen über die gesellschaftsbedingten Ursachen des Drogenmißbrauchs aufzuklären.

Arbeit an der Schattenseite des Wirtschaftswunders leisten auch unsere Mitarbeiter in den *Resozialisierungsheimen*, indem sie familiär vernachlässigte und gefährdete Jugendliche stabilisieren, in Beruf und Gesellschaft zurückführen. Um Lebenshilfe geht es auch in unserem *Rehabilitationszentrum*, dem neubauten Dr. Margarete-Fischer-Bosch-Haus, in dem wir 1970 unter ärztlicher Leitung 24 Kur- und Erholungsfreizeiten für über 1000 körperbehinderte Kinder durchgeführt haben.

In der intakten Berufswelt geschieht heute viel an Anpassungsausbildung auf technisch-fachlichem Gebiet, aber sehr wenig für die menschliche Disposition, die politische Mündigkeit, das gesellschaftliche Engagement der Jugend. Darum ist unsere Bildungsarbeit eine zwingende komplementäre Ergänzung, eine notwendige Weiterführung des Bildungsprozesses, der vielfach mit dem Eintritt ins Arbeitsleben abbricht. Initiative Zentren unserer *berufsbegleitenden und berufsbezogenen Bildungsarbeit* sind sechs über das Bundesgebiet verteilte Tutorenstellen und unsere zwei *Bildungsstätten*, an denen wir berufsbegleitende Seminare für Auszubildende und junge Mitarbeiter in Betrieben, Seminare politischer Bildung für Schüler, junge Berufstätige und Studenten, sozialpädagogische Gespräche und Arbeitswochen für Fachkräfte der betrieblichen Berufsausbildung durchführen. Unsere Bildungsstätte Gettenbach diente 1970 neben den Schulabgängerseminaren auch der Fortbildung unserer eigenen Mitarbeiter. Im Günter-Latscha-Haus Dorfweil wurden 1970 148 Seminare mit fast 4000 Teilnehmern durchgeführt. Themen waren u. a.: Systemzwang und Selbstbestimmung, Einigung Europas, Manipulation und Unbehagen, Wirtschaftspolitik als Bestandteil der Gesellschaftspolitik, Jugend im geteilten Deutschland. Sie lassen erkennen, worum es uns geht: Sta-

bilisierung der Freiheit und evolutionäre Entfaltung unserer Gesellschaft.

Einen besonderen Charakter haben die Seminare unserer *Arbeitsstelle für ländliche Sozialarbeit* in Hessen. Hier erhalten die vom Strukturwandel in der Landwirtschaft Betroffenen Informationen und Sozialberatung. 1970 wurden 28 Abendseminare durchgeführt und 59 Familien individuell beraten, dazu kamen 36 Wochenseminare für rund 900 Berufsanfänger.

Begegnungsstätten für Jugendliche

In der Kombination von Bildungs-, Freizeit- und Lebenshilfen wurden neue Formen entwickelt und erprobt. Hier sind zu nennen die 12 *Clubheime, Freizeit- und Begegnungsstätten*, die Vielzahl der *Clubs und Clubkreise*. In berufsfördernden allgemeinbildenden Seminaren, in Vorträgen und Diskussionen bieten sie Chancen für die berufliche Qualifizierung. Hier finden junge Menschen in musischen und sportlichen Neigungsgruppen den notwendigen Gegenpol zur ökonomisch bestimmten Berufswelt. Hier werden in frei bestimmten Begegnungen Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft, Kritik und Toleranz geübt. Das gilt auch für die *Bildungsfahrten und Urlaubsfreizeiten*, die wir seit 1952 mit der Gemeinnützigen Gesellschaft für Jugendfreizeit e.V. durchführten und seit 1968 voll übernommen haben.

Das Freiwillige Soziale Jahr – ein Angebot an die Jugend wie die Erwachsenenengesellschaft

Ein besonders erfreuliches und wertvolles Angebot für Beruf und Leben ist das *Freiwillige Soziale Jahr*. Noch bevor das Gesetz zu seiner Förderung 1964 verkündet wurde, hatten wir die erste Gruppe in Tübingen gegründet. Heute sind es acht Gruppen, die in Zusammenarbeit oder in Partnerschaft mit dem DRK aufgebaut wurden. Im September letzten Jahres fanden dort die Einführungsseminare für 280 neue Helferinnen und 6 Helfer statt, Grundlage für die Tätigkeit in 54 Krankenhäusern, 31 Kinder- und Altenheimen, die als Praktikum für sozialpflegerische und hauswirtschaftliche Berufe anerkannt wird. Bisher haben sich bei uns rund 1800 junge Mädchen aus freiem Entschluß in dieser sozialen Arbeit engagiert. Das *Freiwillige Soziale Jahr* ist ein glücklich kombiniertes Angebot, durch soziale Praxis und fachbezogenen Unterricht bildungswirksam für das Leben zu lernen. Es hat sich als eine pädagogische Maßnahme von höchstem Wert erwiesen.

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Zentrale Bedeutung haben weiterhin unsere 37 *Jugendwohnheime*, darunter acht Mädchenwohnheime. In ihnen finden heute nicht nur junge Flüchtlinge und elternlose Jugendliche eine Beheimatung, sondern auch junge Arbeiter, Schüler, Praktikanten und Studenten, die ihre Ausbildung nicht am Wohnort der Eltern erhalten können. Dazu kommen neuerdings die Unterbringung von Landes-Fachklassen der Berufsschulen, Förderlehrgänge für noch nicht berufsreife Jugendliche, Gruppen des *Freiwilligen Sozialen Jahres* und der *Pflegevorschulen*. Diese Heime mit ihren pädagogisch geschulten Mitarbeitern sind Zentren berufsbegleitender Bildungshilfe und einer modernen Jugendarbeit, die dem Bedürfnis der Heranwachsenden nach Selbständigkeit und Partnerschaft entspricht. Die gruppenpädagogische Arbeit wird von allen getragen. Die Mitverwaltung bietet Übungsfelder der Mitverantwortung. Hier lernen junge Menschen einen rechten Gebrauch von

der Freiheit des modernen Daseins zu machen, indem sie ihre Verantwortung erkennen und auf sich nehmen – in Beruf, Gesellschaft und Staat.

Die Bezeichnung, die wir bei Gründung unseres Bundes wählten, enthält ein Ziel: Internationale Verständigung, Frieden in der Welt, Freundschaft auch unter den Völkern. Nun, diese Forderungen sind heute in aller Mund. Sie gehen leicht von der Zunge, aber sie sind schwer zu verwirklichen. Mit Recht hält uns die junge Generation vor, es seien leere Vokabeln, abgegriffene Münzen, entwertete Begriffe. Und wir können dem nicht widersprechen, wenn wir daran denken, wie oft heute diese Worte mißbraucht werden. Aber wird ein Ziel nur darum sinnlos, weil es verraten wird? Angesichts der Tatsache, daß die Menschheit Mittel zu ihrer Selbstvernichtung früher entwickelt hat als ein dem Leben verpflichtetes Ethos kann nur eines helfen: Nicht auf die Einsicht der Mächtigen zu warten, sondern heute und hier anzufangen mit den ersten kleinen Schritten. Denn wer sich verständigen will, muß sich verstehen. Und die sich verstehen wollen, müssen miteinander sprechen.

Damit sind wir schon bei der Praxis. In unserem *Sprachinstitut Tübingen* führen wir im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes zweimonatige Intensivsprachkurse durch, haben wir neue Methoden der Fremdsprachenvermittlung entwickelt, unterrichten wir deutsche und französische Sprachlehrer in der audio-visuellen Methode. 80 junge Franzosen, die zur Zeit den Sprachkurs absolvieren, werden dann 10 Monate in deutschen Betrieben arbeiten und umgekehrt. Zur Zeit bereiten wir mit dem „Council of International Contact“ einen Deutsch-Britischen Jungarbeiter-Austausch vor. Zahlreich sind die Begegnungen mit Jugendgruppen anderer Länder.

Mitverantwortung für ausländische Arbeitnehmer

Schon früh haben wir in unsere Wohnheime junge Ausländer, Studenten, Praktikanten und Facharbeiter auch aus den Entwicklungsländern aufgenommen. In *sechs internationalen Studenten- und Praktikanten-Wohnheimen* leisten wir heute Modellarbeit mit über 500 jungen Ausländern. Unser *Förderungsdienst für Ausbildungsbewerber aus Übersee* nimmt sich in Frankfurt speziell derer an, die aus Afrika, Asien und Lateinamerika einreisen, hier ohne Genehmigung Ausbildung oder Arbeit suchen und nur allzu oft in Not geraten. Hilfe bei dieser Arbeit leistet auch unser *Club ausländischer und deutscher Studenten*, ein sehr aktives Zentrum der Begegnung mit der dritten Welt.

Im Mittelpunkt unserer internationalen Sozialarbeit aber stehen die *ausländischen Arbeitnehmer*. Was wir hier tun, schöpferisch und originell, sind gewiß noch Versuche, aber auch Anstöße für die Zukunft, Elemente einer Sozialplanung, die der Arbeitsmarktpolitik zur Seite treten muß. Schon die Zahl der beschäftigten Ausländer beweist, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung des Arbeitsmarktes handelt, sondern große Gruppen auf unabsehbare Zeit, wenn nicht für immer, bei uns bleiben werden. Neben den Hilfen für die Neuankommenden müssen also Maßnahmen der vollen Integrierung und der beruflichen Qualifizierung treten, muß auch das Problem ihrer Kinder gelöst werden in Schule und Berufsausbildung.

Schon 1962 nahm neben unseren eigenen Jugendwohnheimen die Zahl der *betriebsgebundenen Wohnheime*, in denen wir die sozialpädagogische Arbeit leisten, zu und erreichte 1965 mit 115 einen Höchststand. Aufnahme fanden

schon damals in steigendem Umfang auch ausländische Arbeitnehmer, und heute unterhalten wir *21 Wohnheime für berufstätige Deutsche und Ausländer* und *97 Wohnheime mit 27 000 ausländischen Arbeitnehmern*. Hier können wir unsere sozialpädagogischen Erfahrungen nutzen, denn wie die jugendlichen Flüchtlinge befinden sich auch die ausländischen Arbeiter, getrennt von ihren Familien und ihrer Heimat, in einer extremen Situation. In dieser Arbeit werden wir konfrontiert mit Menschen aus einer vorindustriellen Arbeitswelt, konfrontiert mit einer Andersartigkeit, vor der wir uns bewähren müssen. Große Gemeinschaftsunterkünfte eines so heterogenen Personenkreises haben ihre besondere Problematik. Es gibt in ihnen nicht nur Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung und der Eingewöhnung in eine fremde Welt, sondern auch Nivellierungs- und Absonderungstendenzen und gruppenspezifische Konflikte. Am schlimmsten aber ist die Isolierung und Diskriminierung durch die bundesrepublikanische Gesellschaft, die diese Ausländer als notwendiges Übel betrachtet, aber nicht daran denkt, sie ohne Vorurteile als gleichberechtigte Bürger zu akzeptieren und ihnen menschlich zu begegnen.

Wir sind bemüht, diese Isolierung zu durchbrechen, und haben in diesem Sinn unsere Wohnheime wie unsere Berufsförderungsmaßnahmen konzipiert. So laufen in unserem *Bildungszentrum Köln* neben acht Umschulungslehrgängen für deutsche Arbeitnehmer 13 schichtangepaßte nebenberufliche Fortbildungslehrgänge mit 300 Teilnehmern, davon 100 Ausländer, Vorbereitungskurse für die Facharbeiterprüfung mit 560 Teilnehmern, davon 160 Ausländer. Die Gesamtzahl der *Berufsförderungskurse für Ausländer*, seit 1968 an 40 Orten der Bundesrepublik durchgeführt, stieg 1970 auf 435 mit über 7000 Teilnehmern, vor allem Türken und Italiener, aber auch Jugoslawen, Griechen, Spanier und Portugiesen. Interessant sind auch hier einige Zahlen: 139 Kurse für Deutsch, 46 für technisches Deutsch, 4 für Betriebsdolmetscher, 98 Grund-, Aufbau- und Abschlußkurse Metall, 71 für autogenes oder Elektro-Schweißen, 2 für technisches Zeichnen, dazu 12 Fahrkurse, 2 Abiturientenlehrgänge für junge Spanier und zwei Kurse für Damenfriseurinnen. Solche Förderungsmaßnahmen erleichtern die Anpassung und stärken die soziale Geltung. Sie sind für den Arbeitnehmer, den Betrieb und das Herkunftsland von gleichgroßer Bedeutung. Unsere Hochachtung gebührt der Zähigkeit, mit der diese Kurse in einer fremden Sprache erfolgreich durchgestanden werden. In unserer gesamten Arbeit mit den ausländischen Arbeitnehmern wird nicht von Freundschaft unter den Völkern gesprochen, hier wird sie praktiziert, und hier wächst das Europa von morgen.

JSW – ein angeschlossener Verband des Roten Kreuzes

Zum Schluß noch ein Hinweis: Wir sind ein freier Verband der Sozialarbeit, angeschlossen dem DRK. Gemäß unserer Satzung leisten wir unsere Arbeit ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu Nationen, Konfessionen, Klassen und Parteien. Aber diese Neutralität besagt nicht, daß wir nicht leidenschaftlich Partei ergreifen, uns nicht leidenschaftlich engagieren, wenn wir Notlagen erkennen, die der Betroffene nicht zu verantworten hat. Wir haben uns angesichts eines Notstandes nie auf die bequeme Ausrede, das sei nicht unser Problem, zurückgezogen, sondern wir haben diesen Notstand zu unserem Problem gemacht und haben versucht zu helfen. Denn wir alle sind zur Verantwortung gerufen, und niemand kann uns aus dieser Verantwortung entlassen.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 10 vom 26. 1. 1972: Alternierholung 1972; hier: Finanzierung, Zuschüsse, Häuser, Termine
 Nr. 11 vom 7. 2. 1972: Kuratorium „Rettungsdienst Bayern“
 Nr. 12 vom 8. 2. 1972: Ausbildung der Bevölkerung in der Häuslichen Pflege I und II; hier: Aus- und Fortbildung der Kurslehrerinnen
 Nr. 13 vom 10. 2. 1972: Einzelhilfen; hier: Hilfe für deutsche Flüchtlinge
 Nr. 14 vom 18. 2. 1972: Handbuch für den Kreisverband
 Nr. 15 vom 25. 2. 1972: Aktion Sorgenkind; Plakatwerbung für die Show-Serie 3 x 9 mit Wim Toelke des Zweiten Deutschen Fernsehens

Filmmitteilungen

- vom 26. 1. 1972: Film „Therapie nach Maß“
 vom 10. 2. 1972: Neuregelung der Vergütungen und Löhne und sonstigen Entgelte ab 1. Januar 1972

2. Verleihung des Steckkreuzes zum Ehrenzeichen für Verdienste um das BRK

Der Herr Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Bruno Merk, verlieh das Steckkreuz zum Ehrenzeichen des Freistaates Bayern für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz an nachstehende Persönlichkeiten:

Herrn Präsident Dr. Robert Wehgartner	Bay. Versicher.-Kammer
Herrn Sixtus Bachmeier	KV-Ingolstadt
Herrn Dr. med. Leonhard Hofmeister	KV-München
Frau Anneliese Hohlbach	KV-Erding
Herrn Toni Kopfmüller	KV-München
Frau Ursula Schnabel	KV-Obernbürg
Frau Lilly Mesmer	KV-Mindelheim
Frau Elisabeth Pröller	KV-Donauwörth
Herrn Hilarius Sirch	KV-Augsburg-Stadt
Herrn Clemens Unger	KV-Augsburg-Stadt
Herrn Dr. med. Hanns Meixner	KV-Ingolstadt
Herrn Dr. med. Rudolf Peters	KV-Rosenheim
Frau Hilde Quien	KV-Wolfratshausen
Herrn Michael Reinfank	KV-Bad Reichenhall
Herrn Alois Reichenberger	KV-Wegscheid
Herrn Johann Hagn	KV-Weiden
Herrn Eduard Kappl	KV-Regensburg
Herrn Rudolf Christel	KV-Coburg
Frau Luise Eltze	KV-Hof/Saale
Herrn Georg Meyer	KV-Bayreuth
Herrn Oberbürgermeister a. D. Wilhelm Murmann	KV-Kulmbach
Herrn Erwin Otto	KV-Bamberg
Herrn Dr. med. Fritz Simon	KV-Stadtsteinach
Herrn Hans Bauer	KV-Hersbruck
Frau Anna Bertholdt	KV-Nürnberg-Stadt
Herrn Karl Brunner	KV-Lauf
Herrn Dr. med. Otto Hühn	KV-Nürnberg-Stadt
Herrn Landrat Paul Keim	KV-Feuchtwangen
Herrn Dr. med. Franz Kimberger	KV-Fürth/Bay.
Herrn Oberstudiendirektor Ernst Wahl	KV-Erlangen
Frau Thilda Walther	KV-Rothenburg o. d. T.
Herrn Dr. med. Hubertus Galm	KV-Miltenberg

AUSBILDUNGSWESEN

3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 3. 5. bis 31. 5. 1972

- Nr. 16 vom 3.- 4. 5. 1972: Erfahrungsaustausch Rotkreuz-Juristen
 Nr. 17 vom 8.-10. 5. 1972: Bereitschaftspflegerinnen „Pflegedienst“
 Nr. 18 vom 15.-19. 5. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Ober- und Mittelfranken
 Nr. 19 vom 23.-26. 5. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe für Lehrer und Lehrerinnen
 Nr. 20 vom 29.-31. 5. 1972: Lehrgruppen der Bezirksverbände URD/KTP; Erfahrungsaustausch und Fortbildung

PERSONALFRAGEN

4. Krankenschwester und Krankenpfleger für Alten- und Pflegeheim St. Albert in Haunstetten gesucht

Der Kreisverband Augsburg-Land, 8902 Göggingen, Gabelsbergerstraße, sucht für sein Alten- und Pflegeheim St. Albert in Haunstetten (ab 1. 7. 72 Stadt Augsburg)

- 1 Krankenschwester
 1 Krankenpfleger

Vergütung nach BAT/Zusatzaltersversorgung; Verpflegung im Hause. Das Heim liegt in verkehrsgünstiger Lage (Straßenbahnanschluß). Bei der Wohnungsbeschaffung ist der Kreisverband behilflich.

KRANKENTRANSPORT

5. Beitritt zum Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck, 2400 Lübeck 1, Postschließfach 1608, ist mit Wirkung vom 1. 1. 1972 dem Krankentransport-Rahmenvertrag beigetreten. Wir bitten, das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner auf Seite 59 entsprechend zu ergänzen.

6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Herr Horst Klett, 8 München 25, Schuckertstraße 13, Telefon (0811) 73 20 67, sucht als Campingwagen einen gebrauchten Krankenwagen Mercedes, möglichst Diesel, ab Baujahr 1965. Kreisverbände, die einen gebrauchten Krankenkraftwagen Mercedes abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit Herrn Klett in Verbindung zu setzen.

Vor Abgabe eines Fahrzeuges müssen jedoch sämtliche Krankentransporteinrichtungen sowie Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

Die Mitglieder des Landeskomitees machen wir darauf aufmerksam, daß die nächste Landeskomitee-Sitzung am Samstag, den 15. April, in München stattfindet. Wir bitten, sich den Termin vorzumerken.

NACHRICHTENTEIL

SCHWESTERNSCHAFT

7. 100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern

Ihr 100jähriges Bestehen wird die Schwesternschaft München am Montag, den 15. Mai 1972, mit einem großen Festakt im Herkules-Saal in München feiern. Der 14. und 15. Mai werden danach ganz im Zeichen dieses bedeutungsvollen Ereignisses stehen, zudem zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland erwartet werden. Eine Ausstellung wird den Werdegang der Schwesternschaft veranschaulichen. Auch die Philatelisten werden auf ihre Rechnung kommen. 3 Musikkapellen werden in Standkonzerten die Bevölkerung auf das Jubiläum aufmerksam machen. Eine bebilderte Festschrift wird nicht nur historisch Interessantes in Erinnerung rufen, sondern zugleich ein lebendiger Wegweiser für junge Mädchen, die den Schwesternberuf ergreifen wollen, sein.

FRAUENBEREITSCHAFTEN

8. Mit 89 noch aktiv

Es ist kaum zu glauben, wenn man Veronika Reder in Haselbach begegnet, daß das genannte Datum im Paß mit dem Alter der freundlichen kleinen Dame, der man da gegenübersteht, übereinstimmt. Aber schwarz auf weiß steht es da: Veronika Reder ist wirklich 89 Jahre alt. Zu ihrem Geburtstag wurde die bemerkenswert rüstige Jubilarin für ihre fast 40jährige Arbeit beim Bayerischen Roten Kreuz besonders geehrt. Dr. Theo Schleicher überreichte als Vorsitzender des BRK-Kreisverbandes Bad Neustadt ihr die Ernennungsurkunde zum Ehrenmitglied der BRK-Frauenbereitschaften. Unzählige Male hatte die für ihr Alter mit seltener Vitalität und geistiger Regsamkeit ausgezeichnete Frau Menschen geholfen, wo immer sie nur konnte. In Haselbach wird sie, wie die Lokalpresse schrieb – als „Idol des ganzen Dorfes“ angesehen. Und sie half in der Dorfgemeinschaft, stand sogar beim Wintersport mit ihrer Bereitschaftstasche da, um Erste Hilfe zu leisten. Ein lebendiger Teil der Dorfgeschichte ist sie, besitzt ein unerschöpfliches Reservoir von alten und uralten Rhönliedern und ließ ohne Ermüdung die große Geburtstagsfeier, die ihr der Kreisverband bereitet hatte, schmunzelnd und glücklich über sich ergehen.

Vor uns liegt ein mit sauberer Handschrift – fast Schönschrift – abgefaßter Tätigkeitsbericht eines Monats mit genannten Behandlungstagen ihrer Patienten, die sie besucht oder die zu ihr kommen. 25 Einzelbetreuungen waren es. Eine beachtliche Leistung für eine so hochbetagte Helferin.

9. Schwesternhelferinnen-Jahrestagung

Im Januar fand die Jahres-Arbeitstagung der Beauftragten für das Schwesternhelferinnenprogramm in Deisenhofen statt. Zu den aktuellen Themen über den Unfallrettungsdienst, den erweiterten Katastrophenschutz und die Gebietsreform, über die Abteilungsleiter Karl Berger als Gast referierte, kamen Themen der internen SHP-Arbeit zu Wort. Frau Käte Koschuda gab einen Überblick über den Stand der Aus- und Fortbildung. Zum ersten Mal wurden in der SH-Ausbildung in einem Jahr über 2000 Schwesternhelferinnen ausgebildet. 1971 waren es 2236 junge Mädchen und Frauen, 1644 weitere besuchten Fortbildungskurse. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Planung für 1972. Hierbei wurde eingehend über die Einsatzplanung und deren Neuorganisation diskutiert. Der Finanzierungsbericht ergab einen aufschlußreichen Einblick über die verbrauchten Mittel im Jahr 1971. Die Durchschnittskosten für eine ausgebildete Schwesternhelferin betragen in Bayern nur DM 271,-.

Nach der Arbeitstagung, die fast ausschließlich organisatorische Fragen behandelte, fand am 17./18. Februar die Arbeitstagung für die Ausbildungsschwestern und nebenamtliche Mitarbeiterinnen statt. Als Gast konnte vom Generalsekretariat Frau Oberin tom Suden begrüßt werden. In ihrem Referat über die Methoden der Wissensvermittlung in der Erwachsenenbildung ging die Oberin nach einem Überblick über die „Geschichte der

Erwachsenenbildung“ und der Überlegung, wann der Mensch aus biologischer, physiologischer und pädagogischer Sicht erwachsen ist, auf die Lernmotivation näher ein. Als wichtigste Punkte nannte sie hierbei die persönliche Fortbildung, die berufliche Fortbildung, das berufsbedingte Umlernen und die Lebenshilfe. Der Lernerfolg sei abhängig von der Bereitwilligkeit, der Einsicht und der aktiven Mitarbeit des Lernenden und baue auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen auf. Als Gradmesser für die Lehrfähigkeit sei in der Arbeit der Ausbildungskräfte die Rhetorik, die Sprech- und die Ausdrucksweise von ausschlaggebender Bedeutung. Mit Ausbildungshilfen gelte es, den Unterricht zu beleben und abwechslungsreicher zu gestalten. Jeder Unterrichtsstoff präge sich besser ein durch das Lernen durch Sehen (Lehrmodelle, Tafeln, Geräte usw.), das Lernen durch Hören (Tonbänder, Schallplatten usw.) und das Lernen durch Sehen und Hören (Filme, vertonte oder besprochene Diareihen). Das Mittun, verbunden mit Sehen und Hören erziele dabei den größten Lernerfolg. Voraussetzung sei die Stoffbeherrschung. Abschließend ging Oberin tom Suden auf die verschiedenen Unterrichtsmethoden ein, wie z. B. das Gespräch, die Demonstration, den Vortrag bzw. das Referat, die Diskussion, die Gruppenarbeit u. a. m.

Eingehend wurde anschließend über die Änderungen in der Ersten-Hilfe-Ausbildung diskutiert. In seinen Ausführungen gab der Referent der Sanitätskolonnen, Hans Dönhöfer, die wesentlichen Punkte der Änderung bekannt.

Die weiteren Tagungsordnungsthemen galten der Aus- und Fortbildung einschließlich der Kontaktabende sowie den aktuellen Fragen des Unfallrettungsdienstes, des erweiterten K-Schutzes und der Gebietsreform.

10. Auch Basare bringen Geld

Die Frauen des Kreisverbandes Würzburg haben neben dem sehr erfolgreichen Flohmarkt, der über 40.000,- DM Reingewinn erbrachte, auch einen Weihnachtsbasar durchgeführt, der die Erwartungen voll erfüllte. Das Vorjahrsergebnis konnte 1971 gesteigert werden und erbrachte einen Reinerlös von 5200,- DM.

BERGWACHT

11. Russische Bergsteiger in Oberstdorf

In Oberstdorf fand im Februar der Winterrettungslehrgang der Bergwacht statt.

Erstmals nahmen zwei Bergretter aus dem Kaukasus an dem von der Allgäuer Bergwacht durchgeführten Lehrgang teil. Neben den Russen konnten als Gäste US-Luftretter, slowakische Bergrettungsspezialisten, Polen, Österreicher und Ausbilder anderer DRK-Landesverbände begrüßt werden. Auch Piloten des Bundeswehr-Hubschrauber-Transportgeschwaders 64 aus Landsberg gehörten zu den 80 Tagungsteilnehmern. Für insgesamt 35 junge Männer der Bergwacht war diese Lehrgangswache von besonderer Bedeutung. Sie nahmen daran teil, um ihre Leistung unter Beweis zu stellen und mit der abschließenden Prüfung als echte Bergwachtler das große Dienstabzeichen zu erhalten.

Daz Ziel der Tagung am Schönblick galt der Verbesserung des Ausbildungsstandes und damit der Einsatzfähigkeit der Bergrettungsdienste. Auf dem Lehrplan standen Rettungsskilauf mit dem Akia, eine Nachtübung mit Biwak, alpine Seil- und Kartenkunde, Kälteschäden, lebensrettende Sofortmaßnahmen und Lawineinsatz mit Hunden und Sonden.

Die Bergwachtmänner, von der Hohen Tatra aus den Karpaten, den Beskiden, aus den Karawanken, dem Harz, Bayerwald, Fichtelgebirge, dem Frankenjura und der Rhön kommend, waren sich einig, daß sich der technisch hochstehende Lehrgang mit seiner internationalen Besetzung wirklich „ausgezahlt“ hat, wie es bei uns so treffend heißt. Die Kameradschaft war großartig, und wenn der amerikanische Fliegerarzt dem Bergrettungsmann aus dem Kaukasus im Allgäu mit bayerischem Bier herzlich zugprostete, gab es keine politischen Diskussionen. Hier wurde gefachsimpelt und die Aufgaben im Dienst für den in Not geratenen Mitmenschen diskutiert. Es wurde Völkerverständigung

JUGENDROTKREUZ

14. Wer will mit nach Griechenland?

praktiziert. Von der Tagung stark beeindruckt war der oberste Bergretter der Sowjetunion, Ferdinand Kropf. Er hatte sein Büro in Moskau für eine Woche verlassen, um am Söllereck mit seinen Bergkameraden Erfahrungen und Erkenntnisse auszutauschen. Er war begeistert über den Stil des praktischen und theoretischen Unterrichtes, die Gastfreundschaft und den Lerneifer der jungen Männer. Seine Anerkennung galt besonders den hochqualifizierten Ausbildern und dem Idealismus, mit dem alle Bergwachtler mitarbeiten. Natürlich folgte bei so viel Kontaktfreude und Kameradschaft eine Gegeneinladung nach Rußland, wo der Bergrettungsdienst im Prinzip zwar ähnlich arbeitet, aber völlig anders organisiert ist. Interessant war dabei besonders die Feststellung, daß für die Rettung auf den Skipisten andere Organisationen als bei der Bergrettung zuständig sind. Da die meisten bergsteigenden Russen aus dem Flachland kommen, werden besonders strenge Maßstäbe angelegt: Alle Bergsteiger müssen einem der großen Sportvereine angehören, die ihrerseits alljährlich Erlaubnissscheine für die Besteigung von Bergen mit den verschiedenen Schwierigkeitsgraden ausstellen. Dadurch wird kontrolliert, daß die Ausrüstung in Ordnung, der Bergsteiger fit genug für seine Tour ist. Außerdem muß er an einem Kontrollpunkt eine Skizze von seiner Tour abgeben und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Rückkehr nennen. Bei Nichtetreffen kann somit sofort eine gezielte Rettungsaktion beginnen. Bei besonderen Schwierigkeitsgraden bekommt der Bergsteiger ein kleines Funkgerät mit auf den Weg, über das er sich dreimal täglich zu melden hat. Bei schweren Unfällen stehen auch für russische Bergsteiger Hubschrauber des Gesundheitsministeriums zur Verfügung. Bei ausländischen Bergsteigern ist man großzügiger. Hier genügt ein ärztliches Attest, daß der Gast im Vollbesitz seiner Kräfte ist, dann darf er Höhen bis zu 7000 Meter begehen. Die strengen Maßstäbe für die russischen Bergsteiger haben zur Folge, daß relativ wenig schwere Bergunfälle passieren, weniger Vermißtensuchen notwendig sind und die Rettungsmannschaften nicht unnötigen Belastungen und Gefahren ausgesetzt werden.

12. Mit tragbarem Quarzlicht auf der Alp Spitze

Wie eine schwere Last liegt vielen Bergwachtlern aus Garmisch-Partenkirchen noch immer die grausame Erinnerung an das große Lawinenunglück im Mai 1965 auf dem Zugspitzplatt in den Knoden. Damals stellte sich heraus, daß eine Beleuchtung des Suchfeldes notwendig gewesen wäre.

Bei der diesjährigen Nachtübung der Bereitschaft Garmisch-Partenkirchen mit den Hundeführern der Abschnitte Hochland und Chiemgau galt es deshalb, einen Test durchzuführen. Einen Test, bei dem verschiedene Fabrikate von Beleuchtungsapparaten auf ihre Verwendbarkeit hin ausprobiert werden sollten. Am Fuß der Alpszpitznordwand bot sich ein ungewöhnliches Bild: Mit tragbaren, wetterfesten Geräten, zwei Strom-Aggregaten, Gasflaschen, Lichtstrahler, Kabelrollen, Stativen, Brennstoff und allem, was zu der üblichen Lawinenausrüstung gehört, stiegen 50 Bergwachtmänner schwerbeladen zu der 90 Minuten entfernten „Unfallstelle“.

Mit Projektions-Strahler, Gas-Strahler und einem 1000 Watt starkem Quarz-Breitstrahler wurde das „Lawinenfeld“ ausgeleuchtet. Die Hundeführer und Suchmannschaften hatten in der von Fackeln markierten Fläche fünf „Verschüttete“ zu suchen und zu bergen. Sie wurden alle gefunden. Die tragbaren Aggregate lieferten für ca. 1 Stunde den Strom für die beleuchtete Suchaktion.

WASSERWACHT

13. Nachtübung im Eismeer

Vom Schlauchboot aus ließen sich die Taucher vor den Augen der frierenden Zuschauer in das eiskalte Wasser gleiten. 30 Minuten suchten sie unter der Sempt-Brücke bei Aufhausen im Kreis Erding das Bachbett ab. Die Zuschauer waren fast enttäuscht, als die Froschmänner mit leeren Händen wieder an die Wasseroberfläche kamen und sie merkten, daß es nur eine Übung der Wasserwacht war. Als angenehme Situation war bei einem Verkehrsunfall der Beifahrer in die Sempt geschleudert worden. In Windeseile waren die Vorbereitungen getroffen worden, Scheinwerfer am Ufer aufgebaut und die gestellte Aufgabe – trotz Nichtauffindens der Wasserleiche, die es ja zum Glück nicht gab – zur Zufriedenheit gelöst. Der Übungszweck war vor allem, den Nachwuchs der Wasserwachtler für Unfallsituationen, die im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall vorkommen können, zu schulen.

Die Zeit des Jugendtourismus ist im JRK endgültig vorbei! Dies geht aus dem Artikel auf Seite 1 ff. der Mitteilungen für die JRK-Gruppen (Nr. 37) hervor. Zwar begünstigten die durchgeführten internationalen Begegnungen, die das JRK in Bayern in den vergangenen Jahren veranstalten konnte, das gegenseitige Kennenlernen. Die Begegnungen gerieten aber zunehmend in die Nähe der Auffassung eines gewissen Touristik-Rummels. Durch aktives Helfen am Nächsten will nunmehr das JRK die Völkerverständigung forcieren und neu beleben. So flog anfangs Dezember in unserem Auftrag ein unternehmungslustiger junger Architekt (JRK-Mitglied!) für eine Woche nach Thessaloniki (Nordgriechenland), um ein dort im Aufbau befindliches „Psychologisches Zentrum“ zu planen und zu entwerfen. Hier sieht nun das JRK eine Gelegenheit, aktives Helfen und Völkerverständigung zu paaren, indem es beim Bau dieses Zentrums mithilft. Geplant ist vorerst ein Sommerlager für ca. 300 bis 400 junge Griechen, zu dem die sanitären Einrichtungen in Festbauweise zu errichten sind (Küchengebäude, Arzträume, Toiletten, etc.). Die Vorbereitungen hierzu sind soweit gediehen, daß die Arbeitsgruppe, die an der Errichtung mithelfen soll, in der Zeit vom 11.-31. Mai 1972 in Griechenland ans Werk gehen kann. Obwohl sich bereits eine Anzahl junger JRKler hierfür gemeldet haben, sind die Aussichten für weitere „Hilfswillige“ durchaus noch günstig. Wir bitten daher alle interessierten JRK-Mitglieder ab 18 Jahren, die Lust haben, ein ungewöhnliches Projekt zu fördern, um Meldung an das Referat JRK im BRK-Präsidium oder aber an die Bezirksverbände. Gesucht sind z. Z. hauptsächlich noch einige Maurer, Elektriker, Dachdecker und Installateure. Damit aber nicht nur sture Arbeitsverrichtung im schönen Nordgriechenland getrieben wird (das kann man auch zu Hause!), hat sich das Referat aufgerafft, eine dritte Woche anzuhängen und eine Griechenlandrundfahrt durchzuführen. Also doch JRK-Touristik? Mitnichten! Je eher die Meldung zum Mitmachen bei uns eintrifft, desto besser sind die Chancen, noch mitfahren zu können. Daher frisch ans Werk! Übrigens: diese drei Wochen sind für die Teilnehmer *kostenlos!* (Außer den üblichen Ausgaben wie Wein, etc.)

NB: Auch einige JRKlerinnen sind als Küchenfeen willkommen! Alles Nähere erfolgt nach Meldung. Anmeldeschluß für Säumige: 30. März 1972.

15. JRK-Foto-Wettbewerb

Gesucht werden Fotos (schwarz-weiß oder farbig) oder Dias, die die verschiedenartige und lebendige Arbeit des JRK in allen Lebenssituationen zeigen. Einige recht nette Fotos sind bereits eingetroffen. Jedes Foto/Dia, das vom Referat behalten wird, wird honoriert. Näheres darüber in den JRK-Mitteilungen Nr. 37 (Dezember 1971). Einsendeschluß auch hier: der 30. März 1972!

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

16. Oberbayern

Eishockey zugunsten eines Rettungswagens

Sie waren keine Profis auf dem Eis und trotz des 8:6 Ergebnisses war weder die Mannschaft der Rosenheimer Feuerwehr noch der Technische Hilfsdienst der eigentliche Sieger. Es gab zwar einen Wanderpokal, gestiftet von der Sparkasse Rosenheim, aber der eigentliche Gewinner dieses Wohltätigkeitsspiels war zweifelsohne der BRK-Kreisverband. Er profitierte von dem Erlös des Spiels, bei dem zugunsten eines Rettungswagens 1944,24 Mark eingegangen waren.

Auch in Garmisch lag das Geld auf dem Eis

In „großer Form“ waren die Feuerwehrmänner und Polizeibeamten von Garmisch und Partenkirchen. 9:4 unterlagen die Ordnungshüter. Trotz Fernsehkrimi hatten sich 1300 Zuschauer eingefunden. Als Erlös der Wohltätigkeitsveranstaltung konnten dem 2. Vorsitzenden des BRK-Kreisverbandes, Dr. Hans Schwarz, 3158 Mark überreicht werden.

17. Niederbayern/Oberpfalz

Leseraktion ermöglichte Kauf des zweiten Rettungswagens für Regensburg

Zu den 15 Fahrzeugen des KV Regensburg kommen jetzt 2 hervorragend ausgestattete Rettungswagen hinzu. Unter dem Motto „Rette Dich und Deinen Nächsten“ hatte die Regensburger Zeitung „Die Woche“ vor Weihnachten eine Sammelaktion gestartet, die bis zum 24. Februar nicht weniger als 100 711,25 DM Leserspenden eingebracht hatte. Im Januar wurde der neue Notarztwagen feierlich seiner Bestimmung übergeben, gerade noch rechtzeitig, bevor der bisher einzige Rettungswagen zur Generalüberholung abgestellt werden mußte. Bei einem Pressegespräch Ende Februar wurde der Wagen vorgestellt. Der Herausgeber und Chefredakteur der „Woche“, Jupp Titz, erhielt als Initiator der Aktion bei dieser Gelegenheit aus der Hand des 1. Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Sigmund Silbereisen, als Zeichen der Anerkennung die goldene Plakette für besondere Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz sowie die silberne BRK-Ehrennadel überreicht. In dem sehr offenen Gespräch mit der Presse wurden im Beisein von Landrat Leonhard Deininger (stellv. Vorsitzender) und Schatzmeister Direktor a. D. Heinrich Schlügel von Dr. Silbereisen ein Rechenschaftsbericht über die Arbeit im Rettungsdienst gegeben. Auch über die vielen noch ungelösten Fragen und Probleme, wie z. B. die Planstellen der Notärzte, Details der Kostenfragen und Schwierigkeiten der Besetzung aller Fahrzeuge mit Sanitätern, die z. B. aus dem Landkreis herangezogen werden müssen usw., wurde sehr ausführlich gesprochen. Kreisgeschäftsführer Direktor Erhard Linthaler hat abschließend die Pressevertreter, durch ihre Berichterstattung auch weiterhin den Lesern die schwierige Finanzlage des Kreisverbandes vor Augen zu führen, damit die Spendenfreudigkeit nicht nachlasse. Der Notarztwagen kostete 83 408,20 DM. Der darüber eingegangene Betrag dient als Grundstock für einen zweiten dringend benötigten Überland-Krankentransportwagen.

18. Ober-/Mittelfranken

Seminar „Gesundes Leben – erfülltes Alter“

Im September 1971 wurde in Bamberg vom Roten Kreuz das Seminar „Gesundes Leben – erfülltes Alter“ durchgeführt. Fast 30 Teilnehmerinnen zwischen 40 und 75 Jahren nahmen an den sieben Kursnachmittagen teil. Eine der Teilnehmerinnen sandte uns nachstehenden Bericht darüber.

Es ist modern geworden, über den alten Menschen und seine Probleme zu sprechen. Die Gesellschaft für Gerontologie, gegründet 1950, beschäftigt sich mit der Erforschung des Alters. In der Bundesrepublik Deutschland ist heute jeder Neunte über 65 Jahre alt. Die meisten Menschen treten in diesen Lebensabschnitt unvorbereitet ein. Das Altern muß gelernt werden!

Man unterscheidet drei Arten von Alter: das chronologische Alter (Lebensjahre), das physiologische Alter (Veränderung der Zellen, Gewebe, Organe) und das psychologische Alter (geistig-seelischer Zustand). Jeder Mensch hat seine eigene „Lebenskurve“. Die junge Generation soll schon erfahren, daß das Alter eine Lebensform ist. Jeder hat die Pflicht, seine Lebensfähigkeit so lange wie möglich zu erhalten. Der griechische Arzt Hippokrates sagte vor 2400 Jahren: „Wer stark, gesund und jung bleiben will, der sei mäßig in allem, atme reine Luft, treibe täglich Hautpflege und Körperübungen, halte den Kopf kalt, die Füße warm und heile ein kleines Wehweh durch Fasten eher als durch Arznei.“

Selbstdisziplin ist nötig, um diese Forderungen zu erfüllen. Regelmäßige körperliche Bewegung (spazierengehen, radfahren, schwimmen), vernünftige Gymnastik und von einem Arzt gelenktes autogenes Training sind hilfreich. „Der Mensch ist übungsfähig, solange er lebt.“ – Ebenso wichtig wie die Bewegung ist die richtige Ernährung, d. h. Eiweiß, Mineralstoffe, Vitamine reichlich, Fett und Kohlehydrate wenig, Genußmittel wie Kaffee, Alkohol, Schokolade, Tabak mäßig. Abwechslungsreiche Kost, in ruhiger, freundlicher Atmosphäre eingenommen, trägt wesentlich zum Wohlbefinden bei. – Die Hygiene soll beim alten Menschen nicht vernachlässigt werden: regelmäßiges Waschen und Baden, Arztbesuche in gleichmäßigen Abständen, Wissen um die wesentlichen Krankheiten.

In einem ausgezeichneten Vortrag sprach Frau Dr. med. Elisabeth Probst von den Krankheiten, die den alten Menschen bedrohen und wie dem durch Ernährung, Bewegung und Entspannung vorgebeugt werden kann.

Das Alter bringt neben körperlichen und seelischen Veränderungen oft auch soziale Umstellung mit sich. Durch den Eintritt in den Ruhestand verliert mancher die Wohnung oder Dienstwohnung. Der Umzug ins Altersheim, manchmal auch zu erwachsenen Kindern wird nötig. Jeder sollte aber seine Beweglichkeit möglichst lang erhalten. Es gibt Betätigungsfelder in Altenklubs, sozialen und kirchlichen Vereinen, in der Nachbarschaft.

Jeder sollte sich um die Möglichkeiten des Bundessozialhilfegesetzes kümmern, denn es besteht ein Rechtsanspruch. So können z. B. für Schwerkranke zur Rente noch 150–200 DM Pflegegeld kommen. „Alles, was wir für unsere alten und hilfsbedürftigen Mitmenschen tun, ist nicht ein Almosen, sondern eine echte Verpflichtung.“

In einem besonderen Referat sprach Kirchenrat Karl Geuder am vorletzten Kursnachmittag von der „Erfüllung des Lebens zum Ende hin“. Der Mensch soll zum Alter ja sagen. Er soll sein Leben in Ordnung bringen. Er darf glauben, daß Gott das Gespräch, das er mit jedem einzelnen angefangen hat, nicht durch den Tod abbricht.

Bei dem zusammenfassenden Abschlußnachmittag wurden erstaunlich gute Bastelarbeiten in Stoff, Leder, Holz, Metall und Stroh gezeigt. Obermedizinalrat Dr. Gustav Reinhardt sprach als BRK-Arzt des Kreisverbandes seine Anerkennung für die rege Teilnahme an diesem ersten „Altersseminar“ in Bamberg aus und dankte Frau Gerda Naddler für ihre gute Arbeit als Leiterin des Kurses. Auch die Teilnehmerinnen selbst äußerten sich beifällig über den Verlauf des Seminars, das wertvolle theoretische und praktische Hilfe für das eigene Alter wie auch für den Umgang mit alten Menschen brachte.

Zur Ergänzung und Vertiefung des Erarbeiteten durfte jeder Kursteilnehmer einige instruktive Schriften mit nach Hause nehmen, nämlich

Hildegard Ewald, Lebensabend leichter gemacht (Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart);

Die Ernährung älterer Menschen (Deutsche Gesellschaft für Ernährung, Frankfurt a. M.);

Kann es Krebs sein? (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln-Merheim);

Erst fragen, dann helfen – Wichtige Punkte für den Umgang mit behinderten Menschen (DRK);

30 Übungen für Altersgymnastik (Merkblatt des BRK).

Unsere Buchbesprechung

Dr. med. Johannes Kretz: *Die Wege der Krebsverhütung*

2. Auflage, 47 Seiten, brosch./cell., DM 6,80

Sanitas-Verlag M. Th. Kathol, Bad Wörishofen 1971

Primarius Dr. med. J. Kretz, geschäftsführender Vizepräsident der Österreichischen Krebsgesellschaft, zählt zu den Pionieren der ganzheitsbezogenen Krebstherapie. Der Autor hat Ansatzpunkte gefunden, nicht erst abzuwarten, bis die Diagnose „bösartige Geschwulst“ gestellt werden muß.

Dr. Kretz zeigt, wie die Wege aussehen müssen, die eine Verhütung von Krebserkrankungen möglich machen. Damit erhält der Laie einen Zugang zur Gegenwehr und der Arzt Anhalte für die Vorbeugung und für eine aktive Nachbehandlung nach Operation und Bestrahlung. Die Hauptstationen der Gegenwehr in Vorsorge und Nachsorge sind:

1. Vermeidung krebszeugender Stoffe, also alle Zellgifte, z. B. Zigarette
2. Vorsorge-Untersuchungen zur Feststellung von Erkrankungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt
3. Krebsverhütende Ernährung
4. Bekämpfung der mangelhaften Sauerstoffnutzung

Im gleichen Verlag erschien die von Dr. med. W. Knierheim, Duisburg, verfaßte Broschüre „**Haltungsschäden und Bandscheibenerkrankungen**“. Der bekannte Sportarzt, Chirurg und Unfallarzt nimmt aus einer über 40jährigen Praxiserfahrung zu den genannten Themen Stellung und gibt Hinweise zu den verschiedenen Behandlungsmethoden bis zur Chiropraktik und Hydrotherapie.

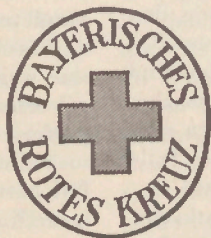
MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 4

15. April 1972



B 21 345 E

Inhalt des Blattes 4:

Haß zerstört – Liebe heilt

Zur Frühjahrssammlung des Roten Kreuzes

Die Solidarität des Roten Kreuzes

von Generalsekretär Henrik Beer

Drogen – eine Herausforderung für unsere Gesellschaft

Die Würde eines Volkes daran messen, wie es zu seinen Senioren steht

Beitrag zum Seniorenplan der SPD

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz.
2. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 3. Lehrgangsplan der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule für die Zeit vom 5. 6.–16. 6. 1972

Krankentransport: 4. Beitritte zum Krankentransportrahmenvertrag

Totenehrentafel: Dr. med. Georg Baumgartner, München; Walter Metzeler, Hersbruck

Nachrichtenteil

Sanitätskolonnen: 5. Landesauschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen

Für unser **Hauptreferat Liegenschaften und Bauwesen** suchen wir einen **Sachbearbeiter** für Bau- und Grundstücksangelegenheiten.

Aufgabenbereich:
Bauvorbereitung, Mittelbeschaffung, Bauüberwachung, Haus- und Grundstücksverwaltung.

Geboten wird:
Vergütung nach BAT, Zusatzaltersversorgung und andere Sozialvergünstigungen, Dienstwohnung.

Bewerbungen an:
Bayerisches Rotes Kreuz – Präsidium, München 22, Wagnmüllerstraße 16 – Tel. 223321

HASS ZERSTÖRT

LIEBE HEILT

Zur Frühjahrssammlung des Bayerischen Roten Kreuzes vom 17. bis 23. April 1972

Unser Sammlungsmotto, unter das wir die kommende Haus- und Straßensammlung des Roten Kreuzes gestellt haben, bedarf kaum eines Kommentars. Wir erleben täglich seine bittere wie seine tröstende Wahrheit; sei es in weltpolitischen Auseinandersetzungen, sei es im kleinen Alltag, der uns umgibt. Immer ist der Mensch Opfer und Leidtragender kriegerischer Verwüstungen, rassistischer oder religionspolitischer Kämpfe, politischer Fehden. Immer aber auch ist es der Mensch selbst, der dem Bruder die Hand reicht, der verbindet und heilt, der Fäden knüpft und den Schwingungen seines Herzens Raum gibt im menschlichen Miteinander und Füreinander, von dem jedes Gemeinwesen lebt. Haß aber trennt. Er zerstört nicht nur Hoffnung und Glauben an den Menschen, er zerstört den Menschen selbst, wie die Liebe erst den Menschen zum Menschen macht.

Unter diesem Gebot ist das Rote Kreuz zu einem in aller Welt geachteten, geschützten und schützenden Zeichen geworden. In diesem Zeichen leisten Millionen Menschen an den Brennpunkten der Not uneigennützigem Dienst am Nächsten, gleich welcher Rasse, welcher Konfession oder welchem politischen Bekenntnis er angehört. In rd. 50 feindseligen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen allein nach 1945 haben sie über feindliche Gräben hinweg lebensrettende Hilfe gebracht. Wenn in den hinter uns liegenden Wochen die letzten Rotkreuzhelferinnen und Helfer von ihrem Vietnameinsatz zurückkehrten und wenn in diesen Tagen unsere Rotkreuzschwestern in Bayern ihr 100jähriges Bestehen feiern, dann unterstreichen sie nicht nur die Richtigkeit unseres Mottos, unter dem sie einmal angetreten sind, sondern verweisen in ihrem täglichen Dienst am Krankenbett auf die Unverzichtbarkeit des persönlichen Einsatzes für den notleidenden Mitbürger. Auch die Personalnot an den Krankenanstalten, Alten- und Pflegeheimen verdeutlicht die Unersetzbarkeit des Menschen vor den auswechselbaren technischen Apparaturen. So steht im Vordergrund aller Rotkreuzarbeit immer der Mensch. Der Mensch, der Hilfe sucht, der Mensch, der Hilfe gibt. Geben wir darum alle freudig, wenn die Sammlerinnen und Sammler des Roten Kreuzes in diesen Tagen um eine Spende bitten. Denn schon morgen können wir es sein, die solcher Hilfe bedürfen.

Dr. h. c. Alfons Goppel
Ministerpräsident

Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes

Die Solidarität des Roten Kreuzes

von H. Beer, Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften

Von der Barmherzigkeit zur Solidarität

Heutzutage ist es ein völlig natürlicher Gedankengang, den Begriff der Solidarität mit dem universalen Werk des Roten Kreuzes zu verbinden. Die Rotkreuzgesellschaften sind alle eng miteinander verknüpft, denn sie dienen dem gleichen Ideal, achten die gleichen Grundsätze und üben eine ähnliche Tätigkeit aus; sie stellen gewissermaßen die Teile eines Ganzen dar, des Internationalen Roten Kreuzes.

Diese Solidarität, die sich aus der Struktur der Rotkreuzbewegung selbst ergibt, ist auch eine mächtige Triebfeder; sie führt zu einer aktiven Zusammenarbeit aller Mitglieder des Roten Kreuzes zum Nutzen des Ganzen. Dieses starke Gefühl, das die Menschen und die Rotkreuzgesellschaften dazu führt, sich über alle Grenzen hinweg Hilfe zu gewähren, hat im Laufe der Zeit eine solche Kraft erlangt, daß es keineswegs zu kühn ist, dasselbe zum Grundsatz des Roten Kreuzes zu erheben. Indem die Solidarität dem Begriff der Barmherzigkeit gegenüber der leidenden Menschheit eine universale Dimension verleiht, wird sie zur Schwester der humanitären Grundsätze und der Universalität, deren Ursprung und Antriebskraft sie gleichzeitig darstellt.

Dennoch ist der Begriff der Solidarität erst spät in den offiziellen Texten der beratenden Organe des Roten Kreuzes aufgetaucht. Die seit 1863 gegründeten Hilfsorganisationen wurden vor allen Dingen von einem Gefühl der Barmherzigkeit angetrieben, die sich aus ihrer Tätigkeit für die auf den Schlachtfeldern liegenden Verwundeten und Kranken erklärt; aber sie waren sich noch nicht des zwischen ihnen bereits bestehenden Pakts bewußt, auch nicht der ihnen gemeinsam zufallenden Verantwortung. Weder 1863 noch 1869 anlässlich der ersten internationalen Rotkreuzkonferenzen empfanden es die Vertreter des Roten Kreuzes als notwendig, die sie alle vereinenden Familienbande zu festigen oder ihre gegenseitigen Aufgaben anzuerkennen.

Der Begriff der Solidarität war aber den Gründern des Roten Kreuzes durchaus gegenwärtig, selbst wenn sie ihn nicht ausdrücklich erwähnten. Henry Dunant hatte bereits als erster den Gedanken vertreten, daß die nationalen Gesellschaften außer der ihnen in Kriegszeiten zufallenden Arbeit „bei Epidemien, Überschwemmungen, Feuersbrünsten usw. große Dienste leisten könnten“; er gab damals der Hoffnung Ausdruck, daß „die Triebfeder der Menschlichkeit, die diese Gesellschaften geschaffen hat, sie auch jedesmal handeln ließe, wenn sie ihre Tätigkeit ausüben könnten“.

Die Internationale Konferenz von Genf 1863 war bereits der Ansicht, daß die Ausschüsse der kriegführenden Nationen im Kriegsfall „um die Hilfe der den neutralen Staaten angehörenden Ausschüsse nachsuchen“ könnten; sie empfahl den Ausschüssen und Landesverbänden der verschiedenen Länder, sich regelmäßig zu internationalen Konferenzen zu treffen, „damit sie ihre Erfahrungen austauschen und sich über Maßnahmen einigen könnten, die im Interesse des gemeinsamen Werks zu treffen sind...“. Dort war ferner zu lesen: „Der Nachrichtenaustausch zwischen den Ausschüssen der verschiedenen Staaten wird vorläufig über das Komitee in Genf erfolgen.“

Henry Dunant hatte ebenso wie etwas später Gustav Moynier vorausgesehen, was das Rote Kreuz werden könnte; sie hatten ein Licht angezündet, das hell in die Zukunft leuchtete. Aber im Jahre 1866 waren sowohl die

Leiter der Gesellschaften wie die freiwilligen Helfer des Roten Kreuzes der Ansicht, daß ihre Hauptsorge den Verwundeten auf den Schlachtfeldern zu gelten hätte. Die Verbesserung des Loses der verwundeten Soldaten stellte eine ungeheure Aufgabe dar, die das Rote Kreuz damals mit sehr begrenzten Mitteln und nur wenigen freiwilligen Helfern zu lösen hatte; diese Aufgabe konnte nicht durch zusätzliche Verpflichtungen belastet werden.

Wie hätte zu jener Zeit auch die noch schwache und schüchterne Rotkreuzbewegung in einer großen gemeinsamen Anstrengung ihre Stimme 1866 in der Schlacht bei Königgrätz erheben können, oder im Deutsch-Dänischen Krieg? Wie hätte sie erfolgreich eingreifen können, obwohl das Fehlen der Kommunikationsmittel und die Unwissenheit über das wahre Gesicht des Kriegs Hindernisse darstellten, die ebenso schwer zu überwinden waren wie Staatsgrenzen?

Wie hätte sich aber auch der Gedanke der internationalen Solidarität durchsetzen können, als dieser Begriff den verschiedenen Staaten noch völlig fremd war, als sich internationale Beziehungen auf Einflußkämpfe beschränkten oder auf Bündnisse, die pausenlos zwischen Staaten geknüpft oder aufgelöst wurden, welche eifersüchtig über ihre Vorrechte wachten?

Die Welt der Jahre zwischen 1860 und 1870 wurde von Kräften bewegt, die mächtige Rivalitäten zwischen den Staaten aufrechterhielten. Dies galt besonders für Europa, wo Epochen des wirtschaftlichen Wohlstandes mit Krisenzeiten wechselten und neue Staaten sich bemühten, ihre Macht innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen zu begründen. Zwischen den bedeutendsten europäischen Staaten war der Wettlauf nach der Vorherrschaft angebrochen; sie waren ferner durch ihre Regierungsformen, Wirtschaftssysteme und die grundsätzlich verschiedene Denkweise ihrer Bewohner getrennt.

Für die Beziehungen zwischen den Staaten blieben die Machtfragen entscheidend, die noch von einem Wirtschaftsnationalismus charakterisiert wurden, der mit dem politischen Nationalismus parallel lief.

Zwar sollten die Fortschritte auf dem Gebiet der Kommunikationsmittel und die schnelle Verbreitung der gedanklichen Ausdrucksmittel gegen Ende des 19. Jahrhunderts die internationalen Kontakte auf intellektuellem Gebiet fördern.

Angesichts der durch diesen wachsenden Nationalismus und die Entwicklung der wirtschaftlichen Rivalitäten entstandenen Gefahren tauchten Kräfte auf, die ein Gegengewicht bildeten; internationale Friedensorganisationen, philanthropische Bewegungen und die Kirchen stellten Druckgruppen dar, die die öffentliche Meinung aufklärten und auf die Regierungen einwirkten, um diese zu einem Verzicht auf ihre Machtpolitik zu bewegen und ihre Bereitschaft zu wecken, die Befriedigung der nationalen Interessen dem Begriff eines höheren Ideals, desjenigen der menschlichen Gemeinschaft, unterzuordnen.

Diese Bewegungen waren aber leider zu wenig organisiert, auch noch zu wenig aufeinander abgestimmt, um die allgemeine Meinung beeinflussen zu können, um zum Entstehen eines echten Geistes der Einheit zu führen, und zwar nicht nur zwischen den Staaten, sondern sogar zwischen diesen Vereinigungen und Bewegungen, die ihre Zusammengehörigkeit noch nicht begriffen und noch weniger jemals solidarisch gehandelt hatten.

Wie hätte man in folgedessen erwarten können, daß die Hilfsausschüsse oder -gesellschaften, von denen es 1864

nur wenige gab, gemeinsame Aktionen unternahmen, während sämtliche zu jener Zeit vorherrschenden Faktoren zusammenwirkten, um sie in den engen, geschlossenen nationalen Rahmen von Ländern einzuschließen, die sich gegenseitig zerfleischten?

Aus diesem Blickwinkel muß man die von mehreren Hilfsgesellschaften im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 unternommene Anstrengung als ein außerordentlich entscheidendes Ereignis ansehen. Zum ersten Mal wurde die Solidarität des Roten Kreuzes auf den Schlachtfeldern Frankreichs weithin allen sichtbar.

Dieser erste Akt der Rotkreuzsolidarität stellte auch den ersten Schritt auf dem Weg zu einer Einheit in der Aktion der Hilfsgesellschaften dar.

Im Jahre 1871 gelang es dem Roten Kreuz, auch in den außereuropäischen Ländern Fuß zu fassen und die ganze Welt in seinen Bannkreis zu ziehen. Als Gustav Moynier damals die Frage nach der Zukunft des Roten Kreuzes stellte und sich anerkennend über die vom Roten Kreuz geleisteten riesigen Dienste und das von ihm ausgehende Vertrauen aussprach, stellte er jedoch fest, daß noch viel zu tun übrig blieb: die Gesellschaften waren unterschiedlich entwickelt, sie drohten zu zerfallen, wenn sie am *status quo* festhielten, statt sich ständig zu verbessern. Wie konnte man von nun an erreichen, daß die Gesellschaften nützlich miteinander wetteiferten?

Diese große Gestalt des Roten Kreuzes hatte die universale Bestimmung der Rotkreuzbewegung begriffen, denn Moynier vertraute auf ihre geographische Verbreitung; ihre Entwicklung mußte mit jenem sozialen Fortschritt parallel laufen, aus dem sie hervorgegangen war.

Aber dieser Fortschritt konnte nicht erfolgen, wenn die Gesellschaften einzeln vorgingen. Er würde nur durch eine engere Verbindung der nationalen Gesellschaften durchführbar und möglich, und nur wenn sie gemeinsam ihre Solidarität bekundeten.

G. Moynier schrieb zwei Jahre vor der Zusammenkunft der III. Internationalen Rotkreuzkonferenz von 1884 folgende Worte: „...Hätten sich alle Gesellschaften ausdrücklich gegenseitige Hilfe versprochen, würde jede einzelne durch ihre Verantwortung angetrieben; alle würden sich ständig in Bereitschaft halten, sei es, um ihren Schwesterngesellschaften zu helfen, sei es, um die gegebenenfalls von außen kommende Hilfe anzuwenden. Durch einen solchen Zusammenschluß würden sie sich gegenseitig anspornen und aus den übernommenen Verpflichtungen einen unwiderstehlichen Antrieb erhalten, ohne dadurch ihre Selbständigkeit in irgendeiner Weise einzubüßen.“

Der Krieg von 1870/71 bestätigte somit die Zweckmäßigkeit eines allgemeinen Übereinkommens zwischen den Gesellschaften und bot die zur Ausarbeitung eines internationalen Vertrags günstigen Grundlagen. Leider bedurfte es noch vieler Kriege, vieler Prüfungen, zahlreiche Zusammenkünfte waren notwendig, um das Internationale Rote Kreuz zu festigen und das Netz der Solidarität des Roten Kreuzes über die ganze Welt auszubreiten. Es dauerte lange, bis die Menschen zu dieser Einsicht gelangten, und es bedurfte erst der Tragödie des I. Weltkriegs, damit sie sich endgültig einer „internationalen Solidarität des Roten Kreuzes“ bewußt wurden.

Die Balkankriege und der Russisch-Türkische Krieg hatten sicherlich die Bildung neuer Rotkreuzgesellschaften sowie die Gründung der ersten Gesellschaft des Roten Halbmonds bewirkt, wobei ihnen die Ausschüsse der in diesen Konflikten neutralen Staaten behilflich waren. Es steht auch fest, daß die III. Internationale Rotkreuzkonferenz, die sich die Frage stellte, welche Lehren aus diesen ver-

schiedenen Auseinandersetzungen zu ziehen seien, schon die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften legte, und zwar hinsichtlich der in Friedenszeiten durchzuführenden Organisation der Transportkolonnen mit Verwundeten, der Einstellung und Ausbildung des medizinischen Hilfspersonals und der Lagerung von Hilfsgütern.

Es stimmt auch, daß das Rote Kreuz, als Gefangener in einem Europa der Staaten, als Mittel zur Linderung der durch den übertriebenen Nationalismus hervorgerufenen Leiden, noch keine weltweite Ausstrahlungskraft besaß und sich auch noch nicht seiner Verantwortung in Friedens- wie in Kriegszeiten bewußt war, ebensowenig wie seiner Aufgabe, Kriege und andere Geißeln der Menschheit verhüten zu helfen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Rote Kreuz noch nicht jene Stufe erreicht hatte, wo die Solidarität den Begriff der individuellen Barmherzigkeit ersetzt und in allgemeiner Übereinstimmung im Dienste an der Gemeinschaft ausgeübt wird. Leider bedurfte es eines Weltkriegs und Millionen von Toten, bis sich der Gedanke der Solidarität der öffentlichen Meinung aufdrängte, bis sich die Völker für den Kampf gegen alle Quellen der Leiden mitverantwortlich fühlten und die Rotkreuzgesellschaften die Erkenntnis erlangten, eine einzige Gesellschaft im Dienste der leidenden Menschheit zu bilden.

Mit der Gründung der Liga der Rotkreuzgesellschaften im Jahre 1919 und der Bildung des Internationalen Roten Kreuzes im Jahre 1928 wuchs die Rotkreuzsolidarität zu einer wahren internationalen Moral heran.

Die Solidarität am Werk

Die Gründung der Liga ist eng mit der des Völkerbundes verbunden. Die Parallele ist verblüffend: die Schaffung dieser beiden internationalen Organisationen entsprang der gleichen Sorge, die Solidarität zwischen den Völkern und Mitgliedergesellschaften zu wecken und zu fördern, um ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Geißeln der Menschheit in Einklang zu bringen, ob es sich nun um den Krieg oder seine Folgen handelt, und durch besseres internationales Verständnis ein günstiges Klima zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es bedeutungsvoll, daß Präsident Wilson der geistige Vater des Völkerbundes gewesen ist, so wie H. P. Davison jener der Liga war, und die ersten fünf Rotkreuzgesellschaften, die Mitglieder der Liga wurden, waren die Gesellschaften jener fünf Staaten, die das Gerüst des Völkerbunds bildeten.

Der Erste Weltkrieg hatte einen dringenden Wunsch wachgerufen: alles zu tun, um eine Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern; zu diesem Zwecke sollten die Länder im Rahmen einer elastischen und anpassungsfähigen Organisation vereint werden, die vom Geist des Friedens durchdrungen und das Elend zu lindern bestrebt ist. Dies war auch der Wille von H. P. Davison, der sich in Westeuropa, in Polen und in Rußland von den tragischen Auswirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung überzeugen konnte. Er war Zeuge des Unglücks der Auswanderer, des Elends der Flüchtlinge, und war sich zu Recht über die Autorität im Klaren, die die Rotkreuzgesellschaften darstellten; er hörte nicht auf, sie in Friedenszeiten gemeinsam im Rahmen einer Vereinigung am Werk zu sehen, die sowohl ihre Ideale wie auch ihre Tätigkeit vereinen würde.

Auf diese Weise würde die in Kriegszeiten von den nationalen Gesellschaften geübte Solidarität auch in Friedenszeiten fortgeführt werden, um Krankheiten und Seuchen zu bekämpfen, Vertriebenen beizustehen usw.

Das Schicksal der Liga ähnelte von ihrer Entstehung an merkwürdigerweise stark dem des Völkerbunds. Die Abwesenheit der Vereinigten Staaten vom Völkerbund und das zu frühe Abtreten seines geistigen Vaters, W. Wilson, von der internationalen Bühne stellen einen harten Schlag für die Ausstrahlungskraft der Organisation dar. Das gleiche gilt für den frühen Tod von Davison, der einen ehrgeizigen Traum in die Wirklichkeit umsetzen und aus der Liga eine große Organisation zum Schutze des Gesundheitswesens und zur Förderung des sozialen Wohlergehens machen wollte, die gewissermaßen ein Vorläufer der heutigen Weltgesundheitsorganisation gewesen wäre. Viele seiner wohl zu ehrgeizigen Pläne konnten nicht in die Tat umgesetzt werden; auch Davisons Wunsch, den Völkerbund und die Liga zusammenarbeiten zu sehen, konnte nicht völlig verwirklicht werden.

Aber diese Schwierigkeiten, die der Bildung einer neuen Institution eigen sind, und die wie Fremdkörper in einer Zelle mehr oder weniger günstige Reaktionen der anderen Institutionen hervorrufen, durften auf keinen Fall den im Krieg geborenen Geist der Solidarität oder die internationale Tätigkeit der Mitgliedgesellschaften dieser eben erst gegründeten Vereinigung beeinträchtigen.

Europa war noch von der Katastrophe von 1914–18 erschüttert; lange Kolonnen von Auswanderern und Vertriebenen zogen von Land zu Land. Mitteleuropa wurde von Typhusepidemien heimgesucht und die junge Sowjetrepublik von Hungersnöten schwer betroffen. Dennoch war es gerade auf diesem Gebiet, daß sich die Liga durch erste Bezeugungen internationaler Solidarität bewährte und Anerkennung fand.

Der Wunsch, den Henry Dunant im Jahre 1866 geäußert hatte, sollte zwar nicht ohne Schwierigkeiten verwirklicht werden, denn wenn der Krieg auch eine sofortige internationale Aktion bewirkt hatte, so dauerte es doch lange, die Unterstützung der Regierungen und der öffentlichen Meinung für einen Hilfsdienst zu erhalten, um für internationale Katastrophen vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Außerdem verfügten im Jahre 1919 die meisten der 26 damals die Liga bildenden nationalen Gesellschaften über geringe oder keinerlei Erfahrung in Fragen der Hilfeleistung in Katastrophenfällen; sie mußten daher zunächst dieses Problem vom nationalen (und nicht vom internationalen) Gesichtspunkt aus in Angriff nehmen. Dennoch nahmen sie im Jahre 1919 in Zusammenarbeit mit dem IKRK an der in Europa gegen den Typhus organisierten Kampagne teil; von 1921 bis 1924 halfen sie, die Folgen der Hungersnot in Rußland zu lindern; 1923 leisteten sie den Opfern der Erdbeben in Chile, Kolumbien, Costa Rica, Japan und Persien Hilfe.

Die Hilfe in Katastrophenfällen war nicht das einzige Gebiet, auf dem sich die Rotkreuzsolidarität entfaltete. Der Geist der Konferenz von Cannes lebte weiter fort: das Gesundheitswesen war sowohl ein internationales wie ein nationales Anliegen geworden. Die Gründer der Liga, die sich von ihren Anfängen an absichtlich als „Weltbürger“ bezeichneten, wollten, daß auch die nationalen Gesellschaften international dachten und handelten. Davison und seine Anhänger hatten die Liga die „Tribüne der Welt“ genannt, um die nationalen und sonstigen Grenzen zu durchbrechen und den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten entgegenzutreten; die Liga sollte alle Völker der Erde vereinen. Aber dieses – wie wir schon sagten – sehr ehrgeizige Ziel hinterließ tiefe Spuren. Die Völker haben sich zwar nicht zusammengeschlossen, aber die nationalen Gesellschaften haben sich in einem gleichen Geiste vereint: sie kämpfen gegen Krankheit und sind bestrebt,

das Wohlergehen der Völker zu verbessern. Die Beispiele für diese Solidarität werden immer zahlreicher, angefangen mit der Gründung des Dienstes für Krankenschwestern, die Hausbesuche machen, im Jahre 1920, der Leitung von Krankenschwesternschulen, der Organisierung von Lehrgängen und Vorträgen, den Zusammenkünften, an denen die nationalen Gesellschaften ihre Erfahrungen austauschen, ihre gemeinsamen Programme ausarbeiten und sich gegenseitig von Situationen, die internationale Hilfe erfordern, in Kenntnis setzen.

Diese Pionierarbeiten auf den verschiedenen Gebieten wie beispielsweise dem des Kampfes gegen die Tuberkulose, des Schutzes von Mutter und Kind, der Lehrgänge für Erste Hilfe, der Ausbildung von Krankenschwestern veranschaulichen die Solidarität unter den nationalen Gesellschaften, eine begeisterte, großzügige, von Wilsons Idee durchdrungene Solidarität, unaufhaltsam einer besseren Welt entgegenstrebend. Ab 1929 kam der Gedanke auf, auch die Jugend in die Rotkreuzbewegung einzubeziehen, was diesem Geist der Rotkreuzsolidarität keineswegs fremd war. Wer konnte besser als das Jugendrotkreuz die Pionierarbeit unterstützen, die die Liga in der Zwischenkriegszeit leistete?

Diese umfassende Solidaritätsbewegung ist um so ergreifender, als sie dem Wunsch der in den Genuß derselben gelangenden nationalen Gesellschaften entspringt, nicht ständig die Rolle des Schuldners einnehmen zu müssen. Viele nationale Verbände von Ländern, die mit schweren Problemen zu kämpfen hatten, setzten ihre Ehre daran, mit begünstigteren Ländern gemeinsam an Hilfsaktionen teilzunehmen, auch wenn ihr Anteil nur bescheiden war; aber er stellte durch die Lehre, die er enthielt, einen unschätzbaren Wert dar.

Von 1919 bis 1939 mußte die Liga auf diese Weise ihre Tätigkeit auf zahlreichen Gebieten durchführen, und sie stimulierte, förderte und bereicherte somit die nationalen Gesellschaften. Ihre Zahl wuchs unaufhörlich. Im Jahre 1919 zählte die Liga 28 Mitglieder (15 in Europa, 1 in Afrika, 7 in Amerika, 3 in Asien und 2 in Australasien). Im Jahre 1934 hatte sich diese Zahl bereits verdoppelt.

Die Liga wurde zunächst durch das europäische und amerikanische Element geprägt, nach dem Zweiten Weltkrieg verschob sich dieses Bild jedoch endgültig zugunsten einer größeren Universalität, besonders nachdem zahlreiche afrikanische und asiatische Staaten ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Heute gibt es 115 nationale Rotkreuzgesellschaften und davon alleine 31 auf dem afrikanischen Kontinent.

Hierdurch wurde die Rotkreuzsolidarität, die sich bis dahin nur vereinzelt äußerte, nach und nach zu einer Konstanten für die Tätigkeit der Liga. Sie sollte sich während des Zweiten Weltkriegs noch voll und ganz entfalten, besonders im Rahmen der gemischten Hilfskommission. Die Kommission war beauftragt, trotz unendlich vieler Gefahren den Gesellschaften der vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder die Sach- und Geldspenden der Schwestergesellschaften zu übermitteln; die Kommission konnte 18 europäischen Ländern Hilfe leisten. In den Jahren 1940 bis 1945 sorgte sie für den Transport und die Verteilung von über 165 000 Tonnen Gütern, die einem Wert von 319 Millionen Schweizer Franken entsprachen. Man schätzt den Gesamtwert der von den nationalen Gesellschaften während des ganzen Zeitraums des Krieges geleisteten Spenden auf eine Milliarde Franken.

(wird fortgesetzt)

Entnommen aus *Revue internationale de la croix-rouge*, Februar 1972, Bd. XXIII, Nr. 2.

Drogen – eine Herausforderung für unsere Gesellschaft

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Justiz-, Kultus-, Arbeits- und Innenministeriums wurde am 20. 3. 1972 der erste Teil eines Rauschgift-Berichtes der Staatsregierung an den Landtag bekanntgegeben. An der Pressekonferenz nahmen Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier, Arbeitsminister Dr. Fritz Pirkl und Innenminister Dr. Bruno Merk teil. Der Landtag hatte mit Beschluß vom 23. Februar 1972 um einen umfassenden Bericht zum Thema Rauschmittelmißbrauch gebeten, in dem das gesamte Problem aufgezeigt und alle bisher getroffenen und in Zukunft noch zu treffenden Gegenmaßnahmen der Staatsregierung dargestellt sein sollten. Den jetzt vorliegenden ersten Zwischenbericht hatte Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel am 17. März unterzeichnet und dem Parlament zugeleitet.

Die Untersuchung informiert über die wichtigsten Rauschmittel und ihre Gefährlichkeit. Sie stellt dar, wie groß das Problem des Mißbrauchs von Rauschmitteln in Bayern ist, wobei vorerst nur die amtlichen Erhebungen ausgewertet wurden. Schließlich gibt sie eine Übersicht über die bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und zeigt die Ziele auf, an denen sich künftige Maßnahmen zu orientieren haben.

Die Staatsregierung wird dem Landtag im Mai den zweiten Teil des Berichts vorlegen. Er wird ein breit gefächertes Programm der in Zukunft notwendigen und auch finanziell realisierbaren Maßnahmen zur Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs in Bayern enthalten.

Innenminister Dr. Bruno Merk: Das Problem ist weder bayrisch noch deutsch, es ist weltweit. Jetzt müssen alle Kräfte zusammenwirken

- die zuständigen Behörden für Drogen, Rausch- und Arzneimittel, die gesamte öffentliche Gesundheitsverwaltung, Jugendbehörden, Krankenhäuser, Schulen, Polizei und Justiz,
- die Verbände der Jugendpflege,
- die caritativen Vereinigungen, die Kirchen
- schließlich die gesamte Bevölkerung, die Familie und die Jugend selbst.

Die Staatsregierung hat deshalb am 26. Oktober vergangenen Jahres beschlossen, die informelle Drogen-Arbeitsgemeinschaft der Ressorts zu institutionalisieren. Die nunmehrige „interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Drogen-Rauschmittelmißbrauchs“ hat die Aufgabe, nach neuen Wegen der Aufklärung, Beratung und Therapie der Drogenabhängigen und der Bekämpfung des Handels mit Rauschmitteln zu suchen. Vor allem sollen die Maßnahmen aller Stellen koordiniert werden, die den Rauschmittelmißbrauch bekämpfen. Den vorliegenden Bericht der Staatsregierung hat die interministerielle Arbeitsgruppe vorbereitet.

Der Bericht der Staatsregierung stellt fest:

- die sog. „klassische“ Rauschmittelsucht Erwachsener geht stetig zurück (31. 12. 1970: 317 Personen)
- das gegenwärtige Rauschmittelpromblem ist ein Problem der Jugend (87% zwischen 14 und 25 Jahren, die Jüngeren dominieren.) Der Anteil der Schüler und Studenten geht zurück, der Anteil der jungen Berufstätigen (Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte) wächst.
- In Bayern (Stand: 31. 12. 1971, Zahlen zum 30. 6. 1971 in Klammern) sind bisher rd. 4600 (3900) Rauschmittelkonsumenten bekanntgeworden, davon sind rd. 23%

weiblichen Geschlechts. 511 (348) Drogenabhängige mußten stationär behandelt werden, 38% (37%) waren Mädchen. Die Behandlungsfälle nehmen zu. 1970 sind 13, 1971 sind 12 Todesfälle bekanntgeworden. Die verwendeten Mittel: überwiegend, nämlich 51% (61%) Cannabis (Haschisch, Marihuana), zunehmend auch stärkere Halluzinogene (z. B. LSD) und Opiate. In 172 (161) von 191 Stadt- und Landkreisen werden Rauschmittel genommen. Schwerpunkte sind Großstädte, besonders München. Diese Zahlen beruhen auf den bisherigen amtlichen Untersuchungen, vor allem der Gesundheitsämter. Es handelt sich um die bisher bekanntgewordenen Fälle. Die Dunkelziffer ist hoch. Nach vorsichtigen Schätzungen liegt sie mindestens bei 1 : 10. Das würde bedeuten, daß es in Bayern nicht unter 45 000 Drogenkonsumenten und Drogenabhängige gibt.

Die Rauschmittelkriminalität in Bayern ist stark angestiegen.

	1967	1971
- Straftaten	199	3565
- Ermittelte Täter	199	3629
- Anteil der erwachsenen Täter geht zurück, Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden steigt an	74,4 %	30,5 %
- Starke Zunahme der Apothekeneinbrüche	25,1 %	68,9 %
- die Polizei stellt zunehmend Rauschmittel aller Stoffgruppen sicher	5	330
- der Rauschmittelhandel wird zu mehr als 80% durch Ausländer ausgeübt.		

Die bisherigen Maßnahmen in Bayern:

- 150 Spezialbeamte sind beim Landeskriminalamt (LKA) und den örtlichen Polizeidienststellen eingesetzt. Neue Erkennungsmethoden wurden entwickelt. Das LKA hat Observationsgruppen.
- Bei den Staatsanwaltschaften gibt es besondere Rauschmittelsachbearbeiter. Drogenabhängige oder gefährdete Gefangene werden in den Justizvollzugsanstalten besonders behandelt. Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbeamte werden informiert.
- Sog. Multiplikatoren, in Schulen, Verbänden und in der Öffentlichkeit werden informiert.
- Drogenberatungsstellen werden zur Zeit von Städten, Landkreisen, kirchlichen Einrichtungen, Jugendorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Gesundheitsämtern aufgebaut.
- In Universitätskliniken, Bezirkskrankenhäusern, z. T. auch in Allgemeinkrankenhäusern werden Süchtige „entgiftet“.
- In den Schulen kann sich jeder Schüler an einen Lehrer seines Vertrauens wenden. Eine Meldung, ggf. Schulentlassung droht nur Schülern, die mit Rauschmitteln handeln, Mittel sonst an Mitschüler weitergeben oder sich häufig am Konsum beteiligen (Gefährdung der Mitschüler).
- Ein Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Schrappe, Würzburg, das sich insbesondere der Motivation widmet, wird gefördert.

In Zukunft gilt es

- die allgemeine Aufklärung zu intensivieren
- die Drogenberatung zu verbessern
- die therapeutischen Einrichtungen zu vermehren
- und die Polizei und die Justiz noch besser als bisher instandzusetzen, die Rauschgiftkriminalität zu bekämpfen.

(Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 20. 3. 1972.)

Entscheidend scheint unsere eigene Anteilnahme dem be-

troffenen Personenkreis gegenüber zu sein. Sozialminister Dr. Fritz Pirkel formulierte es so:

„Bisherige Erhebungen über die Motivation haben ergeben, daß die überwiegende Zahl der jugendlichen Konsumenten gestörte Familienverhältnisse – broken-home-Situation – als Grund für den Griff nach der Droge angegeben hat.

Neben den staatlichen Maßnahmen sind wir demnach alle aufgerufen, jeder in seinem Lebens- und Wirkungsbereich, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um der Drogengefahr vorzubeugen und den unabsehbaren Schäden für das Wohl unseres Volkes zu wehren.“

DIE WÜRDE EINES VOLKES DARAN MESSEN, WIE ES ZU SEINEN SENIOREN STEHT

Beitrag zum Seniorenplan der SPD für Bayern

Die Landtagsfraktion der SPD hat im Bayerischen Landtag mit Drucksache 7/1259 vom 23. 7. 1971 einen Antrag auf Schaffung eines Seniorenplans eingebracht, dessen wesentliches Ziel die verstärkte Bereitstellung von Altenheimplätzen, Förderung der Alternholungsmaßnahmen, Altenclubs, Altenbegegnungen und Seniorenberatungsstellen ist. Eingeschlossen in den Antrag ist der Ausbau der Altenpflegeschulen und die gezielte Förderung der Alten- und Hauspflegerberufe sowie die allgemeine gerontologische Forschung.

Wegen des großen Interesses, das unser letzter Beitrag zum Thema des alten und alternden Menschen gefunden hatte, wollen wir an dieser Stelle den Seniorenplan in seinen wesentlichen Inhalten vorstellen, wie ihn MdL Bertold Kamm, Nürnberg, in einer Broschüre vorgelegt hat. Zur generellen Zielvorstellung erklärt der Abgeordnete:

„Von 100 Bürgern waren im Jahre 1900 drei über 65 Jahre alt. Heute sind von 100 Bürgern 14 über diese Altersgrenze hinausgewachsen. Im Altertum gab es eine durchschnittliche Lebenserwartung von 22 Jahren. Im Mittelalter war die Lebensmarke auf durchschnittlich 33 Jahre angestiegen. Zur Jahrhundertwende konnten die Menschen in Deutschland erwarten, daß sie 47 Jahre erreichen würden. Heute ist die Lebenserwartung auf weit über 70 Jahre angewachsen. Nach einem Bericht von Frau Bundesminister Käthe Strobel wird die Lebenserwartung in diesem Jahrhundert auf 85 und mehr Jahre steigen.

Diese Entwicklung bringt den verantwortlichen Politikern eine Vielzahl neuer Aufgaben. Es gilt, die Senioren in unserer Gesellschaft vor Gefährdungen zu schützen, ihnen jede Hilfe zur selbständigen Lebensführung zu ermöglichen und jede Chance für das Verbundensein mit der Gemeinschaft zu geben. Eine Vielzahl von Möglichkeiten müssen eröffnet werden, um diese Ziele zu erreichen. Das vielfältige Angebot muß durch staatliche Maßnahmen angeregt und erweitert werden. Nur ein zeitgerechter Seniorenplan wird zu den besten Lösungen beitragen können.

Der sozialdemokratische Seniorenplan für Bayern ist ein Weg in die Zukunft. Er sichert den Senioren die ihnen zustehenden Rechte.“

Zu ihrer Verwirklichung sagt der Seniorenplan:

„Bereits im Jahre 1960 hat die SPD-Landtagsfraktion unter Altministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner die erste Initiative für einen Landesaltenplan ergriffen. Seitdem sind die Vorstellungen der Sozialdemokraten immer neu an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Realitäten überdacht und zeitgemäß in Forderungen an die Gesellschaft umgesetzt worden.

Die Probleme der Senioren beginnen nicht erst mit dem Alter, sondern wesentlich früher, nämlich mit der Vorbereitung auf das Alter.

Im Alter selbst sind es dann eine Reihe von Problemkreisen, die der Lösung bedürfen. Dazu gehören z. B.:

- die Wiederherstellung der Gesundheit
- der Bau altersgemäßer Wohnungen
- die Einrichtung umfassender Pflegedienste
- die Schaffung ausreichender Pflegeeinrichtungen
- Möglichkeiten zur Beschäftigung
- die umfassende Bekämpfung altersbedingter körperlicher Schäden
- die Überwindung falscher Gefühle gegenüber dem Altern und dem Alter
- die Schaffung von Altenbegegnungsstätten
- Modellmaßnahmen der verschiedensten Art
- die Einrichtung von Forschungsstätten und viele andere Maßnahmen.“

Arnold Toynbee, der englische Philosoph, hat am 10. 4. 1969 im Bayerischen Rundfunk zu dieser Situation gesagt:

„Heute ist nicht mehr eine bestimmte soziale Schicht benachteiligt, sondern die ältere Generation aller Klassen.“

Im Zahlenspiegel stellt sich die Situation deutlich dar

„Diese ‚ältere Generation‘ wird in der Bundesrepublik von 8 Millionen Bundesbürgern (über 65) auf über 10 Millionen im Jahre 1980 ansteigen. Die Vorausschätzungen sind schon einmal von der Wirklichkeit überholt worden, so daß diese Zahl sicher die unterste Grenze sein dürfte.

In Bayern hatte das Statistische Landesamt für das Jahr 1970 eine Zahl von 1 247 000 Senioren vorausgerechnet. Aber schon im Jahre 1967 war diese Zahl um 34 000 überschritten!

Derzeit leben in unserem Lande 1,4 Millionen Senioren. Die Annahme, daß nach dem Ansteigen ihrer Zahl auf 14% im Jahre 1980 wiederum ein Absinken auf 13% im Jahre 1990 erfolgen wird, ist wieder eine Annahme, die möglicherweise nicht stimmen wird.“

Die Aufgabenteilung

„Die bestehende Aufgabenteilung, nach der die Bundesregierung die materielle Alterssicherung auf dem Gebiete der Rentensicherung – abgesehen von einzelnen kleinen Gruppen – übernommen hat, und die Gemeinden im Rah-

men ihrer subsidiären Hilfeverpflichtung nach dem Bundessozialhilfegesetz individuelle Leistungen für Senioren erbringen, überläßt den Leistungen der Länder ein weites Feld. Hier soll anhand des sozialdemokratischen Seniorenplanes dargestellt werden, welche Aufgaben die SPD in Bayern dem Lande zugeordnet hat.“

Altersforschung gewinnt immer größere Bedeutung

Der Seniorenplan sagt dazu:

„Die wichtige Bedeutung der Gerontologie (die Lehre von den Altersvorgängen) und der Geriatrie (die medizinische Altersforschung) sind noch lange nicht Allgemeingut geworden. Sehr frühzeitig hat die SPD im Bayerischen Landtag einen Lehrstuhl und ein Institut für dieses interdisziplinäre Wissens- und Forschungsgebiet gefordert. Dieser Antrag der SPD wurde schließlich im Dezember 1969 im Bayerischen Landtag angenommen.

Geschehen ist leider bis heute (1972) noch nichts.

Hier besteht eine eindeutige Länderaufgabe, und für unser Land unter den geschilderten Umständen eine besondere Verpflichtung!“

Im Ausland ist man weiter

„Ein Blick über die Grenzen des Landes zeigt, welche Beachtung dieser Wissenschaftszweig im Ausland gefunden hat. Es gibt zahlreiche gerontologische Institute in den USA, in der UdSSR und in Japan. In vielen europäischen Ländern widmet man sich diesen Problemen intensiv. Es gibt Institute z. B. in Bukarest, Glasgow, Paris, Budapest, Basel, Ost-Berlin usw. Italien hat inzwischen sieben gerontologische Universitätsinstitute, bzw. geriatriische Kliniken. Überall wird dort mit großer Intensität den Problemen des Alterns und der Altersvorgänge nachgegangen.

In den USA fand vor über einem Jahrzehnt bereits der erste große Gerontologen-Kongreß statt. Über 2000 Wissenschaftler nahmen an dieser ‚White-House-Conference on Aging‘ (Januar 1961) teil. Die aufschlußreichen Protokolle dieses Kongresses sind heute noch interessant und lesenswert.

Im Interesse der Senioren muß jetzt erwartet werden, daß ihre Probleme im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik gleichwertig zu anderen Forschungsbereichen gesehen werden. Manche Argumente gegen ein gerontologisches Institut erinnern nur allzu sehr an die Zeit, in der auch die Kinderheilkunde oder die Dermatologie von den Internisten „mitbetrieben“ wurde. Wer die Aufgaben so eng begrenzt sieht, erkennt nicht, daß erst die Bildung einer eigenständigen Geriatrie viele Probleme lösen wird und zudem die Gerontologie interdisziplinär sich mit vielen weiteren Aufgabenbereichen beschäftigen muß. Dazu gehören die Soziologie, die Psychologie, die Theologie, ja sogar die Architektur u. v. a. mehr. Der Senior kann nicht länger warten!“

Zur Wohnungssituation stellt der Seniorenplan fest:

„Katastrophale Wohnverhältnisse auf dem Lande

Im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung führte das Kölner Institut für Selbsthilfe und Sozialforschung e. V. unter der Leitung von Professor Dr. Otto Blume Befragungen von über 65jährigen in fünf ausgewählten Gebieten der Bundesrepublik durch. Zu diesen Gebieten gehörte der ‚Fränkische Wald‘ und zwar 40

kleine Orte mit unter 2000 Einwohnern in der Gegend um Pegnitz/Oberfranken. Dabei gab es erschreckende Feststellungen zu dem Leben der Senioren in diesen kleinen Gemeinden; wobei die ermittelten Vergleichszahlen für Großstadtverhältnisse in Klammern gesetzt sind:

Nur 24% der Senioren verfügen über eine eigene Küche (Großstädte: 76%). Die fränkischen Wohnhäuser sind durchwegs klein, unbequem und überbelegt. Am stärksten kommt dies in der Tatsache zum Ausdruck, daß 31% der über 65jährigen Personen über keinen einzigen Raum verfügen; das heißt, sie müssen sogar das Schlafzimmer mit Kindern oder Enkeln teilen (Großstädte: 1%). 45% finden die Toilette nicht innerhalb der eigenen Wohnung (92%) und nur 14% finden die Toilette wenigstens im Treppenhause, 36% müssen außerhalb des Hauses die Toilette aufsuchen!

Trotzdem bejahen 77% den Mehrgenerationenhaushalt, von 88% die darin tatsächlich leben müssen! 11% sind also gezwungen, in dieser Großfamilie zu leben, ohne es selbst zu wollen. Aus diesen Ergebnissen müssen sich zwangsläufig Forderungen ergeben.“

Benachteiligung auch in den Großstädten

„In einer zusammenfassenden Darstellung des Städtebauinstitutes Nürnberg, verfaßt von Dr. von Löhhöfel, sind Ergebnisse einer Zählung des Statistischen Bundesamtes ausgewertet, die eine Benachteiligung der Senioren auch in den Großstädten erkennen lassen. Während 1965 23 v. H. aller Wohneinheiten Bad und Sammelheizung aufwies, hatten nur 17 v. H. der Wohnungen der Senioren diesen Standard erreicht. Die „Städtebauliche Datenerfassung 1968“ des SIN zeigt dann auf, daß die Senioren an Wohnungen in neuen Stadtvierteln stark unterrepräsentiert sind. Nur 10 v. H. der Haushaltsvorstände sind 65 Jahre und älter, während ihr Anteil im Bundesgebiet im Durchschnitt 22 v. H. ausmacht.

Die Folgerungen aus den bestehenden Wohnverhältnissen der Senioren, die auf dem Lande schlechter sind als in der Stadt, müssen rasch gezogen werden, damit möglichst viele Senioren noch eine Wendung zu besseren Verhältnissen erleben.

Das Wohnangebot muß weit vielfältiger werden als es in dem üblichen Katalog von Altenheim, Pflegeheim, Wohnheim oder Altenwohnung bis jetzt enthalten ist. Besonders die „Verwirrten“ oder „Desorientierten“ müssen aus einer unwürdigen Situation befreit werden. Da die normalen Alten- und Pflegeheime ebenso wie die moderne Kleinfamilie in der Betreuung dieses Personenkreises überfordert sind und die große Verantwortung für unverschuldete Fremd- oder Eigengefährdung nicht tragen können, sind diese Senioren im wahrsten Sinne des Wortes in „Nervenkliniken“ abgeschoben worden.

Nach der Denkschrift zur „Psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung in Bayern“ sind 30% der Patienten der Nervenkrankenhäuser Alterskranke. Ihre Unterbringung gemeinsam mit Rechtsbrechern, Schwachsinnigen, Suchtkranken, wie z. B. Alkoholikern, ist unverantwortlich. Der Ruf nach den freien Verbänden in diesem Zusammenhang wird bei der gegenwärtigen schwierigen Personallage sehr lange ungehört verhallen. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden. Eine weitere notwendige Einrichtung zur Entlastung häuslicher Pflege oder nach vorübergehender Behandlung im Altenkrankenhaus oder in der geriatriischen Abteilung eines Allgemeinkrankenhauses ist die Aufnahme in einem „Senioren-gästehaus“.

Sehr oft möchte verständlicherweise einmal die Pflegerin oder der Pfleger selbst Urlaub nehmen, um neue Kräfte zu sammeln. Das scheidet heute sehr oft an der fehlenden Aushilfe. In gleicher Weise ist meistens ein zusätzlicher Krankenhausaufenthalt heute noch notwendig, da eine sinnvolle Übergangsregelung zur Rückkehr in den eigenen Haushalt fehlt, obwohl die ärztliche Behandlung längst abgeschlossen ist. Daneben gibt es Fälle, wo die eigenen Angehörigen aus verständlichen Gründen vorübergehend nicht zur Pflege zur Verfügung stehen. Unter diesen Umständen würde ein Seniorengästeheim immer ein guter Ausweg sein. Solche Häuser müßten eine ausgezeichnete Ausstattung für alle möglichen Erschwernisse haben, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Es wäre eine ausgezeichnete familienergänzende und die Krankenversorgung unterstützende Einrichtung moderner Prägung.

Die auf Veranlassung der SPD im Bayerischen Landtag abgeschlossene Berichterstattung über den Bestand an Heimplätzen in Altenwohnheimen, Altenheimen und Altenpflegeheimen, verbunden mit einer Bedarfsschätzung für die nächsten Jahre, wurde von der Staatsregierung in einem Bericht vorgelegt. Die bayerische Regierung geht nach wie vor von der irrthümlichen Annahme aus, daß eine Bedarfsprognose von insgesamt 6% ausreichend sei. So zuletzt im Raumordnungsbericht 1971. Die Regierung glaubt deshalb, mit einer Förderung von 3000 Plätzen jährlich ihr „Soll“ zu erfüllen. Daß die bayerische Regierung diese Prognose selbst nicht mehr für realistisch hält, geht aus einer Mitteilung vom 25. 6. 1970 des damals zuständigen höchsten Beamten des Innenministeriums hervor, der erklärte:

„Die Mittel des Landesplanes für Altenhilfe aus Mitteln des Programms „Soziale Einrichtungen“ ab 1970 jährlich um mehr als zehn Millionen DM zu erhöhen mit dem Ziel, ab 1970 jährlich 3300 Heimplätze anstelle von bisher 3000 Heimplätzen zu fördern...“

Der Bericht der Staatsregierung geht z. B. von der irrigen Annahme aus, daß nur 1,5% der Senioren ein Altenwohnheim beziehen möchten. Dort, wo solche Wohnungen und Wohnheime errichtet wurden, ist jedoch der Bedarf sprunghaft angestiegen. Im Ausland wohnen wesentlich mehr Senioren in altersgerechten Wohnungen als bei uns. So wohnen in Schweden z. B. bereits 6,4% der Senioren in diesen ihren Bedürfnissen angepaßten Wohneinheiten. Die Forderungen der SPD stellen deshalb die unterste Grenze der notwendigen Förderung dar.“

Angepaßte Förderungssätze

„Während im Bereich der Wohnungswirtschaft schon längst von dem Baukostenindex bei der Förderung einzelner Vorhaben ausgegangen wird und zudem regional unterschiedliche Förderungssätze gelten, werden Bauträger von Alten- und Altenpflegeheimen ebenso wie die Ersteller von Altenwohnungen auf lange Jahre hinaus mit einem gleichbleibenden Fördersatz für Zuschüsse und Darlehen bedacht. Dies führt zu großen Ungerechtigkeiten. Hier müssen neue Wege eingeschlagen werden. Bei Festlegung einer Platzkostenobergrenze muß eine feste prozentuale Beteiligung des Landes gesichert werden.“

Der Seniorenplan fordert daher:

- Förderung von jährlich mindestens 4000 Plätzen in Alten- und Pflegeheimen, von Altenwohneinheiten und Altenteilwohnungen mit mindestens 50% der Bau- und Einrichtungskosten bis zur Höhe von 55000 DM je Platz.

- Errichtung je einer Sondereinrichtung in jedem Regierungsbezirk für desorientierte alte Bürger.
- Seniorengästeheime als Modelleinrichtungen fördern.“

Erholung im Alter?

„Nur wer neue Eindrücke sammelt, wird aus diesen Erlebnissen neue Kräfte aktivieren können. Die geistige Beweglichkeit wird durch Reisen und Ausflüge angeregt und unterstützt. In der bereits zitierten Untersuchung von Prof. Dr. Blume wird festgehalten, daß in den beiden letzten Jahren 41% der Senioren in Großstädten Urlaub machen konnten, daß es aber z. B. in den angegebenen Kleingemeinden des Fränkischen Waldes nur 2% gewesen sind! Ja, aus dieser Gegend waren 96% der Senioren in ihrem ganzen Leben noch nie in Urlaub! Hier kommt ein krasser Unterschied zwischen dem Wunsch nach neuen Erfahrungen der dort wohnhaften Senioren und der bitteren Wirklichkeit zum Ausdruck. 34% würden nämlich gerne in Urlaub fahren! Die Forderung, in unserem Lande die Zuschüsse für Altenerholungsmaßnahmen erheblich zu erhöhen, wird durch solche erschreckende Feststellungen untermauert:

Zuschüsse für Seniorenreisen und Altenerholungsmaßnahmen in Höhe von einer Million DM jährlich.

Dem gleichen Zweck, der Bereicherung des ‚Goldenen Alters‘, wie in den USA der dritte Lebensabschnitt genannt wird, dienen Seniorenbegegnungsstätten der verschiedensten Art. Heute sind solche Begegnungsstätten bei uns unter den Namen Altenklubs, Altengemeinschaften und ähnlichen Bezeichnungen bekannt.

Die Unterstützung solcher Einrichtungen sollte vor allen Dingen darauf abzielen, die Geschädigtengruppe einzugliedern. Es sollten also besonders solche Maßnahmen vornehmlich gefördert werden, die neben den Gesunden einen bestimmten Prozentsatz von Blinden, Gehbehinderten, Sprachgeschädigten oder anderen Behinderten aufnehmen. Die Forderung der SPD lautet:

Mittel für verschiedene Arten von Seniorenbegegnungsstätten (Altenklubs, Altengemeinschaften usw.) in Höhe von einer Million DM jährlich.“

Stiefkind der Bildungspolitik: Altenbildung

„Wichtig ist nur, daß man den Geist dauernd in Gang hält, um ihn zu steter Leistung zu befähigen!“ Mit diesen Worten präziserte Prof. Howard Curtiss auf dem internationalen Gerontologenkongreß in Kopenhagen den Anspruch der Senioren auf die Teilnahme an Bildungs- und kulturellen Veranstaltungen. Die Alterssoziologie hat erkannt, wie dringlich die Erwachsenenbildung im Bereich der Senioren ist. Hinzu kommt die Bedeutung der Vorbereitung der Bürger auf das Altern und das Alter.

Diese prophylaktische pädagogische Altenhilfe wird immer wichtiger. Dazu gehört auch die Verbesserung des Informationsflusses für die Senioren. Nicht ohne Grund hat die SPD bereits in ihrem Fraktionsantrag vom 13. November 1968 gefordert:

„Die Staatsregierung wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei Rundfunk und Fernsehen darauf hin, daß vermehrt Sendungen für alte Mitbürger ausgestrahlt werden.“

Es ist zu bedauern, daß nach wie vor Sendungen dieser Art nicht in größerem Umfange, besonders in den Nachmittagsstunden, gesendet werden. Die Ansätze hierfür sind sehr gering. Das Dritte Programm könnte hier eine wichtige Lücke füllen.

Ziel aller Vorstellungen der Sozialdemokraten ist es, zu erreichen, das Alter als höchste, verfeinerte Lebensstufe zu verstehen, und nicht als Lebensabend, Feierabend, Überalterung oder Vergreisung. Dringend zu fordern ist deshalb heute der Betriebsandragoge, der wesentliche Aufgaben in der Vorbereitung auf das Alter sehen muß. (Unsere Seminare: Gesundes Alter – erfülltes Alter arbeiten in diesem Sinne. Die Red.)

Der Landesaltenplan sieht für diesen Bereich vor:

„Als Modelleinrichtungen für Senioren werden gefördert:

- *Kulturelle Veranstaltungen*
- *Bildungsveranstaltungen, insbesondere in Zusammenarbeit mit Volks- und Heimvolkshochschulen.“*

Die Beratung der Senioren

„Hier handelt es sich um ein stark vernachlässigtes Gebiet. Der Senior, heute noch von der Gesellschaft sehr oft in die Vereinsamung gedrängt, benötigt viel mehr Rat und Hilfe als gemeinhin angenommen wird. Dieser Wunsch besteht nicht nur bei den materiell schlecht gestellten Senioren, sondern bei allen Schichten. Eine Beratungsgruppe muß Fachberater der verschiedensten Wissensgebiete aufweisen. Neben der Vermittlung aller wichtigen Erkenntnisse muß der einem solchen Team angehörende Sozialarbeiter sehr praktische Hilfeleistungen anbieten können:

Die allgemeine Lebensunsicherheit vieler Senioren muß durch die Beratung beseitigt werden. Der erbetene Rat muß sich sehr oft auf viele Bereiche erstrecken. Dazu gehören:

- *Altersgerechte Ernährung und Lebensweise;*
- *Auskünfte über altersgerechte Wohnungen;*
- *Beseitigung von Schwierigkeiten, die sich aus dem Spannungsfeld zwischen den Generationen ergeben oder deren Milderung;*
- *Kontaktaufnahme zu Gemeinschaften Gleichaltriger;*
- *Rentenberatung u. v. a. m.*

In der wiederholt zitierten Untersuchung von Prof. Blume gibt es Zahlenangaben über die Möglichkeiten der Senioren, sich über ihre eigenen Sorgen und Nöte aussprechen zu können. Während in der Großstadt immerhin 88% jemanden haben, mit dem sie sprechen können, ist es gerade dort, wo das Zusammenleben am engsten ist, nämlich in den kleinen Orten auf dem Lande, schlechter bestellt. Nur 73% der Senioren, die auf dem Lande leben, haben die Chance, ihre Sorgen und Nöte mit einem Dritten besprechen zu können. Von den im Seniorenplan geforderten Modellberatungsstellen sollten also zweckmäßigerweise zwei als mobile Beratungsstellen ausgestattet werden.

Im Plan der SPD ist vorgesehen:

„Errichtung je einer Modell-Seniorenberatungsstelle in jedem Regierungsbezirk.“

Ein brennendes Problem – Der Seniorenplan sagt dazu:

Immer mehr Senioren benötigen dringend Pflege

„Die größte Sorge vieler Senioren ist, ob sie bei eintretender Pflegenotwendigkeit die entsprechende Hilfe von Fachkräften bekommen können. Dies ist ein Problem, welches institutionell in diesem Zusammenhang bereits an anderer Stelle angesprochen wurde (Sondereinrichtungen für desorientierte alte Bürger).

Fast in allen Fällen wäre es möglich, dem kranken Senior die bisherige Häuslichkeit erhalten zu können, wenn es die bisherige Pflegekräfte gäbe. Auf Antrag von SPD-Abgeordneten hat der Bayerische Landtag am 1. Oktober 1970 beschlossen:

„Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend einen Krankenpflege-Schulplan zu entwickeln, um die notwendige Zahl von Ausbildungsplätzen in Alten- und Helferrinnenpflegeschulen zu erreichen.“

Die gegenwärtigen Ausbildungsplätze reichen bei weitem nicht aus, um den zu erwartenden zukünftigen Bedarf zu decken. Neueste wissenschaftliche Untersuchungen des Kölner Institutes von Prof. Dr. Blume an der Universität Köln bringen erschreckende Zahlen:

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der pflegebedürftigen alten Bürger verdoppelt und es wird befürchtet, daß sich die jetzt erreichte Zahl im kommenden Jahrzehnt erneut verdoppeln wird. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. Eine wichtige Rolle spielen dabei die starken beruflichen Belastungen, der hohe Anteil an Unfallverletzten in Beruf und Verkehr, neuartige Stoffe, welche Dermatosen hervorrufen und viele andere Einwirkungen auf die Senioren.

Zur Zeit werden in der Bundesrepublik jährlich etwa 7,5 Millionen Bürger stationär behandelt. Darunter befindet sich ein hoher Prozentsatz von Senioren. In Großbritannien hat bereits eine intensive Behandlung von Alterskranken begonnen. Dort wird angenommen, daß etwa 40 v. H., die früher als ‚Chroniker‘ abgestempelt wurden, heute durch intensive kurative und rehabilitative Möglichkeiten soweit wiederhergestellt werden, daß sie nach Hause entlassen werden können. Bei uns pendeln Senioren sehr oft in einem unheilvollen Kreislauf zwischen Wohnung und Krankenhaus. Oft ist ihnen der Zugang zum Krankenhaus versperrt. Es wird ihnen erklärt, daß eine Krankenhausbehandlung nicht mehr möglich sei.

Wer diese Probleme nicht erkennt und nicht rasch handelt, macht sich schuldig an der Not vieler Senioren!

Zielvorstellung muß es sein, so viele Altenpflegerinnen und Altenpfleger wie nötig auszubilden und weitere Heilberufe in den gleichen Dienst für den alten Bürger einzubeziehen. Die Hauspflege ist ebenso notwendig, wie ein ausgebauter Fußpflegedienst. Hauspflege und Heimhilfe können zudem die immer teurer werdenden Pflegeheime entlasten.

Im Seniorenplan der SPD heißt es deshalb:

„Zum Ausbau der Altenpflegeschulen und der Förderung der Altenpflegeberufe (Altenpflege, Hauspflege, Fußpflege usw.) werden Mittel in Höhe von 250 000,- DM bereitgestellt und zeitgemäße Ausbildungsvorschriften erlassen.“

Wie stehen wir zu unseren Senioren?

„In der Diskussion um die Probleme der Senioren werden immer wieder die großen finanziellen Belastungen ins Feld geführt. Dieses Argument ist sehr leicht mit der Belastungsquote unseres Volkes zu beantworten. Heute sollen 100 Bürger zwischen 15 und 65 Jahren für 62 Kinder und Senioren mitsorgen. In den Jahren 1871 bis 1910 mußten aber 100 Bürger im Alter von 15 bis 65 sogar für 65 Kinder und Senioren Sorge tragen. Zu glauben, daß damals mehr Senioren arbeiten mußten, heißt die spärlichen Zahlen unserer heutigen Situation nicht zu kennen. Selbst in unseren Tagen arbeitet in den westdeutschen Großstädten über das 65. Lebensjahr hinaus jeder 20. Arbeiter, jeder zehnte Angestellte und jeder zweite Freiberufler.“

Unsere Senioren haben durch ihre Vorleistungen, durch ihre Verdienste auf allen Sektoren unsere Welt von heute mitgeschaffen. Es ist ihr gutes Recht, an allen Errungenschaften unserer Zeit teilzuhaben.

Die Würde unseres Volkes wird daran zu messen sein, wie es zu seinen Senioren steht.“

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz

Vom 28. Februar 1972

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz vom 15. Februar 1957 (GVBl. S. 17) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 1 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) als Ehrenzeichen am Bande in zwei Klassen für 25jährige (Klasse 2 in Silber) und 40jährige (Klasse 1 in Gold) Dienstzeit beim Bayerischen Roten Kreuz.“

2. Art. 3 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Das Kreuz zeigt auf dem oberen Arm das kleine bayerische Staatswappen, auf dem unteren Arm die römischen Zahlen XXV oder XL.“

3. In Art. 5 wird nach Satz 1 folgender weiterer Satz eingefügt:
„Angehörige des Bayerischen Roten Kreuzes, denen in der Zeit vom 1. April 1957 bis zum 1. März 1972 das Ehrenzeichen am Bande in Bronze für 25jährige oder in Silber für 40jährige Dienstzeit verliehen worden ist, sind zum Tragen des Ehrenzeichens der höheren Klasse berechtigt.“

§ 2

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, das Gesetz über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz unter neuem Datum in der geänderten Fassung bekanntzumachen.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1972 in Kraft.

München, den 28. Februar 1972

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

2. Rundschreiben des Landesverbandes

Nr. 16 vom 8. 3. 1972: 16. Juristen-Erfahrungsaustausch über die Genfer Rotkreuz-Abkommen

Nr. 17 vom 7. 3. 1972: Maßnahmen bei der Pockenbekämpfung; hier: Neue Richtlinien des BStdl

Nr. 18 vom 13. 3. 1972: Mehrwertsteuer - Zuschüsse aus öffentlichen Kassen

Eilmitteilungen

vom 17. 3. 1972: Ehrungen und Auszeichnungen hier: Gesetz über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz vom 15. 2. 1957

AUSBILDUNGSWESEN

3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 5. 6. bis 16. 6. 1972

Nr. 21 vom 5.- 9. 6. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Niederbayern/Oberpfalz

Nr. 22 vom 12.-16. 6. 1972: Zugführer

KRANKENTRANSPORT

4. Beitritte zum Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Bayerische Versicherungskammer / Bayerische Beamtenkrankenkasse mit Krankenkasse bayer. Erzieher - Hochschulkrankenversicherung (HKV), 8 München 22, Thierschstraße 48, ist dem Krankentransport-Rahmenvertrag beigetreten.

Wir bitten, das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner auf Seite 58 entsprechend zu ergänzen.

Die Sozialhilfeverwaltung Aschaffenburg/Land ist mit Wirkung vom 28. 2. 1972 dem Krankentransport-Rahmenvertrag beigetreten.

Wir bitten, das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner auf Seite 44 entsprechend zu ergänzen.

Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Herr Richard Hoffmann, 8031 Gröbenzell, Postfach 250, Telefon (08142) 6844 u. 7401 sucht einen Mercedes Sanka, mit langem Radstand und hohem Aufbau (Binz) ab Baujahr 1968, gebraucht oder Frontal-Unfall.

Kreisverbände, die ein solches Fahrzeug abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit Herrn Hoffmann in Verbindung zu setzen. Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen jedoch alle Krankentransport-Einrichtungen sowie Blaulicht, Sondersignal und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

TOTENEHRENTAFEL

Dr. med. Georg Baumgartner †

Am 13. Februar verstarb plötzlich und unerwartet Dr. med. Georg Baumgartner, langjähriger Chefarzt des Rotkreuzkrankenhauses II in München.

Seine erfolgreiche Tätigkeit als Chirurg und seine außergewöhnlichen ärztlichen Fähigkeiten haben dem Krankenhaus - insbesondere auch auf dem Gebiet der Unfall-Chirurgie - ein hohes Ansehen in breiten Kreisen der Münchener Bevölkerung verschafft. Dr. Baumgartner hat sein unermüdeliches Bemühen um das Wohl seiner Patienten in wahrstem Sinne als seine Lebensaufgabe angesehen.

Dr. Georg Baumgartner, geboren am 3. April 1911 in Schweinfurt, begann 1932 in München mit dem Studium. Nach dem Staatsexamen arbeitete er im Kreis Krankenhaus München-Perlach und übernahm 1943 die truppenärztliche Betreuung im Polizeikrankenhaus Wien. 1944 erfolgte die Berufung als Chefarzt der chirurgischen Abteilung an das Polizeikrankenhaus Hamburg. 1946 wurde Dr. Baumgartner Vertreter des Chefarztes der chirurgischen Abteilung im Rotkreuzkrankenhauses I und 1955 Chefarzt der chirurgischen Abteilung im RK II.

Für seine großen Verdienste hat der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes Herrn Dr. Baumgartner am 8. 5. 1968 das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes verliehen.

Das Bayerische Rote Kreuz wird diesem wegen seiner Offenheit und Gradlinigkeit liebenswerten Menschen ein ehrendes Andenken bewahren.

*

Wir gedenken ferner in Ehrfurcht und Dankbarkeit des am 20. 1. 1972 verstorbenen langjährigen Schatzmeisters des Kreisverbandes Hersbruck,

Herrn Walther Metzeler,

Träger des DRK-Ehrenzeichens.

SANITÄTSKOLONNEN

5. Landesausschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen

Wieder einmal erwies sich am 4./5. März das Kreisjugendheim Dinkelscherben im Landkreis Augsburg als ideale Tagungsstätte: ruhig gelegen, mit schönem Blick ins Zusamtal, gediegener Ausstattung, eigenem Schwimmbad, hervorragender Küche, einer sympathischen Heimleitung – kurz allen Voraussetzungen, eine von Tagesordnungspunkten vollgespickte Landesausschuß-Sitzung in menschlich erträglichem Rahmen ablaufen zu lassen.

Landesausschußvorsitzender Oberregierungsmedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier sprach daher in aller Namen, als er vorweg dem gastgebenden Bezirksverband Schwaben, an seiner Spitze Bezirksgeschäftsführer Ferdinand Schuster, herzlichsten Dank für die Einladung nach Dinkelscherben und die Vorbereitung der Tagung aussprach. Ein herzliches Grußwort widmete er Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer, dessen besonderes Anliegen es sei, am Leben der Gemeinschaften teilzunehmen. Entschuldigen mußte Dr. Kammermeier den Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel, sowie Vizepräsident Senator Dr. Kläß. Für den gastgebenden Bezirksverband begrüßte Bezirkstagspräsident Josef Fischer die Tagungsteilnehmer recht herzlich und empfahl als Begleitmotiv der Tagung die Devise: „Kameradschaft soll die Pflichtübung versüßen!“ Sie kam denn auch am Abend bei einer „Schwäbischen Brotzeit“, mit musikalischen Schmankerln des Augsburger Humoristen Doll und seinem Ensemble gewürzt, voll zum Durchbruch. Von der Menschlichkeit gegenüber allem Fortschritt der Technik, die auch im Roten Kreuz nicht untergehen dürfe, sprach denn auch Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer in einem kurzen Grußwort. Die Rotkreuzgemeinschaften, so meinte er, seien die „geborenen“ Träger dieser Menschlichkeit. Sie blieben ein unverzichtbarer Bestandteil des gesamten Roten Kreuzes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung billigten die Landesausschußmitglieder die Niederschrift des Ergebnisprotokolls der letzten Landesausschuß-Sitzung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Leistungsvergleich der Stufe I und Vorbereitung zum Leistungsvergleich der Stufe II“ resümierte der Chefarzt des Bezirksverbandes Schwaben, Dr. Gerlach, Gersthofen, noch einmal die Auffassung der bayerischen Sanitätskolonnen, der sich auch die Frauenbereitschaften angeschlossen haben, wonach der traditionelle Sanitätswettbewerb als „kleine Olympiade der Kolonnen“ nur die Heranzüchtung einiger weniger Spitzengruppen erbracht habe, daß in der Gegenüberstellung von Siegern und Besiegten die Bereitschaft zum Mitmachen erlahmt, vor allem aber eine breitgestreute Ausbildungsarbeit, die jedem zugute kommen sollte, dabei auf der Strecke geblieben sei. Sinn eines solchen Wettbewerbes müßte aber die Beteiligung möglichst Vieler sein, um so das allgemeine Ausbildungsniveau anzuheben und zu einem Gewinn für die gesamten Kolonnen und Bereitschaften werden zu lassen. Diese Voraussetzungen seien beim nunmehr eingeführten Leistungsvergleich gegeben. Jeder Teilnehmer könne das gesteckte Ziel erreichen und in der stufenweisen Qualifizierung sich ein Höchstmaß an Kenntnissen aneignen, was wiederum dem gesamten Roten Kreuz zugute komme. In diesem Sinne dürften dann wohl auch das Generalsekretariat und die übrigen Landesverbände dem bayerischen Beispiel folgen, hoffte Dr. Gerlach. Als Ergebnis des ersten Durchgangs, der noch nicht überall abgeschlossen sei, müsse schon heute festgehalten werden, daß das Ausbildungsniveau allgemein angehoben werden müsse. Die relativ breite Schwankung der Beteiligungszahlen und die recht unterschiedliche Erfolgsquote im Gesamtbereich des Bayerischen Roten Kreuzes lasse den Schluß zu, daß auch der Ausbildungsstand innerhalb der einzelnen aktiven Gemeinschaften recht unterschiedlich sei. – Sowohl die Beteiligungs- wie die Erfolgsquote reicht von 10–80%, wie sich aus den Berichten der einzelnen Bezirksverbände entnehmen ließ. Eine breite Diskussion fand das von den Lehrbeauftragten erarbeitete Protokoll zur Durchführung des Leistungsvergleichs der Stufe II und III, bei dem der Teilnehmer den Beweis zu erbringen habe, „daß er alle Maßnahmen beherrscht, um im Sanitätseinsatz ein vollwertiger Helfer des Arztes zu sein“. Als Voraussetzung zur Teilnahme müsse neben der Absolvierung der Stufe I die erfolgreiche

Teilnahme an der Sonderausbildung Herz-Lungen-Wiederbelebung nachgewiesen werden, dazu eine ausreichende, mindestens 2jährige Vorbereitung nach den Ausbildungsunterlagen des Landesverbandes. Ergebnis einer langen Diskussion war der Vorschlag, den gesamten Leistungsvergleich der Stufen I–II–III im Zweijahresturnus, also nach 2 – 4 – 6 Jahren Vorbereitung durchzuführen, um eine ausreichende Qualifikation und Niveaugleichheit sicherzustellen. Schon das Ausbildungsziel der einzelnen Stufen zwingt zu einem solchen Turnus. In Stufe I die aktive Mitarbeit in einer Rotkreuzgemeinschaft, abgeschlossene Erste-Hilfe- und Sanitätsausbildung, wobei für letztere die Einteilung in zwölf Abschnitte nicht mit zwölf Doppelstunden gleichgesetzt werden dürfe. (In der Tat scheint hier die Ausbildungspraxis sehr voneinander abzuweichen, von 24 Stunden auf 40 und mehr). Die Qualifikation in der Stufe III schließlich solle dem Absolventen bestätigen, „daß er im Katastropheneinsatz und im Rettungsdienst die in seiner Gemeinschaft anfallenden Aufgaben erfüllen kann“. Hier ist also die erfolgreiche Teilnahme an einem Fachlehrgang URD/KTP bzw. Schwesternhelferinnenlehrgang für die Mitglieder der Sanitätskolonnen und Bereitschaften, analog an einem Fachlehrgang der Berg- und Wasserwacht für die Mitglieder dieser Gemeinschaften obligatorisch. Nach Meinung der Lehrbeauftragten ist „nur so unter den derzeitigen Bedingungen eine durch den Landesverband gesteuerte einheitliche Ausbildung bis in die letzte Rotkreuzgemeinschaft möglich“. Zusätzlich verfüge das BRK unter diesen Umständen über eine ausreichende Anzahl für den Rettungsdienst qualifizierter Fachkräfte, die in der Lage seien, auch im Hinblick auf die Mitwirkung im Sanitätsdienst des Erweiterten Katastrophenschutzes ihre Aufgaben vorbildlich zu lösen. Unter Billigung dieser Grundsätze war die Mehrheit der Landesausschußmitglieder dagegen, der Bonner Bitte zu entsprechen, wieder mit einer Auswahlgruppe am Bundessanitätswettbewerb teilzunehmen. Dem Prinzip der Absage an die Entwicklung von „Stargruppen“ werde durch eine solche Beteiligung widersprochen, zumal sie in diesem Falle nur optischen, aber keinen qualitativen Charakter habe. Demgegenüber wurde noch einmal die Hoffnung bekräftigt, daß sich die übrigen Landesverbände dem bayerischen Modell anschließen. Ein Placet bewilligten die LAS-Mitglieder dem Vorhaben einer Münchner Gruppe, sich auch heuer wieder an einem internationalen Erste-Hilfe-Turnier, diesmal in Luxemburg, zu beteiligen. Die Münchner Gruppe hatte sich wiederholt auf den ersten Plätzen rangieren können. Doch tragen die Wettkämpfe mehr den Charakter eines Freundschaftsspiels denn eines harten Vergleichswettkampfes elitärer Gruppen.

Punkt 2 der Tagesordnung betraf die „Mitwirkung der Sanitätskolonnen im K-Schutz“, zu der einleitend Abteilungsleiter Karl Berger vom BRK-Präsidium von der letzten Sitzung des K-Ausschusses auf Bonner Ebene berichtete. Bezüglich der vom Bund erlassenen Verwaltungsvorschriften, zu denen der Bundesrat eine Reihe von Änderungswünschen vorgelegt habe, seien nicht alle DRK-Wünsche erfüllt worden. Mit Sicherheit könne an den Verwaltungsvorschriften, die vor allem auch die Kosten für Ausbildung und Ausrüstung regeln, nichts mehr geändert werden. Im Zuge der weiteren Entwicklung seien daher mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern entsprechende Gespräche zu führen, die auch die Kostenfrage auf Länderebene miteinschließen. Von besonderer Bedeutung auf dem Gebiet des Erweiterten Katastrophenschutzes sei die Einordnungsweisung aus Bonn, derzufolge es in Zukunft keine Regieeinheiten mehr geben werde. Bei der Wahrung voller Freizügigkeit für den einzelnen freiwilligen Helfer solle die Einordnung bis Ende 1972 abgeschlossen sein. Besondere Bedeutung komme der Verpflichtungserklärung gegenüber dem Roten Kreuz zu, betonte Berger, empfahl aber, die ganzen Vorgänge mit Gelassenheit zu betrachten. Nachdem die Fahrzeuge des Erw. K-Schutzes auch in Friedenszeiten eingesetzt werden sollen, böten sich dem Roten Kreuz gewisse Vorteile, die es nutzen sollte. Der stellv. LAS-Vorsitzende, Stadtpfarrer Weiher, Kempten, richtete die dringende Bitte an die Kreiskolonnenführer, mit den früheren Regieeinheiten Kontakte aufzunehmen, um die Überleitung einzuleiten. Der Referent der Sanitätskolonnen, Hans Dönhöfer, empfahl, diese Aufgabe den Bezirksausschüssen gemeinsam mit den Bezirksgeschäftsführern zu übertragen. LAS-Vorsitzender Dr. Kammermeier pflichtete diesem Vorschlag bei. Eine rege Diskussion entspann sich zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht der Gerätekommission“, zu dem Kamrad Rosenhauer,

Ansbach, über die 1. Arbeitstagung dieser Kommission vom 17. 2. 1972 berichtete. Der Niederschrift gemäß haben an dieser Sitzung teilgenommen:

Die Mitglieder Herr Rosenhauer, Ansbach,
Herr Dr. Ehler, Landesarzt der Sanitätskolonnen,
Herr Kolm, Deggendorf, und
Herr Haas, BRK-Präsidium; ferner

die sachverständigen Mitarbeiter

Herr Dr. Starke und
Herr Schönberger von der BRK-Apotheke und
Beschaffungsstelle

sowie Herr Dönhöfer zur Protokollführung.

Die Mitglieder der Gerätekommission wählten Herrn Rosenhauer, Ansbach, zum Verantwortlichen in der Gerätekommission. Die Gerätekommission will nach folgendem Prinzip arbeiten:

1. Das gesamte Gerät und die Ausrüstung der Sanitätskolonnen, sowie des URD/KTP zu überprüfen und dem LAS sowie dem KTP-Ausschuß Vorschläge für Verbesserungen machen.
2. Soweit Gerät und Ausrüstung vom Normenausschuß geprüft und zur Einführung beschlossen ist, will sich die Gerätekommission um Verbesserungsvorschläge bemühen und Verbesserungen im Rahmen der Norm empfehlen.
3. Gerät und Ausrüstung vor der Einführung zu erproben. Die Kreisverbände Ansbach, Aschaffenburg, Deggendorf, Kaufbeuren, Freising und München sollen gebeten werden, die Erprobung jeweils durchzuführen.

In der Sitzung am 17. 2. 1972 hatte sich die Gerätekommission mit folgender Tagesordnung zu befassen:

- Weiße Schutzbekleidung für Sommer und Winter u. a.
- Prüfung und Einführung eines Schutzhelmes
- Überprüfung der K-Ausrüstung San.

Als Ergebnis der Tagung sollte dem LAS und dem KTP-Ausschuß folgende Empfehlung zur Beschlußfassung vorgetragen werden: *Schutzbekleidung für das Personal im URD und KTP*

1. Nachdem die weiße Schutzbekleidung vom Landesvorstand beschlossen ist, ist die Frage zu klären, welche Variation bei sehr heißer Witterung zulässig sein soll.

Die Gerätekommission schlägt vor:

Weiße Hose der Grundausrüstung und weißer Pulli oder weißes kurzärmeliges Frotteehemd, RK-Abzeichen auf der linken Brustseite, entweder aufgedruckt oder als Steckabzeichen. Segeltuch- oder Lederschuhe mit weißer Kunststoffauflage, weiße Mütze mit Schild (ähnlich der Mütze des Sanitätspersonals bei den Olympischen Spielen).

2. war die Frage offen, welche Variation im Winter getragen werden soll.

Hier der Vorschlag der Gerätekommission:

Schutzanzug mit warmem weißem Pulli, gefütterte Gummistiefel mit Gummizug um die Waden, daß kein Schnee in die Stiefel gelangen kann. Eine weiße Mütze, zu der ein Strickband als Ohrenschilder getragen werden kann oder Schutzhelm.

Der für den Winter ursprünglich vorgesehene Vistram-Anzug (Kunststoff) wurde abgelehnt und festgestellt, daß, solange kein atmungsaktives Material entwickelt ist, der Anzug nicht in Frage kommen kann.

3. In Regenzeiten soll zur Grundausrüstung ein kurzes weißes Regenkeep getragen werden und ein Schutzhelm.
4. Kopfbedeckung.

Die unter 1. und 2. beschriebene Mütze soll nur dann getragen werden, wenn die Witterung eine Kopfbedeckung erfordert. In Unfallsituationen oder bei Einsätzen mit Unfallgefahr oder wenn es die Witterung erfordert, soll ein weißer Schutzhelm aus Kunststoff getragen werden, wie er von der Tiefbauberufsgenossenschaft entwickelt wurde und dort eingeführt ist. Der Helm ist geprüft und zugelassen, leicht an Gewicht und billig in der Anschaffung. Die Apotheke ist bemüht, den Helm mit drei 6 cm großen Rotkreuzabzeichen zu versehen und einen günstigen Verkaufspreis festzulegen.

Dieser Helm könnte im K-Einsatz von den Mitgliedern der aktiven Gemeinschaften als Schutzhelm getragen werden und die bisherigen Formen ablösen, die vereinzelt getragen werden.

In der gleichen Sitzung wurde die K-Ausrüstung San. besprochen und dabei festgestellt, daß diese vom Sanitätsausschuß des DRK kürzlich überarbeitet wurde, so daß kein Anlaß bestand, näher auf die Sache einzugehen. Der nicht zur Normausstattung gehörende Beleuchtungssatz (Aggregat und Scheinwerfer) solle in der nächsten Sitzung beraten werden. Ebenfalls die Ausrüstung des RTW und KTW und das gesamte Reanimationsgerät.

In der anschließenden Diskussion betonte Herr Berger, daß die weiße Schutzbekleidung auch DRK-seits beschlossene Sache sei. Das gelte auch für den weißen Schutzhelm. Lediglich bezüglich der Winterbekleidung sei man noch zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen. Heinz Wescheufelder, Coburg, betonte, daß das BRK zu einer einheitlichen Kleiderordnung kommen müsse. „Wir haben verschiedenste Uniformstoffe“, beklagte er den derzeitigen Zustand und forderte, „bei uns selber anzufangen.“ Bezirksgeschäftsführer Ferdinand Schuster trug die „schwersten Bedenken“ der schwäbischen Kreisgeschäftsführer gegen die weiße Bekleidung vor. Bezüglich der Kunststoffbekleidung habe das Bundeswehr-Rettungszentrum Ulm sehr positive Erfahrungen gemacht. Hinsichtlich der Argumente gegen die weiße Schutzbekleidung hob Dr. Kammermeier hervor, daß im ganzen Lande in dieser Frage weitgestreut eruiert und dabei überwiegend für die weiße Bekleidung plädiert worden sei. Dieser Auffassung schloß sich neben den Vertretern Ober-/Mittelfrankens für Niederbayern/Oberpfalz auch Herr Philipp und für Unterfranken Herr Schwartz an. In einzelnen Landkreisverbänden im Bereich Niederbayern/Oberpfalz würden alternativ weiße Mäntel getragen, ergänzte Kurt Philipp. Dem Argument von Herrn Wenglein, daß gerade das KTP-/URD-Personal in ländlichen Kreisverbänden während der Arbeitszeit auch Wagenpflege betreiben müsse, widersprach Dr. Kammermeier mit der Feststellung, daß es auch bisher nicht üblich gewesen sei, in Einsatzkleidung zu arbeiten. Ein genereller Gegenbeschluß gegen die weiße Einsatzkleidung sei nach dem einstimmigen Votum des Landesvorstandes nicht möglich, stellte der Landesausschußvorsitzende abschließend fest. Dr. Kammermeier selbst referierte zu Punkt 4 über die letzten beiden Sitzungen des Bundesmännerausschusses, der sich u. a. mit der Neuorientierung des Jugendrotkreuzes gemäß den „Wewelsburger Beschlüssen“, dem Generationenproblem schiedlich, der Führerausbildung nach bundeseinheitlichen Richtlinien insbesondere für die führungstechnische Ausbildung, mit der stärkeren Hereinnahme von Ersatzdienstleistenden u. a. m. befaßt hatten. Zur Sprache kam bei gleicher Gelegenheit die Neuorganisation innerhalb des Generalsekretariates, die „Ordnung des BMA“, seine koordinierende Funktion zwischen den Gemeinschaften und seine beratende Funktion in Bezug auf das DRK-Präsidium. Kammermeier erinnerte in diesem Zusammenhang an die gemeinsamen Arbeitstagungen der Männer und Frauen in Berlin und appellierte abschließend an die LAS-Mitglieder wie die einzelnen Kolonnenführer im Lande, sich verstärkt mit den jungen Menschen zu befassen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung berichteten die Vertreter der einzelnen Bezirksausschüsse über die „Ausbildung im Rettungsdienst, Fachlehrgang und Krankenhauspraktikum“, wobei sich Schwerpunkte bei Wochenendlehrgängen wie geschlossenen Wochenlehrgängen gemäß der Beteiligung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern abzeichneten. Es versteht sich von selbst, daß das ehrenamtliche Personal in der Hauptsache nur an Wochenenden zu gewinnen ist. Beim Krankenhauspraktikum habe sich das Fehlen eines ständigen Betreuers negativ ausgewirkt, wußte Herr Schuster aus Schwaben zu berichten. Gute Erfahrungen habe der BV Ober-/Mittelfranken mit seinen 4-Wochen-Praktiken im Krankenhaus Coburg gemacht. In Niederbayern/Oberpfalz habe man sich mit dem 2mal-14-Tage-Praktikum beholfen, um einer ausreichenden Zahl hauptamtlicher Sanitäter die Herauslösung aus dem jeweiligen Kreisverband zu ermöglichen. Oberbayern habe in den zurückliegenden 4 Jahren 14 Lehrgänge mit 224 Teilnehmern, 174 haupt- und 50 ehrenamtlichen, durchgeführt. Von Freising wußte Dr. Ehler zu berichten, daß 5 Freisinger Sanitäter mit großer Begeisterung gleich ein 8-Wochen-Praktikum im Krankenhaus bei teilweiser Entlohnung abgeleistet hätten. Eine leidenschaftliche Diskussion entspann sich in diesem Zusammenhang noch einmal mit dem Antrag der Sanitätskolonnen auf Zuerkennung des Titels „Rettungssanitäter“ auch für ehrenamtliche Mitarbeiter, bzw. die dafür geforderten Einsatznachweise. An den Engeren Landesvorstand erging hierbei die Bitte, den Antrag baldigst zu verabschieden. Herr Berger verwies noch einmal auf die Tatsache, daß auch bei einer zügigen Erhöhung des hauptamtlichen Personals auf den ehrenamtlichen Helfer nicht verzichtet werden könne, er dann aber auch die gleiche Ausbildung erfahren müsse. Oberstabsarzt Dr. Baldermann stellte die Frage, welche Voraussetzungen ein Zeitsoldat mitbringen müsse, wenn er bei der Kolonne Dienst machen und den Titel „Rettungssanitäter“ erwerben wolle. Dr. Kammermeier versprach, die ganze Angelegenheit im Engeren Landesvorstand forciert zu betreiben und die LAS-Mitglieder bis spätestens 1. 6. 1972 über das Ergebnis zu informieren. (Fortsetzung in der Mai-Ausgabe)

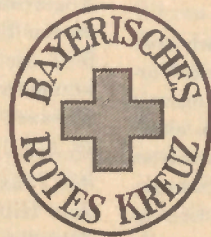
MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 5

15. Mai 1972



B 21 345 E

Inhalt des Blattes 5:

Die Seite 1 –

heute den großen und kleinen Spendern zur Verbesserung des Rettungswesens gewidmet

Die Solidarität des Roten Kreuzes

von Henrik Beer, Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften (II)

100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern

– Zeittafel zur Gründungsgeschichte der Rotkreuzschwesternschaft München

VdK schenkte dem Roten Kreuz 2 Rettungswagen

Beschränkung zulässiger Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge von Oberregierungsrat Walter Hillgärtner, Würzburg

Landeskomitee stellt Weichen für die Zukunft

– BRK zieht mit der Gebietsreform gleich – Die Rotkreuzarbeit wird keine Beeinträchtigung erfahren (Änderung der Satzung der Wasserwacht; Ergänzungswahlen zum Landesschiedsgericht; Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des BRK; Einsatz Hauptreisezeit 72 und zur Olympiade in München)

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landeschule Deisenhofen für die Zeit vom 4.7.–28.7.1972

Personalfragen: 3. Beiköchin für Kindererholungsheim Bischofsried gesucht; 4. Kreisverband Pfaffenhofen a. d. Ilm sucht Sanitäter. 5. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Krankentransport: 6. Änderung zum Krankentransport-Rahmenvertrag

7. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Die Seite 1 –

heute den großen und kleinen Spendern zur Verbesserung des Rettungsdienstes gewidmet

Schon immer war es uns ein Anliegen, die Spender zu benennen, die uns mithelfen, die dringend benötigten Kranken- und Rettungswagen zu beschaffen. Oft können sie aus kleinen und größeren Spenden der Bürger, nicht selten aber auch mit Schecks von Institutionen, Firmen oder Verbänden angeschafft werden. Hier einige Spender zu nennen, ist uns zugleich Anlaß und Bedürfnis, ihnen herzlich Dank zu sagen.

Der Rotary-Club Rosenheim-Bad Aibling überreichte an den Kreisverband Rosenheim 8000 Mark und dem KV Bad Aibling 5000 Mark zur Beschaffung eines Rettungswagens. Bei der Übergabe der Spenden sagte der Vorsitzende des Rotary-Clubs, Dr. Lothar Lauble: „Die Unvernunft auf den Straßen vermögen wir nicht abzustellen, uns verbleibt aber die Pflicht, den verletzten Mitbürgern und den oft unschuldig Schwerverletzten eine optimale Lebenschance zu bieten.“

In Regensburg konnte durch die Hilfe der Bevölkerung aus Kleinspenden ein Überland-Krankentransportwagen, der speziell für den Transport von Nerven- und Seuchenkranken und für lange Fahrten bei der oft notwendigen Verlegung von Verletzten und Kranken ausgerüstet ist, in Dienst gestellt werden.

Der Kreisverband Kulmbach hatte besonderes Glück. Ihm war Fortuna hold: Im Rahmen der Sendung „Dalli-Dalli“ im Zweiten Deutschen Fernsehen gewannen sie nicht nur den vom Rateteam der Sendung zur Verfügung gestellten Gewinn, sondern auch zusätzlich durch Losziehung den von der vorhergegangenen Sendung zur Anschaffung eines Rettungswagens vorgesehenen Betrag aus dem Ratespiel der „Schnelldenker“.

Zu den insgesamt 13 500 Mark spendete der Vorsitzende der Vereinigung zur Förderung des Backwarenabsatzes aus Harsdorf spontan weitere 500 Mark.

Der Verband der Heimkehrer Rosenheim überreichte dem Kreisverband 200 Mark, ein Betrag, der zum großen Teil aus den bescheidenen Rentenbezügen der Mitglieder gesammelt wurde.

Die stolze Summe von 2000 Mark für einen Rettungswagen konnte dem Kreisverband Burglengenfeld nach einem Wohltätigkeitskonzert des Werkorchesters der Eisenwerke „Maxhütte“ übergeben werden. An Spenden für den Rettungswagen ging eine 10 000-Mark-Spende des Portland-Zementwerkes, 570 Mark von unbekanntem Spendern, 5000 Mark des Landkreises und 19 500 Mark des Kuratoriums Rettungsdienst Regensburg voraus.

Die Stadt- und Kreissparkasse Deggendorf überreichte dem KV Deggendorf für einen Rettungswagen 30 000 Mark.

Aus dem Erlös des großen Wohltätigkeitsballes in Passau kam für einen Unfallrettungswagen ein hoher Teilbetrag zusammen. Dazu kamen Einzelspenden und der Erlös des erfolgreichen ersten Flohmarktes in Passau für einen zweiten Wagen. Insgesamt erbrachten beide Veranstaltungen plus Spenden 60 909 Mark (Nettobetrag des Flohmarktes 29 500 Mark).

Allen gleichgerichteten Aktiven im Lande wünschen wir im Sinne der obigen Bilanz den erhofften, vollen Erfolg.

Sa.

Die Solidarität des Roten Kreuzes

von H. Beer, Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften

II.

Zusammenarbeit und Solidarität

Gleich nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs brach eine neue Epoche für das Rote Kreuz an. Es hatte aus dem Versagen des internationalen Systems der Zwischenkriegszeit seine Lehren gezogen und befand sich plötzlich in einer neuen Welt, die keinen echten Frieden mehr kennen sollte; es war aber gezwungen, in einem Gleichgewicht des Schreckens zu leben, und suchte daher nach einem neuen Gleichgewicht. Seit 1945 muß es sich an eine Welt anpassen, die ideologisch in zwei entgegengesetzte mächtige Blöcke geteilt ist.

Die Weiterführung seiner Mission und die Vorbereitung seiner Zukunft werden eine neue Aufgabe sein, die sich der Rotkreuzsolidarität stellt.

Für jene, die das Glück hatten, dem Roten Kreuz schon während des Krieges dienen zu können, ist es bezeichnend und beruhigend zugleich festzustellen, daß die vom Kriege aufgerissenen Wunden, die heftigen Zurschaustellungen des neu entfachten Nationalismus in keiner Weise das Werk des Roten Kreuzes beeinträchtigen.

Das Rote Kreuz findet sogar in dieser erschütterten, nach einem neuen Weg suchenden Welt neue Gründe, um seine Tätigkeit zu entwickeln. Die ersten Rotkreuzkonferenzen nach dem Kriege fanden 1946 in Oxford und 1948 in Stockholm statt; Vertreter der gestern noch kriegführenden Länder nahmen an ihnen teil. Zum ersten Mal und restlos einstimmig waren die Vertreter der Regierungen und das Rote Kreuz bestrebt, die Rechte und Pflichten der Liga schriftlich niederzulegen, damit sie die Grundsätze des Roten Kreuzes in die Tat umsetzen kann. Die Solidarität wurde schließlich ein für die Tätigkeit des Roten Kreuzes anerkannter Grundsatz.

Es ist auch allgemein bekannt, daß sowohl in Oxford wie auch in Stockholm über so grundsätzliche Probleme wie die Herstellung des Friedens, die Verletzungen der Genfer Abkommen, die unterschiedslose Anwendung von Waffen, die Atomgefahr, die Tätigkeit der nationalen Gesellschaften zugunsten der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten und die neutrale und unabhängige Vermittlerrolle des Roten Kreuzes in politischen Konflikten diskutiert wurden. Nur selten wurden Entscheidungen getroffen, die nicht einstimmig angenommen wurden; dies beweist, daß auch die Gesellschaften der Staaten, die in scharfem Gegensatz zueinander standen oder einander nicht anerkannten, darauf Wert legten, mit allen anderen Gesellschaften solidarisch zu sein, um die Einheit des Roten Kreuzes zu betonen und die Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auf denen das Erfordernis bestand, wieder neu zu stimulieren.

Das Nachkriegswerk war eine Lehre der Solidarität, aber auch des Muts für viele nationale Gesellschaften, die bei dem Wunsch, an bestimmten Aktionen teilzunehmen, nicht zögerten, sich der negativen Reaktion oder Kritik der Behörden ihres Landes auszusetzen.

In dieser zwiespältigen Rolle der nationalen Gesellschaften, die einerseits unabhängige freiwillige Organisationen und andererseits halbstaatliche Hilfsgesellschaften der Regierungen waren, stellte die Solidarität, die sie in bestimmten Fällen an den Tag legten, die Quelle interner Konflikte dar und erschwerte ihre Aufgabe erheblich. Doch sehr oft hatten die Leiter dieser Gesellschaften trotz dem Druck der

Regierungen ihrer Länder den Mut, standzuhalten und diesen Behörden die Verantwortung in Erinnerung zu rufen, die sie durch ihre Unterzeichnung der Genfer Abkommen und die Anerkennung der Grundsätze des Roten Kreuzes auf sich genommen hatten.

Man versteht die Solidarität des Roten Kreuzes besser in der Praxis als bei Versammlungen. Sie wurde der Welt bei den Hilfsaktionen für die Ärmsten der Armen am eindringlichsten vor Augen geführt: bei der Lösung des Problems der Flüchtlinge in Palästina 1948–1950, in Südkorea von 1950–1952, im Jahre 1949 anlässlich der Repatriierung von 25 000 griechischen Kindern, 1954 in Vietnam, 1956 in Österreich, in Jugoslawien, in Ungarn usw. All diese Hilfsaktionen werden immer umfassender, legen der Liga immer schwerere Opfer auf und stellen die Rotkreuzsolidarität auf eine harte Probe, wie z. B. in den Jahren von 1959–1962 bei der Hilfeleistung an algerische Flüchtlinge in Marokko und Tunesien und ihre Wiedereingliederung oder wie es seit 1966 bis in die Gegenwart in der Republik Vietnam der Fall ist.

Die plötzlich hereinbrechenden Naturkatastrophen rütteln die Öffentlichkeit angesichts des Unglücks wach und lösen eine spontane brüderliche Haltung den Opfern gegenüber aus. Seit der im Jahre 1953 organisierten Luftbrücke, durch die den Opfern der Überschwemmungen an der Nordseeküste Hilfsgüter geschickt wurden, bis zur riesigen Hilfsaktion für die Opfer des Erdbebens in Peru 1970 hat die Liga durchschnittlich alle drei Wochen zur Hilfe aufgerufen. Von 1957–1965 weckten 74 Hilfsaktionen die internationale Solidarität und gestatteten, den Geschädigten Hilfsgüter im Wert von schätzungsweise 270 Millionen Schweizer Franken zukommen zu lassen. Zu dieser Zahl ist noch die stattliche Hilfe hinzuzufügen, die von den nationalen Gesellschaften im Rahmen der vom IKRK in Konfliktzeiten geführten Hilfsaktionen geleistet wurde. Es sei hier nur an die für die Opfer des nigerianischen Konflikts geführte Hilfsaktion erinnert, die es 35 nationalen Gesellschaften und zahlreichen privaten Organisationen gestattete, eine auf 32 Millionen Schweizer Franken geschätzte Hilfe zu leisten.

Es ist ganz normal, daß etwa 20 Gesellschaften der sogenannten reichen Länder regelmäßig zu den Spendern jeder internationalen Hilfsaktion des Roten Kreuzes gehören. Aber ist es nicht wichtiger, die Beiträge zu erwähnen, die die kleinen nationalen Gesellschaften, jene der weniger begünstigten Länder, bei großen Katastrophen im Rahmen der Hilfsaktionen zu leisten wünschen? Darf eine Gesellschaft, die ihrerseits Hilfe von außen erhält, ihre mageren Mittel schmälern, um anderen zum Nachteil ihrer eigenen Entwicklung zu helfen? Praktisch mag eine solche Handlungsweise heikel erscheinen, aber im Rahmen der Solidarität des Roten Kreuzes kann man andererseits eine Gesellschaft, die anderen helfen möchte, nicht daran hindern. Die Bezeichnung „Schwesterngesellschaften“ war nie so zutreffend wie angesichts dieser ergreifenden Beispiele der Rotkreuzsolidarität.

Aber es sind nicht nur die vom Roten Kreuz beigesteuerten Milliarden von Schweizer Franken, die der Solidarität ihren wahren Sinn verleihen. Es ist auch die Schnelligkeit, mit der die Entscheidungen getroffen werden, die Möglichkeit, handeln zu können, ohne Genehmigungen oder Be-

stätigungen abwarten zu müssen; da ist der verwaltungstechnische Apparat, der Hilfsgüter entgegennimmt und der sich von Tag zu Tag im Rahmen der nationalen Gesellschaften verbessert, in der „Kette der Katastrophen“. All diese Faktoren haben dem Roten Kreuz eine Vorzugstellung verliehen, die jetzt auch von den Vereinten Nationen und den anderen Organisationen anerkannt wird. Diese Stellung erfordert große Anstrengungen; sie ist zwar erfreulich, aber auch ernst, weil die ins Rote Kreuz gesetzten Hoffnungen nicht enttäuscht werden dürfen. Diese „explosive“, spontane und großzügige Solidarität hat jedoch dazu geführt, daß das Rote Kreuz heute die erste Hilfsorganisation der Welt geworden ist.

Noch wichtiger ist die Zusammenarbeit, die auf menschlichem Gebiet zwischen den nationalen Gesellschaften stattfindet. Die Rotkreuzsolidarität schöpft ihre Kraft aus den Kontakten zwischen Menschen verschiedener Rasse, Ideologie und Sprache, und sie erlangt ihren ganzen moralischen Wert, sobald diese Menschen sich vereinigen, um gemeinsam etwas aufzubauen. Es gibt zahlreiche Beispiele für nationale Gesellschaften, die ihre Kräfte zusammentaten, um eine Geißel zu bekämpfen. Ein einmaliges Beispiel in der Geschichte der Liga ist die im Jahre 1959 in Marokko durchgeführte Hilfsaktion zur Rettung von 10 000 Menschen, die nach dem Genuß von verfälschtem Öl von Lähmungen betroffen worden waren. Diese Aktion gestattete es vor allem Ärzten, Krankenschwestern und Physiotherapeuten aus allen Ländern, zwei Jahre lang zu kämpfen, um diese Unglücklichen einem langsamen Tod zu entreißen und sie wieder in ein normales Leben einzugliedern. Diese Delegierten, die ihre Zeit, Energie und Begeisterung in den Dienst einer gemeinsamen Sache stellen und ihre beruflichen und menschlichen Kenntnisse bereichern, sind die besten Vertreter der Rotkreuzsolidarität. In ihre Heimat zurückgekehrt, werden sie Missionare, die von den Idealen und der Tätigkeit des Roten Kreuzes durchdrungen sind; oft gelingt es ihnen, in ihrer Umgebung Vorurteile und Verständnislosigkeit zu vertreiben, wodurch sie einen Geist der internationalen Zusammenarbeit und des Verständnisses, mit denen das Ideal des Roten Kreuzes unauflöslich verbunden ist, begünstigen.

Mit der Hilfstätigkeit steht es wie mit der Entwicklung der nationalen Gesellschaften. Diese in den Statuten der Liga verankerte Aufgabe hat in den letzten Jahren durch die große Zahl neuer Gesellschaften, die in die Liga aufgenommen wurden, eine Ausdehnung erfahren. Die meisten davon gehören der Dritten Welt an und brauchen auf den verschiedenen Gebieten der Tätigkeit des Roten Kreuzes Hilfe.

Die Ausarbeitung einer umfassenden Entwicklungspolitik, die aktive Mitarbeit der nationalen Gesellschaften in jedem Stadium einer integrierten Entwicklung der die Gemeinschaft betreffenden Dienste, haben das Netz einer internationalen Zusammenarbeit gewebt, die nicht mehr zwischen Spender- und Empfängergesellschaften unterscheidet, sondern nur echte, ebenbürtige Partner im Rahmen der Rotkreuzbewegung kennt.

Obwohl der Aufbau des Roten Kreuzes Außenstehenden schwer verständlich ist, gestattet seine Einmaligkeit ihm jedoch, auf nationaler und internationaler Ebene zugleich zu handeln. Bei diesem doppelten Vorgang, wo der Rotkreuzfreiwillige seine Tätigkeit in seinem Lande ebenso wie jenseits seiner Grenzen ausübt, d. h. in dieser Wechselwirkung der zwei Elemente, die voneinander Nutzen haben und sich gegenseitig bereichern, schöpft die Rotkreuzsolidarität heutzutage ihre stärkste Anregung.

Man kann selbstverständlich glauben, daß es dem Roten Kreuz trotz seines hundertjährigen Werks nicht gelungen ist, all das zu halten, was die Weltöffentlichkeit von ihm erwartete, die Zeuge der unaufhörlichen Kette von Konflikten und Wirren seit dem Ende des Krieges wurde. Die Welt von 1971 lebt inmitten der Gewalttätigkeit, deren verschiedene überraschende Formen regelrechten internationalen Verbrechen ähneln. Pessimisten könnten diese Tatsachen als Versagen der universalen Harmonie und der internationalen Solidarität zu humanitären Zwecken auslegen. Man darf auch nicht vergessen, daß die Kundgebungen eines engstirnigen Nationalismus noch in vielen Ländern gang und gäbe sind und daß sie die nationale und internationale Tätigkeit der Rotkreuzgesellschaften einschränken, eingrenzen, wenn nicht sogar ganz zum Stillstand bringen können.

Aber wir lassen uns nicht vom Pessimismus dominieren. Seit die Welt besteht, ist sie je nach den Epochen das Opfer mehr oder weniger heftiger Krisen; jetzt ist sie in das Zeitalter der atomaren Gefahr, der technischen Revolution eingetreten und hat sich dabei bisher weder den Folgen angepaßt noch hat sie die Hindernisse aus dem Weg geräumt. Wenn uns die Katastrophen, die Kriege, die Völkermorde, alle Anschläge auf die Würde des Menschen während des 20. Jahrhunderts auch durch ihre Grausamkeit zu erschüttern scheinen, so ist es beruhigend daran zu denken, daß die Menschen bis zum 19. Jahrhundert von allem, was sich außerhalb ihres Landes zutrug, gar nichts wußten; bis die Nachricht von einer Katastrophe die Vorstellungskraft endlich erschüttern konnte, war es bereits für jede Hilfe zu spät.

Die Umwälzungen der letzten Jahre im Kommunikations- und Transportwesen, die sofortige Verbreitung jeglicher Nachricht durch Fernsehen und Fernschreiber führen dazu, daß die ganze Welt, und zwar sowohl Völker der Länder mit hohem Lebensstandard wie Völker der Dritten Welt gleichermaßen an den gleichen Problemen und denselben Dramen teilnehmen. So reifte dank einer besseren Kenntnis von der Welt der Begriff einer kollektiven Verantwortung heran. Angesichts der nigerianischen Tragödie fühlte sich der Mensch guten Willens mit seinem Nächsten solidarisch, da er sich direkt betroffen fühlte.

Dank dieser hervorragenden technischen Mittel ist es möglich, sofort Hilfe zu leisten; in diesem Sinne hat die Revolution auf dem Gebiet der „Massenmedien“ und der Informationstechnik der Rotkreuzsolidarität einen neuen Aufschwung verliehen.

Es gibt jedoch Konstanten, die unser Vertrauen in die Rotkreuzsolidarität stärken. Seit ihren Anfängen hat die Rotkreuzsolidarität eine Moral der Aktion geschaffen, die für ihre Entwicklung notwendig war und die hierfür erforderliche Antriebskraft darstellte. Die Solidarität förderte die gegenseitige Hilfeleistung und wurde dadurch ständig gestärkt. Mehr denn je stellt die Solidarität das Band zwischen den Mitgliedern des Roten Kreuzes dar; sie bestätigt die Würde des Menschen, indem sie seine Verantwortung erhöht. Solidarität bedeutet in erster Linie ein über sich selbst Hinauswachsen, und sie wird stets diesem jedem Menschen innewohnenden Bedürfnis gerecht werden, mehr zu sein als er ist – und zwar sowohl für sich selbst als auch für die anderen.

An der Rotkreuzsolidarität zweifeln, hieße am Menschen verzweifeln.

Entnommen aus *Revue internationale de la croix-rouge*. Februar 1972, Bd. XXIII, Nr. 2.

100 JAHRE ROTKREUZSCHWESTERN IN BAYERN

Zeittafel zur Gründungsgeschichte der Rotkreuzschwesternschaft München

Mit einem Festakt im Herkules-Saal der Residenz in München, nur wenige Meter von jenen Räumen entfernt, in denen einst der Bayerische Frauenverein vom Roten Kreuz 1859, 1866 und 1869 sein Wirkungsfeld aufgeschlagen hatte, feiert die Schwesternschaft München vom Bayerischen Roten Kreuz am 15. April 1972 die 100. Wiederkehr des Tages, an dem ihre Gründung beschlossen und die erste Pflegerinnenordnung angenommen wurde. Eine reich bebilderte Festschrift schildert den Werdegang der Schwesternschaft durch ihre hundertjährige Geschichte, die von einem steten Auf und Ab der Entwicklung gekennzeichnet war. Tragische Schicksale blieben ihr ebensowenig erspart wie sie von glücklichen Zeiten gesegnet war. Am Ende stand immer der Erfolg und der glückliche Ausgang im Wandel der Ereignisse und ihrer wechselvollen Verflechtung mit den Zeitabläufen, den geistigen und politischen Strömungen, mit der Entwicklung der Technik auf dem gesamten Gebiet der Medizin usw. Über all das gibt die von Frau Dr. Elisabeth Bamberger verfaßte Festschrift, durch einige Lebensbilder von Frau Dr. Martha Rehm ergänzt, farbigen Aufschluß. An dieser Stelle aber möchten wir den zeitgeschichtlichen Werdegang bis zum Gründungsbeschluß aufzeigen. Die von uns erstellte „Zeittafel“ ist zugleich ein wenn auch begrenztes, so doch anschauliches Spiegelbild der wichtigsten Etappen in der Gründungsgeschichte des Bayerischen Roten Kreuzes überhaupt. Dennoch wurden hier nur jene Daten einbezogen, die unmittelbar von der geistigen Zielsetzung und Aufgabenstellung her zur Gründung der Rotkreuzschwesternschaft in Bayern geführt haben.

4. 6. 1859: Aufruf der bayerischen Königin Marie zur Gründung eines „Gesamtvereins Bayerischer Frauen und Jungfrauen“ um „den nötigen Bedarf an Verbandsmitteln ... für die Zeit zu beschaffen, in welcher das bayerische Heer notfalls für König und Vaterland zu kämpfen berufen sein wird“.

(Der Aufruf erfolgte am Tage „des blutigen Sieges von Magenta“ der mit den Italienern verbündeten Franzosen über die Österreicher.)

20. 6. 1859: Eröffnung des Vereins in der Königlichen Residenz in München unter dem Protektorat der Königin.

24. 6. 1859: Schlacht von Solferino: Von 300 000 Mann bleiben 40 000 Verwundete und Tote auf dem Schlachtfeld. Henry Dunant, der Genfer Kaufmann, bittet die Frauen von Castiglione um unterschiedslose Hilfe an Freund und Feind.

Nov. 1862: Henry Dunant faßt in einer Denkschrift „Eine Erinnerung an Solferino“ seine Eindrücke von der Schlacht zusammen, beklagt das mangelnde Sanitätswesen und fragt:

„Wäre es nicht möglich, freiwillige Hilfsgesellschaften zu gründen, deren Zweck es ist, die Verwundeten in Kriegszeiten zu pflegen oder pflegen zu lassen?“

In einer Fußnote fügt er an:

„Diese Gesellschaften würden in Seuchenzeiten, bei Überschwemmungen und größeren

Brandkatastrophen sehr wichtige Dienste leisten können.“

Daraus folgert er:

„Man muß deshalb freiwillige Krankenwärter und Krankenwärterinnen haben, welche gewandt, vorbereitet oder eingeweiht sind, um bei einem solchen Hilfswerk tätig sein zu können, und die auch, durch die Anführer der kriegführenden Armeen anerkannt, in ihrer Mission unterstützt und durch jedwede Erleichterung begünstigt werden.“

„Die Humanität und die Zivilisation verlangen gebieterisch nach dem hier angedeuteten Werke“, schließt Dunant seine Denkschrift, die er an alle europäischen Fürstentümer schickt.

24. 9. 1863: Statistischer Kongreß in Berlin, bei dem Dunant vor internationalem Publikum für seine Ideen wirbt.
12. 10. 1863: Dunant bittet König Max II. in München um Entsendung eines Delegierten zur ersten Rotkreuzkonferenz in Genf
26. 10. 1863: Oberstabsarzt der Artillerie Dr. Dompierre vertritt das Königreich Bayern in Genf.
22. 8. 1864: „I. Genfer Konvention zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger im Felde“ in Genf beschlossen.
22. 6. 1864: Wiedergründung des „Gesamtvereins Bayerischer Frauen und Jungfrauen“ mit gleicher Zielsetzung wie 1859.
30. 6. 1866: Königreich Bayern tritt der I. Genfer Konvention bei.
11. 7. 1866: Prof. Dr. v. Nußbaum reist auf Bitten der Königin-Mutter Marie auf die Schlachtfelder und kehrt am 16. 7. 1866 mit einer Anzahl Verwundeter nach München zurück, wo sie von Mitgliedern des Gesamtvereins gepflegt werden.
26. 7. 1866: Befehl an die Bayerischen Sanitätstruppen, „die Genfer Armbinde mit dem Roten Kreuz im weißen Feld zu tragen“.
18. 10. 1866: Ludwig II. beauftragt seinen Oberhofmeister Gustav Graf Castell-Castell, einen „Bayerischen Invaliden-Unterstützungsverein“ ins Leben zu rufen. (Für das Gründungsdatum wurde der Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig gewählt.) Der Verein wählt unter Berufung „auf den gewaltigen Fortschritt im Kriegs- und Völkerrecht, den der Genfer Vertrag gebracht hat“, das Rote Kreuz auf weißem Grund zum Wahrzeichen des Vereins.
5. 1. 1868: Der Unterstützungsverein ändert seinen Namen in „Bayerischer Verein zur Pflege und Unterstützung im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“ und beschließt neben der ursprünglichen Aufgabe der Pflege verwundeter Krieger, „in Friedenszeiten Krankenpfleger oder Krankenpflegerinnen zu

gewinnen und auszubilden, die Fortschritte zu verfolgen, welche Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Krankenpflege im allgemeinen und des Kriegsheilwesens im besonderen machen“.

- 22.-27. 4. 1869: II. Internationale Rotkreuzkonferenz in Berlin. Bayern wird wiederum durch Dr. Dompierre, München, und den Staatsrechtler Hofrat Dr. von Held, Würzburg, vertreten.

Die Konferenz beschließt u. a.:

„Die Hilfsvereine werden im Frieden ihre Kräfte solchen humanen Bestrebungen zuwenden, die ihrer Aufgabe im Kriege entsprechen, der Krankenpflege und der Hilfeleistung in Notständen, die eine rasche und geordnete Hilfe verlangen... Die selbständige Ausbildung von Krankenpflegerinnen entspricht daher der Aufgabe der Hilfsvereine.“

21. 4. 1870: Der Bayerische Landeshilfsverein anerkennt die Berliner Beschlüsse, möchte aber in Erfüllung der vorrangigen Aufgaben „die Ausbildung von Krankenwärterinnen noch nicht selbständig in die Hand nehmen“ (Dr. v. Held), verweist aber darauf, daß der Bayerische Frauenverein „wesentlich gleiche Tendenzen verfolgt und die Ausbildung von Krankenpflegerinnen mit an die Spitze seiner Aufgaben stellt“.

18. 12. 1869: Diesen Verein hatte Königin-Mutter Marie im „Anschluß an den schon bestehenden Verein (der Männer) als fortan bleibende Einrichtung ins Leben gerufen.

20. 6. 1870: Königin-Mutter Marie mahnt „angesichts des bevorstehenden Krieges zu erhöhter Wirksamkeit des Vereins“.

28. 7. 1870: Die Delegierten beider Vereine treffen sich zur Koordinierung und Abgrenzung der Aufgaben.

Die deutschen Landeshilfs- und Frauenvereine des Roten Kreuzes sollten sich am 10. und 11. Oktober 1870 zu ihrem ersten gemeinsamen deutschen Vereinstag in Nürnberg einfinden, wo insbesondere die Friedensarbeit besprochen werden sollte.

Da bringt der Deutsch-Französische Krieg die erste unmittelbare Bewährungsprobe für die jungen Vereine. 252 bayerische Männervereine mit 32 000 Mitgliedern rüsten Vereinslazarette aus, entsenden Expeditionen, die ersten Sanitätskolonnen auf die Schlachtfelder in Frankreich, befördern mit dem ersten Spitalzug über 10 000 Verwundete, während 220 Frauenvereine mit über 20 000 Frauen und Mädchen in Heimatlazaretten, auf Bahnhofbetreuungstellen, in Nähstuben usw. Arbeit für die Verwundeten und Erkrankten leisten. Der Wert der Hilfeleistungen beider Vereine belief sich auf über 3 Millionen Gulden.

Um die Hilfeleistungen zu koordinieren und Mißständen vorzubeugen, hatte das Königl. Bay. Kriegsministerium am

5. 3. 1870 verfügt:

„Um die Opferwilligkeit der Hilfsvereine in fruchtbringende Bahnen zu leiten und der Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen, erkennt das Kriegsministerium als allein berechtigtes Organ derselben nur den unter dem allerhöchsten Protektorat Seiner Majestät des Königs stehenden „Bayerischen Verein zur Pflege und Unterstützung im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“ an. Alle außer diesem stehenden gleichem Zwecke gewidmeten Vereine haben sich, um mit der im Felde stehenden Armee in Beziehung treten zu können, dem „Bayerischen Verein“ anzuschließen oder ihre Tätigkeit durch denselben vermitteln zu lassen.“

12. 8. 1871: Die Deutschen Frauenvereine vom Roten Kreuz erlassen in Würzburg eine gemeinsame Verbandsordnung, die vor der Hilfe in Kriegszeiten „in Friedenszeiten außerordentliche Notstände zu lindern, sowie für die Förderung der Krankenpflege Sorge zu tragen“ fordert.

- 23.-25. 10. 1871: Der um ein Jahr verschobene (s. o.) 1. Deutsche Vereinstag aller deutschen Landeshilfs- und Frauenvereine greift ausführlich die Thesen der II. Internationalen Rotkreuzkonferenz auf – nunmehr reichlich bestätigt durch die Erfahrungen des vorangegangenen Krieges – und fordert in einem breiten Friedensprogramm die verstärkte Ausbildung weltlicher Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, mit fester Berufsausbildung, ständischer Berufsordnung, sozialer Sicherstellung, gesellschaftlicher Anhebung des gesamten Berufsstandes, gesicherter Altersversorgung usw., „um das Hospitalwesen und damit die Krankenpflege selbst zu heben“. Zum Programm gehören daneben Gesundheitslehre, Gesundheitserziehung der Bevölkerung, Kampf gegen Seuchen und Epidemien, Schaffung eines Lehrstuhls für Hygiene, Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung usw. Und schließlich die Feststellung: „Jeder größere Landesverband sollte wenigstens ein eigenes größeres Krankenhaus besitzen als Schule zur Krankenpflege.“ An die Frauenvereine richtete der Vereinstag die Bitte, sich diese Forderung besonders zu eigen zu machen.

15. 1. 1872: Königin-Mutter Marie bittet, der Frauenverein möge – nicht zuletzt als Echo des Nürnberger Vereinstages – sein Wirken „in möglichst umfassender Weise fortsetzen“.

15. 2. 1872: Der Frauenverein erhält die Nürnberger Beschlüsse übersandt.

18. 3. 1872: Das Centralkomitee des Frauenvereins anerkennt die Beschlüsse des Nürnberger Vereinstages. Generalarzt Prof. Dr. v. Nußbaum berichtet in der Sitzung über mangelnde medizinische und sittliche Qualifikation weltlicher Krankenpflegekräfte, die ungenügende Anzahl der Schwestern aus den religiösen Genossenschaften.

„Die geistlichen Orden und Genossenschaften sind nicht imstande, schon in Friedenszeiten, geschweige denn in Kriegszeiten und Katastrophenfällen, zu genügen. Die Bayerischen Frauenvereine sind darum verpflichtet, für eine weltliche Krankenpflege Sorge zu tragen, welche neben vollständiger Schulung auch jeder sittlichen Anforderung gerecht wird, ohne welche dieser schwere Beruf in Wahrheit nicht ausgeübt werden kann.“ Auch Oberstabsarzt Dr. Lotzbeck stimmt der Forderung Prof. Nußbaums zu.

15. 4. 1872: Das Centalkomitee des Bayerischen Frauenvereins beschließt die Gründung einer eige-

nen Krankenpflegeanstalt und erläßt eine Pflegerinnenordnung. Als Gründungskapital dienen 85000 Gulden, die auf Vorschlag des Landeshilfsvereins dem Frauenverein aus der Kriegsentschädigungssumme zugeschlagen werden mit der Auflage, ein Pflegerinnen-Institut zu gründen.

1. 12. 1873: Die ersten 4 Schwestern beziehen ihr Domizil in der Maistraße 64.

Es sind: Kreszenz Kreuzinger aus Haidhausen, Anna Staimer aus Cham/Opf., Katharina Förster aus München, Veronika Kiedhle aus Kreuthzell.

Dr. Josef Rohrer

VdK schenkte dem Roten Kreuz 2 Rettungswagen

Es war mehr als ein Händedruck zweier „Spitzenpolitiker“, als sich BRK-Präsident, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, und der VdK-Präsident des Landesverbands Bayern, Staatssekretär a. D. Karl Weishäupl, herzlich die Hand schüttelten. Denn hinter dieser Geste stand die uneingeschränkte Zustimmung der vielen bayerischen VdK-Mitglieder: „eine vernünftige Sache“, „ein gutes Geschenk“, „ein sinnvoller und zeitgemäßer Beitrag“. So und ähnlich nämlich klang es aus vieler Munde, als der VdK-Präsident nach dem offiziellen Festakt zur 25-Jahr-Feier des VdK-Landesverbandes Bayern am 19. 3. 1972 im Royal-Palast in München an den BRK-Präsidenten im Beisein von Landtagspräsident Rudolf Hanauer und Senatspräsident Hippolyth Freiherr Poschinger von Frauenau, umringt und eingeeengt von vielen VdK-Mitgliedern, 2 voll ausgestattete Rettungswagen übergab. Goppel nahm die beiden Wagen als Vorsitzender des Kuratoriums „Rettungsdienst Bayern“ entgegen. Weishäupl selbst motivierte die Spende mit dem Hinweis: „Wir wollen mithelfen, wenn jemand auf der Straße oder am Arbeitsplatz einen schweren Unfall erleidet, daß er auf schnellstem Wege der ärztlichen Behandlung zugeführt werden kann. Wir wissen aber, daß es in Bayern noch zu wenig Rettungswagen gibt und so wollten wir zu unserem eigenen 25. Geburtstag als gemeinnützige Organisation als Beitrag unserer Mitglieder zu einem brennenden Problem unsrer Zeit diese beiden Rettungswagen stiften.“ Die Spender, so ergänzte Weishäupl, hätten nur einen bescheidenen Wunsch vorzubrin-

gen, nämlich daß der eine Wagen in Südbayern verbleibe, der andere aber nach Franken kommen solle. Ministerpräsident Goppel und der Geschäftsführer der Aktion „Rette Dein eigenes Leben“, Horst Popp, stimmten im Namen des Kuratoriums dieser Auflage gerne zu. Goppel selbst, der dem Verband noch einmal zu seinem Jubiläum gratulierte, betonte, daß der VdK von seinem eigenen Selbstverständnis her als sozial verpflichtete Gemeinschaft sich der besonderen Hilfe für den Menschen, auch den im Verkehr oder am Arbeitsplatz verunglückten Menschen, verbunden fühle. Diese Grundhaltung sei heute durchaus keine Selbstverständlichkeit. Er danke deshalb nicht nur im Namen aller Rettungsdienstorganisationen, sondern vor allem im Namen derer, denen diese beiden Rettungsfahrzeuge einmal in schwieriger und lebensbedrohlicher Situation zum Helfer würden. Das Motto des Jubiläumstages, das über der gesamten VdK-Veranstaltung gestanden habe, „Wir alle sind verantwortlich“ habe in dieser hochherzigen Spende einen überzeugenden Ausdruck gefunden. Solches Engagement, wie es hier bezeugt worden sei, gezieme sich jeden Bürgers eines freien demokratischen Staates, schloß der Ministerpräsident sein Dankwort unter dem herzlichen Beifall der Umstehenden, die anschließend mit besonderem und gezieltem Interesse die Ausstattung der Rettungsfahrzeuge begutachteten. Viele von ihnen hatten als Kriegsverletzte, Amputierte oder sonst Behinderte für die vielen Details ein fachmännisches Auge und drückten ihre Anerkennung aus. J. R.

Beschränkung zulässiger Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge

von Oberregierungsrat Walter Hillgärtner, Würzburg

Am 1. Oktober 1972 tritt die Verordnung über die versuchsweise Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von Kraftfahrzeugen außerhalb geschlossener Ortschaften (Höchstgeschwindigkeits-V) vom 16. 3. 1972 (BGBl. I S. 461) in Kraft.

Danach dürfen die Führer von Kraftfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis 2,8 t außerhalb geschlossener Ortschaften auch unter günstigsten Umständen nicht schneller als 100 km/h fahren.

Diese Geschwindigkeitsbeschränkung gilt nicht auf Autobahnen sowie auf anderen Straßen mit Fahrbahnen für eine Richtung, die durch Mittelstreifen oder sonstige bau-

liche Einrichtungen getrennt sind. Sie gilt ferner nicht auf Straßen, die mindestens zwei durch Fahrstreifenbegrenzung oder durch Leitlinien markierte Fahrstreifen für jede Richtung haben.

Soweit Fahrzeuge schon jetzt eine geringere Geschwindigkeit einhalten müssen, verbleibt es bei dieser Regelung (z. B. Pkw mit Anhänger).

Die Höchstgeschwindigkeitsverordnung ist zunächst bis zum 31. 12. 1975 befristet.

Da die Regelung auch für Rotkreuzfahrzeuge gilt, soweit sie nicht im Einsatz mit Blaulicht und Martinshorn fahren, sei darauf hingewiesen.

LANDESKOMITEE STELLT WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT

BRK zieht mit der Gebietsreform gleich – Die Rotkreuzarbeit wird keine Beeinträchtigung erfahren

Landesvorstand und Landeskomitee hatten am 15. April 1972 im Kasino des BRK-Kreisverbandes München nicht nur eine umfangreiche Tagesordnung zu absolvieren, sondern eine entscheidende Hürde zu nehmen, die weniger rechtlicher oder organisatorischer, sondern psychologischer Natur war: die Anpassung der Organisationsstruktur des Bayerischen Roten Kreuzes an die staatliche Neugliederung im Zuge der Gebietsreform. Sie fordert, wie Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel vor beiden Gremien hinwies, manches persönliche Opfer, darf und wird aber nach Meinung des BRK-Präsidenten die Rotkreuzarbeit nicht beeinträchtigen, sondern nach den Übergangsschwierigkeiten der ersten Zeit zu einer Stärkung und Straffung der gesamten Organisation führen. Goppel dankte in der Landesvorstandssitzung den Mitgliedern der Unterkommission „Gebietsreform“, die unter Vorsitz von Frau Vizepräsidentin Leonore von Tucher die Grundlagen erarbeitet und bei der letzten Landesvorstandssitzung zur Beschlußfassung vorgelegt hatte. Nach der Satzung des Bayerischen Roten Kreuzes waren hierzu einige Änderungen bzw. Ergänzungen dieser Satzung notwendig, über die das Landeskomitee zu befinden hat.

Der Landesvorstand hatte in seiner letzten Sitzung einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, im Terminplan der staatlichen Regelung zu folgen, die Kreisverbände bis zum 30. 6. 1972 bestehen zu lassen, in der Folgezeit die Neuwahlen durchzuführen, um am 1. 1. 1973 mit den neugefaßten Kreisverbänden und den neugewählten Vorstandschaften die Arbeit fortzuführen. Mehrere Mitglieder des Landesvorstands hatten darauf hingewiesen, daß nur so das BRK auch weiterhin bei der Erstellung der Haushalte der Kreistage und Gemeinden mit der festen Einhalte der Kreistage und Gemeinden rechnen könne. Eine Verzögerung der Angleichung an die staatliche Regelung bringe keine Vorteile. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte war der Landesvorstand dann zur oben genannten Beschlußfassung gekommen.

Ihr widerspruch nun in der Landesvorstandssitzung vom 15. 4. 72 im Namen der Kreisverbandsvorsitzenden von Schwaben der Bezirksverbandsvorsitzende, Bezirkstagspräsident Josef Fischer, Augsburg. Er bat dringend, „von dieser Hast abzusehen“ und in Umkehrung des Vorstandsbeschlusses den 31. 12. 1973 als Auslaufdatum der Amtszeit der jetzigen Vorstandschaften anzusetzen. Auch sollte hinsichtlich der Kongruenz zwischen Landkreis und BRK-Kreisverband durch Einfügung „in der Regel“ eine flexiblere Lösung angestrebt werden. Auch werde es als offene Härte empfunden, der Landesvorstandsvorlage gemäß die Sitze der künftigen Kreisverbände nur nach „Anhörung“ der betroffenen Organe, statt in deren „Einvernehmen“ festzulegen.

Die anschließende lebhafte Aussprache ergab Einmütigkeit hinsichtlich des letzterwähnten Anliegens und wurde so gutgeheißen. Widerspruch erhob sich aber zu den beiden erstgenannten Punkten, also hinsichtlich der Termine für das Auslaufen der Amtszeit der jetzigen Vorstandschaften und den Zusammenfall zwischen Landkreis- und Kreisverbandsgrenzen. Ministerpräsident Dr. Goppel betonte zu letzterem, daß das bisherige Prinzip nicht durchbrochen werden sollte. Eine Aufsplitterung würde zu Leistungsminderung führen, die die gesamte Arbeit beeinträchtigen würde. Bezüglich der ersten Forderung Fischers erklärte Staatsminister Dr. Held, daß das BRK an seine gültige

Satzung gebunden bleibe, die ihm keine andere Wahl lasse, als mit der Auflösung der alten Landkreise auch die Kreisverbände in ihrer alten Struktur aufzuheben. Er könne sich nicht vorstellen, wie es der Bezirksverband Schwaben angedeutet hatte, daß die Mitglieder des Roten Kreuzes über Struktur- und Organisationsfragen ihre Mitarbeit aufkündigen würden. Wenn das geschehe, so könnten es doch immer nur einige wenige sein, die sich zu einem solchen Schritt entschlossen. Im Übrigen habe der Landesvorstand in der letzten Sitzung mit einer einzigen Gegenstimme bzw. Enthaltung einen klaren Beschluß gefaßt, dem auch die Vertreter Schwabens zugestimmt hätten, ja sogar von diesen Vertretern mitinitiiert worden sei. Für den Bezirksverband Oberbayern erklärte dessen Vorsitzender, Apotheker Geißendörfer, daß der Bezirksvorstand in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen habe, dem Vorschlag der Unterkommission „Gebietsreform“ zuzustimmen. Auch Staatssekretär Franz Sackmann betonte für den Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz, daß dem Antrag Schwabens nicht stattgegeben werden sollte. Denn er würde genau das Gegenteil dessen erreichen, was man bezwecken wolle: schnell wieder Frieden und Einigkeit in die eigenen Reihen zu bringen. Auch er betonte, daß er durch die Neuregelung keine Schwierigkeit für die praktische Rotkreuzarbeit sehe. Zur Vermögensabwicklung verwies der Präsident auf Vorschläge des Finanzausschusses, der sich sehr eingehend mit allen anstehenden Fragen befaßt habe. Frau von Tucher ergänzte diesen Hinweis, daß sich auch der Rechtsausschuß mit den einschlägigen Problemen beschäftige. Unter Hinweis auf das Arbeitspapier des Finanzausschusses plädierte auch Landesschatzmeister, Direktor Heinz Kerkmann, dafür, die zugegebenermaßen etwas schmerzhaft Reform schnell durchzuziehen. Nachdem Justizminister Dr. Held noch einmal darauf hingewiesen hatte, daß auch im Blick auf das zu erwartende Rettungsdienstgesetz erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten wären, wenn es zu einer Zersplitterung der Kreisverbände, also Inkongruenz zwischen staatlichem Landkreis und BRK-Kreisverband, kommen würde, faßte Ministerpräsident Goppel die Meinung der Mehrheit des Landesvorstandes zusammen, keine Wettbewerbssituationen zu schaffen, die das Rote Kreuz nicht aushalte und keine neuen Schwierigkeiten emotioneller oder technischer Natur aufzubauen. Als Ausgleich solle den „Ortsvereinigungen“ stärkeres Gewicht verliehen werden. Bezirkstagspräsident Josef Fischer erklärte abschließend, daß er kein Interesse daran habe, dem Landeskomitee Schwierigkeiten zu bereiten, daß er aber verpflichtet gewesen sei, die ernststen Bedenken seiner Vorstandschaften hier in aller Deutlichkeit vorzutragen.

Auch Landeskomitee bestätigt die Neugliederung

In der anschließenden Sitzung des Landeskomitees nahm die Frage der Neugliederung des Roten Kreuzes denn auch die meiste Zeit ein. Trotz sehr umfangreicher Tagesordnung blieb dazu genügend Raum, weil erstmalig zu einer Landeskomiteesitzung die Berichte des Präsidenten, des Landesarztes, der Landesschatzmeister den Delegierten im voraus schriftlich zugegangen waren, so daß die Berichterstattung sich auf wesentliche Punkte beschränken konnte. So wies Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel in seinem Gesamtbericht darauf hin, daß das Betriebsdefizit im Krankentransport und Unfallrettungsdienst im vergangenen Jahr mit 2,4 Mio DM über 50% des Aufkommens aus

den beiden Landessammlungen zur Deckung erfordert habe. Die Finanzierung dieser Einrichtungen werde in Zukunft noch weniger als bisher auf Spendenbasis möglich sein, betonte der Präsident und verwies auf die steigende Beteiligung von Staat und Gemeinden an diesen Aufwendungen. Bereits in absehbarer Zeit werde das z. Z. geltende Personenbeförderungsrecht durch ein bundeseinheitliches Gesetz über die Beförderung von kranken Personen ergänzt werden, das hinsichtlich der Besetzung der Fahrzeuge und der Qualifikation des Unfallrettungsdienst- und Krankentransportpersonals bedeutende Änderungen bringen werde, die auch zu höheren finanziellen Belastungen führten. Als Ergänzung des oben zitierten Rahmengesetzes des Bundes plane das Land Bayern möglichst zeitkonform die Verabschiedung eines eigenen Rettungsdienstgesetzes. Der Entwurf liege derzeit bereits allen Ministerien zur Stellungnahme vor. Das Gesetz sehe im Rahmen einer weitgehenden Defizitdeckung durch das Land und die Gebietskörperschaften die Regelung der Einsätze in überörtlichen Rettungsdienstregionen über zentrale Leitstellen vor. Es erscheine notwendig, so ergänzte der Präsident, die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und den funk- und fernmeldetechnischen Verbund in einer solchen Region bereits vor Erlass des Gesetzes einmal zu erproben. Der Landesvorstand habe daher – vorbehaltlich der Klärung der Finanzierung – seine Zustimmung für die Errichtung eines solchen Modells „Unterrain“ gegeben. Im Benehmen mit den zuständigen Ministerien und in Abstimmung mit dem Regierungsbezirk Unterfranken sei diese Region gewählt worden, weil sie sehr günstige Voraussetzungen für eine Erprobung der künftigen Organisationsstruktur des Rettungswesens biete. Auch der Deutsche Verkehrssicherheitsrat sei an der Schaffung eines solchen Modells interessiert. Das Bayerische Rote Kreuz selbst aber bemühe sich um eine ständige Verbesserung des Rettungswesens besonders in den schwach strukturierten Gebieten und wolle nicht auf die staatliche Neuregelung warten. In der Erkenntnis, daß unabhängig von der finanziellen Förderung der Rettungsdienste durch Staat und Gemeinden die unmittelbare Mithilfe des Bürgers unerlässlich sei, sei im Frühjahr vergangenen Jahres das „Kuratorium Rettungsdienst Bayern“ gegründet worden. Er selbst habe gemeinsam mit Herrn Generaldirektor Hans Dürrmeier, dem Vorsitzenden des Bayerischen Zeitungsverlegerverbandes, den Vorsitz dieses Kuratoriums übernommen. Bis heute hätten die Spendeneingänge an das Kuratorium die Beschaffung von 27 komplett ausgerüsteten Rettungswagen für das Jahr 1972 ermöglicht. Goppel dankte in diesem Zusammenhang herzlich den Medienträgern Rundfunk und Presse, die in der Öffentlichkeit durch gezielte Hinweise das Interesse der Bevölkerung an den Fragen des Rettungsdienstes wachgerufen und erhebliche Erfolge gezeitigt hätten. Die kommende Olympiade und die Hauptreisezeit würden eine neue Belastung für die Rettungsdienste bringen, ergänzte der Präsident und verwies auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Boden- und Luftrettung, die sich bisher schon als segensreich abgezeichnet habe und bei der Olympiade besonderes Gewicht erlangen werde.

Suchdienst und Familienzusammenführung bleiben Bestandteil der Rotkreuzarbeit

Selbst 27 Jahre nach Abschluß des letzten Krieges seien der Suchdienst München und damit auch die Kreisverbände des BRK mit der Nachforschung nach verschollenen Soldaten beschäftigt. Von den bisher erstellten 300 000 Gut-

achten – ein etwa vor 2–3 Jahren in Gang gesetzter Versuch, aus dem Schicksal einer Gruppe das Einzelschicksal eines noch verschollenen Soldaten zu klären – habe allein der bayerische Landesnachforschungsdienst 42 779 Gutachten zur Weiterleitung an in Bayern ansässige Angehörige zugewiesen bekommen. Die Frage der Familienzusammenführung habe ein neues Gewicht bekommen. Von in Bayern wohnenden Angehörigen seien bis heute nicht weniger als 53 503 Personen, davon 22 642 aus Polen, als ausreisewillig bei den Kreisverbänden gemeldet worden. Diesem Personenkreis gelte es die notwendigen Rückführungs- und Eingliederungshilfen zu gewähren. Allein 1971 seien 33 274 Umsiedler, davon 25 243 aus Polen, in die Bundesrepublik gekommen. Sehr erfreuliche Zahlen habe das Bayerische Rote Kreuz bei der Ausbildung von ehrenamtlichen Helfern für den „Suchdienst im Katastrophenfall“ nachzuweisen. Dank einer intensiven Ausbildungsarbeit verfügten heute 141 Kreisverbände über Gruppen von durchschnittlich jeweils 27 Helferinnen und Helfern. Mit 3792 Ausgebildeten liege Bayern damit an der Spitze aller Landesverbände des Roten Kreuzes.

Mit der Anerkennung des Bayerischen Roten Kreuzes als Katastrophenschutzorganisation nach § 1 Abs. 1 des „Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ würden auch auf das Rote Kreuz verstärkte Aufgaben zukommen, stellte Goppel fest und verwies auf die Notwendigkeit, bei voller Anerkennung des Freiwilligenstatus unserer Mitarbeiter eine straffe Führungsfunktion mit raschen Entscheidungs- und Weisungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Sozialarbeit gewinnt immer mehr Bedeutung

Neben den Aufgaben als nationale Hilfsgesellschaft werde das Bayerische Rote Kreuz seine Tätigkeit als Verband der freien Wohlfahrtspflege den Erfordernissen der Zeit entsprechend ausbauen. Sie bleibe zentrale Pflichtaufgabe, für die in allen Bereichen die erforderlichen Finanzmittel und personellen Hilfen eingesetzt werden müßten, betonte der Präsident und verwies auf die Notwendigkeit, moderne Angebotsformen zu entwickeln, die zeitkonform den vielfach gewandelten Grundbedürfnissen des hilfesuchenden Menschen entgegenkämen. Auch in Zeiten relativen Wohlstands seien Kinder- und Jugenderholung nicht überflüssig geworden. Allein 1971 hätten 3211 Kinder in Erholungsmaßnahmen vermittelt werden können. Der Gesamtaufwand hierfür habe 1 160 000,- DM betragen. Auch die Müttererholung bleibe ein dringendes Aufgabengebiet. Auch hier habe sich die Not gewandelt, die Erholungskuren aber nicht überflüssig gemacht. Verstärkte Belastung der berufstätigen Frau und Mutter führten zu einem ungewohnten Verschleiß der inneren Kräfte. 511 Frauen hätten 1971 in unserem Mütterheim Ettaler Mandl Erholung gefunden. 727 betagte Männer und Frauen erfreuten sich im vergangenen Jahr einer Altenerholung, manchmal des ersten Urlaubs ihres Lebens schlechthin.

Organisatorische Neuregelung muß zu einer Stärkung der Rotkreuzarbeit führen

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen würdigte Ministerpräsident Goppel die Arbeit der aktiven Gemeinschaften und gab seiner Genugtuung über die nachgewiesenen Leistungen wie seiner Hoffnung auf eine ersprießliche Fortführung der Arbeit Ausdruck, um dann auf die Anpassungsmaßnahmen an die Landkreisreform zu sprechen zu kommen. Der Präsident erläuterte in knapper Zu-

sammenfassung die Beweggründe für eine zeitkonforme Anpassung an die staatliche Regelung, wie sie schon in der Landesvorstandssitzung zur Sprache gekommen war. Im Sinne einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit, die letztlich für die Aufgabenerfüllung auch im entferntesten Bereich erforderlich sei, müsse die Beteiligung aller Gebiete an der Führung und den Entscheidungen des Kreisverbandes gewährleistet sein. Es komme also auf eine ausgewogene Vorstandschaft an, die nicht durch zahlenmäßige Stärke des einen oder anderen Gebiets majorisiert und dadurch in ihrer Arbeit behindert werden dürfe. Bezüglich des hauptberuflichen Personals bestehe zwischen Landesvorstand, Sonderausschuß „Gebietsreform“ wie dem Gesamtpersonalrat grundsätzliche Übereinstimmung, daß unbeschadet des künftigen Einsatzes der einzelnen Mitarbeiter der tarifliche Besitzstand gewahrt bleibe. Bezüglich der Finanzabwicklung sei festzuhalten, so betonte der Präsident, daß das Vermögen des Bayerischen Roten Kreuzes auf Grund dessen Körperschaftscharakters rechtlich eine Einheit darstelle. Der Finanzausschuß befasse sich mit den im Einzelfalle notwendigen Umschichtungen analog der Gebietsverschiebungen. Ernsthafte Schwierigkeiten ließen sich daraus nicht ableiten. Auch der Rechtsausschuß befasse sich bereits mit der Überprüfung der Geschäftsordnung für die Kreisverbände und die Stärkung der Ortsvereinigungen, um die bürger- und praxisnahe Arbeit auf der unteren Ebene nach der Bildung der Großkreisverbände zu stärken. „Ihr Einverständnis und Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit werden“, so schloß der Präsident, „es möglich machen, diesen größten Eingriff in die Gliederung des Verbandes seit seinem Bestehen in einer befriedigenden und der Erfüllung unserer Aufgaben dienenden Weise zu lösen.“

Berichte des Landesarztes und Landesschatzmeisters

Nach dem Bericht des Präsidenten erstattete Landesarzt Obermedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier kurz Bericht zu dem ebenfalls schriftlich vorliegenden Bericht über ärztliche Angelegenheiten, wobei der neue Leitfaden für die Erste-Hilfe-Ausbildung Gegenstand kurzer Diskussion war. Landesschatzmeister Direktor Heinz Kerkmann erläuterte seinerseits die Vorlage des Jahresabschlusses 1970 für den Gesamtverband und die Rechnungsübersicht 1971 für den Landesverband. Unter Punkt 7 der Tagesordnung unterbreitete er gleichzeitig den Haushaltsplan 1972 des Landesverbandes. Der stellvertretende Landesschatzmeister Dr. Sirdi nahm in seinem Revisionsbericht insbesondere zu einer Neuordnung der Revision im Landesverband Stellung, um die Prüfungsintensität zu steigern.

Alle drei Berichte fanden die Zustimmung des Landeskomitees und damit auch die von Herrn Direktor Rieger erbetene einstimmige Entlastung des Landesvorstands. Um einerseits den Zusammenhang zum Bericht des Herrn Präsidenten, insbesondere zu den Fragen der Neugliederung der Organisation, andererseits aber auch dem Gewicht der Ausführungen des Landesarztes und der Landesschatzmeister mehr Rechnung tragen zu können als in einer knappen Zusammenstellung, möchten wir diese drei Berichte in der nächsten Ausgabe des Mitteilungsblattes ausführlich wiedergeben.

Das Thema des Tages

Damit wollen wir an dieser Stelle unseren Bericht mit Ausführungen zu Punkt 8 der Tagesordnung „Anpassungsmaßnahmen an die staatliche Gebietsreform“ fortsetzen.

Zu Beginn des Beratungspunktes stellte der Präsident die

zuvor vom Landesvorstand empfohlenen redaktionellen Neuformulierungen zu den entscheidenden Fragen zur Diskussion. Dazu bat der Vorsitzende des Bezirksverbandes Schwaben, Bezirkstagspräsident Josef Fischer, ums Wort und erläuterte, daß eine kurze Umfrage der schwäbischen Delegierten ergeben habe, daß sie sich verpflichtet fühlten, die Vorbehalte der Vorsitzenden der Kreisverbände zu der vorgeschlagenen Regelung in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Nicht nur Ministerpräsident Dr. Goppel, sondern auch Delegierte der übrigen Bezirksverbände widersprachen dieser Forderung. So betonte Amtsgerichtsdirektor Dr. Götz, Ingolstadt, daß mit der Gebietsreform auch für das Bayerische Rote Kreuz eine Entwicklung eingetreten sei, der man sich nicht verschließen könne. Nur das Setzen fester Zeitpunkte ermögliche ordnungsgemäße Neuwahlen. Er konstatierte: „Die konziliante Art des Roten Kreuzes bietet in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Bezirksverband und Präsidium die Gewähr, zu menschlich tragbaren Lösungen zu kommen. Darum sind wir in Oberbayern der Meinung, wir sollten nicht zögern, der raschen Lösung zuzustimmen.“ Götz wiederholte die Bedenken bei einer Hinausschiebung der Neuwahlen, daß die im alten Zustand verbleibenden Kreisverbände hinsichtlich der Erwartung von öffentlichen Zuschüssen nur dilatorische Entscheidungen zu ernten hätten. Bezüglich der Neuwahlen stellte er nüchtern fest: „Um unbequeme Einzelgespräche kommen wir jetzt oder später nicht herum.“

Demgegenüber zweifelte der Vorsitzende des Kreisverbandes Nördlingen, Landrat a. D. Müller, an der Bereitwilligkeit der alten Vorstandschaften, in der kurzen Übergangszeit bis zu den Neuwahlen weiterzuarbeiten. Dozent Anton Linke, Augsburg, gab zu bedenken, daß die schwäbischen Kreisverbände der Auffassung seien, daß nicht alles, was rasch getan werde, auch gut sein müsse. Es gäbe eine Reihe anderer Verbände, die nicht daran dächten, die Dinge „in halbsbrecherischer Eile“ gleichzuziehen. Auch Stadtpfarrer Weiher, Kempten, stellv. Landesausschußvorsitzender der Sanitätskolonnen, stellte die Frage: „Warum diese Eile?“ Er befürchtete eine Majorisierung von Minderheiten, insbesondere auf der unteren Ebene und forderte eine Stärkung der Ortsvereinigungen, um die Arbeit in den aktiven Gemeinschaften zu festigen.

Der BRK-Präsident verwies noch einmal auf den Umstand, daß diese Stärkung bereits vorgesehen sei. Der engere Landesvorstand werde gerade dieser Frage in seiner nächsten Sitzung besondere Beachtung schenken, betonte aber, daß durch eine zeitliche Verschiebung nichts gewonnen werde.

Staatssekretär Franz Sackmann erwiderte den schwäbischen Delegierten, gerade deren Argumente hätten den Landesvorstand gedrängt, die Auflösung der alten Kreisverbände rasch zu vollziehen und zu einem guten Ziel zu kommen. Hier müsse der Rotkreuzgeist obsiegen. Es sei eine Aufgabe der Bezirksverbände, die Wege zu ebnen. Eine Verzögerung der Entscheidung öffne nur Tür und Tor für neue Schwierigkeiten. Wir sollten alle das Bestreben haben, betonte der Sprecher des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz, möglichst bald wieder über leistungsstarke Vorstandschaften zu verfügen. Selbst Vorsitzender eines von der Auflösung betroffenen Kreisverbandes, könne er sich nicht vorstellen, daß es Kreisvorstandschaften gebe, „die den Krempel einfach hinschmeißen“.

Ebenfalls als Kreisvorsitzender sekundierte Staatssekretär Josef Bauer, Kelheim, seinem Vorredner und erklärte, daß seine Vorstandschaft seit langem Kontaktpflege mit den betroffenen Kreisverbänden gepflegt habe. Auch er könne sich nicht vorstellen, daß die Verzögerung hinsicht-

lich der Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften sinnvoll sei. Örtlicher kommunaler Streit dürfe das Rote Kreuz nicht berühren, meinte der Staatssekretär, warnte davor, „Machtpositionen auszuspielen“ und schloß: „Ich würde dringend vorschlagen, dem gut durchdiskutierten Vorschlag des Präsidiums zuzustimmen.“

Justizminister Dr. Philipp Held unterstrich noch einmal seine im Landesvorstand gemachten Ausführungen. Er erinnerte an seine ernste Vorstellung, daß das BRK im Falle einer Verzögerung der Entscheidung erhebliche finanzielle Nachteile zu erwarten habe. Im übrigen sei es Sache der Kreisverbände, die unteren Gliederungen sachgerecht zu informieren.

Bezirksleiter Karl Gansbühler, Regensburg, bestätigte für die Wasserwacht, daß sich der Landesausschuß in dieser Frage bereits geeinigt habe. Die Gliederungen selbst müßten bestrebt sein, bald zu einer schnellen und reibungslosen Lösung zu kommen.

Ministerpräsident Dr. Goppel unterstrich noch einmal unter großem Beifall der Mehrzahl der Delegierten, daß das Landeskomitee zu einem klaren Beschluß kommen müsse. Es beunruhige ihn, im Falle eines Hinauszögerns der Entscheidung in einen Rechts- und Verwaltungszustand zu kommen, der eine erhebliche Beeinträchtigung der gesamten Arbeit bedeuten würde. Aus diesem Grunde bitte er um Beschlußfassung im Sinne der Vorlage der Unterkommission „Gebietsreform“. Baronin v. Tucher, die Vorsitzende des Ausschusses, stellte vor der Beschlußfassung fest, daß die hier vorgetragenen Gesichtspunkte Berücksichtigung bei den kommenden Beratungen finden würden. Der Ausschuß könne aber erst nach Ermächtigung durch das Landeskomitee tätig werden. Finanz- und Rechtsausschuß sollen dann die anstehenden Fragen bearbeiten und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Die anschließende Abstimmung erbrachte eine klare Mehrheit im Sinne der Vorlage. Von 82 stimmberechtigten Delegierten des Landeskomitees waren 59 anwesend. Damit war die für Satzungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit gegeben. Die Abstimmung selbst erbrachte folgendes Ergebnis:

BESCHLUSS 1):

Ergänzung der BRK-Satzung durch § 70 a:

„Im Falle von Änderungen in der staatlichen Verwaltungsgliederung beschließt das Landeskomitee über die zur Anpassung der Organisation des Bayerischen Roten Kreuzes notwendigen Maßnahmen im Hinblick auf die §§ 12 und 22 der Satzung.“

59 Ja-Stimmen
keine Stimmenthaltungen
keine Gegenstimmen.

BESCHLUSS 2):

Ergänzung der BRK-Satzung § 12 durch Absatz 2:

„Die Sitze der Kreisverbände werden vom Landesvorstand im Benehmen mit den Vorstandschaften der Kreis- und Bezirksverbände bestimmt.“

59 Ja-Stimmen
keine Stimmenthaltungen
keine Gegenstimmen.

BESCHLUSS 3):

„Nach § 12 der Satzung ist die Anpassung der Kreisverbände an die staatliche Verwaltungsgliederung notwendig. Deshalb sind zum 30. 6. 1972 alle Kreisverbände aufgelöst. Bis zu den Neuwahlen, spätestens zum 31. 12.

1972, werden die bisherigen Vorstandschaften mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt und mit den dazu erforderlichen Vollmachten ausgestattet.

An die Stelle der bisherigen Kreisverbände treten zum gleichen Zeitpunkt folgende Kreisverbände mit den vorläufigen Sitzen in:

Neuer Kreisverband:	Vorläufiger Sitz der Kreisgeschäftsstelle:
<i>Bezirksverband Oberbayern:</i>	
1. Altötting	Altötting
2. Bad Reichenhall	Bad Reichenhall
3. Bad Tölz	Bad Tölz
4. Dachau	Dachau
5. Ebersberg	Ebersberg
6. Eichstätt	Eichstätt
7. Erding	Erding
8. Freising	Freising
9. Fürstenfeldbruck	Fürstenfeldbruck
10. Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen
11. Ingolstadt-Stadt	Ingolstadt
12. Landsberg/Lech	Landsberg/Lech
13. Miesbach	Miesbach
14. Mühldorf	Mühldorf
15. München	München
16. Neuburg a. d. Donau	Neuburg a. d. Donau
17. Pfaffenhofen	Pfaffenhofen
18. Rosenheim	Rosenheim
19. Starnberg	Starnberg
20. Traunstein	Traunstein
21. Weilheim	Weilheim

Bezirksverband Niederbayern-Oberpfalz:

1. Passau	Passau
2. Freyung	Freyung
3. Regen	Regen
4. Straubing	Straubing
5. Deggendorf	Deggendorf
6. Untere Isar	Dingolfing
7. Rottal	Pfarrkirchen
8. Landshut	Landshut
9. Kelheim	Kelheim
10. Tirschenreuth	Tirschenreuth
11. Weiden	Weiden
12. Schwandorf	Schwandorf
13. Cham	Cham
14. Regensburg	Regensburg
15. Neumarkt	Neumarkt
16. Amberg	Amberg

Bezirksverband Ober- und Mittelfranken:

1. Bamberg	Bamberg
2. Coburg	Coburg
3. Lichtenfels	Lichtenfels
4. Kronach	Kronach
5. Kulmbach	Kulmbach
6. Hof/Saale	Hof/Saale
7. Bayreuth	Bayreuth
8. Forchheim	Forchheim
9. Lauf	Lauf
10. Nürnberg	Nürnberg
11. Fürth	Fürth
12. Weißenburg	Weißenburg
13. Ansbach	Ansbach
14. Neustadt/Aisch	Neustadt/Aisch
15. Erlangen	Erlangen
16. Schwabach	Schwabach
17. Wunsiedel	Wunsiedel

Neuer Kreisverband: Vorläufiger Sitz der Kreisgeschäftsstelle:

Bezirksverband Unterfranken:

1. Aschaffenburg	Aschaffenburg
2. Obernburg	Obernburg
3. Mittelmain	Lohr
4. Bad Kissingen	Bad Kissingen
5. Bad Neustadt/Saale	Bad Neustadt/Saale
6. Haßberg-Kreis	Haßfurt
7. Schweinfurt	Schweinfurt
8. Kitzingen	Kitzingen
9. Würzburg	Würzburg

Bezirksverband Schwaben:

1. Augsburg-Stadt	Augsburg
2. Augsburg-Ost	Friedberg
3. Augsburg-West	Schwabmünchen
4. Dillingen	Wertingen
5. Günzkreis	Günzburg
6. Illerkreis	Neu-Ulm
7. Lindau	Lindau
8. Nordschwaben	Donauwörth
9. Oberallgäu	Sonthofen
10. Ostallgäu	Marktoberdorf
11. Unterallgäu	Mindelheim

Die Anpassung der Bezirksverbände an den geänderten Gebietsstand der Regierungsbezirke gemäß § 22 der Satzung tritt am 1. I. 1973 in Kraft.

Das Landeskomitee ermächtigt den Landesvorstand, die näheren Richtlinien für das weitere Verfahren der Anpassung der Bezirks- und Kreisverbände an die geänderten Regierungsbezirke und die neu gebildeten Landkreise und kreisfreien Städte, insbesondere auch die Bestimmungen für die Abhaltung der allgemeinen Wahlen des Jahres 1972/73 zu erlassen.“

52 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen
keine Stimmenthaltungen.

Alle drei Beschlußempfehlungen des Landesvorstandes waren damit mit der erforderlichen Mehrheit des Landeskomitees angenommen.

Der Präsident dankte abschließend dem Sonderausschuß „Gebietsreform“ für die bisher geleistete Arbeit und versicherte gleichzeitig, daß es den Mitgliedern des Landesvorstandes und den mit dieser Materie befaßten Ausschüssen ein Anliegen sein werde, Richtlinien zu entwickeln, die dem Gemeinschaftsleben innerhalb des Roten Kreuzes und der Erfüllung der Aufgaben des Verbandes dienlich seien.

Änderung der Satzung der Wasserwacht

Auf Antrag des Landesausschusses der Wasserwacht und auf Empfehlung des Landesvorstandes beschloß das Landeskomitee einstimmig und ohne Stimmenthaltungen, die Satzung der Wasserwacht in folgenden Punkten abzuändern bzw. zu ergänzen:

§ 3 Aufgaben der Wasserwacht
hinzufügen bei Absatz (1):

Ziffer 6. Suche und Bergung von Ertrunkenen.

Ziffer 7. Die Durchführung von Aufgaben, die der Wasserwacht von staatlichen oder kommunalen Behörden übertragen werden.

§ 4 Jungmitglieder

Jugendliche Einzelpersonen, die das 12. Lebensjahr vollendet haben.

Außerdem genehmigte das Landeskomitee gemäß § 37, Ziffer 6, der BRK-Satzung den durch den Landesausschuß der Wasserwacht am 6. 11. 1971 gefaßten Beschluß zur Anhebung des Mindestbeitrags für aktive und fördernde Mitglieder von DM 4,- auf DM 5,- ebenfalls einstimmig und ohne Stimmenthaltungen.

Ergänzungswahlen zum Landesschiedsgericht

Entsprechend den Empfehlungen des Engeren Landesvorstandes und des Landesvorstandes wurden

Herr Oberstlandesgerichtsrat
Siegfried Mühlbauer, Regensburg/München,
zum Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts
und

Herr Oberstaatsanwalt
Dr. Hermann Rottenwallner, Rosenheim,
zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts

gemäß § 3, Absatz 3, der Schiedsgerichtsordnung des Bayerischen Roten Kreuzes vom Landeskomitee einstimmig gewählt.

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Bayerischen Roten Kreuzes

Der Bezirksverband Schwaben hatte für

Herrn Dr. med Hanns Gerlach,
Kreisverband Augsburg-Land,
Chefarzt des Bezirksverbandes Schwaben
und

Herrn Landrat a.D. Gerhard Müller,
Justitiar des Bezirksverbandes Schwaben und
bisheriger Vorsitzender des Kreisverbandes Nördlingen,
Antrag auf Ernennung zum Ehrenmitglied des Bayerischen Roten Kreuzes gemäß § 9 der BRK-Satzung gestellt.

Beide Anträge wurden vom Landesvorstand befürwortet und vom Landeskomitee einstimmig angenommen.

Einsatz Hauptreisezeit 1972 und während der XX. Olympischen Spiele in München

Den Sitzungsteilnehmern wurde abschließend eine blaue Informationsmappe „Rettungsdienst, Krankentransport, Sanitäts- und Betreuungsdienst in Bayern für die Dauer der Hauptreisezeit vom 19. 6.–1. 10. 1972 und die Zeit der XX. Olympischen Spiele in München vom 19. 8.–17. 9. 1972“ ausgehändigt.

Mit dem herzlichen Dank für die rege Mitarbeit schloß Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel die Landeskomiteesitzung.
Dr. Rohrer

In eigener Sache:

Wegen des umfangreichen Berichts über die Landeskomiteesitzung können wir die Fortsetzung des Berichtes über die Landesausschußsitzung der Sanitätskolonnen erst in der nächsten Ausgabe des Mitteilungsblattes zum Abdruck bringen. Auch die übrigen vorgesehenen Berichte mußten hinter dem „Landesereignis“ = Neuordnung der Kreisverbände, zurückstehen. Wir bitten um freundliches Verständnis für diese Maßnahme.
Die Redaktion

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 19 vom 10. 4. 1972: Zusatzaltersversorgung
Nr. 20 vom 10. 4. 1972: Schwesternhelferinnen-Programm; hier: Abgabe einer Behördenkarte
Nr. 21 vom 11. 4. 1972: Altkleidersammlungen – hier: Störungen durch andere Unternehmungen
Nr. 22 vom 12. 4. 1972: Verlängerung der Amtszeit der Personalräte
Nr. 23 vom 11. 4. 1972: Unfallversicherungsschutz für ehrenamtliche Sammler des BRK
Nr. 24 vom 19. 4. 1972: Richtlinien über die Förderung der Haus- und Familienpflege
Nr. 25 vom 25. 4. 1972: Anpassung der Organisation des Bayerischen Roten Kreuzes an die Maßnahmen der staatlichen Gebietsreform

Eilmitteilungen

- vom 20. 3. 1972: Zuschüsse des Landes Bayern zu Familienholungsmaßnahmen
vom 14. 4. 1972: Erholungsurlaub für Arbeiter für das Jahr 1972

AUSBILDUNGSWESEN

2. Lehrgangprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 4. 7. bis 28. 7. 1972

- Nr. 23 vom 4.– 5. 7. 1972: Genfer Rotkreuz-Abkommen für Geistliche
vom 8.– 9. 7. 1972: Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort
Nr. 24 vom 10.–14. 7. 1972: Führerinnen
Nr. 25 vom 17.–21. 7. 1972: Verwaltungspersonal
Nr. 26 vom 24.–28. 7. 1972: Kreisgeschäftsführer

PERSONALFRAGEN

3. Beiköchin für Kindererholungsheim Bischofsried gesucht

Wir suchen für sofort oder später für unser Kindererholungsheim in schöner Umgebung, Bischofsried bei Dießen am Ammersee,

Beiköchin (auch Anlernkraft)

in Dauerstellung. Auch an Bewerbungen von tüchtigen

Küchen- und Haushaltshilfen

sind wir interessiert. Sie können von einem erfahrenen Koch gute Fachkenntnisse erwerben und zur Zweitköchin ausgebildet werden. Bezahlung nach Sondertarif mit Zusatzaltersversorgung, Beihilfe in Krankheitsfällen und dergleichen sowie Sozialleistungen wie bei staatlichen und gemeindlichen Dienststellen. – Geregelt Freizeitarbeit und gute Unterkunft.

Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband München, 8 München 22, Seitzstraße 8, Telefon (0811) 22 46 71, App. 27.

4. Kreisverband Pfaffenhofen a. d. Ilm sucht Sanitäter

Das Bayerische Rote Kreuz – Kreisverband Pfaffenhofen a. d. Ilm – sucht ab sofort einen hauptamtlichen Sanitäter für den Unfallrettungsdienst und Krankentransport.

Die Vergütung erfolgt nach BAT mit Zusatzaltersversorgung. Dienstwohnung wird zur Verfügung gestellt.

Voraussetzungen: Führerschein Klasse III mit mindestens zweijähriger Fahrpraxis erforderlich. Erwünscht sind handwerkliche Fähigkeiten. Bewerber, möglichst mit Vorkenntnissen im Sanitätswesen, werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen (Lichtbild, Lebenslauf, polizeiliches Führungszeugnis, evtl. Ausbildungsnachweis, sowie sonstige Zeugnisse) möglichst bald einzureichen an:

BRK-Kreisverband, 8068 Pfaffenhofen a. d. Ilm, Rot-Kreuz-Straße 2.

5. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Nachstehende Dienstaussweise sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

BRK-Kreisverband München, Dienstaussweis Nr. 015-7734, ausgestellt auf den Namen Ludwig Menzinger, geb. 6. 4. 48, wohnhaft München 49, Solothurner Str. 4.

BRK-Kreisverband Schwabach, Dienstaussweis Nr. 58/376 und Dienstbuch Nr. M 31/1470, ausgestellt auf den Namen Manfred Eckert, geb. 26. 7. 1948, wohnhaft Georgensgmünd, Am Weinberg 9 – Dienstaussweis Nr. 58/235, ausgestellt auf den Namen Friedrich Krug, geb. 12. 6. 1946, wohnhaft Untersteinbach Nr. 29 – Dienstbuch Nr. M 31/1403, ausgestellt auf den Namen Rudolf Wagner, geb. 3. 12. 1947, wohnhaft Georgensgmünd, Am Weinberg 19 – Dienstaussweis Nr. 58/359, ausgestellt auf den Namen Heinrich Schwarz, geb. 3. 10. 50, wohnhaft Rittersbach Nr. 28^{1/2} – Dienstaussweis Nr. 58/410 und Dienstbuch Nr. M 31/1503, ausgestellt auf den Namen Fritz Grau, geb. 30. 6. 1950, wohnhaft Spalt, Hauptstr. 192, Dienstaussweis Nr. 58/72 und Dienstbuch Nr. M 31/1225, ausgestellt auf den Namen Johann Hermann, geb. 9. 2. 1937, wohnhaft Spalt, Gänsasse 254.

Kreisverband Aschaffenburg, JRK-Dienstbuch Nr. 244, ausgestellt auf den Namen Hans-Albrecht Uhrig, wohnhaft Aschaffenburg, Schneidmühlweg 41.

KRANKENTRANSPORT

6. Änderung zum Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Betriebskrankenkasse Wessels Industriewerke Lemm & Co. GmbH, Augsburg, wurde mit Ablauf des 31. 3. 1972 aufgelöst. Etwaige Forderungen bitten wir innerhalb von drei Monaten gegenüber der Kasse geltend zu machen.

Wir bitten, das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner auf Seite 12 entsprechend zu berichtigen.

7. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

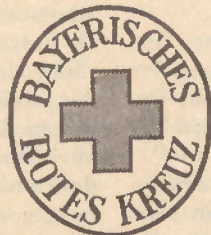
Herr Leander Wildner, 8481 Wildenau Nr. 78, Kreis Tirschenreuth, Tel. 096 05/3 82, sucht für private Zwecke einen gebrauchten Krankenkraftwagen Mercedes-Benz Diesel oder Opel-Kapitän. Die Firma Wunschik, 8 München 82, Halfingerstr. 47, Tel. 0811/42 44 89, sucht gebrauchte Krankenkraftwagen, gleich welches Fabrikat, auch Unfallwagen.

Kreisverbände, die ein solches Fahrzeug abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit Herrn Wildner und der Fa. Wunschik in Verbindung zu setzen.

Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens sind jedoch sämtliche Krankentransport-Einrichtungen sowie Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug zu entfernen. – Der BRK-Kreisverband Hersbruck sucht dringend für einen Opel-Kapitän-Krankenkraftwagen, Baujahr 1956 ein gut erhaltenes Getriebe (Dreigang-Schaltgetriebe). Angebote an BRK-Kreisverband Hersbruck, Grabenstr. 24, Tel.: 091 51/20 31.

MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 6

15. Juni 1972

B 21 345 E

Inhalt des Blattes 6:

XXII. Internationale Rotkreuzkonferenz in Teheran

Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts

Eröffnung der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz in Genf

Der Präsident des IKRK im Vatikan

Dank der Schwesternschaft München

Bundesverdienstkreuz für BRK-Landesarzt

Obermedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier und BRK-Bezirksvorsitzenden

Apotheker Herbert Geißendörfer

Umdenken und Hinzulernen – Charakteristikum der Rotkreuzarbeit / Ausgeglichener Haushalt im BRK / Revision bestätigt

sorgfältige Geschäftsführung

Fortsetzung des Berichtes über die Landeskomiteesitzung am 15. April 1972 in München

100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 31. 7. bis 10. 8. 1972

Personalfragen: 3. Heimleiterin für Kindererholungsheim Bischofsried bei Dießen am Ammersee gesucht – 4. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Krankentransport: 5. Änderung zum Krankentransport-Rahmenvertrag – 6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht – 7. Krankenkraftwagen zu verkaufen

Sozialarbeit: 8. Lehrgang „Bekämpfung des Rauschmittelmisßbrauchs“

Nachrichtenteil

Sanitätskolonnen: 9. Landesausschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen. Fortsetzung aus Heft 4

Frauenbereitschaften: 10. Führerinnentagungen und Fortbildungsschulungen

Sozialarbeit: 11. BRK-Altenbetreuerinnen wurden geschult. 12. Altenpflegeschule unter neuer Ausbildungsleitung

Unsere Buchbesprechungen:

Biestek: Wesen und Grundsätze der helfenden Beziehung in der sozialen Einzelhilfe

Vinter: Beiträge zur Praxis der sozialen Gruppenarbeit

Perlman: Soziale Einzelhilfe als problem-lösender Prozeß.

XXII. INTERNATIONALE ROTKREUZKONFERENZ IN TEHERAN

Vom 26. September bis 14. Oktober 1973 wird die XXII. Internationale Rotkreuzkonferenz in der iranischen Hauptstadt tagen; ihr werden die Versammlungen der XXXII. Sitzungsperiode des Gouverneurats der Liga der Rotkreuzgesellschaften, die Zusammenkünfte verschiedener beratender Ausschüsse der Liga und jene des Delegiertenrats vorausgehen.

Nach der Einladung des Iranischen Roten Löwen mit der Roten Sonne setzte die Ständige Kommission des Internationalen Roten Kreuzes unter dem Vorsitz von Lady Limerick im Verlauf ihrer Sitzung vom 11. April 1972 Ort und Zeitpunkt der nächsten Internationalen Rotkreuzkonferenz fest.

Die Internationale Rotkreuzkonferenz ist die höchste beratende Instanz des Internationalen Roten Kreuzes. Sie setzt sich zusammen aus den Delegationen der gehörig anerkannten nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes, des Roten Halbmonds und des Roten Löwen mit der Roten Sonne, ferner aus den Delegationen der Mitgliedstaaten der Genfer Abkommen sowie den Delegationen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Liga der Rotkreuzgesellschaften. Die Hauptaufgabe der Internationalen Rotkreuzkonferenz besteht darin, die Einheit der Bestrebungen der nationalen Gesellschaften, des Internationalen Komitees und der Liga zu gewährleisten. Sie versammelt sich grundsätzlich alle vier Jahre. Die letzte, d. h. die XXI. Internationale Rotkreuzkonferenz fand im September 1969 in Istanbul statt.

(Das IKRK am Werk, Nr. 178 c, 19. 4. 1972)

WEITERENTWICKLUNG DES HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS

Eröffnung der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz in Genf

Am 3. Mai 1972 wurde die 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und die Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts feierlich in Genf eröffnet. Auf der Eröffnungsfeier hielten der Präsident des IKRK, Marcel A. Naville, der Präsident des Staatsrats des Kantons Genf, Henry Schmitt, und der Direktor der Menschenrechtsabteilung und Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Marc Schreiber, Ansprachen.

An dieser bis 3. Juni 1972 dauernden, vom IKRK einberufenen Konferenz nahmen rund 400 Experten von 76 Regierungen teil. Es handelt sich um folgende Länder: Algerien, Arabische Republik Ägypten, Arabische Republik Jemen, Argentinien, Äthiopien, Australien, Bangla Desh, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Chile, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Guatemala, Heiliger Stuhl, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Irland, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kamerun, Kanada, Koreanische Volksdemokratische Republik, Kuba, Kuwait, Libanon, Liberia, Libyen, Mali, Mexiko, Monaco, Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Pakistan, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Khmer, Republik Korea, Republik Vietnam, Rumänien, San Marino, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Spanien, Sudan, Süd-

afrikanische Republik, Syrien, Tansania, Tschechoslowakei, Tunesien, Türkei, UdSSR, Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Ungarn, Uruguay, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika, Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, Zypern.

Ferner nahmen an der Konferenz Beobachter der Vereinten Nationen, 9 technische Experten für Fragen der Sanitätstransporte, 10 Beobachter der nicht-staatlichen Organisationen, der Rotkreuzgesellschaften und der Liga der Rotkreuzgesellschaften teil.

Im Laufe der am 3. und 4. Mai abgehaltenen Vollsitzungen wurde das Präsidium der Konferenz gewählt: Dr. jur. Jean Pictet (IKRK), Vorsitzender, W. Riphagen (Niederlande) und A. Christescu (Rumänien), Stellvertretende Vorsitzende.

Am 5. Mai nahmen die vier Ausschüsse der Konferenz ihre Arbeiten auf. Sie waren beauftragt, den Stoff der vom IKRK verfaßten beiden Entwürfe der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 zu diskutieren.

Herr N. Singh (Indien) wurde zum Vorsitzenden des 1. Ausschusses und die Herren I. Al-Fallouji (Irak) und C. de Abranches (Brasilien) zu Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Dieser Ausschuß befaßte sich mit der Frage des Schutzes der Verwundeten und der Kranken in den internationalen bewaffneten Konflikten. Es handelte sich darum, Bestimmungen einzuführen, um den zivilen Sanitätseinrichtungen und dem zivilen Sanitätspersonal den gleichen Schutz zu gewähren, wie ihn die Genfer Abkommen für das militärische Sanitätspersonal vorsehen. Für die

Frage der Sanitätstransporte, bei der wichtige technische Einwirkungen zu berücksichtigen sind, wurde ein Unterausschuß, bestehend aus Fachleuten für die Kenntlichmachung, geschaffen.

Herr S. Dabrowa (Polen) war Vorsitzender des 3. Ausschusses; Stellvertretende Vorsitzende waren die Herren H. Sultan (Arabische Republik Ägypten) und H. Blix (Schweden). Dieser Ausschuß befaßte sich mit dem Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren der Feindseligkeiten. Die Genfer Abkommen schützen nämlich die Zivilbevölkerung gegen Mißbräuche der feindlichen Macht, jedoch nicht gegen den Einsatz von Waffen, Krankenhäuser ausgenommen.

Vorsitzender des 4. Ausschusses war Herr E. Kussbach (Österreich); Stellvertretende Vorsitzende waren die Herren B. Ghali (Arabische Republik Ägypten) und H. Beeley (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland). Dieser Ausschuß behandelte die Maßnahmen zur verstärkten Anwendung des gegenwärtig geltenden Rechts, ferner befaßte er sich mit der Kontrolle, u. a. mit der Ernennung einer Schutzmacht, und mit der Ahndung.

Der 2. Ausschuß, der die gleichen Themen wie die drei anderen Ausschüsse behandelte, jedoch im Falle von nicht-internationalen bewaffneten Konflikten, hatte seine Tätigkeit erst am 12. Mai aufgenommen, um eine Koordinierung der Arbeiten mit den anderen Ausschüssen zu ermöglichen. Vorsitzender des 2. Ausschusses war Herr D. M. Miller (Kanada); Stellvertretender Vorsitzender Herr Trenggono (Indonesien).

(Entnommen aus „Das IKRK am Werk“ Nr. 180 c vom 24. Mai 1972)

Der Präsident des IKRK im Vatikan

In Begleitung seines Sonderassistenten R. Courvoisier wurde der Präsident des IKRK am 12. Mai von Papst Paul VI. in der Vatikanstadt in Audienz empfangen. Der Heilige Vater bekundete lebhaftes Interesse für das

Werk des Roten Kreuzes, dem er seine volle Unterstützung zusagte. Der Präsident des IKRK schilderte die verschiedenen Tätigkeiten des IKRK zugunsten der leidenden Menschen in der Welt.

Dank der Schwesternschaft München

Nach dem guten Verlauf der 100-Jahr-Feier der Schwesternschaft München vom Roten Kreuz in Bayern möchte ich auch hier noch einmal meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen, für alle Hilfe und Unterstützung, die wir dabei erfahren durften. Insbesondere durch den Präsidenten des BRK, Herrn Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, und durch die Mitarbeit der Vizepräsidentin, Baronin von Tucher, und Herrn Dr. Josef Rohrer im vorbereitenden Arbeitskreis, die Damen und Herren im Präsidium und des Bezirks- und des Kreisverbandes in München.

Darüber hinaus danke ich für die vielen Glück- und Segenswünsche, die uns zum Jubiläum zugegangen sind, die ich aber leider nicht alle einzeln beantworten kann; Über die Teilnahme am Festakt und alle Aufmerksamkeiten habe ich mich mit unseren Schwestern von Herzen über diese Zeichen der Verbundenheit gefreut.

Die Schwesternschaft braucht auch in dem kommenden Dezennium die Unterstützung unserer Gesamtorganisation, deren Glied sie bei aller Selbständigkeit ist und bleibt und in der sie sich geborgen fühlt.

gez. Helmine Held, Generaloberin

Bundesverdienstkreuz für BRK-Landesarzt Obermedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier und BRK-Bezirksvorsitzenden Apotheker Herbert Geißendörfer

Unser Glückwunsch gilt zwei ehrenamtlichen, aktiven Führungskräften, deren Tätigkeit mit dem vom Bundespräsidenten verliehenen Bundesverdienstkreuz I. Klasse gewürdigt wurde.

Regierungspräsident Johann Riederer überreichte am 20. April in Landshut die hohe Auszeichnung an den BRK-Landesarzt Dr. Herbert Kammermeier. In seiner Laudatio würdigte der Regierungspräsident die Verdienste des Medizinalreferenten der Regierung, der die Auszeichnung für seine jahrelange, ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohl der Volksgesundheit und damit für die Allgemeinheit erhielt. Dr. Kammermeier habe, so betonte der Regierungspräsident, nicht nur in seiner Eigenschaft als Landesarzt erfolg-

reich am Aufbau des Medizinalwesens im Bayerischen Roten Kreuz mitgewirkt. Seine Tätigkeit als Vorsitzender des Landesausschusses der Sanitätskolonnen fanden ebenso Lob und Anerkennung wie seine Mitarbeit im Blutspendedienst und als Mitglied des Kuratoriums des BRK-Rheumazentrums Bad-Abbach.

Am 8. Mai erhielt der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberbayern, Apotheker Herbert Geißendörfer, aus der Hand des Regierungspräsidenten von Oberbayern, Dr. Adam Deinlein, das Bundesverdienstkreuz I. Klasse. Der KV Landsberg/Lech hatte es sich nicht nehmen lassen, ihren ehemaligen Vorsitzenden Glückwünsche zu überbringen. Unter den Gratulanten befanden sich Sprecher der Gemeinschaften, des BV-Vorstands und des Präsidiums.

Umdenken und Hinzulernen – Charakteristikum der Rotkreuzarbeit / Ausgeglichener Haushalt im BRK / Revision bestätigt sorgfältige Geschäftsführung

Fortsetzung des Berichtes über die Landeskomiteesitzung am 15. April 1972 in München

Im Mitteilungsblatt 5/72 hatten wir über die Sitzung des BRK-Landeskomitees berichtet und besonders über die Anpassung der Organisationsstruktur des Bayerischen Roten Kreuzes an die staatlichen Neugliederungen im Zuge der Gebietsreform informiert.

Mit dem Bericht des Landesarztes, Oberregierungsmedizinalkommissar Dr. Herbert Kammermeier, dem Abdruck des Finanzberichtes, den Landesschatzmeister Bankdirektor Heinz Kerkmann abstattete, sowie dem Revisionsbericht durch Bankdirektor Dr. Anton Sirch, vervollständigen wir die Berichterstattung über die Sitzung.

DER BERICHT DES LANDESARZTES

Landesarzt Dr. Kammermeier berichtete zunächst über die **Neugestaltung des Leitfadens** für die Erste Hilfe und betonte, daß angesichts der noch nicht erzielten bundeseinheitlichen Zustimmung das BRK sich zunächst auf die Einweisung der Instruktoren und Ausbildungsärzte beschränkt habe. Diese wiederum wiesen z. Z. die Ausbilder und Ausbilderinnen der Kreisverbände in die neue Materie ein. Eine zusätzliche Information der Chefärzte der Kreisverbände erfolge in den nächsten Wochen. Analog zur Neuregelung werde auch der Leitfaden „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ neu gefaßt. Wie Kammermeier betonte, erfordere das umfangreiche Ausbildungsprogramm den vollen Einsatz aller Ärzte, Instruktoren und Ausbilder, die an rd. 500 Ausbildungsstandorten in Bayern jährlich ca. 160 000 Männer und Frauen in der Ersten Hilfe und 120 000 in den Sofortmaßnahmen ausbildeten. Eine besondere Förderung durch die Chefärzte der Bezirks- und Kreisverbände bedürfe die Ausbildung aller Ärzte und Aktiven in der Herzlungen-Wiederbelebung entsprechend dem bundeseinheitlichen Leitfaden. Auch hier werde die Medizinalkommission in Bälde einige besondere Initiativen an die Ärzte im BRK herantragen.

Hinsichtlich der **Fachausbildung** habe sich erwiesen, daß die Sanitätsausbildung durch die Einführung des Leistungsvergleichs in den nächsten Jahren eine wesentliche Förderung erfahren werde. So sei der Leistungsvergleich der Stufe I gut angelaufen, die Vorbereitung für die Stufe II sei im vollen Gange. Schon jetzt könne gesagt werden, daß dieses neue Ausbildungsprinzip eine intensivere Breitenwirkung habe, die sich für die gesamten aktiven Gemeinschaften segensreich auswirke. Die Aus- und Fortbildung der aktiven Mitarbeiter werde auf Dauer jedoch nur auf dem erforderlichen Stande zu halten sein, wenn es gelinge, das Problem einer neuen BRK-Landesschule zu lösen. Neben der Bedeutung der Katastrophenschutzausbildung komme ihr besonderes Gewicht durch die Ausbildung der künftigen Rettungssanitäter zu. In der Zwischenzeit werde die Ausbildung des Personals im KTP und URD nach den BRK-Richtlinien einschließlich Klinikpraktikum erfolgreich weiterbetrieben. Die Ausbildung erfasse sowohl hauptberufliches wie ehrenamtliches Personal. Das Klinikpraktikum von 4 Wochen – durchgehend über zweimal 14 Tage –

werde z. Z. an den vom Landesverband anerkannten Ausbildungskliniken in München (Harlaching), Regensburg (Barmherzige Brüder), Coburg (Landeskrankenhaus) und Würzburg (Sanitätsklinik) durchgeführt. Eine alsbaldige generelle Entscheidung durch die zuständigen ärztlichen Gremien betreffs „Unterrichtung im Anlegen einer Infusion“ sei unerlässlich, nicht minder die gesetzliche Regelung zum Berufsbild für den Rettungssanitäter. Kammermeier sprach die Erwartung aus, daß sie mit Erlaß des „Bundsgesetzes über den Krankentransport“ im nächsten Jahr vorliegen werde.

Ein erfreuliches Echo hätten die **Wochenendlehrgänge** für die Ärzteschaft über „**Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort**“ an der Landesschule gefunden. Dank des starken Andranges hätten 1971 außer den 3 geplanten Lehrgängen 2 weitere eingeschoben werden müssen. Auch in diesem Jahr seien 4 Lehrgänge vorgesehen. Das Ziel der Lehrgänge sei es, Ärzten und Zahnärzten die erforderlichen Kenntnisse bei akuten Notfällen, insbesondere aber Verkehrsunfällen, zu vermitteln. Dabei würden vorrangig die praktischen Maßnahmen bei Verkehrsunfällen geübt.

Nachdem das Bayerische Staatsministerium des Innern neue Richtlinien zur **Pockenbekämpfung** erlassen habe, seien die Kreisverbände darauf hingewiesen worden, die Pockenalarmpläne und die erforderlichen Impftermine zu überprüfen.

Ein besonderes Problem stelle der zunehmende **Drogenkonsum** dar. Ärzte, aktive Gemeinschaften, Jugendrotkreuz und Sozialabteilung seien bemüht, sich nicht nur mit entsprechendem Aufklärungsmaterial, sondern praktischer Hilfe dem Problem zu stellen.

Mit der bisher höchsten Jahresquote hätten 1971 in 124 Lehrgängen 2236 Frauen und Mädchen zu **Schwesternhelferinnen** ausgebildet werden können. 1644 SH hätten sich an Wochenenden einer Fortbildung unterzogen. 208 Kurslehrerinnen stünden für die Ausbildung der Bevölkerung in **Häuslicher Krankenpflege** und in der **Pflege von Mutter und Kind** zur Verfügung. In 460 Kursen seien rd. 7500 Personen ausgebildet worden. Wenn auch die Zahl imponierend sei, so könne sie dennoch nicht befriedigen. Hier seien die Kreisverbände aufgerufen, ihre Bemühungen in dieser Ausbildungssparte zu intensivieren. Das gleiche gelte für die Unterrichtung der Bevölkerung in den allgemeinen Fragen der **Gesundheitserziehung** und **Gesunderhaltung**. Bei 500 Veranstaltungen seien 1971 rd. 16 000 Personen in Vortragsabenden, Filmvorführungen, Ausstellungen mit dem nötigen Wissen über gesunde Ernährung, gesundes Alter usw. vertraut gemacht worden. Angesichts des wachsenden Interesses über die **Probleme des alternden Menschen** sei es bedauerlich, daß es an ausreichenden qualifizierten Fachkräften fehle, die hier eine ehrenamtliche Ausbildungstätigkeit übernehmen könnten. Bis jetzt werde die gesamte Ausbildung lediglich von 2 hauptamtlichen Mitarbeitern getragen. Aus diesem Grunde sollte das BRK versuchen, verstärkt pädagogische und sozialpflegerische Fachkräfte für die Mitarbeit auf diesem Gebiete zu gewinnen.

Auf dem ABC-Sektor bereiteten die mangelnden Kompetenzabsprachen zwischen den dafür zuständigen Dienststellen der praktischen Arbeit in den Rotkreuzgemeinschaften immer größere Schwierigkeiten, so daß die Gefahr bestehe, daß diese freiwilligen Helfer bei einem Katastrophenfall nicht mehr zur Verfügung stünden.

Der Landesarzt berichtete des weiteren über die K-Einsatzbereitschaft im Sanitätsdienst während der Olympiade, insbesondere im Hinblick auf evtl. Seucheneinsätze und der damit notwendigen Bereithaltung von Ärzten, Sanitäts- und Pflegepersonal für 3 vorgesehene Quarantänestationen und den Krankentransport. Die Hauptlast der K-Reserve trage der Kreisverband München. Ca. 130 Ärzte und Helfer erhielten eine zusätzliche Ausbildung, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Besondere Bedeutung verdiene auch der vom BRK vorbereitete Einsatz von 7 bis 8 Rettungshubschraubern mit Notarzt während der Hauptreisezeit und der Olympiade. Die Kreisverbände Nürnberg, Regensburg, Würzburg, Aschaffenburg, Erding, Freising und Fürstenfeldbruck hätten inzwischen einen ständigen Notarzdienst eingerichtet, um in den Ballungsräumen den Verkehrstod besser bekämpfen zu können.

Über den Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes konnte der Landesarzt eine erfreuliche Aufstellung vorlegen. Sie hat folgendes Ergebnis:

Entnahmen:	1971:	141 486	1970:	124 821
Abgaben:	1971:		1970:	
a) Frischblut	95 418 =	67,4 ⁰ / ₀	86 400 =	69,2 ⁰ / ₀
b) Spezialkonserven	4 251 =	3,0 ⁰ / ₀	3 533 =	2,8 ⁰ / ₀
c) zur Fraktionierung	41 817 =	29,6 ⁰ / ₀	34 888 =	28,0 ⁰ / ₀
	141 486 =	100,0 ⁰ / ₀	124 821 =	100,0 ⁰ / ₀

Demnach hat sich wiederum eine Steigerung der Blutentnahmen im Jahre 1971 ergeben. Die entsprechenden Zahlen betragen:

1969:	105 768 =	100,00 ⁰ / ₀
1970:	124 821 =	118,01 ⁰ / ₀
1971:	141 486 =	133,77 ⁰ / ₀

Es wurden durchgeführt bei jeweils 112 Kreisverbänden im Jahre 1970: 942 Termine. Im Jahre 1971 stieg diese Zahl auf 1035 Termine.

Im Sommer 1971 sei eine zusätzliche Blutentnahmegruppe aufgestellt und damit die Voraussetzungen für häufigere Entnahmetermine im BV Schwaben geschaffen worden. In den übrigen Bezirksverbänden hätten weitere Terminorte neben den schon seit Jahren angefahrenen Orten eingeplant werden können. Allerdings seien durch diese neuen Entnahmestellen mit oft kleinen Spenderzahlen die Selbstkosten für die einzelne Konserve entsprechend angestiegen. Erfreulich sei die Feststellung, daß in den letzten drei Jahren die früher regelmäßig aufgetretenen Sommerengpässe praktisch weggefallen seien. Andererseits beschäftige uns nun die Frage, ob wir auch künftig unsere Teams ausreichend mit Fachkräften (Ärzte, Krankenschwestern usw.) besetzen könnten.

Der guten Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden komme um so größere Bedeutung zu.

Die Gestellung von örtlichen Rotkreuz-Helferinnen und Sanitätern sei jedoch sehr unterschiedlich. Bei der Mehrzahl der Kreisverbände sei die Zahl der ortsgebundenen Hilfskräfte rückläufig, wobei besonders die Nachmittagstermine mehr und mehr gefährdet würden. Vor 17 Uhr seien die meisten ehrenamtlichen Hilfskräfte an ihren Arbeitsplätzen unabhkömmlich. Andererseits sollten die Abendtermine nicht bis in die späte Nacht hinein ausgedehnt werden, zumal das Team oft dann noch zurückfahren müsse.

Ärzte würden von den Kreisverbänden zur Voruntersuchung nur noch an wenigen Orten zur Verfügung gestellt. Auch hier gelte sinngemäß, was vorher über die nichtärztlichen Hilfskräfte gesagt worden sei.

Über die Dauerspendezentralen berichtete Kammermeier, daß in Regensburg mit Interesse der Fortgang der Schaffung klinischer Universitätseinrichtungen verfolgt werde, wobei besonders die Frage der Errichtung einer Universitäts-Blutbank ins Gewicht falle. Das Institut Regensburg halte jede Woche einmal einen Sondertermin ab. 1970 seien dabei 3124, im Jahre 1971 2588 Blutspenden registriert worden. Der Spenderstamm dürfte allerdings den Anforderungen genügen.

In Würzburg bestehe noch die Universitätsblutbank. Die Spender würden hier bezahlt.

Im Institut des BRK seien dort 1970 rund 1300 Blutspenden erbracht worden; 1971 habe die Zahl 1657 betragen.

Nach bisherigen Erfahrungen werde das BRK ernste Anstrengungen machen müssen, um die ärztlich notwendig erscheinende Zahl von Dauerspendern zu erzielen.

In einer Vorschau auf die künftige Entwicklung stellte der Landesarzt fest:

„Insgesamt kann erwartet werden, daß auch im Jahre 1972 gute und wirtschaftlich gesicherte Verhältnisse bestehen bleiben.“

Als Probleme zeichnen sich für die Folgezeit ab:

- a) Können wir bei dem Fachpersonalmangel die derzeitigen Termine beibehalten?
Sofern dies nicht möglich sein sollte, gehen die Spenderzahlen zurück.
- b) Können wir in Zukunft dem ständig steigenden Bedarf großer Krankenhäuser nachkommen (Erlangen usw.)?
- c) Wie wirkt sich die Gebietsreform und die auch im BRK angestrebte Anpassung auf die Entnahmetermine aus? Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß viele Schulen, die bei Außenterminen günstige Entnahmevoraussetzungen aufwiesen (Schulküchen usw.), im Zuge der Neuorganisation wegfallen.

Abschließend sei noch auf die Zweckforschungsprogramme hingewiesen: Es laufen Untersuchungen auf dem Gebiet der Transfusions-Hepatitis mit dem Ziele, diese Erkrankungsmöglichkeit weitgehend zu reduzieren; ferner Arbeiten über das Auftreten irregulärer Blutgruppen-Antikörper, sodann eine Untersuchung medizinisch-rechtlicher Fragen im Zusammenhang mit Transfusionszwischenfällen. Über die Methode der Tiefkühlkonservierung als Routineverfahren wird unser BSD beim Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Bluttransfusion wichtige Aussagen zu machen haben. Schließlich bereitet sich unser BSD vor für Referate anlässlich des diesjährigen internationalen Bluttransfusionskongresses, der in vierjährigem Abstand stattfindet. Daraus möge entnommen werden, daß der BSD auch auf internationaler Ebene vertreten ist und seine Arbeit über unsere Grenzen hinaus im Ausland sehr wohl gewürdigt wird.“

Abschließend dankte Kammermeier den Mitarbeitern auf der Landes-, Bezirks- und Kreisebene, insbesondere den für die Aus- und Fortbildung zuständigen Chef-, Kolonnen- und Bereitschaftsärzten. Ein besonderes Wort der Anerkennung zollte er Regierungsmedizinalkommissar Dr. Weigand, der interimswise die Aufgaben der Medizinabteilung im BRK-Präsidium nebenamtlich mit übernommen hat.

ZUM BERICHT DES LANDESSCHATZMEISTERS

Landesschatzmeister Direktor Heinz Kerkmann gab einen ausführlichen Überblick über die Vermögenslage des BRK-Landesverbandes. Nach der Bekanntgabe des Abschlusses für das Jahr 1970 erstattete er die Rechnungsübersicht über das Geschäftsjahr 1971 und erläuterte anschließend den Haushaltplan des Landesverbandes für das Jahr 1972. Zu den einzelnen Beratungspunkten führte der Landesschatzmeister aus:

I. Abschluß des Gesamtverbandes für das Geschäftsjahr 1970

1. Bilanz:

Die Bilanzsumme beträgt 190,2 Mio DM und hat sich gegenüber dem Vorjahr (171,0) um 20,2 Mio DM bzw. 11,8% erhöht.

Den größten Posten der Aktiv-Seite bildet das Anlagevermögen mit rd. 153,3 Mio DM (Vj. 137,5) = Zunahme + 11,5%. Hiervon entfällt der weitaus größte Teil auf Grundstücke und Gebäude mit 139,6 Mio DM (Vj. 123,7).

Der Zuwachs des Anlagevermögens im Rj. 1970 kam im wesentlichen den Grundstücken und Gebäuden zugute. Für rd. 16 Mio DM wurden 1970 Grundstücke gekauft bzw. Bauten errichtet.

Bei den übrigen Positionen des Anlagevermögens ist hervorzuheben die Position Transportmittel mit 5,7 Mio DM (Vj. 5,1).

Die Steigerung betrifft ausschließlich Investitionen für den KTP-URD.

Das gesamte Anlagevermögen liegt zu 62,5% bei den Kreisverbänden.

Das wertberichtigte Anlagevermögen des Gesamtverbandes ist zu 62,1% (Vj. 65,5%) durch Eigenkapital gedeckt. Im Vergleich zu früheren Jahren ist eine abnehmende Tendenz festzustellen, d. h. der Anteil der Fremdfinanzierung steigt entsprechend.

Bei den Heimen und Anstalten ist die Eigenkapitalausstattung in der Regel sehr gering und wird sich erst im Laufe von einigen Jahren, wenn größere Teile der Schulden getilgt sind, verbessern.

Das Eigenkapital ist mit 72,8 Mio (Vj. 67,9) ausgewiesen. Besondere Aufmerksamkeit ist der Position langfristige Verbindlichkeiten zu widmen. Am 31. 12. 1970 hatte das BRK rd. 55,95 Mio DM (Vj. 52,1 - 1961: 17,4) Schulden. Dieser Posten ist beachtlich und bedeutet für das BRK jährliche Kapitaldienstbelastungen von ca. 5 Mio DM. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf rd. 7,3%.

Insgesamt hat sich jedoch im Berichtsjahr die Zunahme der Verschuldung gegenüber den Vorjahren verlangsamt.

Von der Gesamtsumme mit 55,95 Mio DM entfallen auf die Kreisverbände 28,8 Mio DM = 51,1% (Vj. 25,9 Mio DM = 49,7%).

Die Fremdverbindlichkeiten lassen sich wie folgt zuordnen (in Mio DM):

Gesamtsumme	55,95
RK-Häuser usw.	10,00
Heime u. Anst.	45,95

Für die Errichtung von Heimen und Anstalten wird überwiegend Fremdfinanzierung in Anspruch genommen, wobei die Kapitaldienste im Regelfall aus den Pflegesätzen erwirtschaftet werden.

Die kurzfristigen Forderungen (8,1 Mio DM / Vj. 7,5) und die kurzfristigen Verbindlichkeiten (12,1 Mio DM / Vj. 9,8) erfuhren vor allem im Rahmen von Baumaßnahmen eine wesentliche Ausweitung.

2. Gewinn- und Verlustrechnung:

Die Gesamtsumme der Erfolgsrechnung beträgt 108,43 Mio DM ((Vj. 97,48) und hat damit erstmals die 100-Millionen-Grenze überschritten.

Die Summe der satzungsmäßigen Aufwendungen beläuft sich dabei auf 90,7 Mio DM (Vj. 79,9), was einer Zunahme von 13,5% gegenüber 1969 entspricht.

Das Jahr 1970 brachte auf den meisten Gebieten erhebliche Kostensteigerungen. Vor allem die Personalkosten erfuhren im Jahre 1970 eine kräftige Aufwärtsbewegung, die annähernd 20% Steigerung erreichte. Diese Entwicklung gibt zu großer Sorge Anlaß. Die Personalkosten des Gesamtverbandes beliefen sich 1970 auf rd. 42 Millionen DM. Die Sozialarbeit (5,34 Mio DM, Vj. 4,79) hatte erstmals wieder steigende Tendenz (+ 11,5% gegenüber Vj.).

Auch die Ausbildung (3,91 Mio DM, Vj. 3,20 = + 22,2% gegenüber Vj.) zeigte im Berichtsjahr eine erfreuliche Entwicklung.

Für die RK-Gemeinschaften wurden 4,65 Mio DM (Vj. 4,12 Mio DM = + 12,9%) ausgegeben.

Im einzelnen wurden aufgewendet in TDM für:

	1970	1969
Sanitätskolonne	1115	1203
Frauenbereitschaften	427	460
Bergwacht	1382	1084
Wasserwacht	1100	890
Jugendrotkreuz	579	480

Zugenommen haben wiederum ganz wesentlich die Aufwendungen für KTP-URD sowie Heime und Anstalten. Während der KTP-URD 1969 noch mit 20,0 Mio DM Aufwendungen abschloß, erreichte er im Berichtsjahr 23,84 Mio DM (= + 19,2% gegenüber 1969). Hier schlugen vor allem die Personalkostensteigerungen zu Buch.

Die Heime und Anstalten erreichten 1970 rd. 37,0 Mio DM Aufwendungen (Vj. 33,0) = + 12,3%. Auch hier bereitete die Personalkostenentwicklung große Sorge.

Die Summe der satzungsmäßigen Erträge erreichte 95,96 Mio DM (Vj. 84,15) = Zunahme von 14% gegenüber 1969. Die Pos. Spenden und Beiträge verzeichnete insgesamt im Berichtsjahr keine Steigerung. Zwar sind bei der Sammlung und den Mitgliederbeiträgen erfreuliche Steigerungen zu verzeichnen, während im Vergleich zum Vj. erheblich weniger zweckgebundene Spenden für internationale Hilfsmaßnahmen eingegangen sind.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild in TDM:

	1970	1969	
Sammlung, Spenden	6217	5975	+ 4,1% ggüb. Vj.
Mitgliederbeiträge	5103	3973	+ 28,4% ggüb. Vj.
Veranstaltungen, Aktionen	3191	2640	+ 20,9% ggüb. Vj.
Sonstige (zweckgeb. Spenden, Sachspenden, Lotterie usw.)	775	2789	- 72,2% ggüb. Vj.

Die Zuschüsse von öffentlichen Kassen (6,39 Mio DM, Vj. 4,86 = + 31,50% gegenüber 1969) sind überdurchschnittlich angestiegen. Der Zuwachs betrifft in erster Linie öffentliche Zuschüsse für Rotkreuzhäuser und Altenheime. Von dem Gesamtbetrag entfallen auf den Landesverband 1,14 Mio DM und auf die Kreisverbände 5,25 Mio DM. Von dem Gesamtbetrag waren zweckgebunden rd. 1,76 Mio für den Rettungsdienst, 1,5 Mio DM für den Bau von Heimen und Anstalten, 1,2 Mio für Bau von RK-Häusern. Die Erträge der Heime und Anstalten haben mit 35,8 Mio DM (Vj. 32,1) um 11,60% zugenommen, sind jedoch per Saldo hinter den Aufwendungen zurückgeblieben. Der KTP-URD erreichte 20,27 Mio DM Erträge (Vj. 17,67) = + 14,70%. Trotz dieser Steigerung überschritt der Fehlbetrag 1970 die Dreimillionengrenze (3,16 Mio DM, 1969: 2,14).

Die Aufwands- und Ertragsrechnung schließt mit einer Vermögensmehrung von 5,83 Mio DM (Vj. 7,50) ab, die ausschließlich auf die Kreisverbände entfällt. Diese Vermögensmehrung ist zweckgebunden für satzungsmäßige Aufgaben. Beim Landesverband konnten die aus dem RK II herrührenden Betriebsverluste in der konsolidierten Bilanz nur z. T. abgedeckt werden, weshalb ein Verlustvortrag von 1,1 Mio DM gebildet werden mußte. Zusammen mit den Vorträgen aus den Vorjahren beträgt der gesamte Verlustvortrag des Landesverbandes per 31. 12. 1970 2,96 Mio DM.

Die Buchhaltungen der Bezirks- und Kreisverbände sowie der Heime und Anstalten für das Rj. 1970 wurde im Jahre 1971 von der BRK-internen Revision geprüft. Das Rechnungswesen des Rj. 1970 des Präsidiums und des BV Schwaben wurden im Herbst 1971 von der Südd. Treuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft. Hierbei wurde jeweils der ungeschränkte Prüfungsvermerk erteilt.

II. Rechnungsübersicht des Landesverbandes für das Geschäftsjahr 1971

Die Vorlage beinhaltet zwar in großem Umfange nur vorläufige Zahlen, soll aber dennoch einen Überblick über das Geschäftsjahr 1971 geben.

1. Präsidium:

Die Rechnungsübersicht für das Präsidium schließt ab mit Aufwendungen von 12 341 720 DM und Erträgen von 12 349 300 DM.

Nach dieser vorläufigen Rechnung konnte für das Präsidium die Rechnung ausgeglichen werden. Die Finanzlage ist aber weiterhin angespannt, da die Liquidation des RK II noch nicht abgeschlossen ist.

Bei einer Reihe von Positionen waren Mehraufwendungen nicht zu vermeiden, die jedoch durch entsprechende Mehrerträge gedeckt werden konnten.

Im einzelnen ist zu dieser Vorlage folgendes auszuführen:

Personalkosten und Geschäftsbedürfnisse

Bei den Personalkosten waren infolge freier Planstellen Einsparungen in Höhe von 65 070 DM möglich.

Mehraufwendungen bei den Sachkosten mit 6430 DM sind durch Buchprüfung, Bürobedarf und Datenverarbeitung bedingt.

Presse, Öffentlichkeitsarbeit

Die Arbeit erfuhr eine Ausweitung durch besondere Aktionen wie Notrufkarte, Spenden-Sanka usw. Der größte Teil der zusätzlichen Aufwendungen ist durch Einnahmen gedeckt.

Sozialarbeit

Auch hier waren zusätzliche zweckgebundene Mittel bereit, um die Sozialarbeit entsprechend zu intensivieren.

Im einzelnen verteilen sich die Aufwendungen wie folgt:

Allg. Hilfsmaßnahmen (einschl. Regiekosten)	302 000 DM
Kindererholung	673 000 DM
Altenbetreuung	97 000 DM
Betreuung DDR und Südosteuropa	581 000 DM
Mütter- und Familienerholung	50 000 DM
Katastrophenhilfen	23 000 DM
Altenpflegeschule Weiden	51 000 DM
Sachspenden	43 000 DM
	<hr/>
	1 820 000 DM

Ausbildung

Im einzelnen wurden aufgewendet für:

Allg. Aufwendungen u. Spezialausbildungen	299 000 DM
Landesschule	220 000 DM
Lehrgänge außerhalb der Schule	390 000 DM
Schwesternhelferinnenprogramm (SHP)	888 000 DM

Bergwacht

Für die Arbeit der Bergwacht wurden 563 000 DM benötigt.

Jugendrotkreuz

Die Aufwendungen für das JRK betragen 300 000 DM

Suchdienst

Die Aufwendung für den Suchdienst belief sich auf 447 000 DM

Unfallrettungsdienst - Krankentransport

Für Beschaffung und Zuschüsse zu Rettungswagen konnten - dank der zweckgebundenen Mittel - zusätzliche Leistungen erbracht werden. Darüber hinaus mußten für die Hubschrauberrettungsdienste und die Ausbildung der Rettungssanitäter erhebliche Aufwendungen erbracht werden.

Die Position gliedert sich in den Aufwendungen wie folgt:

Allgemeine Aufwendungen	62 000 DM
Rettungswagen	630 000 DM
Hubschraubereinsätze	108 000 DM
Klinikpraktikum Rettungssanitäter	54 000 DM

Bei den Erträgen zeigt sich folgendes Bild:

Zweckgebundene Mittel für Rettungswagen	358 000 DM
Kostenerstattungen	41 400 DM

Fernmeldewesen

Für das Fernmeldewesen wurden 607 000 DM benötigt. Für Funkausbau konnten zusätzliche Einnahmen und Sachspenden in Höhe von 107 660 DM erzielt werden, die im wesentlichen für den Relaisstellenausbau eingesetzt wurden.

Zuschüsse von öffentlichen Kassen blieben wesentlich hinter den Ansätzen zurück, da im Rj. 1971 durchwegs beträchtliche Haushaltssperren verfügt wurden. Vor allem der Zuschuß für den Rettungsdienst, der mit 1 Million DM angesetzt war, wurde nur in Höhe von 832 000 DM angewiesen. Hinzu kommt, daß von diesem Betrag 10% (83 200 DM) gemäß staatlicher Auflage an die anderen Hilfsorganisationen abgegeben werden mußte. Dem BRK verblieb somit für den URD nur noch ein Betrag von 748 000 DM.

Abschließend ist festzustellen, daß der Haushalt im Jahre 1971 zufriedenstellend abgewickelt werden konnte. Auf der Ertragsseite ergaben sich Verschiebungen; die Ausfälle bei einzelnen Positionen konnten ausgeglichen werden.

Das Rechnungsergebnis zeigt einen vorläufigen Mehrertrag von 7580 DM.

Die buchmäßige Liquidation des RK II konnte nicht – wie vorgesehen – im Jahre 1971 abgeschlossen werden, da die Verkaufsabwicklung erst Mitte 1972 beendet sein wird.

III. Haushaltsplan 1972

Der Haushalt schließt mit

Aufwendungen von	37 612 800 DM
und Erträgen von	37 631 600 DM ab,

das ergibt per Saldo einen Mehrertrag von 18 800 DM.

Beim Präsidium ist ein Defizit von 37 700 DM ausgewiesen, das durch eine Reihe von Haushaltssperren aufgefangen werden kann.

Zum Haushalt des Präsidiums im einzelnen folgendes:

Sozialarbeit:

In diesem Jahre ist wiederum ein Betrag von insgesamt 70 000 DM für die Intensivierung der Sozialarbeit (Ausbildungsmaßnahmen, Aufklärung, Starthilfen usw.) eingesetzt.

Die Sozialarbeit nimmt im BRK eine bescheidene Stellung ein und bedarf einer erheblichen Ausweitung. Leider sind die finanziellen Möglichkeiten des Landesverbandes zu sehr begrenzt, so daß die erforderlichen Geldmittel bei weitem nicht bereitgestellt werden können.

Im Rahmen der Sozialarbeit sind folgende Aufwendungen vorgesehen:

Allg. Aufwendungen und Hilfsmaßnahmen	339 000 DM
Kindererholung	860 000 DM
Altenbetreuung	180 000 DM
Betreuung DDR und SO-Europa	300 000 DM
Müttergenesungswerk	45 000 DM
Altenpflegeschule	54 000 DM

Ausbildung:

Die Maßnahmen werden nach den geltenden Ausbildungsplänen fortgesetzt. Schwerpunkte sollen 1972 bei verschiedenen, insb. technischen Fachlehrgängen gesetzt werden. Im einzelnen sind vorgesehen:

Allg. Aufwendungen und Spezialausbildungen	165 000 DM
Landesschule	261 000 DM
Lehrgänge außerhalb der Landesschule	513 000 DM
Schwesternhelferinnenprogramm	800 000 DM

URD – KTP:

In diesem Bereich sind gegenüber dem Vorjahr erhebliche Erhöhungen vorgesehen, die auf die Ausdehnung der Hubschrauberrettungsdienste, die Intensivierung der Ausbildung der Rettungssanitäter und die Beschaffung von Rettungswagen zurückzuführen sind. Im Haushalt sind Zuschüsse für die Beschaffung von 26 Rettungswagen vorgesehen. Im Rahmen dieser Position verteilen sich die Ansätze wie folgt:

Allgemeine Aufwendungen	70 000 DM
Hubschrauberrettungsdienste	155 000 DM
Ausbildung der Rettungssanitäter	160 000 DM
Rettungswagen	545 000 DM

Fernmeldewesen:

Die Funkumrüstung und der Ausbau des Fernmeldewesens machen erhöhte Aufwendungen erforderlich. Vor allem auch der Bau der Relaisstationen bedarf der weiteren Intensivierung.

Es sind im einzelnen veranschlagt:

Allgemeine Aufwendungen	85 000 DM
Relaisstellen	50 000 DM
Funkumrüstung	350 000 DM
Funknetzausbau	75 000 DM

Katastrophenvorsorge:

Hier mußten angesichts der Aufgaben während der Olympischen Spiele zusätzliche Mittel für K-Ausstattung bereitgestellt werden.

IV. Verschiedenes

Allgemeine Verwaltungs- und Finanzprobleme:

Die Verwaltungstätigkeit muß rationalisiert werden, wobei sich durch Verlagerung von Aufgaben wesentliche Fortschritte erzielen ließen. Dabei sollten unter Einschaltung der Elektronischen Datenverarbeitung einheitliche Lösungen gefunden werden.

Folgende Teilgebiete sind hier angesprochen:

Gehalts- und Lohnabrechnung,
Finanzbuchhaltung,
URD-KTP-Abrechnung,
Mitgliederverwaltung.

Im Jahre 1971 wurde mit der Umstellung der Gehalts- und Lohnbuchhaltung auf EDV begonnen. Die Ergebnisse sind ermutigend und machen erfreuliche Fortschritte.

Bei der gesamtfinanziellen Betrachtung sollte immer die Vermögenseinheit des BRK beachtet werden. Der Gedanke der Gemeinsamkeit und der Gegenseitigkeitshilfe ist allenthalben zu verbreiten.

Für eine vorausschauende Finanzplanung sollte ein entsprechender Rahmen erarbeitet werden.

Auf dem Gebiete der Mittelbeschaffung sind zusätzliche neue Wege zu suchen (z. B. Mitgliederwerbung, Großspendenwerbung). Im Augenblick laufen Versuche mit BRK-Jahresplaketten, die den Autofahren zum Preis von 5 DM angeboten werden. Die ersten Ergebnisse sind erfolgversprechend.

Landessammlung 1971:

Das Jahr 1971 erbrachte 5 490 000 DM (Vj. 5 123 000) = Mehrung + 367 000 bzw. + 7,16%.

Die durchschnittlichen Einnahmen je Sammler sind wie folgt:

Oberbayern	160 DM (Vj. 141)
Ndby./Opf.	109 DM (Vj. 84)
Ofr./Mfr.	100 DM (Vj. 92)
Unterfranken	86 DM (Vj. 64)
Schwaben	133 DM (Vj. 110)
Landesdurchschnitt	118 DM (Vj. 106)

Im Berichtsjahr überschritt das Ergebnis in Pfennig je Einwohner im Landesdurchschnitt die 50-Pfennig-Grenze. Gleichzeitig lag der Durchschnitt auf Bezirksebene in keinem Fall mehr unter 40 Pfennig.

Das Durchschnittsergebnis je Sammler stieg beträchtlich. Allerdings war die Zahl der zur Verfügung stehenden Sammler wiederum rückläufig, ein Problem, das größte Sorge bereitet. Namentlich in den Ballungsgebieten ist die Zahl der Sammler, bezogen auf die Bevölkerung, viel zu gering.

Mitgliederentwicklung:

Das BRK hat gegenwärtig über 400 000 fördernde Mitglieder, das sind 3,7% der Bevölkerung Bayerns.

Die Entwicklung war wie folgt:

21. 12. 1963	290 500
31. 12. 1965	327 500
31. 12. 1967	345 300
31. 12. 1969	365 200
31. 12. 1970	384 200
31. 12. 1971	ca. 400 000

Die Werbung neuer fördernder Mitglieder wird weiterhin intensiv durchgeführt.

Krankentransport – Unfallrettungsdienst:

Der KTP-URD verzeichnete 1970 wiederum einen Leistungszuwachs. Mit 697 567 Transporten (Vj. 670 840) betrug die Zuwachsrate 4,0% (Vj. + 8,4%).

Für die Transportkilometer errechnet sich bei 18,56 Mio km (Vj. 17,41) eine Steigerung von 6,6% (Vj. + 10,5%).

Trotz dieser wiederum erfreulichen Leistungsbilanz ist 1970 das Defizit auf 3,17 Mio DM gestiegen (Vj. 2,14).

Die gesamten Aufwendungen lagen bei 23,44 Mio DM (Vj. 19,80), denen Erträge von 20,27 Mio DM (Vj. 17,66) gegenüberstanden.

Zu Buche schlugen in erster Linie die erhöhten Personalkosten mit 75,0 Pf je km (Vj. 67,0). Die Gesamtkosten lagen bei 121,1 Pf je km (Vj. 109,7).

Sowohl für 1971 wie auch für 1972 wurden Tarifierhöhungen mit den Krankenkassen vereinbart. Eine ausreichende Finanzierung des URD-KTP über die Gebühren ist jedoch nicht erzielbar, da die Krankenkassen die sog. Vorhaltekosten nicht oder nur zu einem bescheidenen Teil erstatten. Diese Auffassung vertreten die Krankenkassen unter Berufung auf die Reichsversicherungsordnung. Wegen der Finanzierung der Vorhaltekosten verweisen die Krankenkassen dabei an den Staat bzw. die Kommunen.

Die Frage der Betriebskostenzuschüsse durch die öffentliche Hand ist bisher noch nicht gelöst. Es kann erwartet werden, daß im Rahmen des Bayer. Rettungsdienstgesetzes, welches in Vorbereitung ist, die finanzielle Seite für das BRK zufriedenstellend gelöst wird.

Nach einstimmiger Entlastung der Vorstandschaft, beantragt durch den Geschäftsführer des Kreisverbandes München, Herrn Direktor Rieger, dankte Landesschatzmeister Heinz Kerkmann allen Kreis- und Bezirksschatzmeistern und deren Stellvertretern sowie den Mitarbeitern des Präsidiums für ihre Mühewaltung, wobei er besonders dem für die Finanzen zuständigen Referenten, Dipl.-Kfm. Ernst Frank, seine Anerkennung aussprach. Den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses galt sein Dank für die ehrenamtliche verantwortungsvolle Tätigkeit in diesen Gremien, dem Landeskomitee für das entgegengebrachte Vertrauen.

BERICHT DER REVISION

Stellv. Landesschatzmeister Dr. Anton Sirch erstattete den Revisionsbericht für das Jahr 1971 mit der Prüfung der Rechnungsabschlüsse für 1969 und 1970. Sirch bedauerte, daß wegen der nach wie vor knappen personellen Besetzung die Revision auch im Berichtsjahr nicht in allen Bezirken in zahlenmäßig gleichem Umfang habe durchgeführt werden können. Immerhin sei die Prüfungsintensität etwa auf dem Stand des Vorjahres gehalten worden. Von insgesamt 147 Kreisverbänden seien 71, das sind 48,3%, geprüft worden. Ferner habe man wie üblich die 5 Bezirksverbände einer Revision unterzogen. Von den 18 Heimen und Anstalten des Präsidiums und der Bezirksverbände seien 11 = 61,1%, von den 27 Heimen der Kreis-

verbände 13 = 48,1% geprüft worden. Damit habe die Revision im Berichtsjahr von insgesamt 197 der ihr unterliegenden Stellen bei 100, das sind 50,8%, die Jahresabschlüsse einer Prüfung unterzogen.

Nach den Ergebnissen der durchgeführten Prüfungen, über die ausführliche Prüfungsberichte vorliegen, habe sich kein Anlaß zu wesentlichen Beanstandungen ergeben. Kleinere Mängel beruhten häufig auf einer noch nicht ausreichenden Sachkenntnis neu eingestellter Mitarbeiter oder auf Überlastung des Personals, das außer im Rechnungswesen noch für andere Aufgaben eingesetzt werde.

Unter diesen personellen Schwierigkeiten, auch im Hinblick auf nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehende ehren- und nebenamtliche Mitarbeiter, leide oft die Mitgliederwerbung, die Pflege des Mitgliederstandes, die regelmäßige Ausgabe des RK-Echos, das Beitragsinkasso und die zur notwendigen Steigerung der Einnahmen gebotene Durchführung von Veranstaltungen wie Altkleidersammlung, Glückshafen usw.

In einigen Fällen sei auch bei der Berechnung der 25%-Abführung nicht genau nach den Vorschriften verfahren worden. Ebenso seien vereinzelt noch durch örtliche Gliederungen Kassen geführt worden, die nach den Richtlinien nicht zulässig seien. Diese aus lokaler Sicht verständliche Neigung, die finanziellen Mittel für die örtliche Rotkreuzarbeit zu sichern, verkenne, daß eine ordnungsgemäße Verwaltung aller finanzieller Mittel nur durch straffe Zusammenfassung und Übersichtlichkeit einen optimalen Einsatz ermögliche. Hier sei an die Vorstände der Kreisverbände und insbesondere an die Herren Schatzmeister die Bitte zu richten, durch verständnisvolle Aufklärung und gebotene Aufsicht, die genaue Einhaltung der Verwaltungsvorschriften zu sichern und die Kreisgeschäftsführer hierin zu unterstützen.

Die finanzielle Entwicklung der Heime und Anstalten habe sich leicht gebessert, zum Teil durch die unvermeidbar gewordene Erhöhung der Pflegesätze, zum Teil auch durch stärkere Ausschöpfung der Belegkapazität. Dies gelte vor allem auch für die in letzter Zeit neu errichteten Heime, die allmählich in den Bereich der Wirtschaftlichkeit hineinwüchsen.

Der Krankentransport und Unfallrettungsdienst erfordere nach wie vor bei dem weitaus größten Teil der Kreisverbände erhebliche Zuschüsse, weil die Aufwendungen durch die erzielbaren Erträge nicht gedeckt werden könnten. Bei der anlässlich der Gebietsreform anstehenden Neuordnung werde diesem Umstand besondere Sorgfalt gewidmet werden müssen.

Die mit der Gebietsreform angestrebte Verringerung der Zahl der Kreisverbände werde für die Revision eine gewisse Entlastung mit sich bringen und die Möglichkeit eröffnen, die Prüfungsintensität zu steigern.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollte ein zentral gelenkter Einsatz der Revisoren angestrebt werden. Er lasse erwarten, daß damit auch die Vereinheitlichung des Prüfungsverfahrens und der Prüfungsberichte nach Maßgabe der vom Finanzausschuß verabschiedeten Revisionsordnung weiter vorangetrieben werden könne.

Auch dieser Bericht fand die volle Zustimmung des Landeskomitees. Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel dankte den vortragenden Vorstandsmitgliedern für ihre Berichte und den persönlichen Einsatz für die Sache des Roten Kreuzes, der immer mit einem erheblichen Opfer an Zeit und Arbeit verbunden sei. Sein Dank galt aber auch allen Landeskomiteemitgliedern, die durch ihr persönliches Engagement draußen im Lande die Rotkreuzarbeit in entscheidendem Maße förderten und mittrügen.

100 JAHRE ROTKREUZSCHWESTERN IN BAYERN

II

Die wichtigsten Etappen in der Geschichte der Schwesternschaft München vom Bayerischen Roten Kreuz.

1. 12. 1873: Bezug des ersten eigenen Hauses in der Salvatorstraße (Kaufpreis 27 000 Gulden). Von dort Umzug in die Türkenstraße.
- 1873/74: Die Cholera in München erfordert ersten größeren Einsatz: über 100 Personen in Tag- und Nachtwachen gepflegt.
- 1874: Die erste Münchner Rotkreuzschwester nimmt in der Poliklinik München ihre Tätigkeit auf.
- 1874: Eröffnung der ersten Außenstelle in Neustadt a. d. Hardt (Pfalz) (Stiftung der Philippine Sauter).
- 1879: Münchner Rotkreuzschwestern nehmen in der Sanitäts-Augenklinik München, in einer Würzburger Privatklinik und im Städt. Krankenhaus Bayreuth ihre Tätigkeit auf.
- 1883: Erweiterung der Arbeitsfelder auf die Augenklinik Salzburg, die Spitäler Frankenthal und Kaiserslautern.
- 1888: Der Bayerische Frauenverein vom Roten Kreuz erwirbt das Neuhausener Jagdschloß und die anliegenden Wiesen zum Bau eines eigenen Krankenhauses und Schwesternheimes. Architekt Hocheder wird mit dem Bau beauftragt.
- 1889: Hinzukauf eines Anwesens in der Nymphenburger Straße
- 1890: Grundsteinlegung; 1892 Bezug der Krankenanstalt in der Nymphenburger Straße; Bau summe 1 120 000 Mark. (Bankier Henry Villard, ein in den Staaten zu Wohlstand gekommener Pfälzer, stiftet dazu 150 000 Mark.)
- 1894: Die Schwesternschaft erhält mit Clementine von Wallmenich ihre erste eigentliche Oberin. In ihrer Amtszeit (1894–1904) wächst die Zahl der Schwestern von 60 auf 304.
- 1897: 5 Münchner Rotkreuzschwestern im Einsatz auf dem griechisch-türkischen Kriegsschauplatz.
- 1902: Gründung der ersten Oberinnenschule des Roten Kreuzes in München durch Clementine von Wallmenich (später nach Kiel verlegt, heute Werner-Schwesternhochschule in Göttingen).
- 1902: Münchner Rotkreuzschwestern werden in der Rotkreuzklinik Würzburg und am Städt. Krankenhaus Krefeld tätig.
- 1902: Schwestern des Mutterhauses München betreuen die erste Wochenhilfestation des Bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in der Westendstraße und begründen damit die moderne Säuglingspflege und Wöchnerinnenhilfe.
- 1906: Bau des Schwestern-Altenheimes an der Nymphenburger Straße (Spende der Familie Frhr. von Guttenberg).
- 1914–1918: Über 300 Schwestern und Hilfsschwestern des Mutterhauses München arbeiten in Front- und Heimatlazaretten.
- 1920: Die Inflation zwingt beinahe zum Verkauf der Krankenanstalt. Münchner Rotkreuz-

schwestern gehen ins Ausland (Ungarn, USA), um hartes Geld für die Erhaltung des Hauses zu erarbeiten.

- 1935: Zusammenfassung der ehem. selbständigen Schwesternschaften zu einer „Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes e. V. Berlin“. Alle Vermögenswerte sind nach Berlin abzuführen.
- 1937: Die neuen Machthaber erzwingen die Trennung von Krankenhaus und Mutterhaus – Versuch der Gleichschaltung von Rotkreuz- und NS-Schwestern.
- 1939: Krefeld wird vom Münchner Mutterhaus abgetrennt und wird eigene Schwesternschaft.
- 1941: Bezug des neuen Mutterhauses in der Nymphenburger Straße 148.
- 1942: Alle linksrheinischen Arbeitsfelder werden von München abgetrennt und dem neu gegründeten Mutterhaus Neustadt/Pfalz zugeschlagen. Gründung des Mutterhauses Nürnberg als selbständige Schwesternschaft. Durch die Neuordnung scheiden 450 aktive Schwestern aus dem Verband des Mutterhauses München.
- 1939–1945: 800 Schwestern des Mutterhauses München stehen im Kriegseinsatz, über 600 auf ausländischen Kriegsschauplätzen in Frankreich, Belgien, Norwegen, Rußland, Italien, Nordafrika, 8 Schwestern gefallen, über 200 verwundet, viele in Gefangenschaft.
17. 7. 1944: Phosphorbomben treffen die Schwesternschule; der Dachstuhl brennt bis auf das 4. Stockwerk herunter aus.
7. 1. 1945: Spreng- und Brandbomben zerstören die Schwesternschule zum Teil, Krankenhaus, Altenheim und die beiden Schwesternhäuser bis auf die Grundmauern. Dem aufopfernden Einsatz von Ärzten und Schwestern ist zu danken, daß kein einziger Patient stirbt.
- Februar 1945: Die Schwesternschule wird nach Grafenaschau evakuiert.
11. 1. 1945: Schwester Helmine Held wird vom Präsidium des BRK zur komm. Generaloberin ernannt.
27. 2. 1947: Gründung des Verbandes der Mutterhäuser vom Roten Kreuz in Bayern.
7. 5. 1947: Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister. Diesem Verband gehören an: Die Mutterhäuser München, Coburg, Nürnberg, Würzburg und Amberg.
6. 7. 1947: Oberin Held wird zur Generaloberin des Verbandes und zur Oberin des Mutterhauses München ernannt.
18. 1. 1950: Ausschreibung eines Architekten-Wettbewerbes für den Wiederaufbau des Rotkreuz-Krankenhauses mit 450 Betten.
23. 6. 1951: Erster Bauabschnitt an der Nymphenburger Straße fertiggestellt.
(Die Schwesternschule wurde sofort nach der Währungsreform wieder instandgesetzt; das Altenheim konnte nicht wieder am alten Platz erstellt werden; dafür Umbau eines Projektes in Grünwald, dem heutigen Schwestern-Altenwohnheim.)

11. 7. 1952: Einweihung des neuen Schwesternheimes mit 150 Betten am Rotkreuzplatz/Winthirstraße.
- 1954: Erstellung des OP-Traktes und der Röntgenabteilung usw.; Erweiterung der Krankenzimmer um 100 Plätze; Neugestaltung der Entbindungsabteilung.
- 1963: Erweiterungsbau des Krankenhauses.
- 1965: Bau des Hochhauses mit 16 Stockwerken, enthaltend das Schwestern-Wohnheim, Schwesternschule, Verwaltung und 30 Wohnplätze für pflegebedürftige Schwestern.

Krankenhaus – heutiger Stand: 500 Betten für Erwachsene plus 50 Säuglingsbetten. Abteilungen: Chirurgie, Intern, Gynäkologie und Entbindung, Urologie, Orthopädie, Augen – Hals – Nasen – Ohren, OP, Pathologie, histologisches Labor, Röntgen- und Strahlenabteilung, Bäder- und Massageabteilung.

Heutige Außenstellen: Dr.-Otto-Geßler-Krankenhaus Lindenberg/Allg. mit 200 Betten.
 Kinderkrankenhaus Bad Wiessee mit rd. 100 Betten.
 Frauenklinik und Mütterheim an der Taxisstraße mit insgesamt 165 Betten.

Münchner Rotkreuz-Schwestern sind ferner tätig in:
 Universitäts-Poliklinik München
 Universitäts-Zahn- und Kieferklinik München
 Herzzentrum an der Lazarettstraße
 Städt. Krankenhäuser Oberföhring und Kempfenhausen
 Krankenhaus Lindau
 Bundeswehrlazarett Kempten
 Krankenanstalt Speyerer Hof in Heidelberg
 Beobachtungsstelle der LVA München/Menterschwaige
 Versorgungsanstalt Bad Reichenhall
 Erholungsheim der AOK in Bayrischzell
 Lungenfürsorgestelle in Augsburg
 Letztes vollendetes Bauvorhaben Schwesternwohnheim Lenzfriederstraße im Anschluß an das Mütterheim an der Taxisstraße.

Auslandseinsätze in der Nachkriegszeit:

- | | |
|-----------|-------------------------------------------------|
| Korea: | } Aufbau von Schwesternschulen |
| Türkei: | |
| Ungarn: | Einsatz beim Volksaufstand |
| Marokko: | Einsatz für die Opfer der Ölvergiftung |
| Tripolis: | Einsatz in einer Privatfrauenklinik |
| Vietnam: | Einsatz auf dem DRK-Hospitalschiff „Helgoland“. |
- Dr. Rohrer

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 26 vom 20. 4. 1972: Sammlung des Deutschen Müttergeneserwerkes vom 8. bis 14. Mai 1972
- Nr. 27 vom 17. 5. 1972: Ziviler Ersatzdienst – Modellehrgang Sozialarbeit
- Nr. 28 vom 17. 5. 1972: Justitiartagung des DRK in Kassel
- Nr. 29 vom 19. 5. 1972: Wohlfahrtsbriefmarken Serie 1972/73 Bedarfsmeldung
- Nr. 30 vom 24. 5. 1972: Rettungsdienst – Krankentransport – Sanitäts- und Betreuungsdienst in Bayern für die Dauer der Hauptreisezeit vom 19. 6. bis 1. 10. 1972 und die Zeit der XX. Olympischen Spiele in München vom 19. 8. bis 17. 9. 1972
- Nr. 31 vom 25. 5. 1972: Müttergenesungsheim „Ettaler Mandl“ in Ettal hier: Erhöhung des Tagungssatzes
- Nr. 32 vom 26. 5. 1972: Rahmenvertrag über Krankentransporte für Rednung der Krankenkassen vom 27. April 1950

Eilmitteilungen

- vom 17. 5. 1972: Rückzahlung des Konjunkturzuschlages
 vom 18. 5. 1972: Rettungssanitäter des BRK
 vom 19. 5. 1972: Umstellung der Zulagengewährung an BAT-Angestellte

AUSBILDUNGSWESEN

2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 31. 7. bis 10. 8. 1972

- Nr. 27 vom 31. 7.–4. 8. 1972: Ausbilder/innen für die Praxis der Sanitätsausbildung
- Nr. 28 vom 7.–10. 8. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe für Lehrer und Lehrerinnen

PERSONALFRAGEN

3. Heimleiterin für Kindererholungsheim Bischofsried bei Dießen am Ammersee gesucht

Wir suchen für unser Kindererholungsheim in schöner Umgebung, Bischofsried bei Dießen am Ammersee, für die Stelle der Heimleiterin erfahrene Kindergärtnerin/Sozialpädagogin (Jugendleiterin)/Sozialarbeiterin. Bezahlung nach BAT mit Zusatzaltersversorgung, Beihilfe in Krankheitsfällen und dergl. sowie Sozialleistungen wie bei staatlichen und gemeindlichen Dienststellen. Geregelt Freizeit und gute Unterkunft im Hause.
 Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband München, 8 München 22, Seitzstraße 8, Telefon (08 11) 22 46 71, App. 27.

4. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Nachstehendes Dienstbuch ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt:
 BRK-Kreisverband Passau: Dienstbuch Nr. 24/339 ausgestellt auf den Namen der Helferin Therese Straub.

KRANKENTRANSPORT

5. Änderung zum Krankentransport-Rahmenvertrag

Die Betriebskrankenkasse der G. Haindl'schen Papierfabriken, Werk Hegge, 8961 Hegge b. Kempten, wurde mit Ablauf des 31. 3. 1972 aufgelöst. Etwaige Forderungen bitten wir innerhalb von drei Monaten gegenüber dem Vorstand der Kasse anzumelden (§ 301 Abs. 2 RVO).
 Das Verzeichnis der Krankentransport-Rahmenvertragspartner bitten wir auf Seite 13 entsprechend zu berichtigen.

6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Herr Edgar Hammer, 8 Münchden 90, Balanstraße 77, Tel. 49 59 21 oder 52 79 70, sucht für Campingfahrten ins Ausland einen gebrauchten VW-Bus.

Kreisverbände, die ein solches Fahrzeug abzugeben haben, möchten sich bitte direkt mit Herrn Hammer in Verbindung setzen. Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen jedoch sämtliche Krankentransport-Einrichtungen sowie Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

Die Firma Wilhelm Heiss, Inh. Heinrich Heiss, Möbelhaus, 8867 Oettingen in Bay. sucht zum Kauf einen Krankenwagen Mercedes Baujahr 1966/67. Interessenten wollen sich mit obiger Firma direkt in Verbindung setzen.

Der Kreisverband Starnberg sucht für einen neuen VW-Krankenkraftwagen eine rechte zusammensteckbare Schiebehöhen-Einrichtung. In seinem neuen VW-Krankenkraftwagen ist nur die vereinfachte Schienenführung eingebaut.

Wegen der ständigen Doppeltransporte mit diesem Fahrzeug will der Kreisverband eine zweite Schienenführung mit Ladetisch einbauen.

Kreisverbände, die aus irgendwelchen Gründen eine solche rechte Schiebehöhen-Einrichtung überzählig haben, bitten wir, den Kreisverband Starnberg davon zu unterrichten.

7. Krankenkraftwagen zu verkaufen

Krankenwagen Mercedes 190 Dc Baujahr 1966 mit Austauschmotor abzugeben. Anfragen bei Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband Vohenstrauß, 8483 Vohenstrauß, Wernbergerstraße 14 a.

SOZIALARBEIT

8. Lehrgang „Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs“

Themen u. a.: Rauschmittel, Depravation, Stoffwechsel; Hilfen für Entziehungsbereite; rechtliche Fragen; Finanzierungen
Lehrgangsort: Kochel am See
Termin: 23.-28. 10. 1972
Teilnehmer: Mitarbeiter aus allen Bereichen des BRK, die entweder auf diesem Gebiet bereits tätig sind oder tätig werden wollen
Anzahl der Teilnehmer: 25
Anmeldung: über KV und BV; die Reihenfolge des Eingangs entscheidet
Finanzierungsfall: „b“

NACHRICHTENTEIL

SANITÄTSKOLONNEN

9. Landesausschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen

Mit „Problemen der Sanitätsausbildung“ befaßte sich Punkt 6 der Tagesordnung, wobei sich die LAS-Mitglieder einig waren, daß an der Basis mehr getan werden müsse. Vor allem die Zahl der Ausbilder stehe in keinem Verhältnis zu der Zahl der durchgeführten Lehrgänge, betonte der Referent der Sanitätskolonnen und bedauerte, daß im vergangenen Jahr nur 84 Kreisverbände Lehrgänge durchgeführt hätten, und dies, obwohl ausreichend ZAP-Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Zu beklagen sei auch die mangelnde Bereitschaft der Ärzte, sich für solche Lehrgänge zur Verfügung zu stellen. Dr. Ehler empfahl in diesem Zusammenhang, vor allem jungen Ärzten durch ein Anerkennungshonorar einen Anreiz für die Mitarbeit zu bieten. Nur so werde es auf Dauer möglich sein, genügend Ärzte für die Ausbildung zu finden. Herr Ostermüller gab die Anregung, in den Leistungsvergleich II die volle Sanitätsausbildung einzubeziehen. Damit werde in fast allen Kolonnen eine gute Ausbildung gewährleistet. Neuzugänge sollten nach Ansicht von Heinz Weschenfelder in überörtlichen Lehrgängen zusammengezogen werden. Herr Berger unterstrich noch einmal die schon oben getroffene Feststellung, daß sich der Landesausschuß darauf festgelegt habe, daß die 12 Abschnitte der Sanitätsausbildung nicht in 12 Doppelstunden zu absolvieren seien. Von dieser Feststellung dürfe nicht wieder zurückgewichen werden. Berger konnte zugleich zu Punkt 7 „Mitwirkung bei den Olympischen Spielen“ überleiten und gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen, soweit sie für das Rote Kreuz von Bedeutung sind. (Wir werden im kommenden Mitteilungsblatt ausführlich über den Gesamtkomplex berichten, so daß an dieser Stelle darauf verzichtet werden kann, einzelne Details herauszugreifen.) Schließlich hatte der LAS über 2 Anträge auf Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Sanitätskolonnen zu befinden, denen stattgegeben wurde. In der allgemeinen Aussprache kam des weiteren noch einmal der Einsatz von Ersatzdienstleistenden im URD/KTP, bzw. deren Ausbildung zur Sprache, wobei der LAS an den 3 Grundvoraussetzungen der Ersten Hilfe- und Sanitätsausbildung wie der Absolvierung des Fachlehrgangs festhielt. Bayern werde gegebenenfalls einen entsprechenden Musterlehrgang durchführen. Eine längere Diskussion entspann sich auch über die ärztliche Untersuchung der Kolonnen- und Bereitschaftsangehörigen nach dem Katalog der Bundesschule, der in dieser

Form als undurchführbar, schon von der Kostenseite her, angesehen wurde. Dönhöfer betonte jedoch, daß eine begleitende Gesundheitskontrolle notwendig sei.

Widersprechende Meinungen förderte schließlich die alte Streitfrage über die Berechtigung zu Injektionen durch Kolonnenangehörige, also Nichtärzte, bei den anwesenden Ärzten zutage. Die Fortarbeit am Berufsbild für den Rettungssanitäter fordere eine baldige Klärung. Darin waren sich alle einig. Auch Dr. Emminger, Augsburg, betonte: „Das Hinausschieben der Entscheidung ist miserabel“, blieb aber in der Sache selbst bei einem harten Nein bezüglich der Anwendung. Auch Dr. Gerlach sprach sich gegen ein grundsätzliches Ja aus, während Dr. Ehler seinen bekannten Standpunkt im Blick auf eine großzügigere Handhabung vertrat, zumindest aber für Katastrophensituationen geltend wissen wollte. Herr Dönhöfer vertrat seinerseits den Standpunkt, daß nicht gelehrt werden solle, was nicht angewandt werden dürfe, um den Sanitäter nicht in innere Konflikte zu bringen. Der LAS wandte sich daher abschließend mit der Bitte an den Ärztlichen Fachausschuß, alsbald eine endgültige und verbindliche Entscheidung herbeizuführen.

Hatten die LAS-Mitglieder auch noch allerhand auf dem Herzen, so zwang die fortgeschrittene Zeit doch zu einem Schluß der Debatte. So konnten die mit der Gebietsreform zusammenhängenden Fragen und vieles andere mehr nicht mehr angesprochen oder ausdiskutiert werden. Die Sitzungspausen und der Kameradschaftsabend mit der eingangs erwähnten schwäbischen Brotzeit, schon optisch ein Genuß, zu der der gastgebende Kreisverbandsvorsitzende, Landrat und Landesvorstandsmitglied Dr. Fritz Wiesenthal, als Hausherr eingeladen hatte, boten den „Fachsimpeln“ allerdings noch bis in den frühen Sonntagmorgen hinein Gelegenheit zu hitziger Debatte. Die letzten Zeher = Debattierer zogen sich in die Betten zurück, als die ersten Frühaufsteher sich geistig schon auf das frische morgendliche Schwimmen einstellten. Als aktive Nichtraucher und passive Mitraucher hatten sie allen Grund zu solcher Labsal. Dr. R.

FRAUENBEREITSCHAFTEN

10. Führerinnentagungen und Fortbildungsschulungen

Eine Reihe von Tagungen und Arbeitsbesprechungen über die verschiedensten Themen wurden im ersten Quartal dieses Jahres durchgeführt. Im Januar berichteten in Deisenhofen die Leiterinnen der Frauenarbeit der Bezirksverbände und die Beauftragten des Gesundheitsdienstes über die Situation in den einzelnen

BV's und die verschiedenen Pläne für die kommende Zeit. Auch über die Sorgen und Schwierigkeiten in der Frauenarbeit wurde eingehend diskutiert. So gab z. B. Frau Birkenseher vom BV Oberbayern zu bedenken, daß die Bereitschaftsabende kaum dazu beitragen würden, mehr Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen und die Jüngeren anzusprechen. Hier bestehe ein echtes Generationsproblem. Sie war, wie auch andere Leiterinnen der Frauenarbeit der Ansicht, daß mehr Frauenarbeitskreise gebildet werden müßten, da es Frauen gebe, die wohl im Roten Kreuz mitwirken wollen, aber nicht bereit seien, den Frauenbereitschaften beizutreten. - Interesse fanden auch die Berichte und Vorschläge der beiden Beauftragten im Gesundheitsdienst, Frau Nadler und Schwester Gertraud, die zahlreiche Gespräche, Gruppengespräche, Vorträge und Seminare vorwiegend über das Thema Drogenproblem durchgeführt hatten. Die Notwendigkeit nach weiterer Aufklärung insbesondere der Eltern in Fragen der Entwicklungs-Psychologie sei gegeben. Hier würden sich gute Ansatzpunkte in den Lehrgängen „Pflege von Mutter und Kind“ bieten. -

Ende Februar hatte Unterfranken die Sozialdienstleiterinnen und Leiterinnen der Frauenarbeitskreise in Anwesenheit von Vizepräsidentin Leonore v. Tucher eingeladen, um über verschiedene Themen zu diskutieren. Waldemar Wyrwich vom Präsidium referierte über die moderne Sozialarbeit im Kreisverband. Frau Nadler sprach zu dem Thema „Was bietet uns der Gesundheitsdienst des DRK“ und Frau Apel über die Stellung der Führerin im Kreisverband. Zu den Finanzierungsfragen und praktischen Hilfen für die Kindererholungsmaßnahmen gab Frau Neusch umfassende Auskünfte. -

In Augsburg trafen sich am 23. Februar der Bezirksausschuß der Frauen. Die Themen waren die Gebietsreform mit ihrer Auswirkung auf die Gemeinschaften, die Fortbildung der Sanitäts- und Sozialdienstleiterinnen und die Sozialarbeit. Die Schwäbischen Sanitätsdienstleiterinnen kamen nach Füssen zu einer großen Fortbildungstagung, bei der Frau Hackeins, Herr Ostrowski, Studienrat Kurz und Dr. Deubzer, Oberarzt des Krankenhauses Füssen, einen lebhaften und eindringlichen Fortbildungsunterricht gestalteten. -

61 Führerinnen und Stellvertreterinnen aus 32 Kreisverbänden Ober-/Mittelfrankens, zahlreiche Gäste, unter ihnen Vizepräsidentin Leonore v. Tucher, tagten im Rehabilitationszentrum in Schwaig bei Nürnberg. Das Haus „Wieseneck“ wurde besichtigt und durch Stadtrat Dr. Thoma erfuhren die Führerinnen über den Sinn und Zweck und die Finanzierungsprobleme des Rehabilitationszentrums. Im Mittelpunkt des Tagungsprogramms stand das Referat von Frau Koschuda über den Katastrophenschutz und den erweiterten K-Schutz. Für die Frauen stehe hierbei in erster Linie die Aufgabe im Betreuungsdienst, der sowohl die Betreuung als auch die Verpflegung umfasse. Durch die verbindlich vom BRK übernommenen Aufgaben nach dem K-Gesetz bestehe verstärkt die Notwendigkeit, Ausbildungsteams zu bilden und in den Kreisverbänden mit der Schulung zu beginnen. Dem Referat folgte ein Film über die Schifffahrt von Körperbehinderten auf dem Eurokanal. Das erfolgreiche Unternehmen soll auch in diesem Jahr, und zwar mit 6 verschiedenen Fahrten, durchgeführt werden. Ein Überblick über die Alten- und Kindererholung und diverse organisatorische Fragen beendeten die diskussionsreiche Tagung.

SOZIALARBEIT

11. BRK-Altenbetreuerinnen wurden geschult

Um die dreiwöchigen Erholungsmaßnahmen für alte Leute sinnvoll zu gestalten, hatte das Präsidium vom 20. bis 25. März 20 Damen nach Birkenreuth eingeladen. Aus dem Tagungsprogramm: Probleme des Alters, Ernährung im Alter, Bewegung im Alter, die Möglichkeit moderner Gruppenarbeit mit alten Leuten u. a. m. Für die Vorträge konnten Professor Dr. Richard Kraemer, klinischer Psychologe der Universität Mainz, und Chefarzt Dr. Max Reichenbach, der „Vater des Reitens als Therapie“, gewonnen werden. Eingehend wurde über die sozial-psychiatrischen Aspekte des Alterns gesprochen. Praktische Übungen lösten Theorie und Diskussion ab. Deutlich zeigte sich, daß die Altenbetreuerinnen in Zukunft noch mehr Unterweisung

in der Beschäftigungstherapie und im autogenen Training wünschten. Beides soll in den nächsten Kursen berücksichtigt werden.

12. Altenpflegeschule unter neuer Ausbildungsleitung

Zahlreiche Gäste fanden sich zusammen mit dem Leiter der BRK-Altenpflegeschule Weiden, Dr. Christian Rechl, den Damen und Herren des Lehrkörpers, Vertretern des Präsidiums und des Kreisverbands sowie den zukünftigen Altenpflegerinnen und -pflegern zu einer Feierstunde ein. Diesmal nicht wie sonst in den letzten Jahren, um die Kandidaten nach bestandenern Examen zu beglückwünschen, sondern es galt Abschied von der Ausbildungsleiterin Ines Schwarze zu nehmen und gleichzeitig die neue Ausbildungsleiterin Lieselotte Forster vorzustellen. Dr. Rechl dankte der seit Dezember 1969 tätig gewesenen Ausbildungsleiterin, die bewiesen habe, daß die technischen und organisatorischen Aufgaben der Altenpflegeschule bei ihr in besten Händen gewesen seien. Der neuen Ausbildungsleiterin wünschte Dr. Rechl einen guten Start und viel Erfolg, damit die Ausbildungsleitung nahtlos weitergeführt werden könne. Für den Herbst ist bereits wieder ein neuer Lehrgang in Vorbereitung, zu dem noch Anmeldungen entgegengenommen werden.

Unsere Buchbesprechungen

Nachstehende drei Bücher sind für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Sozialarbeit von großem Interesse. Mehr und mehr müssen wir erfahren, daß guter Wille allein nicht immer zum Ziele führt, sondern bestimmte Kenntnisse über Techniken und Methoden vonnöten sind. Der interessierte Laie kann viel hilfreiche Anregungen entnehmen, wie der erfahrene Fachmann neue Methoden der Sozialarbeit kennenlernen kann.

1. Biestek, Felix

„Wesen und Grundsätze der helfenden Beziehung in der sozialen Einzelhilfe“

Lambertus-Verlag, Freiburg/Breisgau, 1970

Einführung in eine grundlegende Methode moderner Sozialhilfe. Stärken und Schwächen des Klienten sowohl des Sozialarbeiters sind beim Aufbau der helfenden Beziehung von Bedeutung. Der Klient kommt wegen eines für ihn allein nicht lösbaren Problems. Er möchte frei und ungehemmt alles sagen können. Der Sozialarbeiter soll ihn vorurteilsfrei ermuntern, wirkliches Interesse zeigen und sich um den Klienten kümmern, damit dieser das Problem als sein eigenes erkennt und es nicht dem Sozialarbeiter auflädt.

2. Vinter, Robert D.

„Beiträge zur Praxis der sozialen Gruppenarbeit“

Lambertus-Verlag, Freiburg/Breisgau, 1971

Dargestellt wird ein Modell der Praxis sozialer Gruppenarbeit, wie es seit einer Zeitspanne von 10 Jahren an einer Schule für Sozialarbeit der Universität Michigan praktiziert wird. Methoden und Techniken, die sich direkt auf die Hilfeleistung gegenüber Klienten in Gruppen beziehen, werden dargestellt. Um Behandlungsziele wie auch Gruppenziele erreichen zu können, ist eine bestimmte Behandlungsfolge notwendig, die direkt oder indirekt beeinflußt werden kann. Welche Wirkungen bestimmte Programmaktivitäten auf das Verhalten der Gruppenteilnehmer haben kann, wird ebenso dargestellt wie die Diagnose der Problemarten.

3. Perlmann, Helen H.

„Soziale Einzelhilfe als problemlösender Prozeß“

Lambertus-Verlag, Freiburg/Breisgau, 1969

Sowohl als Lehrbuch für Studierende wie als Leitfaden für Sozialarbeiter in ihren ersten Praxisjahren unentbehrlich.

„Soziale Einzelhilfe ist ein Prozeß, der von bestimmten Sozialdienststellen angewendet wird, um Menschen zu helfen, mit ihren Problemen im sozialen Bereich besser fertig zu werden.“ Wie unsere Arbeitswelt durch Technisierung komplizierter geworden ist, sind auch soziale Umweltbezüge differenzierter geworden, so daß ehrenamtliche Hilfe erfolgreich nur noch mittels eines Wissens um Techniken und Methoden, die erlernbar sind, geleistet werden kann.

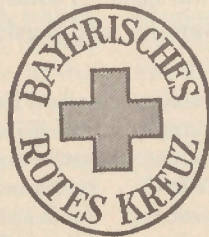
MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 7/8

1. August 1972



B 21 345 E

Inhalt des Blattes 7/8

Fortdauererklärung der Regierung von Bangla Desh und Beitritt der Vereinigten Arabischen Emirate zu den Genfer Abkommen

Abschluss der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz

Bayerischer Verdienstorden für Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer

Der Arzneien beste ist die Liebe – Ethos der Krankenpflege stärkste Tradition des Roten Kreuzes – Schwesternschaft München feierte 100jähriges Bestehen

Im Wandel eines Jahrhunderts der Idee treugeblieben – Festvortrag des Bayer. Ministerpräsidenten Dr. h. c. Goppel anlässlich der 100-Jahrfeier der Schwesternschaft München des BRK

Erfahrungsaustausch der Justitiare und Konventionsbeauftragten – von ORR Hillgärtner

Ministerpräsident Goppel übernahm modernste Jugendfahrschule in Schwaig

Wasserwacht betreut Körperbehinderte im Wasser – von Martin Waibl

Sieger im Landesschulschwimmwettbewerb der Wasserwacht in der Staatskanzlei

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Verleihung des Steckkreuzes für Verdienste um das BRK – 2. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen vom 18. 9. bis 6. 10. 1972

Personalfragen: 4. Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen – 5. Delegierte für die Liga der Rotkreuzgesellschaften bzw. IKRK gesucht

Krankentransport: 6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht – 7. Krankenkraftwagen zu verkaufen

Sozialarbeit: 8. Kurplan 1973 für Haus Wieseneck in Schwaig b. Nürnberg

9. Vorbeugende Gesundheitshilfe, Altenhilfe; Bekanntmachung des Bayer. Staatsmin. für Arbeit und Sozialordnung v. 5.44.

Nachrichtenteil

Frauenbereitschaften: 10. Das war ein besonderes Treffen

Wasserwacht: 11. 25 Jahre Wasserwacht Schwaben – 12. Heimstettener See erhielt neue WW-Station – 13. Höchste WW-Auszeichnung für Alex Hermann – 14. WW-Bootsführer auf der Schulbank – 15. Große Übung im kalten Inn.

Jugendrotkreuz: 16. Arbeitseinsatz in Griechenland

Aus den Bezirksverbänden

17. Oberbayern: Europas sicherste Baustelle. München - JRK-Ausflug mit Schülern der Landesblindenanstalt. Fürstenfeldbrucks Notarztwagen in Dienst gestellt – 18. Niederbayern/Oberpfalz: RK-Werbe-Team warb 25 000 Mitglieder – 19. Ober/Mittelfranken: Europäischer Modellversuch in Schwaig mit Blättern – 20. Schwaben: Goldener Ehrenring für Dr. Hans Gerlach

Totenehrentafel: Wolfgang Wohlleben, Weißenburg

Beilage: Mitteilungen des Blutspendedienstes 11. Jhrg. Nr. 1.

FORTDAUERERKLÄRUNG DER REGIERUNG IN BANGLA DESH UND BEITRITT DER VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE ZU DEN GENFER ABKOMMEN

Mit Schreiben vom 4. April 1972 teilte der Außenminister der Volksrepublik Bangla Desh dem Schweizerischen Bundesrat mit, sein Staat betrachte sich kraft der früheren Ratifizierung durch die Islamische Republik Pakistan als an die vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsoffer gebunden.

Mit Schreiben vom 24. April, das die schweizerische Regierung am 10. Mai erhielt, teilte der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate dem Bundesrat den Beitritt dieses Staates zu den vier Genfer Abkommen von 1949 mit.

Mit diesem Beitritt, der am 10. November 1972 in Kraft tritt, steigt die Zahl der Teilnehmerstaaten dieser Abkommen auf 133.

(Das IKRK am Werk, Nr. 181 c vom 16. 6. 72)

ABSCHLUSS DER 2. SITZUNGSPERIODE DER REGIERUNGSEXPERTENKONFERENZ

(Siehe Mitteilungsblatt vom 15. 6. 72)

Die einen Monat dauernden Arbeiten der 2. Sitzungsperiode der vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz nach Genf einberufenen Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und die Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts sind am Freitag, 2. Juni 1972, abgeschlossen worden.

Auf der Schlußsitzung erörterte der Präsident des IKRK, Marcel A. Naville, die zukünftigen Arbeiten. Mit Befriedigung stellte er fest, daß wichtige Fortschritte erzielt worden sind, die gestatten, demnächst eine diplomatische Konferenz ins Auge zu fassen, der Abkommensentwürfe unterbreitet werden könnten.

BAYERISCHER VERDIENSTORDEN FÜR LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DR. SPITZER

Aus der Hand des Ministerpräsidenten, Dr. h. c. Alfons Goppel, erhielt Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer am 8. Juni 1972 im Rahmen einer eindrucksvollen Feierstunde im Antiquarium der Münchner Residenz mit weiteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur den Bayerischen Verdienstorden. Er ist die höchste Auszeichnung, die der Freistaat Bayern an Frauen und Männer zu vergeben hat, die sich in besonderer Weise um das öffentliche Wohl verdient gemacht haben. Seine Zahl ist auf 2000 Träger begrenzt. Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner über 25jährigen aufopfernden Tätigkeit im Bayerischen Roten Kreuz, das er seit vielen Jahren in verantwortlicher Stellung leitet. Seine Verdienste wurden bereits mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, dem DRK-Ehrenzeichen, dem Steckkreuz zum Ehrenzeichen für Verdienste um das BRK und der Goldenen Ehrennadel gewürdigt. Dem Geehrten gilt unser aller herzlichster Glückwunsch.

„DER ARZNEIEN BESTE IST DIE LIEBE“ – „ETHOS DER KRANKENPFLEGE DIE STÄRKSTE TRADITION DES ROTEN KREUZES“

Rotkreuzschwesternschaft München feierte hundertjähriges Bestehen – Festgottesdienste mit Julius Kardinal Döpfner und Landesbischof D Hermann Dietzfelbinger – Festakt im Herkules-Saal der Residenz – Grußworte aus dem In- und Ausland

Die lange und sorgfältige Vorbereitung hatte sich gelohnt. Der 15. Mai 1972, an dem die Schwesternschaft München vom Bayerischen Roten Kreuz ihres 100. Gründungstages gedachte, wurde ein Tag festlichen Glanzes, hoher Würdigung, des Dankes und der Freude – für die Schwestern selbst wie für die ungezählten Ehrengäste, die das Jubiläum mitfeierten. Bayerns Ministerpräsident und Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, Dr. h. c. Alfons Goppel, hatte die Schirmherrschaft über die Jubiläumsfeierlichkeiten übernommen. Mlle Yvonne Hentsch, Direktorin für das Schwesternwesen in der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Frau Beate Bremme, Vizepräsidentin des DRK, Frau Generaloberin Ilse v. Troschke, Bonn, sowie Dr. Peter Brandenburg, Vorsitzender des Präsidialrates des DRK, hatten mit anderen hohen Vertretern des öffentlichen Lebens, der staatlichen und kommunalen Behörden, der befreundeten Verbände, der Gesetzgebungskörperschaften und der Ärzteschaft ihr Erscheinen zugesagt und durch ihr Kommen die enge Verbundenheit mit der Rotkreuzschwesternschaft München bekundet.

Festgottesdienste der beiden großen Kirchen

Bis auf den letzten Platz war die Theatinerkirche im Herzen Münchens besetzt, als unter festlichem Glockengeläut Seine Eminenz Julius Kardinal Döpfner mit den Ministranten und Konzelebranten in die Kirche einzog, um mit den Schwestern gemeinsam einen feierlichen Dankgottesdienst zu zelebrieren. In der gleichen Kirche ist die Gründerin des Bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, aus der die Schwesternschaft München unmittelbar hervorgegangen ist, Königin Marie v. Bayern, beigesetzt. Der festliche Gottesdienst wurde so posthum zugleich zu einer stillen Huldigung an eine Frau, der die Sorge um die Verwundeten und Kranken stets am Herzen lag und die auf eine hohe religiöse Bildung der Krankenpflegerinnen besonderen Wert legte. Von dieser tiefreligiösen Bindung und sittlichen Verpflichtung sprach auch Kardinal Döpfner zu Eingang seiner Festpredigt. So sei der erste Zusammenschluß dieser „weltlichen“ Pflegerinnen geradezu vom Urbild kirchlicher Ordensgemeinschaften geprägt gewesen. Sein Wunsch sei es, daß dieser Geist des Ursprungs in den gewandelten Formen unserer Zeit lebendig bleibe und wieder neu lebendig werde, wo er in Verlust zu geraten drohe. Der Kardinal erinnerte an das zu den zentralsten Worten der evangelischen Schriften zählende Gebot aus dem Johannesevangelium: „Ihr sollt einander lieben wie ich Euch geliebt habe, damit auch Ihr einander liebet.“ Ein solches Wort könne nur als immer neuer Anstoß angenommen werden, auch im Wissen, immer unvollkommen und immer letztlich ungenügend in der Verwirklichung zurückzubleiben. Entscheidend sei die Intention, der Wille, in den kleinen Aufgaben des täglichen Lebens, in der Gemeinschaft selbst, am Krankenbett, im Dienst am Mitmenschen schlechthin, diese Liebe im immer wieder gewagten Versuch nachzuvollziehen. Wer etwas von der Liebe Christi in sich habe, sehe im Kranken nicht nur den hilfsbedürftigen Bruder, sondern in ihm Christus

selbst. Es wäre ein schauerliches Mißverständnis, so meinte der Kardinal, in diesem Kranken nur eine Durchgangsstufe, ein Mittel zum Zweck für unsere Liebe zu Christus zu sehen. „Dieser Kranke ist sozusagen Christus“, betonte der Kardinal, stellte aber zugleich klar, daß diese transzendente Sicht der Krankenpflege die sachgerechte, sorgsame Pflege, das Wissen und Können, den qualifizierten technischen Einsatz und eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung nicht überflüssig mache. Andererseits dürfe sich die manuelle, technische, gesamtplegerische Arbeit nicht verselbständigen, praktisch bloß noch als Job, mit jedem anderen vertauschbar, begriffen werden. Gerade in einer kalten und voraussichtlich noch kälter werdenden Zeit werde es notwendig, den Geist des Anfangs immer wieder in den modernen Alltag eines Krankenhausbetriebes hereinzuholen und ihn mit dem reinen Lohndanken zu konfrontieren. Die junge Generation zeige ein kritisches Empfinden, aber auch eine kritische, positive Bereitschaft, sich in dieser Weise fordern zu lassen. Es gelte aber zugleich, die Gefahr zu erkennen, daß sich die Verantwortung für den Mitmenschen, die neu praktizierte Menschlichkeit vom Wurzelboden der christlichen Liebe, von Gott selbst, zu einem reinen Diesseitshumanismus entferne, den Ursprung jedoch nicht mehr sehe. Es sei gute Tradition des Roten Kreuzes, daß die gläubige Rotkreuzschwester fest in ihre Kirche hineingewurzelt sei. Den Schwestern selbst wünschte Kardinal Döpfner, daß es ihnen im aufreibenden Tagewerk vergönnt sei, sich die Zeit herauszuschneiden, in der sie ein wenig in der Schrift lesen und in der Eucharistiefeier der Kirche sich mit dem Herrn vereinigen könnten, um von dieser Gottesliebe etwas in den Alltag und die Schwesterngemeinschaft hineinzutragen. – „Einer trage des Andern Last“ – Unter dieses Wort des Galaterbriefes stellte Landesbischof D Hermann Dietzfelbinger seine Predigt im Festgottesdienst in der St.-Markus-Kirche. Das Paulus-Wort im Galaterbrief – „eine wunderbare Losung für jede menschliche Gemeinschaft“ – treffe in einzigartiger Weise die Idee Henry Dunants, des Gründers des Roten Kreuzes und „Genies der Menschlichkeit“. Die Rotkreuzschwester trage vor allem die Last der Krankheit und es würde in der menschlichen Gesellschaft von heute etwas fehlen, wenn es diese Schwestern nicht gäbe. Auch im modernen Krankenhaus gehe es nicht nur um eine immer bessere Präzision der technischen Einrichtungen, sondern darum, daß die Menschlichkeit im Krankenhaus nicht aussterbe. „Mögen immer genügend Menschen da sein“, betonte der Landesbischof, „die sich zu solchem Dienst bereithalten.“ In die Anfangsgeschichte des Roten Kreuzes gehöre das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter. Ohne seinen ständigen Auftrag sei die ganze bewegte Zeit des Roten Kreuzes nicht denkbar. Das Gleichnis, das der Herr selber erzähle, mache deutlich, daß Mitmenschlichkeit nichts Selbstverständliches sei. Denn auch der Priester und Levit hätten es durchaus nicht als selbstverständliche Pflicht empfunden, zu helfen. Wenn Mitmenschlichkeit aber selbstverständlich wäre, hätte man das Rote Kreuz nicht zu gründen brauchen. Daß der Mensch nicht schlechthin und ohne weiteres auf Mitmenschlichkeit angelegt sei, zeige auch der Anfang der Menschheitsgeschichte. So habe

Kain Abel als Last empfunden und getötet. Auch der alte, kranke, hilfsbedürftige Mensch unserer Tage verspüre manchmal, wie er von den eigenen Kindern als Last empfunden werde, die man gerne loshaben wolle. In dieser Situation mache uns das Gesetz Christi, mache uns der Herr frei, die Last des Andern in neuer Weise zu tragen. Wenn die Schwestern in den schweren Jahren des 3. Reiches darum hätten kämpfen müssen, daß das Kruzifix in den Schwestern- und Krankenzimmern verbleiben durfte, so werde es von der heutigen, pluralistischen Gesellschaft zwar toleriert, in Wirklichkeit aber in wohl versteckter, aber nicht weniger drängender Weise aus dem Bewußtsein weggeschoben. „Menschlichkeit, Mitmenschlichkeit ja, aber ohne Christus“, so laute die versteckte oder offene Parole. Gegen solche Mächte indes käme man sich viel wehrloser vor als gegen den offenen Kampf der genannten Jahre. Gewiß gebe es Mitmenschlichkeit auch außerhalb der christlichen Botschaft und sie solle nicht geleugnet werden. Angesichts des 100jährigen Jubiläums stelle sich jedoch für das Rote Kreuz – aber nicht nur für es allein – von der Ursprungsgeschichte her die Frage: „Ein jeglicher prüfe sich selbst“, hier konkret nach den Quellen, aus denen sich unsere Barmherzigkeit, unsere Mitmenschlichkeit speise. Aus uns selber? Dann sei auch der Kain in uns nicht ganz fern, der den Abel erschlagen habe. Oder von Jesus Christus her, der den Kain in uns überwunden und uns durch seine Kraft und Gegenwart zu neuer Mitmenschlichkeit frei gemacht habe? Er gebe ihr eine neue Würde, weil wir in ihr IHM selber begegneten. Der kleinste Handgriff, das einfachste Wort der Barmherzigkeit werde von ihm selber angenommen, getreu dem Wort: „Ich war hungrig und Ihr habt mich gespeist, Ich war krank und Ihr habt mich besucht.“ Der Herr selber verberge sich in der Last des Anderen. Darin IHN anzunehmen sollte das Gebet dieser Stunde und des Jubiläums zum 100jährigen Bestehen der Schwesternschaften vom Roten Kreuz sein.

Dank und Bewunderung

Unter diesem Motto gestaltete sich der anschließende offizielle Festakt im Herkules-Saal der Residenz, zu dem sich nicht nur zahlreiche Schwestern aus allen bayerischen und außerbayerischen Arbeitsfeldern, auch aus den früher inkorporierten Schwesternschaften der Pfalz und des Rheinlandes, sondern ebenso viele Ehrengäste aus dem In- und Ausland eingefunden hatten, zu einem hohen Bekenntnis zur Idee des Roten Kreuzes und schwesterlichen Dienstes. Ihnen allen entbot Frau Generaloberin Helmine Held die herzlichsten Willkommgrüße. Für die Bayerische Staatsregierung begrüßte sie den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, zugleich als Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Dr. h. c. Alfons Goppel mit Gattin, sowie die Staatsminister der Justiz, Dr. Philipp Held, sowie für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl. Mehrere Abgeordnete des Bayerischen Landtags, an ihrer Spitze Landtagspräsident Rudolf Hanauer, sowie des Bayerischen Senats, an ihrer Spitze vertreten durch Vizepräsident Prof. Dr. Audomar Scheuermann, würdigten mit zahlreichen hohen Beamten der einschlägigen Ministerien durch ihre Teilnahme am Festakt die Arbeit der Rotkreuzschwestern. Ein Wort des Dankes und der Freude galt den Würdenträgern der beiden Kirchen, Kardinal Döpfner und Landesbischof Dietzelbinger, den Geistlichen beider Konfessionen, den Ordensgemeinschaften und befreundeten Schwesternschaften, dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Dr. Snopkowsky, den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Niederbayern und Unterfranken, Dr. Dein-

lein, Riederer und Dr. Meixner, den hohen Repräsentanten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, der Sanitätsakademie, an ihrer Spitze General Wagenknecht und Generalarzt Dr. Rebentisch, dem Vorsitzenden der Deutschen und Bayerischen Krankenhausesellschaft, Oberbürgermeister a. D. Dr. Fischer, sowie den Oberinnen der Arbeitsgemeinschaft der Krankenpflegeverbände in Bayern. Mit dem Gruß an den Vertreter der Stadt München, Bürgermeister Dr. Steinkohl, dankte Generaloberin Held zugleich allen Landräten, Bürgermeistern und kommunalen Dienststellen für die harmonische und zum Wohle der Kranken ersprißliche Zusammenarbeit. Die Generaloberin mußte es sich versagen, angesichts der großen Zahl prominenter Gäste alle einzeln zu begrüßen. Ihr abschließender Gruß galt der engeren Rotkreuzfamilie, hier zunächst dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, der Vizepräsidentin, Frau Beate Bremme, dem Vorsitzenden des Präsidialrates, Oberbürgermeister a. D. Dr. Brandenburg, der Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom Roten Kreuz, Generaloberin Ilse von Troschke, mit vielen Oberinnen der Rotkreuzschwesternschaften „diessets und jenseits der weißblauen Grenzpfähle“. Ein herzliches Grußwort galt dem Ehrenpräsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerpräsident a. D. Dr. Hans Ehard mit Gattin, sowie den Mitgliedern des Vorstands der Schwesternschaft München, insbesondere aber, und dies in großer Dankbarkeit, der Vertreterin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Liga der Rotkreuzgesellschaften, Mlle Ivonne Hentsch, Genf. Ein besonderes Gruß- und Dankeswort galt der gesamten Ärzteschaft – dem Arzt als Lehrer, als Vorgesetzter, als Freund und Berater, mit dem alles Tun einer Rotkreuzschwester aufs engste verbunden sei. Der namentliche Gruß galt an dieser Stelle dem Präsidenten der Bayerischen Ärztekammer, Prof. Dr. Sewering. Ein Wort des Gedenkens widmete die Generaloberin zugleich den Patienten, die im Vertrauen zu den Schwestern und Ärzten in die eigenen Krankenanstalten gekommen seien, Dank den Ärzten und Schwestern wiederum, die dieses Vertrauen gerechtfertigt hätten. Letztere besonders zu begrüßen, war ein herzliches Anliegen der Generaloberin. Denn diese Hundertjahrfeier gelte letztlich ihnen, den ungezählten namenlosen Schwestern, die in ihren Arbeitsfeldern treu ihren Dienst versähen. Sie seien vielfach von weit her gekommen, um dieses Fest mitfeiern zu können. Das gelte insbesondere für die Schwestern aus den früher der Münchner Schwesternschaft angehörenden Gemeinschaften aus der Pfalz, aus Krefeld, Amberg, Nürnberg und Würzburg. Hundert Jahre, so bekannte die Sprecherin der Schwestern, seien in der Krankenpflege keine lange Zeit. Dennoch hätten diese 100 Jahre entscheidende Wandlungen auf dem Gebiet der Krankenpflege, der Krankenpflegeorganisationen und des Berufsstandes gebracht. Mitten in die Festesfreude hinein sei das Bekenntnis der Sorge um den Bestand der Schwesternschaften, der Krankenhäuser und der Ausbildungsstätten hineingesprochen, meinte die Generaloberin. Gegenwart und Zukunft stellten die Schwesternschaften immer wieder vor neue, teils schwerwiegende Probleme, Aufgaben und Entscheidungen. Das sei auch gut so, denn auch die Schwesternschaften müßten ihre Form des Dienstes mit den Problemen der Zeit konfrontieren, um lebendig und zeitnah zu bleiben. Eines aber wollten sie über allen Neuerungen nicht vergessen: die Werke der Caritas und Humanitas dürften nicht auf den lauten Markt getragen werden, sondern müßten immer wieder in der stillen Atmosphäre der Krankenzimmer, in der Sorge für den Einzelnen und in

gewissenhafter Pflege geübt werden. An der Schwelle eines neuen Jahrhunderts gelte es für die Rotkreuzschwestern, das gute Erbe zu erkennen und zu bewahren, es zu mehren und lebendig zu erhalten, um daraus die Kraft zur steten Erneuerung zu schöpfen.

Grußworte der Gäste

Den Reigen der Grußworte eröffnete der Vertreter der Landeshauptstadt München, Bürgermeister Dr. Steinkohl, selbst Chirurg und ehrenamtlicher Rotkreuzarzt beim Kreisverband München. Die 100. Wiederkehr des Tages, an dem die Gründung der Rotkreuzschwesternschaft München beschlossen worden sei, sei auch für die Stadt ein besonderes Ereignis. Aus einer mit 4 Schwestern besetzten Keimzelle sei bald eines der wichtigsten Zentren sozialer Aktivität und tätiger Nächstenliebe in München entstanden, dessen Geschichte und Leistungen in den vergangenen 100 Jahren eng mit dem Geschick der Stadt München verbunden bleibe. Die Stadt bewege bei einem solchen Jubiläum Freude, Dankbarkeit und Zuversicht. Freude, daß der Dienst für den kranken Menschen – jahrhundertlang allein den kirchlichen Gemeinschaften überlassen – mit der Gründung der Rotkreuzschwesternschaften auch auf „weltlicher“ Basis gegründet worden sei und in der Stadt München einen guten Boden gefunden habe. Freude aber auch, daß die Schwesternschaft die gesamten 100 Jahre hindurch alle Probleme und Widrigkeiten mit gutem Geschick gemeistert habe. In der 100jährigen Geschichte habe die Rotkreuzschwesternschaft stets die Kraft gefunden, den Anforderungen einer sich immer rascher wandelnden Umwelt anzupassen, ohne dabei etwas von den eigentlichen Zielen und dem eigentlichen Sinn der Gemeinschaft aufzugeben. Der Rock sei zwar kürzer, die Haube kleiner, aber das Kreuz, Symbol jeglicher echter Krankenbetreuung, größer geworden. Dank gelte nicht nur für das, was an baulichen Einrichtungen in dieser Stadt geschaffen worden sei, so imponierend es im einzelnen sich selbst darstelle. Denn wichtiger als die baulichen Einrichtungen seien die Menschen, die in ihnen wirkten. In der Krankenpflege genüge es nicht, Krankenhäuser zu bauen und sie auszustatten; es genüge auch nicht, über gute Ärzte zu verfügen. Hinzukommen müsse unabdingbar die unermüdliche Fürsorge, die Hilfsbereitschaft und die Geduld der Schwestern, um ein Krankenhaus zu einem Krankenhaus zu machen. Die Liebe, Fürsorge und Hilfe, die damit verbunden sei, ließen sich nicht in Zahlen erfassen. Aber ohne sie, die auch nicht durch die perfekteste Datenmaschine zu ersetzen seien, wäre das Leben kalt und unbarmherzig. Darum gelte der Dank an die Schwesternschaft zugleich jeder einzelnen Schwester – für ihre Barmherzigkeit, ihre Menschlichkeit, ihre Leistungen. Zuversicht schließlich erfülle die Stadt, weil sie wisse, daß die Schwesternschaft München nicht auf Altem beharre, sondern ihren Blick stets auch in die Zukunft richte. In unserer Zeit werde das Leben einer Stadt und jedes einzelnen Bürgers in zunehmendem Maße vom Umfang und der Qualität zeitgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen abhängig, wobei die Bedürfnisse nicht nur sprunghaft anwüchsen, sondern sich auch ständig wandelten. Angesichts der Fülle der Aufgaben könne eine Kommune auch mit Hilfe des Staates die Probleme nicht mehr allein lösen, abgesehen auch davon, daß sie gar nicht alle Bereiche der Daseinsvorsorge in ihre eigene Hand nehmen sollte. Die Schwesternschaft München habe sich in der Vergangenheit hier als einer der besten Verbündeten der Stadt erwiesen und bewährt. Das werde sicher auch in Zukunft so sein. Steinkohl dankte insbesondere Frau Generaloberin

Held für ihren persönlichen Einsatz, indem sie Tradition und Idee der Schwesternschaft im besten Sinne verkörpere. Das Jubiläumsjahr sei zugleich ein Jubiläum für sie selbst, nachdem sie vor 25 Jahren, am 6. Juli 1947, zur Generaloberin des Verbandes Bayerischer Mutterhäuser vom Roten Kreuz und zugleich zur Generaloberin des Mutterhauses München ernannt worden sei. –

Über die Beziehungen zwischen Arzt und Schwester, die über die klischeehaften Vorstellungen seichter Unterhaltungsfilme bekannten Genres hinausreichten, sprach der Präsident der Bayerischen Ärztekammer, Prof. Dr. Sewering. Die gemeinsame Aufgabe des Dienstes an Kranken sei eine unlösbare Einheit, und jeder, Arzt und Schwester, leisteten dazu einen gleichwertigen Beitrag. Keiner könne sein Ziel ohne den anderen erreichen. Sehe der Arzt den Schwerpunkt seiner Tätigkeit mehr im medizinisch-naturwissenschaftlichen Bereich, so stehe für die Schwester das Umsorgen im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Hier sollte erkannt und auch immer wieder anerkannt werden, daß dazu ein unendliches Maß an Geduld, an Liebe zum Mitmenschen und manchmal auch ein fast nicht aufzubringendes Maß an innerer Beherrschung und Überwindung gehöre. Daß die Frage der Ausbildung im Mittelpunkt heißer Diskussionen stehe, sei natürlich. Die Schwesternschaften des Roten Kreuzes hätten ihr schon immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der langjährige ärztliche Direktor am Münchner Rotkreuzkrankenhaus, Prof. Albrecht, habe dazu einmal geschrieben: „Die erste Tugend in der Krankenpflege ist die Liebe. Aber wenn sie dem Kranken nützen soll, muß sie gepaart sein mit überlegenem Verstand und reicher Erfahrung.“ In diesem Sinne gelte auch, daß die Befähigung der Schwester, medizinische Vorgänge zu erfassen und zu werten, von enormer Wichtigkeit sei, weil davon allzu oft das Schicksal eines Kranken abhängt, dennoch wäre es entsetzlich, für uns alle wie für die Kranken, wenn aus den Schwestern „Medizintechnikerinnen“ würden. Daher sollte man es sich sehr überlegen, meinte der Präsident der Ärztekammer, ob eine generelle Überführung der Schwesternausbildung in ein Universitätsstudium erhebliche Nachteile zugunsten einiger auf der Hand liegender Vorteile rechtfertige. Ginge die liebevolle Hilfe, die sich manchmal in unbeachteten Kleinigkeiten erweise, verloren, so wäre das ein Verlust, der durch keinen medizinischen Gewinn ausgeglichen werden könnte. Er selbst habe das als junger Arzt in einer Anstalt mit über 1000 körperlich und geistig Behinderten und später nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches gemeinsam mit Rotkreuzschwestern bei der Pflege der Typhuskranken des KZ Dachau erleben können. Von Paracelsus stamme das Wort: „Der Arzneien beste ist die Liebe“. Er sei überzeugt, daß die Schwestern vom Roten Kreuz auch im neuen Jahrzehnt und Jahrhundert ihres Wirkens den Kranken gerade diese Arznei verabreichen werden. Der Schwesternschaft als Ganzes wie uns selbst gelte der Wunsch, daß sich immer genügend junge Menschen bereit finden mögen, dem Kranken zu dienen. –

Von dieser Hoffnung und von diesem Dienst sprach auch die Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom Roten Kreuz, Generaloberin Ilse v. Troschke, Bonn, in ihrem Grußwort an die Münchner Rotkreuzschwesternschaft. Als 6. Schwesternschaft des Verbandes habe die Schwesternschaft München ihr 100jähriges Bestehen feiern können. Von ihr sei mehr ausgegangen als von mancher anderen. Vor allem dankten die 46 Rotkreuzschwesternschaften im Bundesgebiet und in Westberlin der Münchner Schwesternschaft die seinerzeitige Gründung der Oberinnen- heute

Schwesternhochschule in Göttingen. Diese Schule sei damals die erste Schwesternhochschule auf dem Kontinent gewesen und sei es bis zu der Zeit nach dem 2. Weltkrieg geblieben. Das Leitwort der Münchner Schwesternschaft: „Tradition und Fortschritt“ habe auch in die anderen Schwesternschaften hineingewirkt. Generaloberin v. Troschke erinnerte in diesem Zusammenhang an ein Wort Clementine v. Wallmenichs aus dem Jahre 1901, in dem sie die mit „steigender Erbitterung geführte Diskussion über das Für und Wider einer zeitgemäßen Krankenpflegeausbildung“ beklagte und dabei festgestellt habe, daß eine ernste und schwere Zeit für alle krankpflegerischen Unternehmen gekommen sei. Diese Worte könnten heute jeder Tageszeitung als aktueller Notruf angeboten werden. Dennoch erfülle sie die Zuversicht, daß die Rotkreuzschwesternschaften auch die Aufgaben der Zukunft meistern werden. Was vor 100 Jahren mit Weitblick, Energie und Tatkraft und sicher auch unter großen persönlichen Opfern begonnen worden sei, werde auch in Zukunft Bestand haben. Zu dieser Zuversicht berechtigten nicht zuletzt die Leistungen, die in den zurückliegenden Jahren von der Schwesternschaft München erbracht worden seien. „Möge Gottes Segen auch auf dem Künftigen liegen, das von der Schwesternschaft geplant und in Angriff genommen wird“, schloß die Sprecherin der gesamten Rotkreuzschwesternschaften. Jeder einzelnen Schwester aber wünschte sie einen Anteil und Abglanz jenen Glücks, von dem Clementine v. Wallmenich gesprochen habe, als sie über die Tätigkeit der Rotkreuzschwester schrieb: „Glück ist Arbeit im Dienste einer großen Idee.“ –

Von dieser Idee sprach der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, Bonn, als er den Münchner Schwestern die Glückwünsche des gesamten Deutschen Roten Kreuzes überbrachte. In einem Land, so betonte Bargatzky, in dem die Tradition so häufig und so jäh abgerissen worden sei wie in dem unsrigen, erfülle es jeden mit Bewunderung und Ehrfurcht, wenn eine Organisation, zumal eine humanitäre, auf ein ununterbrochenes 100jähriges Wirken zurückblicken könne. In diesem turbulenten Jahrhundert hätten sich 4 Verfassungen, 4 Reiche, abgelöst, seien die beiden furchtbarsten Kriege der Weltgeschichte, die schrecklichsten Zusammenbrüche, die unser Volk erlebt habe, ausgebrochen. So sei man versucht, zu glauben, daß zwischen Gründung und heute eine unüberbrückbare Kluft, eine andere Welt liege. Doch sei dem nicht so. Jede Zeit sei so gut und so schlecht, wie sie von ihren Zeitgenossen empfunden werde. Die zahlreichen Gründungen des vorigen Jahrhunderts, die mit der Gründung des Roten Kreuzes einhergegangen seien, bestätigten, daß damals ein offenbar tiefes, ungestilltes Bedürfnis nach mehr Menschlichkeit bestanden habe. Sicher sei auch die Gründungszeit des Roten Kreuzes nicht nur eine gute, sondern auch eine schlimme Zeit gewesen, meinte Bargatzky und erklärte: „Auch damals gab es kranke Menschen, die unversorgt, gab es Alte, die einsam waren, gab es verwahrloste Jugendliche, gab es eine Kluft zwischen den Generationen, gab es Establishment und Auflehnung.“ Aus diesem Grunde, so meinte Bargatzky, seien wir dem Beginn der hundertjährigen Geschichte der Schwesternschaft München geistig näher als gemeinhin angenommen werde. Das Ethos der Krankenpflege stelle in der Tat eine der stärksten Traditionen im Roten Kreuz dar, wenn auch durch Grausamkeit oder Gleichgültigkeit unterbrochen. Gerade die Frauen im Roten Kreuz sollten eine tiefe Freude in dem Bewußtsein empfinden, mit ihrem Schwesternberuf gleichsam in einer schier

ewigen Überlieferung zu stehen. Die Leistung der Münchner Rotkreuzschwestern in 2 Weltkriegen, in Korea und Vietnam – gewiß düstere Kapitel in der Geschichte ihrer Schwesternschaft – entsprächen der tragischen Erweiterung der Aufgaben, die das Rote Kreuz ganz allgemein hätte in Kauf nehmen müssen. „Daß Sie selbst diesen schrecklichen Pflichten nicht ausgewichen sind, verdient um so mehr den Dank Aller“, schloß der Rotkreuzpräsident. –

An diesem Festtag, so erklärte die Direktorin für das Pflegerinnenwesen in der Liga der Rotkreuzgesellschaften, Frau Ivonne Hentsch, Genf, habe auch das Internationale Rote Kreuz nicht abseits stehen wollen und stehen können. Nicht zuletzt deshalb, weil die Münchner Schwesternschaft in der weltweiten Familie der Rotkreuzschwestern geradezu zu den Pionieren auf dem Pflegerinnenwesen zählten. Diesen Geist der Pionierzeit gelte es zu bewahren. Er sei heute notwendiger denn je. Dabei stelle sich die Frage, wie die Prinzipien des Roten Kreuzes, damit auch der Dienst der Rotkreuzschwester, noch wirkungsvoller aktualisiert werden könnten. Es gelte, sich der besseren technischen und organisatorischen Mittel zu bedienen, die uns heute – im Gegensatz zu vor 100 Jahren – zur Verfügung stünden. An dieser Aufgabe hätten die Schwestern im Roten Kreuz vorrangig mitzuwirken. Damit reihe sich ihre Tätigkeit würdig in die Bemühungen und Erfolge ein, die die Arbeit der Rotkreuzschwesternschaft durch 100 Jahre hindurch ausgezeichnet hätten. –

Den Festvortrag hielt Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, der den Schwestern den Dank und die Bewunderung für die Leistungen im zurückliegenden Jahrhundert für die Staatsregierung, zugleich aber für die gesamte bayerische Bevölkerung zum Ausdruck brachte. (Wir geben den wesentlichen Inhalt seines Vortrages gesondert wieder.) –

Mit der Serenade in B-Dur für 13 Bläser von Wolfgang Amadeus Mozart gaben Mitglieder des Bayerischen Rundfunkorchesters dem Festakt die musikalische Umrahmung.

Empfang im Antiquarium

Ministerpräsident Goppel und Gattin hatten anschließend zu einem großen Empfang ins Antiquarium der Residenz geladen. Er wurde zu einem Treffpunkt nicht nur hundert befreundeter Schwestern aus früheren Jahren, sondern zugleich zu einem regen Gedankenaustausch mit Professoren, Ärzten, Vertretern der Gesetzgebungskörperschaften, der Ministerien usw. Die Schwestern selbst trafen sich am Nachmittag noch einmal im Mutterhaus am Rotkreuzplatz zum traditionellen Schwesternfest mit der Aufnahme neuer Mitglieder in die Schwesternschaft. Der anschließende Festkaffee wurde zum frohen Ausklang eines bedeutsamen Tages, ehe die Schwestern wieder in ihre verstreuten Arbeitsfelder zurückkehrten. Mit vielen Briefmarkenfreunden aus München und Umgebung statteten viele zuvor noch der großen Briefmarkenausstellung im eigens dafür reservierten Foyer der Schwesternschule einen Besuch ab, um die in dieser Zusammenfassung äußerst seltene und wertvolle philatelistische Dokumentation über 100 Jahre Rotkreuzarbeit zu bewundern. Münchens Bevölkerung war durch Standkonzerte des Luftwaffenmusikkorps Neubiberg, der Bereitschaftspolizei und des Musikkorps des Kreisverbandes München auf das denkwürdige Ereignis, über das auch Rundfunk und Fernsehen ausführlich berichteten, aufmerksam gemacht worden. Sie nahm herzlichen Anteil an einem Jubiläum, das weit über den örtlichen Rahmen hinaus seine historische Bedeutung offenbarte.

Josef Rohrer

IM WANDEL EINES JAHRHUNDERTS DER IDEE TREU GEBLIEBEN

Festvortrag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel anlässlich der 100-Jahr-Feier der Schwesternschaft des Bayerischen Roten Kreuzes

Nach der blutigen Emanzipation des Bürgers in Frankreich mit allen politischen und weltanschaulichen Folgen in der ganzen damaligen Welt, in der Auseinandersetzung mit der Aufklärung und im Bemühen auch staatlich-organisatorisch mit den gesellschaftlichen Vorstellungen und den wissenschaftlichen Meinungen fertig zu werden, begann das 19. Jahrhundert mit einer zaudernden Annäherung an die Demokratie. Eine neue religiöse, romantisch-pietistische Grundstimmung schuf dafür ebenso die Voraussetzungen wie das erwirkte und geforderte Selbstverantwortungs- wie Selbstverwaltungsbewußtsein im bürgerlichen Bereich.

Es ist nicht verwunderlich, daß in den Bereichen, für welche die damalige Auffassung von den Staatsaufgaben und Staatspflichten keine unmittelbare Leistungspflicht des Staates vorsah, solche Bürgerinitiative lebendig wurde. Das gilt vor allem für die „Kriegsopferfürsorge“ auf dem Schlachtfeld, während und nach dem Kriege.

Auf dem Hintergrund von Revolution und Restauration bei gleichzeitiger Anpassung an die gewandelten und sich – auch damals! – ständig wandelnden gesellschaftlichen-wirtschaftlichen Verhältnisse, angetrieben und gehemmt von den weltanschaulich-wissenschaftlichen Veränderungen, Kenntnissen und Erkenntnissen, entstanden neue kirchliche und profane Organisationen, Genossenschaften und Vereine, die sich um Entwicklung und Abhilfe in der äußeren gesellschaftlichen Situation, Vorbereitung und Einsatz für den auftretenden und erwarteten Ernstfall, Sammlung und Einteilung der dafür bereiten und zu erziehenden Mithürger bemühten.

Wenn auch die vaterländischen Frauenvereine zunächst ad hoc entstanden sind und selbst das Rote Kreuz aus unmittelbarem Anlaß des Krieges in der Lombardei und auf dem Schlachtfeld von Solferino ins Leben trat, erschien in der staatsorganisatorisch, industriell produktiv und gesellschaftlich fortgeschrittenen Situation nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts und auf Grund der Erfahrungen aus den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 die Gründung einer Schwesternorganisation zu mehr als bloß kriegs-sanitären Zwecken als eine für die zu leistende Hilfe selbst, wie für die Helfer und die Finanzierung notwendige Angelegenheit.

Die Fortsetzung der Hilfeleistungen „auch in Friedenszeiten in möglichst umfassender Weise“ entsprang nicht nur dem Wunsch der Königin-Mutter; die Vereine – Männer- wie Frauenvereine – selbst hatten die neuen Aufgaben gefunden: gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung, Bekämpfung von Seuchen, Aufdecken von Notständen, Bau von Krankenhäusern und vor allem die Ausbildung von Krankenpflegerinnen.

So war es von der Sache und von den Menschen her erforderlich, sicher aber wenigstens pützlich, die Frauen, die sich den neuen Aufgaben nach Neigung und Ausbildung widmen wollten, genossenschaftlich, ordensähnlich zu organisieren. Zur Gründung der Schwesternschaft meinte Dr. v. Nußbaum, „die bayerischen Frauenvereine vom Roten Kreuz sind darum verpflichtet, für eine weibliche Krankenpflege zu sorgen, welche neben vollständiger Schulung auch jeder sittlichen Anforderung gerecht wird, ohne welche dieser schwere Beruf in Wahrheit nicht ausgeübt werden kann.“

Die *innere* Ausrichtung zur *äußeren* Organisation wird da-

mit angesprochen. Die Gleichgesinntheit und derselbe Idealismus für die Aufgabe reichen ja allein für die Genossenschaft nicht hin. Es müssen die Tugenden der Einordnung und Unterordnung dazu kommen und jene der demütigen Selbstbewußtheit und des stolzen Zusammengehörigkeitsdenkens, wie jene der Selbstdisziplin und Verantwortlichkeit, die, wie es von Nußbaum sagt, „sittliche Anforderung“ eben, ohne welche dieser schwere Beruf nicht ausgeübt werden kann. Das bedeutet, daß für die innere Gestaltung der Genossenschaft bloßer säkularisierter Idealismus der Schwestern nicht hinreichte, ebensowenig wie eine verschwommene Humanitätsauffassung, daß vielmehr echte Religiosität die Wurzel sein mußte, die nach außen und innen, auf die Objekte wie die Subjekte der Hilfe bezogen, im gegenseitigen, positiven Geltenlassen, in der Toleranz gegeben war. Diese allein konnte den tragenden Grund für die äußere Ordnung wie für die innere Freiheit der Schwestern abgeben und so das Schwesternhaus zu einem Mutterhaus machen, das für die Schwestern eine Heimat und eine Stätte des Rückhalts und der Zuflucht bedeutet.

Freilich bringt solche Lebensgestaltung auch die Anforderungen an eine gewisse Lebensführung mit sich: Gemeinschaftsleben, Tracht, Freizeitverzicht und Opfer an Eigenleben; freilich verlangt das Vorsorge für alle Lebensphasen der Schwestern im Risiko der Gesellschaftsentwicklung, freilich liegt darin Gefahr und Gefährdung wenn auch gleichzeitig Schutz und Stütze. Aber – die vergangenen 100 Jahre beweisen die Richtigkeit der Grundannahme.

In weltweiten Kriegen, volksverarmenden Inflationen, ordnungsbrechenden Revolutionen, wissenschaftlich-technischen Umwälzungen, geistig-moralischen Auflösungen, in massenbildenden Verstärkungen und in traditionslösender Landflucht wurden alte Strukturen unseres Zusammenlebens zerbrochen und individuelle wie gemeinschaftliche Neuerungen eingeführt. Aber die Schwesternschaft steht noch wie vor 100 Jahren. Das läßt uns heute mit Dankbarkeit und Bewunderung vor den Generaloberinnen und Oberinnen wie vor jeder einzelnen Schwester stehen. Es sind ungezählte an ungezählten Plätzen und aus tausenderlei Anlaß, die Ihnen diesen Dank und diese Bewunderung zollen: Verwundete an Verbandsplätzen und in Lazaretten, Kranke in Krankenhäusern und Spitälern. Alte in einsamen Wohnungen und Altenheimen, Kinder in Heimen und Erholungsfürsorge, Mütter zuhause und in Ferienheimen, Wandernde und Obdachlose in Unterküften, Flüchtlinge und Vertriebene auf dem Treck, an den Pflegeplätzen und in den Notunterkünften, Einsame und Verlorene auf Bahnhöfen und in Asylen, entlassene Gefangene am vorübergehenden oder dauernden Unterkunftsplatz, Ratsuchende und Mutlose, Hilfsbedürftige aller Art, Suchtkranke und Rauschgiftverseuchte – Staat und Gesellschaft reihen sich ein in diese Dankenden und Bewundernden, nicht nur wegen der unmittelbaren Hilfe, die Sie leisteten und die wir trotz aller Sicherungen und trotz umfassender Daseinsvorsorge und -fürsorge immer noch brauchen wie vor 100 Jahren, sondern auch Dank und Bewunderung wegen der vielen und unentbehrlichen Kräfte, die Sie weckten und mobilisierten.

Wir wollen gar nicht untersuchen, welche standesmäßige Sicherung lose Verbandszusammenschlüsse bieten und wie

die sogenannte freie Schwesternschaft Berufsbild und Berufsanforderung festlegt und gewährleistet; wir wollen auch nicht Leistung und Leistungsfähigkeit und -willen nichtorganisierter Schwestern in Frage stellen, weil wir die Anforderungen und Leistungen kennen. Auch schon die bloße Vertragserfüllung bedeutet im Einzelfall Anstrengung und Opfer genug und ist ohne innere Anteilnahme keine rechte Erfüllung. Aber auf all den vielen Feldern schwesternlichen Dienstes ist der volle Mensch ohne Rücksicht auf Arbeitszeit unter vielfacher Hintansetzung der eigenen Anliegen und Bedürfnisse gefordert. Hier braucht er Führung und Geleit, das mitschwesterliche Verständnis und die mütterliche Stütze der Oberin.

Die äußeren Formen mögen dabei der Zeit anzupassen sein – wie oft haben Sie das schon getan! –, die persönlichen Freiheiten mögen weiter – gerade bei der Gesamtschau von innen her erleichtert werden –, die organisatorischen Bindungen weniger ausschließlich – das geistige Band gilt ja über die unmittelbare Gebundenheit hinaus –, aber der

Kern der Schwesternschaft muß bleiben wie die Führung und die Verankerung in der großen Idee. Diese Idee ist die des Roten Kreuzes. Es ist das Kreuz in seiner Spannung von unten nach oben und seinem Ausgreifen nach den Seiten, nach allen Seiten. Und es ist das Rote Kreuz in seiner Erdehnung auf alle Notfälle. Christentum und Humanismus – das soll keine dogmatische Unterscheidung und keine Einengung des einen oder anderen sein – das ist die Idee. Das bedeutet, daß wir unsere Menschlichkeit und Menschenwürde ohne die Bindung an Gott und das Göttliche nicht zu wahren vermögen.

Gerade die 100 Jahre unserer Schwesternschaft beweisen uns ihre Lebenskraft und Lebensnotwendigkeit für die nächsten 100 Jahre. Dazu wünschen wir ihr die Kraft des Roten Kreuzes, den Segen Gottes für die Schwesternschaft als solche wie für jede einzelne Schwester. Dazu versprechen wir unsere Hilfe und Mithilfe, weil wir Sie brauchen und weil Sie uns an den Menschen und an die Kraft der alles überwindenden Liebe glauben lassen. ■

Erfahrungsaustausch der Justitiare und Konventionsbeauftragten

Am 3. und 4. Mai 1972 trafen sich die Justitiare und Konventionsbeauftragten des Bayer. Roten Kreuzes in der Dr.-Otto-Geßler-Schule in Deisenhofen zu einem Erfahrungsaustausch. Dr. Becher vom Präsidium leitete diese 16. Juristentagung. Die Themen waren so gewählt, daß sowohl die Rechtsberater der Kreisverbände als auch die Konventionsbeauftragten angesprochen waren. Dabei sei ergänzend bemerkt, daß – anders als in manchen anderen Landesverbänden – vor allem bei kleineren Kreisverbänden des BRK diese beiden Funktionen häufig in Personalunion ausgeübt werden.

Einschneidende Änderungen für die Kreisverbände wird die staatliche Gebietsreform bringen. Nach § 12 der BRK-Satzung muß sich nämlich ein Kreisverband mindestens auf das Gebiet eines Land- oder Stadtkreises erstrecken. Das bedeutet, daß dort, wo Landkreise aufgelöst oder zusammengeschlossen werden, das Rote Kreuz schon auf Grund seiner Satzung organisatorisch nachziehen muß. Über die Vorbereitungen des Landeskomitees und des Landesvorstandes berichtete Frau Vizepräsidentin von Tucher, als Vorsitzende des Sonderausschusses für die Gebietsreform.

Aus der Mitte der Justitiare wurde angeregt, die künftigen Vorstände überschaubar und arbeitsfähig zu gestalten. Das bedeutet, daß die Zahl der Vorstandsmitglieder begrenzt sein muß. Zu prüfen wäre, ob dem Vorstand nicht ein (beratender) Ausschuß zur Seite gestellt werden sollte.

In einem weiteren Vortrag sprach Herr Berger vom Präsidium über aktuelle Rotkreuzfragen. Das RK sieht sich einer Reihe neuer Gesetze gegenübergestellt, die seine bisherige Arbeit wesentlich beeinflussen, so etwa das Katastrophenschutzgesetz, das eine intensive Zusammenarbeit mit Behörden und vor allem mit anderen Hilfsorganisationen erfordert. Weiterhin ist zu nennen der Entwurf eines Gesetzes über die Beförderung von Kranken, dessen Auswirkungen – auch im Hinblick auf landesrechtliche Ausführungsvorschriften – auf den Rettungsdienst noch gar nicht endgültig abzuschätzen sind. Diese Bestimmungen sollen u. a. das Berufsbild des „Rettungsanitäters“ festlegen, der eine dreijährige Ausbildung mit einer staatlichen Prüfung abschließen soll. Für die bereits bisher beim BRK ausgebildeten und tätigen KTP-Fahrer müssen dabei selbstverständlich Übergangsregelungen getroffen werden. Obwohl das Rote Kreuz dann in großem Umfang

ein Dienstleistungsbetrieb sein wird, muß es andererseits doch darauf achten, seine Eigenständigkeit als nationale Hilfsgesellschaft nach den Genfer Konventionen zu wahren. In der anschließenden Diskussion kam ein Urteil des Bundessozialgerichts zur Sprache, das den Rentenanspruch einer VdK-Sammlerin ablehnte, die beim Sammeln einen Unfall erlitten hatte. Das Präsidium des BRK hat durch eine Rückfrage beim Bayer. Gemeindeunfallversicherungsverband geklärt, daß die Grundsätze dieses Urteils für Sammler des BRK nicht zutreffen, sondern daß für diese auch insoweit ein Versicherungsschutz besteht.

Die Justitiare stellten weiterhin fest, daß in manchen Kreisverbänden die jährliche Belehrung der ständigen Fahrer im Krankentransport wohl nicht den Vorstellungen des Abschnittes IV Nr. 3 Abs. 3 der Dienstvorschrift für den KTP entspricht oder gar völlig unterbleibt. Jedenfalls genügt es nicht, wenn der Kreisgeschäftsführer sich jährlich von seinen Fahrern nur das Formblatt über die Belehrung unterschreiben läßt. Gerade für diese Belehrungen kann und soll der Geschäftsführer neben Chefarzt, Kolonnenführer, techn. Leiter usw. auch den Justitiar einsetzen.

Höhepunkt der Tagung war ein Vortrag Prof. Dr. Kimminichs, Universität Regensburg, über die „Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Rotkreuz-Konventionen im geltenden Völkerrecht“. Der Referent legte zunächst dar, daß die vier Genfer Abkommen aus dem Jahre 1949 zwar schon in einigen wesentlichen Punkten über die bis dahin geltenden Völkerrechtsgrundsätze hinausgegangen sind (etwa in Art. 2 Abs. 2), daß man aber in den darauffolgenden Jahren völlig neue Erfahrungen habe sammeln müssen. Die Kriege herkömmlicher Art seien zahlenmäßig zurückgegangen, dagegen nähmen die sogen. inneren Kriege immer mehr zu, auf die die Genfer Abkommen nicht in vollem Umfang, sondern nur mit einigen grundlegenden Bestimmungen anwendbar seien (Art. 3 sämtlicher Abkommen). Deshalb solle das allgemeine Gewaltverbot, das als Norm des Völkerrechts sich bisher an die Staaten im Verhältnis zu anderen Staaten gewendet, das Machtmonopol des Staates im eigenen Bereich aber nicht angetastet habe, künftig auch auf innere Konflikte ausgedehnt werden. Die theoretische Möglichkeit, daß Staaten ihr inneres Machtmonopol wenigstens teilweise auf eine internationale Autorität übertragen (z. B. UNO), stoße aber gerade bei den Staaten selbst auf Widerstand.

Innere Kriege gefährdeten durch ihre internationalen Ausstrahlungen („spannungsverursachende Wirkungen“) den allgemeinen Frieden. Großmächte stünden dann oft vor der Frage einer Intervention, wobei aber auch eine Nichtintervention den Krieg verlängern und die Leiden vermehren könne. Völkerrechtlich sei indessen eine Intervention verboten, auch wenn sogen. „humanitäre“ Gründe vorgeschützt würden. Ausgenommen sei der Fall, daß die anerkannte Regierung fremde Hilfe erbitte.

Obwohl sich das Internationale Rote Kreuz und vor allem das Internationale Komitee vom Roten Kreuz – IKRK – schon seit Jahren darum bemühten, bei inneren Konflikten die Anwendbarkeit der Genfer Abkommen in vollem Umfang zu erreichen oder wenigstens Art. 3 (Mindestkatalog) zu erweitern, seien diese Bemühungen bislang erfolglos geblieben, obgleich doch immerhin 131 Staaten den Abkommen beigetreten seien. Das hänge einerseits mit dem Sicherheitsbedürfnis der Staaten zusammen, andererseits aber seien die „Insurgenten“ keine Vertragspartner, weil sie selbst dann nicht Völkerrechtssubjekt werden könnten, wenn man sie als „Kriegführende“ anerkenne. Die Gegenseitigkeit sei deshalb nicht gewährleistet. Bei jedem Vertrag liege ein sicheres Merkmal letztlich in der Unterzeichnung und Ratifizierung.

Deshalb sei zu erwägen, ob nicht künftig das humanitäre Völkerrecht allgemein auch ohne Verträge gelten solle, d. h. Abkehr von Verträgen und Schaffung von gewohnheitsrechtlichen Völkerrechtsregeln. Dazu wäre eine neue dogmatische Fundierung des humanitären Völkerrechts notwendig. Das bisher im Bereich des Kriegsrechts entwickelte humanitäre Völkerrecht sollte seine neue Grundlage in einer allgemeinen Friedenspflicht finden.

Gewiß sei die Ausdehnung des „ius in bello“ (d. h. vor allem der Schutz der Zivilbevölkerung), wie sie das IKRK erstrebe, begrüßenswert, denn während noch im I. Weltkrieg nur 5% aller getöteten Personen der Zivilbevölkerung angehört hätten, sei die Zahl im II. Weltkrieg auf 48% und im Koreakrieg auf 84% gestiegen und sie sei in Vietnam gewiß nicht niedriger, obwohl hier keine verlässlichen Angaben vorlägen. Dennoch träfen die Bemühungen des IKRK nur einige Details, nicht aber das Gesamtproblem. Zu dessen Lösung gehöre es aber auch, das Verständnis der Menschen für das humanitäre Völkerrecht zu wecken, damit es freiwillig befolgt werde. Gerade hier liege eine verantwortungsvolle Aufgabe der Konventionsbeauftragten des Roten Kreuzes.

Die Tagung brachte den Teilnehmern reiche Anregungen für ihre weitere Arbeit.
ORR Walter Hillgärtner

Ministerpräsident Goppel übernahm die modernste Jugend-Fahrschule in Schwaig

Das BRK-Rehabilitationszentrum Haus Wieseneck, Schwaig b. Nürnberg, und seine Insassen erlebten einen turbulenten Tag: Mit Fahnen, Musikkapellen, Luftballons, Würstlbude und Bierzelt wurde am 24. Mai von der Verkehrswacht Nürnberg e. V. die modernste Jugend-Fahrschule der Bundesrepublik an den BRK-Kreisverband Nürnberg übergeben. BRK-Präsident, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, begrüßte die körperbehinderten Kinder und Jugendlichen im Haus Wieseneck persönlich, ehe er sich dem Kreis der zahlreich erschienenen Ehrengäste, unter ihnen die Nürnberger Abgeordneten des Bayerischen Landtags, führende Persönlichkeiten staatlicher und städtischer Behörden, Verbände, aus Politik und Wirtschaft und hohe amerikanische Offiziere, zuwandte. Der Vorsitzende der Verkehrswacht Nürnberg e. V., Hans Höllriegel, eröffnete das bemerkenswerte Ereignis in Schwaig mit einer langen Begrüßungsliste. Sein besonderer Dank galt den Firmen, die die Sonderfahrzeuge für die Körperbehinderten geliefert und zum Teil selber entwickelt hatten. Die Polizei erhielt den Dank für die Abstellung von Verkehrslehrern, in deren Händen die Ausbildung der gesunden und kranken Kinder liegt. Durch Spenden von Freunden und Gönnern wurde die Jugend-Fahrschule auf dem Gelände des BRK-Heimes Schwaig erstellt. Von den 220 000 Mark, die dazu notwendig waren, kamen $\frac{2}{3}$ von Gönnern, 70 000 Mark gab die Verkehrswacht dazu. Auch die Gemeinde Schwaig beteiligte sich mit einem Zuschuß.

Die neue Jugend-Fahrschule solle, so betonte der Vorsitzende in seiner Begrüßung, dazu beitragen, einen wesentlichen Beitrag zu der Rehabilitation der im Haus Wieseneck untergebrachten zum Teil schwer körperbehinderten Kinder und Jugendlichen zu leisten. BRK-Präsident, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, gab seinem Dank und seiner Freude Ausdruck über die Initiative der Verkehrswacht und der vielen Spender und Förderer, die alle zum Zustandekommen des Projektes beigetragen hatten. Dr. Goppel wies auf die Wichtigkeit hin, gerade den Be-

hinderten eine möglichst vielseitige und rasche Wiedereinführung in die Gemeinschaft bieten zu können. Die Möglichkeit, im Straßenverkehr sich sicherer zu bewegen, sei eine Art Selbstbestätigung und trage wesentlich dazu bei, vor allem den Behinderten in den Alltag zu integrieren. Für die vielen Bemühungen sei der Dank der Kinder, die vom Schicksal geschlagen seien, der höchste Lohn. Hier sei eine echte Wiedereingliederungsmöglichkeit entstanden. Durch die Übergabe und den besonderen Standort der Verkehrsschule habe das Grüne Kreuz mit dem Roten Kreuz dazu beigetragen, das Kreuz der Kinder und Jugendlichen tragen zu helfen.

Inzwischen saßen die Kinder und Jugendlichen in ihren Rollstühlen und Spezialfahrzeugen in Erwartung der Dinge, wurden von den Betreuerinnen mit Würstchen, Saft und Eis versorgt; hier und da gesellten sich die Buben und Mädels der Schülerlotsen zu den Behinderten. Und dann kam ihr großer Auftritt: die Verkehrsampeln wurden eingeschaltet, und von Polizisten fast unmerklich dirigiert, begann auf dem großen Übungsplatz ein reger Fahrzeug- und Fußgängerverkehr. Mit unglaublichem Geschick steuerten die Jungen und Mädchen ihre oft kompliziert konstruierten Fahrzeuge, die den jeweiligen Leiden der Behinderten angepaßt sind, über Kreuzungen und um Kurven. Mit viel Bravour und Sicherheit steuerten die jungen Verkehrsteilnehmer ihre teils motorisierten, teils manuell betriebenen Fahrzeuge über den Platz. Die Zuschauer konnten oftmals ihr Erstaunen über die fast spielerische Selbstverständlichkeit, mit der die teilweise schwerst Körperbehinderten sich der ihnen bisher fremden Aufgabe stellten, kaum verbergen. Ein kleiner Junge des Schülerlotsendienstes, der wie viele andere gesunde Kinder unter den „Fußgängern“ war, zog respektvoll seine weiße Mütze, als ein kleines Mädchen auf einem Spezialfahrrad mit Halteriemen stolz an ihm vorbeiradelte. „Du, ich fall alleweil runter von dem neuen Radl, geh' laß mich mal auf dem Deinen hernach probieren“, worauf die Kleine lässig

nichte und konterte: „Wenn's probieren magst? I bring Dir dös scho bei, vielleicht lernst's doch noch.“
Last but not least: Auch die „Großen“ hatten ihre Freude. Denn der Vorsitzende der Nürnberger Verkehrswacht nutzte die Gelegenheit, mehrere Krankentransportfahrer

des BRK-Kreisverbandes Nürnberg für langjähriges unfallfreies Fahren auszuzeichnen. Höllriegel selbst konnte aus der Hand des BRK-Präsidenten die Goldene Ehrennadel des Bayerischen Roten Kreuzes entgegennehmen.

Sa.

WASSERWACHT BETREUT KÖRPERBEHINDERTE IM WASSER

– Die Idee einer glücklichen Stunde –

Noch ein paar kräftige Schwimmzüge und ich stehe auf dem sandigen Ufergrund. Mein Blick geht zurück über die Wasseroberfläche, die ich durchschwommen habe zum Horizont, der im Westen unter der untergehenden Sonne im herrlichen Rot leuchtet. Um mich ist die große Stille; sie wird nur durch das Glucksen einiger Bläßhühner aus dem Schilf unterbrochen. Die großartige Landschaft, eingetaucht in eine seltene Abendstimmung, ließ in mir alle Eindrücke eines harten Tages vergessen. Wieder einmal konnte ich den hohen Wert des Schwimmens verspüren, fand, daß die von ärztlicher Seite viel gepriesene Bewegung im Wasser eine Berechtigung hat. War es nur mein Glück, daß ich so eine herrliche Stunde erleben durfte? Bei der Heimfahrt über die nächtliche Straße begann ich nachzudenken: viele, ja viele Menschen wären überglücklich, wenn sie solche schöne Stunden im Wasser erleben könnten. Ich wußte, daß einst begeisterte, gesunde Sportler durch harte Schicksalsschläge wie Verkehrsunfälle, Kinderlähmung, spastische Erscheinungen usw. zeit ihres Lebens an das Krankenbett, den Rollstuhl oder an die Hilfe der Mitmenschen gebunden sind. Niemand von uns ist vor ähnlichem Schicksal sicher.

Bald reifte in mir der Entschluß, irgendetwas zu unternehmen, um wenigstens einigen dieser vom Schicksal hart getroffenen Menschen ein wenig Freude im Wasser zu vermitteln. In der Wasserwacht-Ortsgruppe Kempten, der ich seit mehreren Jahren angehöre, fand ich schnell Kameraden, die sich für meine Idee begeistern ließen. Bei einer besonderen Zusammenkunft wurden bereits feste Vereinbarungen getroffen, um ein Schwimmen mit Verschrten durchzuführen. Nach Genehmigung durch die Abteilungsleitung gingen wir daran, entsprechende Interessenten zu finden und uns mit Ärzten und Behörden über unseren Plan zu unterhalten, wo wir teilweise eine skeptische Zustimmung erhielten. Als wir Anfang November 68 ca. 15 Personen zusammen hatten, starteten wir den ersten Schwimmabend. In der Verbandsschule in Waltenhofen b. Kempten fand sich ein Lehrbecken, welches wir von der Gemeinde für jeden zweiten Mittwoch von 18–19.30 Uhr, während der Zeit von Oktober bis Ende Mai gegen eine Gebühr von DM 50,- pro Abend zur Verfügung gestellt bekamen. Da wir keine offiziellen Eintrittsgelder erheben wollten und ein Betrag von DM 2,- für manche Teilnehmer fast unerschwinglich gewesen wäre, wurde der notwendige Restbetrag von uns gesammelt. Die Verschrten, unter ihnen viele mit Rollstuhl, wurden größtenteils mit den

PKW's der Wasserwachtbetreuer von zu Hause abgeholt. Nach dem Umkleiden, bei dem sich der größte Teil sehr selbständig zeigte, ging es unter die Dusche, dann sehr vorsichtig ins Becken, das eine Wassertemperatur von 27 Grad aufwies. Die Beckentiefe beträgt ca. 75 cm bis 160 cm. Die schwerer Behinderten wurden von je einem Helfer betreut, die leichteren konnten sich mit Hilfe der Schwimmflügel z. T. gut allein bewegen. Die erste Überraschung zeigte sich unter den Helfern, denn im Becken herrschte bald ein Treiben voll Fröhlichkeit und Übermut. So war der erste Schwimmabend ein voller Erfolg und wir waren fest entschlossen, diese Sache fortzusetzen.

Leider waren die Finanzmittel nach einigen Monaten soweit erschöpft, daß wir an ein Aufgeben dieser Schwimmabende denken mußten. Durch die Bemühung des Kreisgeschäftsführers, Herrn Muggenthaler, und den Leiter des staatlichen Gesundheitsamtes, Herrn Dr. Seemann, konnten verschiedene Krankenkassen dazu bewegt werden, unsere Sache zu unterstützen. Somit konnten wir frohen Herzens den Betrieb fortsetzen. Auch die Allgäuer Zeitung unterstützte uns, indem sie uns 2 Transportfahrzeuge zur Verfügung stellte. Diese werden von unseren Helfern gefahren und sind uns eine unentbehrliche Hilfe geworden. Im Laufe der Zeit vergrößerte sich der Teilnehmerkreis zunehmend, und man spürte, daß die Abende von den Teilnehmern freudig begrüßt wurden. Dies kommt auch in mehreren Dankschreiben besonders zum Ausdruck. In der letzten Zeit stellte sich eine zusätzliche Erweiterung ein. Spastisch geschädigte Kinder der „Lebenshilfe“ (in Kempten ca. 70 Kinder) zeigen eine ganz besondere Freude im Wasser und wir sind dabei, auch diesen Kreis so gut wie möglich zu fördern. Hier benötigt fast jedes Kind eine eigene Betreuung. Dafür stehen genügend Helfer und Helferinnen zur Verfügung, wie wir von jeher mit dem vollen Einsatz dieser Kräfte rechnen können.

Mit gutem Gewissen kann gesagt werden, daß diese Aktion dazu beigetragen hat, vom Leben hart getroffene oder benachteiligte Menschen, wenn auch nur ein wenig an der Freude des Wassersportes teilnehmen zu lassen und ihnen ein klein wenig Licht in ihr oft eintöniges Dasein zu bringen. (Das Kemptener Beispiel – wir hatten früher über eine ähnliche Aktion der Augsburger Wasserwacht berichtet – sollte Schule machen. D. Red.)

Martin Waibl

Sieger im Landesschwimmwettbewerb der Wasserwacht in der Staatskanzlei

Für rd. 40 Schüler aus Oberbayern und Unterfranken war der 12. Juli ein großer Tag. Sie durften nicht nur auf den Olympiaturm steigen, sondern Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel empfing sie als Sieger im Landesschwimmwettbewerb 1970/71 der Wasserwacht mit ihren

Lehrern in der Staatskanzlei. Unter den 87 teilnehmenden Schulen mit 11579 Schülern stellten die Klassen 6a VS Berchtesgaden, 3b GS Bad Reichenhall und 9a HS Buchbrunn/Ufr. die Landessieger.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Verleihung des Steckkreuzes zum Ehrenzeichen für Verdienste um das BRK

Der Herr Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Bruno Merk, verlieh das Steckkreuz zum Ehrenzeichen des Freistaates Bayern für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz an nachstehende Schwestern von der Schwesternschaft München:

Schwester Resi Therese Haas
Schwester Margit Margarete Herold
Schwester Idalinde Maria Kiener
Schwester Else Meyer
Schwester Frumentia Josefa Triebenbacher

Das Steckkreuz zum Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz wurde außerdem verliehen an:

Herrn Bezirkstagspräsident Josef Fischer, Augsburg
Herrn Staatssekretär Franz Sackmann, Roding
Herrn Direktor Rupert Baudrexl, KV Ebersberg
Herrn Hans Egglseider, KV Wasserburg
Herrn Hans Galland, BV Oberbayern
Herrn Georg Hartmannsgruber, KV Erding
Frau Veronika Käser, KV Erding
Herrn Dr. Hans Kretschmer, KV Fürstenfeldbruck
Herrn Karl Metsch, KV München
Herrn Josef Mittermaier, KV Erding
Herrn Max Steigenberger, KV München
Herrn Anton Münch, KV Neumarkt
Fräulein Gretel Rudolph, KV Schweinfurt
Herrn Anton Graf, KV Augsburg-Land
Frau Oberin Charlotte von Erffa, Mutterhaus Coburg

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Bayerischen Roten Kreuzes

Die Ehrenmitgliedschaft des Bayerischen Roten Kreuzes wurde verliehen an:

Herrn Dr. med. Hanns Gerlach, KV Augsburg
Herrn Landrat a. D. Gerhard Müller, KV Nördlingen

2. Rundschreiben des Landesverbandes

Ergänzung zum Rundschreiben Nr. 29/72: Wohlfahrtsbriefmarken Serie 1972/73

Nachträge zum Rundschreiben Nr. 30/72: Rettungsdienst-Krankentransport, Sanitäts- und Betreuungsdienst in Bayern für die Dauer der Hauptreisezeit vom 19. 6.-1. 10. 1972 und für die Zeit des Einsatzes für die XX. Olympischen Spiele in München vom 19. 8.-17. 9. 1972

- Nr. 33 vom 31. 5. 1972: Satzungsänderung der Wasserwacht
Nr. 34 vom 8. 6. 1972: Zusatzaltersversorgung
Nr. 35 vom 9. 6. 1972: Beschäftigung von Zivildienstleistenden
Nr. 36 vom 21. 6. 1972: Zusatzaltersversorgung
Nr. 37 vom 29. 6. 1972: Anlegung von Infusionen durch nicht-ärztliches Personal
Nr. 38 vom 29. 6. 1972: Ausbildung in Erster Hilfe und „Herz-Lungen-Wiederbelebung“

Nr. 39 vom 30. 6. 1972: Justitiartagung des DRK vom 7. 9. bis 9. 9. 1972 in Kassel

Nr. 40 vom 6. 7. 1972: Neue DRK-Langspielplatte „Stars & Hits fürs Rote Kreuz“

Eilmitteilungen vom

3. 7. 1972: Zusatzaltersversorgung

AUSBILDUNGSWESEN

3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen vom 18. 9. bis 6. 10. 1972

Nr. 29 vom 18.-22. 9. 1972: Ausbilder/innen für die Praxis der Sanitätsausbildung

Nr. 30 vom 25.-29. 9. 1972: Zugführer

Nr. 31 vom 2.-6. 10. 1972: Führer

PERSONALFRAGEN

4. Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Nachstehender Dienstaussweis ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt:

Dienstaussweis Nr.15-2437, ausgestellt auf den Namen Gertraud Egl, geb. 6. 5. 50 von der Bereitschaft Deisenhofen.

5. Delegierte für die Liga der Rotkreuzgesellschaften bzw. für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gesucht

Das Deutsche Rote Kreuz wurde in den vergangenen Monaten wiederholt aufgefordert, Delegierte für Auslandseinsätze zu benennen. Da für diese Tätigkeiten ein bestimmter Kreis vorgesehen war, konnte bisher diesen Anforderungen entsprochen werden.

Um jedoch eine Überforderung der einzelnen Personen zu verhindern, möchten wir uns mit diesem Schreiben an die Kreisverbände wenden, mit der Bitte, die Frage zu prüfen, ob aus dem Bereich der Mitarbeiter geeignete Personen benannt werden können.

Als Voraussetzung für diese Tätigkeit im Ausland müssen folgende Merkmale genannt werden:

1. Fähigkeiten zum Organisieren und Improvisieren
2. Sprachkenntnisse, perfekt in Wort und Schrift (Englisch oder Französisch)
3. Schnelle Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz, möglichst für die Dauer von drei Monaten
4. Gesundheitliche Einsatzfähigkeit, also geeignet für Einsätze unter schwersten Bedingungen

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie kurzfristig auf dem Dienstweg Meldungen an die Personalabteilung des BRK-Präsidiums geben könnten. Diesen Meldungen möchten Sie bitte kurze Lebensläufe (Lebensdaten) beifügen.

KRANKENTRANSPORT

6. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Herr Richard Hoffmann, 8031 Gröbenzell, Postfach 250, Tel.: 081 42/74 01 und 68 44, sucht ab sofort oder im Laufe des Jahres einen Mercedes-Sanka mit langem Radstand und hohem Aufbau (Fa. Binz, Lorch) ab Baujahr 68 gebraucht oder mit Frontalunfall.

Herr Hans-Peter Graßl, 8 München 80, Hohenaschauer Straße 54, Tel. 40 88 74, sucht gebrauchten VW-Bus zu kaufen. Angebote bitte direkt an Herrn Graßl richten.

Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen jedoch sämtliche Krankentransport-Einrichtungen sowie Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

7. Krankentransportwagen zu verkaufen

Der Kreisverband Grafenau, 8352 Grafenau, Sachsenring 4, Tel. 085 52/2 23, bietet folgenden VW-Krankenkraftwagen zum Verkauf ab 30. 6. 1972 an:

VW-Krankenkraftwagen, 1600 ccm, Baujahr Juli 1969, 125 000 km, neuer Motor 43 000 km, Funksprech vorbereitet mit Dachantenne, Eberspächer Standheizung, elektrische Frischbelüftung, Sondersignal, Anhängerkupplung, Fahrtenschreiber, TÜV-geprüft, in gutem, fahrbereitem Zustand. Preis: DM 2500,-

SOZIALARBEIT

8. Kurplan 1973 für „Haus Wieseneck“ in Schwaig bei Nürnberg

Heimärztin: Frau Dr. Heide Berg, Fachärztin für Orthopädie.
Heimleiter: Herr Gerhard Gebuhr.

Anschrift: 8501 Schwaig, Wieseneckstr. 24, Tel. 09 11/57 62 65.

Im „Haus Wieseneck“ werden körperbehinderte Kinder, Jugendliche und Heranwachsende vom 3. bis 24. Lebensjahr laufend zur Behandlung auf unbeschränkte Zeit aufgenommen. Die Aufnahme erfolgt nach schriftlicher Anmeldung an das „Haus Wieseneck“.

Bitte Arztbericht bei Anmeldung beilegen.

Daneben werden noch folgende zeitlich festgelegte Kuren durchgeführt:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------|
| 1. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder | vom 11. 1.- 7. 2. |
| 2. Sonderkur für Jugendliche | vom 19. 2.- 8. 3. |
| 3. Sonderkur für Jugendliche | vom 12. 3.- 8. 4. |
| 4. Sonderkur für schulpflichtige Kinder (Osterferien) | vom 9. 4.- 6. 5. |
| 5. Sonderkur für geschlossene Gruppen (kann auf 3 Wochen verkürzt oder auf 6 Wochen verlängert werden) | vom 8. 5.- 4. 6. |
| 6. Begegnungswochen für behinderte Jugendliche mit Nichtbehinderten (Pfingstwochen) | vom 5. 6.-18. 6. |
| 7. } Sonderkuren nur für Schulpflichtige | vom 19. 6.-16. 7. |
| 8. } Sonderkuren nur für Schulpflichtige | vom 17. 7.-13. 8. |
| 9. } Sonderkuren nur für Schulpflichtige | vom 14. 8.-10. 9. |
| 10. Sonderkur für Familien mit körperbehinderten Kindern. An dieser Kur können auch Eltern bzw. Geschwister von Behinderten teilnehmen. | vom 13. 9.-10. 10. |
| 11. Sonderkur für geschlossene Gruppen | vom 12. 10.- 8. 11. |
| 12. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder und Jugendliche (6-Wochen-Kur) | vom 10. 11.-21. 12. |

Die Aufnahme für die Sonderkuren erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung. (Datum des Eingangsstempels.) Änderungen vorbehalten.

9. Vorbeugende Gesundheitshilfe, Altenhilfe; hier Ergebnisse der Statistik über die Sozialhilfe in Bayern im Jahre 1970

Bekanntmachung des Bayer. Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 5. April 1972 Nr. IV 2 - 6805/1 - 1/72

An

die Regierungen,
die Bezirke,
die kreisfreien Städte und Landkreise,

nachrichtlich an

den Bayer. Städteverband,
den Landkreisverband Bayern,
die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Bezirkstagspräsidenten,
den Bayer. Prüfungsverband öffentlicher Kassen,
den Bayer. Obersten Rechnungshof.

- Die im Bericht des Bayer. Statistischen Landesamts (ausgegeben Oktober 1971) veröffentlichten Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß das Bundessozialhilfegesetz nicht überall einheitlich vollzogen wird. In Tabelle 3 des Berichts (S. 22 ff.) sind bei überraschend vielen kreisfreien Städten und Landkreisen Empfänger der vorbeugenden Gesundheitshilfe (§ 36 BSHG) und der Altenhilfe (§ 75 BSHG) nicht oder nur in geringem Umfang ausgewiesen. Andere kreisfreie Städte und Landkreise etwa gleicher Größe und Struktur haben dagegen Hilfen dieser Art in vielen Fällen gewährt. Daraus kann wohl gefolgert werden, daß manche Träger der Sozialhilfe bei Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der bezeichneten Hilfen einen zu strengen Maßstab anlegen, weil es sich nicht um Pflicht-, sondern um Soll-Leistungen handelt. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Sollvorschriften für die Verwaltung ebenso verbindlich sind wie Mußvorschriften, „solange die Verwaltung nicht besondere Umstände dartun und beweisen kann, die ausnahmsweise ein Abweichen von der Regel zulassen“ (Urteil des BVerwG vom 2. 12. 1959 im DVBl. 1960 S. 252).
- Der vorbeugenden Gesundheitshilfe (§ 36 BSHG), besonders den Erholungsmaßnahmen, kommt die wichtige Aufgabe zu, Krankheiten zu verhüten. Das gilt in besonderem Maße für die oft überlasteten Mütter mehrerer Kinder, die vielfach noch nie einen Erholungsurlaub hatten. Ihnen sollte bei Vorliegen der Voraussetzungen ein Erholungsaufenthalt ermöglicht werden. In der Regel sind für die Behandlung von Krankheiten mehr Kosten aufzuwenden als für die vorbeugenden Maßnahmen. Auch aus diesem Grunde sollte die Hilfe nach § 36 BSHG mehr Beachtung finden. In vielen Fällen beteiligen sich auch die Renten- und Krankenversicherungsträger an den Kosten der Erholungsmaßnahmen. Die vorbeugende Gesundheitshilfe kommt auch für alte Menschen in Betracht; sie kann einem beschwerdefreien Verlauf des Alters förderlich sein.
- Die Altenhilfe (§ 75 BSHG) wird neben den übrigen nach dem BSHG möglichen Hilfen gewährt. Sie ist zwar vornehmlich persönliche Hilfe; einige der in § 75 BSHG beispielhaft aufgezählten Maßnahmen erfordern aber auch Sach- und Geldleistungen. Die Altenhilfe soll dazu beitragen, durch das Alter bedingte Schwierigkeiten zu überwinden und Vereinsamung im Alter zu verhüten. Diese Hilfe ist gerade in unserer Zeit, in der sich ein sehr beachtlicher Wandel der Familienstruktur vollzieht, in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht bedeutsam.
- Die Hilfen nach dem BSHG, insbesondere die Hilfen in besonderen Lebenslagen, erfassen weite Kreise der Bevölkerung; sie sind also grundsätzlich schichtenunabhängig. Die im BSHG vorgesehenen Hilfen sind sowohl ihrer Rechtsnatur als auch ihrer Aufgabe nach mit der Armenhilfe früherer Zeit nicht zu vergleichen. Es ist dringend geboten, das noch mehr als bisher in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken. Deshalb wird nachdrücklichst gebeten, in geeigneter und gezielter Weise die Bevölkerung über die nach dem BSHG möglichen Hilfen ausreichend zu informieren (Öffentlichkeitsarbeit). Besonders ist darauf hinzuweisen, daß etwaige Vorurteile, Sozialhilfe anzunehmen, nicht begründet wären.
- Die Regierungen, deren Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörden es ist, einen ordnungsgemäßen Vollzug des Bundessozialhilfegesetzes sicherzustellen, werden gebeten, auch den angesprochenen Fragen besonderes Augenmerk zuzuwenden.

gez. Prof. Dr. Henle, Ministerialdirigent
StAnz 1972 / Nr. 16

FRAUENBEREITSCHAFTEN

10. Das war ein besonderes Treffen

„Kontaktpflege“, das war der Grundgedanke, der den Kreisverband München dazu veranlaßte, das zehnjährige Bestehen des Schwesternhelferinnenprogramms mit einem Treffen aller Mitarbeiter zu feiern. Vom Klinikum rechts der Isar war Frau Oberin Thiel, vom Kreiskrankenhaus Harlaching Frau Oberin Hessenmöller und vom Kreiskrankenhaus Schwabing Frau Oberin Thomke der Einladung gefolgt. Auch die Ausbildungsärzte fehlten nicht. Als Ehrengäste konnten Frau Dr. Sieper, Direktorin des Sophie-Scholl-Gymnasiums und offizielle Vertretung des Stadtschulrates, vom BRK-Präsidium Vizepräsidentin Leonore v. Tucher und Referentin Käte Koschuda herzlich begrüßt werden. Chefarzt Dr. Hofmeister erinnerte in seiner Festansprache an die Anfänge der Schwesternhelferinnenausbildung im Krankenhaus rechts der Isar. Im Auftrag von Prof. Dr. Maurer übernahm er im Hörsaal vor 10 Jahren den Unterricht des ersten Schwesternhelferinnen-Lehrganges, der im Rahmen des SHP in München durchgeführt wurde. Nicht unmaßgeblich hatte damals die SHP-Beauftragte Wilma Jansen dazu beigeholfen, die sogenannte „SH-Lawine“ ins Rollen zu bringen. 1962 wurde zwischen dem Vorstand des Kreisverbandes München und dem Krankenhausreferat ein Vertrag abgeschlossen, der sich zuerst nur auf den Einsatz von Schwesternhelferinnen im Krankenhaus rechts der Isar bezog. Dann setzte die gezielte Werbung ein. Besonders gute Erfolge konnten an den Oberschulen, der PH und der Universität verzeichnet werden. Aber auch die Frauen und Mädchen aus den verschiedensten Berufen wurden durch die Werbung angesprochen. Es entstand ein Ausbildungszentrum für das SHP. Großer Wert wurde auch auf die Fortbildung der Schwesternhelferinnen gelegt. Die ganze Arbeit mußte straff organisiert und verwaltet werden. So konnte bei der Feierstunde am 3. Februar besonders auch Frau Brack gedankt werden, die den Grundstein für eine solide Verwaltung des Schwesternhelferinnenprogramms legte. Ihr zur Seite standen Frau Quarg und Frau Ritter. Beiden Damen galt ebenfalls der Dank für die geleistete Arbeit „der ersten Stunde“. Frau Wünnenberg, SH-Beauftragte des KV München, überreichte anschließend an drei besonders aktive Schwesternhelferinnen kleine Präsenten. Frau Wünnenberg erhielt Dank und Anerkennung durch Kreisgeschäftsführer Dir. Rieger. Er dankte für die geleistete Arbeit, die stets im gegenseitigen Vertrauen verlief. Dann meldeten sich die Oberinnen zu Wort. Sie erinnerten an die zehnjährige gute Zusammenarbeit. Frau Oberin Thiel, in deren Haus der erste SH-Lehrgang stattfand, stellte fest, daß sich inzwischen Kontakte zu 24 Krankenhäusern ergeben hätten, und daß sich zwischen den Oberinnen der vielen Krankenhäuser und den SH-Beauftragten Frau Jansen und Frau Wünnenberg bis heute eine gute Zusammenarbeit und menschlich beste Beziehungen gehalten haben. Frau Oberin Thiel überreichte anschließend der z. Zt. im Klinikum rechts der Isar tätigen 3800. Reserve-Schwesterhelferin, Fräulein Richter, einen farbenfrohen Frühlingsstrauß.

In ihrer Glückwunschadresse stellte Vizepräsidentin Leonore v. Tucher abschließend fest, daß das Treffen und all das Gehörte auf sie einen sehr positiven Eindruck hinsichtlich des „Dienens“ am Nächsten in unserer Zeit hinterlassen hätte. Sie bemerkte dabei, daß das Wort „dienen“ heute zwar abgelehnt werde, die Tat jedoch nicht. Die Vizepräsidentin schloß die Möglichkeit nicht aus, daß im Hinblick auf diese Tatsache für die Tätigkeit zum Wohle des Nächsten ein neues Wort gefunden werden müsse.

WASSERWACHT

Da die Sommermonate die Haupteinsatzzeit der Wasserwacht darstellen, es im Herbst und Winter um sie wieder etwas ruhiger wird, wollen wir – den zahlreich vorliegenden Berichten entsprechend – in der vorliegenden Ausgabe unsere Kameraden der Wasserwacht vorrangig zu Wort kommen lassen. Wir bitten dafür um freundliches Verständnis.

Die Redaktion

11. 25 Jahre Wasserwacht Schwaben

Mit einer imposanten „Geburtstagsfeier“ beging die Wasserwacht Schwaben am Samstag, den 6. Mai, im schmucken Soldatenheim Kempten ihr 25jähriges Bestehen. Mit einer überaus gelungenen Ausstellung in den Auslagen des Modehauses Oberpauer, das sich damit als erfreulich aktiver Förderer der Wasserwacht erwies, war die heimische Bevölkerung auf das Ereignis hingewiesen worden. Die große Resonanz, die das Jubiläum gefunden hatte, war darüber hinaus sicherlich Frucht einer erfolgreichen Breitenarbeit, sei es in der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung, sei es im Rettungsdienst selbst. Kein Geringerer als Staatsminister Dr. Bruno Merk machte sich zum Sprecher der Staatsregierung, der inneren Verwaltung wie der gesamten Öffentlichkeit, als er auf die beispielhaften Verdienste der schwäbischen Wasserwacht hinwies. Die große Zahl der erschienenen Ehrengäste unterstrich die große Bedeutung dieser Arbeit für alle Schichten der Bevölkerung: neben dem Bundestagsabgeordneten Kiechle die Mitglieder des Bayer. Landtags Diethel, Fendt und Jaud, Landrat Rössert, Sonthofen, stellv. Landrat Haas und Oberbürgermeister Dr. Höß, Kempten, hohe Vertreter der Polizeibehörden und Bundeswehr, der Freiwilligen Feuerwehr, des THW, der Schulen und weiterer zahlreicher Verbände. Sie alle hieß Bezirksleiter Sepp Gallenmiller herzlich willkommen. Den Dank, den Gallenmiller an die unterstützenden Behörden, die großen und kleinen Förderer der Wasserwacht Schwaben aussprach, verwies der Vorsitzende des BRK-Bezirksverbandes, Bezirkstagspräsident Josef Fischer, zurück auf die vielen ungenannten ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen der Wasserwacht, die ihren Dienst nicht nur uneigennützig, sondern auch in großer gegenseitiger Kameradschaft und Liebe zur freigewählten Aufgabe leisteten. Über ihren Umfang berichtete der technische Leiter der Wasserwacht Schwaben, Ing. Norbert Jenikowsky. Innenminister Dr. Bruno Merk setzte die nüchternen Zahlen in ein überzeugendes Beispiel um, als er bemerkte, sein eigenes Lebensalter – Dr. Merk war wenige Tage zuvor 50 geworden – reiche nicht aus, um die 1¼ Millionen Einsatzstunden der schwäbischen Wasserwacht in den letzten 25 Jahren ableisten zu können. Die Wasserwacht habe damit ein Beispiel staatsbürgerlicher Mitverantwortung gegeben, das Anerkennung und Hochachtung verdiene. Der Vorsitzende der Wasserwacht in Bayern, Staatssekretär Franz Sackmann, zeichnete neben Minister Merk zahlreiche Förderer und Aktive mit Urkunden und Ehrengaben aus. Die höchste Auszeichnung, die Goldene Leistungsmedaille der Wasserwacht, konnte Bezirkstagspräsident Josef Fischer und das Gründungsmitglied Theo Knecht entgegennehmen. Den musikalischen Rahmen gestaltete das Kammerquartett Maurus-Buchner sowie die Kapelle Finkel und die Jodlergruppe Wiggensbach.

Aus dem Bericht Norbert Jenikowskys entnahmen wir folgende interessante Daten:

Sofort nach dem Ende des 2. Weltkrieges, als alles in Trümmern lag, und jeder mit sich selbst und seinen eigenen Nöten beschäftigt war, begann das Rote Kreuz wieder mit seiner Tätigkeit. Es fand sich eine große Anzahl Frauen und Männer, die sich trotz ihrer eigenen Sorgen und Schwierigkeiten als Helfer dem Roten Kreuz zur Verfügung stellten, sodaß es bereits im Juni des schrecklichen Jahres 1945 wieder funktionsfähig war.

Nach einem langen, heißen Hungersommer, mit vielen Baderunfällen, beauftragte die damals allein herrschende und für alles verantwortliche amerikanische Militärregierung, durch eine Ermächtigung des Hauptquartiers der 3. amerik. Armee v. 19. 9. 45, das BRK, auch den Rettungsdienst auf dem Wasser und in den Bergen, durch eigene Gliederungen, aufzunehmen und zu organisieren.

Das Rote Kreuz widmete sich zwar schon bald nach seiner Gründung 1863 der Wasserrettung. Es entwickelten sich innerhalb der männlichen Bereitschaften auch solche für die Wasserrettung, die vor allem an den großen Seen um Berlin, in Bayern und am Bodensee in Erscheinung traten. Auf einer Tagung der Rotkreuz-Landesverbände im Jahre 1908 in Nürnberg wurde ausdrücklich festgelegt, daß der Einsatz von Rotkreuz-Männern, bei Hochwasser und Wassernotständen sowie Wasserunfällen, als echte Rotkreuz-Aufgabe zu betrachten sei. Der Landesverband Bayern der DRK schuf Ende der zwanziger Jahre für seinen Wasser-Rettungsdienst eine eigene Dienstordnung und ein dem heutigen Abzeichen der WW sehr ähnliches Dienstabzeichen.

Durch den bereits erwähnten Auftrag der amerik. Militärregierung war der Weg frei für den Aufbau eines eigenen RK-Wasserrettungsdienstes, der glücklicherweise den Namen „Wasserwacht“ erhielt, da dieser sehr deutlich die Aufgaben umschrieb und von der Öffentlichkeit rasch aufgenommen wurde.

Der WW-Bezirk Schwaben des BRK erlebte seit seiner Gründung eine stetige Aufwärtsentwicklung. Immer mehr freiwillige Helfer und Helferinnen taten sich zusammen und wurden im Sinne der WW tätig. Vor allen Dingen die Jugend interessierte sich an dieser Arbeit.

Der Aufbau in den einzelnen Abteilungen ging zügig voran. Neue Ortsgruppen wurden gegründet, neue Rettungsstationen an Flüssen und Seen und in den Badeanstalten entstanden. Zur Zeit werden in Schwaben 56 Freibadeplätze und 82 Badeanstalten betreut. Es sind bereits 94 Festbauten vorhanden. Die Stationen wurden mit entsprechenden Rettungsgeräten, Motorbooten, Tauchgeräten sowie Sanitätsmaterial ausgestattet.

Durch eine solide Aus- und Fortbildung konnten immer mehr Rettungsschwimmer herangebildet werden. Derzeit sind es in Schwaben 2712 aktive Rettungsschwimmer, Ärzte und Lehrscheininhaber. Werfen wir einen Blick zurück: 1946 hatte die WW in Schwaben 1106 Mitglieder. Diese Mitglieder verteilten sich auf 16 Abteilungen und 31 Ortsgruppen. 1971 war die Mitgliederzahl auf 8533 gestiegen, auf 20 Abteilungen mit 79 Ortsgruppen verteilt.

In der Ausbildung wurden 1946 folgende Zahlen erreicht: 123 Grundscheine und 38 Leistungsscheine. 1971: 2513 Grundscheine und 1912 Leistungsscheine.

Dieser Aufstieg ist nicht zuletzt einem Mann zu verdanken, der seit der Gründung der WW in führender Position ist und bis 1964 den Bezirk leitete. Unserem Kameraden Josef Linder, der 1964 in den Kreisen der WW und auch darüber hinaus dafür als „Wassersepp“ bekannt ist.

Insgesamt wurden in den vergangenen 25 Jahren vom WW-Bezirk Schwaben folgende Zahlen erreicht:

In der Rettungsschwimmer-Ausbildung konnten 26649 Grundscheine und 12249 Leistungsscheine ausgegeben werden.

An Schwimm-Zeugnissen für die drei Stufen Frei-, Fahrten- und Leistungsschwimmen wurden 216348 ausgegeben. Von den aktiven Frauen und Männern wurden insgesamt 1269363 Wachstunde geleistet und dabei 1083 Menschenleben vor dem sicheren Tod gerettet. Weiteren 3344 Menschen konnte durch Hilfeleistungen im Wasser geholfen werden. An Land wurde 65882 Badegästen Erste Hilfe geleistet.

Ein großer Teil dieser Leistungen wurde von der Abteilung Kempten beigetragen, deren 25jähriges Bestehen wir heute gleichzeitig feiern.

Am 8. Mai 1946 gab der Kreisgeschäftsführer des BRK-Kreisverbandes Kempten, Herr Muggenthaler, in der Allg. Zeitung ein Inserat auf, in welchem er alle Mitglieder von Wasserrettungs-Organisationen und sonstige ausgebildete Rettungsschwimmer aufforderte, ihre Anschrift der Kreisstelle des BRK Kempten bekanntzugeben. Auch Mitglieder der DLRG meldeten sich, um den Wasserrettungsdienst im Rahmen des Roten Kreuzes aufzubauen.

Im September 1946 wurde die vorläufige Gründung der WW Kempten unter der Führung des heute auch unter uns weilenden Kam. Theo Knecht vorgenommen. 49 Mitglieder hatten sich zusammengefunden. Im April 1947 fand die eigentliche Gründung mit Mitgliederversammlung und Wahl des Herrn Knecht, als Abteilungsleiter, statt. Er führte die Abteilung acht Jahre, bis 1955, und war daher wesentlich an dem Aufbau der WW Kempten beteiligt.

Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens konnten drei Menschen vor dem sicheren Tod des Ertrinkens gerettet werden, wovon in einem Fall sogar die Wiederbelebung erforderlich war. Damit hatte die WW Kempten ihre Notwendigkeit bewiesen und die Bewährungsprobe bestanden.

Eine zügige Aufwärtsentwicklung begann. Die ersten Wachstationen an den Freibadeplätzen entstanden; in den Badeanstalten wurden die Bademeister durch Aktive der WW unterstützt und laufend Schwimm- und Rettungsschwimmerkurse abgehalten.

Einen weiteren großen Aufschwung nahm die Kemptener WW durch Georg Mayr. Seine Hauptaufgabe sah er darin, die WW über den ganzen Landkreis auszubreiten. Als 1953 die beiden Gruppen Kempten Nord und Kempten Süd zusammengelegt wurden, wählten die Mitglieder Georg Mayr zum Leiter dieser Abteilung.

Leider wurde uns dieser vorbildliche Kamerad durch einen Unglücksfall in seinen geliebten Bergen viel zu früh entrissen. Am Sonntag, den 2. August 1959, verunglückte Georg Mayr am Mat-

terhorn durch einen Steinschlag tödlich. Sein Tod war für die Kemptener und darüber hinaus für die Schwäbische WW, welcher er als stellvertr. Bezirksleiter angehörte, ein schwerer Verlust.

Um sein Ziel, die Jugend zu tüchtigen Rettungsschwimmern anzuspornen, weiterzuführen und zum Gedenken an diesen vorbildlichen Idealisten, stiftete der Bezirksarzt der WW, Herr Dr. Beck, den Georg-Mayr-Wanderpokal, der seither jedes Jahr in Schwaben zur Austragung kommt.

Der Aufbau ging weiter und heute verfügt die Abteilung Kempten über 7 Ortsgruppen; und zwar Kempten-Stadt, Altusried, Lauben-Dietmannsried, Haldenwang, Mittelberg-Oy, Waltenhofen und Wiggensbach. Der Mitgliederstand hat die Zahl 758 erreicht, wovon 239 aktiv tätig sind.

Seit 25 Jahren führen die aktiven Frauen und Männer der WW ihren ehrenamtlichen Dienst an den Seen und in den Bädern des Stadt- und Landkreises durch. Sie sind zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Badeplätze und Bäder geworden, und wer Hilfe braucht, wendet sich vertrauensvoll an die WW.

Es wurden in dieser Zeit nicht weniger als 36394 Wachstunden geleistet. Aber dieses Opfer war nicht umsonst. 78 Menschen konnten vor dem sicheren Tode des Ertrinkens gerettet werden. Zum Teil erst nach Anwendung von Wiederbelebungsverfahren. Leider konnten die Retter nicht immer so rechtzeitig gerufen werden, so daß unsere Tauchergruppe auch 22 Totenbergingen durchführen mußte. Weiteren 289 Menschen konnte durch Hilfeleistung im Wasser geholfen werden. Am Land wurde bei den Stationen 4865mal Erste Hilfe geleistet, von kleinen Verletzungen bis zu Überführungen ins Krankenhaus. Die anfänglich eingerichteten Zelstationen waren den Anforderungen an den stark besuchten Freibadeplätzen bald nicht mehr gewachsen. Es wurden von den Aktiven der WW, unter Aufopferung ihrer Freizeit selbst Feststationen gebaut. Zuerst entstand die Hütte am Öschlesee mit Aufenthalts-, Sanitäts- und Bootsräum. Doch unser Hüttenbauer, Kam. Adolf Fröhlich, hatte bald neue Pläne. Wieder ging er mit seinen Helfern ans Werk. Es wurde Baumaterial beschafft, zum Großteil durch Spenden, und der Bau der Station am Niedersonthofener See begann. Zu Beginn der Badesaison 1969 war das Werk vollendet und die neue Station konnte festlich ihrer Bestimmung übergeben werden. Zu dieser Station gehört seit vorigem Jahr ein unsinkbares, schnittiges Rettungsboot mit einem 40-PS-Außenbordmotor, um den Erfordernissen auf dem oft stürmischen Niedersonthofener See gewachsen zu sein. Eine weitere Feststation haben die Aktiven der Ortsgruppe Mittelberg-Oy gebaut.

Aber dieser Wachdienst ist nicht die einzige Aufgabe der WW. Sie will nicht erst helfen, wenn Not am Mann ist, sondern ist bestrebt, schon vorbeugend den Ertrinkenstod zu bekämpfen. Dazu gehört die Ausbildung der Bevölkerung im Schwimmen und Rettungsschwimmen. Laufend werden daher Schwimmkurse für Kinder und Erwachsene durchgeführt. Durch die Ausgabe der Schwimmurkunden mit Stoffabzeichen in den drei Stufen Freischwimmer, Fahrtenschwimmer und Jugendleistungsschwimmer wird die Jugend angespornt, ihr schwimmerisches Können zu vervollständigen. Im Berichtszeitraum wurden in der Abteilung Kempten 21556 solche Schwimm-Urkunden ausgegeben. Gute Schwimmer, Jugendliche wie Erwachsene, wurden von der WW dann weiter zu Rettungsschwimmern ausgebildet. 3934 Rettungsschwimmer-Urkunden konnten bereits ausgegeben werden. Besonders Eltern und Erziehungsberechtigte wurden von uns aufgefordert, sich im Rettungsschwimmen ausbilden zu lassen, denn gerade Kinder sind am meisten gefährdet. Fast 25% der jährlichen Ertrinkungsfälle sind Kinder bis zum 5. Lebensjahr und weitere 13% Kinder vom 5.-10. Lebensjahr.

Auch mit den Dienststellen der Bundeswehr haben wir einen guten Kontakt. Eine große Anzahl von Soldaten wurden zu Rettungsschwimmern ausgebildet.

In den letzten Jahren kam zu dem Dienst an den Freibadeplätzen und Badeanstalten eine weitere Aufgabe dazu. Die Notwendigkeit der Aufnahme des Schwimmens in den Schulunterricht wurde erkannt und in den neuerbauten Schulen wurden Schwimmhallen eingepplant. Um diese Kleinhallenbäder in den Abendstunden auch für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, müssen, gemäß den Gemeinde-Unfallverhütungsvorschriften und der gesetzl. Bäderordnung, ausgebildete Rettungsschwimmer der WW zur Bewachung am Becken stehen. Auch dieser Dienst wird von den Aktiven der WW durchgeführt. Es handelt sich um die Kleinschwimmhallen Altusried, Lauben, St. Mang und Waltenhofen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei den Schulbehörden und den Bürgermeistern der betr. Gemeinden für die gute Zusammenarbeit bedanken.

In der Kleinschwimmhalle der Verbandsschule Waltenhofen führt

die WW unter der Leitung von Kam. Waibel ein Verschränkschwimmen durch. Die „Allgäuer Zeitung“ stellt uns hierzu kostenlos zwei Fahrzeuge zur Verfügung, sodaß es der WW möglich ist, die Verschränkten zum Teil mit ihrem Rollstuhl von zu Hause abzuholen. Nachdem ihnen beim Umkleiden geholfen und sie unter die Dusche gebracht wurden, werden sie ins Becken gehoben. Man muß die freudigen und entspannten Gesichter dieser für immer an den Rollstuhl gefesselten Frauen und Männer sehen, um verstehen zu können, was es heißt, sich schwerelos im Wasser bewegen zu können. Die glücklichen Gesichter dieser vom Leid Betroffenen sind der schönste Dank für die Frauen und Männer der WW, welche sich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt haben. Eine unvergeßliche Freude war es für mich, als ich einer dieser an den Rollstuhl gefesselten Frauen das von ihr erworbene Freischwimmer-Zeugnis der WW überreichen durfte.

Eine weitere Aufgabe, die in der Satzung der WW verankert wurde, ist der Naturschutz. Umweltschutz und Naturschutz gibt es seit Jahrhunderten. Bereits das römische Recht kannte Vorschriften gegen Waldfrevel. So erfreulich es ist, daß die Bevölkerung an unseren schönen Seen ihre Freizeit verbringt, so notwendig ist es auch, diesen Lebensraum zu erhalten, damit auch spätere Generationen sich daran erfreuen können. Durch Streifen sorgte die WW für die Reinhaltung der Badeplätze und für den Schutz der Pflanzen- und Tierwelt. Erst vor einigen Wochen wurde am Niedersonthofener See von der WW eine Säuberungsaktion durchgeführt, an welcher sich auch THW, Fischerei-Verein, Segel-Club und Schulklassen beteiligten.

Auch zu Katastrophen und sonstigen Hilfeleistungen wurde die WW, Abteilung Kempten, gerufen. Das Iller-Unglück bei Hirschdorf, der Einsturz des Illersteiges, verschiedene Überschwemmungen und erst im vergangenen Herbst der Absturz des Flugzeuges im Sulzberger See.

Mit verschiedenen Werbeveranstaltungen trat die WW, Abteilung Kempten, an die Öffentlichkeit. Schwimmwettkämpfe, Schauübungen und Filmabende. Die Tauchergruppe zeigte im Winter am Öschlesee Eisrettungen und Tauchübungen unter der Eisdecke. Ebenfalls von der Tauchergruppe wurden zweimal bei der Allg. Festwoche Tauchvorführungen in einem Schwimmbecken gezeigt. In der vergangenen Woche durften wir in den Schaufenstern des Modehauses Oberpaar mit unserer größten Werbeausstellung zu Gast sein. Wir hoffen, durch diese Aktionen noch mehr aktive und passive Mitglieder zu gewinnen, um den erforderlichen Aufgaben besser gewachsen zu sein. Gar vielseitig ist die Arbeit der WW. Eine Tätigkeit, die nur von ehrenamtlichen, freiwilligen Helferinnen und Helfern ausgeführt wird. Eine Tätigkeit, die ausschließlich der Allgemeinheit zugute kommt. Eine wahre Rotkreuz-Aufgabe. Wir können zufrieden sein, was in den vergangenen 25 Jahren geleistet wurde. Wir stehen bereit, auch in den kommenden Jahren weiterhin unseren Dienst auszuführen, zum Wohle der Badegäste, zum Schutze der Natur, im Kampf gegen den nassen Tod.

12. Heimstetter See erhielt neue Wasserwachtstation

Gerade noch rechtzeitig zu Beginn der Badesaison wurde die neue Wasserwachtstation bei Feldkirchen fertig. Am gut ausgebauten Heimstettersee entstand ein Badeparadies, das mit der Erstellung der neuen Unterkunft für die Wasserwacht auch optisch gewonnen hat. 96 Quadratmeter Aufenthalts- und Behandlungsraum stehen den Männern der Wasserwacht zur Verfügung. Eine kleine Teeküche, großzügig gestaltete sanitäre Anlagen und ein Dachgeschoß gehören zu dem Hanghaus, von dessen Balkon die Wasserwacht einen hervorragenden Überblick über den ganzen See hat. Das tief heruntergezogene Hausdach ermöglichte ein durch den Hang bedingtes harmonisch sich in die Gesamtanlage einfügendes ausgebauter Untergeschoß, in dem der 50 Quadratmeter große Boots- und Geräteraum untergebracht ist. Und das Besondere an der neuen WW-Station ist, daß das Haus im Wert von 52 000 Mark ein Geschenk der Firma Westropa ist.

Zusammengerechnet hatten die Wasserwachtmänner ein Jahr lang freiwillig unbezahlte Arbeitsstunden leisten müssen, bis das Untergeschoß fertig war. Und dann ging es Zug um Zug. Am 18. Mai konnte im Beisein des 1. Vorsitzenden des LA der Wasserwacht im Bayerischen Roten Kreuz, Staatssekretär Franz Sackmann, sowie zahlreichen Ehrengästen das hübsche Haus seiner Bestimmung übergeben werden. Die Vertreter der Kirchen segneten das gelungene Werk und der Schlüssel des Hauses wanderte, begleitet von guten Wünschen und Dankadressen samt Gedenkorden der Wasserwacht, vom Geschäftsführer der Firma Westropa, Herrn Kaufmann, bis zu dem berechtigt stolzen Leiter der WW-Ortsgruppe, Kamerad Hauser. Die zahlreichen Gäste, unter ihnen der Landrat, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, der Vertreter vom Verein zur Sicherstellung von Erholungs-

gebieten, BRK-Kreisverbandsvorsitzender Georg Molitor und alle anwesenden Vertreter der Rotkreuzgemeinschaften freuten sich mit den aktiven Wasserwachtlern, als WW-Abteilungsleiter Bayerlacher mitteilte, daß durch die Gemeinde Heimstetten Bürgermeister Hausladen der Wasserwacht ein modernes Motorboot für den See gestiftet habe. Das Boot im Wert von 2500 Mark wird zur Sicherheit der Badenden des gut besuchten Sees (täglich 10–12 000 Besucher in der Hochsaison) wesentlich beitragen. Nach der eingehenden Hausbesichtigung trafen sich die Wasserwachtler mit ihren Gästen zu einer deftigen Brotzeit und „taufte“ das neue Haus und Rettungsboot mit einem kräftigen Schluck Gerstensaft.

13. Höchste Wasserwacht-Auszeichnung für Alex Hermanni

Alex Hermanni, einem Pionier der Wasserrettung in Unterfranken, wurde vom Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel, die höchste Wasserwacht-Auszeichnung, das Ehrenzeichen in Gold, verliehen. Hermanni, der in diesem Jahre 50 Jahre in der Wasserrettung tätig ist, wurde die hohe Auszeichnung am 15. 4. 1972 auf der Abteilungsleiter-Tagung in Würzburg durch den Bezirksleiter Manfred Wornast, Aschaffenburg, im Auftrage des Präsidenten feierlich überreicht. Wie kaum ein anderer hat sich Hermanni für den Gedanken des Wasserrettungsdienstes mit Wort und Tat eingesetzt. Am 3. 9. 1900 geboren und seit 1922 in der Wasserrettung tätig, hiervon seit 1945 in der Wasserwacht des Bayerischen Roten Kreuzes, hatte er die verschiedensten Ämter inne. Von 1948 war er Bezirksleiter in Unterfranken. Dann wurde er Technischer Leiter des Bezirkes bis 1965. Ansonsten war er von 1959 bis 1965 Mitglied des Landesausschusses der bayerischen Wasserwacht. Noch heute ist er Leiter der Abteilung Würzburg. Am 1. 1. 1972 hatte die Abteilung Würzburg 1527 Mitglieder. Sie umfaßt die Ortsgruppen Rimpf, Thüingersheim, Veitshöhheim und Würzburg. Alex Hermanni leitet noch heute das auf Anregung der Stadt Würzburg eingeführte „Seniorenswimmen“. Für seine Verdienste um die Wasserwacht wurden ihm schon zahlreiche Ehrungen zuteil, so unter anderem die Ehrenmitgliedschaft in der Wasserwacht des Bayerischen Roten Kreuzes, das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes sowie das Steckkreuz zum Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz.

14. Wasserwacht-Bootsführer auf der Schulbank

Die auch für die Bundeswasserstraße Main geltende Binnenschiff-fahrtstraßen-Ordnung ist in wesentlichen Teilen geändert und ergänzt worden. Die Wasserwacht Unterfranken hat deshalb am 13. Mai 1972 seine aktiven Bootsführer auf Bezirksebene zu einer mehrstündigen Unterweisung über die neuen Vorschriften zusammengerufen. Die Männer der Wasserwacht-Abteilungen Kahl/Alzenau, Aschaffenburg, Lohr, Miltenberg und Obernburg trafen sich in Aschaffenburg, die der Abteilungen Bad Kissingen, Ebern, Haßfurt, Hofheim, Königshofen i. Gr., Mellrichstadt, Bad Neustadt a. d. S. und Schweinfurt in Schweinfurt, die Abteilungen Bad Brückenau, Gemünden, Gerolzhofen, Marktheidenfeld, Hammelburg, Karlstadt, Kitzingen, Ochsenfurt und Würzburg in Würzburg. Die Kurse sollten die Bootsführer mit den Grundzügen der neuen Regeln bekanntmachen, die Einsatzbereitschaft erhöhen und zur Sicherheit auf dem Main beitragen. Die Teilnehmer an der Unterweisung erhielten neue Bootsführerscheine. Den Aktiven wird allerdings nicht erspart bleiben, die Einzelheiten der neuen Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung im stillen Kämmerlein noch genauer zu studieren.

15. Große Übung im kalten Inn

„Fähre ging unter, Personen gerettet“, das war der Tenor beim Abschluß der großen Übung an der Inn-Staustufe Thansau. Nicht nur Personen galt es zu „retten“ und zu versorgen. Ein Behälter mit radioaktivem Material mußte aus der gesunkenen Fähre geholt werden. Über 100 Angehörige der Wasserwacht, Sanitäter, Mitglieder der ABC-Gruppe, Bootsfahrer, Taucher und Mitglieder der Frauenbereitschaften waren alarmiert. Sie kamen zu der sehr realistisch verlaufenen Übung u. a. aus Starnberg, Fürstfeldbruck, Landsberg, Ingolstadt, Penzberg, Rosenheim und Brannenburg. Das JRK mimte die Unfallopfer. Die Jugendlichen machten ihre Sache großartig. Vier schnelle Motorboote übernahmen den Transport der „Verunglückten“, Sanitäter und Schwesternhelferinnen die Erstversorgung. Die Schwerverletzten wurden mit dem Hubschrauber der Firma Süd-Helikopter, der in Traunstein stationiert ist, ins Krankenhaus transportiert. Den zweiten Teil der Übung, die Bergung des radioaktiven Materials in Kisten, übernahm dann die ABC-Gruppe. Sie tauchte nach den Kisten, „entschärfte“ sie und konnte abschließend melden „alles o. K.“

JUGENDROTKREUZ

16. Arbeitseinsatz in Griechenland

Nach ersten Kontakten in den Jahren 1970 und 1971 mit der Leiterin des Psychologischen Zentrums für Nordgriechenland, Frau Dr. Nanakos, und einem ersten Einsatz im vergangenen Sommer, fuhr eine Gruppe JRK-Mitglieder, hauptsächlich Handwerker, am 11. Mai des Jahres erneut nach Griechenland. Die Gruppe reiste per Omnibus über Salzburg, Graz, Maribor, Zagreb, Belgrad, Niš und Skopje nach Thessaloniki.

Im Psychologischen Zentrum wurde die Gruppe, entgegen der ursprünglichen Aufgabe, auf der Halbinsel Kassandra ein Sommerlager zu errichten, mit Bauarbeiten beschäftigt.

Während des fast dreiwöchigen Aufenthaltes im Zentrum errichtete sie ein ca. 40 qm großes, nicht unterkellertes Gebäude in Fachwerkbauweise, mit Steinen ausgefugt (schlüsselfertig) und allen elektrischen Installationen; sie verlegte ca. 200 lfdm. Stromkabel innerhalb des Zentrums, überprüfte und erneuerte teilweise die bereits existierende Sanitärinstallation; sie reparierte ferner die im Zentrum befindliche Telefonanlage; übernahm das Streichen von Fenstern, Türen und Wänden sowie sonstige Maurer- und Schreinerarbeiten.

Die Gruppe, in 4-, 6- oder 8-Bett-Zimmern des Psychologischen Zentrums untergebracht, versorgte sich aus eigener Küche. Da es in diesen Räumlichkeiten an Stellmöglichkeiten fehlte, mußte die Gruppe während der gesamten Zeit „aus dem Koffer leben“. Zur Erleichterung wurden als Ausweichquartiere (dies vor allem für die 8-Mann-Zimmer) vier Zelte des Psychologischen Zentrums aufgebaut, die dann ebenfalls von jeweils vier Mann belegt wurden.

Neben der Arbeit, die an den Werktagen jeweils in der Zeit von 7-13 Uhr geleistet wurde, wurde seitens der Generalleiterin eine Stadtrundfahrt durch Thessaloniki veranstaltet, ein Ausflug nach Pella (Geburtsstadt Alexander d. Großen) sowie ein mehrtägiger Ausflug nach Kavalla/Thasos durchgeführt. An den Nachmittagen der Arbeitstage war Freizeit, die meistens mit Baden am nahegelegenen Strand genutzt wurde.

Des Weiteren konnte die Gruppe an einer im orthodoxen Ritus abgehaltenen Hochzeit teilnehmen, ebenso an einem original griechischen Abend sowie an zwei Vorträgen von Frau Dr. Nanakos und Prof. Dr. Nanakos über kulturhistorische Themen. Die Gruppe wurde in ihrer Arbeit nicht zuletzt durch den Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Thessaloniki, Herrn Dr. von Hassell, und den technischen Leiter der Siemens-Niederlassung in Saloniki tatkräftig unterstützt. So stellte die Firma Siemens Elektro-Installations-Material im Werte von ca. DM 3000,- zur Verfügung.

Ebenso wurden während des Arbeitsaufenthaltes Verbindungen geknüpft mit dem Griechischen Roten Kreuz in Saloniki, das sich sehr aufgeschlossen für den Aufbau des Roten Kreuzes in der Bundesrepublik Deutschland, die Aufgaben und Ausbildungsmöglichkeiten zeigte. Dem Roten Kreuz in Saloniki konnte unsererseits ein kompletter Sanitätskasten K 50 überreicht werden.

Ebenso wurden die Verbindungen zu dem Roten Kreuz in Skopje, das uns sehr gastlich auf der Hinfahrt aufnahm, vertieft.

Ein Empfang bei dem Nomarchen für Saloniki, Herrn Archimopolis, der dem Psychologischen Zentrum aufgeschlossen gegenübersteht, gab die Abrundung eines arbeitsreichen, aber auch interessanten JRK-Einsatzes, wie er mehr und mehr in Übung kommen wird.

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

17. Oberbayern

Europas sicherste Baustelle

Mit Beginn der Olympia-Bautätigkeit auf dem Oberwiesenfeld hatte die Olympia-Baugesellschaft, das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband München, gebeten, eine Sanitätsstation im Baugelände zu errichten. Sie nahm am 16. Oktober 1969 ihre Tätigkeit auf. Die Struktur der Großbaustelle erforderte einen ortsfesten und doch im weiten Gelände beweglichen Einsatz von spezialisiertem Berufspersonal. Durch eine Feststation mit Rettungswagen, ausgerüstet mit einer Reanimationseinheit zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensfunktion, konnte dieses Ziel trotz der ständigen baulichen Veränderungen erreicht werden.

In den 1001 Tagen des Einsatzes wurden allein 840 Schwerver-

letzte geborgen. Davon waren 31 Verletzte in einem lebensbedrohlichen Zustand mit Atmungs- und Kreislaufversagen. Vier Schwerverletzte, davon zwei Querschnittgelähmte, wurden mit Hubschraubern in eine Spezialklinik verbracht. Ein Bauarbeiter hatte einen Herzstillstand und konnte durch die sofortige Anwendung der Herz-Lungen-Druck-Massage wiederbelebt werden. Für die insgesamt 20000 Beschäftigten wurden 12752 Hilfeleistungen ausgeführt, davon 1469 Abtransporte in ein Krankenhaus. Die Rettungssanitäter wurden von zwei BRK-Ärzten unterstützt und beraten. Wöchentlich fanden für die Beschäftigten der Olympia-Baustelle ärztliche Sprechstunden statt. In der Sanitätsstation wurde aber nicht nur verbunden und versorgt – sie war für viele Beschäftigte, die mit Sorgen und Kümernissen zu den Rotkreuzmännern kamen, auch menschliche Betreuungsstation. Ihr Kostenaufwand, monatlich 10-17000,- DM, eine geringe Summe angesichts der ungeheuren Gesamtkosten aller Baumaßnahmen.

München: JRK-Ausflug mit Schülern der Landesblindenanstalt

Für die 30 Jugendlichen des JRK München und die gleiche Anzahl blinder Freunde aus der Landesblindenanstalt in München war der 2. Juli 1972 ein froher und bezeichnender Tag. Für die JRK-Helfer bzw. Betreuer war es eine ganz besondere Aufgabe, mit viel Einfühlungsvermögen ihre blinden Freunde zu führen, und für die blinden Gäste war der Tag eine alljährliche schöne Überraschung. Dieses Jahr hatte man ein weniger großes Fahrtziel, aber gut ausgefülltes Fahrtprogramm ausgedacht. Nach einer herzlichen Begrüßung ging die Fahrt um 8.00 Uhr mit zwei Bussen nach Freising auf den Domberg. Dem Gottesdienstbesuch folgte ein kleiner Spaziergang durch die Stadt. Im RK-Heim in Moosburg war bei Ankunft um 12.00 Uhr alles schon gut vorbereitet für die Aufnahme der Münchner Gäste. Die Moosburger JRK-Musik- und Gesangsgruppe heizte die gute Stimmung der Besucher noch mehr auf und fand auch bei gutem Appetit, einem reizenden Service – es gab einen reichlichen Brotzeiteller – Gehör und Bewunderung. Die fröhliche Stimmung hielt auch bei einer ausgezeichneten Führung, die mit viel Sorgfalt vor allem für unsere blinden Freunde vorbereitet war, an.

In den beiden Bussen, die gegen 17.00 Uhr zur Heimreise aufbrachen, war deutlich genug vernehmbar, wie sehr man sich „untereinander“ einig war, daß der Kontakt an diesem Tag wieder neu aufgewärmt wurde, gehalten werden soll und mehr und mehr gewünscht wird. Das Jugendrotkreuz wird sich darum zur Aufgabe machen, auch weiterhin gute Ideen für eine harmonische Kontaktpflege zu verwirklichen.

Fürstenfeldbrucks Notarztwagen in Dienst gestellt

Jetzt geht es auch in Fürstenfeldbruck „rund um die Uhr“. Diesen Volleinsatz des Brucker Rettungsdienstes ermöglichte ein neuer Notfall-Rettungswagen, der mit allen notwendigen Einrichtungen ausgerüstet – im April in Betrieb genommen werden konnte. Das Fahrzeug im Wert von 85000 DM wurde auf Mietbasis vom Präsidium erworben. Dr. Fritz Seuß stellte als Kreisverbandsvorsitzender den Wagen im Rahmen einer kleinen Feier vor und appellierte in dem Zusammenhang an den Kreis und die Stadt Fürstenfeldbruck, ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen, da das Haus an der Dachauer Straße aus allen Nähten platze. Die größte Sorge bereite das Fehlen an guten Transportfahrern, die das Fahren eines Kranken- und Rettungswagens nicht nur als Job auffaßten, sondern dafür eine gewisse ethische Bindung mitbrächten. Drei Planstellen seien zur Zeit unbesetzt. Wie in vielen anderen Kreisverbänden bereits vorhanden, sei es das Ziel, einen Neubau zu erstellen, um die notwendigen Dienstwohnungen für das Personal bereitstellen zu können.

18. Niederbayern/Oberpfalz

RK-Werbe-Team warb 25000 Mitglieder

Mit der Aktion „Rotes Kreuz – Partner der Gemeinde“ hatte der Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz vor Jahren einen deutlichen Akzent gesetzt, in der Öffentlichkeit stärker in Erscheinung zu treten und insbesondere die Kontakte zu den kommunalen Behörden zu vertiefen. Dem Erfolg, der diesem Unternehmen beschieden war, hat der Bezirksverband nunmehr mit einer weiteren Aktion ein nicht minder erfreuliches Ergebnis zur Seite gestellt. Wenn der „Aktivposten“ von 25000 neuen Mitgliedern in zwei Jahren vornehmlich den einzelnen Kreisverbänden im Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz zugute kommt, so geht er doch in erster Linie auf das Konto eines überaus erfolgreichen Werbetaams der RK-Werbe- und Vertriebs-Gesellschaft München. Unter der agilen Leitung von Jürgen Burgard schaffte das Team mit den Damen Luise und Elke Protokowitz und Herrn Josef Metlicki ein Mammutprogramm, das beispielhaft in ganz

Bayern sein dürfte. Auch Bischof Antonius von Passau erlag dem Charme der Rotkreuzwerberinnen und frug gleich: „Nun, wieviel wollt ihr denn von mir haben?“ Er wurde wie Tausende Mitglieder Mitglied des Roten Kreuzes. Das Team war bisher in 18 Kreisverbänden des Bezirksverbandes tätig und hat den Mitgliederstand auf die erfreuliche Höhe von nunmehr 75 000 fördernden Mitgliedern in Niederbayern/Oberpfalz „hochgetrimmt“. Dafür zollte der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Regierungspräsident Dr. Ernst Emmerig, am 28. Juni dem Team anlässlich eines kleinen Empfangs in Regensburg uneingeschränkte Hochachtung und Anerkennung. Jürgen Burgard durfte bei dieser Gelegenheit die Goldene Ehrenplakette des Bayerischen Roten Kreuzes mit Urkunde des BRK-Präsidenten, Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel, entgegennehmen. Die übrigen Mitglieder des Werbeteams wurden mit einer Regensburger Silbermünze und einem Touristikbuch über den Bayerischen Wald bedacht. Dem Dank schloß sich auch Bürgermeister Dr. Silbereisen als Vorsitzender des Kreisverbandes Regensburg an, der mit in den Genuß der Aktivität des Werbeteams gekommen war und seinen Mitgliederstand ebenfalls erhöhen konnte.

19. Ober-/Mittelfranken

Europäischer Modellversuch in Schwaig mit Blutern

Das Bayerische Rote Kreuz, das Müttergenesungswerk und die Universitätsklinik Erlangen können einen Modellversuch vorweisen, der in Europa einmalig ist. 26 Mütter von Bluterkindern, die unter einer besonders großen Belastung durch ihre hämophilen Sprößlinge stehen, konnten im Müttergenesungsheim Stein vom 20. März an für vier Wochen untergebracht werden. Ihre 36 Kinder im Alter zwischen 3 und 17 Jahren wurden im „Haus Wieseneck“ in Schwaig betreut. Die Frauen kamen aus ganz Deutschland und konnten sich, viele zum erstenmal, richtig erholen, wußten ihre Kinder ganz in ihrer Nähe gut versorgt und aufgehoben. Manche der Mütter hatten zwei hämophile Buben, eine sogar drei zur Kur mitgebracht. Ein Ärzteteam der Universitätsklinik Erlangen hatte die notwendige ambulante und stationäre Behandlung der Kinder übernommen, die nicht nur medizinisch betreut wurden. Für sie, die sonst sorgsamst behütet und vor Unfällen geschützt werden, war die unter fachlicher Leitung durchgeführte Krankengymnastik und die vielseitige Beschäftigungstherapie durch geschulte Fachkräfte etwas ganz Besonderes! Viele von ihnen hatten bis dahin wenig Kontakt mit fremden Kindern. Das wurde nun gründlich nachgeholt. Es herrschte eine lebhafteste, unbeschwertere Fröhlichkeit im Kreis der kleinen Leidensgenossen. Alle Hände voll zu tun und die Augen überall haben mußte demzufolge das Pflegepersonal. Tag und Nacht standen Blutkonserven bereit und einige tausend Einheiten wurden besonders für die sogenannten „schweren Bluter“, zu denen in Schwaig mehr als die Hälfte zählten, benötigt. Der ohne Zwischenfälle durchgeführte Modellversuch der Kur hat gezeigt, daß es nicht bei diesem einen Versuch bleiben wird. Die Teilnehmerzahl allerdings wird man in Zukunft kleiner halten, und die Mütter der hämophilen Buben – die Krankheit vererbt sich nur auf die männlichen Nachkommen – sollen mit Müttern gesunder Kinder im Müttergenesungsheim untergebracht werden.

20. Schwaben

Goldener Ehrenring für Dr. Hanns Gerlach

Der Kreistag Augsburg hat zum Ende seiner Legislaturperiode die Verleihung des goldenen Ehrenringes an sieben Kreisbürger beschlossen. Die hohe Auszeichnung wurde den um die Entwicklung des Landkreises Augsburg verdienten Männern im Rahmen der Schlußsitzung des Kreistages überreicht. Unter den Geehrten war auch das Mitglied des Landesausschusses der Sanitätskolonnen und Chefarzt des Bezirksverbandes Schwaben, Dr. Gerlach.

Dr. Hanns Gerlach aus Aystetten, sächsischer Wahl-Bayer seit 1937 und seit 1939 im Raum Augsburg niedergelassener Arzt, ist seit 1948 Mitarbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes und hat als Katastrophenbeauftragter im Landkreis Augsburg den Katastropheneinsatz mit aufgebaut. Als Kolonnenarzt des BRK in Gersthofen hat er Ausrüstung und Ausbildung dieser Kolonne auf einen hohen Stand gebracht. Dr. Gerlach ist seit zehn Jahren Chefarzt des Bezirksverbandes Schwaben des BRK. Besondere Aufmerksamkeit erregte seine Methode der Realistischen Unfall-darstellung.

TOTENEHRENTAFEL

Wir gedenken in Ehrfurcht und Dankbarkeit unseres Verstorbenen

Wolfgang Wohlleben,

Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Weißenburg seit dem 19. 1. 1953.

Unsere Buchbesprechungen

Heute wollen wir auf zwei Neuerscheinungen des Büchermarktes aufmerksam machen, die vor allem für unsere Konventionsbeauftragten interessant sind.

Geiger, Internationale Verträge und Organisationen, Friedensrecht, Kriegsverhütung und Konfliktrecht

Beck-Rechtswörter für jedermann, dtv 5094, 5,80 DM.

Nach dem Vorwort will das Buch in gedrängter Zusammenfassung dem interessierten Laien, aber auch dem Juristen einen Überblick über eine Reihe internationaler Abkommen sowie über Satzungen internationaler Organisationen verschaffen. Es bringt deshalb die Texte nicht im Wortlaut, sondern gibt jeweils eine Inhaltsübersicht (nur einige besonders wichtige Bestimmungen sind ausgenommen).

Behandelt werden u. a. die Satzungen der Vereinten Nationen, des Europarates, der amerikanischen und afrikanischen und der Vertrag der arabischen Staaten. Unter den internat. Verträgen zur Kriegsverhütung und Streiterledigung erscheinen das I. Haager Abkommen, Kellogg-Pakt, Europ. Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, Statut des Internationalen Gerichtshofes und die Atomwaffenverträge. Der III. Abschnitt ist den Beistandspakten gewidmet (NATO, SEATO, CENTO, Warschauer Pakt, Arabische Liga usw.), der IV. Abschnitt den Menschenrechten und Grundfreiheiten. Es folgen Abkommen in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Entwicklungshilfe, Atomenergie und Technik, Arbeits- und Sozialwesen, Kultur, Luft- und Weltraumrecht, Seerecht und Antarktis, Wasserrecht, Recht und Diplomatie. Im XIII. Abschnitt (Kriegsrecht) zeigt der Verfasser u. a. die Grundzüge der Genfer Abkommen und der Haager Landkriegsordnung auf. Im letzten Abschnitt legt er die Rechtslage Deutschlands dar, wobei der Bogen vom Münchner Abkommen (1938) über den Moskauer und Warschauer Vertrag (1970) bis zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (1971) gespannt ist.

Das handliche Buch gibt durch die kluge Auswahl einen umfassenden Überblick, der zudem durch ein umfangreiches Stichwortverzeichnis noch verbessert wird. Künftige Auflagen sollten allerdings auch die Fundstellen der Texte im BGBl. oder in den sonstigen Verkündungsblättern angeben, um das Nachschlagen zu erleichtern.

Ermacora, Internationale Dokumente zum Menschenrechtsschutz

Reclam Universalbibliothek (1971) Nr. 7956/57, 2,60 DM.

Die Ausgabe umfaßt im ersten Teil Dokumente der Vereinten Nationen zum Menschenrechtsschutz, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Genocid-Konvention, Maßnahmen gegen Rassendiskriminierung, Weltpakete für wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie für bürgerliche und politische Rechte. Der zweite Teil bringt einschlägige Konventionen und Protokolle des Europarates.

Der Herausgeber stellt jedem Dokument eine kurze Einleitung voran, gibt Schrifttumshinweise und nennt, soweit vorhanden, die Fundstellen in den amtlichen Verkündungsblättern. Die Texte sind deutschsprachig und nach Möglichkeit in der vom Gesetzgeber autorisierten Fassung wiedergegeben.

Der Rezensent hat mit beiden Werken schon gearbeitet und hält sie für empfehlenswert.

Walter Hillgärtner

MITTEILUNGEN DES BLUTSPENDE-DIENSTES

DES BAYERISCHEN ROTEN KREUZES



GEMEINNÜTZIGE G.M.B.H.

Wiesentheid/München, 1. 8. 1972

Beilage zum „Mitteilungsblatt“ des BRK

11. Jahrgang Nr. 1

An alle Mitarbeiter des Bayerischen Roten Kreuzes

Im 11. Jahrgang bringen wir Nachrichten aus dem Blutspendewesen des Bayer. Roten Kreuzes.

Es gelang uns, durch die zahlreichen freiwilligen unentgeltlichen Blutspender, wie auch durch die Mithilfe der Kreisverbände, der örtlichen Kolonnen und Bereitschaften, die Blutspendetermine erfolgreich abzuwickeln.

Damit wurden wir in die Lage versetzt, den steigenden Anforderungen der Krankenhäuser gerecht zu werden.

Von kleinen Unebenheiten abgesehen glauben wir, daß

alles gut gelaufen ist und wir bitten auch in Zukunft um gute Zusammenarbeit. Für Anregungen und Anfragen, aber auch für berechtigte Beschwerden und Hinweise, stehen wir jederzeit zur Verfügung und sind Ihnen dankbar.

Die nachfolgenden Zahlen wurden von unseren Mitarbeitern im Außendienst, in der Buchhaltung und im Sekretariat erarbeitet und zusammengestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Blutspendedienst des BRK

Entwicklung der letzten 6 Jahre

1966 wurden mit 112 Kreisverbänden 988 Termine durchgeführt. Es erschienen 118 622 Spendewillige, die 117 578 Spenden gaben.

1967 wurden mit 112 Kreisverbänden 761 Termine durchgeführt. Es erschienen 105 251 Spendewillige, die 100 294 Spenden gaben.

1968 wurden mit 112 Kreisverbänden 753 Termine durchgeführt. Es erschienen 102 496 Spendewillige, die 98 016 Spenden gaben.

1969 wurden mit 112 Kreisverbänden 816 Termine durchgeführt. Es erschienen 105 673 Spendewillige, die 101 730 Spenden gaben.

1970 wurden mit 112 Kreisverbänden 942 Termine durchgeführt. Es erschienen 124 997 Spendewillige, die 120 365 Spenden gaben.

1971 wurden mit 112 Kreisverbänden 1035 Termine durchgeführt. Es erschienen 147 356 Spendewillige, die 141 486 Spenden gaben.

Der Termindurchschnitt lag 1966 bei 116 Spenden, 1967 bei 127 Spenden, 1968 bei 130 Spenden, 1969 bei 125 Spenden, 1970 bei 128 Spenden und 1971 bei 137 Spenden.

In diesen Zahlen sind die Dauerspender von Regensburg und Würzburg nicht enthalten.

Spendenaufkommen 1971 im Einzugsbereich des Bayerischen Roten Kreuzes

Bezirksverband	Einwohner	Spendewillige	% der Einwohner
Niederbayern/Oberpfalz	1 967 869	33 472	1,7
Ober- und Mittelfranken ohne die KV, in denen keine Termine stattfinden	2 600 964	56 458	2,2
Unterfranken	1 181 221	36 969	3,1
Schwaben ohne die KV, in denen keine Termine stattfinden	909 379	20 457	2,3

Bei insgesamt 6 659 433 Einwohnern erschienen 147 356 Spendewillige, 2,2% der Bevölkerung. Darunter waren 21 593 Erstspender, im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen = 0,3%.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Spitzer/München, Dr. Gathof, Dr. Ruland/Oedingen, Wiesentheid.

Spendenaufkommen der einzelnen Kreisverbände

1. Bezirksverband Oberbayern

Kreisverband	Anzahl d. Blutspende-Termine	Einwohner	erschien. Spende-willige	tatsächl. Frischblut-spenden	Spenden in % z. Einw.-Z.
Ingolstadt/Donau					
Lager Ebenhausen	1	—	46	36	—

2. Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz

Kreisverband	Anzahl d. Blutspende-Termine	Einwohner	erschien. Spende-willige	tatsächl. Frischblut-spenden	Spenden in % z. Einw.-Z.
Amberg	6	94 472	1 376	1 301	1,38
Beilngries	2	16 967	408	403	2,38
Bogen	2	37 965	317	305	0,80
Burglengenfeld	11	50 684	1 161	1 116	2,20
Cham-Furth	5	41 130	735	698	1,70
Deggendorf	4	74 868	603	582	0,78
Dingolfing	2	34 968	504	481	1,38
Eggenfelden	4	48 226	842	814	1,69
Eschenbach	12	35 621	1 334	1 273	3,60
Grafenau	2	29 532	296	268	0,91
Griesbach	5	42 437	561	548	1,29
Kelheim	10	55 322	809	771	1,39
Kemnath	2	22 864	469	453	1,98
Kötzting	3	32 811	158	147	0,45
Landau/Isar	4	30 645	587	556	1,82
Landshut	11	96 248	1 170	1 073	1,12
Mainburg	5	22 062	482	454	2,06
Mallersdorf	5	30 175	229	225	0,75
Nabburg	6	32 641	737	693	2,12
Neumarkt	10	60 380	1 490	1 445	2,39
Neunburg v. W.	5	17 747	335	307	1,73
Oberviedtich	2	15 686	161	155	0,99
Parsberg	4	39 482	923	904	2,29
Passau	7	97 615	1 034	978	1,00
Pfarrkirchen	4	51 165	676	651	1,27
Regensburg	35	228 432	2 230	2 067	2,06
Riedenburg	4	18 198	781	759	4,20
Roding	6	33 098	685	667	2,02
Rottenburg/Laab	3	23 209	236	230	0,99
Schwandorf	5	31 946	486	461	1,44
Straubing	4	67 627	807	785	1,16
Sulzbach-Rosenberg	3	32 884	983	946	2,87
Tirschenreuth	12	58 200	1 370	1 292	2,22
Viechtach	3	30 096	195	177	0,59
Vilsbiburg	4	37 760	656	588	1,56
Vilshofen	5	56 050	528	506	0,90
Vohenstrauß	2	24 887	517	499	2,01
Waldmünchen	3	16 200	200	192	1,19
Wegscheid	8	24 860	529	498	2,00
Weiden	23	99 799	2 023	1 895	1,90
Wolfstein	5	42 870	410	377	0,88

3. Bezirksverband Ober- und Mittelfranken

Kreisverband	Anzahl d. Blutspende-Termine	Einwohner	erschien. Spende-willige	tatsächl. Frischblut-spenden	Spenden in % z. Einw.-Z.
Ansbach	14	84 771	1 932	1 902	2,24
Bamberg	23	164 319	2 961	2 853	1,81
Bayreuth	18	113 089	2 396	2 252	2,12
Coburg	29	127 843	4 310	4 117	3,38
Dinkelsbühl	11	35 712	1 518	1 457	4,08
Ebermannstadt	6	28 094	1 287	1 250	4,58
Eichstätt	7	42 379	904	880	2,08
Erlangen	6	123 058	342	337	0,27
Feuchtswangen	22	37 038	1 750	1 698	4,59
Fordheim	5	68 770	1 159	1 127	1,64

Fürth	14	174 168	1 870	1 808	1,04
Gunzenhausen	2	40 436	786	754	1,87
Hersbruck	2	32 430	613	598	1,84
Hilpoltstein	14	35 127	1 704	1 669	4,75
Höchstädt/Aisch	7	52 697	906	890	1,69
Hof/Saale	13	87 983	2 372	2 288	2,60
Kronach	13	79 790	2 220	2 165	2,71
Kulmbach	9	58 874	1 598	1 543	2,62
Lauf/Pegnitz	6	56 776	1 044	823	1,45
Lichtenfels	14	54 219	2 259	2 184	4,03
Marktredwitz	6	15 763	852	812	5,15
Münchberg	13	40 504	2 180	2 106	5,20
Naiba	9	35 528	1 105	1 074	3,02
Neustadt/Aisch	14	41 964	2 182	2 141	5,10
Nürnberg/Stadt	15	473 555	2 292	2 205	0,47
Nürnberg/Land	12	67 271	1 326	1 292	2,96
Pegnitz	4	38 878	633	621	1,58
Rothenburg o. T.	5	30 719	1 151	1 112	3,62
Scheinfeld	13	21 414	1 716	1 688	7,88
Schwabach	16	97 818	2 242	2 293	2,24
Selb-Rehau	8	46 786	1 783	1 721	3,68
Stadtsteinach	4	20 195	380	377	1,87
Staffelstein	6	26 423	976	956	3,62
Uffenheim	6	37 280	1 012	990	2,66
Weißenburg	8	52 703	1 253	1 213	2,30
Wunsiedel	13	56 590	1 637	1 590	2,82

4. Bezirksverband Unterfranken

Kreisverband	Anzahl d. Blutspende-Termine	Einwohner	erschien. Spende-willige	tatsächl. Frischblut-spenden	Spenden in % z. Einw.-Z.
Alzenau	13	53 201	1 756	1 656	3,30
Aschaffenburg	43	140 395	6 904	6 606	4,92
Bad Kissingen	7	58 628	994	972	1,69
Brückenau	2	19 112	324	319	1,70
Ebern	6	26 433	878	854	3,33
Gemünden	7	21 906	792	755	3,62
Gerolzhofen	7	41 230	1 100	1 063	2,67
Hammelburg	4	27 572	475	462	1,73
Haffurt	8	26 842	1 344	1 301	2,87
Hofheim	7	19 024	800	766	4,21
Karlstadt	6	41 268	1 286	1 254	2,87
Kitzingen	12	56 004	1 991	1 941	3,55
Königshofen	6	17 931	716	699	4,00
Lohr	10	36 431	1 531	1 453	4,20
Marktheidenfeld	17	43 768	1 471	1 407	3,36
Mellrichstadt	5	23 374	1 023	974	4,38
Miltenberg	8	38 216	1 286	1 219	3,37
Neustadt/Saale	11	36 293	2 303	2 252	6,35
Obernburg	18	67 506	3 945	3 772	5,84
Ochsenfurt	11	35 623	1 377	1 333	3,87
Schweinfurt	11	129 249	2 609	2 526	2,02
Würzburg	5	201 216	401	377	0,20

5. Bezirksverband Schwaben

Kreisverband	Anzahl d. Blutspende-Termine	Einwohner	erschien. Spende-willige	tatsächl. Frischblut-spenden	Spenden in % z. Einw.-Z.
Augsburg/Stadt	15	211 566	4 316	4 155	1,96
Augsburg-Land	22	126 123	2 123	1 979	1,57
Dillingen	13	65 442	1 620	1 553	2,37
Donauwörth	19	59 465	2 537	2 460	4,14
Günzburg	14	67 336	1 147	1 104	1,64
Illertissen	12	46 431	1 465	1 400	3,02
Krumbach	8	36 556	912	892	2,44
Lindau	16	68 139	2 088	2 002	2,94
Neu-Ulm	15	88 984	1 324	1 259	1,42
Nördlingen	7	50 523	976	951	1,88
Schwabmünchen	14	55 137	1 087	1 061	1,93

Sie erhielten die Ehrennadel für 40maliges Blutspenden

Wieland Friedolin
Weigand Wendel

geb. 2. 3. 1920
geb. 21. 6. 1922

Kleinostheim
Großlangheim

40. Sp. 29. 11. 1971
40. Sp. 18. 4. 1971

KV: Aschaffenburg
KV: Kitzingen

Ehrennadeln an Spender wurden verliehen:

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
BRONZE						
für 3 Spenden	18 380	10 246	10 588	10 132	11 289	13 665
SILBER						
für 6 Spenden	9 202	8 570	8 327	8 033	9 688	8 250
GOLD						
für 10 Spenden	3 145	3 397	5 080	6 562	6 148	6 490
für 15 Spenden			2 259	2 180	3 020	3 570
für 25 Spenden					249	364
für 40 und 50 Spenden	9	14	90	89	2	2

Sie spendeten zum 25. Male Blut und wurden geehrt:

1. Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz

Name	Vorname	Wohnort
Fertl	Friedrich	Maxhütte
Kerschler	Georg	Maxhütte-Haidhof
Bogner	Alfons	Pankofen
Eisold	Gerda	Regenstau
Glötzl	Josef	Wenzenbach
Kefes	Maria	Regensburg
Koch	Karl	Regensburg
Neumeister	Rolf	Obertraubling
Pill	Franz	Regensburg
Steinberger	Franz	Regensburg
Weigl	Erhard	Tegernheim
Mutter	Erwin	Regensburg
Hoffmann	Rudolf	Tegernheim

2. Bezirksverband Ober- und Mittelfranken

Name	Vorname	Wohnort
Heintz	Johann	Reindorf
Schwab	Erich	Bayreuth
Kische	Martha	Bayreuth
Anderlik	Karl	Bayreuth
Kirschner	Marie	Bayreuth
Farkas	Imre	Bayreuth
Eckstein	Rudi	Coburg
Hofmann	Helmut	Rodach
Leicht	Arno	Neustadt
Härtel	Dieter	Neustadt
Grempel	Willi	Neustadt
Lohnert	Sofie	Fordheim
Lohnert	Karl	Fordheim
Sperling	Gerhard	Fordheim
Stiel	Walter	Fordheim
Schmidt	Josef	Reuth
Dötzer	Konrad	Fordheim
Neubauer	Alfred	Fordheim
Schmidt	Peter	Fordheim
Nedoma	Günther	Fordheim
Egelseer	Jakob	Fordheim
Weiß	Josef	Adelsdorf
Botlik	Josef	Wüstenbuchen
Kögel	Heinz	Mainleus
Stenglein	Paul	Wernstein
Götz	Fritz	Mainleus
Grampp	Erna	Mainleus
Hassel	Heinrich	Buch am Forst
Renk	Hans	Lichtenfels
Rehe	Hans	Wonsig
Felger	Rudolf	Geroldsgrün
Jahn	Gerhard	Münchberg
Bloß	Erich	Hehnbrechts

Hüchering	Walter	Münchberg
Kolb	Anna	Gottsfeld
Manda	Eduard	Staffelstein
Felbmaier	Hans	Ansbach
Blank	Karl	Wittelskofen
Siebentritt	Adolf	Seuversholz
Ullmann	Horst	Fürth
Wiesner	Heinz	Zirndorf
Regel	Helmut	Fürth
Schmidt	Georg	Förrenbach
Spindler	Richard	Hohenstadt
Giesler	Georg	Algersdorf
Brunner	Paul	Behringersdorf
Adler	Herwig	Baudenbach
Dornbusch	Friedrich	Neustadt
Hofmann	Leonhard	Mündsteinach
Hummel	Friedrich	Nürnberg
Hauer	Alfons	Nürnberg
Lautner	Wilhelmine	Nürnberg
Meier	August	Nürnberg
Sauer	Peter	Nürnberg
Kronberger	Karl	Nürnberg
Holtz	Margarete	Altdorf
Stützing	Erwin	Nürnberg
Seegerer	Hilde	Nürnberg
Burkhardt	Margarete	Ohrenbach
Klemann	Wolfgang	Rothenburg
Bäuerlein	Georg	Schweikartswinden
Kopp	Helmut	Ipsheim

3. Bezirksverband Unterfranken

Name	Vorname	Wohnort
Rollmann	Gertrud	Alzenau
Egermaier	Karl	Mainaschaff
Kleißner	Gosbert	Obernau
Bahmer	Walter	Goldbach
Geis	Karl	Kleinostheim
Weigand	Robert	Stockstadt
Spatz	Richard	Hailbach
Wenzel	Eduard	Hailbach
Hofmann	Walter	Hailbach
Herchet	Rosa	Aschaffenburg
Blaha	Johann	Aschaffenburg
Hörner	Martin	Aschaffenburg
Winkler	Wolfgang	Großostheim
Eser	Karl	Aschaffenburg
Achenbach	Klaus	Großostheim
Keller	Heinz	Hailbach
Farrenkopf	Adam	Aschaffenburg
Blum	Werner	Grünmorsbach
Bilz	Reinhard	Mespelbrunn
Wenzel	Valentin	Oberbessenbach

Schäfer	Hilda	Stockstadt
Desch	Anna	Aschaffenburg
Allig	Georg	Aschaffenburg
Spielmann	Herbert	Aschaffenburg
Kraus	Günter	Aschaffenburg
Müller	Ernst	Stockstadt
Bauer	Roland	Stockstadt
Spennesberger	Frieda	Goldbach
Sendelbach	Robert	Goldbach
Krausert	Manfred	Goldbach
Schlett	Herbert	Stockstadt
Weiss	Ernst	Bad-Neustadt
Schmitt	Leo	Bad-Neustadt
Schäfer	Willi	Brendlorenzen
Weiss	Heinz	Bad-Neustadt
Keppner	Helmut	Brendlorenzen
Omert	Karl	Oberelsbach
Zoll	Maria	Bad-Neustadt
Schleichert	Robert	Brendlorenzen
Lohers	Willi	Bad-Neustadt
Pfister	Josef	Hollstadt
Vorndran	Karl	Burgwallbach
Schäftlein	Alfred	Kraisdorf
Appel	Alois	Leuzendorf
Bergmeier	Willi	Ebern
Scheurer	Leo	Burgsinn
Macher	Friedemann	Gemünden
Guthrod	Kurt	Gemünden
Imhof	Robert	Gemünden
Mößlein	Hans	Gemünden
Walther	Erich	Rimbach
Pfaff	Georg	Gerolzhofen
Müller	Arno	Wustviel
Klimm	Resi	Limbach
Lang	Peter	Obertheres
Schöpf	Peter	Zeil
Scheuring	Oskar	Sand
Brand	Rupert	Sand
Herpich	Robert	Eltmann
Hofmann	Elmar	Zeil
Zimmermann	Günther	Eltmann
Sauer	Hubert	Schmachtenberg
Schüll	Franz	Königsberg
Reinhard	Bruno	Rügheim
Graf	Max	Königsberg
Endrich	Albin	Zellingen
Aschenbrenner	Fritz	Zellingen
Godschan	Rudi	Karlstadt
Lamotte	Hilmar	Arnstein
Gansbühler	Annemarie	Dettelbach
Will	Bernhard	Albertshofen
Wendinger	Heinz	Mainstockheim
Held	Andreas	Kitzingen
Will	Michael	Albertshofen
Schneider	Lilli	Buchbrunn
Stier	Martin	Rödelsee
Gernert	Erich	Albertshofen
Walz	Hermann	Schernau
Zeiß	Edgar	Kitzingen
Gotsch	Walter	Kitzingen
Neubert	Christian	Mainstockheim
Spiegel	Hans	Kitzingen
Göllner	Herbert	Schernau
Griffig	Karl	Kitzingen
Hornung	Hugo	Gerlachshausen
Link	Hans	Repperndorf
Eckert	Erich	Kitzingen
Ackermann	Adolf	Kitzingen
Mergenthaler	Anton	Hoheim
Schöller	Herbert	Seinsheim
Hegwein	Emil	Enheim
Bösemann	Dorothea	Ottelmannshausen
Guck	Otto	Sulzfeld
Leutheuser	Adolf	Sulzfeld
Götz	Kilian	Trappstadt
Baer	Kurt	Dörfleinshof
Fischer	Willi	Königshofen
Friedrich	Waldemar	Merkershausen
Bonsch	Kurt	Königshofen
Streck	Willi	Saal/S.
Brunner	Artur	Lohr
Geiger	Josef	Marktheidenfeld
Fischer	Johann	Hafenlohr

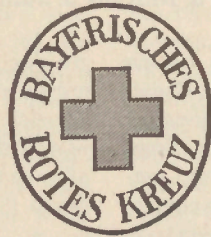
Saefel	Hans-Werner	Marktheidenfeld
Zöllner	Alois	Hasloch
Haaf	Willi	Mellrichstadt
Stiel	Franz	Bahra
Keppner	Josef	Ostheim
Englert	Burkard	Reyersbach
Rösner	Ernst	Mellrichstadt
Scheurich	Richard	Weilbach
Weidner	Ruthard	Weilbach
Bundschuh	Max	Amorbach
Weiser	Bruno	Schneeberg
Breunig	Bruno	Eichenbühl
Büchler	Gerhard	Breitendiel
Dosch	Ewald	Miltenberg
Bachmann	Eberhard	Rüdenau
Kleinickl	Josef	Miltenberg
Sermersheim	Heinz	Miltenberg
Deising	Erich	Eichenbühl
Karl	Rudolf	Amorbach
Faber	Otto	Weilbach
Neuberger	Eduard	Bürgstadt
Schwarzkopf	Theo	Sulzbach
Schüßler	Albert	Leidersbach
Muck	Alois	Volkersbrunn
Schmitt	Franz-Josef	Volkersbrunn
Herberich	Reinhold	Sommerau
Fecher	Edeltraud	Niedernberg
Freude	Oskar	Medenhard
Hoch	Egon	Klingenberg
Stegmann	Helfried	Erlenbach
Knecht	Max	Elsfeld
Kraus	Guido	Mömlingen
Klotz	Germann	Mömlingen
Giegerich	Otto	Mömlingen
Leibmann	Alois	Schippach
Zöllner	Robert	Erlenbach
Franz	Herbert	Volkersbrunn
Ott	Marga	Ebersbach
Fries	Gerhard	Volkersbrunn
Giegerich	Alfred	Mömlingen
Fuchs	Christian	Winterhausen
Düll	Friedrich	Röttingen
Kraus	Anton	Schweinfurt
Brenner	Richard	Königshofen
Kotsch	Walter	Schweinfurt
Hertlein	Franz	Geldersheim
Roth	Karl	Thüngersheim
Frank	Georg	Höchberg
Grandl	Erich	Gerbrunn
Rollmann	Albin	Pflaumheim
Schadt	Peter	Pflaumheim
Eich	Günther	Aschaffenburg
Find	Hans	Haibach
Baumann	Heinrich	Haibach
Englisch	Eduard	Aschaffenburg
Maier	Vincenz	Mainaschaff
Zindler	Georg	Oberbessenbach
Eckard	Lothar	Gemünden
Muthig	Luitpold	Burgsinn
Sachs	Karl	Mittelsinn
Engelhaupt	Adolf	Mittelsinn
Keppner	Dieter	Unsleben
Beyer	Karl	Würzburg
Richter	Friedrich	Rohrbrunn
Walter	Robert	Mühlhausen
Kämmerer	Gregor	Marktbreit
Spiessl	Johann	Würzburg
Schömig	Resi	Versbach
Höhn	Arthur	Albertshofen
Götz	Walter	Hettstadt
Bergmann	Max	Großlangheim
Lackmann	Eva	Würzburg

4. Bezirksverband Schwaben

Name	Vorname	Wohnort
Everding	Alfons	Augsburg
Hindinger	Ludwig	Augsburg
Sibenhorn	Ludwig	Augsburg
Gäde	Walter	Illertissen

MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 9/10

15. Oktober 1972

B 21 345 E

Inhalt des Blattes 9/10:

Nacholympische Gedankenlese

Unseren Frauen und Männern vom Roten Kreuz

Zweite Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts

16. Justitiartagung des DRK in Kassel – Von ORR Walter Hillgärtner

Die Spiele der XX. Olympiade in München – Eine Bilanz an Leistungen, Opfern, Enttäuschungen, aber auch versöhnenden Eindrücken

Der neue IOC-Präsident Vorstandsmitglied des Irischen Roten Kreuzes

Dr. Silbereisen, Regensburg, neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes Ausbildungswesen; 2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen vom 10. 10. bis 24. 11. 1972

Persönlichkeiten: 3. Heimleiterin für Hafnereppach gesucht. 4. Fahrer und Sanitäter im KTP/URD vom Kreisverband Kempten gesucht. 5. Kreisverband Starnberg sucht Fahrer für KTP/URD. 6. Ungültigkeitsklärung von Dienstaussweisen.

Krankentransport

7. Krankentransport-Rahmenvertrag mit der Hochschulkrankenversicherung (HKV). 8. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht.

Sozialarbeit

9. Lehrgang „Bekämpfung des Rauschmittelmissbrauchs“. 10. Gewährung allgemeiner Zuwendungen für Hauspflege und Familienpflegeeinrichtungen.

11. Müttergenesungswerk. 12. Kinder aus Krisengebieten; Zuständigkeiten für Adoptionen und Patenschaften.

Nachrichtenteil

Aus den Bezirksverbänden:

13. Oberbayern: NAW des Roten Kreuzes Landsberg in Dienst gestellt. – Ausflug der Partenkirchener Sanitätskolonne mit den Kindern der Rheumaklinik.

14. Niederbayern/Oberpfalz: Johann Kandlbinder, das älteste aktive Mitglied des BRK.

15. Ober-/Mittelfranken: Lions-Club Bamberg: Zum 10jährigen Jubiläum ein Rettungswagen für das BRK. Bundesverdienstkreuz für Eduard Jäger, Altdorf.

16. Unterfranken: 5 neue Rettungswagen in Dienst gestellt.

17. Schwaben: Sanitätseinsatz bei der Welttralle der Campingfreunde in Lechbruck.

Totenrentafel: Paula Wehrmann, Dr. Konrad Blesch, Reg.-Dir. Josef Holz.

Buchbesprechungen: Ross/Murray: Gemeinwesenarbeit. Dr. med. E. R. Birke: Praktische Hauskrankenpflege.

NACHOLYMPISCHE GEDANKENLESE

Unsern Frauen und Männern vom Roten Kreuz

Die tragischen Ereignisse während der Spiele der XX. Olympiade in München haben die Gültigkeit übernationaler und völkerverbindender Ideen in erschreckender Weise in Frage gestellt. Nüchternes Abwägen aber wird zugestehen müssen, daß keine Idee vor Mißbrauch und Verzerrung, vor Verrat und Verletzung geschützt ist.

Menschliches und Unmenschliches liegen im Leben hart beieinander. Wo Trauer und Tod ist, ist auch Größe und Würde, wo Schmerz und Verzweiflung, ist auch Anteilnahme und Hoffnung. Nur darin kann das Schreckliche überwunden, das Böse besiegt werden. In täglichen schlichten Opfern, in täglichen stillen Dienstleistungen, in der Verborgenheit des Alltags, der unser wahres Leben ausmacht. Ausnahmesituationen sind grelle Lichter, die mit schmerzhafter Deutlichkeit Stationen unseres Daseins markieren und dann wieder verlöschen. Das Leben selbst aber ist eine Kette tapfer durchgestandener Tage, Wochen, Monate und Jahre, in einem Maße, das jedem in seiner Weise zugemessen ist. Im Durchstehen der täglichen Nöte, Sorgen, Entbehrungen, von Krankheit und Leid, aber auch im Erleben von Freude und Zuversicht, von Hoffnung und Aussicht, im Miteinander und Füreinander vollzieht sich unser Dasein.

Es ist ein Dasein in der Gemeinschaft, in der Gesellschaft, in der ein jeder für den anderen zu bürgen bereit ist, in der er zum Staatsbürger wird. Staat und Gesellschaft leben letztlich von dieser Bereitschaft. Sie findet ihren überzeugendsten Ausdruck in jenen Zusammenschlüssen, die sich unterschieds- und vorurteilslos zum Dienst an der Gemeinschaft bekennen. Zu ihnen zählt mit an vorderster Front das Rote Kreuz, das aber heißt seine Frauen und Männer, die täglich und zumeist im Verborgenen ungezählte und unbezahlte Hilfe leisten, sei es bei Unfällen, in Krankheit und Not oder wo immer solche Hilfe erbeten und gegeben wird.

Wir wissen sehr wohl, daß auch die Rotkreuz-Idee, daß auch das Zeichen des Roten Kreuzes dem Ungenügen, der Verzerrung, ja dem Mißbrauch ausgesetzt ist. Dennoch blieb es gerade in den hinter uns liegenden Jahren blutiger Kriege, innerer Zwiste, im harten Kalkül politischer Kräfte ein Zeichen der Hoffnung, der Integrität, der Verlässlichkeit, der – so schwer das Wort auch über die Lippen gehen will – Brüderlichkeit, d. h. jenes gemeinsamen, allen Menschen eigenen, letztlich unzerstörbaren Restes an Menschlichkeit, der den Menschen zum Menschen macht. Dafür stehen die Frauen und Männer des Roten Kreuzes als Zeugen der Tat, der Hilfe, des Zusammenstehens, der Mitverantwortung des einen für den andern. Oft belächelt, oft verkannt, Außenseiter in den Augen der Welt, und doch stehen gerade sie im Zentrum des Lebens. Ohne Medaillesegnen, jedoch des sicheren, stillen und zumeist auch unausgesprochenen, aber aufrichtigen Dankes gewiß, der aus dem Herzen kommt. So war es gestern, so wird es morgen sein.

Dr. Josef Rohrer

ZWEITE SITZUNGSPERIODE DER REGIERUNGSEXPERTENKONFERENZ ÜBER DIE NEUBESTÄTIGUNG UND DIE WEITERENTWICKLUNG DES IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN ANWENDBAREN HUMANITÄREN VÖLKERRECHTS

(Genf, 3. Mai bis 3. Juni 1972)

In der Augustausgabe des BRK-Mitteilungsblattes hatten wir auf den Abschluß der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz hingewiesen. In nachstehender Zusammenfassung berichten wir über die einzelnen Sachgebiete. Nicht nur unsere Konventionsbeauftragten, sondern alle an der Fortentwicklung der Genfer Konventionen Interessierten werden für diese Darstellung dankbar sein.

Bekanntlich befaßt sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) seit einigen Jahren mit der Neubestätigung und der Weiterentwicklung der in bewaffneten Konflikten anwendbaren Vorschriften. Bei diesem bereits 100jährigen Unternehmen des humanitären Völkerrechts stützt es sich auf die auf der XXI. Internationalen Rotkreuzkonferenz (Istanbul, 1969) gefaßten Resolutionen.

Im Frühjahr 1971 hatte das IKRK die Regierungsexperten von etwa 40 Staaten zu einer ersten Sitzungsperiode einberufen. Da auf dieser Konferenz nicht alle Tagesordnungspunkte behandelt werden konnten und die Arbeiten nicht genügend fortgeschritten waren, hatte diese erste Versammlung den Wunsch geäußert, eine zweite Sitzungsperiode anzusetzen.

So fand vom 3. Mai bis 3. Juni 1972 eine neue Konferenz statt, an der über 400 Regierungsexperten von 77 Staaten teilnahmen. Es ging weder darum, die Genfer Abkommen von 1949 völlig umzugestalten, noch darum, ihre Revision einzuleiten, sondern sie in einigen wichtigen Punkten zu präzisieren und zu ergänzen. Die Konferenz wurde in 4 Ausschüsse unterteilt.

I. Ausschub

Der I. Ausschub hatte den Schutz der Verwundeten und der Kranken in den internationalen bewaffneten Konflikten zu behandeln. Am Ende seiner Arbeiten einigte er sich auf einen vollständig verfaßten Text, enthaltend Bestimmungen betreffend drei Hauptpunkte: *Schutz des zivilen Sanitätspersonals und der zivilen Sanitätseinrichtungen und -formationen*, für die eine Immunität gleich jener vorgesehen ist, die die Genfer Abkommen dem militärischen Sanitätspersonal und den militärischen Sanitätsorganisationen zubilligen; *Sanitätslufttransporte*; *Stellung der nationalen Rotkreuzgesellschaften* und anderer Hilfsorganisationen.

Der Grundsatz der Ausdehnung des Schutzes auf das zivile Sanitätspersonal und die zivilen Sanitätseinrichtungen jeder Art – gleich ob ständig oder temporär, öffentlich oder privat – wurde angenommen und als einer der wichtigsten neuen Zusätze zu den Genfer Abkommen betrachtet.

Die Experten hießen den Vorschlag gut, demzufolge die in den Schutz gelangenden Sanitätsinstitutionen von den zuständigen Stellen des Staates, auf dessen Hoheitsgebiet sie sich befinden, ordnungsgemäß anerkannt sein müssen, um jeglichen Mißbrauch zu vermeiden. Die Frage der Kenntlichmachung der Sanitätseinrichtungen in Friedenszeiten und in Kriegszeiten wurde ebenfalls erörtert; sie war zuvor Gegenstand praktischer Erfahrungen gewesen.

Der Ausschub befaßte sich ferner mit der Frage des Schut-

zes der Person; die Experten vertraten die Ansicht, man müsse alle Handlungen verbieten, die die Gesundheit gefährden (körperliche Verstümmelungen, medizinische und wissenschaftliche Versuche, einschließlich der Organverpflanzung oder der Entnahme von Organen), die nicht durch die ärztliche Behandlung gerechtfertigt sind.

Die Experten prüften aufmerksam den Schutz der Ärztemission und nahmen allgemein den Immunitätsgrundsatz an, d. h. niemand darf bestraft werden, weil er eine ärztliche Tätigkeit ausübt hat, gleich zu wessen Gunsten, und niemand darf gezwungen werden, Handlungen vorzunehmen, die der ärztlichen Berufsethik entgegenstehen.

Auch die Frage der Sanitätslufttransporte wurde eingehend geprüft. Der Ausschub und die Fachleute für Luftschiffahrt und Kenntlichmachung der Flugzeuge stellten eine vollständige Regelung auf, dank der die Wiederherstellung einer immunisierten Sanitätsluftfahrt ermöglicht werden sollte.

Eines der Hauptprobleme betraf die Identifizierung der Luftfahrzeuge. Die Experten empfahlen, man solle außer dem Rotkreuz-Zeichen moderne Mittel, wie blaue Blinklichter, Funken auf Sonderfrequenzen und den Sekundär-radar verwenden.

Ferner wurden die Bedingungen des Einsatzes von Sanitätsluftfahrzeugen besprochen. Die Experten sprachen sich für Bestimmungen zur Erleichterung der Mission des Luftfahrzeuges auf seinem eigenen Hoheitsgebiet wie auch in den Kampfzonen aus.

Schließlich befaßte sich der Ausschub mit der Stellung der nationalen Rotkreuzgesellschaften und der anderen Organisationen, die eine humanitäre und unparteiische Tätigkeit entfalten. Für sie wurden Bestimmungen ausgearbeitet, die ihnen besondere Erleichterungen garantieren.

II. Ausschub

Der II. Ausschub befaßte sich mit den nicht-internationalen bewaffneten Konflikten. Die Opfer dieser Konflikte werden gegenwärtig durch den den vier Genfer Abkommen von 1949 gemeinsamen Artikel 3 geschützt. Das IKRK unterbreitet den Experten den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Ausgestaltung dieser Bestimmung. Dieses Zusatzprotokoll setzt sich im wesentlichen aus Artikelentwürfen zusammen, die sich von den Bestimmungen der Genfer Abkommen von 1949 leiten lassen. Die Experten erkannten die Notwendigkeit an, Artikel 3 neu zu bestätigen und auszugestalten. Die meisten Experten wünschten, man möge dem Sondercharakter dieses bewaffneten Konflikts Rechnung tragen und in einem gesonderten Protokoll Regeln aufstellen, die der Art des Konflikts angepaßt sind.

Die Definition der nicht-internationalen bewaffneten Konflikte stand im Mittelpunkt der Debatten. Hierüber gingen die Meinungen auseinander. Einige Experten wünschten eine äußerst allgemeine elastische Definition, die sich auf rein objektive Kriterien stützt; andere sprachen sich für eine präzisere Bestimmung aus, die Kriterien, wie die Heftigkeit und die Dauer des Konflikts enthält.

Sämtliche Experten erkannten die Notwendigkeit an, den gefangenen Kombattanten während der ganzen Dauer ihrer Gefangenschaft eine humanitäre Behandlung zu gewähren. Es ist dies ein wichtiger Fortschritt, denn Artikel 3 sah nichts Diesbezügliches vor. Einige Experten vertraten die Ansicht, man könne den gefangenen Kombattanten eine Behandlung zugestehen, die zwar nicht mit der vom III. Abkommen zugunsten der Kriegsgefangenen vorgesehenen identisch wäre, ihr jedoch annähernd gleichkäme. Andere, zahlreichere Experten sprachen sich für eine fundamentale humanitäre Behandlung aus, die übrigens nicht ausschließlich den Kombattanten vorbehalten wäre, sondern auch den Zivilpersonen gewährt werden sollte, die wegen einer Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt begangenen Handlung ihrer Freiheit beraubt wurden.

Betreffend der Strafverfolgung von Kombattanten sei daran erinnert, daß Artikel 3 keine Immunität für die Tatsache vorsieht, gekämpft zu haben. Einige Experten unterstützten den Gedanken, die Todesstrafe für jene Kombattanten abzuschaffen, die loyal gekämpft haben, d. h. die Hauptbestimmungen des Rechts der bewaffneten Konflikte eingehalten haben. Andere vertraten die Ansicht, es sei angebracht, die Vollstreckung der Todesstrafe bis zum Ende der Feindseligkeiten aufzuschieben und den Sieger zu ermutigen, eine Generalamnestie zu gewähren.

Die Frage der Hilfsaktionen ist von besonderer Bedeutung. Im Laufe zahlreicher nicht-internationaler bewaffneter Konflikte herrschte große Hungersnot, und den Verwundeten und den Kranken wurde nicht immer rechtzeitig die erforderliche Pflege zuteil. Das IKRK handelte im Sinne einer Besorgnis der ganzen Weltgemeinschaft, indem es Bestimmungen formulierte, die danach streben, die humanitäre Betreuung zu erleichtern und die Aktion der nationalen Rotkreuzgesellschaften und anderer Hilfsorganisationen zu verstärken. Die Vorschläge des IKRK wurden allgemein wohlwollend aufgenommen. Einige Experten befürchteten indessen, durch die Verstärkung der humanitären Betreuung öffne man das Tor zu etwaigen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Staaten.

III. Ausschuß

Der III. Ausschuß behandelte folgende drei Themen:

1. Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren der Feindseligkeiten,
2. die Kombattanten,
3. Schutz der Journalisten auf gefährlicher Mission.

Der Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren der Feindseligkeiten steht in direktem Zusammenhang mit dem Einsatz der Waffen. (Die gegenwärtig geltenden Genfer Abkommen schützen vor allem die Zivilpersonen lediglich gegen die Willkür der feindlichen Obrigkeit, in deren Macht sie sich befinden, z. B. im Falle einer Besetzung). Zahlreiche Experten vertraten die Ansicht, man müsse ein ausdrückliches Verbot aussprechen. Die diesbezüglichen Vorschläge ließen verschiedene Tendenzen erkennen, angefangen vom spezifischen Verbot der ABC-Waffen bis zum Verbot der neuen herkömmlichen Waffen, die geeignet sind, überflüssige Leiden zu verursachen, oder die besonders grausam sind. Es wurde der Wunsch geäußert, man möge in den kommenden Monaten eine Expertentagung einberufen (Wissenschaftler, Militärs, Ärzte, Juristen), um die technischen Gegebenheiten bezüglich dieser Waffengattungen zu prüfen.

Die Definition der Zivilbevölkerung und der zivilen Güter wurde eingehend diskutiert. Um den Schutz der Zivil-

bevölkerung wirksamer zu gestalten, wünschten zahlreiche Experten, den Begriff der zum Überleben unerläßlichen Güter (Lebensmittel, Bekleidung, Wohnungen usw. . .) zu erweitern und diesen Gütern eine absolute Immunität zu gewähren. Dieser Gedanke erstreckte sich ebenfalls auf Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten (Talsperren, Deiche, Energiequellen usw.). Die Experten bestätigten abermals, daß Angriffe auf die Zivilbevölkerung verboten sind. Bezüglich der indirekt gefährdeten Zivilpersonen (wenn sie sich in der Nähe von Militärobjekten befinden, z. B. von Kasernen, Waffenfabriken usw. . .) wurden abweichende Ansichten zu den vom IKRK empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen geäußert. Die meisten Experten unterstützten den Gedanken, den Begriff der „offenen Städte“ weiterzuentwickeln. Auch wurde die Lage der Kinder in Zeiten bewaffneter Konflikte erörtert: Allgemein wurde anerkannt, daß Kinder nicht eingesetzt werden sollten, um feindliche Handlungen zu begehen. Sollte dies jedoch vorkommen, so dürften sie nicht für derartige Handlungen verantwortlich gemacht werden. Der Gedanke, daß die humanitäre Betreuung der Zivilbevölkerung erleichtert werden sollte, namentlich durch Bestimmungen über die Hilfsaktionen, wurde günstig aufgenommen.

Die Experten behandelten ferner die Frage der Zivilschutzorganisationen. Zunächst ginge es darum, sie zu definieren; die Experten zogen eine funktionelle Definition vor. Es wurde anerkannt, daß die Organisationen in die Lage versetzt werden müssen, ihre Aufgaben nicht nur im besetzten Gebiet, sondern auch in den militärischen Kampfzonen zu erfüllen. Man wünschte, ein international anerkanntes Abzeichen für diese Organisationen zu finden, das in einem internationalen oder nicht-internationalen bewaffneten Konflikt verwendbar wäre.

Das zweite Thema betraf *die Kombattanten*: Neubestätigung und Weiterentwicklung gewisser Vorschriften zur Begrenzung der Kampfmethoden und der Kampfmittel oder solcher, die das Los der außer Kampf gesetzten Kombattanten sichern. Der Ausschuß bemühte sich, die Vorschriften betreffend die Kriegslist zu präzisieren, ferner jene betreffend die Gefangenschaftsbedingungen (einschließlich des Loses der in Not geratenen Flieger). Bezüglich der gefangenen Guerillakämpfer schloß sich der Ausschuß allgemein den Vorschlägen des IKRK an, die danach streben, die vom Völkerrecht gestellten Bedingungen für die Behandlung als Kriegsgefangener elastischer zu gestalten.

Das dritte Thema, *der Schutz der Journalisten auf gefährlicher Mission*, ist eine Frage, über die die Vereinten Nationen abermals die Ansichten der Regierungsexperten zu erfahren wünschten. Obwohl einige Experten meinten, die Vermehrung der geschützten Personenkreise könne eine Schwächung des der Zivilbevölkerung geschuldeten allgemeinen Schutzes – der auch den Journalisten zusteht – nach sich ziehen, vertraten die meisten Experten die Ansicht, daß zwar die meisten Staaten einen Sonderschutz befürworteten, es dann jedoch angebracht wäre, geeignete Vorschriften zu formulieren und die Vereinten Nationen in ihren Bemühungen zu unterstützen.

IV. Ausschuß

Der IV. Ausschuß hatte *die Maßnahmen zur verstärkten Anwendung des Rechts* zu prüfen. Aus den Beratungen der 1. Sitzungsperiode der Konferenz ging hervor, daß die Experten dem Studium der Maßnahmen zur Gewähr-

leistung einer besseren Anwendung der Abkommen den Vorzug zu geben wünschten. Einige hatten u. a. erklärt, die Prüfung der Anwendung der bereits geltenden Vorschriften sei von entscheidender Bedeutung für die zukünftigen Ergänzungen, da die Zweckmäßigkeit jedes internationalen Vertrags von seiner Anwendung abhängt. (Mitwirkung sämtlicher hohen vertragschließenden Parteien, Kontrolle, Vorbereitung der Regeln, Strafmaßnahmen.)

Der Ausschuß befaßte sich in erster Linie mit den Fragen betreffend die internationale Unterstützung bei der Anwendung und der Anwendungskontrolle. Er vertrat die Ansicht, der internationale Mechanismus, der eine unparteiische Überwachung der Anwendung der Abkommen sicherstellen und sie erleichtern solle, müsse verstärkt werden. Man müsse im besonderen das System der Ernennung der Schutzmächte (nicht in den Konflikt verwickelte Staaten, die beauftragt werden, die Interessen eines Kriegführenden bei seinem Gegner zu vertreten und die Anwendung der Abkommen zu kontrollieren) und ihrer Vertreter (Ersatzorganisationen der Schutzmächte für den Fall, daß diese nicht ernannt oder zugelassen werden) präzisieren. Viele Experten dachten, es sei angebracht, die Fristen festzusetzen, innerhalb derer eine Schutzmacht oder ein Stellvertreter der Schutzmacht ernannt und zugelassen werden müsse. Bezüglich des Stellvertreters der Schutzmacht sahen einige Experten die automatische Ernennung des IKRK vor, während andere es vorzogen, die Ernennung des Stellvertreters – gleich, ob es sich um das IKRK oder eine andere humanitäre Organisation handelt – mit Zustimmung der in Frage kommenden Parteien vorzusehen. Eine dritte Tendenz zielte darauf ab, z. B. im Rahmen der Vereinten Nationen eine ständige Organisation zu schaffen, die als Stellvertreter amtieren könnte.

Der Ausschuß behandelte ferner Bestimmungen der Abkommen und des in Vorbereitung befindlichen Zusatzprotokolls betreffend die Strafmaßnahmen. Eine gewisse Anzahl Vorschläge zur Ergänzung der Abkommensartikel betreffend die Verletzungen wurde vorgebracht und angenommen. Man prüfte u. a. die Einführung einer Be-

stimmung, die einem Untergebenen gestatten würde, einen Befehl zu verweigern, der ihn zu einer Abkommensverletzung veranlassen würde. Ferner wurde ein Artikel betreffend die durch Unterlassung hervorgerufenen Verletzungen geplant.

Die Experten bestätigten abermals die Notwendigkeit einer weitgehenden Verbreitung der Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle. Sie wünschten, in dieser Hinsicht bei den Streitkräften und der Zivilbevölkerung zu größerem Erfolg zu gelangen. Einige betonten die notwendige Ausbildung von Rechtsberatern, die den Militärkommandanten beigeordnet würden.

Der Ausschuß hatte auch die Anwendung des humanitären Rechts auf die bewaffneten Kämpfe um die Selbstbestimmung zu prüfen. Eine starke Mehrheit der Experten sprach sich gegen ein diesbezügliches Vorprojekt einer Erklärung aus. Die einen vertraten die Ansicht, bei diesen Kämpfen handle es sich um internationale bewaffnete Konflikte, die also durch die Abkommen in ihrer Gesamtheit gedeckt wären, während die anderen fanden, es handle sich um nichtinternationale bewaffnete Konflikte, die unter Artikel 3 und dessen Zusatzprotokoll fielen.

Diese Konferenz lieferte dem IKRK ein beachtliches Unterlagenmaterial, die es nun auswerten und auslegen muß, um endgültige Vorschläge im Hinblick auf eine diplomatische Konferenz auszuarbeiten.

Obwohl noch einige Probleme offen sind, ermöglichte und erleichterte die 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz gewisse Annäherungen und sogar Einmütigkeit über nicht zu unterschätzende Punkte. Nachdem der Vertreter der Schweiz die Absicht dieses Landes angekündigt hatte, Anfang 1974 eine diplomatische Konferenz einzuberufen, darf man ohne übertriebenen Optimismus hoffen, daß die Staatengemeinschaft sich in jenem Jahr darauf einigt, die Garantien der menschlichen Person in Zeiten bewaffneter Konflikte durch internationale Rechtsurkunden zu verstärken.

Entnommen aus „Das IKRK am Werk“, Genf, Nr. 182 C.

16. JUSTITIARTAGUNG DES DRK IN KASSEL

Vom 7. bis 9. September 1972 trafen sich in Kassel Konventionsbeauftragte und Justitiare des Deutschen Roten Kreuzes, um sich über die neueste Entwicklung im Bereiche des Rotkreuzrechtes zu informieren und um Erfahrungen auszutauschen. Das DRK leistet mit derartigen Fachtagungen Pionierarbeit im Vergleich zu anderen nationalen Rotkreuzgesellschaften, die eine ähnliche Form des fachlichen Zusammentreffens nicht kennen. Die Bedeutsamkeit dieser Tagung wurde durch die Anwesenheit des DRK-Präsidenten Bargatzky und des Generalsekretärs Dr. Schlögel am Eröffnungstage unterstrichen.

Über Möglichkeiten, die Kenntnisse von den Genfer Konventionen mit Hilfe der Massenpublikationsmittel zu verbreiten, sprach Dr. Herre, Leiter des Zentraldienstes Politik bei der Deutschen Welle in Köln. Dabei bieten sich vor allem die Möglichkeiten des Schulfunks an, dann gezielt und bezogen auf aktuelle Tagesereignisse auch Artikel in der überörtlichen Presse. Diskussionen oder Vorträge im Fernsehen sind von der Materie her schwierig zu bewältigen und bedürfen großer Vorbereitung. Auch die örtliche Presse kann dem Dienst des Roten Kreuzes auf Gemeinde- oder Kreisebene dienstbar gemacht werden. Das Rote

Kreuz muß vor allem entsprechendes Material liefern und darf sich nicht scheuen, seine Tätigkeit ins rechte Licht zu rücken. Den Ausspruch Pictets: „Stillschweigen wäre gleichbedeutend mit Ignoriertwerden, und das ist mit einer wirksamen Hilfstätigkeit nicht vereinbar“ (Die Grundsätze des Roten Kreuzes, Genf 1956, S. 110) hat Hartmann auf der Tagung der DRK-Geschäftsführer 1970 kurz zusammengefaßt: „Tue Gutes und sprich davon.“

Ministerialdirigent Hirschmann befaßte sich mit den geänderten Ausbildungsordnungen für Juristen, die insbesondere infolge der zeitlichen Verkürzung die Möglichkeit erschweren, daß Konventionsbeauftragte die Rechtsreferendare mit den Genfer Abkommen vertraut machen. Freiwillige Arbeitsgemeinschaften werden weniger, dafür aber interessiertere Zuhörer bringen, während andererseits vom Sinn und Zweck der Konventionen her zunächst eine möglichst breite Streuung der Kenntnis wenigstens der Grundzüge erstrebenswert ist. Vielleicht sollte man erwägen, neben den Rechtsreferendaren auch die Anwärter für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in den Kreis der Auszubildenden einzubeziehen.

Senatspräsident Voit zeigte in einem Referat und dann

noch spezialisiert in einer Arbeitsgruppe die neueste Entwicklung auf dem Gebiete des humanitären Völkerrechtes auf, die sich in den Ergebnissen von je zwei Expertenkonferenzen des Roten Kreuzes und der Staaten 1971 und 1972 niederschlagen. Im Grunde geht es um eine authentische Interpretation der (jeweils gleichlautenden) Art. 2 und 3 aller vier Genfer Abkommen, nämlich um den Anwendungsbereich der Abkommen und um die in Bürgerkriegen einzuhaltenden Mindestbestimmungen. Man will nicht die Abkommen selbst ändern, sondern durch zwei Zusatzprotokolle ergänzen. Dabei ist u. a. daran gedacht, den Staaten über die bisher bestehende Berechtigung hinaus eine Pflicht aufzuerlegen, in einem Konfliktfall eine Schutzmacht zu benennen. Als Schutzmächte kommen vor allem Staaten in Betracht, es soll aber die Stellung von Schutzmachtsubstituten gestärkt werden. Das IKRK hat diesem Vorschlag nur unter Bedenken zugestimmt, da es hier leicht aus seiner unparteiischen, neutralen Vermittlerrolle in eine politisch zu wertende Stellung gedrängt werden kann.

Die Zusatzprotokolle sehen einen erweiterten Schutz des zivilen medizinischen Personals vor, der nicht mehr an eine Tätigkeit an einem anerkannten Zivilkrankenhaus geknüpft sein soll. Die Erweiterung des Schutzes der Zivilbevölkerung leidet unter dem Fehlen eines verbindlichen Verbotes von Massenvernichtungswaffen. Hier gibt es nur Ansätze einer Weiterentwicklung des Genfer Rechtes, zumal sich dieser Bereich mit dem Haager Recht überschneidet. — Der dem Zivilschutz in Art. 63 Abs. 2 des Vierten Abkommens gewährte Zivilstatus soll nach den Absichten des Experten auch dann nicht verloren gehen, wenn die Organisation militärähnlichen Charakter hat. Uneinig ist man sich noch über ein geeignetes Kennzeichen. Das IKRK hat sich aus guten Gründen gegen eine Verwendung des Rotkreuzzeichens ausgesprochen und statt dessen vorgeschlagen, das in Art. 6 des Anhangs I zum Vierten Abkommen enthaltene Zeichen für Sanitäts- und Sicherheitszonen zu benutzen, nämlich rote Schrägstreifen auf weißem Grund.

Die Zusatzprotokolle versuchen in einer fast perfektionistischen Weise, die empfindlichen Lücken der geltenden Regelung wenigstens von Rechts wegen zu schließen. Es bleibt abzuwarten, was eine in naher Zukunft einzuberufende Staatenkonferenz aus diesen Vorschlägen macht.

In Fortführung der Themen der Tagung des Vorjahres befaßten sich VG-Präsident Prof. Buri mit aktuellen Satzungsfragen und RA und Notar Dr. Eber mit Auswirkungen der kommunalen Gebietsreform für das DRK. Dabei ist stets zu beachten, daß das Rote Kreuz wegen seiner Verflechtung mit dem Internationalen Roten Kreuz in vielen Belangen anders gegliedert und organisiert ist als andere große Gesellschaften. Nachdem die Gebiete der Rotkreuz-Kreisverbände mit denen der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte deckungsgleich sein sollen, ergeben sich vor allem für die aufzulösenden Rotkreuzgemeinschaften außerhalb Bayerns, die in der Form rechtsfähiger Vereine nach BGB organisiert sind, Probleme der Vermögensübertragung und der Liquidation.

Sämtliche Themen wurden in Arbeitsgruppen noch vertieft.

Höhepunkt und Abschluß der Tagung war ein Bericht des stv. Generalsekretärs des DRK, Dr. Wagner, über die Familienzusammenführung deutscher Volkszugehöriger in Ost- und Südosteuropa. Schon aus der Lebhaftigkeit des Vortrages spürte man das persönliche Engagement des Re-

ferenten. Er warnte davor, alle Ostblockländer gleichzusetzen, da die Verhältnisse jeweils anders gelagert seien. In der Öffentlichkeit werde oft von Umsiedlung gesprochen und dadurch der Eindruck erweckt, alle 3,6 Millionen Deutsche in Osteuropa wollten in die Bundesrepublik ausreisen. Das sei völlig falsch. In Ländern mit anerkannten nationalen Minderheiten (z. B. UdSSR, Ungarn) sei die Diskriminierung der Deutschen stufenweise abgebaut worden. Diese seien heute vollgültige Staatsbürger; dementsprechend liege die Zahl der Ausreisewilligen wesentlich unter der Zahl der in solchen Ländern lebenden Deutschen, die ja dort z. T. seit Generationen angesiedelt seien. Statt von Umsiedlung müsse man deshalb von Familienzusammenführung sprechen. Diese Aufgabe erfülle das Rote Kreuz vorzugsweise seit den Beschlüssen der Internationalen Rotkreuzkonferenz 1952 in Toronto.

Als die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit der UdSSR aufnahm, wurde teilweise versucht, die Frage der Zusammenführung auf staatlicher Ebene ohne das Rote Kreuz weiterzubetreiben. Bald kam man aber nicht mehr weiter, und die Erfüllung dieser Aufgabe wurde dem Roten Kreuz zurückübertragen. Die Verhandlungen gestalten sich mit allen Ostblockländern schwierig, weil diese die in Betracht kommenden Menschen als ihre Staatsbürger ansehen, deren Ausreise nicht gefordert, sondern allenfalls auf humanitärer Basis bewilligt werden könne. Deshalb seien die Gespräche auch zeitraubend, und sehr voreilig erwachse daraus dem Roten Kreuz der Vorwurf, es habe versagt. Meistens sei es aber so, daß die Kritiker falsche Vorstellungen von der wirklichen Lage hätten und sich deshalb falschen Hoffnungen hingegeben hätten.

Von den 300 000 Deutschen in Ungarn haben nur 5000 das DRK um Hilfe gebeten. Für Rußland mit 1 860 000 Deutschen liegen 40 000 Anträge vor. Im Oktober wird die Präsidentin des Russischen Roten Kreuzes die Bundesrepublik besuchen. Das DRK wird diese Gelegenheit benutzen, um das Problem der weiteren Familienzusammenführung erneut zu besprechen.

Sehr viel anders ist die Lage in Polen. Dort gibt es keine Bevölkerungsstatistik, die auch nach nationalen Zugehörigkeiten aufgeschlüsselt ist, es gibt nur Polen. Der Warschauer Vertrag legt fest, daß die früheren deutschen Ostprovinzen polnisches Gebiet sind. Es gebe daher Stimmen in Polen, welche die Ausreiseaktion für abgeschlossen erklärten oder doch jedenfalls eine endgültige Regelung einem künftigen Friedensvertrag vorbehielten. Das DRK sei allerdings nicht der Meinung, daß humanitäre Probleme aufgeschoben werden dürften, und es werde seine bisherigen Bemühungen fortsetzen. Gerade Polen weise immer wieder darauf hin, daß vor dem Warschauer Vertrag monatlich im Durchschnitt 600 Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen seien, 1971 seien es über 25 000 oder rund 2000 im Monat gewesen und 1972 bisher monatlich etwa 1000. Die Tendenz sei wieder steigend. Was man auf der Seite des Roten Kreuzes, aber auch gegenüber dem Roten Kreuz brauche, sei Geduld, die aber keinesfalls als untätiges Warten zu verstehen sei. Man werde den Besuch des polnischen Außenministers in Bonn benutzen, um im Gespräch zu bleiben.

Der Dank der Tagungsteilnehmer galt dem Vortragenden, den anderen Referenten, den Organisatoren, vor allem dem ausrichtenden Landesverband Hessen und dem Kreisverband Kassel für die gelungene Veranstaltung. Im nächsten Jahr werden sich die Teilnehmer voraussichtlich in Trier treffen.

Oberregierungsrat Walter Hillgärtner

DIE SPIELE DER XX. OLYMPIADE IN MÜNCHEN 1972

Eine Bilanz an Leistungen, Opfern, Enttäuschungen, aber auch versöhnenden Eindrücken

Fangen wir bei letzterem an: Unsere Rotkreuzfrauen und -männer, die sich freiwillig aus allen Landesteilen zum Olympiaeinsatz gemeldet und dabei an den verschiedensten Fronten mitgewirkt hatten, werden bei ihrer Heimkehr auch gute Erinnerungen mit nach Hause genommen haben. Sie waren bei einer großen Sache dabei und sie haben, jede und jeder an seinem Platz, mitgeholfen, die Spiele – soweit es in ihrem Ermessen stand – gut über die Runden zu bringen. Sie waren größtenteils aber auch Zeuge jener dramatischen Stunden seit der Geiselnahme bis zum tragischen Ausgang, und sie werden auch diese Stunden nicht so leicht vergessen. Sie standen bereit, falls sie gebraucht würden und sie wußten, was auf sie zukommen könnte. Wir werden darauf kurz zurückkommen. Aber kein „Olympiabericht“ wird an diesen Vorbemerkungen vorbeigehen können, weil die Tage „danach“ bewußt oder unbewußt von diesem nicht auszulöschenden tragischen Geschehen geprägt waren. Letztlich gaben sie auch dem Rotkreuzesinsatz – und wir wollen hier alle mitwirkenden Sanitätsorganisationen einbezogen wissen – eine tiefere und ernstere Bedeutung, als man ihm von vornherein – nicht zuletzt seitens des NOK – zubilligen wollte. „Sanität“ schien nach Meinung einiger Verantwortlicher wohl allzu wenig in das Schema „heiterer Spiele“ zu passen. Selbst das „Rote Kreuz auf weißem Feld“ schien manchen Offiziellen als ein zu markantes „Warenzeichen“ für qualifizierte Hilfe, so daß man zunächst ganz darauf verzichten wollte, zumindest im unmittelbaren olympischen Bereich, und sich mit wenig überzeugenden Emblemen (Fingerverband) notbehalf. Wer unter den Millionen Besuchern hätte sich wohl daran gestoßen, wenn als Symbol für erste ärztliche und Laienhilfe das rote Kreuz als in aller Welt bekanntes und anerkanntes Signum gewählt worden wäre. Dank den Mutigen deshalb, die aus dem blauumrandeten weißen Kreuz in der Tat denn auch ein rotes gemacht haben. Dank auch denen, die aus gleichem Grunde durchgesetzt haben, daß die Sanitätshelferinnen und -helfer zu ihrer weißen Einsatzkleidung denn doch die schlichte Armbinde mit dem Rotkreuzzeichen tragen durften. Gewiß Äußerlichkeiten, die am Wesen und Auftrag ihres Dienstes nichts änderten, aber doch eben symptomatisch für die Grundtendenzen auf der einen Seite und die zurückhaltende Stimmung auf seiten der Sanitätskräfte, die sich ein bißchen auf die Seite gestellt und an den Rand des Geschehens gedrängt fühlten und fühlen mußten.

Sicherlich hatte sich mancher mit einer falschen Erwartung zu „seinem Olympiaeinsatz“ gemeldet, in der Hoffnung, damit gleichzeitig auch Zutritt zu den eigentlichen Wettkampfstätten, also den sportlichen Ereignissen zu haben. Solche Hoffnung wurde in der Regel und in den meisten Fällen hart enttäuscht. Gewiß zunächst von der Art des Einsatzes, d. h. dessen Forderungen her, eben für Notfälle da zu sein und keine Zuschauerrolle spielen zu können. Aber ein bißchen good-will mehr hätte zweifellos mit im Spiele der „heiteren Spiele“ sein dürfen und hier ein wenig mehr Großzügigkeit walten lassen können, aber deutsche Perfektion schien das wieder einmal nicht zulassen zu wollen. Verständlich also, daß der Olympiaeinsatz für manchen zunächst eine gewisse seelische Eintrübung erfuhr. Aber wie ich andeutete, im Gesamttrückblick doch die positive Bilanz nicht zu verdrängen vermochte, die eben bedeutete, dabei gewesen zu sein.

Jahrelange Vorarbeiten

Bis es freilich so weit war, hatten die zuständigen Gremien unzählige Male getagt und den Einsatz in allen Einzelheiten festgelegt. Dazu hatte der Vorstand des Organisationskomitees in seiner 13. Sitzung vom 16. Januar 1969, also bereits 3 Jahre vor den Spielen, einen Ausschuß für das Sanitätswesen gebildet, der sich am 19. Mai 1969 unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Dr. Erich Hein, konstituierte. Diesem Ausschuß sollten die Vertreter der maßgeblichen Verbände und Organisationen, Behörden und Körperschaften angehören, denen im Rahmen der olympischen Spiele Aufgaben im Bereich des Sanitätswesens zufallen sollten. Das Bayerische Rote Kreuz entsandte seinen Vizepräsidenten, Senator Ministerialrat Dr. Bernhard Kläß, in diesen Ausschuß. Dabei war es seine Aufgabe, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Sanitätsorganisationen (Arbeitersamariterbund, Johanniter-Unfallhilfe, Malteser-Hilfsdienst) deren Mitwirkung sicherzustellen und zu koordinieren, zugleich aber auch mit dem Sanitätsdienst der Bundeswehr und dem Ärztezentrum abzustimmen. Der Sanitätsausschuß bildete seinerseits verschiedene Arbeitskreise, wobei wiederum Dr. Kläß zum Vorsitzenden des Arbeitskreises 1 (Sanitätsdienst) gewählt wurde.

Der Generalstabsplan

Der Sanitätsausschuß und seine Arbeitskreise hatten die anfallenden Aufgaben klar umrissen:

Ärztlicher Dienst im Ärztezentrum des Olympischen Dorfes, in der Pressstadt und im Deutschen Olympiazentrum, sportärztliche Betreuung der Aktiven in den Wettkampf- und Trainingsstätten.

Auswahl der „Olympia-Ärzte“, des ärztlichen Assistenzpersonals und des Sanitätspersonals.

Grundkonzeption des Sanitätsdienstes einschließlich des Wasserrettungsdienstes und Koordinierung des Einsatzes der Sanitätsorganisationen und des Sanitätsdienstes der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, Arzneimittelversorgung, Sicherstellen von Krankenbetten, Transportwesen, Seuchenhygiene und allgemeine Hygiene, Doping- und Geschlechtskontrolle, Wissenschaftliche Probleme, Maßnahmen für den Katastrophenschutz.

Von dieser Aufgabenstellung her zeichneten sich demzufolge auch die Zuweisung bestimmter Bereiche an die einzelnen Organisationen und Träger der Sanitätsdienste ab. Der Sanitätsausschuß hatte den Rahmen wie folgt abgesteckt:

Zu betreuende Personen

Der Sanitätsdienst hat alle im Bereich der Olympischen Wettkampf- und Trainingsstätten sowie die in den olympischen Wohnbereichen erkrankten oder verletzten Personen zu betreuen. Zu diesem Personenkreis gehören die Aktiven, ihre Begleiter und Betreuer, die Bewohner der Pressstadt, das Stamm- und Kurzzeitpersonal des Organisationskomitees sowie die Zuschauer im unmittelbaren Bereich der Olympischen Stätten.

Stätten der Betreuung

In den Wettkampfstätten ist die sanitätsdienstliche Betreuung der Sportler und des Funktionspersonals von der der Zuschauer personell getrennt. Durch den Bereichsleiter für Sanitätswesen im Sportstättendirektorium werden die Aufgaben jedoch koordiniert. Bei den Streckenwettbewerben (Leichtathletik, Radfahren und Moderner Fünfkampf) wird die sanitätsdienstliche Betreuung einheitlich durchgeführt.

In der Sanitätszentrale des Organisationskomitees (Luitpold-Kaserne, Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr) wird ein Leichtkrankenhaus betrieben, dem alle Kranken und Verletzten zugeführt werden,

- die von den örtlichen Kräften in den Wettkampfstätten zur weiteren Behandlung überwiesen werden,
- die nicht zu dem im Ärztezentrum des Olympischen Dorfes zu betreuenden Personenkreis gehören,
- deren Erkrankung und Verletzung nicht mit höchster Dringlichkeit eine sofortige Behandlung in einer Spezialklinik erfordern.

Im Leichtkrankenhaus des Organisationskomitees können durch Fachärzte für Innere Medizin, Chirurgie, Orthopädie, Gynäkologie, Dermatologie und Anästhesie die erforderlichen diagnostischen Maßnahmen, Labor- und Röntgenuntersuchungen durchgeführt werden. Die ärztlichen Maßnahmen führen zu der Entscheidung, ob ein Patient zu seinem Hausarzt entlassen werden kann, ob er weiter ambulanter Behandlung bedarf, ob er in vorübergehende stationäre Behandlung ins Leichtkrankenhaus muß oder an ein Fachkrankenhaus weiterzuleiten ist. Für krankenhauspflichtige Erkrankte und Verletzte aus dem sanitätsdienstlichen Betreuungsbereich des Organisationskomitees werden durch die Bettenleitstelle im Leichtkrankenhaus des Organisationskomitees die benötigten Betten beschafft. Dieses Verfahren findet auch für Sportler und deren Betreuer Anwendung, wenn eine Fachbehandlung nötig ist. Sollte die Aufnahmekapazität der Münchener Krankenhäuser erschöpft sein, so hält das Organisationskomitee eine Bettenreserve im Bundeswehrkrankenhaus München bereit. Über die Belegung dieser Betten entscheidet der Leiter der Sanitätszentrale.

Zeit der Betreuung

Die sanitätsdienstliche Betreuung in den Trainingsstätten erfolgt ab 1. 8. 1972, in den Wettkampfstätten zu den Wettkampfzeiten. Der Einsatz endet mit dem Abschluß der Olympischen Spiele.

Arten der Betreuung

In den Wettkampf- und Trainingsstätten leistet das Sanitätspersonal Erste Hilfe, die Ärzte erste ärztliche Hilfe. Zum Abtransport stellen sie die Transportfähigkeit des Erkrankten oder Verletzten her und sorgen für bestmöglichen Krankentransport. Der Bereichsleiter Sanitätswesen im Direktorium jeder Wettkampfstätte kann in dringenden Fällen Lufttransporte veranlassen.

Im Leichtkrankenhaus des Organisationskomitees werden erkrankte oder verletzte Personen ärztlich und fachärztlich untersucht und in der ihrer Erkrankung oder Verletzung zuzumessenden Bedeutung ambulant oder vorübergehend stationär behandelt oder in ein Mündner Krankenhaus zu umfassender Behandlung eingewiesen.

Von den Sanitätsorganisationen: Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Bayer. Rotes Kreuz (BRK), mit Wasserwacht (WW), Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Johanniter-Unfallhilfe (JUH), Malteser-Hilfsdienst (MHD) waren nachstehende Aufgaben zu leisten:

Durchführung des Rettungsdienstes und Krankentransportes in Bayern mit besonderer Verstärkung im Hinblick auf die Olympischen Spiele. Dazu gehören der Rettungsdienst zu Land, der Wasser-, Berg- und Luftrettungsdienst. Bereitstellung einer besonderen Katastrophenhilfe im Sanitäts-, Betreuungs- und Pflegedienst.

Die Sanitätsorganisationen stellen darüber hinaus im Auftrag des Organisationskomitees, entsprechend der nachstehenden Übersicht, Führungskräfte, Ärzte, Sanitäter und Schwesternhelferinnen für den Dienst bei einem Teil der Wettkampf- und Trainingsstätten.

Die Schwesternschaft München vom BRK setzt zusätzlich Krankenschwestern ein (Ärztezentrum und Leichtkrankenhaus der BW).

Sanitätsdienst für jugendliche Gäste

Hier unterstützt das Bayerische Rote Kreuz (BRK) den Bundesgrenzschutz durch die Abstellung von Schwesternhelferinnen. Für die Jugendlager der Sportverbände errichtet das BRK ein Verpflegungszentrum, das täglich ca. 8000 Essensportionen zur Verteilung bringt.

500 Rotkreuzhelfer im Einsatz

Nach dieser Aufgabenstellung war folgendes Personal im Einsatz (ohne Großverpflegungszentrum):

Organisation	Einsatz-leitung	San.-Pers. Unterkunft	Transport	Schwesterhelferinnen	Wettkampfstätten	Sonst. Dienst	Gesamt
BRK	12	7	56	55	135	45	310
ASB	3	1	9	-	11	2	26
JUH	3	1	5	1	17	-	27
MHD	3	2	13	5	26	19	68
WW u. DLRG	4	-	-	-	138	-	142
Insgesamt	25	11	83	61	327	66	573

Die Frauen und Männer der Hilfsorganisationen leisteten ihren Dienst in enger (räumlicher und ideeller) Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz, die dafür rd. 2000 militärische und zivile Kräfte eingesetzt hatten. Von den 88 Trainings- und Wettkampfstätten betreute die Bundeswehr allein 69, so die Wettbewerbe im Reiten, Schießen und Bogenschießen sowie die Streckenwettbewerbe (Leichtathletik, Radfahren, Moderner Fünfkampf). Gleichzeitig betrieb sie das Leichtkrankenhaus des Organisationskomitees und das Bundeswehrkrankenhaus München. Sie stellte den ärztlichen Dienst für große Teile des Kurzzeitpersonals, den flughafenärztlichen Dienst auf den Flugplätzen Neubiberg und Fürstenfeldbruck für ankommende und abfliegende Olympiagäste.

Der Bundesgrenzschutz übernahm vor allem die sanitätsdienstliche Betreuung der jugendlichen Gäste. Mit beiden Verbänden arbeiteten die Sanitätsorganisationen gut zusammen, nicht zuletzt dank des Umstandes, daß die Einsatzleitung der San-Organisationen Gast in der Sanitätsakademie der Bundeswehr war und Tür an Tür mit dem Leiter der Sanitätszentrale, Generalarzt Dr. Rebentisch und seinem Einsatzstab saß.

Die Sanitätsorganisationen übernahmen ihrerseits den Sanitätsdienst an folgenden Einsatzstellen:

Olympiastadion, Sporthalle, Schwimmhalle, Eisstadion, Radstadion, Volleyballhalle, Hockeyplätze, Messehallen (Gewichtheben, Fechten, Ringen, Judo), Regatta Feldmoching, Baskethalle, Dantebad, Eiskanal Augsburg, sowie alle Trainingsstätten auf dem Olympia- bzw. Messegelände. In der Schwindschule wurde darüber hinaus ein zentrales Krankenrevier vom BRK mit etwa 30 Betten eingerichtet. Ärzte, Sanitätsbeamte, Kraftfahrer stellte der BGS, die Schwesternhelferinnen das BRK.

Hervorragende Ausstattung des Ärztezentrum

Die dritte Säule des gesamten Sanitätseinsatzes bildete das Ärztezentrum mitten im olympischen Dorf. Schon von seiner Lage her war seine Funktion klar umrissen, in jeder Weise für das körperliche Wohlbefinden der Athleten bzw. der Dorfbewohner zu sorgen. Auch hier war unter der Leitung des Präsidenten der Bayerischen Ärztekammer, Prof. Dr. Hans Joachim Sewering, für alle möglichen Fälle vorgesorgt. Unfall-, Röntgen- und zahnärztliche Abteilung fehlten ebenso wenig wie eine großangelegte physikalische Therapie und eine gutbestückte, immer wieder aufgefüllte Apotheke. Eigens für die Dorfbewohner standen eine Unfall-Operationsgruppe, 4 Internisten und Allgemeinärzte, ein Augen-, ein HNO-Arzt, ein Gynäkologe, Dermatologe, Radiologe und ein Laborarzt zur Verfügung. 4 Zahnärzte bemühten sich auf ihrem speziellen Sektor um die Mannschaftsmitglieder, stöhnende Journalisten oder zahnwehgeplagte Hostessen. Selbstverständlich stand das Ärztezentrum vorrangig den Mannschaftsärzten mit Rat und Tat zur Seite. Die große Frequenz, die es aufwies, verleitete fast zur vorschnellen Meinung, daß die Olympioniken gegen Krankheiten anfälliger seien als die sportbegeisterte Masse der Zuschauer. Der unablässige Streß, die klimatischen Umstellungen, die laufende Kontrolle des eigenen Fitneßzustands mit den vielfachen Möglichkeiten geeigneter Tests und Laboruntersuchungen erklären jedoch die häufige Inanspruchnahme, zumal hier ein kostenloser Full-Service geboten wurde, der sich geradezu von selbst aufdrängte, in Anspruch genommen zu werden. Großzügige Firmenspenden bzw. Leihgaben machten vieles möglich, was sonst unerschwinglich gewesen wäre.

Kein Spendenregen über die San-Organisationen

Leider, sagen wir besser und deutlicher, unverständlicher Weise kamen die Sanitätsorganisationen mit ihrer stolzen Zahl freiwilliger und ehrenamtlicher Helfer so gut wie nicht in den Genuß solchen Spendensegens. Wie wäre es sonst nötig gewesen, mit den ältesten auftreibbaren Rotkreuz-Jeeps durch die Gegend zu jagen. Hier wäre ein bißchen mehr Großzügigkeit sicher am Platze gewesen. So war das BRK gezwungen, aus eigenen Beständen und Neuanschaffungen wie in landesverbandsinterner Nachbarschaftshilfe sicherzustellen, überall und jederzeit präsent zu sein. Es hat, und das darf ohne Einschränkung gesagt werden, die Aufgabe ohne jeden Engpaß geschafft.

Eine nüchterne Bilanz in Zahlen

Ein vorläufiger Abschlußbericht, den die Sanitätsorganisationen, die Sanitätszentrale der Bundeswehr wie das Ärztezentrum aufgrund der täglich eingegangenen Einsatzberichte zum Abschluß der Spiele erstellt haben, vermerkt in nüchternen Zahlen folgende Hilfeleistungen:

Bei Trainings- und Sportstätten (Hilfeleistungen einschl. WW und DLRG):

Wettkämpfer	2 876
Zuschauer	10 155
Kurzzeitpersonal	7 061
sonstige	1 236
Verbände	7 356
Medikamente	13 598
Transporte	393

im Ärzte-Zentrum

Patienten	2 715
Labor	1 903
Röntgen	1 102
physik. Therapie	3 652

in der Pressestadt

Patienten	3 489
für Kurzzeitpersonal	336
vip	35
Hilfeleistungen	169

im internationalen Jugendlager

Patienten	1 491
zahnärztliche Behandlungsfälle	1 916
Krankenhaus-Einweisungen insges.	624

Kraftfahrdienst

a) Kraftfahrzeuge	San.-Org.: 311	BW: 1 271
b) Kraftfahrer	San.-Org.: 622	BW: 1 990

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Eine Bilanz, die wenig erkennen läßt, wieviel an Kleinarbeit, täglichen Schwierigkeiten, personellen und materiellen Unzulänglichkeiten der ersten Tage hinter den Kulissen zu meistern waren. Die Hauptlast trugen die Ärzte Dr. Weigand und Ecknigk, die Mitglieder der Landesausschüsse der Sanitätskolonnen und Frauenbereitschaften, die Herren Weiher, Dönhöfer und Frau Koschuda, kameradschaftlich unterstützt von den Führungskräften des Arbeitersamariterbundes, der Johanniterunfallhilfe und des Malteserhilfsdienstes, an ihrer Spitze die Herren Braun, Rüdiger von Oheimb und Franz Josef Ritter Hentschel von Gilgenheimb. Der Gesamterfolg des Olympiaeinsatzes resultierte jedoch sicherlich aus dem guten Zusammenspiel aller einzelnen Einsatzstellenleiter mit der Führungsspitze wie den ihnen zugeteilten Mannschaften und Helferinnen, die in der Sophie-Scholl-Schule ihre gemeinsame Unterkunft gefunden hatten. Hier war es auch, wo Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel am Schluß der Spiele den Helferinnen und Helfern herzlich für ihren uneigennütigen Einsatz dankte und die Bestätigung auf den Weg mitgab, daß ein solcher Dienst für die Gemeinschaft mehr wiege, als das Zerstörende, das die Welt in widerstreitende Mächte teile. Goppel dankte den Frauen und Männern auch dafür, daß sie die da und dort zutage getretenen Mängel und Unstimmigkeiten nicht auf die Arbeit übertragen, sondern letztlich doch frohgemut ihre Pflicht des selbstlosen Helfens erfüllt hätten. Er überreichte bei gleicher Gelegenheit allen Einsatzkräften die vom Organisationskomitee gestiftete Dankurkunde für die Mitarbeit bei den Olympischen Spielen mit Keramikplakette sowie in Ergänzung dazu eine persönliche Urkunde als Ministerpräsident des Freistaates Bayern, für die Rotkreuzmitglieder zugleich als BRK-Präsident. Ihr war die letzte Ausgabe der Olympiamünze als bleibendes Erinnerungsgeschenk beigelegt.

Mehr als 140 000 Jugendliche und Offizielle verpflegt

Den härtesten, manchmal wohl auch undankbarsten Einsatz leistete das BRK mit ausschließlich eigenen Helferinnen und Helfern im Großverpflegungszentrum im Hof der Stettenkaserne. Ursprünglich nur für die Verköstigung von täglich rd. 8000 Jugendlichen der Deutschen Sportjugend gedacht, erwies sich die Küche als so zugkräftig, daß auch zahlreiche Olympiahelfer des Komitees, Ärzte und Sanitäter, diese Verpflegungsmöglichkeit nützten.

Daß wir dabei kein Eigenlob zu singen brauchen, zeigt nachstehendes Schreiben, das uns mitten in der Redaktionsarbeit auf den Schreibtisch flatterte. Es lautet:

„Sehr geehrter Herr Rupprecht!

Die Olympischen Spiele sind vorbei und die Jugendlichen, von denen ein Großteil im Verpflegungszentrum auf dem Gelände der Stettenkaserne täglich verköstigt wurde, sind längst abgereist.

Das Organisationskomitee bedankt sich nochmals ausdrücklich für Ihre tatkräftige Unterstützung bei der Planung und der Durchführung dieses Verpflegungszentrums.

Besonders hervorheben möchten wir, daß die Verpflegung abwechslungsreich, absolut ausreichend, gut zubereitet und sehr schmackhaft war.

Die Organisation auf dem Küchensektor und bei der Ausgabe wurde allen Anforderungen gerecht und allseits gelobt.

Nochmals herzlichen Dank für diesen Großeinsatz.

Mit freundlichen Grüßen

I. A. Radmann

Referent für Unterbringung
und Touristik“

Ehe dieser „Großeinsatz“ stattfinden konnte, hatte es langwieriger und sorgfältiger Planungen und Vorbereitungen bedurft. So galt es, die Frisch- und Abwasserfrage zu klären, Sanitäranschlüsse zu gewährleisten, eine zentrale Gasversorgungsanlage zu installieren, Stark- und Schwachstromanlagen aufzubauen, um bei einem evtl. Stromausfall die Elektrizitätsversorgung durch ein eigenes 50 KVA-Notstromgerät sicherzustellen. Ein weitverzweigtes Telefonnetz, ebenfalls im Eigenbau errichtet, schuf die notwendigen Nachrichtenverbindungen innerhalb des Verpflegungszentrums. Aus zusammenmontierten Gaskochherden der Sozialausstattungen, wie sie bei den meisten unserer Kreisverbände lagern, wurde eine breite „Bratenstraße“ erstellt, auf der lediglich die Fleischspeisen zubereitet wurden. In 15 großen Feldkochherden, ebenfalls in gerader Linie aneinander aufgereiht, wurden die Beilagen hergestellt. Rd. 25 Tonnen Kartoffelerzeugnisse, 700 kg Reis, 2,5 Tonnen Teigwaren, 23 Tonnen Gemüse und 1 Tonne Gewürze waren notwendig, diese Beilagen zuzubereiten. Auf der Bratenstraße wurden 40 000 kg Fleisch verschiedener Art zu 180 000 Einzelportionen verarbeitet. Auch an warmen Getränken durfte es nicht fehlen. Aus 650 kg Kaffee zauberten die Rotkreuzhelfer mehr als 160 000 Tassen Frühstücksgetränke. Sie wurden in großen Thermophoren zu den einzelnen Schulen, den Sammelunterkünften der Deutschen Sportjugend, gefahren. Tag für Tag startete nachts um 3 Uhr ein Laster mit Tausenden von frischen Semmeln, Butter, Wurst und Marmeladeportionen vom BRK-Hauptlager Ebenhausen bzw. Ingolstadt nach München, um das Frühstück herbeizuschaffen. Für die Abendverpflegung erhielten die Jugendlichen, soweit von ihnen erwünscht,

schon beim Mittagessen ein gut bestücktes Lunchpaket ausgehändigt, das die verschiedensten Gaumenbedürfnisse befriedigte, also eine gewisse Auswahl zuließ. Frischobst, Schokolade, Butterkekse, Vitamindrops usw. dienten als willkommene Ergänzung. Zu jeder Mahlzeit gab es neben dem hygienischen Einwegteller ein einzeln verpacktes Kunststoffbesteck, so daß auch hier allen Erfordernissen strengster Gesundheitsvorsorge Rechnung getragen war. Da mit dem Vollbetrieb der olympischen Spiele täglich rd. 10 000 Personen im BRK-Bereich verpflegt wurden, spielte das Müllbeseitigungsproblem eine nicht unbedeutende Rolle. So konnte man einen Kolonnenführer beobachten, der es nicht unter seiner Würde fand, die täglich anfallenden Tausende von Tellern in den Großbehältern niederzutrameln, ehe sie abgefahren werden konnten. Damit wären wir beim Einsatz des Personals. Rd. 100 Frauen und Männer aus ganz Bayern verstärkten bei diesem Einsatz das 35 Mann starke Stammpersonal des BRK-Hauptlagers Ebenhausen, das sich wieder einmal als in allen Sätteln gerecht erwies. Mit Recht hatte Ministerpräsident Dr. h. e. Alfons Goppel bei einer vorausgehenden Pressekonferenz gerade auf diesen Umstand hingewiesen und betont, daß diese Helfer in vielen Inlands- und Auslandseinsätzen Erfahrungen gesammelt hätten, um eine solche Aufgabe mit Bravour zu meistern. Die Frauen und Männer haben es getan, oft in 13stündigem Einsatz, fern vom unmittelbaren olympischen Geschehen und doch nicht weniger wichtig. Zusammengerechnet leisteten sie rd. 53 000 Einsatzstunden. Auch diese 130 Rotkreuzhelferinnen und -helfer haben vielfach, wie die übrigen Olympiaeinsatzkräfte, ihren Urlaub geopfert, um „dabei zu sein“.

Rund um die Uhr – rund um Olympia

Neben diesen zentralen Einsätzen hielt das Bayerische Rote Kreuz ein umfangreiches „Rahmenprogramm“ in Bereitschaft, das allen Eventualitäten Rechnung tragen sollte. Es sei nachstehend kurz skizziert:

Katastropheneinsatzbereitschaft für den Sanitäts- und Betreuungsdienst am Heimatort und für überörtliche Einsätze

Auch hier ging die Planung davon aus, daß das BRK für jeden Ernstfall gerüstet sein müsse. Von den über 50 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Kolonne und Bereitschaft hatten sich rd. 1000 Männer und Frauen in einzelnen Einsatzgruppen für eine ständige überörtliche Einsatzbereitschaft während der Olympischen Spiele für den Sanitätsdienst gemeldet. Weitere 32 Einsatzgruppen mit 416 Männern und Frauen standen für Betreuungsaufgaben zur Verfügung. Sie hätten im Ernstfall je Kochdurchgang 14 400 Personen verpflegen können.

Katastrophenbereitstellung von Einsatzkräften für Seucheneinsätze

Wo sich so viele Menschen aus allen Ländern der Welt auf engstem Raume zusammenfinden, mußte auch mit der Möglichkeit von außergewöhnlichen Notsituationen gerechnet werden. Neben dem ohnedies im Rettungsdienst und Krankentransport eingesetzten Personal hatten sich deshalb weitere 750 Männer und Frauen für einen solchen Einsatz bereitgehalten. Weitere 100 Männer und Frauen hatten sich für einen Verpflegungseinsatz unter solchen Ausnahmbedingungen, z. B. Einsatz in einer Quarantänestation, bereit erklärt.

Registrierung und zentrale Auskunftsstelle im Katastrophenfall

Zu den außergewöhnlichen Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz anlässlich der Olympischen Spiele zählte auch die Einrichtung einer „Zentralen Auskunftsstelle für die von einer Katastrophe betroffenen Personen“. Diese Aufgabe übernahm der Landesnachforschungsdienst (LND) des Bayerischen Roten Kreuzes, der auf diesem Gebiet über einschlägige Erfahrungen und das ausgebildete Personal verfügt. Die Helfer aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen wurden in die Handhabung des Registrierverfahrens eingewiesen. Das Bayerische Rote Kreuz selbst stellte dafür 35 qualifizierte Helferinnen und Helfer zur Verfügung.

Besondere Einsatzbereitschaft der Städte München und Augsburg

Die genannten Städte, auf die ein Großteil des Einsatzaufwandes zukommt, hatten ihrerseits spezielle Abmachungen getroffen, um jeder Anforderung gerecht zu werden. Das gilt nicht nur für den Rettungsdienst und die unmittelbare K-Einsatzbereitschaft, sondern auch die Abstellung von Sanitätspersonal für die Veranstaltungen verschiedenster Art (kirchliche, kulturelle und sonstige). In München waren es 600, in Augsburg 400 Frauen und Männer, die speziell dafür Dienst leisteten. Benachbarte Landesverbände hatten sich bereit erklärt, mit Fahrzeug und Personal die Einsatzbereitschaft zu verstärken.

Kinderfundstelle im Olympiagelände

Entsprechend seiner vieljährigen Erfahrung auf dem Oktoberfest hatte der Kreisverband München in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendamts im Olympiagelände eine Kinderfundstelle mit 4 hauptamtlichen Kräften eingerichtet, um den Kindern die Angst, den Eltern die Sorge bei einem Verlorengang zu ersparen oder zu mindern. Sie wurde zusehends zu einer Betreuungsstätte, so daß sich die Eltern zum Besuch der Sportveranstaltungen frei machen konnten.

Befehlsstelle des BRK-Präsidiums

Selbstverständlich bedurfte ein solcher Großeinsatz einer zentralen Planung und Führung. Aus diesem Grunde wurde im Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes eine Befehlsstelle eingerichtet, die in Tag- und Nachtbereitschaft, wie die Befehlsstellen der anderen K-Organisationen, der Polizeien, der Bundeswehr und der behördlichen KS-Einsatzleitungen, sämtliche einschlägigen Meldungen entgegennahm, Aufträge koordinierte, Hilfen organisierte, ein Einsatztagebuch führte, den Funkbetrieb überwachte, überörtliche Kfz-, Material- und Personalreserven in Verbindung mit dem DRK-Generalsekretariat in Bonn bereithielt.

Darüber hinaus standen alle sonstigen Einrichtungen des Roten Kreuzes (Sozialarbeit, Blutspendedienst usw.) für jeden Vorsorgefall zur Verfügung.

Der schicksalschwere Tag

Damit hatte das Bayerische Rote Kreuz alles in seinen Kräften Stehende getan, zum guten Gelingen der Spiele beizutragen.

Der tragische Zwischenfall mit der Ermordung der israelischen Geiseln konnte auch von ihm nicht verhindert werden, obwohl die Befehlsstelle im Präsidium schon in den Vormittagsstunden seine Vermittlungsdienste angeboten hatte. So hatte sich u. a. der Landesarzt der Sanitätskolonnen, Dr. J. B. Ehler, vom diensthabenden Abteilungsleiter Karl Berger mitten aus der Sprechstunde herausgerufen, nicht nur zu Verhandlungen mit den Arabern bereit erklärt, sondern auch persönlich als Geisel angeboten. Als Rotkreuzarzt im Jordanieneinsatz hatte er wegen seiner unterschiedslosen Hilfe nicht nur bei den königstreuen Truppen, sondern auch bei den Fedajins uneingeschränkte Anerkennung genossen und diese von einem der höchsten Fedajinführer schriftlich bestätigt erhalten. Dieses Dokument hatte Dr. Ehler in seiner Brusttasche mitgetragen, um es gegebenenfalls als Legitimation in einem Vermittlungsversuch vorweisen zu können. Nachträglich wird man sagen müssen, daß auch dieses Angebot, wäre man seitens des Krisenstabes darauf zurückgekommen, das Unheil kaum oder nicht hätte wenden können. Nennenswert aber bleibt die Tatsache eines solchen Angebots und es durfte daher in dieser Dokumentation nicht fehlen. Ein Führungstab im Präsidium blieb bis in die späte Nacht, ja den Morgen hinein, an der Strippe, bis jede Hoffnung erloschen war, helfend eingreifen zu können.

Der dramatische Wettlauf mit der Zeit, der alle Welt in Atem und Spannung hielt, hatte in der ersten Morgenfrühe mit dem Anruf beim Kreisverband München begonnen, als ein Mann des Ordnungsdienstes 5.21 Uhr dort anrief und über eine ungeklärte Schießerei im Olympischen Dorf berichtete. Sofort fuhr ein Rettungswagen los, meldete sich 6 Minuten später aus der Connollystraße: „1 Schwerverletzter geborgen (es handelte sich um den israelischen Trainer Moshe Weinberger), eine unbekannt Zahl Geiseln, an die 20, werden angeblich festgehalten.“ Auf diese Meldung hin starteten sofort 5 weitere Rettungswagen des Kreisverbandes München, deren Besatzungen noch im Nachtdienst standen, zum Einsatzort. Der vom ersten Rettungswagen sofort angeforderte Notarzt, inzwischen am Ort der Handlung eingetroffen, hatte den Tod des ersten Opfers festgestellt und bestätigt. Wegen der ungeklärten Lage blieben die Rotkreuzfahrzeuge in unmittelbarer Nähe des Einsatzortes zur Verfügung des Krisenstabes. Sie wurden um 14 Uhr durch andere Fahrzeuge ausgewechselt, nachdem die Besatzungen dieser Fahrzeuge – wie berichtet – bereits die ganze Nacht im Einsatz gestanden hatten. Um 22 Uhr sollte eine weitere Ablösung eintreffen. Die Ereignisse überstürzten sich in der durch die Dokumentation des Krisenstabes bekanntgewordenen Weise, so daß sich die geplante Ablösung erübrigte. Einen nochmals dramatischen Einsatz leistete der BRK-Kreisverband Fürstfeldbruck, dessen Vorsitzender, stellv. Landesarzt Dr. Fritz Seuß, bis 2 Stunden zuvor gleichfalls in der Befehlsstelle des Präsidiums ausgehalten hatte, um gegebenenfalls zur Verfügung zu stehen. Auch über diesen Einsatz muß auf die amtliche Dokumentation, soweit sie darüber berichtet, verwiesen werden.

Seit dem frühen Vormittag stand die Befehlsstelle selbstverständlich in engstem Kontakt mit dem Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn, um dieses über den jeweiligen Sachstand zu informieren.

Der schmerzliche Ausgang ist bekannt, es darf an dieser Stelle daher auf eine weitere Schilderung verzichtet werden. Natürlich herrschte in den ersten Stunden auch bei den freiwilligen Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes an den verschiedenen Einsatzorten lähmendes Entset-

zen und Niedergeschlagenheit. Ministerpräsident Dr. Goppel kam wenige Tage später in seiner Dankansprache bei der Verabschiedung der Einsatzkräfte des Großverpflegungszentrums in ihre Heimatorte darauf zurück, betonte aber zugleich, daß Liebe und Hilfsbereitschaft stets sich als stärker erweisen müßten als Haß und Zerstörung. Er nahm das Sammlungsmotto für die diesjährige Herbstsammlung, lange vor dem tragischen Geschehen festgelegt und nun so überzeugend aber auch schmerzlich bestätigt, vorweg, als er vor den Frauen und Männern bekannte: „Haß zerstört, Liebe heilt.“ Das Rote Kreuz dürfe sich nicht entmutigen lassen und müsse seinen Idealen treu bleiben, die allein trennende Gräben zu überwinden, Gegensätze zu überbrücken, temporäre Feindschaften zu überdauern vermöchten. Nur der beste das Leben, der Freude und Unglück mit gleicher Würde zu tragen vermöge und daraus weiterwirke. Ein dankbares Wort, das die Rotkreuzhelfer neben ihren vielfachen Eindrücken aus ihrem Olympiaeinsatz mit nach Hause nehmen durften.

Den offiziellen Dank des Sanitätsausschusses übermittelte fernab der Hektik der letzten Tage und aus einer abschließenden Gesamtschau der Vorsitzende des Sanitätsausschusses, Ministerialdirigent Dr. Erich Hein, an den Koordinator des Sanitätseinsatzes der Hilfsorganisationen, BRK-Vizepräsident Ministerialrat Dr. Bernhard Kläß, mit nachstehendem Schreiben, mit dem wir zugleich unseren Olympiabericht schließen wollen. Es lautet:

Sehr geehrter, lieber Herr Kollege Kläß, nachdem die Olympischen Spiele München 1972, wenn auch unter tragischen Begleitumständen, ausgeklungen sind, möchte ich nochmals auf diesem Wege Ihnen und Ihren Mitarbeitern aus allen Bereichen des Bayerischen Roten Kreuzes für die großartige Hilfe bei der Vorbereitung und dem Ablauf der Spiele recht herzlich „Vergelt's Gott“ sagen. Der offizielle Dank und die Anerkennung wird bestimmt noch von berufener Seite kommen. Im Hinblick auf unsere beinahe schon traditionelle Zusammenarbeit ist es mir jedoch ein echtes Anliegen, das auch von kollegialer Seite zu tun. Die selbstlose, freiwillige Mitarbeit der Angehörigen der Sanitätsorganisationen ist um so mehr anzuerkennen, als sie doch meist mit vielen persönlichen Opfern verbunden ist. Ebenso ist in hohem Maße zu würdigen, daß trotz gewisser Schwierigkeiten die Einsatzfreudigkeit nicht gelitten hat.

Sehr geehrter Herr Kollege Kläß, alles in allem möchte ich auch Ihnen zum Ausdruck bringen, daß das Bayer. Rote Kreuz eine ausgezeichnete Öffentlichkeitsarbeit geleistet und eine Bewährungsprobe einmaliger Art bestanden hat, deren Erfolge sich auch in Zukunft noch auswirken werden.

In kollegialer Verbundenheit

Ihr

Erich Hein

Dr. Josef Rohrer

DER NEUE IOC-PRÄSIDENT VORSTANDSMITGLIED DES IRISCHEN ROTEN KREUZES

Eine Olympia-Notiz am Rande verdient noch besondere Erwähnung. Sie betrifft den in München zum neuen IOC-Präsidenten gewählten Iren Lord Killanin. Lord Killanin ist neben den vielen Ehrenämtern, die er bekleidet, auch Vorstandsmitglied des Irischen Roten Kreuzes. Lange Zeit war er dessen ehrenamtlicher Sekretär und zeigte sich in dieser Eigenschaft stets an der gesamten Rotkreuzarbeit

interessiert. Die tragischen Ereignisse von München machten unsere Hoffnung zunichte, Lord Killanin durch die Rotkreuzeinrichtungen, insbesondere das Großverpflegungszentrum zu führen, das von zahlreichen ausländischen Sportfunktionären, die zugleich Rotkreuzrepräsentanten waren, besucht und bewundert wurde.

DR. SILBEREISEN, REGENSBURG, NEUER VORSITZENDER DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER ÖFFENTLICHEN UND FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN BAYERN

Der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern, Stadtdirektor a. D. Ludwig Mögele, Augsburg-Haunstetten, mußte leider aus Gesundheitsgründen sein Amt niederlegen. – Aus gründlicher Erfahrung in der öffentlichen Sozialarbeit war und ist er zutiefst überzeugt vom ergänzenden Miteinander beider „Partner“ und übernahm 1953 den Vorsitz der 1948 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft; das Vertrauen der Mitgliedsverbände bestätigte ihn seitdem in dieser nicht immer leichten Aufgabe.

Direktor Mögele hat als Ehrenvorsitzender weiter Sitz und Stimme bei Beratungen und Überlegungen – nunmehr jedoch nach eigener Wahl und ohne Terminzwang.

Als neuer Vorsitzender wurde am 15. Juni 1972 einstimmig gewählt Herr Bürgermeister a. D. Dr. Sigmund Silbereisen, Regensburg, der schon bisher den Bayerischen Städtever-

band in der Arbeitsgemeinschaft vertrat. Dr. Silbereisen ist Vorsitzender des Sozialausschusses (seit 1953) und im Arbeitskreis Jugend des Bayerischen Städteverbands, vertritt diesen in verschiedenen Gremien des Deutschen Städtetags und kennt Chancen und Schwierigkeiten freier Sozialarbeit aus der Sicht seiner Heimatstadt und darüber hinaus, nicht zuletzt auch als Vertreter des Städteverbands in der Landesarbeitsgemeinschaft und Vorsitzender der Pflegeatzkommission Oberpfalz. Bürgermeister Dr. Silbereisen ist zugleich Vorsitzender des BRK-Kreisverbandes Regensburg und stellv. Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz des BRK für den Bereich der Oberpfalz. Auch in dieser Eigenschaft bringt er zahlreiche Erfahrungen für sein neues, verantwortungsvolles Amt mit.

Ehrenamtlicher Geschäftsführer bleibt weiterhin Diakon Arthur Krumm, Leiter der Außenstelle München des Diakonischen Werks in Bayern.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 41 vom 17. 7. 1972: Neueinstellung eines Sachbearbeiters für das Referat Fernmeldewesen
Nr. 42 vom 26. 7. 1972: Erholungsmaßnahmen im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte
Nr. 43 vom 3. 8. 1972: Material für Erste-Hilfe-Ausbildung Leitfaden und Diapositiv-Reihe „Erste Hilfe“; Diapositiv-Reihe „Sofortmaßnahmen am Unfallort“
Nr. 44 vom 11. 8. 1972: Bayerisches Gesetz über den Rettungsdienst (BayRDG) hier: Letzter Stand der Entwicklung
Nr. 45 vom 7. 9. 1972: Ausweitung von Einsatzmöglichkeiten für Ersatzdienstleistende im sozialen Bereich
Nr. 46 vom 14. 9. 1972: Katastrophenschutz – Erweiterung Katastrophenschutz
Nr. 47 vom 15. 9. 1972: Wohlfahrtslotterie 1972/73
Nr. 48 vom 21. 9. 1972: Bundessondermittel zur Förderung von Schwestern-Wohnheimen
Nr. 49 vom 19. 9. 1972: Weihnachtsspendung 1972
Nr. 50 vom 15. 9. 1972: KTP/URD – Vergütungen und Versicherungsfragen

Eilmitteilungen vom

27. 7. 1972: Erste-Hilfe-Ausstattungen für Behörden und Dienststellen, bei denen Ärzte tätig sind
23. 8. 1972: Zusatzaltersversorgung
21. 9. 1972: Arbeitsrecht – Allgemeine arbeitsrechtliche Fragen
21. 9. 1972: Vorunterrichtung über die neuen Pflegegesetz-Termine

AUSBILDUNGSWESEN

2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen vom 10. 10. bis 24. 11. 1972

- Nr. 32 vom 10.–18. 10. 1972: Ausbildung von Kurslehrerinnen „Pflege von Mutter und Kind“
Nr. 33 vom 19.–27. 10. 1972: Ausbildung von Kurslehrerinnen „Häusliche Krankenpflege“
Nr. 34 vom 7.– 9. 11. 1972: Führungskräfte – Suchdienst im K-FALL und Außenstellen des Amtlichen Auskunftsbüros
Nr. 35 vom 10.–12. 11. 1972: Ausbildungskräfte der Bezirksverbände zur Schulung von JRK-Gruppenleitern
Nr. 36 vom 13.–17. 11. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Oberbayern
Nr. 37 vom 20.–24. 11. 1972: Ausbilder/innen Erste Hilfe geschlossener Lehrgang des BV Schwaben

PERSONALFRAGEN

3. Heimleiterin für Hafnpreppach gesucht

Für unser Kurheim für haltungsgefährdete Kinder der Hellmuth-Riehl-Stiftung, Hafnpreppach (Landkreis Ebern, Unterfranken) suchen wir zum 1. 1. 1973 eine erfahrene Jugendleiterin oder Kindergärtnerin mit pflgerischen Kenntnissen

als Heimleiterin (ohne Wirtschaftsführung).

Die Einstellung erfolgt nach Vergütungsgruppe Vb BAT mit allen sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit Ausbildungs- und Beschäftigungsnachweisen sind zu richten an:

Bayerisches Rotes Kreuz, Präsidium, Personalabteilung, 8000 München 22, Wagnmüllerstraße 16.

4. Fahrer und Sanitäter im KTP und URD vom Kreisverband Kempten gesucht

Der BRK-Kreisverband Kempten sucht zum 1. 10. 1972 einen Fahrer und Sanitäter im KTP und URD. Geboten werden außer Vergütung mit Aufrückungsmöglichkeit nach BAT Zusatzaltersversorgung und alle sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes. Eine Neubau-Dienstwohnung, bestehend aus drei Zimmern, Wohnküche, Bad, WC, Korridor und Kelleranteil mit insgesamt 70 qm zum Mietpreis von DM 185,-, steht zur Verfügung.

Voraussetzung für die Einstellung ist Grundausbildung und nach Möglichkeit Sanitätsausbildung; ferner Führerschein der Klasse III mit mindestens zweijähriger Fahrpraxis.

Bewerbung mit ausführlichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Schul- und Berufszeugnisse, Ausbildungsnachweise, Nachweise über bisherige Ausbildung beim Roten Kreuz und nach Möglichkeit Beurteilung des zuständigen Kolonnen- bzw. Kreiskolonnenführers) werden erbeten an:

BRK-Kreisverband Kempten, Geschäftsführung, 896 Kempten, Salzstraße 5.

5. Kreisverband Starnberg sucht Fahrer und Sanitäter für den KTP und URD

Das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Starnberg, sucht für seine Rettungsnebenwache Oberalting-Seefeld (herrliche Seengegend in der Nähe Ammer-, Pilsen- und Wörthsee) ab sofort einen hauptamtlichen Sanitäter für den Unfallrettungsdienst und Krankentransport.

Die Vergütung erfolgt nach BAT mit Zusatzaltersversorgung.

Eine Dienstwohnung (Neubau, Erstbezug) steht sofort beziehbar zur Verfügung. Einsatz auf neuem Unfallrettungswagen.

Voraussetzungen: Führerschein Kl. III mit mindestens 2jähriger Fahrpraxis erforderlich. Bewerber mit Vorkenntnissen im Sanitätswesen werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen (Lichtbild, Lebenslauf, polizeiliches Führungszeugnis, evtl. Ausbildungsnachweis, sowie sonstige Zeugnisse) baldmöglichst einzureichen an: BRK-Kreisverband, 8130 Starnberg, Kaiser-Wilhelm-Straße 5, telefonische Anfragen unter Nr. (081 51) 25 30.

6. Ungültigkeitserklärungen von Dienstaussweisen

Nachstehende Dienstaussweise bzw. Dienstbücher sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Kreisverband Laufen a. d. Salzach: Dienstbuch Nr. 013-153, ausgestellt auf den Namen Rudolf Otter, geb. 15. 4. 1936;

Dienstbuch und RK-Ausweis Nr. 013-160, ausgestellt auf den Namen Franz Huber, geb. 25. 11. 1923.

Kreisverband Nürnberg-Land in Altdorf:

Dienstaussweis Nr. M 25-1495, ausgestellt auf den Namen Franz Stefanitz, geb. 28. 3. 1946, wohnhaft Schwarzenbruck, Poststraße 242;

Dienstaussweis Nr. M 25-1560, ausgestellt auf den Namen Norbert Seitz, geb. 20. 1. 1951, wohnhaft Altenfurt, Kirchstraße 73.

Kreisverband Lauf/Pegnitz:

Dienstaussweis Nr. M 19/1114, ausgestellt auf den Namen Egon Weidinger, geb. 29. 5. 1950, wohnhaft Lauf/Pegnitz;

Kreisverband Passau:

Dienstaussweis: Nr. 24/295, ausgestellt auf den Namen Maria Krenn, wohnhaft Passau.

KRANKENTRANSPORT

7. Krankentransport-Rahmenvertrag mit der Hochschulkrankenversicherung (HKV)

Der Rahmenvertrag zwischen dem BRK und der Bayerischen Beamtenkrankenkasse mit Krankenkasse Bayer. Erzieher - Hochschulkrankenversicherung (HKV) ist gegenstandslos geworden, da die Hochschulkrankenversicherung am 31. 3. 1972 aufgelöst wurde.

Transportrechnungen sind den Patienten selbst in Rechnung zu stellen und diesen zuzusenden, d. h. allen Versicherten der Bayer. Beamtenkrankenkasse mit Krankenkasse Bayer. Erzieher - Hochschulkrankenversicherung müssen die Kosten direkt in Rechnung gestellt werden.

8. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Herr Wolfgang Gietl, 8081 Geltendorf, sucht einen gebrauchten Krankenkraftwagen Mercedes 190 D oder 200 D, auch mit Motorschaden, oder Unfallfahrzeug.

Kreisverbände, die einen solchen gebrauchten Krankenkraftwagen abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit Herrn Gietl in Verbindung zu setzen.

Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen sämtliche Krankentransport-Einrichtungen, sowie Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

SOZIALARBEIT

9. Lehrgang „Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs“

Themen u. a.: Rauschmittel, Depravation, Stoffwechsel; Hilfen für Entziehungsbereite; Rechtliche Fragen; Finanzierungen.

Lehrgangsort: Caritas-Pirkheimer Haus, 85 Nürnberg

Termin: 13. 11.-18. 11. 1972

Teilnehmer: Mitarbeiter aus allen Bereichen des BRK, die entweder auf diesem Gebiet bereits tätig sind oder tätig werden wollen.

Anzahl der Teilnehmer: 25

Anmeldung: über KV und BV; die Reihenfolge des Eingangs entscheidet.

Kostenfall: - b -

10. Gewährung allgemeiner Zuwendungen für Hauspflege und Familienpflegeeinrichtungen

Ambulante Krankenpflege, Hauspflege und Altenpflege wurde bisher überwiegend von ambulanten Krankenpflegestationen der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege wahrgenommen. Diese Stationen sind von 1565 im Jahr 1959 auf 1257 im Jahr 1969 zurückgegangen. Dazu hat vor allem der Nachwuchsmangel bei Ordensfrauen und Diakonissinnen beigetragen, außerdem die völlig ungenügende finanzielle Absicherung der Träger.

Andererseits besteht theoretisch völlige Einmütigkeit in der Forderung, offene Hilfen zu verstärken und damit Krankenhausaufenthalte sowie Heimeinweisungen (insbesondere in der Altenhilfe) zu vermeiden oder aufzuschieben.

Das für die Sozialpolitik in Bayern federführende Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat deshalb die Absicht, Sozialstationen als Modelleinrichtungen auch finanziell zu unterstützen. Diese, getragen von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, sollen mit mindestens je einer vollausgebildeten Krankenschwester, Familienpflegerin und Altenpflegerin besetzt sein. Als Einzugsgebiet ist je nach der Verkehrssituation eine Einwohnerzahl von 20 000-40 000 vorgesehen. Vorerst sind 11 solche Stationen geplant, und zwar in Großstädten, Mittelstädten und auf dem flachen Lande.

Sowohl die Träger der Sozialhilfe als auch der Sozialversicherung erfahren durch solche Stationen eine fühlbare finanzielle

Entlastung - ganz abgesehen von den individuellen Wünschen der Hilfeempfänger auf Verbleiben in ihrer Familie bzw. bisherigen Umgebung.

Die nachstehenden Empfehlungen des Deutschen Vereins - welche eigentlich nur Selbstverständlichkeiten aussprechen! - sind deshalb auch in Bayern von besonderem Interesse.

I. Aufgabe und Bedeutung der Hauspflege/Familienpflege

Die Hauspflege/Familienpflege hat sich zu einem wichtigen Bereich der Sozialarbeit entwickelt; ihr kommt in der modernen Industriegesellschaft mit ihren gewandelten Formen des menschlichen Zusammenlebens eine besondere Bedeutung zu. Durch den schnellen Einsatz einer Hauspflegerin/Familienpflegerin kann insbesondere die Familie für die Zeit des Ausfalls der Mutter funktionsfähig gehalten werden. Dadurch werden notwendige soziale, insbesondere gesundheitliche Maßnahmen ermöglicht und durchgeführt. Nicht selten werden durch den Einsatz einer Hauspflegerin/Familienpflegerin kostspielige und fürsorglich bedenkliche anderweitige Unterbringungen der unversorgten Familienangehörigen vermieden.

Unter Hauspflege/Familienpflege versteht man die vorübergehende Betreuung von Familien oder Einzelpersonen in ihrer Häuslichkeit in pflegerischer, hauswirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht durch eine Pflegeperson, die einem die Hauspflege ausübenden freien oder öffentlichen Träger angehört. Voraussetzung ihrer Tätigkeit ist ein durch Krankheit oder andere soziale Gründe verursachter Notstand, der weder durch die Gemeindeschwester noch durch andere soziale Dienste noch durch Haushaltshilfe allein zu beheben ist.

Hauspflegerinnen/Familienpflegerinnen sind Personen, die ein Examen an einer Fachschule für Hauspflege/Familienpflege abgelegt und die staatliche Anerkennung als Hauspflegerin/Familienpflegerin erhalten haben. Hauspflegehelferinnen/Familienpflegehelferinnen sind Mitarbeiterinnen in der Hauspflege, die durch Kurse auf diese Tätigkeit vorbereitet wurden. Da die Hauspflege/Familienpflege im ländlichen und speziell im landwirtschaftlichen Bereich besonderen Arbeitsbedingungen unterliegt, tritt hier die Dorfhelferin (ländliche Familienpflegerin) mit eigener Fachausbildung und staatlicher Prüfung bzw. Anerkennung ein. Die Hauspflege/Familienpflege ist heute zu einem unentbehrlichen sozialen Dienst geworden. Die Verpflichtung zur menschenwürdigen und familiengerechten Gestaltung sozialer Hilfen kann in vielen Fällen nur durch Einschaltung dieser Institution erfüllt werden. Sie darf daher im örtlichen Bereich nicht fehlen.

II. Finanzierung der Hauspflege/Familienpflege

Die Hauspflege/Familienpflegeeinrichtungen decken ihre Ausgaben aus drei Einnahmequellen:

1. Aus Kostenbeiträgen der Betreuten

Diese Kostenbeiträge werden fallweise von Versicherungsträgern oder von Trägern der Sozialhilfe übernommen.

2. Aus Eigenleistungen des Trägers

Art und Umfang der Eigenleistung ist - je nach Struktur des Trägers - unterschiedlich. Oft können als Eigenleistung nur ehrenamtliche Mitarbeit und Sachleistungen erbracht werden. Selbst im günstigsten Falle wird die Eigenleistung nur einen kleinen Teil der entstehenden Kosten abdecken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Träger ohnehin zusätzlich die nicht unerheblichen Investitionen bei der Errichtung neuer Stationen und bei der Ausbildung und Fortbildung der Fachkräfte mit aufzubringen haben und daß sie außerdem das Betriebsrisiko tragen.

3. Aus allgemeinen Zuwendungen

Allgemeine Zuwendungen sind notwendig, weil die laufenden Kosten mit den Kostenbeiträgen und der Eigenleistung nicht voll bestritten werden können (vgl. dazu Abschnitt III).

III. Notwendigkeit allgemeiner Zuwendungen

Eine Hauspflegerin/Familienpflegerin - in der Regel in Anlehnung an BAT Gr. VII/VIh besoldet - kostet heute nach den vorliegenden Unterlagen verschiedener Trägerverbände zwischen 60,- und 85,- DM reine Personalkosten je Arbeitstag*).

*) Berechnet nach den Aufwendungen im Jahr 1971.

Entnommen aus „Bayerischer Wohlfahrtsdienst“, Nr. 7, Juli 1972.

Es ist unmöglich, diese Kosten – abzüglich der Eigenleistung des Trägers – voll auf die Betreuten abzuwälzen. Gegen ein solches Verfahren spricht insbesondere, daß

- dann viele Familien trotz akuter Notlage abgehalten würden, die Hilfe einer Hauspflegerin/Familienpflegerin in Anspruch zu nehmen;
- die Notwendigkeit des Einsatzes einer Hauspflegerin/Familienpflegerin in der Regel durch eine andere Bedarfssituation ausgelöst wird, für die der Familie ebenfalls zusätzliche Kosten entstehen (z. B. Müttergenesung, Krankenhausaufenthalt);
- die Tagessätze so hoch werden, daß die Kostenträger Ganztagspflegen nicht mehr übernehmen, sondern sie sich mit Kostenzusicherungen für Stundeneinsätze begnügen;
- somit die Gefahr besteht, daß die Hauspflegerin/Familienpflegerin dann auf einen stundenweisen Einsatz zurückgedrängt wird und damit
- nicht mehr dem echten Bedarf entsprechend eingesetzt, sondern nur als reine Haushaltshilfe tätig wird oder daß gar die Durchführung einer notwendigen sozialen Maßnahme (z. B. notwendige Operation, Müttergenesung) unterbleibt;
- die öffentlichen Kostenträger auf andere, scheinbar billigere Maßnahmen ausweichen könnten, obwohl diese fürsorglicher bei weitem nicht so wirkungsvoll sind;
- das Risiko der Trägerschaft damit zu groß wird, weil die Finanzierung ausschließlich über den Kostenbeitrag zu unsicher und unzulänglich ist.

Nach den bisherigen Erfahrungen der Träger können die tatsächlichen Aufwendungen der Hauspflege/Familienpflege nur zu etwa einem Drittel über die Kostenbeiträge der Betreuten (Tagessätze) finanziert werden. Ohne allgemeine Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln kann daher auf die Dauer gesehen weder der Bestand der vorhandenen Einrichtungen aufrecht erhalten noch der dringend notwendige Ausbau dieser wichtigen sozialen Dienste forciert werden. Daß in vielen Bereichen die notwendigen Einrichtungen nicht oder nicht zureichend vorhanden sind, liegt nicht allein an dem Mangel an Fachkräften, sondern wesent-

lich auch an fehlenden oder zu geringen allgemeinen Zuwendungen.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise, die Träger der Sozialhilfe und der Jugendhilfe, die Länder und die Versicherungsträger sind daher aufgefordert, den Bestand an Hauspflege-/Familienpflegeeinrichtungen durch Gewährung institutioneller Förderung zu erhalten und darüber hinaus den notwendigen Ausbau dieser sozialen Dienste zu ermöglichen.

11. Müttergenesungswerk

Das DRK-Therapiezentrum *Murdorf/Steinhuder-Meer* hat die Anerkennung als Mütter-Kurheim (mit gleichzeitiger Aufnahme von behinderten Kindern) erhalten.

Die Anmeldung des Hauses bei der Barmer Ersatz-Krankenkasse als MGW-Einrichtung ist durch die MGW-Geschäftsstelle erfolgt. Kur-Termine sind dem Sonder-Kurplan des DRK, sowie dem Sonder-Kurverzeichnis des MGW zu entnehmen.

12. Kinder aus Krisen-Gebieten; Zuständigkeiten für Adoptionen und Patenschaften

Immer wieder kommen Anfragen bzw. Bitten um Vermittlung von Adoptionen und Patenschaften für Kinder aus Krisengebieten. – Bei einem Teil der Bevölkerung besteht die irri-
ge Meinung, daß sich das DRK mit diesem Problemkreis befaßt.

Nachstehend geben wir Anschriften von Institutionen bekannt, die sich nach Feststellung des DRK-Generalsekretariats einschalten und zwar bei:

Adoptionen: Terre des Hommes, 1000 Berlin 38, Ilsesteinweg 55, Adoptionsreferat: z. Hd. Frau Dr. M. Weyer.

Patenschaften: Deutsche Welthungerhilfe, 5300 Bonn 1, Adenauer-
allee 49 (zur Deckung von Unterhalts- und Ausbildungskosten für verwaiste Kinder).

Wir bitten bei Anfragen an diese Stellen zu verweisen.

NACHRICHTENTEIL

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

13. Oberbayern

Notarztwagen des Roten Kreuzes Landsberg in Dienst gestellt!

Der seit einiger Zeit durch Unterstützung des Landkreises und der Stadt Landsberg, sowie von Bürgern und Firmen angeschaffte und nun eingesetzte Rettungswagen hat seine Bewährungsprobe bestanden. Bei Unfällen und Notfällen ist es somit möglich, bei entsprechender Verständigung, daß der Rettungswagen mit einem Unfallarzt zur Unfallstelle kommt.

Herr Chefarzt Dr. Schmidinger und Frau Dr. Diedert vom Krankenhaus Landsberg haben sich freiwillig für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt. Der Rettungswagen ist als „Mini-Operationssaal“ ausgestattet und enthält, was ein Arzt benötigt, um ein Leben zu retten. Ein Elektro-Schockgerät soll einem evtl. Unfallschock vorbeugen, der Pull-Motor die Atmung in Gang halten und ein EKG-Sichtgerät erlaubt dem Arzt, die Herz-tätigkeit eines Verunglückten zu kontrollieren. Da die Kranken-transportstelle Landsberg in der Frieseneggerstraße zu weit vom Krankenhaus entfernt ist und durch die Abholung des Notarztes im Krankenhaus zuviel Zeit in Anspruch genommen würde, hat sich der Kreisverband des Roten Kreuzes entschlossen, für den Notarzt einen eigenen Einsatzwagen mit Funkeinrichtung, Blaulicht und Sirene zu beschaffen. So kann der Rettungswagen bei Alarmierung sofort an die Unfallstelle beordert werden, der Notarzt kann durch Funk sofort Verbindung mit dem Einsatzwagen aufnehmen. Dies hat sich jetzt durch die gute Zusammenarbeit zwischen Landespolizei – Notarzt – Rotes Kreuz bestens bewährt.

Ausflug der Partenkirchener Sanitätskolonne mit den Kindern der Rheumaklinik

Stolz und glühend vor Eifer zeigte der kleine Manfred seinen etwas ängstlich zurückweichenden Freunden und Pflegerinnen einen Krebs, den ein Taucher der Wasserwacht aus dem Eibsee gefischt hatte.

Wie Manfred, so haben sich alle Kinder auf diesen Ausflug besonders gefreut, für viele Kinder der Rheumaklinik ist es fast die einzige Gelegenheit, einmal aus ihrer alltäglichen Umgebung herauszukommen.

So war es auch verständlich, daß in der Kinderklinik in den Tagen zuvor wegen des anhaltend schlechten Wetters große Unruhe herrschte. – Würde dieser Ausflug abgesagt werden müssen oder würde sich das Wetter doch noch bessern? Doch ungeachtet des Wetters liefen die Vorbereitungen, ein Lied wurde eigens für diesen Anlaß gedichtet und einstudiert, ein Junge malte ein farbenfrohes Bild mit einer riesigen Sonne und darunter war zu lesen: „Für die lieben Sanitäter“. Und tatsächlich, die Sonne hat sich rühren lassen, kurz nach Mittag konnten bei strahlender Maisonne 49 Kinder die Sanitätsfahrzeuge und Privatwagen besteigen und als die Dreiräder und Rollstühle verstaute waren ging es zusammen mit den achtzehn Sanitätern aus Partenkirchen zum Zugspitzbahnhof. Dort fuhr kurz darauf der eigens für diese Veranstaltung kostenlos zur Verfügung gestellte Waggon der Zugspitzbahn vor. Die Fahrt zum Eibsee war für die Kleinen schon voller Neuigkeiten, die seltsam schräg gebauten Sitze der Abteile wurden begutachtet, die mächtige Zahnschiene zwischen den Gleisen ab Grainau war von großem Interesse und dann natürlich die Landschaft. Die Sanitäter konnten kaum alle Fragen nach Höhe und Namen der Berggipfel beantworten. Vom Eibseebahnhof ging es dann zu Fuß, auf Dreirädern und im Rollstuhl ganz dicht an das Ufer des Eibsees, hier wartete bereits die

Hauptattraktion des Tages auf die Kinder. Fasziniert betrachteten die Kleinen die acht Taucher der Wasserwacht, die dort unter Leitung von Günter Greulich eine Übung vorbereitet hatten. So einen Taucher aus der Nähe zu sehen war sehr spannend, der etwas unheimliche Anblick durch den schwarz-gelben Gummianzug, die Preßluftflaschen, die Atemschläuche, Tiefenmesser und Bleigürtel und vor allem auch das Tauchermesser übten eine große Anziehungskraft auf die Kinder aus, die darin gipfelte, daß ein Junge wissen wollte, wie schnell ein Taucher das Messer, das am Unterschenkel getragen wird, ziehen kann. Allem Anschein nach war er von der blitzartigen Ausführung dieses Wunsches stark beeindruckt und dachte wohl, die Taucher der Wasserwacht stünden seinen Helden aus Westernfilmen in nichts nach.

Nun lief die Tauchübung planmäßig und von den Kindern lebhaft beklatscht. Ein Schiffbrüchiger wurde aus dem See geborgen, ein verunglückter Taucher aus der Tiefe geholt und bei einer Tief-tauchervorführung brachte ein Taucher ganz unprogrammäßig jenen lebenden Krebs mit, den Manfred fachmännisch, wie es ihm gezeigt worden war, ohne Scheu vom Rücken her ergriff und herumzeigte. Eine Stunde später fand dann beim Technischen Hilfswerk eine Geräteschau statt, wieder war ein Boot mit Außenborder Blickpunkt und die leuchtend orangen Schwimwesten wurden gleich angelegt. Die Männer des Technischen Hilfswerkes führten eine Quarzlampe an einem hohen Kurbelmast vor und setzten sie mit einem tragbaren Generator in Betrieb. Zur Besichtigung wurden dann die Einsatzwagen in den Hof gefahren. Inzwischen war auch im THW für alle Kinder die Kaffeetafel gedeckt. Nachdem die Kuchenberge verzehrt waren, trugen die Kleinen ihr selbstverfaßtes Lied vor, um dann voller neuer Eindrücke und glücklich über den schönen Ausflug in die Klinik zurückgebracht zu werden.

Christoph Pabst

14. Niederbayern/Oberpfalz

Johann Kandlbinder ist das älteste aktive Mitglied des BRK

Zum 90. Geburtstag gratulierten am Ehrenabend in Tiefenbach zehn Vereine

Die Passauer Neue Presse schrieb dazu:

Auf Einladung der Gemeinde feierten die Sanitätskolonne, der Soldaten- und Kriegerverein, die Feuerwehr, der Obst- und Gartenbauverein, der Bienezuchtverein und der CSU-Ortsverband den 90. Geburtstag ihres langjährigen Mitgliedes Johann Kandlbinder. Am Freitag gegen 20 Uhr trafen sich die Ortsvereine in Gramming beim Anwesen des Jubilars. In einem Autokorso wurde Kandlbinder nach Tiefenbach ins Gasthaus Sammer gebracht. Bürgermeister Ludwig Rankl begrüßte Landrat Baptist Kitzlinger, den Jubilar, den Vertreter des Orts Pfarrers, Kaplan Graf, Kolonnenarzt Dr. Vogel, Kreiskolonnenführer Fisch, die Leiterin der Frauenbereitschaft Fr. Held sowie Frau Ehegötz, den Geschäftsführer des Roten Kreuzes Holzinger, die Vertreter der Deutschen Bundesbahn Günther und Puffer, Ex-Bürgermeister Silberstein sowie Altbürgermeister Fraunhofer, die Gemeinderäte und die anwesenden Gäste. Bürgermeister Rankl würdigte in seiner Rede die Hilfsbereitschaft und die Kameradschaft von Johann Kandlbinder, der der zweitälteste Bewohner der Gemeinde Tiefenbach sei. Selbst in seinem hohen Alter besuche Kandlbinder jedes Jahr den politischen Aschermittwoch in Vilshofen!

Kandlbinder wurde am 27. August 1882 in Sulzsteg, Gemeinde Grubweg, geboren. Er entstammt einer kinderreichen Familie. Bis 1899 war er landwirtschaftlicher Arbeiter, ab 1903 diente er beim bayerischen 16. Infanterie-Regiment und brachte es bis zum Leutnant. Von 1914 bis 1918 diente er als Frontsoldat, wurde wiederholt für seine Tapferkeit ausgezeichnet und schied als Leutnant der Landwehr aus. Später war er bei der Reichsbahn tätig und schied 1945 nach Vollendung seines 65. Lebensjahres als Reichsbahnobersekretär aus. Schwere Schicksalsschläge blieben ihm nicht erspart. 16 Jahre war er Soldat, sein Sohn ist vermißt, die Frau verlor er frühzeitig. Nach dem Zweiten Weltkrieg erwarb er das Anwesen seiner Schwester in Gramming, das nun sein Sohn weiterführt. Seit 45 Jahren ist er Mitglied des Roten Kreuzes und versieht schon lange das Amt des Schriftführers in der Ortskolonne. Als äußeres Zeichen der Wertschätzung übergab Bürgermeister Rankl dem Jubilar ein Bild von Tiefenbach. Landrat Baptist Kitzlinger würdigte die Verdienste des Jubilars, der nur für die Allgemeinheit lebe und nicht für sich selbst. Solche Menschen brauche die jetzige Gesellschaft. Als Sprecher des Kreisverbandes des Roten Kreuzes dankte Kitzlinger dem Jubilar für seine Tätigkeit, wünschte ihm weiterhin Gesundheit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Kandlbinder auch noch den 100. Geburtstag feiern könne. Als nächster Redner würdigte Kolonnen-

arzt Dr. Vogel das Pflichtbewußtsein, die Hingabe und die Unermüdbarkeit Kandlbinders für die Sache des Roten Kreuzes. Es sei nicht alltäglich, daß ein Verein ein Mitglied so ehre und feiere. Kandlbinder aber verdiene diese Ehrung. Trotz seines hohen Alters versäume er in den Wintermonaten nie die Ausbildungsabende. Er sei ein Vorbild an Pflichterfüllung und Kameradschaft für alle, besonders für die Jugend. Im Auftrag des Kreisverbandes überreichte Kreiskolonnenführer Fisch Kandlbinder das goldene Ehrenzeichen am Band. In seiner Ansprache hob Fisch hervor, daß Kandlbinder mit 90 Jahren das älteste aktive Mitglied des Bayerischen Roten Kreuzes sei.

15. Ober-/Mittelfranken

Lions-Club Bamberg: Zum 10jährigen Jubiläum ein Rettungswagen für das BRK

Der Lions-Club Bamberg, der am 3. Juni dieses Jahres sein 10-jähriges Bestehen feiern konnte, gab seinem Leitideal „We serve“ bei dieser Gelegenheit einen demonstrativen und überzeugenden Ausdruck: Er spendete dem BRK-Kreisverband Bamberg einen neuen Krankentransportwagen im Werte von DM 16 000,-. Das hochherzige Geschenk ist um so höher zu werten, wenn man weiß, daß die Bamberger Sektion nur 28 Mitglieder zählt, jedes einzelne also ganz gehörig in die Tasche greifen mußte. L Dr. Albrecht Hofmann aus Bamberg betonte in seiner Festansprache, daß mit dieser Spende der Lionsgrundsatz: „Dienst an der Gemeinschaft aus christlich-humanitärer Gesinnung“ verdeutlicht werden sollte. Auch die Freundschaft über die Grenzen hinweg sei ein Bindeglied zum Ideengut des Roten Kreuzes, wie es in seinem caritativen und humanitären Wirken zum Ausdruck komme. ORMR a. D. Dr. Reinhard, der als Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg aus der Hand des Lions-Club-Präsidenten, Dr. Viktor Harth, die Schlüssel des Wagens übernehmen konnte, dankte herzlich für das „großartige Geschenk“, mit dem der Lions-Club einmal mehr seinem Auftrag zur tätigen Hilfe, zu der sich alle Mitglieder bei ihrer Aufnahme verpflichtet hätten, nachgekommen sei. Die von den Lions-Clubs gepflegte „Freundschaft über Grenzen hinweg“ zeigte auch hier sichtbar und greifbar seine Früchte. Als Jubiläumsgeschenk an den LC Bamberg hatte der LC Wien-St. Stephan nämlich ein Sauerstoffgerät für den neuen Krankentransportwagen hinzugegeben.

Bundesverdienstkreuz für Eduard Jäger, Altdorf

Anlässlich der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Nürnberg/Land am 2. September 1972 konnte der Schatzmeister des Kreisverbandes, Herr Eduard Jäger, Altdorf, aus der Hand des stellv. Landrats und Ersten Vorsitzenden, ORR Kurt Purucker, das ihm vom Bundespräsident Heinemann verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande entgegennehmen. Eduard Jäger, seit 1937 aktiv im BRK tätig, als Fahrer und Sanitäter im Krankentransport und Unfallrettungsdienst, als ehren- und hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer und als Schatzmeister, war hauptsächlich mit am Bau des neuen Rotkreuzhauses in Altdorf beteiligt. Noch heute übt er in vorbildlicher Weise das Amt des Schatzmeisters im Kreisverband aus.

16. Unterfranken

5 neue Rettungswagen in Dienst gestellt

Auf 60 000,- DM kam der neue Rettungswagen zu stehen. 7974,- DM mußte der Kreisverband aus eigenen Mitteln dazu bereitstellen, der Rest setzte sich aus Zuschüssen und Spendeneingängen des Landkreises, der Gemeinden und Firmen sowie des Staatszuschusses über das BRK-Präsidium zusammen. Nicht zuletzt diese Hilfen machten dem Kreisverband Alzenau die dringend notwendig gewordene Anschaffung eines modernen Rettungswagens möglich, wie der 1. Vorsitzende des Kreisverbandes, ORR Dr. Karl Lautenschläger, bei der feierlichen Übergabe des Wagens bekanntgab. Neben den 3 vorhandenen Krankentransportwagen verfügt der Kreisverband damit über ein wesentliches Hilfsmittel im Kampf gegen den Verkehrstod, der auch in diesem Verkehrsraum in den letzten 5 Jahren erschreckend zugenommen hat. Auch Landrat Eller begründete damit die Dringlichkeit der Anschaffung und versprach weitere Hilfe. Kaplan Josef Otter gab dem Fahrzeug in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die kirchliche Weihe. – Auch der Kreisverband Oberburg konnte am 7. Oktober 1972 im Rahmen einer Feierstunde anlässlich der Übergabe eines neuerstellten Garagentraktes 1 modernen Notarztwagen und 2 neue Krankentransportwagen in Dienst stellen. Seit 1969 ist der Kreisverband im Besitz eines neuen und zweckmäßig erbauten Rotkreuzhauses. Auch hier wurde der Rettungsdienst in den zurückliegenden Jahren systematisch aus-

gebaut. Mit 4000 Transporten und einer Fahrleistung von 130 000 km im Jahre 1971 wurde ein neuer Rekord aufgestellt, der die Notwendigkeit der Neuanschaffung bestätigte. – Auch der Kreisverband Kitzingen hat sich einen modernen Notarztwagen zugelegt, um den Unfalltod mit modernsten Mitteln bekämpfen zu können. So besitzt das neue Fahrzeug neben einem eingebauten Kreislaufmarkosegerät, Puls- und Atemzähler, Herz-Lungen-Wiederbelebungsgerät einen Herzschrittmacher. Insgesamt hat sich der Kreisverband Fahrzeug und Ausrüstung 91 000,- DM kosten lassen. Wie Bezirkstagspräsident a. D. Oskar Schad als Vorsitzender des Kreisverbandes feststellte, hofft man, 1973 durch weitere Spendeneingänge noch ein EKG-Gerät anschaffen zu können.

17. Schwaben

Sanitätseinsatz bei der Weltrallye der Campingfreunde in Lechbruck

Vom 3. bis zum 10. August 1972 fand in Lechbruck bei Füssen die diesjährige Weltrallye der Campingfreunde statt. Mehr als 15 000 Teilnehmer aus 27 Nationen hatten auf dem Musterplatz des Deutschen Campingclubs „Stadt Essen“ am oberen Lechsee ihre Wohnwagen aufgestellt, in einem idealen Gelände, abseits vom großen Verkehr und doch leicht erreichbar, unweit vom Hochgebirge. Den Sanitätseinsatz auf dem Campingplatz hatten der Kreisverband Füssen des Bayer. Roten Kreuzes und die Sanitätseinheit von Altenstadt bei Schongau übernommen. Ein Arzt dieser Einheit war in ständiger Bereitschaft. Vierzehn Tage lang, und zwar rund um die Uhr, waren die Frauen und Männer des Füssener Roten Kreuzes eingesetzt; Marktoberdorf leistete Nachbarschaftshilfe. In einem Wohnwagen, der auch als Unterkunft für die Nacht diente, wurden vor allem Frauen und Kinder versorgt: 82 Babys und Kleinkinder zählten auch zu den Teilnehmern des Welttreffens. Die Männer halfen im großen Verbandszelt der Bundeswehr. Über 30 Transporte, die meisten während der Nacht, wurden von den Fahrern durchgeführt. Über 380 Hilfeleistungen gewährten die Frauen. Sie leisteten 1008 Einsatzstunden, das entspricht 126 Arbeitstagen. Die Männer stellten 1344 Stunden ihrer Freizeit zur Verfügung, das sind 168 Arbeitstage. Die meisten Patienten waren Ausländer. Einige der Rotkreuzfrauen, die über gute Fremdsprachenkenntnisse verfügen, konnten bei den ernsteren Erkrankungen auch bei ihnen die seelische Betreuung übernehmen. Weithin sichtbar wehte die Rotkreuzfahne über dem rd. eine Million Quadratkilometer großen Campinggelände – ein Zeichen, das alle verstanden, ob sie nun aus der Türkei kamen oder aus Japan, aus Ungarn oder Texas, aus Finnland oder England. Auch dieser Einsatz konnte ein bescheidener Beitrag zur Völkerverständigung sein.

L. Hackencis

Unsere Buchbesprechung

Heute:

Ross, Murray G.

„Gemeinwesenarbeit Theorie, Prinzipien, Praxis“

Lambertus-Verlag, Freiburg/Breisgau, 1968

Grundlegende Darstellung der Community Organization (Gemeinwesenarbeit) innerhalb des angelsächsischen Schrifttums.

Die Unruhe, die technischer Fortschritt, Normenveränderungen in unsere Gesellschaft gebracht haben, zwingt sowohl den Einzelnen als auch Gesellungen von Bürgern zu aktiver Mitgestaltung unserer Gesellschaft.

Durch Beeinflussung von Meinungen und Haltungen vorhandener Kulturen und Gegenkulturen kann Gemeinwesenarbeit zu einem bedeutsamen Mittel von Sozialisationsprozessen werden.

Terminvormerkung

Die nächste Sitzung des BRK-Landeskomitees findet am 25. November 1972 um 10 Uhr statt. Wir bitten die Mitglieder des Komitees um Vormerkung des Termins.

TOTENEHRENTAFEL

Wir gedenken in Ehrfurcht und Dankbarkeit unserer Verstorbenen:

Frau Paula Wehrmann

Leiterin des Sozialreferates im BRK-Präsidium von 1950 bis 1967.

Dr. Konrad Blesch

Kolonnenarzt der Sanitätskolonne Amberg und Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Amberg seit 1. 10. 1955.

Regierungsdirektor Josef Holz

Justitiar des BRK-Kreisverbandes Tirschenreuth.

Praktische Hauskrankenpflege

Leitfaden und Lehrbuch der häuslichen Krankenpflege von Dr. med. Erwin R. Birke, Leitender Arzt des Pflegeheimes Alsterberg in Hamburg

Schlütersche Verlagsanstalt und Buchdruckerei, 3 Hannover 1, Georgswall 4, Postfach 54 40, Tel. (0511) 271 21

5. Auflage, 160 Seiten, 93 Abbildungen, 5 Tabellen, broschiert, 7,20 DM

Jede Familie kann zu jeder Zeit von einem Krankheitsfall betroffen werden! Oft muß dann ein Familienmitglied sehr plötzlich und unvorbereitet die Betreuung des Kranken übernehmen, denn nicht alle Krankheiten und Unfallfolgen können und müssen im Krankenhaus behandelt werden. Viele Patienten zum Beispiel möchten auch bei schwereren Erkrankungen in häusärztlicher Behandlung bleiben – manche müssen es bei einer Überbelegung der Krankenhäuser. Außerdem gibt es Leiden, die lediglich einer häuslichen Pflege bedürfen.

Dr. Birke, ein erfahrener Praktiker auf dem Gebiet der Krankenpflege, gibt in diesem Leitfaden und Lehrbuch der Hauskrankenpflege eingehend Auskunft über alle notwendigen Vorkkehrungen, die bei einem Krankheitsfall getroffen werden müssen. Es werden alle zuhause möglichen Behandlungsverfahren beschrieben, wie Packungen, Wickel, Inhalationen, Spülungen und dergleichen. Zur Verhütung von Ansteckungen werden Hinweise für die Durchführung einer wirksamen Desinfektion gegeben. Schwierigeren Pflegefällen – Schwerkranken, gebrechlichen Alten – ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die Neuauflage wurde darüber hinaus um ein sehr instruktives Kapitel über das Anlegen von Verbänden erweitert.

Wer sich eingehend für die Pflege interessiert, wer vielleicht in der Hauskrankenpflege tätig werden möchte, kann sich ausreichend über Krankheitsursachen und Krankheitserscheinungen informieren. Es ist sehr wichtig, das Befinden des Kranken beurteilen zu können. Arzneimittel kann man zwar auch irgendwie „verabreichen“, zweckmäßiger und interessanter aber ist es, über die Arzneimittelanwendungen Näheres zu wissen: in welchen Formen Arzneimittel existieren, wie sie wirken und wie sie aufbewahrt werden sollen. Je besser die Vorbildung, desto besser die Leistung. Das gilt besonders dann, wenn die Tätigkeit hilflosen, kranken Menschen zugute kommen soll.

Was dieses Lehrbuch nicht sein will: eines der „Doktorbücher“, in denen man die Symptome suchen kann, die zu der Krankheit passen, die man befürchtet. Das Diagnostizieren und Verordnen muß dem Arzt überlassen bleiben. Die sachgemäße Ausführung der Anordnungen und die gute und richtige Betreuung im Hause aber trägt viel zur Gesundheit des Patienten bei.

Alles in diesem Buch Dargestellte wurde in der Praxis erprobt und für die Praxis ausgewählt. Die Reihenfolge hat sich aus dem praktischen Unterricht entwickelt. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis sowie eine Aufstellung über die 93 Abbildungen und 5 Tabellen erleichtern das Nachschlagen.

Praktische Hauskrankenpflege – ein Buch, das nicht nur von zahlreichen Institutionen der häuslichen Krankenpflegeschulung im Unterricht eingeführt ist, sondern das auch in jede Familie gehört. Die Anschaffung dürfte nicht schwerfallen, da dieser Ratgeber nicht einmal soviel wie die monatliche Fernsehgebühr kostet.

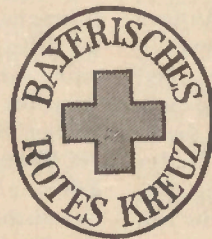
MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 11

15. November 1972



B 21 345 E

Inhalt des Blattes 11

Das Rote Kreuz für den Dienst an der leidenden Menschheit stärken – Internationale Tagung von Leitern des Roten Kreuzes

Bayerische Sparkassen spenden sieben Rettungswagen

Hohe Auszeichnung für Vizepräsident Dr. KläB, Staatssekretär Sackmann und Bezirkstagspräsident Fischer

Nach vier „Goldenen“ wird die 5. DRK-Langspielplatte ein Rekord

Rotkreuzschwestern im Olympia-Einsatz

Sozialpsychiatrische Aspekte des Alterns oder der alte Mensch und wir, von Prof. R. Krämer, Mainz

Aktion Hauspflege – Ein Modellvorschlag des BRK-Kreisverbandes Obernburg

Staatsminister Dr. Pirkel in Bad Abbach

DRK-Ehrenzeichen für Hubschrauberpiloten

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Schriftwechsel mit dem Präsidenten des BRK. 2. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule für die Zeit vom 27. 11. bis 14. 12. 1972

Personalfragen: 4. Verlustmeldung eines Dienstausweises

RK-Werbe- und VertriebsgmbH: 5. Gewinnliste der Gratisauslosung des DRK-Taschenjahrbuches 1972

Nachrichtenteil

Sanitätskolonnen: 6. Üben, üben ist die Parole

Frauenbereitschaften: 7. Fortbildungstagung für BRK-Führerinnen

Bergwacht: 8. 50 Jahre Bergwacht Fichtelgebirge.

9. Vom Prunner-Turm im Grammingersitz gerettet.

10. Lawenhunde in bester Form

Wasserwacht: 11. Bootstaufe gleich zweimal. 12. Langstreckenschwimmen im Main

Jugendrotkreuz: 13. Gäste aus Jugoslawien. 14. Patenschaftspakete für Franziskaner-Institut in Jugoslawien

Gesundheitsdienst: 15. Gesundheitsbewußtsein wird gefördert

Fachausbildung: Erste staatl. Prüfung in der neuen BRK-Massageschule in Bad Abbach

Aus den Bezirksverbänden:

17. **Oberbayern:** Chiemsee-Rundfahrt mit fast 300 Behinderten

18. **Niederbayern/Oberpfalz:** Regensburg: 2 neue Rettungswagen

19. **Ober-/Mittelfranken:** zum 8. Mal „Unternehmen Dampferfahrt“. 20 000-Mark-Scheck für Rettungswagen. Bezirkstagspräsident mit der goldenen Blutspendernadel geehrt

20. **Unterfranken:** Fahrzeugweihung gleichzeitig Schlußkundgebung

21. **Schwaben:** Ärztetagung mit BRK-Rettungsdemonstrationen. Neuer Krankentransportwagen für Nördlingen

Das Rote Kreuz für den Dienst an der leidenden Menschheit stärken Internationale Tagung von Leitern des Roten Kreuzes

Wie im Oktober 1971 auf der Tagung des Delegiertenrats in Mexiko angekündigt¹, hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sowie den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Gouverneurrats der Liga zu einem freundschaftlichen Treffen eingeladen, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern. Diese Zusammenkunft fand vom 5. bis 7. April 1972 in Montreux/Schweiz statt. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte:

- Worin besteht heute die Stärke des Roten Kreuzes? Wie sieht seine Zukunft aus? Müssen seine Ziele, seine Grenzen neu gesteckt werden?
- Welchen spezifischen Beitrag leisten die das Internationale Rote Kreuz bildenden Organisationen, d. h. das IKRK, die Liga und die nationalen Gesellschaften? Worin besteht ihre jeweilige Rolle?
- Die Zusammenarbeit zwischen diesen verschiedenen Organisationen und die Mittel zur Festigung der Einheit des Internationalen Roten Kreuzes.
- Die Beziehungen und die Zusammenarbeit des Roten Kreuzes mit den Regierungen, den zwischenstaatlichen und den nichtstaatlichen Organisationen.

Bei der Darlegung und der Diskussion dieser Punkte, die voneinander abhängig sind, konnten die neuen Bedingungen hervorgehoben werden, unter denen sich die Rotkreuztätigkeiten entfalten, besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Massenmedien. Heutzutage fühlen sich alle Menschen von den Katastrophen und den Konflikten betroffen, die irgendwo in der Welt ausbrechen, denn Informationen und Bildreportagen darüber werden gleichzeitig über den ganzen Erdball gesendet. Von allen Seiten gehen Spenden ein. Die Wohltätigkeitsverbände vermehren sich, und die breite Öffentlichkeit verfolgt kritisch die verschiedenen Hilfsaktionen.

Noch nie war eine unparteiische unabhängige Organisation wie das IKRK, das durch seine einheitliche Staatsangehörigkeit vor politischem Druck gefeit ist, so notwendig wie im Konfliktsfall. Seine Fähigkeit als neutraler Vermittler zu handeln, ist sein spezifisches Vermögen, das dem Roten Kreuz und der Weltgemeinschaft in allgemeinen zugute kommt. Obwohl die nationalen Gesellschaften von den universellen Rotkreuzgrundsätzen geleitet werden, sind sie, wie mehrere Vertreter bemerkten, auch Helfer ihrer Regierung und können daher keine völlige Unabhängigkeit beanspruchen. Es wurde mehrmals der Wunsch geäußert, daß sich die nationalen Gesellschaften bemühen sollten, eine höchstmögliche Autonomie zu erlangen.

¹ S. *Revue internationale*, Dezember 1971.

Auch kam die Diskretion des IKRK zur Sprache. Nicht immer hat die Öffentlichkeit Verständnis dafür. Sie hält es oft für besser, daß man Tatsachen, die dem humanitären Geist widersprechen, öffentlich anprangert. Das hieße, die Wirklichkeit verkennen. Die konkreten Erfolge, die diskrete Vertreter zugunsten von Gefangenen oder Häftlingen erzielt haben, beweisen die Richtigkeit dieser Methode.

Eine der beachtlichen Stärken des Roten Kreuzes liegt heute wie gestern in seinem Riesennetz nationaler Gesellschaften, die es praktisch in allen Ländern gibt und die in der Lage sind, rasch eine große Anzahl freiwilliger Helfer zu mobilisieren. Die Macht, die die Freiwilligen der Rotkreuzbewegung verleihen, wurde besonders hervorgehoben, wobei sich versteht, daß diese Macht, um sich kundzutun, nicht auf Fachleute verzichten kann und selbstverständlich auch nicht auf die Unterstützung der Liga als Weltbund und Organisation zur Entwicklungsförderung der nationalen Gesellschaften.

So bildet das Rote Kreuz ein vielschichtiges Ganzes, das sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt, die jedoch von den gleichen Grundsätzen getrieben werden, die dem Ganzen den Zusammenhang verleihen und es zugleich von den anderen Wohltätigkeitsverbänden unterscheiden. Worauf es ankommt, ist, die Organisationsverfahren zu finden, die jedem Element gestatten, in Zusammenarbeit mit den anderen seine spezifische Verantwortung zu übernehmen und somit die Eigenart in der Einheit zu wahren.

Das IKRK hat seinerseits seinen Willen bekundet, sich mehr als bisher um die Ansichten und die Zusammenarbeit der nationalen Gesellschaften zu bemühen. Eines seiner Mitglieder schlug vor, das Rote Kreuz möge die Arbeiten der sich mit den Problemen von Krieg und Frieden befassenden Institute prüfen, die allmählich einen unleugbaren wissenschaftlichen Charakter annehmen. Dies wäre ein geeignetes Aktionsfeld für unsere gesamte Bewegung.

Das IKRK schlug der Liga auf der Tagung in Montreux vor, sie möge mit ihm zusammen die Neubewertung der Rolle des Roten Kreuzes in der heutigen Welt prüfen. Dieser Vorschlag wurde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Teilnehmer den Hilfsaktionen. Zwar beteiligt sich das IKRK im Falle von Naturkatastrophen nicht praktisch an diesen Aktionen, doch drängt die öffentliche Meinung in einem Elan internationaler Solidarität die nationalen Gesellschaften immer mehr, der Zivilbevölkerung im Konfliktfall zu helfen. Sobald es sich jedoch um Konflikte handelt, ist außer der der Öffentlichkeit sympathischen und ins Auge springenden Rolle der Hilfeleistung die dem IKRK eigene, zuweilen nicht volkstümliche Rolle des neutralen Vermittlers und Hüters der Rotkreuzgrundsätze zu spielen. Während der Feindseligkeiten und unter gewissen Bedingungen sogar nach Beendigung derselben sind diese beiden Rollen nicht voneinander zu trennen, und daher fällt die Verantwortung der Gesamtktion dem IKRK zu. Das bedeutet, man muß praktische Verfahren finden, die der Liga und den nationalen Gesellschaften gestatten, ihren so notwendigen Beitrag zur Hilfsaktion zu leisten, aber zugleich dem IKRK die Möglichkeit sichern, seine Rolle als neutraler Vermittler zu erfüllen und darüber zu wachen, daß die Rotkreuzgrundsätze angewendet werden, das Schutzzeichen geachtet und das bei der Aktion eingesetzte Personal geschützt wird. Eines seiner Mitglieder nannte dies die Rolle der „Neutralisierung“ der Hilfsaktionen. Es ist um so dringender, diese Modalitäten der Zusammenarbeit auszuarbeiten, als gewisse nationale Gesellschaften mangels derselben sich veranlaßt sehen könnten, bilaterale Verpflichtungen einzu-

gehen, die der Einheitlichkeit der Rotkreuz-Aktion gegebenenfalls abträglich sein könnten.

Diese Modalitäten der Zusammenarbeit sollten sich, jedenfalls für die nächste Zukunft, auf den 1969 zwischen der Liga und dem IKRK geschlossenen Vertrags stützen. Es wäre ein Fortschritt, wenn man zwei konkrete Maßnahmen zu Hilfe nähme: Das IKRK sollte die Liga und die nationalen Gesellschaften, die wahrscheinlich zum Einsatz kämen, zur Vorbereitung der geplanten Hilfsaktionen hinzuziehen. Sobald eine Aktion eingeleitet ist, sollte auf höherer Ebene eine ständige Beratung stattfinden, um die Integrierung der von der Liga und den beteiligten nationalen Gesellschaften geleisteten Hilfen sicherer zu kontrollieren. Gegebenenfalls sollte die Übertragung der Verantwortung für die Hilfsaktion auf die betreffende Gesellschaft bzw. die betreffenden Gesellschaften mit Unterstützung der Liga gemeinsam vorbereitet werden. Diese engere und auf höherer Ebene erfolgende Beratung könnte sich auf eine großzügigere Auslegung des Artikels 5 des Vertrags stützen. Alle Teilnehmer sind sich indessen darüber einig, daß diese Auslegung in keiner Weise die durch Artikel 2 und 3 gegebenen Grundlagen ändern sollte, d. h. daß im Falle von Naturkatastrophen die Liga zuständig ist, während diese Verantwortung im Falle von Konflikten dem IKRK obliegt. Falls in einem Konflikt eine gemeinsame Hilfsaktion für die Zivilbevölkerung durchgeführt wird, d. h. daß die Liga und nationale Gesellschaften sich zusammen mit dem IKRK daran beteiligen, würde dies nicht bedeuten, daß die Verantwortung geteilt wird.

Die Diskussion über die Beziehungen zu den Regierungen und den zwischenstaatlichen Organisationen bot dem IKRK Gelegenheit, das dichte Netz der von ihm mit allen diesen Stellen unterhaltenen Beziehungen zu erörtern. Sei es in seiner Rolle als neutraler Vermittler, die es in Anwendung der Genfer Abkommen oder auf eigene Initiative hin oder aber in seiner Eigenschaft als Urheber des humanitären Völkerrechts spielt, sieht es sich veranlaßt, ständig mit zahlreichen Regierungen und der UNO zu verhandeln, die sich ihrerseits um die Entwicklung der Menschenrechte bemüht und nun auch offiziell in den Bereich der Hilfsaktionen eintritt. Die Schaffung des Amtes eines Koordinators für Hilfsaktionen seitens der UNO wird zweifellos auch einen Einfluß auf die Tätigkeiten der Liga und des IKRK ausüben. Jüngste Erfahrungen haben indessen gezeigt, daß diese Tätigkeiten sich aufgrund der bedeutenden Mittel der UNO einerseits und der Anpassungsfähigkeit des Roten Kreuzes und der Unabhängigkeit des IKRK andererseits in gewisser Hinsicht gegenseitig ergänzen.

Am Ende des Treffens wurde vorgeschlagen, die praktischen Maßnahmen nicht aus dem Auge zu verlieren, die die Zusammenarbeit der Liga und des IKRK erleichtern würden, wie z. B. die Zusammenlegung gewisser Dienststellen der beiden Organisationen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Tagung von Montreux den Leitern des Roten Kreuzes gestattet hat, die jeweiligen Funktionen der verschiedenen Rotkreuz-Organisationen und ihre einander ergänzenden Werte besser zu verstehen und einen neuen Schritt auf das gemeinsame Ziel hin zu tun: Das Rote Kreuz für den Dienst an der leidenden Menschheit zu stärken, indem es unter allen Umständen eine gemeinsame Front bildet, und die Leistungen der einzelnen Organisationen, aus denen es sich zusammensetzt, harmonischer aufeinander abzustimmen.

J.-L. LE FORT
Generalsekretär des IKRK

Revue internationale de la croix-rouge, Bd. XXIII, Nr. 9.

BAYERISCHE SPARKASSEN SPENDEN SIEBEN RETTUNGSWAGEN

Der Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Fritz Grasmaier, übergab am 26.10.72 dem Vorsitzenden des Kuratoriums „Rettungsdienst Bayern“, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der bayerischen Sparkassen sieben Rettungswagen.

Mit dieser Spende tragen die bayerischen Sparkassen dazu bei, daß in Zukunft weniger Menschen im Straßenverkehr sterben und Verletzten noch schneller geholfen werden kann.

Die sieben Rettungswagen seien – so führte Dr. Grasmaier aus – ein sichtbares Symbol für die soziale Verantwortung der bayerischen Sparkassen. Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute seien die Sparkassen – heute wie vor 150 Jahren – vor allem auch gemeinnützige Kreditinstitute, für die nicht der Gewinn, sondern die Interessen der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. Dieser Grundsatz sei für die bayerischen Sparkassen lebendige Tradition.

Soziale Verantwortung sei der tragende Gedanke bei der Gründung der ersten bayerischen Sparkassen vor 150 Jahren gewesen. Allen Schichten der Bevölkerung sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Ersparnisse sicher und verzinslich anzulegen. Bereits 60 Jahre vor Beginn der staatlichen Sozialpolitik hätten damit die Kommunen durch ihre Sparkassen die Voraussetzungen geschaffen, eigenverantwortlich für Alter und Krankheit vorsorgen zu können.

Die soziale Zielsetzung, breitesten Bevölkerungsschichten dabei zu helfen, ihre wirtschaftlichen Probleme möglichst unabhängig und selbständig zu lösen, sei auch für die weitere Entwicklung der Sparkassen zu den heutigen modernen Universalsparkassen bestimmend geblieben. Das

gelte sowohl für die Bemühungen der Sparkassen, die Sparer an möglichst sichere und zugleich lohnende Anlageformen heranzuführen, als auch für die Vergabe von Krediten vor allem an die mittelständische Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte. Diese Sparkassenkredite seien täglich praktizierte Strukturpolitik und würden entscheidend dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Entwicklung überall in Bayern zu sichtbaren sozialen Erfolgen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verbesserung des Lebensstandards führe.

Ebenso deutlich sei die soziale Verantwortung der Sparkassen in ihrem Einsatz für die Stabilität des Geldwertes und damit zugleich auch unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Immer und immer wieder würden die bayerischen Sparkassen darauf hinweisen, daß Geldwertschwund Betrug am Sparer, extrem unsozial und deshalb unverantwortlich sei.

So wie es für die bayerischen Sparkassen selbstverständlich sei, in diesen verschiedenen Bereichen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik soziale Verantwortung zu tragen, gemeinnützig zu denken und vor allem auch zu handeln, so seien auch die sieben Rettungswagen ein Beitrag zur Verbesserung von Einrichtungen, die der gesamten bayerischen Bevölkerung zugute kämen.

Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel dankte Dr. Grasmaier für die großzügige Unterstützung der Arbeit des Kuratoriums. Die Spende der bayerischen Sparkassen erleichtere den Rettungsorganisationen und Ärzten ihre Aufgabe, durch schnelle ärztliche Hilfe Menschenleben zu retten und Verletzten zu helfen. Es wäre eine zusätzliche positive Wirkung der Sparkassenspende, wenn sie zu weiteren Spenden anregen würde.

Hohe Auszeichnung für Vizepräsident Ministerialrat Senator Dr. Kläß, Staatssekretär Franz Sackmann und Bezirkstagspräsident Josef Fischer

Eine seit langem verdiente Ehrung wurde am 21. September 1972 dem Vizepräsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerialrat Senator Dr. Bernhard Kläß, Vorsitzender des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken, zuteil. Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel überreichte ihm in der Staatskanzlei das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Goppel würdigte bei dieser Gelegenheit die Verdienste des Vizepräsidenten um den Auf- und Ausbau des Bayerischen Roten Kreuzes seit den ersten schweren Nachkriegsjahren sowie seine hervorragenden Bemühungen um das öffentliche Gesundheitswesen. Seit vielen Jahren habe sich Kläß darüber hinaus der beruflichen und standespolitischen Anliegen der deutschen Medizinalbeamten angenommen. Als jahrelanger stellv. Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie des Bayerischen Medizinalbeamtenvereines habe sich Kläß um die Volksgesundheit verdient gemacht. Bereits am 1. 8. 1945 war Dr. Kläß dem BRK-Kreisverband Fürth beigetreten und stellte er sich als Rotkreuzarzt zur Verfügung. 1946 wurde er stellv. Vorsitzender und Chefarzt des KV Fürth. 1958 wählten ihn die Delegierten des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken zum neuen Vorsitzenden. Am 20. 6. 1964 hatten ihn die Vorstandsgremien des Roten Kreuzes als ihren Vertreter in den Bayerischen Senat entsandt, wo er

sich in den Folgejahren intensiv für die sozialen und sozialpolitischen Belange einsetzte. 1967 übertrug ihm das BRK das durch Ausscheiden von General a. D. Hans Speth vakant gewordene Amt des Katastrophenschutzbeauftragten. In Würdigung seiner Gesamtverdienste um das BRK wurde ihm 1969 der Bayerische Verdienstorden verliehen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises Sanitätsdienst für die Spiele der XX. Olympiade in München oblag ihm die Koordination des Einsatzes der Hilfsorganisationen. Auch nach seiner Berufung in das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales bleiben ihm die Aufgaben des Roten Kreuzes Herzensanliegen, wofür ihm Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel in seiner Eigenschaft als Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes ein herzliches „Vergelts-Gott“ sagte.

Am gleichen Tag konnten 2 andere verdiente Rotkreuzmänner für ihre besonderen Verdienste um den Aufbau und die stetige Fortentwicklung des Roten Kreuzes geehrt werden. Es sind dies Staatssekretär *Franz Sackmann* und Bezirkstagspräsident *Josef Fischer*. Sie erhielten aus der Hand des BRK-Präsidenten, Ministerpräsident Dr. Goppel, das vom Bayerischen Staatsminister des Innern verliehene Steckkreuz zum Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz. Seit 1956 Vorsitzender des BRK-Kreis-

verbandes Roding, machte sich *Sackmann* um den Aufbau eines Grenzlandkreisverbandes, der aufgrund der geographischen und wirtschaftlichen Lage mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, verdient. Am 30. 3. 1968 übernahm Staatssekretär *Sackmann* aus der Hand des hochverdienten Landesausschußvorsitzenden Dr. Vogt, München, die Führung der Wasserwacht. Gerade in dieser Eigenschaft hat er sich um die Weiterentwicklung dieser bedeutenden Aktivenorganisation des BRK besondere Verdienste erworben. Die Wasserwacht weiß, daß sie in *Franz Sackmann* stets einen eifrigen Förderer und Fürsprecher an der Spitze hat, der mit seiner Person für die gedeihliche Fortentwicklung einsteht.

Auch Bezirkstagspräsident *Josef Fischer*, Augsburg, hat, als er das Amt des Bezirksvorsitzenden für den Bezirk Schwaben im April 1965 übernahm, sich mit aller Kraft für den gezielten und zeitgemäßen Ausbau der Rotkreuzorganisation im Bezirksverband Schwaben eingesetzt und in ungezählten persönlichen Kontakten und Gesprächen mit den Kreisvorstandschäften, dem ehren- und haupt-

amtlichen Personal wie den Mitarbeitern der Bezirksgeschäftsstelle die Konsolidierung der gesamten Rotkreuzarbeit gefördert. Die unmittelbare menschliche Anteilnahme auch an den Problemen des „kleinen Mannes“ sicherte ihm die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller, die in einer konstanten Fortentwicklung der gesamten Rotkreuzarbeit ihren Niederschlag fand. Auch in den schwierigen Fragen der Gebietsreform erwies sich *Josef Fischer* als ausgleichende und vermittelnde Persönlichkeit, die immer das Gesamtziel vor Augen hatte: eine verstärkte Hilfe für die Bevölkerung des Regierungsbezirkes Schwaben. Bereits 1967 konnte *Fischer* für seine Bemühungen um das Rote Kreuz das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes entgegennehmen.

Beiden Persönlichkeiten dankte der Ministerpräsident herzlich für ihren persönlichen Einsatz, die stillen Opfer an Zeit und Kraft, die ein solches Amt erfordert. Über das politische Mandat und die berufliche Arbeit hinaus werde so das Engagement im Roten Kreuz zugleich ein Bekenntnis zur sozialen Mitverantwortung aller für alle.

Nach vier „Goldenen“ wird die 5. DRK-Langspielplatte ein Rekord

Humanitäre Hilfe in aller Welt konnte das Deutsche Rote Kreuz mit dem Erlös seiner ersten vier Langspielplatten leisten, die seit 1968 auf dem Markt sind. Gleichzeitig mit dem Erscheinen der fünften DRK-Platte wird auch die vierte mit dem Titel einer „Goldenen Schallplatte“ ausgezeichnet – wie auch ihre drei Vorgängerinnen, die mit mindestens 250 000 Stück pro Platte verkauft wurden.

Der Reinerlös aus mehr als 1,2 Millionen Schallplatten, den sich DRK-Präsidium und Landes- sowie Kreisverbände teilen, beträgt inzwischen 2,7 Millionen DM. Davon wurden Projekte in vier Erdteilen gefördert. So konnte eine Lehranstalt zur Ausbildung kriegsversehrter arabischer Jugendlicher in Israel mit 500 000 DM bezuschußt werden.

Für den Ausbau eines Wöchnerinnenheimes in Südwest-

afrika wurden 80 000 DM bereitgestellt, ebensoviel für die Anschaffung von Prothesen für arabische Invaliden. Internationale Rotkreuz-Hilfeinsätze sowie Missionen der Liga der Rotkreuzgesellschaften konnten ebenfalls mit DRK-Plattenerlösen unterstützt werden.

Vier Wochen nach ihrem Start ist die fünfte DRK-Langspielplatte, „STARS & TOP HITS FÜR DAS ROTE KREUZ“, bereits rund 250 000mal verkauft worden. Dies ist das bisher beste Zwischenergebnis einer DRK-Platte nach dem ersten Monat. Das DRK-Präsidium rechnet mit einem Verkaufsrekord und einem bisher nicht erlebten Reinerlös. Das Prädikat „Goldene Schallplatte“ hat sich die 5. DRK-Langspielplatte bereits verdient.

DRK-Pressestelle Bonn

Rotkreuz-Schwester im Olympia-Einsatz

Weniger im Licht der Öffentlichkeit, aber „hinter den Kulissen“ um so wirksamer, spielte sich der Einsatz der Schwestern vom Roten Kreuz während der Spiele der XX. Olympiade ab. Sowohl in der Sanitätsakademie wie, im Ärztezentrum, den Haupteinsatzstellen der Schwestern, wurde dieser Einsatz als Mitvoraussetzung für den reibungslosen Ablauf anerkannt. Das galt schon bei der Einrichtung der verschiedenen Versorgungszentren. Generalarzt Dr. Rebentisch, der Kommandeur der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, und Prof. Dr. Hans J. Sewering, der Präsident der Bayerischen Ärztekammer, dankten der Generaloberin der Münchner Schwesternschaft, *Helmine Held*, für die ausgezeichnete Hilfe der Rotkreuzschwestern bei der Bewältigung der vielfachen Aufgaben in der ärztlichen Versorgung der Besucher und Sportler. In der Gesamtdokumentation über den Olympia-Einsatz werden gerade diese Leistungen, die sich nicht in Einzelhandreichungen messen lassen, besondere Erwähnung und besondere Anerkennung finden müssen. Eine nüchterne Aufrechnung, die auf jede Dramatik verzichtet, aber wohl mit manch interessanten Erlebnissen aufzufüllen wäre, nennt folgende Daten:

29 Schwestern waren insgesamt in der Zeit vom 1. 8. mit

15. 9. 1972 tätig, davon 5 Schwestern von der BRK-Schwesterenschaft Nürnberg, 3 Schwestern von der BRK-Schwesterenschaft Coburg, 1 Schwester vom DRK-Kreisverband Offenburg und die anderen von der BRK-Schwesterenschaft München.

Eingeteilt waren

2 Oberschwester	im Hilfskrankenhaus mit Ambulanz
10 Schwestern	in der Luitpoldkaserne
1 Oberschwester	im Olympischen Dorf mit Pressezentrum und DOZ
9 Schwestern	
1 Oberschwester	im Olympischen Jugendlager, Kapuzinerhölzl
2 Schwestern	
4 Schwestern	auf den Flughäfen Fürstenfeldbruck und Neubiberg.

Mit den Operationsteams des Rotkreuzkrankenhauses waren im Olympischen Dorf 8 Ärzte und 6 Schwestern tätig mit den Teams des Krankenhauses München-Oberföhring 6 Schwestern.

Für den Katastrophenfall standen 10 Schwestern und für einen evtl. Seucheneinsatz, insbesondere für Pockenfälle, weitere 5 Schwestern abrufbereit in Reserve.

Sozialpsychiatrische Aspekte des Alterns oder: Der alte Mensch und wir

von Prof. R. Krämer, Mainz

Bei einem Einführungsseminar für Betreuungskräfte in der Alternenerholung in Birkenreuth hielt Prof. Dr. R. Krämer nachstehenden Vortrag, den wir hier in einigen Passagen gekürzt einer breiteren Leserschicht vorstellen wollen. Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers hatten wir im Mitteilungsblatt 8/9 1971 einen wissenschaftlichen Beitrag „Alter und Altern unter sozialpsychiatrischen Gesichtspunkten“ veröffentlicht, der seinerzeit ein sehr lebhaftes Echo gefunden hatte. Wir erhoffen dies auch von untenstehendem Vortrag.
(Die Redaktion)

Im Juli 1970 habe ich in der „Zeitschrift für Gerontologie“ eine kleine Arbeit „Alter und Altern unter sozialpsychiatrischen Gesichtspunkten“ veröffentlicht, die weniger wissenschaftliche Ansprüche stellte, als einige menschliche Seiten dieses Problems hervorheben wollte.

Es ist an sich kein gutes Zeichen, daß man vom und über den alternden und alten Menschen so viel sprechen muß. Es ist so ähnlich wie mit der Liebe. Je mehr man davon spricht, desto deutlicher zeigt sich doch offenbar, daß etwas damit nicht in Ordnung ist.

Der junge Mensch hat das Leben vor sich und kann mit Vorstellungen über das Alter nichts anfangen. Sie würden ihn auch hemmen. Alter und Tod sind für ihn fremde Gestalten. Außer mit seinen Großeltern, die er auch oft nur flüchtig oder gar nicht kennt, kommt die Jugend von heutzutage kaum mit dem Alter in Berührung. Literatur, Kunst und Massenmedien beschäftigen sich nur ausnahmsweise mit den alten Menschen. Im Gegenteil, nur die Vitalität ist gefragt, die Leistung und die durch diese bedingte finanzielle Potenz.

Natürlich ist das nur eine Seite und auch die Sucht des Alters, nicht alt werden zu mögen, trägt dazu bei, daß das Alter nicht mehr richtig geortet ist. Entweder verkrampftes Jung-Sein-Wollen oder Resignation und Hilflosigkeit, wenn nicht Verbitterung und damit soziale Belastung – nicht nur finanziell! So hat sich das Verhältnis der Jugend zum Alter zweifellos verschoben. Deshalb ist ein unbefangenes natürliches gegenseitiges Verhalten nicht mehr gegönnt. Hier sind wir aber schon tief in der Problematik.

Das sogenannte Altertum der Menschheitsgeschichte hat jeweils den alten Menschen erhöht zu Stufen der Weisheit und Würde, es hat ihm besondere Gaben und Gnaden zugestanden, es hat ihn positiv bewertet. Freilich war damals der alte Mensch eine relative Seltenheit. Schon rein biologisch war das Alter etwas Besonderes, und wir haben vielleicht Grund, anzunehmen, daß die hohen Altersangaben der Bibel etwa nur dazu dienten, die Seltenheit und Würde des Alters noch besonders herauszuheben. Von China bis nach Rom haben die Greise das Leben mitberaten, mitbestimmt, sie wurden gefragt, sie waren nötig und sie haben sich deshalb nicht unnötig gefühlt. Sie waren Belehrende, Ratende, Warnende, Sehende, Ahnende, Erfahrene. So stand der alte Mensch des Altertums hoch im Preis und alle frühen Hochkulturen haben das erkannt, anerkannt und gewürdigt.

Bei den Nomaden wurde das Alter liquidiert. Nur der leistungsfähige Mensch trug den Stamm. Für die Alten waren weder Raum noch Möglichkeiten da. Wer auf solchen Kulturstufen ein hohes Alter erreichte, war nur eine Belastung. Er mußte zurückbleiben und ging unter. Rücksichten hätten die Existenz aller anderen gefährdet. Erst

der selbsthaft gewordene Mensch war in der Lage, das Alter zu tolerieren und seinen Wert zu erkennen.

Wir selbst, in unserer Kultur, müssen vom Alter sprechen und uns mit ihm auseinandersetzen. Erstens, weil wir alle sehr viel mehr als früher die Aussicht haben, einmal alt zu werden, zu den Alten zu gehören und zum zweiten, weil es in unserer Gesellschaft sehr viel mehr alte Leute gibt als je zuvor. Dabei ist es interessant, zu beobachten, daß in unserer abendländischen Kultur, wie sie sich etwa ab der karolingischen Zeit abzeichnet, die Einstellung zum Alter von jeher etwas zwiespältig und wechselnd war. Von Anfang an bestanden unterschiedliche Strömungen, Auffassungen, Behandlungen und Darstellungen des Alters und dem Alter gegenüber.

Das Christentum hat in dieses Konglomerat eingebracht die Vorstellung vom lieben Gott als einem alten Mann, von Propheten, Aposteln, Kirchenvätern und Heiligen als alten, würdigen und weisen Männern. Sie stehen wie die sonstigen christlichen Altersfiguren weitgehend abseits aller irdischen Triebe.

Gegenteile davon bietet uns die Antike, wo wir sie in den bacchantischen Zügen der dionysischen Feste als härtige, weinfrohe und auch lüsterne Silene und Götter auftauchen sehen.

Das ganze Mittelalter hindurch galt so gut wie uneingeschränkt der christliche Standpunkt von zwar ehrwürdigem, aber entsinnlichtem Greisentum. Die Renaissance, die ja nicht nur eine Rückbesinnung auf die Antike, sondern auch eine Entdeckung neuer Realitäten war, zeigt uns dann recht unvermittelt auch den alten Menschen: vital, aktiv und im Genuß. Das Alter wurde plötzlich facettenreich, es hatte wieder mehrere Gesichter und Möglichkeiten, man gestand ihm Menschliches zu.

Diese neue realistische Haltung brachte es wiederum mit sich, daß auch die Schwächen des Alters schärfer gesehen wurden. Der Barock hatte gerade wegen seines Prunkes und seiner Ekstasik besondere Beziehungen zum Himmel und damit auch zum Tode. Das Erlebnis von Alter und Tod, beide unabwendbar und mit den damaligen Mitteln auch unaufhaltbar, führt zu einer Stimmung von Welt-schmerz, die sich bis in unsere frühe Klassik hinein fortsetzt. Doch gehen die positiven Vorstellungsbilder nicht ganz verloren. Das 19. Jahrhundert orientiert sich an dem Olympier Goethe und an anderen Greisengestalten der Kunst und Wissenschaft und auch unsere eigene Zeit kennt noch „den großen alten Mann“ – wie Albert Schweitzer, Strawinsky, Rubinstein, nun auch Picasso bis hin zu bekannten Größen der Politik.

Unsere Art, vom Alter zu sprechen, ist wieder anders. Sie ist medizinisch, sozial und menschlich. Sie ist aber kein „Verfahren“ und keine „Methode“, oder mindestens mehr als das, sie ist eine Aufgabe.

Zwei Dinge haben zu dieser Situation geführt: Die Züchtung des Alters und die sozialen Umwälzungen. Es ist nämlich ein Dilemma entstanden, auf das ich kurz hinweisen möchte. In dem Maße nämlich, wie die Alten zunehmen, sind sie auch unerwünschter geworden. Moderne Errungenschaften ermöglichen viel mehr Menschen als früher, ein hohes Alter zu erreichen. Die Entwicklung der Gesellschaft selbst aber ist ausgesprochen altersfremd und damit sogar altersfeindlich.

In rund 70 Jahren haben wir 30 Jahre Lebenserwartung

dazugewonnen. 1980 werden 15% der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Das bedeutet, daß dann 2,2 Millionen alte Menschen mehr unter uns sein werden als heute. Das ist nicht dadurch gekommen, daß der Mensch an sich älter wird als früher, sondern durch die Verminderung der Kindersterblichkeit, durch die Eindämmung der großen alten Seuchen, durch eine Verbesserung der operativen Chancen, durch neue Medikamente und durch eine Hebung der Hygiene ganz allgemein.

Dieser medizinische und hygienische Fortschritt findet jedoch seinen Widerpart in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie läßt die Alten zurück. Gefragt sind nur noch junge und vitale Menschen, die zugleich Kapitalkraft verbürgen. Die Veranstaltungen der Gesellschaft von heute werden weniger durch familiäre und analoge Gruppen bewirkt als durch das Show-Geschäft, das sich vorwiegend an die Jugend wendet.

Paradoxerweise hat das Alter gerade durch die Entwicklung zum modernen Sozialstaat hin einen seiner gefährlichsten Stöße erhalten und zwar auf dem ursprünglich gut gemeinten Wege der Eliminierung. Der 65jährige leistet nichts mehr und Militär und Polizei leisten schon mit 60 nichts mehr. Dieser, wie wir heute langsam zu begreifen lernen, falsch verstandene Leistungsstandpunkt war ein grandioser methodischer und psychologischer Irrtum. Er führte zu einer Spaltung zwischen aktiv und inaktiv, produzierend und verzehrend, im Dienst und außer Dienst. Eine höchst gefährliche Teilung in zwei Lager, von denen das eine jeweils nur die negativen Seiten des anderen sieht. Heute spricht man von der flexiblen Altersgrenze. Warum ist man auf diese naheliegende Idee nicht schon vor Jahrzehnten gekommen?

Warum hält man, entgegen jeder Vernunft und Erfahrung, daran fest, daß der 60jährige genau so lange arbeiten muß wie der 25jährige, obwohl Einsicht und ein bißchen Wissenschaft zu gewissen Überlegungen hätten führen müssen, etwa der Art, daß man rechtzeitig die Belastung vermindert und die Erfahrung hervorholt, daß man die Aufgaben anders verteilt. Was ist das für ein Luxus, alle Menschen von einem gewissen Alter an einfach abzuschreiben und sie auf die Brache zu schicken, andererseits die übrigen damit zu belasten, diese Inaktivierten zu unterhalten? Das kann kein gutes Verhältnis erzeugen. Man hat versäumt, eine Übergangsphase zu bilden, was gerade für die Alternden so wichtig wäre. Wir wissen, daß dieses plötzliche Absinken von 100 auf 0 tödlich sein kann. Wir wissen, daß Menschen, die aus eigener Kraft fähig sind, diesen Übergang, sei es auch wie, vernünftig zu gestalten, ihn viel besser überstehen.

So wurde das Alter abgeschrieben in dem Moment, wo man ihm sozial helfen wollte. Die Alten werden abgeschoben, aus der Familie, aus der Produktion, aus dem Gesichtskreis. Sie gehören nicht mehr dazu. Sie erzeugen Unbehagen, sie sind eine Belastung. Der Staat und die Ärzte sollen sich um sie kümmern. Alter wird deshalb vielfach fälschlicherweise mit Leistungsunfähigkeit oder gar Krankheit gleichgesetzt.

Daß der Mensch noch aus mehr besteht, also aus Leistung und Konsum, wurde und wird vergessen.

Diese Haltung und Entwicklung ist insofern höchst gefährlich, als sie nicht ohne Rückwirkung auf das Alter selbst bleiben konnte. Wer abgeschrieben wird, schreibt sich dann allzu leicht auch selber ab. Wer pensioniert wird, neigt zur Inaktivität. Wer eliminiert wird, droht in Isolation zu geraten. Wer für unnütz gehalten wird, muß an Dynamik und Lebensfreude verlieren. Für wen nichts getan

wird, verlernt es, Ansprüche zu stellen und für sich selber etwas zu tun.

Es kommt hinzu, daß das Alter selbstverständlich auch seine eigene Problematik hat. Es ist nämlich nicht nur für andere und mit anderen, sondern auch für sich selbst da. Es ist ein Stadium besonderer subjektiver Befindlichkeit und eigener Zurechtfindung. Diese wird in der Isolierung und Verlassenheit natürlich sehr erschwert.

Dazu nun noch etwas sehr Wichtiges: Nach dem Alter kommt der Tod. Wir alle haben ihn vor uns. Die Angst vor dem Tod ist eine Hauptangst des Menschen (G. Ammon). Die Haltung gegenüber dem Tod ist von zentraler Bedeutung für den Einzelnen wie für die jeweilige Gesellschaft. Nun hat unsere Gesellschaft nicht nur das Alter eliminiert – sie versucht es auch beim Tod. Das Sterben wird verdrängt, der Tod wird, so paradox es klingt, nicht mehr gelebt, d. h., erlebt und zwar vom Sterbenden selbst wie von den Angehörigen – er wird anonymisiert. Früher war der Tod den Menschen näher, siehe Totentänze und sonstige künstlerische Darstellungen.

Den Tod kann der nicht ertragen, der nicht gelebt hat. Wer aber gelebt hat, kann das Leben aufgeben. Dieses heutige hiesige Leben wird aber für so wichtig erachtet, daß ihm gegenüber keine vergleichbaren Werte anerkannt werden. Auf die Bewältigung der irdischen Existenz muß so viel Kraft und Aufmerksamkeit verwendet werden, daß für eine andere, weitere Existenz oder auch nur für die Beendigung dieser Existenz keine Reserven übrig bleiben. Deshalb fällt der Abschied so schwer. Nur wer aus seiner Existenz heraus, in seiner Selbstverwirklichung, es fertig gebracht hat, mindestens zeitweise frei von Angst zu leben, unbekümmert, nicht füllend, sondern ausfüllend, nicht nehmend, sondern gebend, nicht fordernd, sondern liebend, nicht Ansprüche stellend, sondern wirkend, nicht fragend, sondern annehmend, kann auch sterben. Es ist eine schreckliche Verfehlung unserer Gesellschaft, vom Tod nichts wissen zu wollen, ihn abzulehnen, sich nicht mit ihm zu befassen. So ist er von einer menschlichen zu einer klinischen, von einer humanen zu einer materialen und auch materiellen Funktion geworden – zum Teil zu einem räumlichen Problem – nicht nur: Wohin mit den Alten? sondern auch: Wohin mit den Toten? – und wir haben keine Veranlassung, von einem dunklen Mittelalter zu sprechen, das bei so viel armseligerem Leben als heute so viel mehr Tröstungen zu bieten hatte.

Was wir also – folgt daraus – für den Sterbenden tun wollen, müssen wir zuvor schon am Lebenden tun. Eine solche Vorbeugung ist unerlässlich, soll unsere ganze Sterbehilfe nicht als armselige Beschwichtigung verhallen. Man muß den Lebenden auf den Tod vorbereiten, auf das Sterben hin erziehen. Am äußersten Ende des Lebens läßt sich da nichts mehr nachholen. Man kann und darf nicht so tun, als seien nur Leben und Gesundheit Gegenstände der Hoffnung. Der Verzicht auf Dinge, die es darüber hinaus gibt – unabhängig von Dogmen – führt zu schweren Verlusten an humaner Substanz.

Wie können wir das Verhältnis der Gesellschaft zum Alter in Ordnung bringen?

Es genügt nicht der Aufschrei: Baut Altersheime! Dahinter steht zu schnell der Wunsch: wir müssen die Alten los werden. Es liegt auch nicht nur und nicht in erster Linie am Geld. Sondern es liegt daran, daß der alte Mensch für das Heim geeignet sein muß. Es liegt nicht an der Bereitstellung von Zu- und Unterflüchten, sondern es liegt an der Bereitstellung der Menschen daraufhin. Da ist es besonders schlecht, wenn Altersheime in abgelegenen Gegenden angepriesen werden, die räumlich und klimatisch ganz

neue Bedingungen stellen. Dann wird Verpflanzung zur Entwurzelung, was für das Alter immer gefährlich ist.

Es gibt mittelalterliche Heilvorstellungen etwa der Art, daß es einen alten Mann verjünge, wenn man ein resches Mädchen zu ihm ins Bett legt. Wenn man das nicht so wörtlich nimmt, ist etwas Wahres daran. Das Alter lebt mit und durch die Jugend wieder auf. Die Großeltern werden durch ihre Enkel verjüngt. Auch Beispiele des pädagogischen und theologischen Eros zeigen das. Isoliert man aber die Alten, so kann das tödlich wirken. Es kommt also auf Kontakte an und auf die Vermeidung des Kontaktverlustes. Gerade die Kommunikation der Lebensalter miteinander wirkt belebend und belehrend. Die Familien der romanischen Völker machen das viel besser als wir. Die Aufrichtung von Grenzen und Schranken wirkt schädlich. Das führt zwangsläufig zur Ausbildung unterschiedlicher Vorstellungen, unterschiedlicher Interessen und sogar zu einer unterschiedlichen trennenden Sprache. Hier wären wissenschaftliche Untersuchungen am Platze.

Langsam beginnt man, das einzusehen. Was bisher geschieht, sieht freilich noch immer zu sehr nach gelegentlichen und verlegenen Almosen aus.

Ich bin gebeten worden, auch zur Frage der Altenerholung Stellung zu nehmen. Aber das Wort selbst ist ja fast paradox. Erholung setzt Erschöpfung voraus. Darum geht es wohl nicht. Für solche Erholungsfreizeiten muß man ein Programm machen und sich nach den Wünschen der Leute selbst richten. Manche mögen vielleicht einmal eine gewisse Abwechslung. Dann aber möglichst nicht wieder nur unter Alten. Das Beste wäre wohl, verschiedene Programme anzubieten. Man könnte hieraus z. B. eine Schule für Alte machen. Viele Menschen möchten auch im Alter noch etwas lernen; die meisten sind bis ins hohe Alter hinein neugierig. Das sollte man nützen. Wer kommt denn in unsere Volkshochschulen? Vorwiegend alte Leute. Man soll etwas anbieten. Da hätten viele, z. T. auch wieder alte Lehrer, Akademiker, Ärzte, Biologen, Techniker, Historiker und andere, eine lohnende Aufgabe. Wer lernt, der lebt und hat Anteil am Leben anderer. Darauf kommt es an, nicht in erster Linie auf den Ertrag.

Noch sind aber die Alten vom Staat und anderen Arbeitgebern zu sehr „entlassen“. Was liegt da für ein Kapital an Erfahrung und Möglichkeiten brach!

Daß in hohem Alter noch große Leistungen möglich sind, siehe Tizian, Goethe, Fontane, Darwin, Edison, Picasso, das nimmt man am Rande zur Kenntnis. Darüber hinaus läßt man aber unendlich viele Potenzen brach liegen – ein Verfahren, das wir uns auf die Dauer nicht mehr werden leisten können. Was ist das für ein unlogischer Optimismus, zu hoffen, der Mensch könne bald 120 Jahre alt werden und andererseits schiebt man ihn mit 60 oder auch 50 Jahren zur Ruhe und hält ihn schon mit 40 für viele Berufe zu alt.

Nicht Entlassung, sondern Überleitung sollte man praktizieren.

Natürlich gilt das nicht für jeden. Man sollte die Alternden auf ihre Leistungsfähigkeit hin untersuchen. Es gibt sicher auch welche, die schon relativ früh versagen. Diese müssen aus der Verantwortung herausgelöst werden. Aber die ärztliche Erfassung der Leistungsfähigkeit eines Alternden ist nicht so einfach. Die Geriatrie ist noch jung. Doch wird man nicht darum herumkommen, Vorsorge- und Probeuntersuchungen zu machen. Den harten Gesetzen der Leistung und Brauchbarkeit unterliegt auch das Alter. Lässigkeiten sind nicht am Platz. Aber die Stilllegung echter Potenzen ist bedenklich. Man muß eben unterscheiden zwi-

schen einem normalen und einem pathologischen Alter. Das eine soll man wirksam sein lassen, das andere behandeln und pflegen. Insbesondere gilt hier der alte Spruch: Wer rastet, der rostet. Nur die ständige Beanspruchung der Organe, vor allem des Gehirns, garantiert ihre laufende Funktion.

Es wäre auch völlig falsch, vom Alter immer nur Abgeklärtheit, Anspruchslosigkeit, Enthaltensamkeit zu erwarten. Auch der Alternde und Alte hat noch Ansprüche im Bereiche des Triblebens. Es mag abgewandelt sein, aber es ist nicht erloschen. Geschlechtsverkehr zwischen 80jährigen ist häufiger, als man denkt.

Auch mit der Selbständigkeit ist es so. Man soll den Alten nur keine Hilflosigkeit einreden. Allzu deutlich gezeigtes Mitleid ist immer eine zweischneidige Sache. Es gibt eine ganze Anzahl von Greisen und Greisinnen, die sich sehr wohl zu helfen wissen, sich ihre geeignete Betätigung und Umwelt schaffen, von sich aus Kontakte pflegen und entweder stolz darauf sind oder nichts daher machen, wie man so sagt (Schülertreffen?). Solche sollte man ja nicht entmündigen oder sie in passive Rollen pressen. Solange der alte Mensch sich selbst vorstehen kann, soll er das ja tun. Das wäre die *erste* Ebene sozusagen. Sie setzt freilich im allgemeinen gute familiäre und geordnete soziale Verhältnisse voraus. Zu solchen Haltungen und Möglichkeiten haben früher die religiösen Bindungen ohne Zweifel viel beigetragen. Wo die transzendente Verankerung noch besteht, sind die irdischen Mühsalen leichter zu ertragen. Mit Dialektik ist das freilich nicht zu erreichen. Denken Sie an das schöne Wort *Hölderlins*: „Wo aber Not ist, wächst das Rettende auch.“ Demgegenüber sind Renten von untergeordneter Bedeutung. Aber wir haben eine Welt aufgebaut, in der der Mangel an Geld viel schwerer wiegt, als der Mangel an Glaube oder auch der Mangel an Anstand.

Nach dieser ersten Schicht selbständiger Alter kommt die *zweite*. Das sind die, die äußerlich keine Basis, also keinen Halt mehr haben, keine Angehörigen oder keine brauchbaren mindestens. Sie haben keine Möglichkeit, sich isoliert zu behaupten. Um diese viel schlechter gestellte Schicht muß man sich kümmern. Zu ihr gehört eine Großzahl von Opfern der modernen Gesellschaft. Die kleine Wohnung, die kleine Familie, räumliche Trennungen, die geringe Ergiebigkeit solcher Menschen für merkantile Interessen – alles das und noch mehr drängt sie an den Rand der Gesellschaft. Sie bilden dann einen erheblichen Teil der in Heime abgeschobenen, der in Substrukturen eben noch vegetierenden Rentner, die aus bescheidensten Quellen, oft noch ausgenutzt dazu – ihr Leben fristen.

Eine *dritte* Schicht stellen die dar, die aus mehr inneren Gründen nicht mehr in der Lage sind, mit der Spätzeit ihres Lebens fertig zu werden. Vielfach handelt es sich um Menschen, die auch in früheren Epochen ihres Lebens Schwierigkeiten hatten, denen die Erfüllung fehlte, die von jeher familiär, sozial oder auch charakterlich ungünstig geortet waren – die eben Unzulänglichkeiten der personalen Struktur mit ins Alter hinübernehmen. Da kann es dann nicht ausbleiben, daß solche Menschen zu Störern werden, entweder für ihre Umwelt oder für sich selbst. Man könnte von Problemgreisen sprechen. Hier zeigen sich oft auch die zweifellos negativen Züge des Alters, wie Verbitterung, Enttäuschung, Erstarrung, Verhärtung, Eigensinn, Starrsinn, auch Klatschsucht, Geiz, Intrigantentum, Mißgunst und vieles andere. Wie das schwierige Kind, so gibt es auch den schwierigen Alten, einfach von der ihm in die Wiege gelegten Struktur her, die man im Alter schon gar nicht mehr ablegen kann und die dann sogar zu einer Akzentuierung, schärferen Konturierung und oft auch zu

einer Entlarvung negativer Züge führt. Häufig wird man nicht ohne den Psychiater auskommen. Manches vermag noch die Gruppentherapie, weil ja gerade die Isolierung Abartigkeiten provoziert. Eine Reihe solcher Leute findet man auch – völlig entsozialisiert – auf der Landstraße.

Vollends medizinischer Betreuung bedarf die vierte Schicht, die kranken Alten. Ich meine hier in erster Linie die hirnkranke Alten. Freilich hat die gesamte Altersheilkunde (Geriatric) ihre Besonderheiten. Das Wichtigste ist aber, wie das Gehirn, die Zentrale des Menschen, sich im Alter verhält. Diese Schaltstelle aller unserer Funktionen ist ein wundersamer komplizierter Organismus, der an höchsten entwickelten und differenzierte, über den wir verfügen, aber auch der empfindlichste und verletzlichste. Die Nervenzelle des Gehirns kann höchstens 3 Minuten ohne Sauerstoff, d. h. ohne Blutzufuhr, auskommen – sonst stirbt sie ab. Und sie ist unersetzbar. Da wächst nichts nach, wie etwa bei den Knochen oder der Haut. Das klingt erschreckend. Aber unser Gehirn hat etwa 12–14 Milliarden Nervenzellen, von denen immer nur ein Bruchteil beansprucht wird. Das bedeutet unter anderem, daß wir bereits die Strukturen kommender Geschlechter mit uns herumtragen. Das bedeutet, daß der Verlust von einigen Tausend nicht viel auszumachen braucht. Das bedeutet weiterhin, daß gewisse Einbußen dadurch ausgeglichen werden können, daß andere Zellen die Funktion von untergegangenen übernehmen. Dieses Gehirn hat ferner den Vorteil, daß es so gut wie nie ermüdet und daß Training seine Leistung steigert. Der Muskel ermüdet viel eher als das Gehirn. Das bedeutet – um diese Litanei fortzusetzen, daß der, der sein Gehirn trainiert, einmal mehr davon hat, daß er länger lebt und ein leichteres Alter hat – denn er pflegt seine Zentrale. Das Gehirn freut sich, wenn es gebraucht wird. Es ist wie mit guten alten Geigen. Man darf sie nicht beiseite legen. Es muß auf ihnen gespielt werden. Beobachten Sie selbst die Menschen ihrer Umwelt. Wer sein Gehirn schont, wird früher alt. Geistige Berufe sind in der Regel auch in höherem Alter noch beweglicher, interessierter, reger, fähiger als solche, deren Kapital nur die Muskelkraft ist. Das ist keine ethische Wertung, sondern eine schlichte Erfahrung. Wenn man im Alter noch ein bißchen Gehirn hat, so ist das sehr gut. Denn es kann manches andere ersetzen oder leichter ertragen lassen. Das Rezept ist denkbar einfach. Es heißt Übung. Ich empfehle immer, Gedichte auswendig zu lernen. Leider wird das in unseren Schulen kaum noch geübt. Die ersten zehn fallen schwer. Je mehr es werden, desto leichter geht es: Trainingseffekt. Medikamente können das nicht. Selbst hochgepriesene Mittel nützen mehr den Herstellern als dem Gehirn. Beim sportlichen Muskeltraining sieht das jeder ein – beim Gehirntaining leider nur wenige. Nur kann man den Muskel tatsächlich übertrainieren – das Gehirn nie.

Nun kurz die Pathologie des Gehirns. Auch es unterliegt den Gesetzen des Alterns. Alle senilen Organe leiden an Wasserverlust. Sie leiden an Schrumpfung. Es gibt einen natürlichen Schwund und es gibt Krankheiten des Gehirns, die nur das Alter aufweist, z. B. Ablagerung und Häufung gewisser Stoffwechselprodukte, den natürlichen Zelltod, die begrenzte Atrophie bestimmter Gebiete. Das kann sich einmal mehr auf die geistigen Fähigkeiten – sog. Greisenblödsinn – einmal mehr auf die Motorik – Parkinsonismus, Schüttellähmung – auswirken.

Eine weitere Gefahr entsteht durch die mangelnde Ernährung des Gehirns. Dies besorgen die Blutgefäße. Sie bringen den lebenswichtigen Sauerstoff und auch Drüsenstoffe an die Gehirnzellen heran. Von daher droht dem

Gehirn die größere Gefahr. Gehirnneigene Alterserkrankungen sind nicht so häufig wie die Arteriosklerose, die typische Zivilisationserkrankung des Alters. Schlaganfall, Gehirnerweichung, frühzeitige Versagenszustände, allgemeine Leistungsminderung, oft auch erhebliche körperliche und geistige Molestien, wie Kopfschmerz, Schwindel, Schlafstörungen, Verwirrheitszustände, Verluste an Merkfähigkeit – sind in erster Linie auf die Arteriosklerose der Gehirngefäße zurückzuführen. So beeinträchtigen schlechte Funktionäre die Zentrale, den Kommandostand.

Hier haben wir dann die Pflegefälle, bei denen Pflege und Medizin ineinanderwirken. Bevor es soweit ist, kann und muß man aber vorbeugend etwas tun. Man kann solche Entwicklungen, wenn nicht verhindern, so doch hinausschieben und ihren Verlauf mildern. Es kommt dabei darauf an, die Ernährung des Gehirns so lange wie möglich sicher zu stellen. Das erreicht man weniger durch eine Weitstellung der Hirngefäße, wie man früher dachte, oder durch das viel gepriesene Lecithin, als durch eine rechtzeitige Behandlung des Herzens mit Digitalis, um durch Steigerung der Herzleistung auch die Versorgung des Gehirns sicher zu stellen.

Damit sind wir aber schon weit in der Medizin selbst. Doch ergibt das eine gute Anknüpfung an mein engeres Thema. So wie man das Gehirn auf dem Wege über das Herz behandelt, so muß man das Alter auf dem Wege über die Gesellschaft behandeln. Beide müssen ein besseres Verhältnis zueinander gewinnen.

Was ist zu tun?

Meine eigenen, etwas älteren Formulierungen sind folgende:

1. Erziehung auf das Alter hin. Vorbereitung auf Alter und Tod schon frühzeitig. Beide gehören untrennbar zum Leben, aus dessen ganzem Sinn Greisentum und Abscheiden sich nicht ausklammern lassen. Hochleistungszeit kann nur ein Teil des Lebens sein. Es ist unmoralisch, allein hiermit zu wirtschaften. Hierzu müssen bestimmte Belebrungen neu erarbeitet werden. Sieht das die Gesellschaft nicht ein, so wird es nur noch schlimmer.
2. Eine Erziehung dem Alter gegenüber. Es müssen neue und bessere Aspekte gewonnen und alte schädliche Vorurteile abgebaut werden. Auch ist kein Mitleid am Platz, sondern Anregung und Angebot. Mitmachen lassen.
3. Eine Umstrukturierung der Maßnahmen für das Alter. Es ist falsch, Mittel gegen das Alter oder gar zur Verhütung des Alters anzubieten und anzupreisen. So etwas kann es gar nicht geben. Medikamente und Maßnahmen sollen für das Alter da sein, um es noch lebenswert zu machen. Dann erst lassen sich Sorge und Angst vermindern. Das ist mindestens ebenso eine Aufgabe der sozialen Welt wie der medizinischen. Die Alten sollen nicht abgeschrieben, sondern umgeschrieben, neugeschrieben werden. Das beginnt bei einer Mode und Kosmetik für die alten Menschen und geht bis zu Spielen und speziellen Beschäftigungen. So, wie es in unseren Gaststätten schon hier und da den Kinderteller gibt, sollte es auch einen Seniorenteller geben. Die öffentlichen Verkehrsmittel sollten auf alte Menschen mehr Rücksicht nehmen. Wenn wir Kindergottesdienst haben, sollten auch Altengottesdienste möglich sein, aber nicht nur in Kliniken oder Heimen. Wenn es eine Schwangeren-Krebs- usw. Beratungsstelle gibt, warum nicht auch eine Altersberatung? Es ist eine Pflicht der Gesellschaft, mit den Alten zu leben und auch für sie, weil sie ja einmal für diese Gesellschaft gelebt und etwas geleistet haben. Man sollte nicht nur Nachmittage mit Kaffee, Halbklamauk

und Sentimentalitäten anbieten, sondern Vorträge, Bilder, Filme, Museumsbesuche, Konzerte, in die man allerhand Hilfen und Tröstungen verpacken kann. Beschäftigung und Engagement wirken mindestens so viel wie Medikamente (Adoptivgroßeltern!). Man soll auch den alten Menschen ihre Kontaktsuche bis zum Triebleben nicht beschneiden. Also nichts gegen Altersehen – im Gegenteil, Förderung solcher Bindungen. Es gibt genug Beispiele für erotische Beziehungen bis ins hohe Alter hinein. Es ist grausam und dumm, das lächerlich zu finden. Außerdem: wen menschliche Bindungen tragen, der hängt weniger an der Krippe der Allgemeinheit. Natürlich ist das zu trennen von pathologischen Entgleisungen, so wenn etwa Greise sich an kleine Mädchen heranmachen, und es geht auch nicht nur um sexuelle Erfüllung, sondern vielmehr um die allgemeine Tröstung und den Halt einer erotischen Bindung, die vieles ertragen lassen.

4. Der Aufbau neuer Tröstungen. Das ist nicht einfach. Wer mit den alten überkommenen Hilfen seiner Religion auskommt, dem muß man sie lassen. Da sollten Arzt, Seelsorger, soziale Institutionen – alle überhaupt – Hand in Hand arbeiten. Jedoch ist unsere Zeit glaubensarm geworden. Bei einer solchen Haltung sieht man dem Tod nicht so gefaßt ins Auge. Dann muß man menschliche, mitmenschliche Hilfen mobilisieren, ein neues und besseres Beieinander, Miteinander, Füreinander, ohne das wir überhaupt nicht auskommen, ja sogar verkommen. Leere Verspre-

chungen sind nichts gegenüber einer kleinen sachlichen Hilfe.

Hier zu neuen Wegen zu kommen, ist eine Aufgabe unserer Schulen, Hochschulen, aller charitativen Einrichtungen und aller Massenmedien bis hin zu Rundfunk und Fernsehen, natürlich auch jeder einzelnen Familie. Die bequeme Gewohnheit, dem Staat so viel wie möglich zu überlassen, wirkt sich hier übel aus. Andererseits ist dem Staat der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er für persönliche Initiativen nicht gern Raum läßt.

Einen Trost kann man immer geben. Wenn Gott oder die Natur oder die Vorsehung – wie man das nennen will, steht dahin – uns die Mittel und Möglichkeiten, das Leben zu bestehen, mit in die Wiege gegeben haben, so sind wir auch mit Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet, das Alter und sogar den Tod zu überstehen und mit ihnen fertig zu werden. Diese Mittel müssen wir alle nützen. „Das Alter wird leichter sein in einer gerechten Gesellschaft.“

Je näher dem Alten eine tragende Idee ist, desto leichter wird ihm der Abschied von uns fallen. Er müßte das Gefühl haben, außer materiellen Werten noch etwas anderes zu hinterlassen.

So gäbe und gibt es schon Möglichkeiten der Hilfe. Unsere Aufgabe ist es, diese zu mobilisieren und in Wirksamkeit umzusetzen, ehe es zu spät ist, wenn wir vor der Geschichte, das heißt, vor denen, die nach uns kommen, bestehen wollen.

AKTION HAUSPFLEGE

Ein Modellvorschlag des BRK-Kreisverbandes Obernburg

Mit einem beachtenswerten Modellvorschlag ist der Kreisverband Obernburg des Bayerischen Roten Kreuzes an die breite Öffentlichkeit getreten, um einem wachsenden Notstand entgegenzusteuern. Der Kreisverband hat damit ein überaus aktuelles Thema aufgegriffen, zugleich aber auch einen klaren Weg zur Realisierung gezeigt. Beide Tatsachen verdienen, im gesamten Bereich unseres BRK ernsthaft diskutiert und mit analogen Lösungsvorschlägen beantwortet zu werden. Uns selbst scheint, daß der KV Obernburg damit einen wesentlichen Schritt in die Zukunft getan hat, dem man nur einen vollen Erfolg wünschen kann. Begonnen hat er mit einem Brief des Chefarztes des Kreisverbandes, Dr. Cornelius Böhler, und des Kreisgeschäftsführers, Hellmuth Schnabel, an die Landkreisverwaltung, die Sozialhilfeverwaltung, das Kreisjugendamt, Gesundheitsamt, Arbeitsamt, die kath. und ev. Pfarrämter, die Krankenkassen, das Kreiskrankenhaus und Kreisaltershaus, die Schulbehörden, die Ärzteschaft, Gemeindeverwaltungen usw. Mit dem Abdruck dieses Briefes wollen wir zugleich das Gesamtmodell vorstellen.

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Alle verantwortungsbewußten Persönlichkeiten betrachten mit großer Sorge die sich immer mehr vergrößernde Lücke auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege durch die Auflösung der Gemeindepflegestationen der Ordensgemeinschaften.

Vorstand und Geschäftsführung unseres Kreisverbandes haben sich wiederholt mit diesem Problem befaßt.

In zwei Sitzungen diskutierte auch der Sozialhilfeausschuß des Kreistages Obernburg über die Problematik der Hauspflege und deren unabwendbarer Notwendigkeit.

In zahlreichen Einzelgesprächen mit Geistlichen, Bürgermeistern, Ärzten, Kommunalpolitikern und Sozialarbeitern wurde die Hauspflege als eine der wichtigsten Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben herausgestellt.

Der beigefügte Programm-Vorschlag „Aktion Hauspflege“ ist das Ergebnis all dieser Betrachtungen und Diskussionen aus der Sicht des BRK-Kreisverbandes Obernburg unter besonderer Berücksichtigung seiner Möglichkeiten und seitherigen Erfahrungen.

Zur erfolgreichen Durchführung dieser Aktion bedarf das Rote Kreuz jedoch der Hilfe und Unterstützung aller angesprochenen Persönlichkeiten und Institutionen, wie sie auch unter Ziffer V des Vorschlages – Komitee zur Förderung der Hauspflege – zum Ausdruck kommt.

Der Vorteil dieses Vorschlages liegt nach unserer Auffassung vor allem in der Tatsache begründet, daß keine unüberschaubaren finanziellen Mittel zur Realisierung erforderlich sind. Dieses Programm finanziert sich praktisch selbst.

Die Pflege des kranken Menschen, die Hilfe für den Nächsten, war eh und je ein Maßstab für den Stand der Menschenachtung. Wir alle wissen, daß nicht der Fortschritt, sondern die innere Haltung des Menschen, vor allem seine Gläubigkeit, Quellen der sorgsam und barmherzigen Betreuung der Kranken sind.

Dieser Vorschlag verzichtet deshalb ganz bewußt auf die Ausweitung in die rein hauptamtliche Bewältigung dieser Aufgabe.

Nach unserer Auffassung sollte eine notwendig werdende hauptamtlich besetzte Pflegestation erst am Schluß der von uns aufgezeigten Möglichkeiten und Anstrengungen stehen.

Auf eine möglichst breite Unterstützung qualifizierter Laienhelferinnen sollte jedoch auch dann nicht verzichtet werden.

Zu begrüßen wäre es, wenn sich bestehende Einrichtungen der ambulanten Hauskrankenpflege dieser vorgeschlagenen Aktion kooperativ anschließen würden.“

Das am 21. September 1972 der Presse und damit der breiten Öffentlichkeit vorgelegte Programm hat folgenden Inhalt:

Programmvorschlag

AKTION HAUSPFLEGE und HAUSKRANKENPFLEGE

I. Aufgaben

1. Hauskrankenpflege

Aufgabe der Hauskrankenpflege ist es, kranke Menschen, auch Pflegefälle, deren Unterbringung in Krankenanstalten nicht möglich oder nicht mehr möglich ist, nach zeitgemäßen Richtlinien in der gewohnten Umgebung der eigenen Wohnung durch dafür geschulte Hauskrankenpflegerinnen nach ärztlicher Anweisung und Überwachung zu betreuen und zu pflegen.

2. Hauspflege

Aufgabe der Hauspflege ist es, die Funktion des Haushaltes durch den Einsatz von Hauspflegerinnen für die Familie aufrechtzuerhalten bei der Erkrankung, Verschickung oder anderem Ausfall der Hausfrau und Mutter.

II. Zuständigkeit

1. Es bestehen keinerlei Zweifel darüber, daß für beide Aufgaben zunächst und zu allererst die eigenen Familienangehörigen und Verwandten zuständig und verantwortlich sind.

Erst wenn aus diesem Familienkreis keine Voraussetzung der Hilfe vorhanden oder geschaffen werden kann, sollte die Unterstützung der Gemeinschaft einsetzen.

2. Die gesetzliche Zuständigkeit für die Gemeinden beinhaltet Artikel 57 der Gemeindeordnung:

(1) Im eigenen Wirkungskreis sollen die Gemeinden in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl nach den örtlichen Verhältnissen erforderlich sind.

(2) Die Gemeinden sind, unbeschadet bestehender Verbindlichkeiten Dritter, verpflichtet, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die zur Aufrechterhaltung der öffentl. Sicherheit und Ordnung . . . , der Gesundheit, der öffentl. Fürsorge nötigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten.

3. Die gesetzliche Zuständigkeit für den Landkreis beinhaltet Artikel 51 der Landkreisordnung:

(1) Im eigenen Wirkungskreis sollen die Landkreise in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nach den Verhältnissen des Kreisgebietes erforderlich sind.

(2) Im Rahmen des Abs. 1 sind die Landkreise, unbeschadet, . . . , verpflichtet, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die erforderlichen Maßnahmen auf den Gebieten . . . des Gesundheitswesens sowie der öffentl. Fürsorge und Wohlfahrtspflege zu treffen oder die nötigen Leistungen für solche Maßnahmen aufzuwenden.

4. Die Zuständigkeit des BRK-Kreisverbandes Obernburg ergibt sich aus der Satzung des BRK:

§ 3 der BRK-Satzung:

Das Bayerische Rote Kreuz arbeitet als anerkannter Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege mit anderen Vereinigungen zusammen, die auf gleichem oder ähnlichen Gebieten tätig sind.

§ 5 Aufgaben . . . :

Das BRK führt als Mitglied des DRK in Bayern die Aufgaben verantwortlich durch, die den Rotkreuz-Gesellschaften durch die Rotkreuz-Konventionen und die Beschlüsse internationaler Rotkreuz-Gesellschaften übertragen sind.

Es dient der Wohlfahrt und der Gesundheit des Volkes. Seine Aufgaben sind insbesondere:

Erste Hilfe bei Notständen und Unglücksfällen, Rettungsdienst in Stadt und Land, auf dem Wasser und in den Bergen. Betreuung der Kriegsgefangenen und der Kriegsoffer.

Krankenpflege und Krankentransport.

Gesundheitspflege und Ergänzung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge.

Wohlfahrtspflege durch Fürsorge für Kinder, Mütter, Invalide, Heimatvertriebene, Auswanderer u. a.

Das BRK vertritt in Wort, Schrift und Tat die Ideen der Nächstenliebe, der Völkerverständigung und des Friedens.

III. Organisationsvorschlag

1. Stärkung der Selbsthilfe

In einer Zeit, da der einzelne Bürger aus den verschiedensten Gründen in immer stärkerem Maße für immer mehr Aufgaben die Hilfe des Staates fordert, halten wir es gerade für die Aufgaben der Hauspflege und der Hauskrankenpflege für sehr sinnvoll, die Möglichkeiten der Selbsthilfe zu fördern.

Um wirksame Erfolge zu erzielen, empfehlen wir deshalb zur Praktizierung:

- a) Gewinnung und Schulung von Kurslehrerinnen für die Hauskrankenpflege und die Pflege von Mutter und Kind.

Für den Bereich des seitherigen Landkreises Obernburg würden für diese beiden Aufgaben etwa 25-30 Kurslehrerinnen ausreichen.

- b) Intensive Breitenausbildung der Bevölkerung in den Kursen. Häusliche Krankenpflege und Pflege von Mutter und Kind. Verbunden mit diesen Kursen wären Unterweisungen in den Fragen allgemeiner Gesundheitspflege.

c) In den Herbst- und Wintermonaten sollten diese Themen auch Inhalt von Wiederholungsvorträgen werden, da nur durch Üben und Wiederholen das Wissen und Können behalten und vertieft werden kann.

- d) In allen Schulen des Landkreises sollten in engster Zusammenarbeit mit dem BRK Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts an folgenden Lehrgängen teilnehmen:

Erste Hilfe.

Hauspflege und Pflege von Mutter und Kind (nur für Mädchen).

2. Aufbau einer zentralen Hilfsstelle

- a) Der BRK-Kreisgeschäftsstelle wird eine zentrale Hilfsstelle für Hauspflege und Hauskrankenpflege angegliedert. Diese Stelle übernimmt folgende Aufgaben:

1. Registrierung aller Frauen und Mädchen, welche bereit und fähig sind, Hauskrankenpflege und Hauspflege ehren- oder nebenamtlich auszuführen.

2. Entgegennahme von Hilfsersuchen.

3. Vermittlung von hilfsbereiten Frauen und Mädchen.

4. Regelung des Transportes.

5. Regelung der Vergütung.

6. Aufbau eines Arbeitskreises „Hauskrankenpflege“ mit dem Ziel einer ständigen Weiterbildung und Er-

fahrungsaustausches unter Mitwirkung der BRK-Ärzte, Pädagogen, Psychologen usw.

- b) Der BRK-Kreisgeschäftsstelle wird eine zentrale Leihstation für Pflegegeräte und Hilfsmittel angegliedert.
1. Der gesamte Sachbedarf der zentralen Hilfsstelle wird in dieser zusammengestellt, ausgeliehen und nach den Erfordernissen ergänzt.
 2. Insbesondere sollen teure Krankenpflegeartikel und Gerätschaften zur Verleihung vorhanden sein:
Krankenfahrstühle – Krankenstühle – Krücken – Sauerstoffgeräte u. a. m.

3. Schwesternhelferinnen-Programm

1. Aufbau einer qualifizierten Laienhilfe.
Die fähigsten und interessiertesten Frauen und Mädchen aus den unter Ziffer III 1 – b – d durchgeführten Kursen sollten für die Schwesternhelferinnen-Ausbildung gewonnen werden (siehe Anlage).
Dieses Programm allein bietet die Gewähr der qualifizierten Ausbildung.
2. Ziel dieser Ausbildung sollte sein, jährlich etwa 50–60 Frauen und Mädchen in jeweils zwei sog. „Offenen Lehrgängen“ zu schulen.
3. Aus diesem Kreis qualifizierter Laienhelferinnen sollten dann im Laufe der Zeit die Hauskrankenpflegerinnen und Hauspflegerinnen gewonnen werden.
4. In jeder Stadt-, Markt-Gemeinde sollten wenigstens 0,5% der Ortsbevölkerung als Schwesternhelferinnen geschult werden.
5. Die Durchführung eines solchen Programmes als ständige Einrichtung würde folgende Hilfen entwickeln:
 - a) Stärkung der Selbsthilfe in den Familien.
 - b) Stärkung der Selbsthilfe in den Gemeinden.
 - c) Grundlage der organisierten zentralen und regionalen Hauskrankenpflege gemäß III Ziff. 2 dieses Vorschlags.
 - d) Aufbau einer qualifizierten Reserve für Großunglücke und Katastrophen aller Art.
 - e) Ständiges helfendes Mitarbeiten (im Rahmen der Ausbildung) im Kreiskrankenhaus und Kreisaltersheim.
 - f) Schließung auftretender Personallücken beider Häuser im Bedarfsfalle.

IV. Finanzierung

1. Die Finanzierung der unter III Ziffer 1–3 vorgeschlagenen Lehrgänge und Kurse, einschließlich der Ausbildung der Kurslehrerinnen ist durch das BRK sichergestellt.
2. Für die Lehrgänge zur Stärkung der Selbsthilfe der Bevölkerung wird eine Kursgebühr von DM 10,- je Teilnehmerin (Rotkreuz-Mitglieder DM 5,-) erhoben.

3. In den Schulen werden Gebühren nicht erhoben.
4. Wiederholungskurse oder Informationsabende werden kostenlos durchgeführt.
5. Landkreis und Gemeinden sollten im Rahmen ihrer Zuständigkeit sowohl zum Aufbau der zentralen als auch der regionalen oder örtlichen Hilfsstellen Zuschüsse im Rahmen des Notwendigen gewähren.
6. Dies gilt sowohl für den Personaleinsatz als auch für den Sachbedarf.
7. Auf die teilweise Zuständigkeit der sozialen Krankenversicherung und der Sozialhilfeverwaltung wird besonders verwiesen.

V. Komitee zur Förderung der Hauskrankenpflege

Zur Durchführung der vorgenannten Maßnahmen gründet der BRK-Kreisverband Obernburg ein Komitee zur Förderung der Hauskrankenpflege, dem u. a. angehören sollen:

- Vertreter:
- der Kirchen
 - der Kommunen
 - der Landkreisverwaltung – des Kreistages –
 - der Ärzteschaft
 - des Kreiskrankenhauses
 - des Kreisaltersheimes
 - der Wirtschaft
 - der Schulen
 - der Presse – der Sozialversicherungsträger

Erste Aufgabe dieses Komitees wäre es, diesen Programm-Vorschlag zu diskutieren und nach erfolgter Abklärung in der Realisierung auf allen Ebenen und Zuständigkeiten mitzuhelfen.

VI. Sofortprogramm

Als Sofortprogramm wird seitens des BRK vorgeschlagen:

1. Gewinnung von Frauen und Mädchen in allen Städten – Märkten und Gemeinden für den Einsatz als ehren- bzw. nebenamtliche Hauskrankenpflegerin oder Hauspflegerin.
2. Zentrale Erfassung dieser hilfsbereiten Frauen und Mädchen durch die Geschäftsstelle des BRK-Kreisverbandes.
3. Gewinnung von geeigneten Frauen zur Schulung als Kurslehrerin für die Hauskrankenpflege oder die Pflege von Mutter und Kind.
4. Verstärkte Werbung für die Lehrgänge Hauskrankenpflege in den Gemeinden, in denen die seitherigen Pflegestationen aufgelöst wurden oder werden.
5. Gezielte örtliche Werbung zur Gewinnung von Frauen und Mädchen für die Schwesternhelferinnen-Ausbildung unter den Gesichtspunkten eines späteren Einsatzes in der Hauskrankenpflege oder Hauspflege.

Komitee zur Förderung der Hauskrankenpflege

Geistliche – Kommunalpolitiker – Behördenvertreter – Ärzte – Sozialeinrichtungen – Schulen – Presse – Sozialversicherung – BRK-Vorstandschafft

Arbeitskreis „Hauskrankenpflege“

Hauspflegerinnen – Ärzte – Kurslehrerinnen – Instruktoeren

Örtliche Ausschüsse „Hauskrankenpflege“

Schwesterhelferinnen-Programm: Besonders interessierte und fähige Frauen und Mädchen aus den Kursen Hauskrankenpflege – Jährlich 2 offene Lehrgänge – 14 Tage Vorbereitung – 112 Stunden Krankenhaus-Praktikum – 14 Tage Abschlußlehrgang – Ziel: 0,5% d. Bev. Schwesternhelferinnen

Zentrale Leihstation für Krankenpflege
Fahrstühle – Sauerstoffgeräte – Krücken usw.

Zentrale Hilfsstelle beim BRK KV Obernburg:
Koordination – Planung – Werbung – Allgemeine Geschäftsführung – Registrierung – Einsatzleitung

STAATSMINISTER DR. PIRKL IN BAD ABBACH

Mit 40 Vertretern der fränkischen Presse besuchte der Bayerische Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkel, am 19. Oktober im Rahmen einer Informationsfahrt das BRK-Rheumazentrum Bad Abbach. Minister Pirkel und die begleitenden Journalisten waren bei ihrem Rundgang durch das modern gestaltete, großzügig angelegte Rheumazentrum sichtlich beeindruckt und informierten sich über Probleme der Frühinvalidität durch den Rheumatismus und dessen Behandlung im Schwefel-

bad. Regierungspräsident Dr. Ernst Emmerig, Vizepräsident Senator Dr. Bernhard Kläß und BRK-Landesarzt Dr. Herbert Kammermeier begleiteten die Gäste bei der Führung durch die verschiedenen Behandlungshäuser. Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer und der Leiter der Kurverwaltung, Alfons Helmlinger, gaben organisatorische Erläuterungen. Professor Dr. Bach und Professor Dr. Boos referierten über die medizinischen und orthopädischen Behandlungsmethoden und Heilerfolge.

DRK-Ehrenzeichen für Hubschrauberpiloten

Das DRK-Präsidium würdigte den Einsatz des Bundesgrenzschutzpiloten Gunnar Ebel, der sich bei den dramatischen Ereignissen am 5. September im Olympischen Dorf waffenlos in den Dienst der Befreiung der Geiseln gestellt hatte und dabei verletzt wurde. Die vom DRK-Präsidenten Walter Bargatzky verliehene Auszeichnung sollte ursprüng-

lich Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, stellvertretend für alle, die sich den arabischen Terroristen als Geiseln angeboten hatten, überreicht werden. Der Bundesinnenminister hatte jedoch angeregt, an seiner Stelle den verwundeten Hubschrauberpiloten zu ehren.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Schriftwechsel mit dem Präsidenten des BRK

Aus gegebener Veranlassung wird daran erinnert, daß alle Einladungen und alle sonstigen Schreiben an den Präsidenten des BRK, Herrn Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel, ausschließlich an die Dienstanschrift des BRK-Präsidiums, 8 München 22, Wagnmüllerstraße 16, zu richten sind. Wir bitten alle Gliederungen des Verbandes um strikte Beachtung dieses Wunsches des Herrn Präsidenten.
Dr. Spitzer, Landesgeschäftsführer

2. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 51 vom 16. 10. 1972: Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für die Ausbildung der Bevölkerung in „Erste Hilfe“ u. a.
Nr. 52 vom 23. 10. 1972: Gewährung von einmaligen Sozialbeihilfen aus Mitteln des Vereins „Die Hilfe“ e. V.
Nr. 53 vom 25. 10. 1972: Sprechfunkanlagen Teleport VI 160/20 zum Sonderpreis

AUSBILDUNGSWESEN

3. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 27. 11.–14. 12. 1972

- Nr. 38 vom 27. 11.–1. 12. 1972: Aufbaulehrgang Kreisgeschäftsführer
Nr. 39 vom 4.–8. 12. 1972: Ausbilder/innen für die Praxis der Sanitätsausbildung (Geschlossener Lehrgang)
Nr. 40 vom 12.–14. 12. 1972: Einführungslehrgang Genfer Rotkreuzabkommen für Juristen

PERSONALFRAGEN

4. Verlust eines Dienstausweises

Das Kolonnenmitglied der Sanitätskolonne Waging am See, Herr Josef Mikschl, geb. 28. 2. 1937, wohnhaft in Tengling, hat seinen RK-Ausweis Nr. 012-413 verloren. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

RK-WERBE- UND VERTRIEBS GMBH

5. Gewinnliste der Gratis-Auslosung des DRK-Taschenjahrbuches für 1972

- | | | |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1. Preis: | Urlaubszuschuß 600,- DM | Nr. 48 400 |
| 2. Preis: | Urlaubszuschuß 400,- DM | Nr. 54 171 |
| 3. Preis: | Urlaubszuschuß 300,- DM | Nr. 04 379 |
| 4.-6. Preis: | Urlaubszuschuß je 200,- DM:
Nr. 117 385, 106 269, 86 170. | |
| 7.-12. Preis: | Urlaubszuschuß je 100,- DM:
Nr. 103 255, 40 475, 31 619, 59 569, 100 509, 03 056. | |
| 13.-22. Preis: | RK-Dienststuhl (Sonderausführung) je 75,- DM:
Nr. 114 217, 32 501, 131 010, 127 119, 23 085, 52 515, 02 281, 92 367, 125 790, 126 867. | |
| 23.-42. Preis: | Je eine Rotkreuz-Kunstmappe „Humanitati et Paci“, je 29,50 DM:
Nr. 67 446, 66 471, 80 932, 49 407, 29 853, 110 986, 85 510, 57 102, 62 440, 139 420, 132 441, 130 661, 135 752, 134 890, 69 422, 88 455, 133 992, 38 221, 129 063, 138 317. | |
| 43.-75. Preis: | Je ein Exemplar des Buches „Engel brauchen harte Hände“, je 18,- DM:
Nr. 140 320, 36 597, 55 861, 124 608, 141 419, 61 920, 123 842, 97 733, 75 983, 46 134, 136 319, 102 164, 50 516, 01 177, 08 402, 24 128, 18 075, 35 158, 105 947, 111 599, 11 339, 101 363, 96 612, 64 266, 65 219, 93 240, 05 324, 113 839, 122 610, 79 941, 91 636, 121 728, 60 346. | |
| 76.-100. Preis: | Je ein Exemplar der Biographie „J. Henry Dunant“, je 17,- DM:
Nr. 119 760, 74 926, 28 146, 45 043, 19 719, 108 318, 90 166, 22 297, 34 114, 51 634, 09 838, 33 180, 00 998, 137 545, 39 975, 27 670, 87 462, 58 065, 12 445, 58 065, 12 445, 118 209, 42 997, 81 770, 53 131, 128 454, 44 923. | |
| 101.-140. Preis: | DRK-Schallplatten-Album „Lieder ohne Grenzen“, je 10,- DM:
Nr. 12 420, 88 102, 135 890, 98 422, 45 992, 105 455, 125 221, 79 752, 89 634, 63 380, 21 259, 44 999, 56 177, 25 610, 77 206, 109 664, 30 521, 140 487, 72 346, 138 516, 111 063, 76 320, 94 497, 85 344, 67 597, 106 758, 86 800, 117 809, 04 861, 54 419, 48 920, 36 612, 124 842, 55 733, 141 302, 139 540, 68 722, 61 983, 38 164, 103 319, 81 128. | |

Senden Sie die Abschnitte mit den Gewinn-Nummern bitte an das DRK-Generalsekretariat, Abt. III 33, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 71. Von dort werden die Preise an Sie verschickt.

NACHRICHTENTEIL

SANITÄTSKOLONNEN

6. Uben, üben, üben ist die Parole

Selten waren so große Katastrophenübungen angesetzt wie in diesem Herbst. In den meisten Fällen waren es – wie im Ernstfall erforderlich – Situationen, die gemeinsam vom BRK, FFW und THW und Polizei gemeistert wurden. Zum größten Teil wurden die Übungen im Rahmen der Feuerschutzwoche durchgeführt. So fand z. B. in Ober-/Mittelfranken eine der größten Übungen statt. 300 Helfer waren im K-Einsatz. Ein „Eisenbahnunglück“ forderte 1 „Toten“ und 29 „Verletzte“ auf der Strecke der Werra-Bahn zwischen Rödental und Unterlauter. Die Verletzten wurden vom BRK geborgen. Die Kolonnen Coburg, Einberg, Meeder, Froschgrund und die weibliche Bereitschaft Coburg waren dazu alarmiert worden. Bereits eine Woche vorher war auf dem Güterbahnhof Coburg eine Katastrophe simuliert worden. Hier war die Schranke eines Bahnüberganges nicht geschlossen worden. Ein geschobener Zug fuhr deshalb auf einen Pkw auf. Der Wagen geriet in Brand, die Insassen des Pkw und des stark besetzten Personenzugwagens wurden verletzt. Der 1. Güterwagen des Zugs brannte, aus einem Kesselwagen floß Heizöl aus. Diese Situation galt es zu bewältigen. Die 20 „Verletzten“ kamen bereits nach einer halben Stunde – gut vorbereitet für den Transport – ins Krankenhaus. Alles klappte wie am Schnürchen.

In Passau wurde die K-Übung mitten in der Stadt, in der Bahnhofstraße, durchgeführt. Hier war ein Tankfahrzeug, das immer ein erhebliches Sicherheitsrisiko in dichtem Straßenverkehr darstellt, die Unfallursache. Durch Kollision eines Pkw's mit einem Tankwagen, der danach gegen eine Hauswand stieß und „leckschlug“, während der Pkw umstürzte, waren gleichzeitig mehrere Aufgaben zu bewältigen. Das Passauer Rote Kreuz hatte für die „Verletzten“ und deren Abtransport zu sorgen. Einmal mehr zeigte sich bei der Übung, wie erforderlich eine gute und reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen, wie BRK, FFW und THW sind.

FRAUENBEREITSCHAFTEN

7. Fortbildungstagung für BRK-Führerinnen

Auf einer Arbeitstagung, an der 40 BRK-Führerinnen aus Unterfranken teilnahmen, stand die Ausstellung „das Herz als Motor des Lebens“ auf der Tagesordnung. Gerda Nadler ergänzte das Schwerpunktthema des Gesundheitsvorsorge-Programms der Weltgesundheitsorganisation für 1972 durch wichtige Hinweise über gesunde Ernährung und Lebensführung.

Über das Modell eines Früherfassungszentrums für behinderte Kinder wurden die Führerinnen durch den Leiter der Sonderschule des Konradheimes informiert. Bei der Früherfassung zu helfen, indem die Eltern über die Möglichkeiten einer Hilfe unterrichtet würden, so meinte der Heimleiter Hans Schöbel, sei mit eine Aufgabe für die Frauen des BRK.

Das Thema Gebietsreform nahm in der Fortbildungstagung einen breiten Raum ein. Die Reform berührt alle Gebiete der Arbeit. Vizepräsidentin Leonore v. Tucher bezeichnete sie in ihrem Grußwort zur Tagung deshalb als einen Neuanfang, der genutzt werden sollte. Da sich die Gebietsreform auch auf die Frauenarbeit auswirkt, gab dies Ingeborg Apel vom BV die Gelegenheit, an Hand von konkreten Beispielen und Anregungen über die Koordinierung der Arbeit durch den Kreisausschuß für Frauenarbeit zu sprechen und dessen Wichtigkeit besonders hervorzuheben. Durch den Ausschuß könne eine breite Verlagerung der Lasten und der Verantwortung erreicht werden, sowohl bei der Arbeit für Altenclubs, Gesundheitsdienst, Behindertenhilfen als auch bei der Bildung gesetzlich geforderter Einsatzgruppen im Rahmen der Katastrophenschutzweiterung.

Regierungspräsident Dr. Robert Meixner ließ es sich trotz zahlreicher anstehender Termine nicht nehmen, den Führerinnen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes für die geleistete Arbeit Anerkennung und Dank auszusprechen.

BERGWACHT

8. 50 Jahre Bergwacht Fichtelgebirge

Der Bergwachtabschnitt Fichtelgebirge mit seinen 19 Bereitschaften aus Arzberg, Bad Berneck, Bayreuth, Bischofsgrün, Fichtelberg-Neubau, Franken, Hof, Kirchenlamitz, Marktredwitz, Oberkotzau, Rehau, Selb, Schönwald, Schwarzenbach a. d. Saale, Schwarzenbach am Wald, Tröstau, Vordorf, Weißenstadt und Wunsiedel sowie den beiden Zügen Immenreuth und Mehlmeisel beging am 30. September mit einem Festakt sowie einem Kameradschaftsabend im Kurhaus Bischofsgrün seine 50-Jahr-Feier.

Der Leiter des Abschnitts, Ernst Greßmann, Hof, konnte hierzu zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens, unter ihnen den Vertreter des Regierungspräsidenten der Regierung von Oberfranken, Herrn Regierungsdirektor Henschel, den Schirmherrn der Veranstaltung, Herrn Bürgermeister Werner Küsspert, Bischofsgrün, den Hauptvorsitzenden des Fichtelgebirgsvereins, Hermann Reichenberger, sowie Vertreter des Deutschen Alpenvereins und des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ begrüßen. Der Landesausschuß der Bergwacht war durch den Vorsitzenden der Bergwachtlandesverbände, Karl Zisik, München, vertreten. Für die Bergwachtabschnitte Allgäu überbrachten Walter Pözl, Kempten, für den Bayerwald Ludwig Bödl, Weiden, und für den Frankenjura Georg Staudinger, Nürnberg, Glückwünsche und Geschenke. Für den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth überbrachte der berufsmäßige Stadtrat und Ordnungsreferent, Hans Purrucker, gute Wünsche sowie die Zusicherung eines großzügigen Zuschusses für den Erwerb der Diensthütte der Bereitschaft Bayreuth am Fleckl. Der Festredner der Veranstaltung, Oberbürgermeister a. D. Hans Högn, Hof, zeigte in seiner Ansprache die Entwicklung der Bergwacht seit ihrer Gründung im Jahre 1922 bis zum Zweiten Weltkrieg und nach deren Wiederaufbau und Eingliederung ins Bayerische Rote Kreuz nach dem Zusammenbruch auf. Er brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß die segensreiche Tätigkeit der Bergwacht in der Hilfe am Nächsten seit jeher von Opferbereitschaft, Idealismus und Kameradschaft getragen worden sei und nur so das heute Geschaffene erreicht werden konnte. Dem Bergwachtabschnitt Fichtelgebirge gehören nunmehr über 400 aktive Angehörige an. In seinen Schlußworten sagte Högn, es bleibe nur zu hoffen, daß in unserer technisierten und auf Gewinnstreben ausgerichteten Zeit der Idealismus und Einsatzwille dieser Männer erhalten bleiben möge und Gleichgesinnte zu ihnen finden.

Die Ehrungen verdienter Bergwachtmänner nahm der Geschäftsführer des Bezirksverbandes Ober- und Mittelfranken des Bayer. Roten Kreuzes, Engelmann, Nürnberg, gemeinsam mit Karl Zisik, München, vor. Das DRK-Ehrenzeichen erhielten Albert Paulus, Bayreuth, und Fritz Strobel, Schwarzenbach a. d. Saale, die DRK-Ehrennadel in Gold Gottlieb Wendel, Vordorf, das Ehrenzeichen in Gold für 40jährige aktive Mitarbeit Leonhard Dorschner, Arzberg, Adolf Sommer und Fritz Strobel, beide Schwarzenbach/Saale. Das Ehrenzeichen in Silber für 25jährige aktive Tätigkeit erhielten: Heinz Benker, Konradsreuth, Walter Degenkolb, Oberkotzau, Willi Dötsch, Schwarzenbach/Saale, Harry Dorn, Schönwald, Herbert Engel, Hof, Ernst Greßmann, Hof, Lorenz Hammon, Bayreuth, Bruno Heinrich, Wunsiedel, Franz Herold, Schönwald, Friedrich Jehnes, Selb, Hermann Jerschl und Otto Kärner, beide Oberkotzau, Dr. Hermann Meyer, Bischofsgrün, Hermann Mitschke und Reinhold Mitschke, beide Arzberg, Hans Müller, Wunsiedel, Ekkehard Munzert, Bayreuth und Wilhelm Oelschlegel, Hof. Die DRK-Ehrennadel in Silber wurde verliehen an Hans Arzberger, Marktredwitz, Hans Detzer, Bayreuth, Dr. Theodor Dotzauer, Hof, Richard Fischer, Hof, Werner Geipel, Münchberg, Dr. Franz Gyha, Bayreuth, Hans Hegenbarth, Bayreuth, Karl Heinz Heppner, Wunsiedel, Robert Hübsch, Bayreuth, Horst Jäckel, Arzberg, Georg Küffner, Bayreuth, Dr. Ludwig Leissing, Wunsiedel, Bruno Meier, Selb, Ludwig Nürnberger, Franken, Dr. Erwin Petschelt, Wunsiedel, Dieter Pfefferkorn, Schwarzenbach/Wald, Willi Pracht, Tröstau, Erwin Ramming, Bayreuth, Dieter Schmidt, Bayreuth, Dr. Karl-Herbert Schmidt, Bischofsgrün, Toni Schreiber, Schwarzenbach/Saale, Heinrich Schuster, Bayreuth, Hermann Weber, Oberkotzau, Georg Wirth, Bayreuth, und Otto Zürner, Kirchenlamitz.

Die Naturschutzplakette in Silber bekamen Richard Künzel, Arzberg und Hans Putschky, Bayreuth. Dieter Schmidt, Bayreuth

9. Vom „Prunner Turm“ im Grammingersitz „gerettet“

Eine Bergrettungsübung der Bergwacht *Kelheim* schockte die Spaziergänger gewaltig. Hilferufe vom Gipfelkreuz – Prunner Turm genannt – und am Fuße des Felsens waren zu hören. Schnell bildete sich eine Menschenansammlung Neugieriger. Sie staunten nicht schlecht, als sie merkten, daß der schwere Unfall nur „gestellt“ war. Unter Schockwirkung stehende junge Männer lagen da und weitere mit Armbrüchen, Beinbrüchen und Steinerschlagverletzungen am Kopf. Ein Jeep aus Richtung Kelheim mit dem Katastrophenanhänger, zwei Sanitätsfahrzeuge und einige Pkw's mit Rotkreuzmännern waren in kurzer Zeit am „Unfallort“. Die „Verletzten“ zu bergen und transportfähig zu machen, war eigentlich eine reine Routinesache. Schwerer hatte es die Seilmannschaft der Bergwacht. Mit Stahlseilgerät und Bremsseiche seilten sich zuerst zwei Bergwachtler zu den im Felsen hängenden „Verletzten“ ab und leisteten noch in der Felswand Erste Hilfe. Mit dem „Grammingersitz“ bargen die Männer die beiden verletzten Kletterer. Zwei Stunden mühseliger Arbeit für sieben Bergwachtmänner. Auf Grund der schweren Bergung wurde den Zuschauern recht drastisch klargemacht, mit welchen Schwierigkeiten im Fels zu kämpfen ist. Um die Übung besonders vielseitig zu gestalten und die gute Zusammenarbeit zwischen Sanitätern und Bergwacht zu demonstrieren, hatte man als Thema des „Unfalls im Fels“ angenommen, daß von einer Jugendgruppe ein Zeltplatz hergerichtet worden war. Während die Kletterer, von einem Unwetter überrascht, die Flucht nach oben antraten und in der Eile die beim Bergsteigen gebotenen Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigten, so daß zwei von ihnen in der Wand hängen blieben, wurden die am Fuß der Felswand im Lager gebliebenen jungen Leute durch Steinerschlag verletzt. Dazu kam noch, daß der Wind einen Holzofengrill umstieß und Verbrennungen hervorrief. Die Übung am „Prunner Turm“ war ein Beweis für die gute Koordination und den hohen Stand der Ausbildung der Bergwachtler und Sanitäter.

10. Lawinenhunde in bester Form

Alarmmeldung: „Eine Gruppe von 20 Bergwanderern wurde von einem Unwetter überrascht und verirrt sich im Gebiet zwischen Fuchskarspitze, Balkenscharte bis zum Wiedemer.“ Blanker Fels und ein großes Schneefeld bedeutete für die Bergwachtmänner der Allgäuer Lawinenhundestaffel höchste Alarmstufe. Mit dem Hubschrauber vom HTG 64 Landsberg wurden die Hundeführer trotz schwerem Himmel, Nebel und kurzer Sicht sicher in den Berg eingeflogen. Eine fliegerische Meisterleistung für den Piloten Major Räfte. Die ersten vier Personen waren inzwischen von Bergwachtmännern bereits gefunden worden. Durch den dichten Nebel war die Verständigung zwischen den Suchmannschaften nur über die mitgeführten Funkgeräte möglich. Dann lichtete sich der Nebel etwas und alle verfügbaren Hunde kamen zum Einsatz. Die Tiere waren mit einem Eifer bei der Sache, als handelte es sich hier wirklich um einen Ernstfall. Sicherlich übertrug sich die Konzentration der Suchmannschaften auch auf sie. Unzählige Fußstapfen am Rande des Schneefeldes hatten zur Folge, daß die Hunde von Fernwitterung auf Intensivsuche umgestellt werden mußten. In zirka zwei Meter Tiefe wurde der erste „Verschüttete“ gefunden. Dann wurde das Suchfeld steiler und kleiner und die Erfolgsmeldungen, angezeigt durch Bellen und Scharren der Suchhunde, häuften sich. Zwei Personen wurden nach dreistündiger Suche immer noch vermißt. Obwohl es eine Übung war, ging es ohne Pause weiter. Die Kondition der Männer im Berg war bestens. Mit Ausdauer und um zum Erfolg zu kommen, wurde weiter gesucht bis die Hunde auch die zwei letzten Vermißten in die Witterung bekamen und aufspürten. Eine wohlverdiente Pause gab es dann für die Bergwachtmänner und ihre Hunde im Luitpoldhaus. Dr. Götzfried, Abschnittsleiter, war zufrieden. Bei dem beispielhaften Einsatz der harten Übung, die viel Kräfte abverlangte, hatte sich auch der gute Ausbildungsstand der Hunde gezeigt. Die dramatische Übung mit der Lawinenhunde-Staffel war eine Demonstration des Leistungsstandes und der Einsatzfreude.

Im internationalen Wettbewerb wieder erfolgreich

In Baden-Baden fand im Oktober ein Dreiländer-Sanitäts-Wettbewerb statt. Die Bedingungen des Wettbewerbs waren die Beantwortung diverser theoretischer Fragen aus der Sanitätsausbildung, und der Transport eines „Verletzten“ über verschiedene Hindernisse. Eine Art „Parcours“ galt es dabei mit der Tragbare zu überwinden. Außer der Bundesrepublik nahmen an dem Sanitätswettbewerb noch Frankreich und Luxemburg teil. Wieder wie im vergangenen Jahr gelang es der Gruppe München Nord II/Nord III, den Wanderpokal der Frauen nach München zu holen. Die Kolonne München Nord II gewann den Pokal für die Männer.

WASSERWACHT

11. Bootstaufe gleich zweimal

Nach dem ersten Lebensretter in der alten Markgrafenstadt Erlangen, Ernst Böhm, der 1928 seinen Grundschein machte und 1945 die Wasserwacht im BRK Erlangen gründete, wurde das neue Motorboot benannt. Die Taufe mit Sekt war vorüber, die Festredner der Einweihungsfeier hatten gesprochen – unter ihnen Bürgermeister Friedrich Sponsel – die Jungfernfahrt mit dem neuen Boot stand den Ehrengästen zu. Sie kamen glücklich – und trocken wieder an Land. Anders erging es dem Bootsführer, der mit dem neuen Boot kenterte und vor den Augen der zahlreichen Gäste baden ging, als zwei Taucher der WW zu einer Demonstrationsbergung vom Boot aus starteten. Damit fand die zweite „Taufe“ statt, diesmal aber mit echtem Kanalwasser.

12. Langstreckenschwimmen im Main

72 Schwimmer der Wasserwacht, unter ihnen zwei Mädchen, kamen aus ganz Bayern zum dritten Langstreckenschwimmen, das die Wasserwacht Volkach veranstaltete, angereist. Ihre Ausdauer und ihren Mut wollten sie bei dieser sportlichen Veranstaltung zur Schau stellen. Sechs Kilometer schwimmen bei einer Wassertemperatur von kaum 10 Grad, das ist schon ein gewisser „Härtestest“. Sechs Kilometer, das sind ca. 1½ Stunden auf sehr kühler Bahn. Die Schwimmer gingen in Abständen von fünf Minuten auf die von Fahr bis Volkach reichende Langstrecke. Sie wurden von acht Motorbooten begleitet. Unter den zahlreichen Zuschauern am Ziel befand sich auch Landrat Dr. Bauer.

JUGENDROTKREUZ

13. Gäste aus Jugoslawien

In ihren Schulferien waren 8 Jugendliche des Roten Kreuzes Jugoslawien mit Dr. Alexander Serafimov, Mitglied des jugoslawischen RK-Präsidiums, und der Leiterin der RK-Jugendarbeit, Danica Velkova, Gäste des JRK. Sie kamen alle aus dem früheren Erdbebengebiet Skopje. Eine deutsche Kontaktgruppe des Jugendrotkreuzes machte die mehrtägige Reise durch Bayern mit. Die Verständigung war bestens. Man sprach englisch.

Das Berchtesgadener Land, Bad Reichenhall, Füssen, die Insel Mainau und Garmisch-Partenkirchen gehörten u. a. zu dem reichhaltigen Programm der Besuchsreise. Überall wurden die Gäste herzlich willkommen geheißen. Im BRK-Präsidium empfing der stellvertretende Landesgeschäftsführer Erwin Schmidt die Jugendgruppe. Er betonte in seiner Begrüßung die Notwendigkeit, daß gerade junge Menschen die Bemühungen um internationale Verständigung pflegen, zumal sie eine der drei Hauptaufgaben des JRK sei.

Nach dem Aufenthalt in Schwaben und Oberbayern wurde die makedonische Jugendrotkreuzgruppe im Bezirksverband Ober-/Mittelfranken empfangen.

14. Patenschaftspakete für Franziskaner-Institut in Jugoslawien

42 Geschenkpakete im Wert von jeweils 400 Mark gingen auf die Reise. Das Jugendrotkreuz des Bezirksverbands Niederbayern/Oberpfalz hatte diese Spende für Franziskaner-Institute in Gebirgsgegenden von Jugoslawien organisiert. In den Instituten werden Studenten und Gymnasialschüler herangebildet. Die Sendung gilt als eine Art Patenschaftsaktion für bedürftige Schüler dieser Anstalten. Ein Paket enthält neue Oberbekleidung, Schuhe und Bettwäsche und eine Wolldecke. Jeder der 42 Kreisverbände, die im Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz zusammengeschlossen sind, hat eine Patenschaft übernommen. Von ihrem Taschengeld sammelten Jugendrotkreuzler die nötigen Geldmittel und die Regensburger Geschäftswelt hatte durch Spenden und günstige Preisgestaltung zu dem Erfolg der Aktion beigetragen.

GESUNDHEITSDIENST

15. Gesundheitsbewußtsein wird gefördert

In mehreren Städten Bayerns finden zur Zeit Ausstellungen statt, die vom Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführt werden. In den meisten Städten werden diese Ausstellungen, die das Ziel haben, auf die Bedeutung der Gesundheitsvorsorge hinzuweisen und bei der Bevölkerung das Wissen und das Verständnis für eine gesunde Lebensführung zu wecken, von den BRK-Kreisverbänden tatkräftig und vielseitig unterstützt.

In Ingolstadt/Oberbayern z. B. war neben dem gläsernen Menschen, der auf Knopfdruck Auskunft über Galle, Leber, Drüsen und andere „Innereien“ gibt, wohl der stärkste Anziehungspunkt der Vorführung des Roten Kreuzes auf dem Theatervorplatz. Mit den Unfall- und Katastrophengeräten belegte das BRK übrigens die größte Ausstellungsfläche. Zahnpflege-Quiz, Hör- und Sehtests und die audiovisuelle Informationswand über die Funktionen der menschlichen Organe kamen eine Zeitlang erst an zweiter Stelle, denn die realistische Bergung zweier „Verkehrspfer“, deren Autos mit 80 km/h gegen eine Betonwand geprallt waren, reizte die Zuschauer sehr. Umfassende Erklärungen durch den Einsatzleiter und eine echte Behinderung des schnellen Abtransportes durch mehrere hundert Schaulustige machten die Szene nur noch realistischer. Dennoch konnte der Rettungswagen mit dem „rückgratverletzten“ Beifahrer und einem weiteren „Unfallopfer“ nach zwölf Minuten in Richtung Krankenhaus fahren.

In Regensburg wurde vom 21. bis 29. Oktober im Rot-Kreuz-Saal die Gesundheitsausstellung ebenfalls gezeigt. Auch hier gab es reichhaltiges Anschauungsmaterial, Modelle, Tafeln mit graphischen Darstellungen, eine orthopädische Schuhschau, Gewichtstests und kostenlose Zucker(Diabetes)tests. Eine interessante Drogenausstellung, eine Brillenmodellschau sowie ein Trimm-Dich-Center machten die Ausstellung bunt und interessant. Informationen auf dem Gebiet der Ernährung (Brot, Milch, Milchprodukte wurden kostenlos abgegeben) und Ernährungsberatung ergänzten die Ausstellung. Die Verkehrswacht startete einen Sch- und Reaktionstest und das BRK komplettierte die Schau durch die Aufstellung von Notarztwagen, Rettungsgeräten der Berg- und Wasserwacht. Ein OP-Zelt der Bundeswehr war zu sehen und mit besonderem Interesse wurden die täglich abgehaltenen Filmvorführungen besucht. Diverse Vorträge über Vorbeugung und Gesundheitsaufklärung, alle im Rot-Kreuz-Saal gehalten, rundeten die gelungene Gesundheitsausstellung ab.

FACHAUSBILDUNG

16. Erste Staatliche Prüfung in der neuen BRK-Massageschule in Bad Abbach

Nach einjährigem Bestehen der Schule für Masseure und medizinische Bademeister im Rheumazentrum Bad Abbach fand am 19. Oktober die erste Prüfung der Absolventen statt. 21 Lehrgangsteilnehmer, darunter zwei Bundeswehrosoldaten legten nach einem Jahr vorwiegend theoretischer Ausbildung vor einer Prüfungskommission unter der Leitung von Obermedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier die staatliche Prüfung mit großem Erfolg ab. Sechs Fachärzte unter Führung von Professor Otto Boos, ein Obermasseur und eine Oberschwester hatten die Schülerinnen und Schüler auf das Examen in Theorie und Praxis vorbereitet. Dr. Kammermeier dankte bei der Zeugnisverteilung dem Ausbilderstab für die erfolgreiche Arbeit. Die künftigen Masseurinnen, Masseure und Bademeister werden nach einem einjährigen Praktikum in einem Krankenhaus eine exponierte Stellung neben dem Arzt einnehmen. Bei seinen Glückwünschen worten zu dem bestandenen Examen der 21 Kandidaten betonte Landesgeschäftsführer Dr. Josef Spitzer, daß diese gesuchten Fachkräfte (Masseure sind ein Mangelberuf) in den Kliniken für Patienten fast so wichtig seien wie die Ärzte.

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

17. Oberbayern

Chiemsee-Rundfahrt mit fast 300 Behinderten

Die langen und mühsamen Vorbereitungsarbeiten des Bezirksverbandes Oberbayern hatten sich 100prozentig gelohnt. Die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BV hatten nicht nur bei der Planung, der Organisation und der Lösung von über hundert Detailproblemen eine glückliche Hand – sie hatten auch einen guten Draht zu Petrus: Das herrliche Herbstwetter gab der hervorragend vorbereiteten Chiemseefahrt den gebührenden Rahmen. Rund 300 psychisch und physisch behinderte Menschen aus dem Chiem- und Rupertigau erlebten am 7. Oktober einen unvergeßlichen Tag. Mit Omnibussen und Sanitätswagen waren die Gäste morgens abgeholt worden und zum Teil samt ihren Rollstühlen vorsichtig an Bord getragen und geführt worden. Warme Decken und Sitzpolster standen zur Verfügung und waren mit ein Beweis dafür, daß wirklich auch an alles gedacht war. Vier Ärzte, 99 RK-Helferinnen und Helfer, sowie 57 eigene Betreuer von Patienten hatten die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, bei der fünfständigen Fahrt für das Wohlergehen der Kranken und Behinderten zu sorgen. Und es ist bemerkenswert, wenn eine Tageszeitung in ihrem Bericht über die Fahrt schreibt: „Daß alles bis ins kleinste Detail durchdacht war, merkte man an dem völlig reibungslosen Ablauf dieser wunderschönen Fahrt; und daß an allen Stellen mit wirklicher Liebe und feinem Einfühlungsvermögen gearbeitet wurde, sah man an den strahlenden Gesichtern der Kranken, die nur selten aus ihrem oft einförmigen Alltag herausgeholt werden. Alles lief wie am Schnürchen ab, nirgends wurde gehetzt, alle Dienste wurden mit einer heutzutage kaum mehr vorstellbaren Ruhe und Sicherheit geleistet.“ Soweit die Zeitung. Bemerkenswert war aber noch etwas: Die Chiemseeschiffahrt Feßler hatte das Schiff „Edeltraud“ für die Behindertenfahrt kostenlos zur Verfügung gestellt. Für das leibliche Wohl der Gäste war natürlich bestens gesorgt. Gleich zu Beginn der Fahrt wurden warme Getränke und belegte Brote ausgeteilt. In Chieming brachten die Jugendrotkreuzler das vom örtlichen Sozialdienst in Zusammenarbeit mit dem Lager Ebenhausen zubereitete Pichelsteiner mittels Thermophore auf das Schiff und am Nachmittag gab es Kaffee und Kuchen. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, hatte der BV sogar Motorboote der Wasserwacht das Schiff die ganze Fahrt über begleiten lassen. Aber alles ging glatt und ohne jeden Zwischenfall über die Bühne. Doch das war bei einer Veranstaltung mit fast 300 Behinderten nicht ohne den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer möglich. Alle, ob Kinder oder die betagten Senioren – von 12 bis 85 Jahre waren alle Altersstufen und sozialen Schichten vertreten –, erlebten einen schönen Tag und freuten sich gemeinsam über die Darbietungen der Kolbermoorer Trachtengruppe, die Schuhplattler, die Musi und die Männer des Bundesgrenzschutzes, die sangen und jodelten. Als Bezirks-Geschäftsführer Hans-Heinz Werneburg die Gäste, die er mit herzlichen Worten begrüßt hatte, wieder verabschiedete, war zu spüren, daß der Dank der Behinderten den Veranstaltern gegenüber sehr groß war. Und noch einmal dazu die bereits erwähnte Tageszeitung: „Für das Rote Kreuz war es der erste derartige Versuch in Oberbayern. Alle waren von Freude erfüllt: Die einen, weil sie so viel Schönes erleben, die anderen, weil sie so viel Freude schenken durften.“ Unter zahlreichen Zuschriften des Dankes der Körperbehinderten an das Rote Kreuz fanden wir im Oberbayerischen Volksblatt, Rosenheim, nachstehenden Leserbrief:

„Zu einem großen Erlebnis wurde für uns Behinderte das vergangene Wochenende. Das Bayerische Rote Kreuz (Bezirksverband Oberbayern) unternahm mit uns eine Seefahrt auf dem Chiemsee. Am frühen Morgen schon holten BRK-Männer die Kranken zusammen. Das ganze Unternehmen war herrlich organisiert. Alles verlief einmalig gut! Die Betreuung war so rührend, das Essen gut! Bei geselliger Unterhaltung verging die Zeit sehr schnell. Nach fünfständiger Fahrt legte die „Edeltraud“ wieder in Stock an. Wir Behinderten und Kranken möchten allen danken, die uns diesen Sonntag der Freude schenkten. Allen, jedem einzelnen, möchten wir ein herzliches Wort des Dankes sagen! Im kommenden Spätherbst und in den Wintertagen wird uns dieses Erlebnis zurückerinnernd noch Freude bringen. Und die Vorfreude wird uns beglücken, die Freude auf das Wiedersehen im nächsten Jahr.“

18. Niederbayern/Oberpfalz

Regensburg: 2 neue Rettungswagen

Zwei neue Rettungswagen konnten beim Kreisverband Regensburg Ende September der Öffentlichkeit übergeben werden. Mit diesen beiden Rettungswagen erhöht sich der Fahrzeugbestand des Kreisverbandes auf 18 Krankentransportfahrzeuge, davon 4 Rettungswagen und 2 Notarztwagen. Dieses teilte Kreisverbandsvorsitzender Dr. Sigmund Silbereisen den Gästen mit. Nach der kirchlichen Weihe durch Vertreter beider Konfessionen erklärte Chefarzt Dr. Josef Herrmann die Ausstattung der Rettungsfahrzeuge. Kreisgeschäftsführer Erhard Linthaler gab einen Überblick über die Planungen der KV's hinsichtlich des neuen zu erwartenden Bayerischen Rettungsgesetzes und der Schulung des zukünftigen „Rettungssanitäters“. Landrat Leonhard Deiniger, Zweiter Vorsitzender des Kreisverbandes, teilte mit, daß das neue Gesetz einen genauen Aufbauplan vorsehe. Nach diesem Plan müsse das BRK Regensburg in der Lage sein, rund 255 000 Einwohner zu betreuen.

19. Ober-/Mittelfranken

Zum 8. Mal „Unternehmen Dampferfahrt“

Eine gewisse Routine hat der BRK-Bezirksverband Ober-/Mittelfranken bereits mit seinem „Unternehmen Dampferfahrt mit Körperbehinderten“. Zum achten Mal lud der BV Menschen ein, die ohne die Hilfe einer gutfunktionierenden Organisation nie in den Genuß einer fröhlichen Dampferfahrt, ja nicht einmal aus ihren vier Wänden herausgekommen wären. Diesmal waren es 80 Gehbehinderte und Bettlägerige, die mit Krankenwagen und Autos von zu Hause abgeholt worden waren, um mit der „Moritz“ auf dem Kanal zu fahren. Die Route führte zum Nürnberger Hafen und anschließend nach Erlangen. Als das Schiff wieder in Fürth „vor Anker“ ging, wollten die Gehbehinderten und Bettlägerigen gar nicht recht glauben, daß die schöne Fahrt bereits zu Ende war. Um ein frohes Erlebnis reicher, wurden die Gäste wieder von den freiwilligen Helfern in ihre Wohnungen und Heime zurückgebracht. Aber auch die Rotkreuzler hatten das Gefühl, an diesem Tag durch ihren Einsatz nicht nur tatkräftig geholfen, sondern darüber hinaus den körperbehinderten Gästen ein paar Stunden Unbeschwertheit, Ablenkung, ja sogar ein Stückchen Glück geschenkt zu haben.

20 000-Mark-Scheck für Rettungswagen

Dr. Hans Birkner, Chefarzt der Unfallklinik und Vorstandsmitglied des BRK-Kreisverbandes Nürnberg, konnte am 14. Oktober einen Scheck über 20 000 Mark für die Anschaffung eines Rettungswagens entgegennehmen. Der Chef der Nürnberger chemisch-pharmazeutischen Fabrik Heumann & Co, Dr. Kurt Soldan, überreichte die großzügige Spende.

Bezirkstagspräsident mit der Goldenen Blutspendernadel geehrt

Ein vorbildliches Beispiel gab der oberfränkische Bezirkstagspräsident Anton Hergenröder, Bamberg. Seit dem 2. Weltkrieg Blutspender für das Bamberger Krankenhaus, zählte Hergenröder in den letzten Jahren zu den eifrigsten Spendern des BRK-Blutspendedienstes. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde empfing er nunmehr die Blutspendernadel in Gold.

20. Unterfranken

Fahrzeugweihe war gleichzeitig Schlußkundgebung

Ein Notarztwagen, drei Krankenwagen und drei Schulbusse für die Sonderschule in Eisenfeld wurden am 7. Oktober vor dem BRK-Haus in Obernburg feierlich und mit kirchlicher Weihe in den Dienst genommen. Mit der gleichzeitigen Übernahme eines weiteren Garagentraktes war die Feierstunde für den BRK-Kreisverband und auch für den gesamten Landkreis ein Höhepunkt der Rot-Kreuz-Arbeit. Diese Tatsache wurde von Landrat Oberle, als Vorsitzender des Kreisverbandes, besonders betont. Auch Regierungspräsident Dr. Robert Meixner, BRK-Vorsitzender von Unterfranken, nahm an der Feierstunde teil, die für den Kreisverband Obernburg gleichzeitig eine Art Schlußfeier war, denn im Hinblick auf die auch für die Rotkreuz-Organisation wirksam werdende Gebietsreform werden die Kreisverbände Miltenberg und Obernburg zum 1. Januar 1973 zusammengelegt, allerdings mit dem Sitz in Obernburg.

Mit einem Rückblick auf die Arbeit in den letzten 26 Jahren gab der Vorsitzende, Karl Oberle, einen eindrucksvollen Überblick über die Entwicklung des Kreisverbandes. Zur Gebietsreform nahm Dr. Meixner Stellung. Es gelte anzufangen, in größeren

Regionen denken zu lernen, um die zahlreichen anstehenden Aufgaben bewältigen zu können; dazu gehöre auch die Vereinfachung im Verwaltungswesen durch Zusammenschluß, dazu gehöre ebenso, daß die bisherigen Kreisverbände sich zu größeren Gebilden zusammenfügen. Der Regierungspräsident appellierte an alle Helferinnen und Helfer, auch im neuen Großkreisverband tatkräftig mitzuhelfen.

Besondere Anerkennung wurde bei der Feier auch dem Kreisgeschäftsführer Hellmuth Schnabel für seine große Aktivität und als „unermüdlicher Initiator“ ausgesprochen. Bei einem abschließenden geselligen Beisammensein in der Stadthalle konnten 20 Blutspender, die 25mal ihr Blut dem Roten Kreuz freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung stellten, von Regierungspräsident Meixner mit der goldenen Blutspender-Ehrennadel mit Goldkranz ausgezeichnet werden.

21. Schwaben

Ärztetagung mit BRK-Rettungsdemonstrationen

Das Thema des diesjährigen Ärzte-Fortbildungs-Kongresses in Augsburg war „Sport und Medizin“. Daß diese Thematik nicht nur theoretisch behandelt wurde, sondern optisch und praxisnah blieb, dafür sorgte u. a. das Bayerische Rote Kreuz mit seinen attraktiven und spannenden Demonstrationen. Rettungsmanöver und Sportunfälle zeigten den Ärzten oftmals, wo ihre Grenze des Könnens ist – was sie freimütig bekannten – und sie zollten den Rettern volle Hochachtung. So wurden zum Beispiel die Rettungsprobleme beim Wassersport eingehend durch den leitenden Arzt der Wasserwacht des Bezirks Schwaben, Chefarzt Dr. Eberhard Emminger, erläutert. Sie ergänzten die Demonstration der Wasserwacht im Schwimmbad des Turmhotels, bei der sich Rettungsschwimmer vor dem Ertrinken retteten und damit erst die Rettung des „Ertrinkenden“ ermöglichten. Dabei ging es im Wasser zeitweilig recht „handgreiflich“ zu, aber auch zur besseren Erläuterung zum Teil im Zeitlupentempo.

Ganz hoch hinauf ging Andenbezwinger Hubert Abele, Mitglied der Augsburger Bergwacht. Seine Demonstration war in jeder Hinsicht ein Höhepunkt. Am langen Seil unternahm der bekannte Bergwachtler aus 118 Meter Höhe den Abstieg vom neuerbauten Hotelurm. Das Abseilen wurde durch die schmalen „Schachte“ zwischen den vorspringenden Balkonen besonders kompliziert. Andere Bergwachtmänner demonstrierten an beachtlich hohen, glatten Betonwänden die Bergung Verletzter im „Rucksacksitz“ mit der Gebirgsstrage und im Vakuumbett. Die Erklärungen dazu gab der Landesarzt der Bergwacht, Dr. Neureuther. Er betonte dabei besonders die Probleme der Erstversorgung bei Bergunfällen.

In der Kongreßhalle wurde vom BRK im Rahmen der Ärztetagung außerdem noch ein fast echter „Verkehrsunfall“ mit allen zur Demonstration geeigneten Mitteln simuliert.

Neuer Krankentransportwagen für Nördlingen

Ein neuer Krankentransportwagen wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde in Nördlingen seiner Bestimmung übergeben. Zwei Schwerverletzte und ein leichter Verletzter sowie ein Sanitäter können in dem Fahrzeug transportiert werden. Als offizieller Vertreter des Landkreises betonte Landrat Dr. Eberhardt Schmidt, daß der bisherige Wagenpark des BRK bei den enormen Fahrleistungen der Krankenfahrzeuge nicht mehr ausgereicht habe. Nur durch die Eigenleistungen der BRK-Mitglieder (Mitgliedsbeiträge und Spenden) und die der kommunalen Behörden sei es gelungen, den neuen Transporter zu erwerben.

Dr. Schmidt bat anschließend um die Mithilfe aller Rot-Kreuz-Angehörigen, wenn der Kreisverband Nördlingen infolge der Gebietsreform aufhören zu existieren; denn nach der Übergangszeit werde am 1. Januar 1973 der neue Kreisverband gebildet, der Nördlingen miteinschließen. Diese Tatsache müsse eine rein äußerliche Umorganisation werden, das Wesentliche am Roten Kreuz müsse immer der Dienst an der Sache bleiben. Der Vorsitzende überreichte anschließend seinem Amtsvorgänger, Landrat a. D. Gerhard Müller, die Urkunde zur Ernennung zum Ehrenmitglied des Bayerischen Roten Kreuzes. Landrat a. D. Müller hob in seinen Dankesworten hervor, daß er diese Ehrung nicht als Auszeichnung seiner Person betrachte, sondern als Auszeichnung für den gesamten Kreisverband, auf den er sich während seiner Tätigkeit als Vorsitzender immer habe stützen können. Er warnte ebenfalls vor der Konfrontation der bisherigen Kreisverbände und betonte die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit im Dienst der Sache.

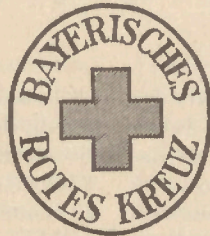
MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

22. Jahrgang Nr. 12

15. Dezember 1972



B 21 345 E

Zum Jahreswechsel

Gestellte Aufgabe – erfüllte Aufgabe

BRK-Ehrenpräsident Dr. Hans Ehard nahm die Glückwünsche des Deutschen und Bayerischen Roten Kreuzes zum 85. Geburtstag entgegen

Rettungsdienst soll finanziell abgesichert werden

Landesvorstand und Landeskomitee berieten in München wichtige Neuerungen auf dem Gebiet der inneren Organisation und des Rettungsdienstes. Herkömmliche Formen der Mittelbeschaffung müssen durch neue Initiativen ergänzt werden

Statt Jubiläumsbroschüre stiftete Münchner Lebensversicherungs-AG einen Krankenwagen

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes

Ausbildungswesen: 2. Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 8. 1. bis 18. 2. 1973

Personalfragen: 3. Verwaltungsreferent gesucht, 4. Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen

Krankentransport: 5. Krankenwagen zu kaufen gesucht

Medizinalwesen: 6. Neuer Sanitätskasten für Ärzte entwickelt, 7. Realistische Unfalldarstellung

Sozialarbeit: 8. Kurplan 1973 für Haus Wieseneck in Schwaig bei Nürnberg.

Nachrichtenteil

Sanitätskolonnen: 9. 75 Jahre Sanitätskolonne Roth

Frauenbereitschaften: 10. Weihnachtsbazar in Kelheim

Bergwacht: 11. 40 Jahre Bergwacht Erlangen

Wasserwacht: 12. Mitgliederzahl wächst und wächst

Sozialarbeit: 13. 8 Altenpfleger bestanden Prüfung

Aus den Bezirksverbänden: 14. Ober-/Mittelfranken: Neustadt/Aisch verlor Kolonnenarzt, 15. Unterfranken: Würzburg: BRK-Altenheim eingeweiht.

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 22 (Januar bis Dezember 1972)

Zum Jahreswechsel

Das alte Jahr ist zu Ende. Rückschau über die von uns geleistete Arbeit und Vorschau auf das noch Unbekannte soll uns auch in der Arbeit als Rotkreuz-Angehörige ein wenig zum Nachdenken und Besinnen anregen.

Der staatlichen Gebietsreform mußte auch unsere Organisation angepaßt werden. Wie jede Änderung bringt diese Anpassung zahlreiche Probleme mit sich, die sowohl materieller und finanzieller, aber auch personeller Art sind. Die Rotkreuzgemeinschaften werden zeigen, daß sie diese Probleme in Toleranz und Weitsicht mit dem Blick auf das Wohl des Ganzen bewältigen werden. Es geht darum, die gesamte Arbeit des Bayerischen Roten Kreuzes auch in Zukunft reibungslos fortzuführen. Wir sind überzeugt, daß alle Frauen und Männer zu dieser Zusammenarbeit bereit sind und danken an dieser Stelle allen Beteiligten jetzt schon für diese Bereitschaft.

An der Wende dieses Jahres gilt unser besonderer Dank aber auch allen Helferinnen und Helfern in Kolonnen und Bereitschaft, den Schwestern und Ärzten in den Krankenhäusern und Kliniken, den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Geschäftsstellen, Heimen und Anstalten, in der Sozialarbeit und im Blutspendewesen, allen Aktiven und Inaktiven in Berg- und Wasserwacht und den Jungen und Mädchen des Jugendrotkreuzes. Sie alle haben in unermüdlicher Arbeit und täglichem selbstlosen Einsatz bewiesen, daß in unserem Volk Hilfsbereitschaft und Opfersinn unter unserem Roten Kreuz unvermindert lebendig sind.

Millionen Menschen auf der Erde sind in Not und Gefahr, Furcht und Leid ausgesetzt. Dies mahnt uns, daß die Menschenrechte noch lange nicht gesichert sind. Jeder von uns hat daher die Pflicht, so gut wie er es vermag, in seinem Lebenskreis Menschlichkeit und Frieden verwirklichen zu helfen.

Einer der Wege dazu ist die im Alltag sich bewährende Hilfsbereitschaft, die Toleranz den Mitmenschen gegenüber und die Anerkennung einer Idee, die sich nicht in humanitärer Schwärmerei, sondern in praktischer Tätigkeit auswirkt. Diese Tätigkeit auch im kommenden Jahr weiter auszubauen, ist unsere Bitte.

Im Namen des Vorstandes des Bayerischen Roten Kreuzes und auch persönlich wünschen wir allen Rotkreuzangehörigen und ihren Familien, den vielen Freunden in Stadt und Land

„ein glückliches Neues Jahr“.

Dr. h. c. Alfons Goppel
Präsident

Dr. Josef Spitzer
Landesgeschäftsführer

GESTELLTE AUFGABE – ERFÜLLTE AUFGABE

BRK-Ehrenpräsident Dr. Hans Ehard nahm die Glückwünsche des Deutschen und Bayerischen Roten Kreuzes zum 85. Geburtstag entgegen

Der Jubilar selbst nannte die schlichte Geburtstagsfeier des Roten Kreuzes den „Schlußstein einer verlängerten Jubeloktav mit mehr als symbolischem Charakter“. Wenn das Rote Kreuz bei den zahlreichen öffentlichen Ehrungen zu diesem Anlaß den Schlußakkord setze, so werde darin auch der krönende Abschluß des öffentlichen Wirkens von Hans Ehard deutlich. Angesichts des bundesweiten Echos seines Geburtstages bis hinauf nach Hamburg, habe sich dem Jubilar selbst die Meinung aufgedrängt, daß seine Arbeit eigentlich so schlecht nicht gewesen sein könne. Er freue sich aber ganz besonders herzlich, den Abschluß der Feiern und öffentlichen Würdigungen im familiären Kreis des Roten Kreuzes erleben zu können.

Zu dieser familiären Feier hatte der Nachfolger im Doppelamte, als Ministerpräsident des Freistaates Bayern wie als BRK-Präsident, Dr. h. c. Alfons Goppel, die Mitglieder des Landesvorstandes und Landeskomitees in die Räume des Kreisverbandes München geladen. Und sie waren gerne gekommen, um einen Mann zu ehren, der neben seinen vielen öffentlichen Verpflichtungen und Ämtern 14 Jahre eines reifen und wohl auch erfolgreichen Lebens in den Dienst des Roten Kreuzes, ihres und seines Roten Kreuzes gestellt hatte. Denn von der ersten Minute seines Rotkreuzwirkens hatte Dr. Ehard sein Amt nicht als lästige Aufgabe und bloßes Anhängsel, sondern als Herzensaufgabe und Gewissensverpflichtung verstanden und gehandhabt. Ministerpräsident Goppel nannte die entscheidenden Daten dieses Wirkens, den 5. Juni 1955, als Dr. Hans Ehard als Nachfolger des unvergessenen Reichsministers a. D. Dr. Otto Gebler zum Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes gewählt wurde. 12 Tage später berief ihn das Deutsche Rote Kreuz auf der DRK-Hauptversammlung in Goslar an die Spitze des Präsidialrats, ein Amt, das er ebenfalls 14 Jahre lang, bis zum 21. I. 1970 in seinen Händen behielt. Am 25. Oktober 1969 hatten ihn die Delegierten des Bayerischen Roten Kreuzes auf der Landesversammlung in Regensburg mit stürmischer und herzlicher Ovation zum Ehrenpräsidenten erkoren. Er hatte sein Motto, unter dem er am 5. Juni 1955 angetreten war, wahrgemacht und auch in drängender Entwicklung und Umwälzung durchgehalten: „Für die Arbeit im Roten Kreuz gehören Überparteilichkeit, Objektivität, Sachlichkeit und Gerechtigkeit zu den Grundprinzipien . . . Solcher Dienst verlangt manches Opfer, manchen Verzicht. Er verlangt vor allem ein starkes, gegenseitiges Vertrauen.“ Solches Vertrauen hat Dr. Ehard nicht nur empfangen, er hat es vorweg auf den vielen Ebenen seines Wirkens, auch seines Wirkens im Roten Kreuz, gegeben und grundgelegt. Aus der Integrität seiner Person, aus der ethischen und moralischen Verpflichtung, die er sich selbst abverlangte, bevor er andere in die Pflicht forderte. Von dieser Gesinnung sprach Ministerpräsident Goppel in seiner Laudatio. Unter dieses Stichwort stellte der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, der mit Vizepräsidentin Frau Beate Bremme und Generalsekretär Dr. Anton Schlögel aus Bonn nach München gekommen war, sein Dankwort und seinen Glückwunsch: „Er ist allen ein Herr gewesen, als Mensch, als Politiker, als Staatsmann und als Rotkreuzpräsident.“ Als eingeffeischter Föderalist habe er die Eigenständigkeit

und damit die Vielfalt der Landesverbände verteidigt und eifersüchtig bewacht, sich aber ebenso der Sache des ganzen Roten Kreuzes dienend und verpflichtend als lebendige Klammer erwiesen, und dies auch in Situationen divergierender, auseinanderstrebender Spannungen und Entwicklungen. Mit „gesundem bayerischem Eigensinn“ habe er Gefahren abgewehrt und Schaden vom ganzen Roten Kreuz abgehalten, damit seine Geschlossenheit nach innen wie nach außen gewahrt. Nicht nur der Mensch Hans Ehard, sondern auch seine Arbeit, seine Verdienste um das Rote Kreuz würden unvergessen bleiben, betonte der DRK-Präsident. Daß solches Wirken und solches Erbe zugleich Verpflichtung bedeuteten, hatte zuvor Ministerpräsident Dr. h. c. Goppel mit dem Wort Hans Ehards selbst unterstrichen, das er seiner Rotkreuzarbeit vorangestellt hatte: „Unser aller gemeinsames Interesse ist es, daß das Ansehen des Bayerischen Roten Kreuzes in der Öffentlichkeit wächst und daß wir vor den großen Aufgaben, die uns die Zukunft stellen wird, nicht versagen.“ Goppel stellte das Facit dieser Selbstverpflichtung, dieses „Rotkreuz-Regierungsprogramms“ unter die vier schlichten Worte, die allen Dank, alle Bewunderung und alle Ehrerbietung beinhalten: „Gestellte Aufgabe – erfüllte Aufgabe“.

Der Jubilar selbst blendete in lebendiger und anschaulicher Erinnerung auf die einzelnen Etappen seiner Rotkreuztätigkeit zurück und hob mit Nachdruck hervor, daß seine eigene Arbeit nur deshalb habe erfolgreich sein können, weil er auf allen Rotkreuzebenen zuverlässige und treue Mitarbeiter und Mitstreiter gehabt habe. Er erinnerte an seine eigenen Bemühungen zur Rettung eines gesamtdeutschen Dialogs zwischen Ost und West als bayerischer Ministerpräsident wie an die Bemühungen des DRK-Präsidenten Dr. Weitz um die Rückholung der deutschen Kriegsgefangenen. Seine eigene Maxime sei der stets offene Dialog auch mit Menschen anderer Geistesrichtung oder politischer Überzeugung gewesen. Er bitte und mahne dringend, im politischen wie Rotkreuzbereich stets das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, jeden unversöhnlichen Affront zu meiden und immer um das Wohl des Ganzen bemüht zu bleiben.

Die frische Kraft, die Hans Ehard an der Seite seiner Gattin Frau Dr. Sieglinde ausstrahlte, die herzlichen Glückwünsche, die ihm an diesem Tag aus allen Teilen Bayerns entboten wurden, bestätigten sichtlich die Richtigkeit solcher Gesinnung und solcher Lebensreife. „Ich will ja nichts mehr werden, drum kann ich so freimütig sprechen“, bekannte er seinen „Zuhörern“, die wußten und spürten, wie Präsident Bargatzky es formuliert hatte, daß hier ein „Herr“ zu ihnen sprach.

Er selber mag sich mehr seines eigenen Wortes erinnern haben, das er zu seinem 70. Geburtstag vor dem Landtagsplenum im Maximilianeum gesprochen hatte und das er nicht nur über das Lebensalter, sondern auch seine Lebensarbeit geschrieben wissen wollte: „So alt zu werden, ist kein Verdienst, sondern eine Gottesgabe, für die man dem Schöpfer und Herrn aller Dinge demütigen Dank schuldet.“

J. R.

RETTUNGSDIENST SOLL FINANZIELL ABGESICHERT WERDEN

Landesvorstand und Landeskomitee berieten in München wichtige Neuerungen auf dem Gebiet der inneren Organisation und des Rettungsdienstes. Herkömmliche Formen der Mittelbeschaffung müssen durch neue Initiativen ergänzt werden

Landesvorstand und Landeskomitee trafen sich am Samstag, den 25. November, unter Vorsitz von BRK-Präsident, Ministerpräsident Dr. h. c. *Alfons Goppel*, in den Räumen des Kreisverbandes München zu wichtigen Beratungen und Beschlußfassungen über eine im Zuge der Gebietsreform und der damit zusammenhängenden strukturellen Veränderungen notwendig gewordenen Neufassung der Geschäftsordnung für die Kreisverbände. Der erweiterte Rechtsausschuß des BRK hatte dazu eine Vorlage erarbeitet, zu der der Engere Landesvorstand seinerseits Änderungsvorschläge beisteuerte.

Mit wenigen Ausnahmen billigte der Landesvorstand einstimmig die unterbreiteten Vorschläge und paßte somit die seit 1954 geltende Geschäftsordnung den gewandelten Verhältnissen an. Vor allem die Bildung sogenannter „Bereiche“ anstelle der früheren Ortsvereinigungen machten verschiedene Berichtigungen bzw. Ergänzungen notwendig. Eine breite Diskussion entspann sich lediglich über § 13 Abs. 3, der die Unterstellung der haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter unter den Kreisgeschäftsführer als Leiter der Kreisgeschäftsstelle regelt. Der Engere Landesvorstand wollte hier prinzipiell auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter integriert wissen, während mehrere Landesvorstandsmitglieder für eine flexiblere, d. h. nicht so enge Unterstellung plädierten, um Komplikationen zu vermeiden, sei es bei der Mitarbeit der Ärzte in den Kolonnen und übrigen Gemeinschaften, sei es beim Engagement weiterer profilierter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich für eine aktive Mitarbeit zur Verfügung stellten. Sowohl der Vorsitzende des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz, Regierungspräsident *Dr. Ernst Emmerig*, wie Landesschatzmeister Direktor *Heinz Kerkmann* und Landesgeschäftsführer *Dr. Josef Spitzer* befürworteten lebhaft die Beibehaltung der engeren Fassung: „Der Kreisgeschäftsführer ist als Leiter der Kreisgeschäftsstelle der Vorgesetzte aller dort, in den Außenstellen und Einrichtungen eingesetzten haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter“, unterlagen aber in der Abstimmung knapp gegenüber den Argumenten der vor allem in den Gemeinschaften tätigen übrigen Landesvorstandsmitglieder. Mit 10 gegen 9 Stimmen (Beibehaltung der alten Fassung) und 2 Stimmenthaltungen wurde die Spezifizierung „haupt-, neben- und ehrenamtlich“ gestrichen, wobei von einer ohnedies engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller verantwortlichen Führungskräfte eines Kreisverbandes und einer klaren Weisungsbefugnis im Einsatzfalle ausgegangen wurde. Mit 9 : 9 und 4 Enthaltungen wurde Satz 1 des § 17, den der erweiterte Rechtsausschuß so formuliert hatte: „Bei der Aufgabendurchführung des Kreisverbandes ist genügend Spielraum zu lassen für die Entfaltung eigener Initiativen in den Bereichen“ gemäß dem Votum des Engeren Landesvorstandes gestrichen. Während Staatssekretär *Franz Sackmann* als Landesausschußvorsitzender der Wasserwacht für Beibehaltung dieses Einleitungssatzes über die Aufgaben der Bereiche eintrat, empfahl Ministerpräsident *Dr. h. c. Alfons Goppel* die Herausnahme des Passus, da er geeignet sei, mißverständlich interpretiert zu werden und damit neuen Schwierigkeiten Tür und Tor zu öffnen. Satz 2 der Rechtsausschußvorlage, den der Engere

Landesvorstand als Satz 1 zu § 17 in Vorschlag bringe, nämlich: „Die Bereiche dienen der Aktivierung des Rotkreuzlebens“ impliziere die Initiativefreudigkeit der Bereiche als Voraussetzung für die Aktivierung des Rotkreuzlebens, trage also dem Anliegen voll Rechnung. Bei 4 Gegenstimmen entschied sich der Landesvorstand in Abweichung zum Vorschlag des Rechtsausschusses für die Formulierung des Engeren Landesvorstands in § 18 Abs. 2: „Der Ausschuß wählt einen *Vorsitzenden*, der die Interessen des Bereichs im Vorstand des Kreisverbandes vertritt.“ (Der Rechtsausschuß hatte anstelle des „*Vorsitzenden*“ den „*Obmann*“ der alten „*Richtlinien für Ortsvereinigungen*“ in Vorschlag gebracht.) Während Frau Vizepräsidentin *Leonore v. Tucher* in der Neuformulierung des § 20: „Kreisverband und Bereiche haben für eine ausreichende gegenseitige Unterrichtung zu sorgen“ eine klare Fixierung der Rechte der einzelnen Vorstandsmitglieder bei Bereichssitzungen vermißte und dazu die Bedenken des Landesausschusses für Frauenarbeit zur Geltung brachte, betonte BRK-Präsident *Dr. Goppel*, daß § 16,1 die Zuständigkeiten klar regle. Auch Landesgeschäftsführer *Dr. Spitzer* vertrat nachdrücklich das Recht aller Kreisvorstandsmitglieder als eine Selbstverständlichkeit, an Bereichssitzungen teilzunehmen. Auch dieser Passus wurde damit mit großer Mehrheit in der vorgelegten Fassung angenommen. Die Schlußabstimmung bestätigte *einstimmig* die Annahme der neuen Geschäftsordnung für die Kreisverbände. Sie tritt damit am 1. 1. 1973 in Kraft, um die Übereinstimmung mit den übrigen Richtlinien für die Anpassungsmaßnahmen der Gebietsreform zu gewährleisten.

Neuorganisation des Blutspendedienstes

Zu Punkt 3 der Tagesordnung berichtete Landesgeschäftsführer *Dr. Josef Spitzer* über immer wiederkehrende organisatorische Schwierigkeiten des Blutspendedienstes, denen zufolge der Aufsichtsrat in einer Vorbesprechung vom 24. Februar dieses Jahres empfahl, die GmbH zwar nicht aufzulösen, den Gesellschafteranteil der RK-Werbe- und Vertriebs-GmbH jedoch voll vom BRK-Landesverband übernehmen zu lassen. Nach dem Votum des Landesschatzmeisters Direktor *Kerkmann* für ein eindeutiges „Ja“ zu dieser Regelung stimmten auch die Landesvorstandsmitglieder einstimmig zu.

Neubau der Landesschule

Landesschatzmeister *Kerkmann* unterrichtete den Landesvorstand über die seit langer Zeit laufenden Verhandlungen mit dem Kreisverband München über eine evtl. Vergrößerung des Schulbetriebes in Deisenhofen, da die bisherige Schule den jetzigen Anforderungen nicht mehr gewachsen sei. Die gesetzlichen Neuregelungen auf dem Gebiet des Rettungswesens erhöhten diese Anforderungen zusätzlich. Neben den Möglichkeiten eines Neubaus auf dem Gelände der alten Schule prüfe der Landesverband darüber hinaus ein weiteres Angebot zur Realisierung des dringend gewordenen Bauvorhabens. Der Landesvorstand nahm diesen Zwischenbericht zustimmend zur Kenntnis.

Verschiedenes

Unter Punkt „Verschiedenes“ nahm der Landesvorstand mit Bedauern von dem Rücktritt der Vertreterin der Frauenbereitschaften im Landesvorstand, Frau *Franziska Koller*, Fürth, Kenntnis. Frau *Koller*, die ihr Amt mit viel persönlicher Anteilnahme wahrgenommen hatte, sah sich aus gesundheitlichen Gründen zu diesem Schritt gezwungen. Der Landesvorstand empfahl, für die Dauer der jetzigen Amtsperiode auf eine Nachwahl zu verzichten und Frau *Käte Koschuda* als ständige Vertreterin zu den Sitzungen zu laden. Die gleiche Regelung wurde für den Vertreter des Jugendrotkreuzes, Herrn Dipl.-Psychologen *Kögel* getroffen, der ebenfalls um Entbindung von seinem Amt gebeten hatte.

Die Sitzung des Landeskomitees

Zu Beginn der Landeskomiteesitzung hatte sich der Präsident, Ministerpräsident *Dr. h. c. Alfons Goppel*, einer angenehmen Pflicht zu entledigen. Er überreichte dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Unterfranken, Herrn Regierungspräsident *Dr. Robert Meixner*, das diesem vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. *Walter Bargatzky*, verliehene Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes. Der BRK-Präsident würdigte damit die intensive Förderung der Rotkreuzarbeit durch den immer wieder bezeugten persönlichen Einsatz des Regierungspräsidenten, dessen Gattin ebenfalls in der aktiven Rotkreuzarbeit vorbildlich tätig ist. Das Landeskomitee applaudierte herzlich zu der verdienten Auszeichnung. Mit dem Dank für die bisherige Mitarbeit an die Landeskomiteemitglieder leitete *Goppel* in die Tagesordnung ein. Ein besonderer Willkommgruß des Präsidenten galt dem am Vorabend neugewählten Vorsitzenden des Kreisverbandes München, *Dr. Jakob Conrad*, der damit zum ersten Mal als Hausherr fungierte, sowie der neuen Oberin der Schwesternschaft Coburg, *Rose Ernst*, die damit gleichzeitig im Landeskomitee die in den Ruhestand getretene Coburger Oberin *Charlotte v. Erffa* ablöst.

Änderung der Satzung des BRK und Aufhebung der Richtlinien für Ortsvereinigungen

Analog der Vorbesprechung im Landesvorstand ergab sich die Notwendigkeit, die Satzung des Bayerischen Roten Kreuzes bezüglich des Wegfalls der bisherigen Ortsvereinigungen und möglicher Bildung von Bereichen in einigen Punkten der neuen Struktur anzupassen. Auch hierzu hatte der erweiterte Rechtsausschuß und der Engere Landesvorstand die entsprechenden Vorlagen erarbeitet. Sie waren den Landeskomiteemitgliedern fristgemäß zur internen Beratung zugeleitet worden. Die entsprechenden Satzungsparagraphen wurden weitgehend einstimmig verabschiedet. Angesichts der wachsenden Aufgaben auf dem ärztlichen Sektor und der größeren Gebietsausdehnung der neuen Kreisverbände hatte der Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz beantragt, neben dem Chefarzt obligatorisch einen Stellvertreter zu wählen. Der Antrag fand die einstimmige Zustimmung des Engeren Landesvorstands wie des Landeskomitees.

Eine regere Diskussion hingegen fand ein Änderungsvorschlag des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz zu § 18 a der Satzung, nämlich in den Engeren Vorstand des Kreisverbandes künftig Vertreter aller Rotkreuzgemeinschaften aufzunehmen. Der Engere Landesvorstand hatte sich jedoch mehrheitlich dieser Auffassung nicht ange-

schlossen und plädierte für die Beibehaltung der bisherigen Fassung: „Im Engeren Vorstand sollen die Rotkreuz-Gemeinschaften angemessen vertreten sein.“ Der Vertreter der oberpfälzisch-niederbayerischen Bergwacht, *Bödl*, bekräftigte jedoch noch einmal den Standpunkt des antragstellenden Bezirksverbandes. Frau Vizepräsidentin a. D. *Dr. Martha Rehm* pflichtete gemäß eines Beschlusses des Landesausschusses für Frauenarbeit dieser Auffassung bei. Auch der stellv. Vorsitzende des Landesausschusses der Sanitätskolonnen, *Stadtpfarrer Weiher*, Kempten, erhärtete die Meinung, anstelle des „sollen“ ein „müssen“ einzusetzen, um die Mitsprache der aktiven Gemeinschaften in allen Kreisverbänden zu sichern, wobei er offen ließ, ob jede Gemeinschaft durch einen eigenen Sprecher vertreten sein sollte. Die Sanitätskolonnen legten jedoch auf eine schärfere Formulierung dieses Passus Wert. Ministerpräsident *Goppel* wollte die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten demgegenüber der „Kameradschaft der Gemeinschaften“ anvertraut wissen; die apodiktische Forderung nach dem unbedingten Vertretungsrecht, also ein Beharren auf dem „müssen“ könne auch zu einer Erschwerung der Arbeit führen. Er plädierte daher für Beibehaltung der bisherigen Fassung. Staatssekretär *Franz Sackmann* hingegen schloß sich den Auffassungen der Vorredner an und trat dafür ein, die empfehlende oder einschränkende Bestimmung „angemessen“ zu streichen. Chefarzt *Dr. Hermann*, Regensburg, schloß sich dieser Auffassung an. Auch LG *Dr. Spitzer* plädierte für die Einbeziehung der aktiven Gemeinschaften, nachdem die bisherigen Vorstandswahlen z. T. zu beachtlichen Vorstandsgremien mit 44 und mehr Mitgliedern geführt hätten, die in der praktischen Arbeit eben dieser Größe wegen sich als wenig flexibel erweisen würden. Angesichts solcher Größenverhältnisse sei die Einbeziehung der aktiven Gemeinschaften in den Engeren Kreisvorstand wohl anzuraten. Die anschließende Abstimmung erbrachte bei 5 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit die Bestätigung des Antrags Niederbayern/Oberpfalz zu Satz 2, 18 a und lautet nunmehr lapidar: „Im Engeren Vorstand müssen die Rotkreuz-Gemeinschaften vertreten sein.“ Bezüglich der Bereichsbildung bestätigte das Landeskomitee einstimmig die Vorlage des Engeren Landesvorstandes. § 21 Abs. 1 lautet demgemäß künftig: „Im Gebiet des Kreisverbandes sind Bereiche zu bilden, es sei denn, daß kein sachliches Bedürfnis hinsichtlich der Rotkreuzaufgaben und des Einsatzes dafür besteht.“ Das Landeskomitee folgte dem Vorschlag, die „Richtlinien für Ortsvereinigungen“ voll zu streichen. Sie treten damit am 31. 12. 1972 außer Kraft. Alle sonstigen, noch im Raum stehenden Satzungsänderungen, so auch den in der Sitzung vorgebrachten Antrag von *Stadtpfarrer Weiher*, die aktiven Gemeinschaften auch im Engeren Landesvorstand zu verankern, sollten nach Meinung von Herrn *Dr. Spitzer* in einer „Gesamtvereinbarung“ zu späterer Zeit untergebracht werden. Das Landeskomitee zeigte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und verabschiedete in der Schlussabstimmung einstimmig die Satzungsänderungen. Sie treten damit am 1. 1. 1973 in Kraft.

Rettungsdienstgesetz

soll die Hilfsorganisationen der schwersten Sorgen entheben, ohne ihre Grundstruktur anzutasten

Breiten Raum nahm wie erwartet die Diskussion über den „Entwurf eines Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst“ ein, dessen unterschiedliche Interpretation im Lande zu einigen Besorgnissen und Unruhe geführt hatte.

Der Präsident unterstrich, daß dieser Gesetzentwurf nicht zuletzt auf den dringenden Wunsch des Roten Kreuzes und der übrigen Hilfsorganisationen, aber auch der öffentlichen Meinung zustande gekommen sei. Sein Sinn sei es, diesen Hilfsorganisationen zu helfen, den Rettungsdienst in einer der Zeit und den wachsenden Anforderungen gemäßen Effektivität durchzuführen, keinesfalls aber die Grundstrukturen der freiwilligen Organisationen zu zerstören. *Goppel* versicherte ausdrücklich: „Nach meiner Auffassung besteht keine Gefahr für das Rote Kreuz und die übrigen Hilfsorganisationen, zumal das Gesetz ausdrücklich daran festhält, daß die Kreise und kreisfreien Städte keine neuen Rettungseinheiten schaffen, sondern sich der bestehenden Einrichtungen der Hilfsorganisationen bedienen sollen.“ *Goppel* präziserte die Grundzüge des Gesetzentwurfes, der derzeit dem Bayerischen Senat zur Stellungnahme vorliegt und dann in die parlamentarische Beratung geht, wie folgt:

I.

Ziel des Gesetzentwurfes ist es

1. die bisher auf Freiwilligkeit beruhende Organisation des Rettungsdienstes auf eine solide gesetzliche Grundlage zu stellen, die die gebotene Zusammenarbeit gewährleisten könnte;
2. die Finanzierung des Rettungsdienstes zu sichern, damit die Hilfsorganisationen aus ihrem Einsatz keine finanziellen Nachteile erleiden.

II.

1. Träger des Rettungsdienstes sind nach Art. 2 Abs. 1 die Landkreise und kreisfreien Städte.
2. Sie erfüllen diese Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis und durch Zusammenschluß zu Zweckverbänden (Art. 2 Abs. 1 und 3).
3. Die in den Zweckverbänden zusammengeschlossenen Landkreise und kreisfreien Städte bedienen sich in der Regel nicht einer eigenen Organisation, sondern des BRK und anderer Hilfsorganisationen, soweit diese dazu bereit und in der Lage sind (Art. 3 Abs. 1).
4. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Rettungszweckverband und den Hilfsorganisationen wird durch öffentlich-rechtliche Verträge geregelt; in diesem Vertrag wird sicherzustellen sein, daß die in dem Zweckverband zusammengeschlossenen Landkreise für die finanziellen Ausfälle aufzukommen haben.

III.

Da die Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben des Rettungsdienstes im übertragenen Wirkungskreis erfüllen, hat der Staat nach Art. 83 Abs. 3 BV die notwendigen Mittel zu erschließen. Das geschieht wie folgt:

1. Die Erstausrüstung der Hilfsorganisationen finanziert der Staat nach Maßgabe staatlicher Planung (Art. 4 Abs. 2 Rettungsdienstgesetz).
2. Die Betriebs- und Vorhaltekosten der Hilfsorganisationen werden durch Beförderungsentgelte gedeckt, die der Staat durch Rechtsverordnung nach Art. 9 erschließt.
3. Daß Hilfsorganisationen für Ausfälle durch die Träger des Rettungsdienstes (Landkreise, kreisfreie Städte) schadlos gehalten werden, ist durch die öffentlichen Verträge zwischen den Trägern des Rettungsdienstes und

den Hilfsorganisationen sicherzustellen. Die Träger des Rettungsdienstes (Landkreise und kreisfreie Städte) können hierfür ihrerseits gemäß Art. 83 Abs. 3 BV vom Staat Entlastung verlangen.

4. Die Ersatzbeschaffung wird zunächst durch die Beförderungsentgelte mitfinanziert, da hierin Abschreibungssätze enthalten sind. Soweit darüber hinaus wegen des Geldwertverlustes eine Finanzierungslücke besteht, wird sie vom Staat auszugleichen sein, denn auch künftig sind staatliche Hilfen für die Ausstattung des Rettungsdienstes nicht schlechthin ausgeschlossen (vgl. Begründung zu Art. 4 am Ende).

In der anschließenden Diskussion brachte der Geschäftsführer des Kreisverbandes München, Direktor *Heinrich Rieger*, die Sorgen des Roten Kreuzes zum Ausdruck, da bislang zur Frage der Finanzierung keine eindeutige Aussage vorgelegen habe. Die divergierenden Aussagen des Landkreis- und Städteverbandes hätten diese Sorgen noch unterstrichen. Der Präsident präziserte noch einmal die Tendenz des Gesetzentwurfes, der gerade bezüglich der Finanzierung klare Markierungen setze. So ermächtigte das Gesetz die Staatsregierung, Beförderungsentgelte durch Rechtsverordnung festzusetzen. Für die Aushandlung der Entgelte würden dann nicht mehr das Rote Kreuz und die Hilfsorganisationen, sondern die Zweckverbände Vertragspartner der Krankenkassen sein. Frau *Hedi Westphal*, MdL, befürchtete in diesem Zusammenhang jedoch eine Überforderung der Kassen und Gemeinden, wenn die vollen Betriebskosten von diesen getragen werden sollen und forderte eine stärkere Beteiligung des Staates an der Gesamtfinanzierung. Es sei zu befürchten, daß angesichts der auf sie zukommenden Kostenlawine die Kassen bei einfachen Transporten „andere Wege suchten“, betonte die Abgeordnete. Sie regte in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines „Olympia“-Zehnerls für den Rettungsdienst an, um die Gesamtfinanzierung zu erleichtern. Ministerpräsident *Goppel* verwies auf die zu erwartenden Bundesgesetze, die ebenfalls gravierende finanzielle Belastungen nach sich ziehen würden, so daß eine gesetzliche Regelung und Fundierung des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe unausweichlich geworden sei. Wichtig sei, daß das BRK und die übrigen Hilfsorganisationen mit Hilfe des neuen Gesetzes zu einer soliden finanziellen Basis fänden. Die Einzelheiten müsse der Gesetzgeber klären. Das Parlament, so ergänzte der Ministerpräsident, werde das Gesetz ausgiebig diskutieren und in einschlägigen Beratungen die besten Lösungen suchen müssen.

Landesschatzmeister a. D. Direktor *Ernst Lodermeier* gab zu bedenken, daß bisher im Krankentransport und Rettungsdienst immer auch der Katastrophenschutzdienst seine Stütze gehabt habe. Hier werde gegebenenfalls ein breites Betätigungs- und Erprobungsfeld verloren gehen. Abteilungsleiter *Karl Berger* bestätigte auf eine Anfrage des Bergwacht-Abschnittsleiters *Bödl*, daß es bezüglich des Einsatzes von Berg- und Wasserwacht noch besonderer Absprachen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern bedürfe. Eine gewisse Umorganisation werde sicher notwendig sein, erkannten auch die übrigen Bergwacht-Vertreter.

Der Ministerpräsident bestätigte abschließend noch einmal, daß die Intention und Sorge des Roten Kreuzes wie des Kabinetts darauf gerichtet gewesen sei, daß der Rettungsdienst nicht total verstaatlicht werde. Denn dann sei die Gefahr für das Rote Kreuz und die Hilfsorganisationen,

aus der Rettungsdiensttätigkeit gedrängt zu werden, viel größer gewesen. „Aber gerade das wollten wir nicht!“, stellte der Präsident mit Nachdruck fest und bat, die Kreisverbände umfassend über die angestrebte Neuregelung zu informieren.

Zwischenbericht zur Finanzsituation des BRK

Unter diesem Tagesordnungspunkt gab Landesschatzmeister Direktor *Heinz Kerkmann* einen Überblick über die derzeitige Finanzlage des Bayerischen Roten Kreuzes, wobei nur einige Teilaspekte angesprochen werden konnten. Vorweg konnte Direktor *Kerkmann* feststellen, daß der Großeinsatz des BRK bei den Spielen der XX. Olympiade kein Defizit hinterlassen hätte. Die gesamte Liquiditätslage habe sich 1972 gebessert, ohne jedoch voll zu befriedigen. Es könne davon ausgegangen werden, daß der Haushalt des Präsidiums und der Bezirksverbände zufriedenstellend abgewickelt werden könne. Über die Situation bei den Kreisverbänden könne noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Wenn sich die Einnahmesteigerung der Frühjahrssammlung (+ 10,8%) auch bei den übrigen Einnahmequellen zeige, dürfe auch für die Kreisverbände mit einer gesicherten Ertragslage für das Jahr 1972 gerechnet werden. Erhebliche Sorgen bereiteten insbesondere die stark ansteigenden Personalkosten, die bereits bei rd. 50% angelangt seien. Bei der Aufstellung der neuen Haushalte sei daher der Personalsektor besonders zu prüfen und rationellere Arbeitsweisen anzustreben. Voraussichtlich könne Ende des Jahres die Liquidation des RK II abgeschlossen werden. Nach Aufrechnung aller Aktiven und Passiven bleibe unter Berücksichtigung der Verlustvorräte aus früheren Jahren noch ein ungedeckter Betrag von 2,6 Mio DM, der vom Präsidium übernommen werden müsse. Erhebliche Bedeutung komme der Planung einer neuen Landesschule zu, die insbesondere im Hinblick auf die künftige internatsmäßige Ausbildung der Rettungssanitäter an Gewicht gewinnen werde. Zur Verwirklichung des Projektes, das dem gesamten BRK dienen werde, sollte sich auch der Gesamtverband finanziell beteiligen. Die Erweiterung und Modernisierung des Orthopädischen Teils der Rheumakrankenhäuser Bad Abbach werde rd. 10 Mio DM erfordern. Die Heime Landshut und Hof seien fertiggestellt und arbeiteten zufriedenstellend. Das Gleiche gelte für die Finanzsituation des BRK-Blutspendedienstes. Eine erfreuliche Steigerung zeige auch der Warenumsatz der RK-Werbe- und Vertriebs-GmbH. Bemerkenswert sei der jährliche Nettozuwachs von durchschnittlich 20 000–25 000 neuen Mitgliedern. Erhebliche Sorgen bereite jedoch der sich immer stärker abzeichnende Rückgang von Sammlern bei den jährlichen Haus- und Straßensammlungen. Trotz wachsender Spendenfreudigkeit der Bevölkerung werde dadurch das Gesamtsammlungsaufkommen erheblich beeinträchtigt. Diese Entwicklung lege nahe, nach neuen Einnahmeformen

Ausschau zu halten. Die „Aktion Autoplakette“, vom Bezirksverband Ober-/Mittelfranken initiiert und erprobt, sei ein sehr guter Erfolg gewesen. Sie solle daher auf das ganze Land ausgedehnt werden. Auch die Altstoffverwertung, bei der Bevölkerung inzwischen zu einem festen Begriff geworden, habe erfreuliche Ergebnisse gebracht. Mit der Schaffung größerer Kreisverbände im Zuge der Gebietsreform sollte zugleich eine stärkere Rationalisierung und Verbesserung der Verwaltungsstruktur ins Auge gefaßt werden. In diesem Zusammenhang dankte *Kerkmann* allen Schatzmeistern der Kreisverbände für die bisherige Arbeit und entbot den neuen Finanzverantwortlichen ein herzliches „Glückauf“ für die kommende gute Zusammenarbeit. Das Landeskomitee nahm seinerseits den Bericht des Landesschatzmeisters zustimmend zur Kenntnis.

Abprahgegemaß verzichtete der Landesarzt, Oberregierungsmedizinardirektor *Dr. Herbert Kammermeier*, auf den obligatorischen Bericht. Er wird zu späterer Zeit die Landeskomiteemitglieder über die aktuellen Fragen informieren. BRK-Präsident *Goppel* dankte beiden Herren herzlich für die bisher geleistete Arbeit in den verantwortungsvollen Ämtern. Er gab gleichzeitig bekannt, daß die nächste Landesversammlung voraussichtlich im Oktober 1973 in *Bad Aibling* stattfinden werde. Bei dieser Versammlung stünden auch Neuwahlen zum Landesvorstand an. Zu ihrer Vorbereitung sei ein Wahlvorbereitungsausschuß mit 7 Mitgliedern zu bilden, der sich aus 2 Persönlichkeiten des Landesverbandes und je einer Persönlichkeit der 5 Bezirksverbände zusammensetzen solle. Er bat um geeignete Vorschläge bis zum 15. 1. 1973, damit der Ausschuß seine Arbeit aufnehmen könne. Auch dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Zu BRK-Ehrenmitgliedern ernannt

Ebenfalls einstimmig billigte das Landeskomitee den Antrag der Bezirksverbände Oberbayern und Niederbayern/Oberpfalz auf Ernennung von Dipl.-Ing. *Josef Rambauser*, Altötting, Oberregierungsrat a. D. *Dr. Franz Rößler*, Dingolfing, und Fabrikant *Dr. Josef Witt*, Weiden, zu Ehrenmitgliedern des Bayerischen Roten Kreuzes, der höchsten Ehrung, die das BRK zu vergeben hat. Den so Ausgezeichneten galt der herzliche Beifall aller Komiteemitglieder.

BRK-Präsident Ministerpräsident *Dr. h. c. Alfons Goppel* entbot abschließend allen Mitgliedern und ihren Familien Segenswünsche zu dem bevorstehenden Weihnachtsfest, gute Gesundheit, um sich auch im neuen Jahr in alter Intensität für die Sache des Roten Kreuzes einsetzen zu können. Die Landeskomiteemitglieder begaben sich anschließend im gleichen Hause zu einem Stehempfang aus Anlaß des 85. Geburtstages des Ehrenpräsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerpräsident a. D. *Dr. Hans Ehard*.
Dr. Josef Rohrer

Statt Jubiläumsbroschüre stiftete Münchner Lebensversicherungs-AG einen Krankenwagen

Die Münchner Lebensversicherungs-AG im Herzen Schwabings hatte anläßlich ihres 50. Jubiläums am 19. 10. 1972 eine gute Idee: Die Versicherung verzichtete auf die obligatorische Festschrift und beschloß, dem Bayerischen Roten Kreuz im Beisein der Belegschaft der Firma einen Krankentransportwagen zu übergeben. Als Sprecher des Vorstandes der Versicherung übergab Hans Georg Stiefken die Schlüs-

sel des Fahrzeuges an Vizepräsidentin Leonore v. Tucher, die sich für das wertvolle Geschenk herzlich bedankte und mitteilte, daß der Wagen dem Kreisverband Ebersberg zur Verfügung gestellt würde. Landrat *Dr. Remigius Streibel* nahm den Schlüssel des neuen Wagens, den er dringend für seinen Kreisverband benötigt, strahlend in Empfang.

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 54 vom 7. 11. 1972: Arbeitsanweisung für das Jugendrotkreuz während der Gebietsreform
- Nr. 55 vom 7. 11. 1972: Altenerholung 1972 - hier: Weihnachtsskizzen in Murnau-Seehausen vom 22. 12. 1972 bis 8. 1. 1973
- Nr. 56 vom 17. 11. 1972: Autoplaketten „Leben retten 1973“
- Nr. 57 vom 20. 11. 1972: 1. Abrechnung der Erste-Hilfe-Lehrgänge des Jahres 1972, eingeschlossen Ausbilder- und Umschulungslehrgänge für Ausbilder der Ersten Hilfe. 2. Abrechnung der Sanitätsausbildungslehrgänge.
- Nr. 58 vom 20. 11. 1972: Abgabe von ausgesondertem Bundeswehrmaterial für Ausbildungszwecke gegen Leihvertrag.
- Nr. 59 vom 1. 12. 1972: Jahresstatistik 1972
- Nr. 60 vom 1. 12. 1972: Vereinheitlichung der Geschäftsbriefbogen im BRK
- Eilmitteilungen
- vom 21. 11. 1972: Zusatzaltersversorgung
 - vom 5. 12. 1972: Rentenreform, hier flexible Altersgrenze
 - vom 6. 12. 1972: Änderung der Satzung der Zusatzaltersversorgung

AUSBILDUNGSWESEN

2. Lehrgangprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen vom 8. 1. bis 18. 2. 1973

- Nr. 1 vom 8.- 9. 1. 1973: Lehrgruppen der Bezirksverbände URD/KPT - Erfahrungsaustausch
- Nr. 2 vom 11.-12. 1. 1973: Schwesternhelferinnenprogramm
- Nr. 3 vom 16.-26. 1. 1973: Desinfektoren
- Nr. 4 vom 29. 1.- 2. 2. 1973: Ausbilder/innen Erste Hilfe
- Nr. 5 vom 5.-16. 2. 1973: Desinfektoren
- Nr. 6 vom 17.-18. 2. 1973: Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort

PERSONALFRAGEN

3. Verwaltungsreferent gesucht

Der BRK-Bezirksverband Ober- und Mittelfranken sucht zum 1. 4. 1973 einen Nachfolger für seinen in den Ruhestand eintretenden

Verwaltungsreferenten.

Gefordert werden vor allem: Umfassende Verwaltungskennntnisse, Bilanzsicherheit, Verhandlungsgeschick sowie Erfahrungen in der Rotkreuzarbeit.

Geboten werden: Anstellung nach Gr. IVb (BAT) mit Aufsteckmöglichkeit sowie eine interessante und vielseitige Tätigkeit.

Bewerbungen werden erbeten an:

Bayerisches Rotes Kreuz, Bezirksverband Ober- und Mittelfranken, 8500 Nürnberg, Hübnersplatz 10

4. Ungültigkeitserklärungen von Dienstaussweisen

Nachstehende Dienstaussweise bzw. Dienstbücher sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Kreisverband Laufen a. d. Salzach: Dienstbuch und Dienstaussweis

Nr. 012 - 418, ausgestellt auf den Namen Herbert Geigl, geb. 14. 4. 1945, wohnhaft Freilassing -

Dienstbuch und Dienstaussweis Nr. 012 - 479, ausgestellt auf den Namen Hans Deiß, geb. 18. 3. 1954, wohnhaft Tittmoning.

Bezirksverband Ober- und Mittelfranken: Dienstbuch und Dienstaussweis Nr. M 4/1005, ausgestellt auf den Namen Edmund Bauer, Grub a. F.

Kreisverband Krumbach: Dienstaussweis Nr. S 11 - 1040 - K, ausgestellt auf den Namen Peter Fuhrmann, geb. am 12. 11. 1953, wohnhaft Neuburg a. K.

Kreisverband Nürnberg-Land in Altdorf: Dienstaussweis Nr. M 25 - 1610, ausgestellt auf den Namen Harald Pickel, geb. 26. 3. 1955, wohnhaft Nürnberg-Altenfurt.

KRANKENTRANSPORT

5. Krankenwagen zu kaufen gesucht

Herr Alois Wiesböck, 8261 Niederbergkirchen bei Mühldorf, Franzenseck 9/3, Telefon (0 86 39) 5 29, sucht für den Transport von Motorrädern für Sandbahnrennen einen gebrauchten Kranken-Kraftwagen Mercedes-Diesel mit guter Karosserie.

Frau Dorothea Neckar, 8 München 80, Laplacestraße 3, Telefon 76 84 93 (Selbert) sucht einen gebrauchten Kranken-Kraftwagen Mercedes-Diesel, evtl. auch Unfallwagen.

Kreisverbände, die solche Fahrzeuge abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit den Obengenannten in Verbindung zu setzen. Vor Abgabe eines Kranken-Kraftwagens müssen sämtliche Krankentransporteinrichtungen, Blaulicht und Beschriftung vom Fahrzeug entfernt werden.

MEDIZINALWESEN

6. Neuer Sanitätskasten für Ärzte entwickelt

Die Medizinalabteilung des BRK-Präsidiums hat im Einvernehmen mit behördlichen Stellen einen Kasten (Größe K 50) „Sanitätskasten München 72 mit Arztkoffer München 70“ entwickelt. Er ist gedacht „für Versorgungsmaßnahmen durch einen Arzt bei größeren Unfällen in Behörden und Dienststellen“. Preis ca. DM 600,-. Wir bitten, alle Dienststellen, mit denen das BRK im Kontakt steht, auf diese Neuerung aufmerksam zu machen. Er ist auch für Dienststellen gedacht, welche selbst hauptamtlich keinen Arzt haben, bei Notfällen aber einem Arzt das spezielle San.-Material zur Verfügung stellen können. Inhaltsverzeichnisse stehen bei Bedarf zur Verfügung.

7. Realistische Unfalldarstellung

Zum Schminkkasten „Mehlem“ gehört eine Anleitung (sog. Schminkmappe), die lange Zeit vergriffen war. Sie ist in verbesserter Neuaufgabe wieder lieferbar. Preis DM 37,45.

Dazu unsere Besprechung:

Realistische Unfalldarstellung

Eine alte Kunst auf neuen Wegen

Seit den Anfängen der Wunddarstellung als Hilfsmittel für die Ausbildung in Erster Hilfe hat dieser Gedanke so sehr an Bedeutung gewonnen, daß kein pflichtbewußter Ausbilder heute mehr auf die realistische Unfalldarstellung bei der Gestaltung der Abschlußstunde in seinen Lehrgängen verzichten möchte.

Aber nur wenige „Mimtruppführer“ besitzen eine Reihe von mehr oder minder brauchbaren Dias, mit deren Hilfe ein exaktes Nachbilden dennoch oft nicht gelingt. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde bereits im Jahre 1967 die „Arbeitsmappe für die realistische Unfalldarstellung“ geschaffen.

Der Verfasser dieses Bildwerks ist seit Anbeginn dieses Vorhabens ein begeisterter Mitarbeiter auf dem Gebiet der „Realistischen Unfalldarstellung“ und hat ihm manche Vervollkommnung zuteil werden lassen. Das Bildwerk Körner's gibt dem Beschauer

wertvolle Anregungen, sich in der praktischen Verletzungsdarstellung selbst zu versuchen.

Vor wenigen Tagen erschien diese Arbeitsmappe in ihrer zweiten verbesserten und erweiterten Ausgabe 1972.

Sie enthält jetzt 70 farbige Bilder von Wunden, 10 Abbildungen von Unfallsituationen und alle dazugehörigen Texte.

Der technische Aufbau einer Wunde wird zum Teil in einzelnen Phasen gezeigt, aber auch der Fortgeschrittene findet eine große Anzahl nachahmenswerter Wunddarstellungen. Ferner bietet die Arbeitsmappe eine ausführliche Anleitung für das verletzungsgerechte Mimen.

Unter Verwendung des Schminkkastens „Mehlem“ mit seiner reichhaltigen Materialausstattung ist es heute möglich, mit wenigen Handgriffen in kürzester Zeit viele sehr realistisch wirkende Verletzungen darzustellen.

In der hier angedeuteten Richtung ist das Werk jedem Mimtruppführer und solchen, die es werden wollen, sehr zu empfehlen. Es wird manchen Ausbilder bewegen, die Mühe und den Zeitaufwand am Ende eines Erste-Hilfe-Lehrgangs doch einmal zu riskieren, sich mit „Mimen“ zu verabreden und eine solche realistische Überraschung seiner Lehrgangsteilnehmer zu versuchen.

Besitzer der bisherigen Ausgabe der „Arbeitsmappe“ haben jetzt Gelegenheit, die Änderungen und Ergänzungen des Bildbandes nachzubestellen.

SOZIALARBEIT

8. Kurplan 1973

Für „Haus Wieseneck“, 8501 Schwaig, Wieseneckstr. 24,
Tel. (09 11) 57 62 65

Heimärztin: Frau Dr. Heide Berg, Fachärztin für Orthopädie
Heimleiter: Herr Gerhard Gebuhr

Im „Haus Wieseneck“ werden körperbehinderte Kinder, Jugendliche und Heranwachsende vom 3. bis 24. Lebensjahr laufend zur Behandlung auf unbeschränkte Zeit aufgenommen. Die Aufnahme erfolgt nach schriftlicher Anmeldung an das „Haus Wieseneck“. Bitte Arztbericht bei Anmeldung beilegen!

Daneben werden noch folgende zeitlich festgelegte Kuren durchgeführt:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| 1. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder | vom 11. 1.– 7. 2. |
| 2. Sonderkur für Jugendliche | vom 19. 2.– 8. 3. |
| 3. Sonderkur für Jugendliche | vom 12. 3.– 8. 4. |
| 4. Sonderkur für schulpflichtige Kinder (Osterferien) | vom 9. 4.– 6. 5. |
| 5. Sonderkur für geschlossene Gruppen (kann auf 3 Wochen verkürzt oder auf 6 Wochen verlängert werden) | vom 8. 5.– 4. 6. |
| 6. Begegnungswochen für behinderte Jugendliche mit Nichtbehinderten (Pfingstwochen) | vom 5. 6.–18. 6. |
| 7.) | vom 19. 6.–16. 7. |
| 8.) Sonderkuren nur für Schulpflichtige | vom 17. 7.–13. 8. |
| 9.) | vom 14. 8.–10. 9. |
| 10. Sonderkur für Familien mit körperbehinderten Kindern. An dieser Kur können auch Eltern bzw. Geschwister von Behinderten teilnehmen. | vom 13. 9.–10.10. |
| 11. Sonderkur für geschlossene Gruppen | vom 12.10.– 8.11. |
| 12. Sonderkur für nicht schulpflichtige Kinder und Jugendliche (6-Wochen-Kur) | vom 10.11.–21.12. |

Die Aufnahme für die Sonderkuren erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung (Datum des Eingangsstempels).

Änderungen vorbehalten!

Tagessatz: 35,- DM

Tagessatz mit erhöhtem Pflegebedarf: 47,- DM

NACHRICHTENTEIL

SANITÄTSKOLONNEN

9. 75 Jahre Sanitätskolonne Roth

Zahlreiche Ansprachen beleuchteten die Tätigkeit, aber auch die Dankbarkeit für das bisher Geleistete der Sanitätskolonne Roth, die am 7. Oktober ihr 75jähriges Bestehen feiern konnte. In der festlich geschmückten Stadthalle hatten sich zahlreiche Ehrengäste eingefunden. Der Musikzug des SV Abensberg und der Chor des MGV „Germania“ sorgten für den stimmungsvollen Rahmen des Abends. Im Prunksaal des Schlosses Ratibor hatte Bürgermeister Friedrich Wambsganz zum Auftakt des festlichen Wochenendes Frauen und Männer der Rotkreuzgemeinschaften empfangen und betonte bei der Begrüßung, sie hätten es wirklich verdient, im Prunksaal geehrt zu werden. Daß auch die Bevölkerung die Tätigkeit der Sanitätskolonne zu schätzen wisse, könne – so betonte der Bürgermeister – aus dem Ergebnis des Spendenaufrufes für neue Krankentransportwagen ersehen werden. Bei der Einwohnerzahl von 16000 sei ein Betrag von DM 35000,- zusammengekommen. Mit der Spende aus dem Stadtsäckel sei der Betrag auf DM 46000,- gestiegen und in Roth wohl ein Beweis für die Gültigkeit des Satzes „Gemeinwohl geht vor Eigenwohl“. Wambsganz bezeichnete das Spendenaufkommen als das „schönste Geburtstagsgeschenk“ an die Sanitätskolonne. In der Stadthalle hielt Hans Dönhöfer vom Präsidium München den Festvortrag. Er gab einen Überblick über die Aufgaben des Roten Kreuzes. Seine Ausführungen gipfelten in dem Appell an alle, dazu beizutragen, daß der Mensch nicht doch eines Tages „ein technischer Riese und ein moralischer Zwerg“ werde. Kolonnenführer Beinöder dankte zum Abschluß allen befreundeten Verbänden, Vereinen und Honoratioren für die herzlichen Glückwünsche und versprach, daß die Kolonne Roth sich weiterhin bemühen werde, die in sie gestellten Erwartungen voll zu erfüllen. Nach dem Gottesdienst am Sonntag übergab Bürgermeister Wambsganz der Kolonne die beiden neuen Rettungswagen, zu denen als Überraschung vom Kreisverbandsvorsitzen-

den Dr. Barth ein drittes Sanitätsfahrzeug an die Sanitätskolonne übergeben wurde. Mit einem Schweigemarsch zum Ehrenmal, dem Gedenken an die Toten und einer Kranzniederlegung, endete der offizielle Teil des 75jährigen Jubiläums.

FRAUENBEREITSCHAFTEN

10. Weihnachtsbazar in Kelheim

Nach dem erfolgreichen Weihnachtsbazar im Vorjahr, der dem Frauenarbeitskreis Kelheim Gelegenheit bot, Alten, Kranken und Kindern eine Freude zu bereiten, hatte man sich entschlossen, auch heuer die Kelheimer Bürger aufzufordern, den Weihnachtsbazar zu besuchen, der diesmal besonders früh, Ende November, eröffnet wurde. Mit viel Phantasie und Können hatten sich die Frauen in den Dienst der guten Sache gestellt. Das Jugendrotkreuz bastelte viele schöne Dinge aus Material, das ein Abensberger Bürger kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. Staatssekretär Josef Bauer eröffnete in seiner Eigenschaft als Kreisverbandsvorsitzender den zweiten Kelheimer Weihnachtsbazar. Zahlreiche Gäste waren erschienen und bewunderten mit Recht die Arbeit des Frauenarbeitskreises, der unter Leitung von Sozialdienstleiterin Frau Thyan schon seit Frühjahr mit viel Fleiß und Erfindergabe, aber auch mit kunstgewerblichem Können sich auf den Bazar vorbereitet hatten. Die dekorativ gestaltete Verkaufsausstellung fand nicht nur anerkennende Worte, sondern sehr bald auch die ersten Käufer. Tischschmuck, Adventskalender, Puppen aller Art, Strickwaren, individuelle Weihnachtskarten und viele andere Sachen gab es zu erstehen.

Staatssekretär Bauer entschied sich spontan für eine der hübschen Arbeitsschürzen für Männer – und vergrub schmunzelnd seine Hände in die überdimensionale Schürzentasche.

Fortsetzung des Nachrichtenteils Seite 12

MITTEILUNGSBLATT DES BAYERISCHEN ROTEN KREUZES

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 22 (Januar bis Dezember 1972)

Vorbemerkung: Die einzelnen Bekanntmachungen und Nachrichten waren in jedem Blatte fortlaufend nummeriert. Es bedeutet daher die Zahl vor dem Komma die Nummer des Blattes, die Zahl hinter dem Komma die Nummer der betreffenden Meldung: Artikel, die nicht nummeriert waren, werden durch die Seitenzahl angegeben. In diesem Falle bedeutet also 3, S. 2 = Blatt 3 Seite 2.

Größere Artikel - Grundsatzfragen - Fachthemen

Zum Neuen Jahr. Von Walter Bargatzky, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 1, S. 1 - Dank an die Helfer im Katastrophenschutz 1, S. 2 - Zum Jahreswechsel. Von Dr. Bruno Merk 1, S. 2 - Der Mensch als Maß und Mitte aller Gesellschaftspolitik, Dank und Glückwunsch des Bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl, an die Wohlfahrtsverbände in Bayern 1, S. 2 - Mit einiger Zuversicht ins Neue Jahr. Landesvorstand tagte in München 1, S. 3 - Die Bilanz der guten Taten kann sich sehen lassen. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Ober-/Mittelfranken in Nürnberg 1, S. 6 - Viel versprechender Jahresausklang 1971. - 3 neue Rettungswagen für das Rote Kreuz 1, S. 11 - Jetzt 130 Staaten Partner der Genfer Rotkreuzabkommen 2, S. 1 - Dank an die „Helgoland“. Das Hospitalschiff kehrt nach Deutschland zurück 2, S. 1 - Polnische Rotkreuz-Delegierte beim Suchdienst Hamburg 2, S. 1 - Vorbereitung der Zweiten Sitzungsperiode der Regierungsexperten-Konferenz 2, S. 2 - Konferenz über die Ächtung der biologischen, chemischen und nuklearen Waffen 2, S. 2 - DRK schickt Hubschrauber nach Bangla Desh 2, S. 2 - Sie waren dabei als es galt, das Rote Kreuz wieder aufzubauen 2, S. 3 - Ihr 25jähriges Arbeitsjubiläum 1971 begingen 2, S. 4 - Zu Ehrenmitgliedern der Frauenbereitschaften ernannt 2, S. 4 - BRK-Massageschule in Bad Abbach eröffnet 2, S. 5 - Zuckerkrankte als Fahrer ungeeignet 2, S. 5 - Silvesteraktion des Bayerischen Rundfunks brachte neuen Rettungswagen 2, S. 6 - Verkehrsunfallstatistik für Gemeinden über 20000 Einwohner. Von ORR Walter Hillgärtner, Würzburg 2, S. 6 - Bund Naturschutz in Bayern e.V. legte Entwurf für ein bayerisches Gesetz über Natur- und Umweltschutz vor 2, S. 7 - Internationales Zentrum für Krebsforschung 2, S. 8 - Bundesminister Käte Strobel zum Weltgesundheitstag 1972 3, S. 1 - Botschaft zum Weltgesundheitstag 1972. Von Dr. M. G. Candau, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation 3, S. 2 - „Haus International“ - Jugendgästehaus des Jugendsozialwerks in München eröffnet - Bundesministerin Käte Strobel: Ein Beitrag praktizierter Friedenspolitik 3, S. 3 - Unser Weg und unser Wirken heute. Zur Arbeit des internationalen Bundes für Sozialarbeit - Jugendsozialwerk e. V. Angeschlossener Verband des Deutschen Roten Kreuzes. Von Heinrich Hartmann, stellvertretender Vorsitzender des IB - JSW 3, S. 5 - Haß zerstört, Liebe heilt. Zur Frühjahrsversammlung des Bayerischen Roten Kreuzes vom 17. bis 23. April 1972 4, S. 1 - Die Solidarität des Roten Kreuzes. Von H. Beer, Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften 4, S. 3 - Drogen - eine Herausforderung für unsere Gesellschaft 4, S. 5 - Die Würde eines Volkes daran messen, wie es zu seinen Senioren steht. Beitrag zum Seniorenplan der SPD für Bayern 4, S. 6 - Die Seite 1 - heute den großen und kleinen Spendern zur Verbesserung des Rettungsdienstes gewidmet 5, S. 1 - Die Solidarität des Roten Kreuzes. Von H. Beer, Generalsekretär der Liga der Rot-

kreuzgesellschaften 5, S. 2 - 100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern. Zeittafel zur Gründungsgeschichte der Rotkreuzschwesternschaft München 5, S. 4 - VdK schenkte dem Roten Kreuz 2 Rettungswagen 5, S. 6 - Beschränkung zulässiger Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge. Von Oberregierungsrat Walter Hillgärtner, Würzburg 5, S. 6 - Landeskomitee stellt Weichen für die Zukunft. BRK zieht mit der Gebietsreform gleich - Die Rotkreuzarbeit wird keine Beeinträchtigung erfahren 5, S. 7 - XXII. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Teheran 6, S. 1 - Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Eröffnung der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz in Genf 6, S. 1 - Der Präsident des IKRK im Vatikan 6, S. 2 - Dank der Schwesternschaft München 6, S. 2 - Bundesverdienstkreuz für BRK-Landesarzt Obermedizinaldirektor Dr. Herbert Kammermeier und BRK-Bezirksvorsitzenden Apotheker Herbert Geißendorfer 6, S. 2 - Umdenken und Hinzulernen - Charakteristikum der Rotkreuzarbeit / Ausgeglichenen Haushalt im BRK / Revision bestätigt sorgfältige Geschäftsführung, Fortsetzung des Berichtes über die Landeskomiteesitzung am 15. April 1972 in München 6, S. 3 - 100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern 6, S. 9 - Fortdauererklärung der Regierung in Bangla Desh und Beitritt der Vereinten Arabischen Emirate zu den Genfer Abkommen 7/8, S. 1 - Abschluß der 2. Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz 7/8, S. 1 - Bayerischer Verdienstorden für Landesgeschäftsführer Dr. Spitzer 7/8, S. 1 - „Der Arzneien beste ist die Liebe“ - „Ethos der Krankenpflege die stärkste Tradition des Roten Kreuzes“ - Rotkreuzschwesternschaft München feierte hundertjähriges Bestehen - Festgottesdienste mit Julius Kardinal Döpfner und Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger - Festakt im Herkules-Saal der Residenz - Grußworte aus dem In- und Ausland 7/8, S. 2 - Im Wandel eines Jahrhunderts der Idee treu geblieben. Festvortrag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Alfons Goppel anlässlich der 100-Jahr-Feier der Schwesternschaft des Bayerischen Roten Kreuzes 7/8, S. 6 - Erfahrungsaustausch der Justitiare und Konventionsbeauftragten 7/8, S. 7 - Ministerpräsident Goppel übernahm die modernste Jugend-Fahrschule in Schwaig 7/8, S. 8 - Wasserwacht betreut Körperbehinderte im Wasser 7/8, S. 9 - Sieger im Landesschwimmwettbewerb der Wasserwacht in der Staatskanzlei 7/8, S. 9 - Nacholympische Gedankenlese. Unseren Frauen und Männern vom Roten Kreuz 9/10, S. 1 - Zweite Sitzungsperiode der Regierungsexpertenkonferenz über die Neubestätigung und die Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts (Genf, 3. Mai bis 3. Juni 1972) 9/10, S. 2 - 16. Justitiartagung des DRK in Kassel 9/10, S. 4 - Die Spiele der XX. Olympiade in München 1972. Eine Bilanz an Leistungen, Opfern, Enttäuschungen, aber auch versöhnenden Eindrücken 9/10, S. 6 - Der neue IOC-Präsident Vorstandsmitglied des Irischen Roten Kreuzes 9/10, S. 11 - Dr. Silbereisen, Regensburg, neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtsverbände in Bayern 9/10, S. 11 - Das Rote Kreuz für den Dienst an der leidenden Menschheit stärken. Internationale Tagung von Leitern des Roten Kreuzes 11, S. 1 - Bayerische Sparkassen spenden sieben Rettungswagen 11, S. 3 - Hohe Auszeichnung für Vizepräsident Ministerialrat Dr. Kläß, Staatssekretär Franz Sackmann und Bezirkstagspräsident Josef Fischer 11, S. 3 - Nach vier „Goldenen“ wird die 5. DRK-Langspielplatte ein Rekord 11, S. 4 - Rotkreuz-Schwestern im Olympia-Einsatz 11, S. 4 - Sozialpsychiatrische Aspekte des Alterns - oder: „Der alte Mensch und wir.“ Von Prof. R. Krämer, Mainz 11, S. 5 - Aktion Hauspflege. Ein Modell-

vorschlag des BRK-Kreisverbandes Obernburg 11, S. 9 – Staatsminister Dr. Pirkl in Bad Abbach 11, S. 12 – DRK-Ehrenzeichen für Hubschrauberpiloten 11, S. 12 – Zum Jahreswechsel 12, S. 1 – Gestellte Aufgabe – erfüllte Aufgabe. BRK-Ehrenpräsident Dr. Hans Ehard nahm die Glückwünsche des Deutschen und Bayerischen Roten Kreuzes zum 85. Geburtstag entgegen 12, S. 2 – Rettungsdienst soll finanziell abgesichert werden. Landesvorstand und Landeskomitee berieten in München wichtige Neuerungen auf dem Gebiet der inneren Organisation und des Rettungsdienstes. Herkömmliche Formen der Mittelbeschaffung müssen durch neue Initiativen ergänzt werden 12, S. 3 – Statt Jubiläumsbroschüre stiftete Mündner Lebensversicherungs-AG einen Krankenwagen 12, S. 6 –

BEKANNTMACHUNGSTEIL

Allgemeines

Rundschreiben des Landesverbandes

Nr. 68-80/1971 1,1 – Nr. 1-9/1972 2,1 – Nr. 10-15/1972 3,1 – Nr. 16-18/1972 4,2 – Nr. 19-25/1972 5,1 – Nr. 26-32/1972 6,1 – Nr. 33-40/1972 7/8,2 – Nr. 41-50/1972 9/10,1 – Nr. 51-53/1972 11,2 – Nr. 54-60/1972 12,1 –

Eilmitteilungen

vom 9. 12.-14. 12. 1971 1,1 – vom 27. 12. 1971, 13. 1. 1972, 14. 1. 1972 2,1 – vom 26. 1. 1972, 10. 2. 1972 3,1 – vom 17. 3. 1972 4,2 – vom 20. 3. 1972, 14. 4. 1972 5,1 – vom 17. 5. 1972, 18. 5. 1972, 19. 5. 1972 6,1 – vom 3. 7. 1972 7/8,2 – vom 27. 7. 1972, 23. 8. 1972, 21. 9. 1972 9/10,1 – vom 21. 11. 1972, vom 5. 12. 1972, vom 6. 12. 1972 12,1 –

Anschriften- und Rufnummernänderung

Marktoberdorf, Mindelheim 2,2 –

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz

4,1 –

Steckkreuze für Verdienste um das BRK

3,2 – 7/8,1 –

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Bayerischen Roten Kreuzes

7/8,1 –

AUSBILDUNGSWESEN

Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen

für die Zeit vom 28. 2. bis 20. 3. 1972 1,2 – vom 5. 4. bis 28. 4. 1972 2,3 – vom 3. 5. bis 31. 5. 1972 3,3 – vom 5. 6. bis 16. 6. 1972 4,3 – vom 4. 7. bis 28. 7. 1972 5,2 – vom 31. 7. bis 10. 8. 1972 6,2 – vom 18. 9. bis 6. 10. 1972 7/8,3 – vom 10. 10. bis 24. 11. 1972 9/10,2 – vom 27. 11. bis 14. 12. 1972 11,3 – vom 8. 1. bis 18. 2. 1973 12,2 –

PERSONALFRAGEN

Verlustanzeigen von Dienstaussweisen 1,3 – 5,5 – 7/8,4 – 9/10,6 – 11,4 – 12,4 –

Krankenschwester und Krankenpflege für Alten- und Pflegeheim St. Albert in Haunstetten gesucht 3,4 – Beiköchin für Kindererholungsheim Bischofsried gesucht 5,3 – Kreisverband Pfaffenhofen a. d. Ilm sucht Sanitäter 5,4 – Heimleiterin für Kindererholungsheim Bischofsried bei Dießen am Ammersee gesucht 6,3 – Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen 6,4 – Delegierte für die Liga der Rotkreuzgesellschaften bzw. für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gesucht 7/8,5 – Heimleiterin für Hafnpreppach gesucht 9/10,3 – Fahrer und Sanitäter im KTP und URD vom Kreisverband Kempten gesucht 9/10,3 – Fahrer und Sanitäter im KTP und URD vom Kreisverband Kempten gesucht 9/10,4 – Kreisverband Starnberg sucht Fahrer und Sanitäter für den KTP und URD 9/10,5 – Verwaltungsreferent gesucht 12,3

KRANKENTRANSPORT

Beitritte und Änderungen zum Krankentransport-Rahmenvertrag 1,4 – 2,4 – 3,5 – 4,4 – 5,6 – 6,5 – 9/10,7 –

Verkauf von Krankenwagen 6,7 – 7/8,7

Krankenwagen zu kaufen gesucht 3,6 – 4,4 – 5,7 – 6,6 – 7/8,6 – 9/10,8 – 12,5 –

SOZIALARBEIT

Schwaiger Kurplan 1972 1,5 – Betreuer und Betreuerinnen für die Altenerholungsmaßnahmen 2,5 – Altenerholung 1972 2,6 – Lehrgang Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs 6,8 – Kurplan 1973 für „Haus Wieseneck“ in Schwaig bei Nürnberg 7/8,8 – Vorbeugende Gesundheitshilfe, Altenhilfe; hier Ergebnisse der Statistik über die Sozialhilfe in Bayern im Jahr 1970 7/8,9 – Lehrgang „Bekämpfung des Rauschmittelmißbrauchs“ 9/10,9 – Gewährung allgemeiner Zuwendungen für Hauspflege und Familienpflegeeinrichtungen 9/10,10 – Müttergenesungswerk 9/10,11 – Kinder aus Krisengebieten; Zuständigkeiten für Adoptionen und Patenschaften 9/10,12 – Kurplan 1973 für „Haus Wieseneck“ 12,8 –

MEDIZINALWESEN

Neuer Sanitätskasten für Ärzte entwickelt 12,6 – Realistische Unfalldarstellung 12,7 – RK-Werbe- und Vertriebs-GmbH, Gewinnliste der Gratisauslosung des DRK-Taschenbuches für 1972 11,5 –

NACHRICHTENTEIL

SCHWESTERNSCHAFT

100 Jahre Rotkreuzschwestern in Bayern 3,7 –

SANITÄTSKOLONNEN

Herbstsitzung des Landesausschusses 2,7 – Partnerschaftsbesuch in Frankreich 2,8 – Landesauschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen 4,5 – Landesauschuß der Sanitätskolonnen hatte reiche Tagesordnung zu bewältigen 6,9 – Üben, üben, üben ist die Parole 11,6 – 75 Jahre Sanitätskolonne Roth 12,9 –

FRAUENBEREITSCHAFTEN

Mit 89 noch aktiv 3,8 - Schwesternhelferinnen - Jahrestagung 3,9 - Auch Basare bringen Geld 3,10 - Führerinnentagungen und Fortbildungsschulungen 6,10 - Das war ein besonderes Treffen 7/8,10 - Fortbildungstagung für BRK-Führerinnen 11,7 - Weihnachtsbazar in Kelheim 12,10 -

BERGWACHT

Bergwachtmänner müssen up to date sein 2,9 - Russische Bergsteiger in Oberstdorf 3,11 - Mit tragbarem Quarzlicht auf der Alpspitze 3,12 - 50 Jahre Bergwacht Fichtelgebirge 11,8 - Vom „Prunner Turm“ im Grammingersitz „gerettet“ 11,9 - Lawinenhunde in bester Form 11,10 - 40 Jahre Bergwacht Erlangen 12,11 -

WASSERWACHT

Internationales Langstreckenschwimmen 2,10 - Medau-Schülerinnen als Lehrscheinhaber 2,11 - Wasserwacht gibt Resozialisierungshilfen 2,12 - Nachtübung im Eismeer 3,13 - 25 Jahre Wasserwacht Schwaben 7/8,11 - Heimstettersee erhielt neue Wasserwachtstation 7/8,12 - Höchste Wasserwacht-Auszeichnung für Alex Hermanni 7/8,13 - Wasserwacht-Bootsführer auf der Schulbank 7/8,14 - Große Übung im kalten Inn 7/8,15 - Bootstaufe gleich zweimal 11,11 - Langstreckenschwimmen im Main 11,12 - Mitgliederzahl wächst 12,12 -

JUGENDROTKREUZ

Sängerwettbewerb in München 2,13 - Wer will mit nach Griechenland? 3,14 - JRK-Foto-Wettbewerb 3,15 - Arbeitseinsatz in Griechenland 7/8,16 - Gäste aus Jugoslawien 11,13 - Patenschaftspakete für Franziskaner-Institut in Jugoslawien 11,14 -

SOZIALARBEIT

Aufbaulehrgang für Behindertenhilfe 2,14 - BRK-Altenbetreuerinnen wurden geschult 6,11 - Altenpflegeschule unter neuer Ausbildungsleitung 6,12 - 8 Altenpfleger bestanden Prüfung 12,13 -

GESUNDHEITSDIENST

Gesundheitsbewußtsein wird gefördert 11,15 -

FACHAUSBILDUNG

Erste Staatliche Prüfung in der neuen BRK-Massageschule in Bad Abbach 11,16 -

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

Oberbayern

BRK-Außenstelle des KV München in Ismaning - Ihr Sold für den Rotkreuz-Krankenwagen - Statt Werbegeschenke Funkgerät gestiftet 2,15 - Eishockey zugunsten eines Rettungswagens - Auch in Garmisch lag das Geld auf dem Eis 3,16 - Europas sicherste Baustelle München: IRK - Ausflug mit Schülern der Landesblindenanstalt - Fürstentfeldbrucks Notarztwagen in Dienst gestellt 7/8,17 - Notarztwagen des Roten Kreuzes Landsberg in Dienst gestellt - Ausflug der Partenkirchener Sanitätskolonne mit den Kindern der Rheumaklinik 9/10,13 - Chiemsee-Rundfahrt mit fast 300 Behinderten 11,17 -

Niederbayern/Oberpfalz

Neumarkt: Rettungswagen und Motorboot-Spende - LVA spendete Vakuum-Matratzen - Eine nachahmenswerte Initiative 2,16 - Leseraktion ermöglichte Kauf des zweiten Rettungswagens für Regensburg 3,17 - RK-Werbe-Team warb 25 000 Mitglieder 7/8,18 - Johann Kandlbinder ist das älteste aktive Mitglied des BRK 9/10,14 - Regensburg: 2 neue Rettungswagen 11,18 -

Ober- und Mittelfranken

Stadtsteinach erhielt Rotkreuzhaus - Fabrikant stiftet Kranken-transportwagen 2,17 - Seminar „Gesundes Leben - erfülltes Alter“ 3,18 - Europäischer Modellversuch in Schwaig mit Blutern 7/8,19 - Lions-Club Bamberg: Zum 10jährigen Jubiläum ein Rettungswagen für das BRK - Bundesverdienstkreuz für Eduard Jäger, Altdorf 9/10,15 - Zum 8. Mal „Unternehmen Dampferfahrt“ - 20 000 Mark-Scheck für Rettungswagen - Bezirkstagspräsident mit der Goldenen Blutspendernadel geehrt 11,19 - Neustadt/Aisch verlor seinen Kolonnenarzt -

Unterfranken

Mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet 2,18 - 5 neue Rettungswagen in Dienst gestellt 9/10,16 - Fahrzeugweihe war gleichzeitig Schlaßkündgebung 11,20 - Würzburg: BRK-Altenheim wurde eingeweiht 12,15 -

Schwaben

Goldener Ehrenring für Dr. Hanns Gerlach 7/8,20 - Sanitätseinsatz bei der Weltrallye der Campingfreunde in Lechbruck 9/10,17 - Ärztagung mit BRK-Rettungsdemonstrationen - Neuer Krankentransportwagen für Nördlingen 11,21 -

BESONDERE MELDUNGEN

Bayern 3 - die Service-Welle des Bayerischen Rundfunks bot sensationellen Jahresabschluß 1, S. 1 - Im internationalen Wettbewerb wieder erfolgreich 11, S. 14 -

BLUTSPENDEDIENST

Mitteilungen des Blutspendedienstes 11. Jahrgang Nr. 1 im Mitt.-Blatt Nr. 7/8 -

BUCHBESPRECHUNGEN

Die Wege der Krebsverhütung. Von Dr. med. Johannes Kretz. Haltungsschäden und Bandscheibenerkrankungen. Von Dr. med. W. Knierheim 3, S. 12 - Wesen und Grundsätze der helfenden Beziehung in der sozialen Einzelhilfe. Von Felix Biestek - Beiträge zur Praxis der sozialen Gruppenarbeit. Von Robert D. Vinter. Soziale Einzelhilfe als problemlösender Prozeß. Von Helen H. Perlmann 6, S. 12 - Internationale Verträge und Organisationen, Friedensrecht, Kriegsverhütung und Konfliktrecht. Von Geiger - Internationale Dokumente zum Menschenrechtsschutz. Von Ermacora 7/8, S. 16 - Gemeinwesenarbeit - Theorie, Prinzipien, Praxis. Von Murray G. Ross - Praktische Hauskrankenpflege. Leitfaden und Lehrbuch der häuslichen Krankenpflege. Von Dr. med. Erwin R. Birke 9/10, S. 16 -

TOTENEHRENTAFEL

Bürgermeister Franz Hübl, Vorsitzender des KV Ebern - Robert Ulsamer, ehem. Verwaltungsreferent 2, S. 12 - Dr. med. Georg Baumgartner, München - Walter Metzeler, Hersbruck 4, S. 10 - Wolfgang Wohlleben, Vorstandsmitglied des KV Weißenburg 7/8, S. 16 - Frau Paula Wehrmann, München - Dr. Konrad Blesch, Amberg - Regierungsdirektor Josef Holz 9/10, S. 16 -

BERGWACHT

11. 40 Jahre Bergwacht Erlangen

Eine fast endlose Reihe von Gratulanten hatten sich eingefunden, um mit der Bergwacht das 40jährige Jubiläum zu feiern. Walter Ehrmann begrüßte als stellvertretender Kreisverbands-Vorsitzender die Festgäste. Die historische Entwicklung der Erlanger Bergwacht wurde von Günter Stark eingehend erläutert. Er betonte, daß durch die fortschreitende Entwicklung und Industrialisierung heute schon dem Bergrettungsdienst der Umweltschutz und Umweltschmutz der Bergwacht große Sorgen bereite, da das Ziel der Bergwacht auch der Schutz der Natur sei. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Oberbürgermeister a. D. Heinrich Lades, formulierte dieses für die Bergwacht so wichtige Anliegen sehr deutlich, er sagte: „In unserer heutigen Zeit hat die Natur dem Leben mehr zu geben denn je. Darum ist sie zu schützen und zu erhalten. Und kein Mensch kann ohne den anderen leben. Es ist lebensnotwendig zu helfen. Es gilt, alles für den Nächsten einzusetzen.“ Interessiert folgten die Gäste seinem Bericht von den Anfängen der Arbeit mit improvisierten Rettungsübungen in der Fränkischen Schweiz, bei denen man mit 2 Hanfseilen, einigen Karabinerhaken und einem Zelt begonnen habe. Heute besitze die Bergwacht nicht nur eine hochmoderne, allen Anforderungen entsprechende Ausrüstung, sondern auch diverse eigene Bergbüten. Als „Geburtstagesgeschenk“ stiftete Heinrich Lades der Bergwacht einen Rucksack als Symbol und versprach, die Kosten für eine Seilwinde und 2 Handfunkgeräte zu übernehmen. Mit der Ehrung verdienter Mitglieder und einem geselligen Abendklang die stimmungsvolle Feier aus.

WASSERWACHT

12. Mitgliederzahl wächst und wächst

Und im Winter erst recht. Die Aktivität der Wasserwacht in allen Teilen Bayerns ist absolut nicht nur auf die Sommermonate beschränkt. Nachdem fast jede größere Gemeinde schon ihr eigenes Hallen-Schwimmbad hat und die Städte mit dem Bau großer Bäder wetzeln, besteht allerorts die Möglichkeit für die schwimmbegeisterte Jugend, Freischwimmer-, Fahrtenschwimmer- und Leistungsschwimmerprüfungen abzulegen. Dazu kommen der Tauchschein und daneben die Erste-Hilfe-Ausbildung, die jeder Rettungsschwimmer ablegen muß. Wie sehr sich junge Menschen für den Wassersport begeistern, beweist als Beispiel eine Zahl der Wasserwacht Karlburg im BV Unterfranken. Die Mitgliederzahl nahm 1972 einen steilen Aufschwung. Am 1. Januar hatte die Gruppe 35 Mitglieder. Bereits im Juli konnte das hundertste Mitglied begrüßt werden. Der neueste Stand im November betrug bereits 132 Mitglieder!

SOZIALARBEIT

13. 8 Altenpfleger bestanden Prüfung

Ende Oktober konnten in der BRK-Fachschule für Altenpflege 8 Absolventen ihre staatliche Anerkennung mit dem bestandenen Abschlußexamen erhalten. Es waren diesmal 5 Frauen und 3 Männer, die in einjähriger Schulzeit in Theorie und Praxis ihr Können unter Beweis stellten. BRK-Chefarzt Dr. Christian Rechl nahm die feierliche Entlassung vor und dankte allen Dozenten, sowie der Ausbildungsleiterin Liselotte Forster für ihre geleistete Arbeit. Vizepräsidentin Leonore v. Tucher wünschte den neuen Altenpflegern auf ihrem weiteren Lebens- und Berufsweg alles Gute und dankte im Namen des Präsidiums allen, die sich um die Ausbildung bemüht und verdient gemacht haben. Nach der Überreichung der Zeugnisse schloß sich an die festliche Abschlußfeier ein gemütliches Beisammensein an.

Der Blutspendedienst des Bayerischen Roten Kreuzes dankt auch heuer allen Mitarbeitern in den Kreisgeschäftsstellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für die 1972 gewährte Unterstützung und entbietet herzliche Segenswünsche für das neue Jahr.

AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

14. Ober-/Mittelfranken

Neustadt/Aisch verlor seinen Kolonnenarzt

Am 13.10.1972 verstarb Dr. Gustav Schnizlein, Facharzt für Chirurgie, Vorstandsmitglied und Kolonnenarzt des BRK-Kreisverbandes Neustadt a. d. Aisch. Er war Inhaber des DRK-Ehrenzeichens und des Steckkreuzes des Bayerischen Staates.

Bei der Beerdigung am 17.10.1972 in Neustadt a. d. Aisch waren viele aktive Kolonnenmitglieder anwesend, um zu bekunden, wie schwer dieser Verlust die Sanitätskolonnen getroffen hat und die gesamte Ausbildungsarbeit für die nächste Zukunft einträchtigen wird. Dr. Gustav Schnizlein war gleichzeitig ein großer Förderer des Krankentransportes und Unfallrettungsdienstes, und es wird für den Kreisverband auch in dieser Beziehung eine fühlbare Lücke entstehen.

15. Unterfranken

Würzburg: BRK-Altenheim eingeweiht

Am 5. November konnte in Würzburg ein modernes Altenheim eingeweiht werden. Das Heim trägt den Namen des Würzburger Röntgenologen Dr. Dahl, der lange Jahre Besitzer des Grundstückes an der Friedensstraße gewesen war und das Gebäude der Stadt mit der Auflage vermachte, auf ihm ein Altenheim zu erbauen. So erhielt das neue BRK-Altenheim den Namen des Grundstück-Stifters. Das *Dr.-Dahl-Altenheim* gibt 90 alten Menschen ein neues Zuhause. Im Oktober konnte es bezogen werden. Bei der festlichen Einweihung gedachte der Kreisverbands-Vorsitzende Dr. Hans Ott des Stifters, der neben dem Grundstück auch einen hohen Geldbetrag zur Errichtung des Heimes der Stadt vermachte. Im Erbbaurecht wurde dem BRK das Gebäude übergeben. Oberbürgermeister Dr. Klaus Zeiler betonte in seiner Ansprache, daß das Altenwohnheim als Wohn- und Begegnungsstätte für alte Menschen eine in der Sozialarbeit vorrangige Aufgabe hätte. Den Lebensabend der Senioren lebenswert und vernünftig zu gestalten, müsse eine ebenso selbstverständliche, wie auch nachahmenswerte Aufgabe sein.

Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Heimen untereinander, die auch als Begegnungsstätte alter Menschen dienen sollen, wolle die Stadt künftig anstreben und hierbei koordinierend wirken. Direktor Max Haas überbrachte als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes die Grüße des Präsidiums und unterstrich in seiner Ansprache, daß die Sorge um den alten Menschen heute jeden in der Gesellschaft angehe, zumal der Anteil der Menschen über 65 Jahre in der Bevölkerung auch im kommenden Jahrzehnt ansteigen werde. Direktor Haas dankte allen Beteiligten für die Initiative beim Bau des Hauses und betonte, daß den Bewohnern nicht nur ein Zuhause geboten werde, sondern daß jedem durch die günstige Lage auch die Teilnahme am Leben der Gemeinschaft in der Stadt möglich sei, was wesentlich zum Wohlbefinden alter Menschen beitrage. Anschließend wünschte er, daß das Haus ein Hort der Nächstenliebe werden möge. Nach der kirchlichen Weihe durch Vertreter beider Konfessionen wurden an Persönlichkeiten und Rotkreuzangehörige, die sich besondere Verdienste bei dem Bau des Altenheimes erworben haben, Ehrenplaketten und Urkunden überreicht. Eine eingehende Besichtigung des neuen Hauses beendete die Einweihungsfeier. Bei dem Rundgang waren die Gäste von der Gestaltung des Baues sehr beeindruckt. Mit 41 Einbett- und 14 Zweibettappartements und einer Pflegestation mit 15 Betten wirkte das neue Heim mehr wie ein Hotelbau. Nur durch den großen Fahrstuhl, in dem mühelos ein Rollstuhl mitfahren kann und Haltegriffe, augenlichtschonende indirekte Beleuchtung und an Griffleisten in den Gängen merkt man, daß die Wohneinheiten auf die Belange alter Menschen zugeschnitten sind. Nichts fehlt in dem Haus mit Längs- und Quertrakt. Vom verschließbaren Postfach beim Pförtner bis zu der Pflege-Badewanne mit Krankenslifter wurde bei dem 3-Millionen-Projekt wirklich an alles gedacht, um den alten Menschen einen angenehmen Lebensabend zu bieten.